

# Texte

dietz berlin



Wolfram Adolphi (Hrsg.)

## Michael Schumann Hoffnung PDS

Reden, Aufsätze, Entwürfe 1989–2000

rls

12

Rosa-Luxemburg-Stiftung

Texte 12

Rosa-Luxemburg-Stiftung

WOLFRAM ADOLPHI (HRSG.)

Michael Schumann  
Hoffnung PDS

Reden, Aufsätze, Entwürfe  
1989-2000

Mit einem Geleitwort  
von Lothar Bisky

Karl Dietz Verlag Berlin

Herausgegeben mit Unterstützung der PDS-Fraktion im  
Landtag Brandenburg.

Ein besonderer Dank gilt Herrn Marco Schumann, Potsdam,  
für seine Hilfe und Mitarbeit.

Wolfram Adolphi (Hrsg.): Michael Schumann. Hoffnung PDS  
Reden, Aufsätze, Entwürfe 1989-2000.  
Mit einem Geleitwort von Lothar Bisky  
(Reihe: Texte / Rosa-Luxemburg-Stiftung; Bd. 12)  
Berlin: Dietz, 2004

ISBN 3-320-02948-7

© Karl Dietz Verlag Berlin GmbH 2004  
Satz: Jörn Schüttrumpf  
Umschlag, Druck und Verarbeitung:  
MediaService GmbH BärenDruck und Werbung  
Printed in Germany

# Inhalt

LOTHAR BISKY <b>Zum Geleit</b>	9
WOLFRAM ADOLPHI <b>Vorwort</b>	11
<b>Abschnitt 1</b> <b>Zum Herkommen und zur Entwicklung der PDS</b>	
<i>Wir brechen unwiderruflich mit dem Stalinismus als System!</i> Referat auf dem Außerordentlichen Parteitag der SED in Berlin am 16. Dezember 1989	33
<i>Von der SED zur PDS – geht die Rechnung auf?</i> Interview für die Tageszeitung »Neues Deutschland« vom 26. Januar 1990	57
<i>Programmatik und politisches System</i> Artikel für die vom PDS-Parteivorstand herausgegebene Zeitschrift »Disput«, Heft 14/1992 (2. Juliheft)	69
<i>Souverän mit unserer politischen Biographie umgehen</i> Referat auf dem 3. Parteitag der PDS in Berlin (19.-21. Januar 1993)	74
<i>Der Logik des Kräfteverhältnisses stellen!</i> Rede auf dem 12. Parteitag der DKP, Gladbeck, am 13. November 1993	90

<i>Vor fünf Jahren: »Wir brechen unwiderruflich mit dem Stalinismus als System!«</i> Reminiszenzen und aktuelle Überlegungen	94
<i>Antikommunismus?</i> Schlußwort auf dem Historisch-rechtspolitischen Kolloquium »KPD-Verbot oder mit Kommunisten leben? Das KPD-Verbotsurteil des Bundesverfassungsgerichts vom 17. August 1956 nach 40 Jahren im Spiegel der Kritik«, veranstaltet vom Bundesvorstand der PDS und der Abgeordnetengruppe der PDS im Deutschen Bundestag am 17. August 1996 in Bonn	112
<i>Politik ohne Ideologie?</i> Vortrag auf einer Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V. am 23. Mai 1997 in Leipzig	121
<i>Zur Auseinandersetzung der PDS mit dem stalinistischen Erbe</i> Schlußwort auf der PDS-Konferenz »Realsozialistische Kommunistenverfolgung. Von der Lubjanka bis Hohenschönhausen« am 21. Juni 1997 in Berlin	130
<i>Lothar Bisky und Michael Schumann an Regine Hildebrandt</i> Offener Brief vom 7. Februar 1998	136
<i>Karl Schirdewan 14. Mai 1907 – 15. Juli 1998. Worte des Gedenkens</i> Trauerrede, gehalten im Alten Rathaus zu Potsdam, 5. August 1998	140
<i>Weltgeschichte des Kommunismus als Kriminalgeschichte</i> Nach der Lektüre des »Schwarzbuchs des Kommunismus«	145
<i>Braucht die PDS ein neues Programm?</i> Streitgespräch zwischen Michael Schumann und Uwe-Jens Heuer bei »ND im Club« (»Neues Deutschland« vom 4. April 2000)	157
<i>Es geht um die Verteidigung der UN-Charta!</i> <i>Nicht um Plädoyer für Kampfeinsätze!</i> Einführungsbeitrag zur Diskussion und Beschlußfassung zu friedenspolitischen Positionen der PDS auf dem Münsteraner Parteitag der PDS am 8. April 2000	164

*Theorie, Ideologie und Politik im Kontext sozialistischer Erneuerung*  
Vortrag auf der Konferenz »Sozialismus im 21. Jahrhundert«  
in Moskau (18./19. September 2000) 177

*Die Linke und die Nation*  
Wortmeldung im November 2000 184

## **Abschnitt 2**

### **Zur Innen- und Rechtspolitik**

*Zur Überprüfung der Abgeordneten auf Tätigkeit für das MfS*  
Rede in der Aktuellen Stunde des Landtages Brandenburg  
am 27. November 1991 189

*Neugliederungsvertrag und Verfassungsrecht*  
Rede im Landtag Brandenburg am 21. Juni 1995 194

*Notizen zum »PB-Prozeß«*  
Gastkolumne für »Neues Deutschland«, 2./3. August 1997 200

*Ein Urteil über die Geschichte, über das Recht*  
Entwurf einer Stellungnahme des Bundesvorstandes der PDS  
zur Verurteilung von Egon Krenz u. a., 25. August 1997 203

*Eine Reform des politischen Systems ist notwendig!*  
Schlußwort auf dem Kolloquium der PDS-Fraktion im Landtag  
Brandenburg anlässlich des 5. Jahrestages der Annahme der  
Brandenburger Verfassung »Unmittelbare Demokratie zwischen  
Anspruch und Wirklichkeit« am 13. September 1997 in Potsdam 208

*Innere Sicherheit?*  
*Plädoyer für einen kritisch-aufklärerischen Umgang mit den Grundfragen  
der Sicherheits- und Kriminalpolitik*  
Vortrag in der Gruppe der PDS im Deutschen Bundestag in Bonn  
am 7. Oktober 1997 212

*Der »Fall« Daniela Dahn*  
Offener Brief an Ministerpräsident Dr. Manfred Stolpe und die  
Abgeordneten der Fraktion der SPD, Potsdam, 14. Dezember 1998 224

<i>Zur Polizeigesetz-Novelle</i> Rede im Landtag Brandenburg am 20. September 2000	229
<i>Gegen Rechtsextremismus und fremdenfeindliche Gewalt – für ein tolerantes und weltoffenes Brandenburg</i> Rede im Landtag Brandenburg am 21. September 2000	231
<i>Der Rechtsextremismus und die Gegenwartsgesellschaft</i> Vortrag auf einer Tagung der Rosa-Luxemburg-Stiftung am 18. November 2000 in Frankfurt/Oder	238
 <b>Abschnitt 3</b> <b>Mitarbeit am Historisch-kritischen Wörterbuch des Marxismus</b>	
<i>Erneuerung</i> (1997)	243
<i>Fehler</i> Entwurf (1999)	251
<i>Erkenntnistheoretisches zum Stichwort Geist</i> Entwurf (2000)	257
 Verzeichnis der Abkürzungen	 275
Personenregister	276
Zum Herausgeber	



## Zum Geleit

Montags traf ich Michael Schumann im Parteivorstand, dienstags in der Fraktion in Brandenburg – acht Jahre lang. Seither schaue ich jeden Dienstag, verstoßen, auf die ersten Plätze links neben mir, montags im Karl-Liebknecht-Haus auf die Plätze mir gegenüber. Wenn gestritten wurde, wartete ich auf seinen Finger, der steil in die Höhe schoß und Redebedarf ankündigte. Die Stirn in tiefe Falten gefurcht, die Stimme ruhig beginnend, sich sukzessive steigernd bis zu deutlicher Lautstärke, die Aufmerksamkeit erzwang, unterstützt vom rhythmisch die Luft zerfurchenden Zeigefinger, der ganze Körper geballte Konzentration. Und dann kam ein Vorschlag. Und wenn nicht, dann kam dieser Vorschlag gründlich durchdacht nach einigen Tagen auch schriftlich auf den Tisch.

Michael Schumann hat seine Auseinandersetzung mit anderen Argumenten regelmäßig mit Vorschlägen beendet.

Der innere Kampf zwischen dem Professor, der auf theoretisch stringente Argumentation setzt, und dem politisch auf die aktuelle Auseinandersetzung bezogenen verantwortlichen Mitglied des Parteivorstandes hat ihn gelegentlich fast zerrissen. Die Spannung zwischen dem Wissenschaftler und dem Politiker lud sich immer wieder neu auf und suchte Ent-Spannung. Glückliche Lösungen gab es für ihn und für uns immer dann, wenn er an einem Problem länger arbeiten, Literatur dazu studieren und seine Auffassung im Zusammenhang, auch als längeren Text, entwickeln konnte. Man sah ihm die theoretische Anstrengung ebenso an wie die Lust am dann gefundenen Argumentationsstrang, der zum Kern des Problems und seiner Lösung vordrang. Wie ein kleines Kind freute er sich über die gelungene Beweisführung und die sprachliche Gestaltung, die auffällige Formulierung. Da ihm die besonders bei Linken nicht seltene denunziative Form der Auseinandersetzung gänzlich fremd war, wurde er nie hämisch. Allerdings trieb ihn die bornierte Einfalt, die Dummheit auf die Palme. Wie er konnten sich nur wenige freuen und ärgern. Er kostete die ganze Spannbreite aus und trug nicht nach, wenn er in einem Streit verloren hatte. Der Streit selbst steigerte seine Freude und sein Engagement.

Michael Schumann hat den Beginn der PDS und das erste Jahrzehnt ihrer Entwicklung maßgeblich mitgestaltet. Er hielt das Stalinismusreferat auf dem außerordentlichen Parteitag im Dezember 1989. Dieses Referat, das in einer kleinen Gruppe ausgearbeitet wurde, vollzieht den eindeutigen Bruch mit dem Stalinismus als System. Seither wurde Michael Schumann immer wieder zur Geschichte befragt, und er hat persönlich viel zu einem kritischen Umgang mit der DDR und der SED beigetragen. Zugleich widersetzte er sich der Schwarz-Weiß-Malerei, den Versuchen einer Kriminalisierung der DDR und

der Delegitimierung des sozialistischen Versuchs auf deutschem Boden (als Folge der Nazi-Barbarei). Dazu zählt auch die Auseinandersetzung mit der Sicherheitsdoktrin der DDR und dem Wirken des MfS. Nicht wenige Erklärungen des Parteivorstandes und Beschlüsse auf Parteitag tragen seine Handschrift. Beiträge auf wissenschaftlichen und politischen Konferenzen, in Sammelbänden publiziert, künden von seinem Wirken in dieser für die Existenz der PDS so wichtigen Übergangszeit.

Fast parallel dazu wirkte er in die Partei hinein mit seinem deutlichen Engagement für rechtsstaatliche Verhältnisse. Natürlich hat er für die Brandenburger Verfassung gestritten. Darüber hinaus suchte er den Bezug zu Abendroth, zum wichtigen verfassungstheoretischen Erbe der Bundesrepublik. Demokratiehistorische und -theoretische Schriften führte er in aktuelle politische Debatten ein. Allzu gerne hätte er seinen diesbezüglichen wissenschaftlichen Interessen mehr Zeit gewidmet. Aber er wurde oft gebraucht für die aktuellen politischen Fragen, sei es im Parteivorstand, sei es im Brandenburger Landtag.

Die Kraft des besseren Vorschlags war seine Handlungsmaxime. Es passierte schon gelegentlich, daß in den Zeiten der grundsätzlichen theoretischen Debatten viel Aufgeregtheit durch die Partei und ihr Umfeld zog. Michael Schumann arbeitete am besseren Vorschlag – oder übernahm einen von anderen ausgearbeiteten, den er dann leidenschaftlich unterstützte. Auch wenn im Landtag ein Vorschlag aus einer anderen Fraktion ihn überzeugte, gab er das zu.

Michael Schumann war ein leidenschaftlicher Parlamentarier. Er stritt gerne mit Argumenten in der Debatte. Ein auf die Erreichung von Konsens gerichtetes parlamentarisches Handeln überzeugte ihn selbst in Zeiten der Ausgrenzung der PDS mehr als die parteipolitischen Konfrontationen mit nahezu kindischen Profilierungsneurosen einzelner. Die konsensdemokratische Orientierung 1989/90, von ihm selbst in der frei gewählten Volkskammer mitgestaltet, überzeugten ihn mehr als die neuerliche Ausgrenzung Andersdenkender. Was Wunder, daß zu seiner Beerdigung viele gleich und anders Denkende erschienen, dem aufrechten Sozialisten Prof. Michael Schumann die letzte Ehre zu erweisen – selbst jene, denen er kurz zuvor politisch die »Sensibilität eines Panzerkreuzers« bescheinigt hatte.

Wir haben beide einmal in einem öffentlichen Gespräch in Frankfurt/Oder zu Beginn der neunziger Jahre den Gedanken entwickelt, demokratische Sozialistinnen und Sozialisten sollten in ihrem aktuellen Verhalten in der PDS die Kultur einer künftigen solidarischen, sozial gerechten demokratisch sozialistischen Gesellschaft antizipieren, gewissermaßen als Vorwegnahme der Vision in einer entsolidarisierten Gesellschaft der Ellenbogen. An Michael Schumann liegt es wahrlich nicht, wenn wir uns von dieser Vision eher zu entfernen scheinen als uns ihr zu nähern!

Lothar Bisky, Dezember 2003

# Vorwort

## I

Dieses Buch ist eine Premiere. Fast fünfzehn Jahre nach der Gründung der PDS – einem Vorgang, der bekanntlich nicht die Neugründung einer Partei darstellte, sondern die Selbstveränderung eines Teiles einer alten Partei, der SED, und der deshalb auch nicht auf ein bestimmtes Datum festzusetzen ist, sondern als Prozeß betrachtet werden muß, der mit dem Rücktritt des Zentralkomitees der SED am 3. Dezember 1989 und dem Zusammentritt des Arbeitsausschusses unter Herbert Kroker begann, mit dem Außerordentlichen Parteitag der SED am 8./9. Dezember 1989 und dessen Fortsetzung als Parteitag der SED/PDS am 16./17. Dezember 1989 unumkehrbar wurde und mit dem 1. Parteitag der PDS am 24./25. Februar 1990 seinen organisationspolitischen Abschluß fand<sup>1</sup> –, fast fünfzehn Jahre also nach diesen Ereignissen wird das erste Mal der Versuch unternommen, das Wirken eines der führenden Politiker dieser Partei mit einer von außen vorgenommenen und kommentierten Herausgabe von Reden, Aufsätzen und Entwürfen nachlesbar zu machen und würdigend in die Gesamtentwicklung der Partei einzuordnen.

Dieses »von außen« ist nicht gleichzusetzen mit »von außerhalb der Partei«. Der Herausgeber des vorliegenden Bandes hat am Werden der PDS als deren erster Landesvorsitzender in Berlin (1990-1991) einen Anteil gehabt, der ihn oft in enge Verbindung mit Michael Schumann brachte;<sup>2</sup> spätere gemeinsame wissenschaftliche und politische Vorhaben führten zu neuerlicher Begegnung.<sup>3</sup> Trotzdem ist es angemessen, das »von außen« hervorzuheben, denn es stammt ansonsten das in Büchern personenbezogenen Nachlesbare zur Geschichte der PDS bisher vor allem aus der Feder der jeweiligen Akteurinnen und Akteure selbst. Die Spitzenfunktionäre der Partei Prof. Dr. Lothar Bisky, Dr. André Brie, Dr. Gregor Gysi, Prof. Dr. Christa Luft und Dr. Hans Modrow haben sich in zahlreichen Buchveröffentlichungen ausführlich zu ihrem Weg in und mit der Partei, zu ihren Erfahrungen, ihren Auseinandersetzungen mit widerstreitenden Auffassungen und ihren programmatischen Vorstellungen

---

1 Vgl. zu den Daten: Chronik der PDS 1989-1997. Erarbeitet von Helmut Zessin, Edwin Schwertner und Frank Schumann, Berlin 1998.

2 Vgl. dazu im vorliegenden Band die Fußnoten 5 und 6 im Text »Souverän mit unserer politischen Biographie umgehen«.

3 Gemeint ist damit z. B. die PDS-Konferenz »Realsozialistische Kommunistenverfolgung. Von der Lubjanka bis Hohenschönhausen«, die am 21. Juni 1997 in Berlin stattfand. Von dieser Konferenz, für die der Herausgeber als Redakteur der Zeitschrift »UTOPIE kreativ« eine inhaltliche Mitverantwortung trug, ist im vorliegenden Band das Schlußwort von Michael Schumann unter dem Titel »Zur Auseinandersetzung der PDS mit dem stalinistischen Erbe« abgedruckt (S. 130-135).

geäußert.<sup>4</sup> Eine kommentierte Darstellung ihrer Arbeit indes steht noch aus, wie auch eine Darstellung der Geschichte der PDS aus einer parteinahen Sicht heraus erst noch geschrieben werden muß.<sup>5</sup>

- 
- 4 Von Prof. Dr. Lothar Bisky (1993-2000 und dann wieder seit 2003 Parteivorsitzender der PDS, seit 1990 Vorsitzender der PDS-Fraktion im Landtag Brandenburg) siehe z. B.: Wut im Bauch. Kampf um die PDS 29. November bis 7. Dezember 1994. Erlebnisse – Dokumente – Chronologie, Berlin 1995; Der »Brandenburger Weg«. Ansprüche, Realitäten, Sackgassen und Einbahnstraßen, Potsdam 1999; von André Brie (zeitweilig stellv. Parteivorsitzender, wiederholt in den Parteivorstand gewählt, mehrfach Wahlkampfleiter der PDS, seit 1999 Mitglied der Gruppe der PDS im Europäischen Parlament) siehe z.B.: Befreiung der Visionen. Für eine sozialistische Erneuerung, Hamburg 1992; Ich tauche nicht ab. Selbstzeugnisse und Reflexionen, Berlin 1996; von Dr. Gregor Gysi (Parteivorsitzender der PDS von 1990 bis 1993, Fraktionsvorsitzender der PDS-Fraktion in der Volkskammer der DDR von März bis Oktober 1990, 1990-1994 Vorsitzender der Gruppe der PDS-Linke Liste, 1994-1998 der Gruppe der PDS und 1998-2000 der Fraktion der PDS im Deutschen Bundestag, von Januar bis Juli 2002 Wirtschaftsminister und Bürgermeister von Berlin) siehe z. B.: Das war's. Noch lange nicht!, Düsseldorf 1995; Ein Blick zurück, ein Schritt nach vorn, Hamburg 2001; Was nun? Über Deutschlands Zustand und meinen eigenen, Hamburg 2003; von Prof. Dr. Christa Luft (17. November 1989-18. März 1990 Wirtschaftsministerin in der Modrow-Regierung der DDR, Mitglied der Fraktion der PDS in der Volkskammer der DDR von März bis Oktober 1990, 1990-1994 der Gruppe der PDS-Linke Liste, 1994-1998 der Gruppe der PDS und 1998-2002 der Fraktion der PDS im Deutschen Bundestag 1990-2002, mehrfach in den Parteivorstand der PDS gewählt) siehe z. B.: Zwischen Wende und Ende. Eindrücke, Erlebnisse, Erfahrungen eines Mitglieds der Modrow-Regierung, Berlin 1991; Die nächste Wende kommt bestimmt, Berlin 1994; Abbruch oder Aufbruch? Warum der Osten unsere Chance ist, Berlin 1998; von Dr. Hans Modrow (Ministerpräsident der DDR vom 17. November 1989 bis zum 18. März 1990, Ehrenvorsitzender der PDS, Mitglied PDS-Fraktion in der Volkskammer 1990, der Gruppe der PDS-Linke Liste im Deutschen Bundestag 1990-1994 und der Gruppe der PDS im Europaparlament 1999-2004) siehe z. B.: Aufbruch und Ende, Hamburg 1991; (in Zusammenarbeit mit Hans-Dieter Schütt): Ich wollte ein neues Deutschland, Berlin 1998; Von Schwerin bis Strasbourg, Berlin 2001. Eine – allerdings unkommentierte – Herausgabe von Gysi-Texten siehe in: Gregor Gysi: Einspruch! Gespräche, Briefe, Reden, hrsgg. von Hanno Harnisch und Hannelore Heider, Berlin 1992. – Für weitere Selbstzeugnisse siehe z. B.: Dr. Dietmar Keller (in der Modrow-Regierung Kulturminister der DDR, März bis Oktober 1990 Mitglied der Fraktion der PDS in der Volkskammer, 1990-1994 Mitglied der Gruppe der PDS/Linke Liste im Deutschen Bundestag und dort Vertreter der PDS in der Enquête-Kommission »Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland«): Minister auf Abruf. Möglichkeiten und Grenzen von 121 Tagen im Amt, Berlin 1990; Irene Runge, Uwe Stelbrink: Gregor Gysi: »Ich bin Opposition«, Berlin 1990; und: Gisela Oechelhäuser: Lothar Bisky: »So tief bücke ich mich nicht!«, Berlin 1993.
- 5 Bisher gibt es zu einer solchen PDS-Geschichte innerhalb der PDS bzw. in PDS-Nähe noch keine konkreten Vorarbeiten. Arbeiten, die als Bausteine Verwendung finden können und müssen, sind z. B. (in der zeitlichen Reihenfolge ihres Erscheinens): Gregor Gysi (Hrsg.): Wir brauchen einen dritten Weg. Selbstverständnis und Programm der PDS, Hamburg 1990; Dietmar Keller: Minderheitenvotum der PDS zum Bericht der Enquête-Kommission des Deutschen Bundestages »Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland«, in: Ansichten zur Geschichte der DDR, hrsgg. von PDS/Linke Liste im Deutschen Bundestag, Bd. III, Bonn/Berlin 1994, S. 9-86; Thomas Falkner, Dietmar Huber: Aufschwung PDS, München 1994; Michael Brie, Martin Herzig, Thomas Koch (Hrsg.): Die PDS. Empirische Befunde & kontroverse Analysen, Berlin 1995; Lothar Bisky, Jochen Czerny, Herbert Mayer, Michael Schumann (Hrsg.): Die PDS. Herkunft und Selbstverständnis. Eine politisch-historische Debatte, Berlin 1996; Frank Schumann, Edwin Schwertner, Helmut Zessin (Hrsg.): Ankunft in Deutschland. Zehn Jahre Partei des Demokratischen Sozialismus. Briefe und Meinungsäußerungen von 1989 bis 1999, Berlin 1999; Michael Brie: Die PDS. Strategiebildung im Spannungsfeld von gesellschaftlichen Konfliktlinien und politischer Identität. Texte 1 der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin 2000; Michael Brie, Rudolf Woderich (Hrsg.): Die PDS im Parteiensystem. Schriften 4 der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin 2000; und der Beitrag von Dietmar Keller »Der Versuch einer wirklich demokratischen Republik« in dem Buch: Reiner Eppelmann, Dietmar Keller: Zwei deutsche Sichten. Ein Dialog auf gleicher Augenhöhe, hrsgg. von Christian v. Ditfurth, Bad Honnef 2000. – An Arbeiten von außerhalb der PDS seien hervorgehoben: Gero Neugebauer, Richard Stöss: Die PDS. Geschichte. Organisation. Wähler.

Prof. Dr. Michael Schumann, mit den Genannten gemeinsam in die engere Gruppe der Gründungsaktivisten der PDS gehörend, hatte für sich noch keine Veranlassung gesehen, den Büchern, in denen Erinnerungen und Ansichten zur Zeit ausgebreitet wurden, ein eigenes Werk zur Seite zu stellen. Nur einmal unternahm er einen Versuch des Rückblicks und der Einordnung seines persönlichen Wirkens: mit seinem 1994 geschriebenen Aufsatz »Vor fünf Jahren: ›Wir brechen unwiderruflich mit dem Stalinismus als System!‹«<sup>6</sup> Um so häufiger findet man aber – was die Bücher betrifft – seinen Namen als Herausgeber.<sup>7</sup> Diese Herausgeberschaft bedeutete in allen hier genannten Fällen, daß neben der Erarbeitung der eigenen Texte wissenschaftliche Konferenzen zu organisieren und dann die Beiträge der teilnehmenden Wissenschaftler, Politiker und Zeitzeugen zu einem Ganzen zu verbinden waren.<sup>8</sup> Und so ver-

---

Konkurrenten, Opladen 1996; Eva Sturm: »Und der Zukunft zugewandt«? Eine Untersuchung zur »Politikfähigkeit« der PDS, Opladen 2000; ferner die Bücher des von der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung und der CSU-nahen Hanns-Seidel-Stiftung geförderten Patrick Moreau: PDS. Anatomie einer postkommunistischen Partei, Bonn/Berlin 1992; ders. (in Zusammenarbeit mit Jürgen Lang und Viola Neu): Was will die PDS?, Berlin 1994; ders., Rita Schorpp-Gradick: Man muß so radikal sein wie die Wirklichkeit. Die PDS: eine Bilanz, Baden-Baden 2002 – Von Viola Neu siehe in den Folgejahren verschiedene Studien der Konrad-Adenauer-Stiftung zu einzelnen Themen der PDS-Entwicklung. – Eine Gesamtdarstellung, die vor allem die Rolle der PDS als ostdeutsche Regionalpartei hervorhebt, hat kürzlich der an der Universität von Perth, Australien, tätige Sozialwissenschaftler Franz Oswald vorgelegt: The Party That Came Out of the Cold War. The Party of Democratic Socialism in United Germany (Die Partei, die aus dem Kalten Krieg gekommen ist. Die Partei des Demokratischen Sozialismus im vereinigten Deutschland), Westport, Conn., 2002.

- 6 Der Aufsatz ist im vorliegenden Band abgedruckt. – Es wird im folgenden beim Verweis auf Texte, die im Band enthalten sind, dies nicht noch einmal ausdrücklich angemerkt.
- 7 So gemeinsam mit Gregor Gysi und Uwe-Jens Heuer für den Band: Zweigeteilt. Über den Umgang mit der SED-Vergangenheit, Hamburg 1992; dann gemeinsam mit Lothar Bisky und Uwe-Jens-Heuer für die Bände: Rücksichten. Politische und juristische Aspekte der DDR-Geschichte, Hamburg 1993; und: ›Unrechtsstaat? Politische Justiz und die Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit, Hamburg 1994; schließlich gemeinsam mit André Brie, Michael Brie, Judith Dellheim, Thomas Falkner, Dieter Klein und Dietmar Wittich für den Band: Zur Programmatik der Partei des Demokratischen Sozialismus. Ein Kommentar, Berlin 1997.
- 8 Beispielhaft sei das an dem in Anm. 7 genannten Band »Zweigeteilt« deutlich gemacht. Das Buch versammelt die Beiträge und Diskussionen einer Konferenz, die der Bundesvorstand der PDS und die Abgeordnetengruppe der PDS-Linke Liste im Deutschen Bundestag am 19. Oktober 1991 in Kleinmachnow zum Thema »Die Sicherheitspolitik der DDR, zur politischen Verantwortung der SED und zur Rolle der Staatssicherheit« durchgeführt hatten. Die Liste der Rednerinnen und Redner wie auch der Themen steht für Vielfalt der Ansichten und lebhaften Meinungsstreit. Schumann selbst hatte den Einführungsbeitrag »Über den Umgang mit unserer Geschichte und die spezifischen ideologischen Grundlagen der Repression« gehalten. Mitherausgeber Uwe-Jens Heuer, mit dem sich Schumann später heftige Dispute über die Programmatik der PDS lieferte (siehe das im vorliegenden Band abgedruckte Streitgespräch im »Neuen Deutschland« vom 4. April 2000), referierte über »Die Staats- und Rechtskonzeption der SED und die Machtorganisation der DDR«. Eine Diskussion zwischen Helmut Bock, Rainer Börner, Uschi Goldenbaum, Horst Helas, Uwe-Jens Heuer, Sonja Kemnitz und Michael Schumann ist unter dem Titel »Wir haben den kalten Krieg verloren« resümiert, es folgen Beiträge von Werner Grahn (Sinn oder Unsinn eines Tribunals), Jan Bloch (Keine/r kann aus ihrer/seiner Zeit – für sich allein!), Rolf Gössner (Die geschichtliche Aufarbeitung nicht dem Staat überlassen), Volkmar Schöneburg (SED und Strafrecht. Thesen), Detlef Joseph (Der »DDR-Unrechtsstaat« und die »Vergangenheitsbewältigung«), Thomas Lorenz (Über das Verhältnis von MfS und Justiz), Michael Kowal (Zu einigen rechtlich relevanten Aspekten der Tätigkeit des ehemaligen MfS) und Werner Hübner (Die Entwicklung des Sicherheitsinteresses der DDR im Rahmen des Ost-West-Konfliktes). Rolf Funda, Herbert

stand sich Michael Schumann ja auch: als Politiker, Wissenschaftler und Wissenschaftsorganisator, als Mittler und Brückenbauer zwischen Wissenschaft und Politik, als Politiker, dem die wissenschaftliche Grundierung dessen, was er tat, ein unverzichtbarer Bestandteil jedweden politischen Handelns war und der im Umkehrschluß auch sein wissenschaftliches Arbeiten nicht ohne ein politisches Herangehen zu denken vermochte.

## II

Dieses Buch ist kein Enthüllungsbuch. Sein Inhalt sind Reden, Aufsätze und Entwürfe, die von Beginn an für die Öffentlichkeit bestimmt gewesen und in ihrer Mehrheit auch schon einmal gedruckt worden sind, und auch die vom Herausgeber vorgenommene Kommentierung stützt sich ausschließlich auf öffentlich zugängliche Texte und Meinungsäußerungen. Dies ist ein Prinzip dieser Herausgabe: Glasnost, Transparenz, Durchschaubarkeit herzustellen war eines der treibenden Momente der gesellschaftlichen Umbrüche in der DDR des Jahres 1989, es war eines der treibenden Momente auch der innerparteilichen Erneuerung, und es ist daher nur recht und billig, auf dieser Transparenz auch heute zu bestehen.

Gewiß wird es Menschen geben, die, wenn sie das vorliegende Buch gelesen haben, Verbindungen herzustellen vermögen zu internen Absprachen oder Verabredungen und damit manches in ein anderes Licht rücken können. Sie mögen das dann tun – und die von ihnen jeweils für wichtig erachteten Hintergründe ausführlich erhellen. Was den Herausgeber betrifft, so kennt er solche Zusammenhänge nicht, und er hat auch nicht den Versuch unternommen, ihnen nachzuspüren. Die Partei des Demokratischen Sozialismus, für deren Entwicklung Michael Schumann sein letztes Lebensjahrzehnt mit beispielhafter Intensität und Hingabe und einem nur selten anzutreffenden umfassenden Einsatz von Kraft und Geist drangegeben hat, ist einmal angetreten, die Dinge

---

Burmeister und Werner Hübner hatten dann über »Freunde und Feinde in der DDR« diskutiert. Es folgten Beiträge von Erich Schmidt-Eenboom (Die operative Außenpolitik der BRD und die Rolle von Geheimdiensten) und Heinz Vietze (Rück-Sichten – Partei und Staatssicherheit) sowie eine Diskussion zwischen Ulrich Schröter, Michael Benjamin, Hagen Thiel und Heinz Vietze unter der Fragestellung »Wo bleibt die Sicht der Betroffenen?«. Dann wieder Beiträge: von Wilfriede Otto (SED und MfS – zur Rolle einer stalinistischen Grundstruktur), Peter Müller (MfS im Betrieb), Michael Benjamin (Zur Staatskonzeption und Sicherheitspolitik der SED) und Peter Erler (Arbeitsgruppe »Opfer des Stalinismus« am Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung). Die Berichte aus den Arbeitskreisen von Helmut Bock, Erich Buchholz, Uwe-Jens Heuer und Iris Kielau wurden unter der Überschrift »Zweigeteilt durch eine neue Moral« zusammengefaßt, und Gregor Gysi hielt das Schlußwort zum Thema »Ideologische, politische und moralische Aspekte der Aufarbeitung«. – Die Ernsthaftigkeit, mit der Schumann sich solcher herausgeberischer Arbeit widmete und sich mit dem auf solchen Konferenzen Gehörten und Erfahrenen noch lange auseinandersetzte, spiegelt sich im vorliegenden Falle zum Beispiel in dem im vorliegenden Band abgedruckten Referat »Souverän mit unserer politischen Biographie umgehen« vom Januar 1993 wider.

nicht nur anders zu sehen, sondern auch anders zu regeln: anders als die SED, aus der sie hervorgegangen ist und deren undemokratische Herrschaftsbewahrung wie auch deren selbstverschuldeter Untergang eine Menge zu tun haben mit der Abgeschlossenheit innerer Machtzirkel, mit dem durch ein ganzes System von Strukturen und Regularien aufrechterhaltenen Wahren von Geheimnissen und dem willkürlichen Einsatz von Herrschaftswissen; anders aber auch als die Parteien des kapitalistischen Establishments, die auch ihrerseits ein Netz von Verschleierung, Desinformation, willkürlichem Spiel mit Transparenz hie und vollständiger Undurchschaubarkeit da über alles gebreitet haben, was aufgeklärte und aufklärerische Demokratie eigentlich erst möglich macht. Michael Schumann hat für diesen Neubeginn der aus einer alten Partei sich entwickelnden neuen – der PDS – mit seinem Referat »Wir brechen unwiderruflich mit dem Stalinismus als System!« vom 16. Dezember 1989 *eine* – oder vielleicht sogar: *die* – Grundlage geschaffen. Die Maßstäbe dieser Grundlagenschaffung sollten fortgelten – auch wenn es da manche Verführung geben mag, sich anderen anzupassen.

### III

Wer war Michael Schumann?

Bis zu jenem 16. Dezember 1989, da er mit dem Referat »Wir brechen unwiderruflich mit dem Stalinismus als System!« auf dem Außerordentlichen Parteitag der SED/PDS ins Rampenlicht der deutschen und internationalen Öffentlichkeit trat,<sup>9</sup> ein auf den ersten Blick ganz normaler Wissenschaftler der jüngeren Generation – er stand damals kurz vor seinem 43. Geburtstag –, dessen Entwicklung durchaus prototypische Züge trug für den Weg eines aus sogenannten einfachen Verhältnissen stammenden talentierten jungen Mannes in der DDR.

Am 24. Dezember 1946 im thüringischen Zella-Mehlis als Sohn von Margarete und Erwin Schumann, einem Werkmeister, geboren, absolvierte er am gleichen Ort die Grundschule und, weil er sich mit sehr guten schulischen Leistungen auszeichnete, auch die Erweiterte Oberschule, und 1965 erwarb er parallel zum Abitur im nahegelegenen Volkseigenen Gut Rohr den Facharbeiterbrief eines Rinderzüchters.<sup>10</sup>

---

9 Zu den Umständen der Entstehung des Referats, der Zusammensetzung der Arbeitsgruppe, die es geschrieben hat, und der Würdigung der Leistungen dieser Arbeitsgruppe durch Schumann siehe im vorliegenden Band die Anm. 2 zum Referat selbst (S. 33) und den genannten Aufsatz »Vor fünf Jahren ...« (S. 94-98).

10 Hier ist ein kleiner Exkurs ins Bildungssystem der DDR notwendig: In einem kurzen Zeitabschnitt, der die Abiturjahrgänge von 1965 bis 1970 betraf, absolvierten die Schülerinnen und Schüler der die Klassenstufen 9 bis 12 umfassenden Erweiterten Oberschule (EOS) parallel zum Schulunterricht eine Facharbeiterausbildung. Das Angebot an Lehrberufen hing von der Wirtschaftsstruktur des jeweiligen

Dann schaffte er den direkten Weg zur Hochschule. Von 1965 bis 1970 studierte er an der Karl-Marx-Universität in Leipzig Philosophie. »Seine ursprüngliche Passion war tatsächlich das Theoretische«, schrieben seine ehemaligen Kommilitonen Dr. Wilfried Lehrke und Dr. Steffen Dietzsch in einem Nachruf im Dezember 2000, und weiter: »Schumann war fasziniert von der Philosophie; wißbegierig und immer gründlich. Immer, wenn wir unseren Freund in die Kneipe abholen wollten und in seine parterre gelegene Studentenbude in der Sommerfelder 3 hineinblickten, sahen wir ihn am Tisch mit zwei Bänden: einem zerlesenen Antiquariatsexemplar von Heideggers ›Sein und Zeit‹ und der Dauerausleihe einer der Bultmann-Festschriften, ›Zeit und Geschichte‹. Die Gesprächsthemen des Abends waren wieder einmal abgesteckt.«<sup>11</sup>

Zeitzeugen und DDR-Historiker wissen, wie widerspruchsvoll diese Zeit gerade in Leipzig war. Eine engsichtige, maßregelnde Kultur- und Wissenschaftspolitik hatte Anfang der sechziger Jahre die international herausragenden Gelehrten Prof. Ernst Bloch und Prof. Hans Mayer aus der Stadt und außer Landes getrieben. Schon 1957/58 hatte es im Zusammenhang mit den politischen Schauprozessen gegen Walter Janka und Wolfgang Harich<sup>12</sup> Verhaftungen in Leipzig gegeben, denen unter anderem der junge Schriftsteller und Absolvent des Leipziger Literaturinstituts Erich Loest zum Opfer gefallen war und denen sich der Bloch-Schüler Gerhard Zwerenz durch Flucht gerade noch hatte entziehen können.<sup>13</sup>

Der 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Paul Fröhlich (im Amt von 1952 bis zu seinem Tode 1970)<sup>14</sup> hatte sich den Ruf eines besonders rigiden Durchsetzers der »richtigen« Parteilinie erworben. »Nach monatelanger Diskussion in der Parteiführung und im Parteiapparat der SED«, erinnert sich zum Beispiel der Kulturminister in der Modrow-Regierung Dietmar Keller, der zu Schumanns Studentenzeit als Diplom-Lehrer für Marxismus-Leninismus Assistent und Oberassistent an der Karl-Marx-Universität war und von 1970 bis 1977 an der dortigen SED-Kreisleitung die Funktion eines Sekretärs für Wissenschaft

---

Kreises ab, angestrebt wurde aber überall eine Dominanz technischer und industriebezogener Berufe. Die Tatsache, daß der Facharbeiterabschluß als Rinderzüchter in den Biographien von Michael Schumann und Gregor Gysi auftaucht (und auch in der des Herausgebers), ist ein Anzeichen dafür, daß dieser Lehrberuf für junge Leute mit nicht-technischen und nicht-naturwissenschaftlichen Ambitionen einen Ausweg darstellte. – Das Ausbildungssystem wurde ab 1971 wieder geändert. Nun gab es nicht mehr den Abschluß »Abitur mit Facharbeiter«, sondern entweder das normale Abitur nach zwölf Jahren oder auch weiterhin den Abschluß »Facharbeiter mit Abitur«, der 13 Jahre Bildungsweg voraussetzte.

11 Wilfried Lehrke, Steffen Dietzsch: Abseits der Marschkolonne. Ein Philosoph in der Politik. Erinnerungen an Michael Schumann (1946-2000), in: Freitag, Berlin, 15. Dezember 2000.

12 Siehe dazu im vorliegenden Band die Anm. 32 zum Referat »Wir brechen unwiderruflich mit dem Stalinismus als System!« (S. 49-50).

13 Biographische Angaben zu den Genannten siehe in: Jochen Černý (Hrsg.): Wer war wer – DDR. Ein biographisches Lexikon, Berlin 1992. – Gerhard Zwerenz, der seit seiner Flucht in der Bundesrepublik Deutschland lebte, war von 1994 bis 1998 Mitglied der Gruppe der PDS im Deutschen Bundestag.

14 Vgl. Jochen Černý (Hrsg.): Wer war wer, a.a.O., S. 124.



und Kultur bekleidete,<sup>15</sup> war im Frühjahr 1966 der DEFA-Film »Spur der Steine« zur Aufführung freigegeben worden und »lief zu den Arbeiterfestspielen eine Woche in Potsdam vor ausverkauftem Haus mit großem Erfolg. (...) Doch dann wurde die Entscheidung rückgängig gemacht, der Filmbeirat aufgelöst. Paul Fröhlich hatte in Leipzig wie andere in Berlin den ›Arbeiteraufstand‹ gegen den Film organisiert, das 11. Plenum des ZK der SED vom Dezember 1965 zeigte Langzeitwirkung.«<sup>16</sup>

Aber es gab an dieser Universität auch anderes. Es gab – zum Beispiel – den Direktor des Instituts für Allgemeine Geschichte, den antifaschistischen Widerstandskämpfer und international hoch geachteten Historiker Prof. Walter Markov (1909-1993), dem 1951 unter dem »Titoismus«-Verdikt sowohl die SED-Mitgliedschaft als auch der Status eines Verfolgten des Naziregimes aberkannt worden war und der dennoch das Forschen und Denken an der Universität über alle Einschränkungen hinweg bis in die achtziger Jahre hinein in unvergleichlicher Weise zu prägen vermochte.<sup>17</sup>

Und es gab – und das wurde für Michael Schumann zum bestimmenden Faktor seiner ersten Studienjahre – die philosophische Schule seines Lehrers Prof. Helmut Seidel. Seidel, »bei dem wir« – so noch einmal die Kommilitonen Wilfried Lehrke und Steffen Dietzsch – »Neuzeitliche Philosophie (von Descartes bis Hegel) hörten«, entwickelte damals »eine eigenständige philosophische Rekonstruktion der Marxschen Theorie, die Schumanns geistige Entwicklung grundlegend bestimmen sollte. Die Pointe dieses Denkansatzes – auch ›Praxisphilosophie‹ genannt – war, das Objektive am Bau der Welt gerade als eine Funktion von Subjektivität zu verstehen. Jetzt interessierte nicht mehr so sehr das Dasein der Dinge, sondern ihr Gewordensein, die sogenannte ›tätige Seite‹ der Dinge. So wurde Schumanns philosophisches Denken auf die zentrale philosophische Frage schlechthin orientiert: Was ist der Mensch?«<sup>18</sup>

Es habe – so hat Steffen Dietzsch im Dezember 2003 im Gespräch berichtet – für ihre Studentengruppe der »Leipziger Geist« der Bloch, Mayer und Markov, der von Wissenschaftlern wie Helmut Seidel weitergetragen wurde, eine so ermutigende, beflügelnde Rolle gespielt, daß sie den Schatten der Politik eines Paul Fröhlich nicht wahrnahmen. Eine »ungeheure Lust am Lernen«

---

15 Vgl. ebenda, S. 224.

16 Dietmar Keller: Minister auf Abruf, a.a.O., S. 44. – Zum 11. Plenum des ZK der SED vom Dezember 1965 und seiner verheerenden Wirkung für Kunst, Kultur und Wissenschaften in der DDR siehe z. B. den Beitrag von Jürgen Winkler »Kulturpolitik« in: Andreas Herbst, Gerd-Rüdiger Stephan, Jürgen Winkler (Hrsg.): Die SED. Geschichte-Organisation-Politik. Ein Handbuch, Berlin 1997, S. 389-404.

17 Siehe dazu den im seinerzeitigen Rosa-Luxemburg-Verein Leipzig entstandenen Band: »Wenn jemand seinen Kopf bewußt hinhielt ...«. Beiträge zu Werk und Wirken von Walter Markov, hrsgg. von Manfred Neuhaus und Helmut Seidel in Verbindung mit Gerald Diesener und Matthias Middell, Leipzig 1995. – Zu den biographischen Angaben vgl. Jochen Černý (Hrsg.): Wer war wer, a.a.O., S. 295-296.

18 Wilfried Lehrke, Steffen Dietzsch: Abseits der Marschkolonnen, a.a.O.

habe sie Ausschau halten lassen auch nach Vorlesungen in anderen Fachgebieten: bei Prof. Kurt Rudolph hätten sie Religionsgeschichte gehört; dort sei ihre Aufmerksamkeit auf die Arbeiten des Theologen Karl Barth gerichtet worden; von den Plato-Lesungen mit ihrem Institutsdirektor Prof. Alfred Kosing seien sie ebenso gefesselt gewesen wie von den Debatten mit Prof. Dieter Wittich darüber, wie man den Marxismus »neu fassen« könne; und – natürlich – sei ihr Blick auch auf die Forschungen anderswo gelenkt worden: zum Beispiel auf die von Herbert Marcuse in San Diego, der zu seinen Schülerinnen die gefeierte Vietnamkriegsgegnerin Angela Davis zählte; weiter auf die von Jindrich Zeleny und Karel Berka in Prag und auf die der »Praxisschule« in Ljubljana.<sup>19</sup>

Die Diplomarbeit, eingereicht am 15. Mai 1970 an der durch die Hochschulreform neu gebildeten Sektion Marxistisch-leninistische Philosophie/Wissenschaftlicher Sozialismus der Karl-Marx-Universität Leipzig, trägt die Überschrift »Aspekte des Vernunft-Begriffs in der Philosophie Hegels« und ist ein trefflicher Ausweis gründlich suchender Befassung Schumanns mit Georg Friedrich Wilhelm Hegel selbst, aber auch – zum Beispiel – mit den Hegel-Arbeiten von Ernst Bloch, Georg Lukács, Herbert Marcuse und Theodor W. Adorno. Eine der Arbeit beigegebene Auswahlbibliographie von Arbeiten über Hegel weist 476 Titel aus: eine beharrliche Fleißarbeit – zumal in den Zeiten ohne Computer und Internet –, die Schumanns Hingabe an seinen Stoff ein weiteres Mal unterstreicht.<sup>20</sup>

Der Schatten der wissenschaftsbeschneidenden SED-Politik war aber auch auf den Weg Michael Schumanns zum Diplom gefallen. 1969, im »Nachgang« zur Niederschlagung des Prager Frühlings, war sein Lehrer Helmut Seidel ins Visier der Hüter der »reinen Lehre« geraten. »Dem verehrten, untadeligen Lehrer Seidel wurde«, schreiben Wilfried Lehrke und Steffen Dietzsch, »vom politisch-ideologischen Apparat wegen seiner subjektivitätstheoretischen Marx-Interpretationen mit brüsker Ablehnung begegnet. Ehrabschneiderische Angriffe, übliche Selbstkritik, obligate Parteistrafe und Publikationsbeschränkung ließen ihn für lange Zeit verstummen. Dies miterleben zu müssen, schien den Studenten Schumann zu traumatisieren.« Und sie ziehen den Schluß: »Vielleicht hat er sich hier das erste Mal gedacht, was er Mitte der Neunziger in einem Aufsatz schrieb: Daß der »Marxismus-Leninismus« offensichtlich zur Bewußtseinslage von Gegenauflärung gehöre.«<sup>21</sup>

---

19 Steffen Dietzsch im Gespräch mit dem Herausgeber am 9. Dezember 2003 in Potsdam.

20 Michael Schumann: Diplomarbeit zum Thema »Aspekte des Vernunft-Begriffs in der Philosophie Hegels«, Karl-Marx-Universität Leipzig, 1970, 45 S., mit einem Anhang »Bibliographie von Arbeiten über Hegel – eine Auswahl«, 34 S. (unveröffentlicht).

21 Wilfried Lehrke, Steffen Dietzsch: Abseits der Marschkolonnen, a.a.O. – Die gemeinte Textstelle siehe in: Steffen Dietzsch, Michael Schumann: Der »Marxismus-Leninismus« – ein Fundamentalismus, in: Sozialismus in Geschichte und Gegenwart, hrsgg. v. R. Faber, Würzburg 1994, S. 161-166.

Der Weg hin zu solcher Erkenntnis freilich war noch weit. 1967 war Michael Schumann Mitglied der SED geworden, von 1969 bis 1970 sammelte er als Parteigruppenorganisator seines Studienjahres erste Erfahrungen in der Arbeit in der Parteihierarchie, und seine erste Arbeitsstelle trat er an in einer der wichtigsten Kaderschulen der SED: als wissenschaftlicher Assistent am Lehrstuhl Philosophie der Abteilung Marxismus-Leninismus an der Deutschen Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft »Walter Ulbricht« in Potsdam-Babelsberg.

Diese Akademie wurde ihm – mit zwei Unterbrechungen – bis zum Ende der DDR zur politischen und wissenschaftlichen Heimat, und von hier aus begann 1989 auch sein Weg in die Politik.

Aber zunächst gab es die erste Unterbrechung: Von November 1970 bis April 1972 leistete der junge Diplom-Philosoph Michael Schumann seinen Grundwehrdienst bei der Nationalen Volksarmee – in den letzten Dienstmonaten als Unteroffizier in der Politabteilung einer Division. In dieser Zeit verheiratete er sich mit Ingeburg Schumann, geb. Reuß, die damals als Industriekauffrau bei der DEFA beschäftigt war, und wurde Vater eines Sohnes.

Von 1972 bis 1974 setzte er seine Tätigkeit als wissenschaftlicher Assistent an der Akademie in Babelsberg fort, ehe es die zweite Unterbrechung gab. Die aber sollte eigentlich keine Unterbrechung, sondern eine Beförderung sein: Am Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED (das später in eine Akademie umgewandelt wurde) war ihm die Möglichkeit eingeräumt worden, eine wissenschaftliche Aspirantur mit dem abschließenden Erwerb des Dokortitels zu absolvieren. Allerdings konnte er mit seiner für diesen Qualifizierungsweg notwendigen Zulassungsarbeit, die unter dem Thema »Geistiges Leben« als Kategorie des historischen Materialismus« stand,<sup>22</sup> die Leitung des Instituts nicht überzeugen. Die Aspirantur wurde noch vor Beginn der Arbeiten an der Dissertationsschrift abgebrochen, und Michael Schumann wurde von der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft als wissenschaftlicher Assistent wieder »zurückgenommen« – diesmal jedoch nicht am Lehrstuhl Philosophie, sondern am Lehrstuhl Historischer Materialismus.

Die Gründe für die Ablehnung Schumanns durch das ZK-Institut für Gesellschaftswissenschaften ließen sich in der für den vorliegenden Band zur Verfügung stehenden Zeit nicht rekonstruieren. Hatten die Seidelschen Methoden in Schumanns Denken so festen Fuß gefaßt, daß er mit ihnen in Berlin nicht willkommen war? Ausgeschlossen werden kann jedenfalls, daß die Arbeit einfach zu schlecht gewesen sein könnte. Dann hätte Schumann in den folgenden Jahren nicht einen so beeindruckenden Weg gehen können. Und ausgeschlossen werden kann wohl auch, daß es prinzipielle politische Gründe waren, die über einen Streit im wissenschaftlichen Bereich noch hinausgingen-

---

22 Michael Schumann: »Geistiges Leben« als Kategorie des historischen Materialismus. Zulassungsarbeit, Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Berlin 1976, 143 S. (unveröffentlicht).

gen. Die Akademie in Babelsberg war nicht weniger eine »Kaderschmiede« der SED-Führung als das ZK-Institut in Berlin und darum für ein »Abschieben« kaum geeignet. Mit jungen Wissenschaftlern, die man politisch für nicht ganz »zuverlässig« im Sinne der »Linie« hielt und die man trotzdem nicht völlig verlieren wollte, ging man in der SED-Praxis gewöhnlich anders um: Man fand für sie einen Platz an einem Institut der Akademie der Wissenschaften der DDR in Berlin, wo sie nicht unmittelbar in der Lehre tätig sein konnten.

Andererseits: Auch in den »Kaderschmieden« gab es für die dort Tätigen individuelle Handlungs- und Entscheidungsspielräume, es gab Rivalitäten zwischen den Institutionen, die in die Personalentscheidungen hineinspielen konnten, es gab unterschiedliche wissenschaftliche und Personalentwicklungskonzepte – genügend Gründe auch für solche »Zurücknahmen« wie die, in deren Folge Michael Schumann also seine Tätigkeit an der Akademie in Babelsberg wieder aufnehmen konnte, dort in die Lehre für angehende Staatsfunktionäre eingegliedert und zwei Jahre später – im Frühjahr 1979 – mit einer Arbeit unter dem Titel »Die Dialektik von individuellem und gesellschaftlichem Erkenntnisprozeß und Probleme der Erkenntnis der Gesellschaft« zum Dr. rer. pol. promoviert wurde.<sup>23</sup> Und der nächste Schritt auf der wissenschaftlichen Laufbahn ließ nicht lange auf sich warten. Nur vier Jahre vergingen, bis der inzwischen zum wissenschaftlichen Oberassistenten Beförderte im Jahre 1983 seine Dissertation B – die Habilitationsschrift – zum Thema »Philosophie und Demokratie« vorlegen konnte.<sup>24</sup>

Der Herausgeber verfügt nicht über die notwendigen Qualifikationen, um diese beiden umfangreichen philosophischen Schriften Michael Schumanns bewerten und einordnen zu können, aber ein Blick in die im vorliegenden Band versammelten politischen, gesellschaftsanalytischen, programmatischen *und* philosophischen Texte der neunziger Jahre erhellt rasch, daß es da eine bereits lange vorhandene sichere methodische Grundlage gegeben haben muß, einen stabilen, tief verankerten Haushalt an Begriffen und historischem Wissen, eine ausgereifte Erfahrung in der Untersuchung gesellschaftlicher Zusammenhänge, und daß dies alles in der Arbeit vieler Jahre entstanden und angeeignet worden sein und also seinen Anfang und auch seine (erste) Reife in diesen Dissertationen haben muß. Begutachtet worden sind sie seinerzeit von – im Falle der Dissertation A – den Philosophieprofessoren Wolfgang Loose und Karl Söder sowie von Dr. Richard Stüber und – im Falle der Dissertation B – erneut von

---

23 Michael Schumann: Die Dialektik von individuellem und gesellschaftlichem Erkenntnisprozeß und Probleme der Erkenntnis der Gesellschaft. Dissertationsschrift zur Erlangung des akademischen Grades eines doctor rerum politicarum, eingereicht dem Rat der Sektion Marxismus-Leninismus der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft der DDR, Potsdam 1979, 190 S. (unveröffentlicht).

24 Michael Schumann: Philosophie und Demokratie. Studien zu den philosophisch-weltanschaulichen Grundlagen der marxistisch-leninistischen Demokratieauffassung. Dissertationsschrift zur Erlangung des akademischen Grades eines doctor scientiae politicarum, eingereicht dem Wissenschaftlichen Rat der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft der DDR, Potsdam 1983, 299 S. (unveröffentlicht).

Prof. Loose, dem Rechtsprofessor Karl-Heinz Schöneburg und dem Philosophieprofessor Dieter Uhlig, und deren positives Urteil beförderte entscheidend eine Entwicklung, die Schumann rasch wachsenden Erfolg und Einfluß brachte: 1983 wurde er – was im Alter von nur 36 Jahren in den Gesellschaftswissenschaften keineswegs die Regel war – zum Lehrstuhlleiter an der Akademie berufen, und am 1. September 1986 folgte die Berufung zum Ordentlichen Professor.

Daß Michael Schumann außerdem 1982 zum ehrenamtlichen Sekretär seiner SED-Grundorganisation gewählt wurde, spricht für mindestens dreierlei: zum ersten für die tiefe Grundübereinstimmung, in der er sich – wofür auch die beiden Dissertationen sehr deutlich sprechen – mit der Entwicklung der DDR und der SED im Sinne eines nach vorn hin offenen, gesellschaftliche und individuelle Chancen bereithaltenden, eine lebendige Alternative zum kapitalistischen Entwicklungspfad darstellenden Prozesses befand; zum zweiten für die Achtung, die er sich unter seinen Kolleginnen und Kollegen erworben hatte; und zum dritten für seine Fähigkeit und Bereitschaft zu hohen Leistungen im allgemeinen und für die Gabe, wissenschaftliche Arbeit mit politischem Handeln zu verbinden, im besonderen.

Es sind wohl genau diese Eigenschaften gewesen, die seine Genossinnen und Genossen am 27. November 1989 auch bewogen haben, ihn – wie seinem Rückblick »Vor fünf Jahren ...« zu entnehmen ist – gegen die Konkurrenz durchaus namhafterer anderer Professoren direkt zum Delegierten des Außerordentlichen Parteitag der SED zu wählen. Es waren dies – die Zeitgenossen werden sich erinnern – außerordentlich umkämpfte Wahlen; die Prüfung der Kandidatinnen und Kandidaten fiel überaus gründlich aus – ganz so, als sollte auf einen Schlag alles wieder gut gemacht werden, was in der Vergangenheit all zu oft – aber durchaus nicht immer und überall! – nur mehr oder weniger formal gehandhabt worden war. Schumann bestand diese Prüfung. Man setzte Hoffnung in ihn, war sich sicher, er werde auf dem Parteitag die große Gruppe derjenigen stärken, die auf einen entschiedenen Neuanfang setzen.

Obwohl er doch – wie der Delegierte Prof. Dieter Segert von der Berliner Humboldt-Universität am 16. Dezember 1989 in einer Anfrage zur Eignung Schumanns als Hauptredner auf dem Parteitag zwar sprachlich nicht besonders glücklich, aber in der Sache richtig feststellte – bis in den Oktober/November 1989 hinein keineswegs durch Artikel oder andere wissenschaftliche Arbeiten, aus denen auf eine besonders ausgeprägte Bereitschaft zu einer radikalen Reform der SED zu schließen gewesen wäre, aufgefallen war!<sup>25</sup>

Worauf also kann es sich gegründet haben, dieses Vertrauen? Geben die Artikel, die Michael Schumann in den Perestroika-Jahren 1986-1988 geschrieben hat, darauf eine Antwort?

---

25 Die Zusammenhänge um diese Anfrage sind ausführlich dargestellt in Anm. 8 zum Text »Vor fünf Jahren: »Wir brechen unwiderruflich mit dem Stalinismus als System!«« (S. 99).

Auf den ersten Blick sicher nicht, auf einen zweiten, gründlicheren, der die Atmosphäre und die Schaffensbedingungen dieser Zeit in Erinnerung ruft, aber doch. Die Artikel sind von einer eigentümlichen Unaufgeregtheit geprägt. Wie kommt das? Es ermangelt ihnen doch keineswegs an Problembewußtsein! Eine spannungsgeladene und mit völlig neuen Fragestellungen verbundene »Verflechtung des die moderne Epoche bestimmenden sozialhistorischen Umwälzungsprozesses mit den Herausforderungen der wissenschaftlich-technischen Revolution und den globalen Problemen« konstatiert Schumann im Herbst 1985 in einem Beitrag auf dem VI. Philosophiekongreß der DDR, und unter diesen Bedingungen und der, daß »die Erhaltung und Sicherung des Weltfriedens« zur »Hauptfrage« geworden sei, könne »keines der großen Probleme unserer Zeit (...) ohne die schöpferische Aktivität der Volksmassen« gelöst werden, sei »die schöpferische historische Rolle der Volksmassen als entscheidende subjektive Triebkraft des Menschheitsfortschritts (...) erstmals in der Geschichte *unmittelbar* zur unerläßlichen Bedingung der *Fortexistenz* der Menschheit geworden« (Hervorhebungen i.O.).<sup>26</sup>

Warum aber gerät er angesichts solcher Befunde nicht in Alarmstimmung? Warum gibt es keine Polemik in diesem Text, warum keine Bezugnahme auf die ersten Perestroika-Signale? Schumann hat ganz offensichtlich – und fühlt sich in der Pflicht, dies weiterzuvermitteln – die Zuversicht, die SED werde die Kraft haben, sich diesen neuen Herausforderungen zu stellen. Seine Texte atmen ein festes Vertrauen in die eigene Fähigkeit und die Fähigkeit seiner ganzen Generation, Antworten zu finden – wenn man die Suche nur gründlich genug betreibt und das erworbene Wissen mit aller Kraft zur Geltung zu bringen versucht. Unübersehbar das Appellative und Hoffende in seinen Beiträgen: »Indem das politische System des Sozialismus (...) *unmittelbar* auf die breiteste Einbeziehung der Massen in das *politische* Leben der Gesellschaft gerichtet« sei, auf die »von hohem Verantwortungsbewußtsein für das Ganze getragene umfassende Mitwirkung an den politischen Entscheidungen in allen gesellschaftlichen Bereichen« wie auch auf die »Kontrolle ihrer Verwirklichung«, entfalte es »zugleich eine weit über die Sphäre des Politischen hinausgehende Wirkungsdimension und Triebkraftfunktion für den sozialistischen gesellschaftlichen Fortschritt.« Es gebe wesentliche positive Wirkungen dieses Systems auch »auf die Gestaltung der Lebensweise und die Entfaltung der Anlagen und Fähigkeiten der Persönlichkeit«, und nicht zuletzt bewirke die sozialistische Demokratie – was »keinesfalls unterschätzt« werden dürfe –

---

26 Michael Schumann: Politisches Schöpfungstum der Volksmassen und Volkssouveränität im geschichtlichen Prozeß, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, Berlin, Nr. 1/1987, S. 41-49; hier zitiert nach dem Manuskript, S. 1-2. – In der Fußnote 1 zum Artikel ist vermerkt, daß es sich um den »überarbeiteten und erweiterten Text des Verf. im Arbeitskreis 3 des VI. Philosophiekongresses der DDR« handelt. Auf dem Manuskript hat Schumann handschriftlich den Entstehungszeitraum und die Einreichungsdaten des Textes vermerkt: »1985/86; an DZfPh, 6.3.86/30.4.86«.

»Veränderungen in der sozialen Psyche unserer Gesellschaft.« Sie erzeuge »ein qualitativ neues Selbstwertgefühl der werktätigen Menschen« (Hervorhebungen im Original).<sup>27</sup>

Aber überdeutlich und schmerzhaft zeigen diese Artikel auch, wie kurz der Weg ist, auf dem aus Vertrauen und Selbstvertrauen blindes – und die erstarrten, auf Repression setzenden Verhältnisse befestigendes – Vertrauen werden kann. Was für ein Satz etwa dieser: »Die Idee der Volkssouveränität, die die ausgebeuteten und unterdrückten Massen in ihrem Kampf gegen feudale und kapitalistische Ausbeutung beseelte und beseelt, gewinnt erst wissenschaftlichen Rang durch ihre Integration in die Geschichtsauffassung sowie die Revolutions- und Staatstheorie des Marxismus-Leninismus.«<sup>28</sup> Oder auch jener: »Eine ›Demokratie‹, die die Bewußtheit des Handelns der Massen schwächt, indem sie Möglichkeiten zur Untergrabung der objektiven und subjektiven Bedingungen dieses Handelns – des gesellschaftlichen Eigentums, der führenden Rolle der marxistisch-leninistischen Partei, des politischen Bündnisses der Klassen und Schichten und der demokratisch-sozialistischen Staatsorganisation – einräumt, eine solche ›Demokratie‹ wird zur Farce, in der letztlich die Grundinteressen der Volksmassen auf der Strecke bleiben.«<sup>29</sup> Man lese die Texte des vorliegenden Bandes sorgfältig, um nachfühlen zu können, wie entschieden – und bar aller Oberflächlichkeit – sich Schumann später mit diesen seinen Auffassungen auseinandergesetzt hat.

Welche zögernde, aber keineswegs unerhebliche Bewegung es gegeben hat im Schumannschen Denken der achtziger Jahre, mag ein Blick auf einen Aufsatz erhellen, der im Frühjahr 1988 erschienen ist. Dort setzt sich Schumann unter dem Thema »Sozialistische Ideologie und Politik in unserer Epoche«<sup>30</sup> in einer Fußnote mit seinem Professorenkollegen Michael Benjamin auseinander – einem Mann, mit dem er später in der PDS, in der Benjamin zu einem der führenden Vertreter der Kommunistischen Plattform wurde, noch sehr grundsätzlich aneinandergeriet. Benjamin hatte für eine entschiedene Stärkung des »Grundrechts auf Mitbestimmung auf allen Ebenen« plädiert und dieses Recht gemeinsam mit der »durch die sozialistische Gesellschaftsordnung gegebenen sozialen Sicherheit« als eine »Voraussetzung« dafür bezeichnet, »die in bestimmtem Maße unvermeidlichen psychologischen Barrieren gegen Neuerungen zu überwinden, Mut zum Risiko und Innovationsfreudigkeit zu stimulieren.«<sup>31</sup> Schumann meint nun, diesen Ausführungen könne man

---

27 Ebenda, S. 18-19.

28 Ebenda, S. 9.

29 Ebenda, S. 17.

30 Michael Schumann: Sozialistische Ideologie und Politik in unserer Epoche, in: Staat und Recht, Berlin, Nr. 3/1988, S. 195-203; im folgenden zitiert nach dem Manuskript. – Auch hier gibt es auf dem Manuskript handschriftliche Vermerke zu Entstehung und Einreichung des Textes: »1987; inger. an ›Staat und Recht‹ Dez. 1987«.

31 Michael Benjamin: Wissenschaftlich-technische Revolution und Anforderungen an die Staats- und

»nur zustimmen«, fügt aber hinzu: »Allerdings muß dabei bewußt bleiben, daß – was das Verhältnis von sozialistischer Demokratie und sozialer Sicherheit betrifft – auch gilt: soziale Sicherheit wirkt nicht spontan im Sinne des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, sondern nur, wenn sie durch Entfaltung der Demokratie namentlich in der Produktionssphäre als Triebkraft erschlossen wird.« Und weiter: »Insbesondere scheint mir auch jede Verkürzung – die Benjamin sicher fernliegt – der mit der wissenschaftlich-technischen Revolution entstehenden Herausforderungen an Wirksamkeit und Wirken der sozialistischen Demokratie auf die Nutzung der modernen Informationsverarbeitungstechnik problematisch. Es geht vor allem um den Inhalt und Stil politischer Leitung, die der Notwendigkeit und dem gewachsenen Bedürfnis nach demokratischer Mitwirkung entsprechen müssen.«<sup>32</sup>

Zu wenig? Zu schwach? Zu zögerlich, ja feige? Ja gewiß doch. Schumann selbst hat es ja später vielfach so charakterisiert. Aber: Es waren – um auf die Wahl Schumanns als Delegierter zum Außerordentlichen Parteitag zurückzukommen – Schritte, die in seinem Umfeld registriert wurden und die für seine Genossinnen und Genossen nachvollziehbar und begreiflich waren. Wie etwa auch sein Bestreben, in den heftiger werdenden Auseinandersetzungen um den Kurs der Perestroika und dessen Rundum-Ablehnung durch das Honeckersche Politbüro seine eigenen Positionen nicht durch ein gezieltes Abrufen etwa der Positionen eines Michail Gorbatschow, sondern immer wieder in den Grundlagen zu befestigen – also bei Marx und Engels, Hegel und Kant – und durch den Griff zu den Arbeiten seines Lehrers Helmut Seidel und anderer unangepaßter Wissenschaftler der DDR wie Hermann Klenner oder Manfred Kossok zu bestärken.<sup>33</sup> Und keinesfalls unbemerkt geblieben ist sein Engagement für jüngere Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, denen er in Gutachten zu Dissertationen und Berufungsvorschlägen ausdrücklich Mut und Risikobereitschaft bescheinigt und die er in ihrem solcherart gefaßten Herangehen, das er nun auch ausdrücklich mit dem »neuen Denken« in Verbindung bringt, seiner Unterstützung versichert.<sup>34</sup>

---

Rechtswissenschaft, in: Staat und Recht, Berlin, Nr. 11/1987, S. 880; hier zitiert nach Michael Schumann: Sozialistische Ideologie und Politik ... a.a.O., S. 19.

32 Michael Schumann, Sozialistische Ideologie und Politik ... a.a.O., S. 19.

33 Vgl. etwa den Beitrag »Bewußtheit, Humanismus und Politik« zu einem Kolloquium des von ihm geleiteten Lehrstuhls Marxistisch-leninistische Philosophie der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft am 15. März 1988, abgedruckt in: Zur Dialektik gesellschaftlicher Bewußtheit. Aktuelle Beiträge zur Staats- und Rechtswissenschaft, Heft 369, Potsdam 1988, S. 33-42.

34 Die diesbezüglichen Texte sind unveröffentlicht, und es soll daher hier ohne Nennung der betreffenden Personen aus ihnen zitiert werden. So plädierte Schumann im Juni 1988 nachdrücklich für die Annahme einer in Leipzig geschriebenen Dissertation B zu »Wesen, Funktion und Prinzipien der ideologischen Selbstkritik der marxistische-leninistischen Partei (unter besonderer Berücksichtigung ihrer Anwendung in der sozialistischen Theorie und Praxis bei Lenin)«, bescheinigte dem Autor, daß er mit seiner Arbeit einen »von hohem politischem Verantwortungsbewußtsein und wohl auch einigem Mut« geprägten Beitrag dazu geleistet habe, sich dem »unabweisbaren Erfordernis, ein neues Denken und



Es ist also – nimmt man alles in allem – zum Referat des 16. Dezember 1989 kein in aller Öffentlichkeit deutlich nachvollziehbarer, durch laut ausgetragene Konflikte oder »Zwischenfälle« markierter Weg gewesen, sondern ein stiller: gekennzeichnet durch ein allmähliches Anhäufen von Quantitäten der Erkenntnis, daß es *so* und mit *dieser* SED nicht weiter gehen könne, die im Sommer 1989 einen solchen Überdruck entwickelten, daß es im Oktober/November 1989 zu einer Eruption, einem tatsächlichen Umschlag in eine neue Qualität gekommen ist.

Er habe – erinnert sich in seinem Rückblick »Vor fünf Jahren ...« – am 18. November 1989 auf dem Platz der Nationen in Potsdam,<sup>35</sup> der »schwarz von Menschen« war, eine »kurze Ansprache« gehalten, »gespickt mit ätzend-kritischen Bemerkungen über die miserablen innerparteilichen Zustände und die Halbherzigkeit der Erneuerungsbemühungen von Egon Krenz«,<sup>36</sup> und diese Ansprache sei »zündend« gewesen und habe »den Nerv der versammelten Masse« getroffen. Das wäre nicht gegangen, wenn sich die Eruption nicht lange vorbereitet hätte und nicht glaubhaft gewesen wäre.

Anfang 1990 – in jener nur kurz andauernden Phase einer Selbsterneuerung der Universitäten und Hochschulen in der DDR, die dann schon bald einer vom Westen bestimmten Abwicklung und Umstrukturierung Platz machen mußte – wurde Michael Schumann zum Direktor der Sektion Philosophie und Geschichte der Hochschule für Recht und Verwaltung (der ehemaligen Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft) gewählt. Mit einer Kandidatur bei den Wahlen zur Volkskammer der DDR am 18. März 1990 hat er dann die Weichen aber anders gestellt. Von nun an war die Politik sein Geschäft und blieb es bis zu seinem Tode.

Von März bis Oktober 1990 gehörte Michael Schumann zur 66 Sitze zählenden Fraktion der PDS, die in der frei gewählten Volkskammer der DDR in linker

---

Herangehen an viele Grundfragen der gesellschaftlichen Entwicklung zu gewährleisten« stellen zu können und verband dies mit einem Bekenntnis zu seinen Leipziger Wurzeln: »Der Promovend«, heißt es, stelle sich mit seiner Dissertationsschrift »bewußt in die schon historisch zu nennende Tradition des Leipziger Wissenschaftsbereiches, ideologietheoretische Grundfragen der materialistischen Geschichtsauffassung im Sinne der Einheit von Philosophie und Politik zu thematisieren.« – Im Gutachten zu einer anderen, an der Akademie in Babelsberg entstandenen Dissertation B zum Thema »Bewußtheit im historischen Prozeß: theoretisch-methodologische Studie zum Wesen und konkret-historischen Charakter gesellschaftlicher Bewußtheit« hieß es im Januar 1988: »Zu den besonders zu würdigenden Leistungen der vorliegenden Dissertation gehören zweifellos die Ausführungen der Verfasserin zum Problem des Zusammenhangs von Bewußtheit und Individualitätsentwicklung. ›Die freie Individualität‹, so schreibt sie (...), ›muß in ihrer Dialektik zur Vergesellschaftung als ein Grundprozeß der bewußten Gestaltung der kommunistischen Formation aufgefaßt werden.‹ Die freie Individualität ist, wie sie gerade im Zusammenhang mit der Charakterisierung der Herausforderungen der wissenschaftlich-technischen Revolution zu Recht betont, nicht der Kontrapunkt gesellschaftlicher Bewußtheit, sondern eines ihrer entscheidenden Kriterien.«

35 Der Platz heißt heute wieder Luisenplatz.

36 Zum Ablauf der Ereignisse in der SED-Führung im Herbst 1989 siehe im vorliegenden Band die Anm. 4 zum Referat »Wir brechen unwiderruflich mit dem Stalinismus als System!« (S. 36).

Opposition zur regierenden Koalition aus CDU und SPD stand.<sup>37</sup> Mit ihrem am 23. August 1990 bei 62 Gegenstimmen und 7 Enthaltungen für den 3. Oktober 1990 beschlossenen Beitritt der DDR »zum Geltungsbereich des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland gemäß Artikel 23 des Grundgesetzes« hob diese Volkskammer ihre eigene Daseinsberechtigung auf. Michael Schumann jedoch gehörte zu jenen 24 PDS-Abgeordneten, die dann bis zu den Bundestagswahlen am 2. Dezember 1990 einem speziellen Schlüssel folgend in den Deutschen Bundestag übergangen.<sup>38</sup>

Gleichzeitig kandidierte er, da er seine Zukunft in der Landespolitik sah und eine Kandidatur bei den Bundestagswahlen am 2. Dezember nicht in Erwägung zog, bei den Landtagswahlen in Brandenburg am 14. Oktober 1990. Die PDS-Linke Liste erreichte bei diesen Wahlen mit 13,4 Prozent und 13 Sitzen den dritten Platz hinter der SPD (38,2 Prozent und 36 Sitze) und der CDU (29,4 Prozent und 27 Sitze) und vor der FDP (6,6 Prozent und 6 Sitze) und Bündnis 90 (6,4 Prozent und ebenfalls 6 Sitze).<sup>39</sup> Schumann zog über die Landesliste in den Landtag ein und wiederholte dies auch bei den Landtagswahlen am 11. September 1994 und am 5. September 1999.<sup>40</sup>

Die PDS war in all diesen drei Wahlperioden linke Opposition, und sie war dies gegen drei unterschiedliche SPD-Regierungen: von 1990 bis 1994 gegen eine »Ampelkoalition« aus SPD, FDP und Grünen; von 1994 bis 1999 gegen eine mit absoluter Mehrheit agierende SPD-Alleinregierung; von 1999 an gegen eine »große« Koalition aus SPD und CDU.<sup>41</sup> Michael Schumann war über all diese Jahre innenpolitischer Sprecher seiner Fraktion, und er füllte dieses Amt mit einer Qualität und Tiefe aus, wie es in Landtagen nicht eben alltäglich ist.

Zugleich war Schumann seit 1990 mit mehrfacher Wiederwahl Mitglied des Parteivorstandes der PDS, er war Mitglied der Historischen Kommission beim Parteivorstand, und die von ihm gelebte Verbindung zwischen Politik und Wissenschaft führte geradezu folgerichtig zu seiner Wahl zum Vorsitzenden des Kuratoriums der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Einzubringen hatte er in diese letztgenannte Funktion nicht nur seine guten Verbindungen mit ostdeutschen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern. Aus seinen frühzeitig ge-

---

37 Die PDS hatte am 18. März 1990 16,4 % der Stimmen (66 Sitze) erhalten und damit den dritten Platz belegt. Wahlsieger war die CDU mit 40,8 % (163 Sitze) vor der SPD mit 21,9 % (88 Sitze), der PDS, der DSU mit 6,3 % (25 Sitze), dem Bund Freier Demokraten mit 5,3 % (21 Sitze), Bündnis 90 mit 2,9 % (12 Sitze), der DBD mit 2,2 % (9 Sitze), dem Wahlbündnis Grüne/Frauen mit 2 % (8 Sitze), dem Demokratischen Aufbruch mit 0,9 % (4 Sitze) und der NDPD mit 0,4 % (2 Sitze). (Angaben nach: Chronik der PDS 1989-1997, a.a.O., S. 21-22).

38 Die Zahlen und Angaben siehe: Ebenda, S. 30, S. 33, S. 34.

39 Vgl. Landtag Brandenburg, 1. Wahlperiode, Volkshandbuch, Darmstadt 1991, S. 137.

40 Die Ergebnisse 1994: SPD 54,1 % (51 Sitze), CDU 18,72 % (18 Sitze), PDS 18,71 % (18 Sitze) (vgl. Landtag Brandenburg, 2. Wahlperiode, Namen-Daten-Fakten, Potsdam 1994). Die Ergebnisse 1999: SPD 39,3 % (37 Sitze); CDU 26,6 % (25 Sitze); PDS 23,3 % (22 Sitze); DVU 5,3 % (5 Sitze) (vgl. Landtag Brandenburg, 3. Wahlperiode 1999-2004, Namen-Daten-Fakten, Potsdam 1999).

41 Die nächsten Landtagswahlen in Brandenburg finden am 19. September 2004 statt.

suchten Kontakten mit linken Intellektuellen aus dem Westen erwachsen auch enge Beziehungen zum Beispiel mit Johannes Agnoli und mit Wolfgang Fritz Haug, der ihn für eine Mitarbeit am »Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus« gewann.

Am 2. Dezember 2000 machte ein Verkehrsunfall bei einer Fahrt auf der Bundesstraße 96, die eigentlich in einen kurzen Erholungsurlaub an der Ostsee führen sollte, auf dem Abschnitt zwischen Löwenberg und Gransee dem Leben des Michael Schumann und seiner Ehefrau Ingeburg ein abruptes Ende.

#### IV

Das politische Leben und Wirken von Michael Schumann in den neunziger Jahren ist nicht denkbar ohne jene besondere Konstellation, die in den Herbsttagen des Jahres 1989 entstand, als er mit dem SED-Berufspolitiker Heinz Vietze und dem Rektor der Filmhochschule, dem eigenwilligen, querdenkerischen Kulturwissenschaftler Prof. Dr. Lothar Bisky, zusammentraf und sich diese drei in der Eile der notwendigen Entscheidungen und zugleich der doppelt und dreifach gründlichen gegenseitigen Prüfungen, wie sie wohl nur solche gesellschaftlichen Umbruchsituationen mit sich bringen, entschieden, ihre so unterschiedlichen Fähigkeiten mit einem gemeinsamen Ziel zu bündeln: die SED nicht aufzulösen und aus ihr heraus eine neue Partei, die PDS, zu entwickeln.<sup>42</sup>

Aus dem aufgabenorientierten Zweckbündnis der ersten Tage und Wochen ist eine zehnjährige intensive und freundschaftliche Zusammenarbeit geworden, wie sie nicht häufig vorkommt. Die überragenden organisatorischen Fähigkeiten, der politische Instinkt, der in den Wendemonaten bewiesene persönliche Mut und die genaue Kenntnis der Verhältnisse des Heinz Vietze; die tief verwurzelte und seit langem in der SED mutig gelebte Nicht-Anpassung und Reformorientiertheit und die so viel Zuverlässigkeit, Toleranz, Nachdenklichkeit und Vertraulichkeit ausstrahlende Präsenz des Lothar Bisky; und dazu die scharfe und gründliche Analytik, die wissenschaftliche Politikauffassung, das strategische Denkvermögen des Michael Schumann – dies alles zusammen formte ein Dreieck, das nicht nur für die PDS-Politik in Brandenburg bestimmend war, sondern auch entscheidend darüber hinaus wirkte: im Land

---

42 Zu Heinz Vietze siehe im vorliegenden Band vor allem die Bemerkungen Schumanns selbst: im Text »Vor fünf Jahren ...« (S. 94-98); außerdem Anm. 2 zur Rede Schumanns auf dem 12. Parteitag der DKP am 13. November 1993 (S. 90). – Zu Lothar Bisky siehe Bezüge, die Schumann mehrfach in seinen Texten hergestellt hat, und Anm. zu mehreren Beiträgen. – Siehe außerdem Porträts aller drei Politiker in der Broschüre: Fraktion persönlich. Ein Lesebuch über die Fraktion der PDS im Landtag Brandenburg. Mit Texten und Fotos von Simone Thomas, Wolfram Adolphi, Walter Flegel, Hans Joachim Nauschütz und Hermann Turley, hrsgg. von der PDS-Fraktion im Landtag Brandenburg, Potsdam 1998.

Brandenburg für die Entwicklung des »Brandenburger Weges« und in der PDS insgesamt für die Entwicklung entscheidender Grundlinien der Partei.

Was freilich nie unproblematisch war. Denn natürlich produzieren solche Bündnisse, wenn sie lange halten und – wie das hier der Fall war – auch eine Art informelle Struktur quer zu Wahlfunktionen darstellen, immer und notwendigerweise auch Ausschließungen.

Michael Schumann hatte in seiner Rolle als einflußreicher Stratege und Programmierer seinen Platz gefunden, und so, wie er auf den Landeslisten der PDS zu den Landtagswahlen lieber auf den nicht ganz vorderen Plätzen kandidierte,<sup>43</sup> empfand er auch seine Position als Mitglied des Vorstands der Gesamtpartei als angemessen und seinen Vorstellungen hinsichtlich der Organisation seiner verschiedenen Arbeitsfelder entsprechend.

Aber die Entwicklung des erfolgreichen Dreigestirns beweist sehr deutlich: Das Herausragende und das dieses Herausragende schon bald Gefährdende liegen auch in der Geschichte der PDS dicht beieinander. Ein besonders markantes Beispiel dafür ist der mutige – und erfolgreiche – Hungerstreik gegen den Steuerbescheid in Höhe von 67,5 Mio. DM Anfang Dezember 1994. Es hatten sich zu dieser Aktion, die vom 29. November bis zum 7. Dezember dauerte, zusammengefunden: der Parteivorsitzende Lothar Bisky, der Vorsitzende der Gruppe der PDS im Deutschen Bundestag, Gregor Gysi, dazu Schatzmeister Dietmar Bartsch, Pressesprecher Hanno Harnisch, Wahlkampfleiter André Brie, Heinz Vietze und Michael Schumann. Es hatte dies keine protokollarische oder parteihierarchische Logik, sondern ergab sich aus den programmatischen Gemeinsamkeiten und persönlichen Beziehungen der Beteiligten.<sup>44</sup> Nie gab es in der PDS Zweifel am Mut und an der Integrität des Strebens derer, die sich zu diesem Hungerstreik entschlossen hatten. Wohl aber wurden mit den Jahren Zweifel hörbar, ob sich aus dieser Gruppe nicht ein exklusiver, alle gewählten Hierarchien in Frage stellender oder außer Kraft setzender Zirkel gebildet hatte. Und ganz gewiß hat die tiefe und lange fortwirkende Erschütterung der PDS auf und nach ihrem Münsteraner Parteitag vom April 2000 auch mit diesen Zweifeln zu tun.<sup>45</sup>

---

43 Nur 1990 stand Schumann mit ganz vorn: auf Platz 2. 1994 hatte er Listenplatz 7 inne und 1999 Listenplatz 8 (vgl. die in Anm. 39 und 40 genannten Handbücher).

44 Vgl. zum Ablauf der Ereignisse das unmittelbar nach dem Hungerstreik von Lothar Bisky verfaßte Buch: Wut im Bauch, a.a.O. – Dort heißt es im Abschnitt »Wie die Entscheidung zum Hungerstreik fiel«: »Am 29. November trafen sich Gregor Gysi, André Brie, Michael Schumann, Heinz Vietze, Dietmar Bartsch und ich im »Spreehotel«, um einige inhaltliche Fragen zu beraten, die im Vorfeld des 4. Parteitages aufgetaucht waren. Wir kamen nicht zum Thema. Dietmar Bartsch eröffnete uns: Jetzt sei die Existenz der PDS gefährdet, ihre Zahlungsfähigkeit stehe in Frage. Durch Gerichtsentscheidung und einen Steuerbescheid war es nunmehr möglich, die Wahlkampfkostenersatzung der PDS sowie alles, was im Besitz der PDS ist, zu konfiszieren. Wir diskutierten sehr lange und über mehrere Stunden, wie man aus dieser Situation herauskommen konnte. (...) Und so wurde die Idee des Hungerstreiks geboren« (S. 11-13).

45 Zu Münster 2000 siehe im vorliegenden Band die Schumann-Rede »Es geht um Verteidigung der UN-Charta! Nicht um Plädoyer für Kampfeinsätze!« mit ihrem ausführlichen Anm.-Teil (S. 164-176).

Dieses Buch ist ein Arbeitsbuch. Michael Schumann hatte im Juni 2000 schon einmal selbst einen Plan zur Herausgabe von ausgewählten Texten entwickelt – einen Plan, der sich dann nicht mehr verwirklichen ließ –, und er hatte im Entwurf eines Vorworts mit Blick auf die von Lothar Bisky und Gregor Gysi in Münster vorgetragene Absicht, im Herbst 2000 nicht wieder für ihre Funktionen als Parteivorsitzender und Fraktionsvorsitzender zu kandidieren, formuliert: »In der PDS vollzieht sich gegenwärtig nicht nur ein politischer Generationenwechsel, mit dem einige der ›1989er‹ in den Hintergrund treten, sondern auch ein intensiver Streit um die künftige programmatische Orientierung.« So wenig er angesichts dessen »annehme, daß die vorliegenden Texte einen Anspruch auf programmatisches Profil erheben können,« so »sicher« sei er sich doch, »daß die programmatische und historisch-politische Debatte nicht in Absehung von der kurzen Geschichte der PDS sinnvoll geführt werden« könne. Die »Absicht der Edition« bestehe somit »darin, ein Stück ›Ideologiegeschichte‹ der PDS in Erinnerung zu bringen und Interessierten die Mühe zu ersparen, bestimmte für diese Debatte vielleicht heute noch relevante Meinungsäußerungen in verstreuten Quellen aufzusuchen.«<sup>46</sup>

Diesem Gedanken folgt auch die Zusammenstellung und Kommentierung der Texte im vorliegenden Band. Weder geht es um Vollständigkeit noch um endgültige Urteile. Der Herausgeber ist weder einem »Komitee« zugeordnet gewesen noch durch irgendwelche Interessengruppen in seinem Herangehen beeinflusst worden. Was entstanden ist, ist ein Diskussionsbeitrag – nicht mehr und nicht weniger. Diesem Charakter des Bandes entspricht auch die Auswahl der Literaturangaben und Verweise in den Anmerkungen: Der Schwerpunkt liegt ausdrücklich auf Texten und Äußerungen aus der PDS und ihrem Umfeld – womit auch und nicht zuletzt das Ziel verfolgt wird, den Reichtum und die Vielfalt dieser Forschungsarbeiten und Analysen, Stellungnahmen und Debatten einmal in gedrängter Weise sinnfällig zu machen.

Drei Linien sollen für den Weg von Michael Schumann noch einmal ausdrücklich hervorgehoben werden:

*Erstens* der Spannungsbogen, der von dem großen und überragenden Erfolg des Referats vom 16. Dezember 1989 bis zu der Niederlage reicht, die Schumann mit seiner Münsteraner Rede vom 8. April 2000 erlitt. Es war – so mochte man zunächst denken – ein nur vorläufiges Ende dieses Spannungsbogens, aber der Tod im Dezember 2000 machte daraus ein endgültiges. Es

---

46 Der Entwurf des Vorwortes und die Liste der zum Abdruck in der geplanten Edition vorgesehenen Texte befindet sich im Besitz des Herausgebers. Bei der Zusammenstellung des vorliegenden Bandes ist diese Liste zur Grundlage genommen worden. Die Zahl der Texte ist jedoch zugunsten einer gründlichen Kommentierung reduziert worden.

bleibt Aufgabe künftiger Forschungen zur Geschichte der PDS, diesen Spannungsbogen in seiner *Gesamtheit* auszuloten und zu definieren, was Münster in der *Partei*geschichte war. Für die Geschichte des *Schumanns*chen Wirkens war es eine Niederlage, denn er sah ein tragendes Prinzip seiner seit dem 16. Dezember 1989 geleisteten Arbeit untergehen. In einer Ablehnung schon der *Prüfung* eines Einzelfalls, wie sie später vom Parteitag beschlossen wurde, sah er – wie er in seiner Rede feststellte – »eine Geschichtsauffassung, die weder eine Überdetermination noch eine Underdetermination geschichtlicher Ereignisse kennt und in der das Unerwartete nicht mehr vorkommt.« Von solch einer Auffassung aber »sollten wir uns eigentlich gelöst haben.« Daß es dabei wirklich um einen tiefgehenden Richtungsstreit, eine grundsätzliche Auseinandersetzung um Denk- und Arbeitsmethoden ging, hatte André Brie in Übereinklang mit den Auffassungen Schumanns drei Wochen vor dem Parteitag in Münster noch einmal deutlich gemacht: Es sei »nicht ausgeschlossen«, daß es eine Niederlage des Vorstandsantrags geben werde. »Viel wichtiger« aber sei ihm, daß damit die Gefahr verbunden sei, daß »die Partei in ihrer gesamten Entwicklung zurückgeworfen werden« könne, denn die Partei sei ja nun einmal ausdrücklich nicht »für sich selbst« da, sondern dafür, »reale Politik zu machen« und die »enormen Probleme« ihrer Wählerinnen und Wähler »ernst zu nehmen«. Dies aber gehe »nur noch mit politischer Kompetenz und mit einer alternativen Funktion im politischen Wettbewerb« und »nicht mehr, wie in der Vergangenheit, einfach mit dem Anderssein und der reinen Protesthaltung oder gar mit Selbstisolation.«<sup>47</sup>

Will man die Erschütterung Michael Schumanns an dieser Stelle richtig begreifen, muß eine *zweite* Linie seines Weges aufgerufen werden: die des immer tieferen, immer intensiveren Hineinwachsens in den Inhalt des Referats vom 16. Dezember 1989 und des immer nachdrücklicheren Ringens um dessen nachhaltige Verankerung in der Partei wie auch um die Erfüllung der im Referat gestellten Aufgaben. Das ist im vorliegenden Band ausführlich nachzulesen. Aber auch dabei hat es eine einschneidende Zäsur gegeben. Sie hängt mit der Arbeit von Dietmar Keller in der Enquête-Kommission des Deutschen Bundestages »Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland« zusammen. Keller hatte dort am 22. Januar 1993 einen Vortrag zum Thema »Die Machthierarchie der SED-Diktatur« gehalten,<sup>48</sup> der zu heftigen Reaktionen in der PDS führte. In der Folge verstärkten sich Strömungen in der Partei, die darauf abzielten, wesentliche Kerngedanken des Referats vom 16. Dezember 1989 in Frage zu stellen. Schumann, der – wie alle seine Texte erkennen lassen – kein Mann des aufgeregten Wortes, sondern der be-

---

47 Freitag, Berlin, Nr. 12/2000 vom 17. März 2000.

48 Der in freier Rede gehaltene Vortrag wurde, »gestützt auf das Protokoll der Kommission«, »in großen Auszügen« abgedruckt in : Neues Deutschland, Berlin, v. 1. März 1993.

harrlichen und ruhigen Überzeugungsanstrengung war, war tief und auf Dauer getroffen, was sich in Arbeiten wie »Vor fünf Jahren ...«, »Zur Auseinandersetzung der PDS mit dem stalinistischen Erbe« oder »Weltgeschichte des Kommunismus als Kriminalgeschichte« deutlich widerspiegelt.<sup>49</sup>

Mit dem energischen Ringen zur Gewinnung von Klarheit über die Verbrechen des Stalinismus und darüber, welche Wirkungen dieses System weit über die Herrschaftszeit Stalins hinaus entwickelte, ist eng verbunden eine *dritte* Linie des Weges von Michael Schumann. Sie besteht darin, daß er sehr genau zu unterscheiden vermochte zwischen der Entwicklung eines *Systems* auf der einen Seite und den sehr unterschiedlich sich ausprägenden Verstrickungen, Verwicklungen und Einbezogenheiten von *Menschen* in einem solchen System. Daraus erklärt sich, warum er sich so energisch für konsequente Rechtsstaatlichkeit im Umgang mit Verantwortungsträgern der DDR einsetzte und für einen »souveränen Umgang mit unserer politischen Biographie« plädieren konnte.

Die hier als *erste* und *zweite* Linie beschriebene beharrliche Auseinandersetzung mit dem Stalinismus sah er dabei übrigens als unbedingte Voraussetzung für einen Erfolg dieser *dritten* Linie an. Nur dann – war seine feste Überzeugung –, wenn man auf den tiefsten Grund des Stalinismus vorstieß, würde man die Kraft und die Glaubwürdigkeit für einen Neuanfang, für den demokratischen Sozialismus, finden können. Und erst dann auch – so seine Überlegungen zur »Weltgeschichte des Kommunismus als Kriminalgeschichte« – könne die Idee vom Sozialismus und Kommunismus endlich und tatsächlich jene Befreiungswirkung entfalten, die sie seit mehr als 150 Jahren für Millionen und Abermillionen Menschen so anziehend gemacht hat.

## VI

Das Erbe von Michael Schumann als Aufruf zum Weiterarbeiten zu verstehen heißt auch, sich klar zu machen, was er *nicht* geleistet hat. Den Generationswechsel auf den Führungsebenen der Partei, den er in seinem weiter oben zitierten Entwurf eines Vorwortes im Sommer 2000 bereits in Vollzug zu sehen vermeinte, hat es bis heute nicht wirklich gegeben. Die Niederlage der PDS bei den Bundestagswahlen im September 2002 hat Defizite auf diesem Weg in aller Schärfe hervortreten lassen.

Es ist – natürlich – müßig, darüber zu spekulieren, wie sich Schumann in den komplizierten Auseinandersetzungen, die es seither um die Konsolidierung der Partei und die Stabilisierung ihres Platzes in der Gesellschaft gege-

---

<sup>49</sup> Siehe außerdem die Anm. 8 zur Rede auf dem DKP-Parteitag am 13. November 1993 »Der Logik des Kräfteverhältnisses stellen« (S. 93).

ben hat, verhalten hätte. Klar aber ist: Die Bundesrepublik Deutschland des ersten Jahrzehnts des einundzwanzigsten Jahrhunderts ist nicht mehr die des letzten Jahrzehnts des zwanzigsten. Schumanns Arbeiten und großen Verdienste liegen in einer Zeit, die sich von der heutigen sehr viel deutlicher unterscheidet, als das meist wahrgenommen wird. Unter der Bundesregierung aus SPD und Grünen, die 1998 gewählt und 2002 wiedergewählt wurde, ist ein umfassender Systemwechsel eingeleitet worden: Der Sozialstaat, wie ihn die alte Bundesrepublik darstellte, wurde zerstört, von einem allmählich begonnenen Abbau von Sozialleistungen wurde zu einem radikalen Streichen solcher Leistungen übergegangen, nicht Arbeitszeitverkürzungen, sondern Arbeitszeitverlängerungen werden auf die Tagesordnung gesetzt, das Renteneintrittsalter wird erhöht, von speziellen Förderprogrammen für Ostdeutschland oder gar langfristigen Strategien für den Osten ist nicht mehr die Rede, dies alles geht einher mit einem schleichenden, aber unübersehbaren Demokratieabbau, und in der Außenpolitik ist Deutschland in dieser Zeit wieder zu einem Staat geworden, der sich an Kriegen beteiligt und Interventionsstreitmächte aufbaut.

Den vorliegenden Band als Arbeitsbuch zu begreifen und zu nutzen kann angesichts dessen nur heißen, sich der *Methoden* des Michael Schumann zu versichern: seiner Analytik, seines Geschichtsbewußtseins und – seiner begründeten Hoffnung.

Wolfram Adolphi



# Wir brechen unwiderruflich mit dem Stalinismus als System!

## Referat auf dem Außerordentlichen Parteitag der SED in Berlin am 16. Dezember 1989<sup>1</sup>

Was jetzt zum Vortrag kommt, liebe Genossinnen und Genossen, ist das Ergebnis der Tätigkeit einer Arbeitsgruppe, die unter Verantwortung des Arbeitsausschusses bzw. Vorstandes relativ sehr kurzfristig – wie könnte es anders sein – gearbeitet hat.<sup>2</sup> Es ist dementsprechend das, was hier vorgetragen wird, als ein erster und vorläufiger Versuch der Analyse zu werten. Die theoretisch-ideologische Bewältigung eines so komplizierten und komplexen Problems

- 
- 1 Der Abdruck folgt dem Wortlaut der Rede, wie er dokumentiert ist in: Lothar Hornbogen, Detlef Nakhath, Gerd-Rüdiger Stephan (Hrsg.): Außerordentlicher Parteitag der SED/PDS. Protokoll der Beratungen am 8./9. und 16./17. Dezember 1989 in Berlin, Berlin 1999, S. 178-192. Anm. aus dieser Veröffentlichung wurden weitgehend übernommen und sind als solche Übernahmen mit »Anm. aus dem Protokollband« gekennzeichnet. Vorgelegt worden war das Referat dem Parteitag unter dem Titel »Zur Krise in der Gesellschaft und zu ihren Ursachen, zur Verantwortung der SED«. Der Titel »Wir brechen unwiderruflich mit dem Stalinismus als System!« entstammt dem Erstabdruck des Referats in Neues Deutschland, Berlin, 18. Dezember 1989, wie er dann auch in die Broschüre »Außerordentlicher Parteitag der SED/PDS, Partei des Demokratischen Sozialismus, 8./9. und 16./17. Dezember 1989. Materialien«, Berlin 1990, S. 41-56, übernommen worden ist. Dieser Erstabdruck basierte auf dem Text, der dem Parteitag schriftlich vorgelegen hatte. Die leichten stilistischen Abweichungen mit dem hier abgedruckten Protokolltext sind inhaltlich unerheblich.
  - 2 Dazu enthält die Druckfassung in der Broschüre von 1990 den folgenden Schlußabschnitt, der im protokollierten Wortlaut nicht enthalten ist: »In Verantwortung der durch den Arbeitsausschuß zur Vorbereitung des außerordentlichen Parteitages berufenen Arbeitsgruppe unter Leitung des Genossen Heinz Vietze wurde unter aktiver Mitwirkung der Ausschußmitglieder Markus Wolf und Ulrich Peck das Referat »Zur Krise in der Gesellschaft und ihren Ursachen, zur Verantwortung der SED« durch Prof. Günter Benser, Institut für Marxismus-Leninismus, Prof. Kurt Finker, Pädagogische Hochschule Potsdam, Prof. Karl-Heinz Jahnke, Universität Rostock, Dr. Kurt Libera, Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft der DDR, Prof. Gisela Schott, Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft der DDR, Prof. Michael Schumann, Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft der DDR, erarbeitet. Wichtige Zuarbeiten leisteten: Prof. Manfred Banaschak, Redaktion »Einheit«, Rolf Hoth, Amt für Nationale Sicherheit, Prof. Hans Marnette, Pädagogische Hochschule Potsdam, Dr. Hermann Wandschneider, Parteihochschule. Die Arbeitsgruppe dankt allen Genossinnen und Genossen, die ihre Überlegungen zu diesem Thema zur Verfügung stellten.«  
Zum Umgang Michael Schumanns mit der Tatsache, daß das Referat Ergebnis einer großen kollektiven Anstrengung war, siehe im vorliegenden Band den Text »Vor fünf Jahren: »Wir brechen unwiderruflich mit dem Stalinismus als System!« Reminiszenzen und aktuelle Überlegungen.«  
Die Bemerkung über die kurze Zeit, in der das Referat entstand, bezieht sich auf folgende Abläufe: Nach dem Rücktritt von Erich Honecker am 18. Oktober 1989 und der Wahl von Egon Krenz zum Generalsekretär am gleichen Tag war auf der 10. Tagung des ZK der SED vom 8. bis 10. November 1989 ein neues Politbüro gewählt und für die Zeit vom 14. bis 17. Dezember 1989 die 4. Parteikonferenz der SED einberufen worden. Die Parteibasis protestierte gegen diese Planungen und forderte statt der Konferenz einen Außerordentlichen Parteitag, der durch geheime Wahlen vorzubereiten war und mit seinem Erneuerungsanspruch der Tiefe der gesellschaftlichen Umbrüche Rechnung tragen mußte. Dies

wie die Frage nach den Ursachen der Krise und die Verantwortung der SED fordert den Einsatz des ganzen intellektuellen Potentials der Partei und bleibt eine Aufgabe, der wir uns auch in Zukunft mit aller Kraft stellen müssen, um zu weiteren Schlußfolgerungen für die radikale Erneuerung der Partei zu gelangen.

Dennoch – es ist notwendig, auf diesem Parteitag Stellung zu den Ursachen der Krise zu beziehen. Das erwartet die Parteibasis, aus der uns auch viele Hinweise und Gedanken zu diesem Thema zugegangen sind, und das erwartet mit Recht auch die Öffentlichkeit unseres Landes.

Unser Parteitag hat schon am ersten Beratungstag mit Nachdruck erklärt: Wir brechen unwiderruflich mit dem Stalinismus als System.

Uns allen hier im Saal – dem einen früher, dem anderen später – ist bewußt geworden, daß für die Krise unseres Landes und unserer Partei die Mitglieder einer inzwischen hinweggefegten Parteiführung die persönliche Verantwortung tragen.

Erich Honecker<sup>3</sup> und sein Politbüro konnten vor allem deshalb einen derartigen Schaden anrichten, weil ein Geflecht von Strukturen allgegenwärtiger Apparate und eine Rechtfertigungsideologie einen derartigen Machtmißbrauch ermöglichten bzw. absegneten.

---

war um so notwendiger geworden, als am 9. November auf der Pressekonferenz am Rande der ZK-Tagung Politbüromitglied Günter Schabowski die Öffnung der Grenzen und damit den Fall der Mauer eingeleitet hatte. Am 12. November gab das Politbüro dem Druck nach und schlug die Einberufung eines Außerordentlichen Parteitages vor. Die Dinge beschleunigten sich jedoch weiter: Am 3. Dezember traten Egon Krenz, das gerade erst drei Wochen im Amt befindliche Politbüro und das gesamte ZK zurück. Zur Vorbereitung des bereits einberufenen Außerordentlichen Parteitages wurde nun ein Arbeitsausschuß gebildet, und erst mit ihm war eine Konstellation entstanden, in der an die Erarbeitung eines Referats gedacht werden konnte, wie es dann von Michael Schumann am 16. Dezember vorgetragen wurde. Die Vorverlegung des Beginns des Parteitages auf den 8./9. Dezember verkürzte die Vorbereitungszeit um ein weiteres. – Zu den Daten vgl. Zeno und Sabine Zimmerling (Hrsg.): Neue Chronik DDR, 3. Folge (24. November-22. Dezember 1989), Berlin 1990; und: Chronik der PDS 1989-1997. Erarbeitet von Helmut Zessin, Edwin Schwertner und Frank Schumann, Berlin 1998. – Vgl. zu den Abläufen und Hintergründen auch Lothar Hornbogen, Detlef Nakath: Das (formale) Ende der SED – Beginn der PDS-Geschichte. Vor zehn Jahren: Der Sonderparteitag der SED/PDS, in: Disput, Berlin, Nr. 11/1999, S. 17-19.

- 3 Erich Honecker (1912-1994), vom 3. Mai 1971 bis zum 18. Oktober 1989 als zunächst Erster Sekretär, dann (seit 1976) als Generalsekretär des ZK der führende Mann der SED, vom 29. Oktober 1976 bis zum 18. Oktober 1989 auch Vorsitzender des Staatsrates der DDR. Honecker war 1929 17jährig in die KPD eingetreten, ab 1930 hauptamtlicher Funktionär des KJVD; 1935 wegen seines antifaschistischen Widerstandskampfes verhaftet (Gefängnis Berlin-Moabit) und 1937 zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt, 1937-1945 Haft im Zuchthaus Brandenburg-Görden; Mai 1945 Jugendsekretär des ZK der KPD, 1946 Mitbegründer und bis 1955 Vorsitzender der FDJ; ab 1946 Mitglied des PV bzw. des ZK der SED, 1950 Kandidat, 1958 Mitglied des PB und Sekretär des ZK. – Am 3. Dezember 1989 – also wenige Tage vor dem Außerordentlichen Parteitag – war Honecker vom ZK aus der SED ausgeschlossen worden (vgl. bis hierher Jochen Cerny: Wer war wer – DDR. Ein biographisches Lexikon, Berlin 1992, S. 201-202). – Sein folgendes Leben war durch Krankheit, Verhaftungen, Flucht und Prozesse geprägt: 29./30. Januar 1990 vorübergehende U-Haft; April 1990 Übersiedlung ins sowjetische Militärhospital Beelitz; März 1991 Ausreise in die Sowjetunion; Dezember 1991 Flucht in die chilenische Botschaft in Moskau; Juli 1992 Überführung nach Deutschland; U-Haft in Berlin-Moabit. Januar 1993 aus Krankheitsgründen

Die Symptome dieses Machtmißbrauchs liegen inzwischen offen zutage: Konzentration der Macht in den Händen eines arroganten Alleinherrschers, Steuerung der Wirtschaft durch eine Kommandozentrale, der es an Verständnis für elementare Bedürfnisse der produktiven und sozialen Bereiche der Gesellschaft und für die Lebensqualität der Bevölkerung fehlte, Reglementierung und bürokratische Zentralisation von Kultur, Wissenschaft und Bildung, die kritische Geister außer Landes trieb, politische Entmündigung der Bürger unserer Republik und Kriminalisierung Andersdenkender, Verwandlung der Medienlandschaft in eine trostlose Informationswüste und eine widerliche Hofberichterstattung, Ausgrenzung der Parteibasis aus allen innerparteilichen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen.

Im Umfeld dieses Machtmißbrauchs breitete sich der Morast der Korruption und der persönlichen Bereicherung aus. Unerträgliche Herrscherallüren einer Führungsgruppe und mancher Nacheiferer auch auf unterer Ebene haben unsere Partei in Verruf gebracht. Zwischen Führung und Volk, zwischen Parteispitze und Parteibasis tat sich eine tiefe Kluft auf. Aus einzelnen und aus Gruppen, die auf Veränderungen drängten, wuchs eine umfassende Volksbewegung. Sie forderte ihre Rechte auf der Straße ein, als das Land an einer Massenflucht zu Grunde zu gehen drohte.

Die Bewegung zur Erneuerung des Sozialismus ist ihrem Wesen nach eine revolutionäre Bewegung. Die Politbürokraten verunglimpften den Aufbruch des Volkes als Konterrevolution und wollten ihn mit Gewalt unterdrücken. In

---

Aufhebung des Haftbefehls und Einstellung des im November 1992 gegen ihn eröffneten Prozesses, bei dem er gemeinsam mit Willi Stoph (ehem. Ministerpräsident), Erich Mielke (ehem. Minister für Staatssicherheit), Heinz Kefler (ehem. Verteidigungsminister), Fritz Strelitz (ehem. Stellv. Verteidigungsminister) und Hans Albrecht (ehem. 1. Sekretär der SED-BL Suhl) im Zusammenhang mit seiner Mitverantwortung für den Tod von 68 bei Fluchtversuchen in die BRD ums Leben gekommenen Flüchtlingen wegen »versuchten und vollendeten Totschlags« angeklagt war. – Der PDS-Parteivorstand, dem Michael Schumann angehörte, sprach bei Beginn des Prozesses von einem »politischen Schauprozeß«, der »auf Abrechnung mit der DDR, auf Kriminalisierung des staatlichen Handelns eines selbständigen Staates und auf ein Medienspektakel« angelegt sei. – Am 13. Januar 1993 reiste Honecker nach Chile aus und starb dort am 29. Mai 1994 (vgl. Andreas Herbst, Winfried Ranke, Jürgen Winkler: So funktionierte die DDR, Bd. 3, Reinbek bei Hamburg 1994, S. 149, sowie: Chronik der PDS 1989-1997, Berlin 1998, S. 107). – In seinen »Moabiter Notizen« vermerkte Honecker zur PDS und zum Außerordentlichen Parteitag der SED/PDS: »Die Äußerungen einiger führender Persönlichkeiten der PDS, die bürgerliche Demokratie sei das bisher fortschrittlichste System, gereicht diesen nicht gerade zur Ehre, ebenso wenig ihre Hilfestellung bei der Zerschlagung des »stalinistischen Systems« in der DDR, dessen Politik sie als reaktionär bezeichnen.« Man müsse den Blick darauf lenken, was für eine »Misere« mit der »Zerschlagung der sozialistischen DDR« heraufbeschworen worden sei. »Auch ein Gysi sollte das tun, der auf dem Sonderparteitag der SED/PDS in seinem Schlußwort die SED-Führung verleumdete und erklärte, das wichtigste Ergebnis dieses Parteitages sei die Zerschlagung des Stalinismus gewesen. Es gilt heute als modern, aufrechte Kommunisten als »Stalinisten« abzustempeln. Der »Stalinist« Dimitroff hat aber unter dem Beifall der Weltöffentlichkeit den Bolschewistenfresser Göring im Kampf um die Wahrheit besiegt. ... So wie die Lüge im Reichstagsbrandprozeß wird eines Tages auch die Lüge über die »stalinistische DDR« platzen.« Erich Honecker: Moabiter Notizen. Letztes schriftliches Zeugnis und Gesprächsprotokolle vom BRD-Besuch 1987 aus dem persönlichen Besitz Erich Honeckers, Berlin 1994, S. 73-74.

Wirklichkeit waren sie in dieser Situation die Konterrevolutionäre. (*Beifall*) Viele Persönlichkeiten – Künstler, Arbeiter, Schriftsteller und Wissenschaftler und unter ihnen auch viele Mitglieder und Funktionäre unserer Partei – hatten schon warnend die Stimme erhoben.

Unsere Partei war mit so manchen ihrer Mitglieder an der Volksbewegung beteiligt. Als Organisation hat sie die Umgestaltung nicht einzuleiten vermocht, ja sie hat zunächst auch nicht den Charakter des Erneuerungsprozesses verstanden. Deshalb ist die Partei in der Zeit zwischen den Oktobertagen und unserem außerordentlichen Parteitag in eine Situation geraten, in der sie um ihre Existenz kämpfen muß. Hierfür trägt bereits die auf den Abgang Erich Honeckers folgende Parteiführung die Verantwortung.<sup>4</sup> (*Beifall*)

Wir mußten immer weiter zurückweichen, weil die Führung um Egon Krenz kein Konzept besaß und nicht zu einem radikalen Bruch mit der Vergangenheit bereit war. Das war in ihrer personellen Zusammensetzung auch nicht zu erwarten.

Ich bringe hier nur folgende Tatsachen in Erinnerung: Es begann mit der Verlegenheitsformel, Honecker sei aus gesundheitlichen Gründen zurückgetreten, und mit der Überrumpelung der Partei durch die 9. Tagung des Zentralkomitees.<sup>5</sup> Der Partei wurde ein leicht verändertes Politbüro aufgenötigt, das mit der Lüge ins Leben trat, die SED-Führung habe die Wende eingeleitet. Die Stoph-Regierung<sup>6</sup> und der Volkskammerpräsident<sup>7</sup> durften weiterwur-

---

4 Gemeint ist die Parteiführung unter Egon Krenz, die vom 18. Oktober bis 3. Dezember 1989 (mit personellen Veränderungen am 10. November 1989) im Amt war. – Egon Krenz (geb. 1937), 1974-1983 Erster Sekretär der FDJ, 1976-1983 Kandidat, ab 1983 Mitglied des PB und Sekretär des ZK der SED, 1984-1989 zugleich stellv. Vorsitzender des Staatsrates der SED, war vom 18. Oktober bis 3. Dezember 1989 Generalsekretär des ZK der SED und vom 24. Oktober bis 6. Dezember 1989 Vorsitzender des Staatsrates und – ebenfalls in der Nachfolge Erich Honeckers – Vorsitzender des Nationalen Verteidigungsrates. 21. Januar 1990 Ausschluß aus der PDS (vgl. Jochen Černý: Wer war wer, a.a.O., S. 254-255). – Krenz wurde am 25. August 1997 vom Berliner Landgericht wegen vierfachen Totschlags »in minderschwerem Fall« – gemeint ist seine wie im Fall Honecker zur Grundlage der Anklage gemachte Mitverantwortung für den Tod von bei Fluchtversuchen in die BRD ums Leben gekommenen Flüchtlinge – zu sechseinhalb Jahren Freiheitsentzug verurteilt und noch im Gerichtssaal verhaftet. Die PB-Mitglieder Günther Kleiber und Günter Schabowski wurden zu drei Jahren Haft verurteilt. – In einer Erklärung des Parteivorstandes der PDS, dem Schumann angehörte, hieß es: »Der Versuch, den politischen Gegner von einst über die politische Entmachtung, moralische Ächtung und soziale Isolierung hinaus durch den Strafprozeß zum kriminellen Totschläger zu erniedrigen, erniedrigt in Wirklichkeit das Recht« (vgl. Chronik der PDS 1989-1997, S. 507). – Zur Sicht Michael Schumanns auf diesen Prozeß siehe im vorliegenden Band die Texte »Notizen zum »PB-Prozeß«« und »Ein Urteil über die Geschichte, über das Recht«. – Krenz mußte, nachdem der Bundesgerichtshof das Urteil des Landgerichts Anfang November 1999 bestätigt hatte, im Januar 2000 ins Gefängnis und wurde Mitte Dezember 2003 mit Aussetzung der Reststrafe auf Bewährung entlassen.

5 Anm. im Protokollband: Vgl. Hans-Hermann Hertle, Gerd-Rüdiger Stephan (Hrsg.): Das Ende der SED. Die letzten Tage des Zentralkomitees, Berlin 1997, S. 103 ff.

6 Willi Stoph (1914-1999), 1928 KJVD, 1931 KPD; 1953-1989 Mitglied des PB, 1952-1955 Minister des Innern, 1954-1962 stellv. Vorsitzender des Ministerrates, 1956-1960 Minister für Nationale Verteidigung, 1962-1964 1. Stellv. Vorsitzender, 1964-1973 Vorsitzender des Ministerrates, 1973-1976 Vorsitzender des Staatsrates, 1976-1989 wiederum Vorsitzender des Ministerrates; 7. November 1989 Rücktritt mit seiner Regierung; 17. November 1989 als Mitglied des Staatsrates abberufen; 3. Dezember 1989 Ausschluß aus der SED (vgl. Jochen Černý: Wer war wer, a.a.O., S. 442-443).

steln. Es wurde nicht begriffen, daß sich unser Land nicht mit dem Artikel 1 der Verfassung regieren ließ.<sup>8</sup> Dunkle Punkte der Wahlen<sup>9</sup> und Verantwortlichkeit für Gewalt gegen Demonstranten<sup>10</sup> blieben unaufgeklärt. Statt selbst den Sumpf der Bereicherung und der Privilegien trockenzulegen, wurde eine die Partei diskreditierende Hinhaltenaktik betrieben. Selbst als alle Tore geöffnet wurden, sollten die Parteimitglieder noch immer von der Inbesitznahme ihrer eigenen Partei ausgesperrt bleiben. Nichts anderes bedeutete der Versuch, einen außerordentlichen Parteitag zu verhindern. (*Beifall*)

Und wer die Partei gründlich säubern und von unten her erneuern wollte, wurde von dirigierten Leuten in die Spaltrecke gestellt.

Das war der Punkt, an dem die Parteibasis rebellierte und die Erneuerung der Partei von unten begann. Viele Parteiorganisationen wählten oder erneuerten ihre Leitungen, Gruppen von Genossen erarbeiteten Angebote für Programme und Statuten, Genossen gingen auf die Straßen und riefen: »Wir sind die Partei!« Auf diese Bewegung stützte sich der am 3. Dezember gebildete Arbeitsausschuß, der nun die Vorbereitung des außerordentlichen Parteitages in seine Hände nahm und mit den Untersuchungen von Gesetzesverletzungen und Vergehen, mit der Aufklärung von Fällen der Korruption und des Machtmißbrauchs durch Funktionäre der SED ernst machte.

Dabei, liebe Genossinnen und Genossen, wurde zusehends bewußt, daß die Kette des Machtmißbrauchs weit zurück reicht. Besonders schwer lastet auf uns, daß die Verbrechen der Stalinzeit<sup>11</sup> noch nicht aufgeklärt, viele Opfer des

---

7 Horst Sindermann (1915-1990), 1929 KJVD, 1933 Verhaftung wegen antifaschistischer Tätigkeit, nach Entlassung politischer Leiter des KJVD in Dresden; 1935 erneute Verhaftung und bis 1945 Zuchthaus Waldheim, KZ Sachsenhausen und Mauthausen; nach verschiedenen anderen Funktionen ab 1963 Kandidat, ab 1967 Mitglied des PB, 1963-1971 1. Sekretär der SED-BL Halle, 1973-1976 Vorsitzender des Ministerrates, 1976-1989 Präsident der Volkskammer; 13. November 1989 Rücktritt; Dezember 1989 Ausschluß aus der SED; nach U-Haft im Februar 1990 Haftentlassung aus gesundheitlichen Gründen (vgl. Jochen Cerný: Wer war wer, a.a.O., S. 426-427).

8 Am 1. Dezember 1989 hatte die Volkskammer der DDR ohne Gegenstimmen bei fünf Enthaltungen beschlossen, denjenigen Passus aus dem Artikel 1 der Verfassung zu streichen, in dem bis dahin die führende Rolle der Arbeiterklasse und ihrer Partei festgeschrieben war.

9 Gemeint sind die Fälschungen der Ergebnisse bei den Kommunalwahlen am 7. Mai 1989, auf die Bürgerrechtler bereits am Wahlabend aufmerksam gemacht hatten, die aber von der SED-Führung immer bestritten wurden.

10 Bei den Montagsdemonstrationen in Leipzig hatte es wiederholt – so am 18. September und 25. September – Verhaftungen gegeben. Am 4. Oktober und 5. Oktober war es in Dresden zu gewaltsamen Zusammenstößen zwischen Sicherheitskräften und einer aufgebrauchten Menge gekommen, die sich im Zusammenhang mit der Durchfahrt von verriegelten, mit Tausenden von DDR-Flüchtlingen besetzten Sonderzügen aus Prag in Richtung Bundesrepublik vor dem Hauptbahnhof versammelt hatte. Am 7. Oktober 1989, dem 40. Jahrestag der Gründung der DDR, waren die Demonstrationen und Kundgebungen in Berlin, Leipzig, Magdeburg, Karl-Marx-Stadt, Plauen, Dresden, Potsdam und Arnstadt (Angaben laut Neues Deutschland vom 10. Oktober 1989) von Sicherheitskräften gewaltsam aufgelöst worden. Am 8. Oktober hatte es in Berlin erneut Demonstrationen und schwere Übergriffe der Sicherheitskräfte gegeben (vgl. Zeno und Sabine Zimmerling: Neue Chronik DDR, 1. Folge [7. August-18. Oktober 1989], Berlin 1990).

11 Die zeitliche Dimension des Begriffs »Stalinzeit« mußte im Referat nicht erklärt werden. Die Zuhörerinnen und Zuhörer wußten, um welche Periode es ging: um die Herrschaftszeit von Jossif Wissarionowitsch Stalin (1879-1953), die von 1922 bis 1953 dauerte.

Stalinismus noch nicht rehabilitiert sind. Inzwischen haben viele Betroffene ihr Schweigen gebrochen und sich vertrauensvoll an unsere Partei gewandt. Es läßt sich noch nicht genau übersehen, wie groß der Personenkreis ist, der direkt Repressalien ausgesetzt war, aber wir müssen mit einer hohen Zahl rechnen.

Betroffen waren deutsche Kommunisten, andere Antifaschisten und ihre Familien, die in den dreißiger Jahren und teilweise nach 1945 erneut in der Sowjetunion verurteilt bzw. verbannt wurden. Ein Teil von ihnen kehrte 1956 in die Heimat zurück.<sup>12</sup>

---

Um das Erfassen der politischen Dimension des Begriffes hingegen gab und gibt es – wie auch im Falle des Begriffes »Stalinismus« – fortgesetzte Auseinandersetzungen. Dies hängt unter anderem damit zusammen, daß in die Stalinzeit auch die Zeit des Zweiten Weltkrieges gehört – jenes Krieges, in dessen Verlauf am 22. Juni 1941 die Sowjetunion vom faschistischen Deutschland überfallen wurde und dann die Hauptlast des Kampfes der Anti-Hitler-Koalition bis zu deren Sieg am 8./9. Mai 1945 und damit auch die Hauptlast der mit diesem Sieg verbundenen Befreiung des deutschen Volkes vom Faschismus trug.

Keinen Zweifel kann es trotz dieses überaus bedeutsamen Einschnittes heute daran geben, daß die Stalinzeit jene Periode war, in der Stalin als Generalsekretär zunächst der KPR (B) und dann der KPdSU in der Sowjetunion ein System der unangefochtenen persönlichen Diktatur über Staat und Partei errichtete und daß er diesen Weg auf Verbrechen ungeheuren Ausmaßes gründete. Von diesen Verbrechen ist im weiteren Verlauf des Referats die Rede. Was deren Gesamtumfang anbetrifft – also das Ausmaß der blutigen »Säuberungen« in Partei, Staatsapparat und Armee insbesondere in den Jahren 1934 bis 1938 und dann noch einmal mit verheerender Wirkung auch für andere sozialistische Staaten 1947 bis 1953; der viele Millionen Opfer fordernden Zwangskollektivierung der Landwirtschaft (1928-1937); der Verschleppung von Millionen Menschen in Zwangsarbeitslager in Sibirien und Kasachstan, die für viele zu Todeslagern wurden; der nach dem Sieg im zweiten Weltkrieg betriebenen Errichtung von Konzentrationslagern auf dem Gebiet der SBZ, die für nicht wenige Gefangene den Tod bedeuteten, und der Verschleppung vieler der dort ohne Gerichtsverfahren Festgehaltenen nach Sibirien –, so kann auch heute noch immer nicht gesagt werden, daß er schon vollständig bekannt wäre (siehe dazu unter den neuesten Publikationen z. B. Alexander Jakowlew: Die Abgründe meines Jahrhunderts. Eine Autobiographie, Leipzig 2003; und Wolfgang Ruge: Berlin – Moskau – Sosswa. Stationen einer Emigration, Bonn 2003). Die Befassung mit diesen Vorgängen hat außerdem – wie auch im Referat deutlich gemacht wird – zu berücksichtigen, daß der Begriff des Stalinismus politische Handlungen und Verhaltens- und Denkweisen erfaßt, die noch weit über die Stalinzeit selbst hinausreichen.

Wie im Referat an verschiedener Stelle gefordert, haben die PDS als Partei – insbesondere in Gestalt ihrer Historischen Kommission –, viele ihrer Mitglieder sowie die ihr nahestehenden Stiftungen und Bildungsvereine auf Bundes- und Länderebene wie auch die Zeitschrift »UTOPIE kreativ« seit 1990 zur Forschung über die Stalinzeit und den Stalinismus im allgemeinen und mit Bezug auf die von stalinistischen Verfolgungen betroffenen Deutschen im besonderen mit Büchern, Broschüren und einigen hundert Aufsätzen einen nicht unerheblichen Beitrag geleistet (siehe dazu die folgenden Anmerkungen, in denen einige dieser Arbeiten genannt werden). – Zur Arbeit Michael Schumanns speziell auf diesem Gebiet siehe im vorliegenden Band den Beitrag »Vor fünf Jahren: »Wir brechen unwiderruflich mit dem Stalinismus als System!« Reminiszenzen und aktuelle Überlegungen«, den Vortrag zur PDS-Konferenz »Realsozialistische Kommunistenverfolgung. Von der Lubjanka bis Hohenschönhausen« vom 21. Juni 1997 unter dem Titel »Zur Auseinandersetzung der PDS mit dem stalinistischen Erbe« sowie den Aufsatz »Weltgeschichte des Kommunismus als Kriminalgeschichte. Nach der Lektüre des »Schwarzbuchs des Kommunismus«.

- 12 Siehe dazu an Publikationen aus dem Umfeld der PDS insbesondere die Bücher und Aufsätze von Ulla Plener. Beispielhaft genannt sei das von ihr herausgegebene Buch: Oleg Dehl, Simone Barck, Natalia Mussenko: Verratene Ideale. Zur Geschichte deutscher Emigranten in der Sowjetunion in den 30er Jahren, Berlin 2000. – Zum Schicksal derjenigen Emigranten, die die Repressionen überlebten und in die SBZ/DDR zurückkehrten, siehe z. B. Meinhard Stark: Die SED-Führung und die deutschen Opfer der »Säuberung« in der UdSSR, in: UTOPIE kreativ, Berlin, Heft 85/86 (November/Dezember 1997), S. 146-157.

Betroffen waren Sozialdemokraten, die von sowjetischen Sicherheitsorganen, später auch von den Organen unserer Staatssicherheit verhaftet wurden.<sup>13</sup>

Auch KPD-Funktionäre aus den Westzonen gerieten bei Aufenthalt in der DDR in die Fänge sowjetischer Sicherheitsorgane und der mit diesen zusammenarbeitenden deutschen Dienststellen. Gemaßregelt, teils verhaftet und verurteilt wurden Mitglieder und Funktionäre der SED, aber auch anderer Parteien und Organisationen, besonders im Gefolge der in anderen Ländern geführten Prozesse zur Ausschaltung oppositioneller Kräfte.<sup>14</sup>

Und es gibt jene Bürger und Genossen, die auch nach dem XX. Parteitag der KPdSU 1956 aus politischen Gründen verhaftet und oft auch verurteilt wurden, wofür die volle Verantwortung bei Organen der SED und der Staatsmacht liegt.<sup>15</sup>

Täglich werden neue tragische Einzelschicksale bekannt. Uns erwächst daraus eine hohe moralische und politische Verpflichtung. Die Mehrzahl dieser Menschen ist, obwohl sie schlimmen Drangsalen ausgesetzt war, ihren sozialistischen und humanistischen Idealen treu geblieben. Soweit es sich um Genossen unserer Partei handelt, haben sich die meisten nach Wiedererlangung der Freiheit ohne zu zögern weiter in unseren Reihen für eine sozialistische Zukunft eingesetzt, (*Beifall*) und das, liebe Genossinnen und Genossen, obwohl ihre Rehabilitierung oft nur halbherzig, verklausuliert oder gar nicht erfolgt ist. Vielen können wir nur noch postum die Ehre zurückgeben.

Wenn wir den Stalinismus dauerhaft überwinden wollen, so dürfen wir nicht nur die Tatbestände benennen, wir haben vor allem nach den Ursachen zu fragen, Ursachen, die nicht nur zur Fortexistenz, sondern in jüngster Zeit auch zu besonders abstoßenden Auswüchsen stalinistischer Herrschaft geführt haben.

Diese Ursachen haben historische Wurzeln, die auf unterschiedliche Weise und in unterschiedlichem Maße in die Geschichte zurückreichen.

Da gibt es die spezifischen Strukturen, Methoden und Allüren der Honecker-Ära, da gibt es die mit unserer sozialistischen Entwicklung insgesamt verbundenen stalinistischen Deformationen und die Ausprägung eines entsprechenden Herrschaftssystems, da gibt es den Mißbrauch der kommuni-

---

13 Siehe dazu an Publikationen aus dem Umfeld der PDS z. B. die von Andreas Malycha verfaßte Darstellung der Geschichte der SED »Von der Gründung 1945/46 bis zum Mauerbau 1961« und dort insbesondere den Abschnitt »Die Parteisäuberungen 1948 bis 1951«, in: Andreas Herbst, Gerd-Rüdiger Stephan, Jürgen Winkler (Hrsg.): Die SED. Geschichte – Organisation – Politik. Ein Handbuch, Berlin 1997, S. 1-56 (S. 33-36). – Weiteres siehe im Referat bei Anmerkungen zu einzelnen Personen.

14 Siehe dazu aus dem Umfeld der PDS neben der in Anm. 13 genannten Arbeit z. B. die in der vom Bildungsverein »Helle Panke« in Berlin herausgegebenen Reihe »hefte zur ddr-geschichte«: Herbert Mayer: Durchsetzt von Parteifeinden, Agenten, Verbrechern ...? Zu den Parteisäuberungen in der KPD (1948-1952) und der Mitwirkung der SED (Heft 29); und derselbe: Nur eine Partei nach Stalins Muster? Weichenstellungen für die SED im Jahre 1948 (Heft 51).

15 Näheres dazu siehe im Referat bei Anmerkungen zu einzelnen Personen.

stischen Bewegung durch Stalin nach Lenins Tod<sup>16</sup> und eine bis in die zwanziger Jahre zurückreichende stalinistische Linie, und manches geht wohl auch zurück auf preußisch-deutsches obrigkeitsstaatliches Denken und Handeln.

Wenn so, liebe Genossinnen und Genossen, die gesamte Geschichte unserer Republik und unserer Partei ins Spiel kommt, wir aber den Scheinwerfer auf eine bestimmte Achse unserer Entwicklung richten, besteht die Gefahr eines Bildes der Vergangenheit, das nur eine einzige Farbe hat. Ein solches Bild wäre unwahr, und es wäre ungerecht. Die Abrechnung mit dem Stalinismus ist Teil übergreifender Fragen, und diese lauten:

Was hat der frühe Sozialismus vermocht? Was hat ihn in eine Sackgasse geführt? Welchen Schaden hat der Sozialismus als Bewegung und als gesellschaftliche Praxis durch den Stalinismus erlitten? Das kann heute in aller Breite nicht das Thema sein. Aber die Bürger unseres Landes und die Mitglieder unserer Partei, die sich allzeit guten Glaubens mit Herz und Hand für den Sozialismus auf deutschem Boden eingesetzt haben, brauchen die Gewißheit, daß sie eine gute Spur in der Geschichte gezogen haben. (*Beifall*)

Sie haben dies getan, indem sie nach der Befreiung vom Naziregime Faschismus und Militarismus überwunden haben, jedenfalls als die Gesellschaft beherrschende Erscheinung, indem sie vor allem eine auf gesellschaftlichem Eigentum in Industrie und Landwirtschaft beruhende Produktion organisierten, die zeitweise auch ein ansehnliches Wirtschaftswachstum zu gewährleisten vermochte, indem sie unter widrigen Bedingungen einen Volkwohlstand erarbeiteten, der zwar dem Vergleich mit den entwickeltsten Industrieländern nicht standhält, im Weltmaßstab aber im Vordergrund liegt, indem sie Bildungsschranken niederrissen, ein beträchtliches Ansteigen des Bildungsniveaus und die berufliche Qualifikation ermöglichten und ein geistiges Klima schufen, in dem die Idee der sozialen Gerechtigkeit zur Grundüberzeugung vieler Menschen in unserem Lande gehört; indem sie ein soziales Netz und eine Gesetz-

---

16 Die Vorstellung, daß die Herrschaft der Kommunisten unter Wladimir Iljitsch Lenin (1870-1924) eine »reine« gewesen und die kommunistische Bewegung erst durch Stalin »mißbraucht« worden sei, wurde in der SED lange gepflegt, ist aber dadurch nicht richtiger geworden. Nicht zuletzt Arbeiten wie das »Schwarzbuch des Kommunismus« oder die Jakowlew-Autobiographie »Die Abgründe meines Jahrhunderts« (vgl. Anm. 11) haben diese Legende endgültig widerlegt. – Daß sie in diesem Referat noch eine solche Rolle spielen konnte, hängt freilich ganz wesentlich auch mit einem anderen Grundübel der SED-Politik zusammen: mit dem Verschweigen von Kritik an der Oktoberrevolution von 1917 im allgemeinen und der Kritik der KPD-Mitbegründer Rosa Luxemburg (1871-1919) und Paul Levi (1883-1930) an der Politik Lenins und der Bolschewiki im besonderen. – Daß im Referat der Luxemburg-Aufsatz »Die russische Revolution«, den sie im Sommer 1918 im Gefängnis verfaßt hat und der, nachdem er zunächst unveröffentlicht blieb, erst von ihrem Kampfgefährten Paul Levi 1922 in Berlin mit einer eigenständigen gewichtigen Werk darstellenden Einleitung aus dem Nachlaß herausgegeben worden ist, keine Erwähnung findet, ist ein sehr genauer Hinweis darauf, wie sehr man im Dezember 1989 erst am Anfang der Aufarbeitung und Neuentdeckung der eigenen Geschichte stand. (Vgl. zum Schicksal der Luxemburg-Levi-Broschüre: Jörn Schüttrumpf: Unabgegoldenes. Politikverständnis bei Paul Levi, in: UTOPIE kreativ, Berlin, Heft 150 [April 2003], S. 330-342.)



gebung schufen, die niemanden in die Arbeitslosigkeit und Obdachlosigkeit, ins soziale Aus abgleiten läßt, indem sie mit Leistungen auf vielen Gebieten der DDR zu internationalem Ansehen verhalfen, indem sie dazu beitrugen, daß sich die DDR den Ruf eines Friedensstaates erwarb, in dem internationale Solidarität und Antifaschismus eine Heimstatt haben.

Dies und manches andere darf in der Kritik am Stalinismus nicht untergehen. Und dies nicht zuletzt deshalb, weil eine sachliche und vernünftige Analyse der Vergangenheit notwendig ist, eine ausgewogene Analyse, um die Erneuerung einleiten zu können, um konkrete Ansatzpunkte für gesellschaftliche Umgestaltungsprozesse sichtbar werden zu lassen. Wenn es von all dem, von dem ich sprach, nichts gäbe, dann könnten wir auch keine Wohnung im europäischen Haus beanspruchen, dann wären wir auch für niemanden ein Partner im Dialog, im Ringen um europäische Sicherheit und Abrüstung, dann würde sich auch keine Hand zu wirtschaftlicher Zusammenarbeit mit uns rühren. (*Beifall*)

Liebe Genossinnen und Genossen! Bekanntlich faßten Marx und Engels den Sozialismus als Kampf für die Befreiung des Menschen von Ausbeutung und Unterdrückung auf, als Ersetzung der Klassenherrschaft und knechtenden Arbeitsteilung durch, wie es im »Manifest« hieß, eine Assoziation, worin »die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist«. <sup>17</sup> Für dieses Ziel, das unter den historischen Bedingungen nur im harten Klassenkampf angestrebt werden konnte, stritt die deutsche Arbeiterbewegung, stritten ihre hervorragendsten Vertreter. Es entstanden in diesem Kampf unterschiedliche Auffassungen über Ziele, Wege und Methoden. Es gab scharfe Gegensätze, die zur Spaltung der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung in die sozialdemokratische und kommunistische Richtung führten. Wie diese ideologische und organisatorische Spaltung sowohl schon in der Entstehungsgeschichte als auch in der weiteren Entwicklung die notwendige Aktionseinheit behinderte, werden die Historiker sicher neu und gründlicher untersuchen.

Wenn wir in unserer Analyse im folgenden auch zu den Verhältnissen in der KPdSU und in der UdSSR in der Vergangenheit einzelne Gedanken äußern, dann stellt dies keine Einmischung in die inneren Angelegenheiten einer anderen Partei dar, sondern dient dem Selbstverständnis der Entwicklung unserer Partei. Wir wissen uns in diesen Einschätzungen enig mit der sowjetischen Geschichtswissenschaft der Gegenwart.

Im Oktober 1917 trat in Rußland das Volk, geführt von der Bolschewistischen Partei, unter extrem schweren Bedingungen an, den Sozialismus zu ver-

---

<sup>17</sup> Karl Marx/Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei, in: Marx/Engels Werke (MEW), Bd. 4, Berlin 1959, S. 482.

wirklichen.<sup>18</sup> Der Sozialismus trat in einem Land in die Weltgeschichte ein, in dem die materiellen und allgemein kulturellen Voraussetzungen am schwächsten ausgebildet waren. Die Große Sozialistische Oktoberrevolution wurde durchgeführt und siegte im Zeichen des Völkerfriedens, der Freiheit, der Demokratie, der Menschenrechte und Menschenwürde. Zum ersten Mal in der Weltgeschichte sollten Freiheit und Demokratie auf eine reale ökonomische und politische Basis gestellt werden. In den zwanziger und dreißiger Jahren vollzogen sich in der ökonomisch rückständigen, durch Weltkrieg und Bürgerkrieg verwüsteten Sowjetunion grundlegende Veränderungen, wie die Industrialisierung, die Kulturrevolution, die Konsolidierung ihrer internationalen Position. Das waren Tatsachen von historischer Bedeutung, die vor der Geschichte Bestand haben.

Doch gleichzeitig entstanden in der Partei und im Lande Erscheinungen, die immer mehr dem sozialistischen Ideal widersprachen, die den Sozialismus diskreditierten. Es entwickelte sich ein bürokratisch-zentralistisches Regime, vor dem Lenin oft gewarnt hat, dessen Hauptkennzeichen Dogmatismus, Subjektivismus und schließlich diktatorische Herrschaft waren. Immer mehr wurden die humanistischen und demokratischen Werte des Sozialismus ins Gegenteil verkehrt.

Wir bezeichnen dieses Regime als stalinistisch. Doch es wäre falsch, seine Entstehung nur auf die Person Stalins zurückzuführen, obwohl er natürlich einen bedeutenden Anteil daran hatte. Verschiedene Faktoren, darunter die Zwänge des Kriegskommunismus, die Rückständigkeit Rußlands, das Fehlen ausgeprägter parlamentarisch-demokratischer Traditionen in Rußland, begünstigten das Entstehen einer bürokratischen Schicht, die mit Hilfe des Apparats des Staates, der Armee, der Sicherheitsorgane, der Wirtschaft und der

---

18 Mitglieder der PDS und aus dem Umfeld der PDS waren beteiligt an Forschungen zur Oktoberrevolution z. B. auf einer internationalen Konferenz im März 1997 in Elgersburg (Thüringen). Die Beiträge sind abgedruckt in Theodor Bergmann, Wladislaw Hedeler, Mario Keßler, Gert Schäfer (Hrsg.): Der Widerschein der Russischen Revolution. Ein kritischer Rückblick auf 1917 und die Folgen, Hamburg 1997 (siehe dazu auch den Konferenzbericht: Wolfram Adolph: Eigentlich beginnt das Fragen erst. Zur Konferenz »Die russischen Revolutionen von 1917« vom 7. bis 9. März in Elgersburg, in: UTOPIE kreativ, Berlin, Heft 79 (Mai 1997), S. 74-84). – In den Jahren zuvor siehe in »UTOPIE kreativ« zum Thema Revolutionsgeschichte z. B. die Aufsätze: Roy Medwedjew: 80 Jahre russische Revolution. Sieg und Niederlage der Bolschewiki; Boris Kagarlitzkij: Lehren der russischen Revolutionen und die Diskussionen in Rußland heute; Sorja Serebrjakowa: Stalins Fälschung von Dokumenten des Jahres 1917 (alle in UTOPIE kreativ, Heft 77 [März 1997]) sowie Gert Schäfer: Die Oktoberrevolution im Urteil westlicher kommunistischer Dissidenten; und Stefan Amzoll: Kampf um den ungespielten Otober. Porträt des sowjetischen Dokumentarfilmers Dsiga Wertow (beide in UTOPIE kreativ, Heft 79 [Mai 1997]). Des weiteren siehe beispielhaft Helmut Bock: Es führt kein Weg zurück. »Stalinismus« in der DDR, in: UTOPIE kreativ, Heft 13, (September 1991), S. 62-74; Ders.: Die Russische Revolution 1917 – »Kriegskind des 20. Jahrhunderts«, in: Ebenda, Heft 85/86 (November/Dezember 1997), S. 7-20; und die knappe Bilanz von Wolfgang Ruge (langjähriges Mitglied des Ältestenrates der PDS – vgl. auch Anm. 11) »Als Lenin nur noch Gemüse züchten wollte. Zum 85. Jahrestag des Aufstands der Bolschewiki – Eruption nach oder vor der Katastrophe?«, in: Neues Deutschland, Berlin, 7. November 2002.

Partei wirksam wurde. Diese Schicht entfernte sich immer mehr vom Volk und seinen Bedürfnissen und begann, eine unumschränkte Macht auszuüben. Da sie dem Apparat ihre soziale Existenz verdankte, war sie an der Erhaltung und Unantastbarkeit dieses Apparates interessiert. Durch diesen Apparat wurde die Sowjetdemokratie der Revolutionszeit immer mehr in eine Diktatur der Bürokratie verwandelt, wurden die demokratischen Bürgerrechte eingeschränkt und die Politik mit Gewalt und Terror, wie zum Beispiel in der Kollektivierung, unter großen Opfern durchgesetzt.

Alternative Konzeptionen sowie Kritik am Sozialismus oder an führenden Personen galten als »Konterrevolution« oder als feindliche »Agententätigkeit«. Ihre Verfechter wurden verfolgt und gemaßregelt.<sup>19</sup> Ein Höhepunkt dieser Entwicklung waren die Stalinschen Repressionen der dreißiger und vierziger Jahre, denen Millionen Menschen zum Opfer fielen.

Es änderten sich auch Wesen und Rolle der Partei. Marx und Engels sahen in der Partei der Kommunisten einen Teil der Arbeiterklasse, der keine von den Interessen des Proletariats getrennte Interessen hat, der seine Aufgabe besonders darin sehen muß, die Bedingungen und die Entwicklung der Bewegung zu erkennen und dabei am entschiedensten die Interessen der Klasse zu vertreten. Im Gegensatz dazu wurde unter der Führung Stalins das Machtmonopol der Partei über den Staat, die Wirtschaft und andere gesellschaftliche Bereiche errichtet und ständig ausgebaut, wobei es eigentlich ja nicht das Machtmonopol der Gesamtpartei, sondern eben seine bürokratisch-diktatorische Führungsclique war. Lenin hatte immer wieder die Methode der Überzeugung als die Hauptmethode der politischen Arbeit, auch der siegreichen Staatspartei herausgestellt. Nun traten an diese Stelle Administration, Druck, psychischer und physischer Terror bis hin zu Massenrepressalien. Der Mensch wurde zum Schräubchen, zum Objekt der gesellschaftlichen Entwicklung und namentlich des politischen Systems.

Gewerkschaften und andere Organisationen der Werktätigen erhielten den Rang von »Transmissionsriemen«, mit deren Hilfe die Führung ihre Diktatur ausübte und dabei noch pseudodemokratisch verbrämte.

Ein tragender Bestandteil dieses Systems war der Personenkult um Stalin. Er war aber nicht Ursache und hauptsächliches Merkmal. Der Kult um den toten Lenin, von Stalin maßgeblich mit betrieben, diente dazu, die Lehren Lenins und das Leninsche Sozialismuskonzept zu verdrängen. Die Stalinisten gaben und geben sich immer und überall als Marxisten-Leninisten aus. Die

---

<sup>19</sup> Zu den ersten Publikationen, mit denen der Dietz Verlag Berlin sich an der Aufklärung über die Stalinschen Verbrechen beteiligte, gehört der 1990 herausgegebene, von Horst Schützler eingeleitete Band »Schauprozesse unter Stalin 1932-1952. Zustandekommen, Hintergründe, Opfer«. Vom Verein »Helle Panke« in Berlin gefördert wurde der Band: Wladislaw Hedeler (Hrsg.): Moskauer Schauprozesse 1936-1938. Planung, Inszenierung und Wirkung – Chronik, Berlin 1998.

von ihnen als marxistisch-leninistisch verbreitete Ideologie hatte jedoch die Hauptfunktion, den Widerspruch zwischen den wahren Werten des Sozialismus und der stalinistischen Wirklichkeit zu verschleiern. Dabei wurden oft Zitate der Klassiker mißbraucht, auch beliebig ausgetauscht, um die gerade gängige Politik der Führung zu rechtfertigen. Einschätzungen und Äußerungen Lenins zu bestimmten konkret-historischen Situationen wurden aus dem Zusammenhang gerissen und dogmatisch auf andere Situationen übertragen. Mithin gehört auch die Verlogenheit zum Wesen des Stalinismus.

Stalinismus bedeutete Demoralisierung und Entartung des geistigen Lebens sowie Zerstörung menschlicher Werte. Unter stalinistischem Vorzeichen wurden grundlegende Gedanken und der ethische Gehalt der marxistischen Philosophie und Wissenschaft entstellt. So blieb unbegriffen, daß der Marxismus vor allem theoretischer Humanismus ist. Die Einsicht, daß der Marxismus und die revolutionäre Arbeiterbewegung vor allem Repräsentanten und Vorkämpfer allgemeinmenschlicher Werte und Ideale sind, ist entscheidend für ein richtiges Herangehen an alle Fragen der sozialistischen Politik. Aus dieser Position resultiert die Erkenntnis der Notwendigkeit und Möglichkeit, und diese Erkenntnis ist sehr aktuell, sozialistische Politik als Lebensform des denkbar breitesten Bündnisses aller Kräfte des Volkes zu entwickeln, niemanden auszugrenzen und immer den demokratischen Konsens und Kompromiß zur Verwirklichung der Interessen und Ansprüche der Menschen anzustreben. Dieses Bündnis, das die sachliche Auseinandersetzung stets einschließt, wurde oft nicht offen und ehrlich gesucht und durch Arroganz und Monopolisierung zerstört.

Die Umgestaltung unserer Gesellschaft verlangt auch, daß wir uns radikal von der stalinistischen Interpretation der Machtfrage trennen. Das Verhältnis zur politischen Macht war wesentlich reduziert auf einen Aberglauben an die Möglichkeiten der staatlichen Gewaltinstrumente, die jeglicher demokratischer Kontrolle entzogen waren. Vorherrschend war die Illusion, mit Hilfe zentralisierter Herrschaftsapparate die Gesellschaft nicht nur kontrollieren, sondern ihre Entwicklung auch jederzeit korrigieren zu können. Dabei wurde die politische Hauptaufgabe verdrängt: der Kampf für die Schaffung des demokratischen Konsenses mit allen Kräften des Volkes in den grundlegenden Fragen der Gesellschaftsentwicklung und die gesellschaftliche Verständigung über das gemeinsame Vorgehen auf den einzelnen Feldern der Politik. Politik wurde primär als Instrument administrativen Machtgebrauchs verstanden.

Der unter konkreten Bedingungen in den ersten eineinhalb Jahrzehnten der Sowjetmacht sich durchsetzende Stalinismus in der KPdSU und in der sowjetischen Gesellschaft blieb für die kommunistische Bewegung in Deutschland nicht folgenlos. Bekanntlich förderte auch die von Stalin zunehmend in bestimmten Fragen beherrschte Kommunistische Internationale das Entstehen und Fortwirken sektiererischer Positionen in der KPD. Die berühmte Sozial-

faschismus-These ist das bekannteste Beispiel.<sup>20</sup> Der Einfluß des Stalinismus hinderte zeitweise viele führende deutsche Kommunisten bei allen bedeutenden Verdiensten daran, den Wert bürgerlich-demokratischer Errungenschaften in vollem Maße zu erkennen und das Zusammengehen mit Sozialdemokraten sowie das breitest mögliche Bündnis für die Überwindung von Faschismus und Krieg konsequent mitzugestalten.

Viele im antifaschistischen Kampf entwickelten Gemeinsamkeiten sind durch den Einfluß stalinistischer Politik erheblich beeinträchtigt worden. Das alles ändert freilich nichts daran, daß deutsche Kommunisten gemeinsam mit Sozialdemokraten nach der Befreiung zu Recht mit dem Anspruch auftreten durften, die weitere Entwicklung der Nation entscheidend mitzubestimmen.<sup>21</sup>

Genossinnen und Genossen! Mit dem Blick auf die Zukunft sind wir verpflichtet, eine gründliche Analyse zu erarbeiten, welche Ursachen zu stalinistischem Denken und Handeln nach der Befreiung vom Faschismus in unserem Land geführt haben und wie diese eine Deformation gesellschaftlicher Verhältnisse herbeiführten.

Die Menschen, die nach zwölf Jahren Nazi-Diktatur und sechs Jahren Krieg angetreten waren, um Faschismus und Militarismus mit ihren Wurzeln zu beseitigen und eine antifaschistisch-demokratische und schließlich sozialistische Ordnung zu errichten, haben sich die Bedingungen ihres Wirkens wahrlich nicht aussuchen können. Sie konnten entweder zuschauen, wie unser Volk ins

---

20 Anm. im Protokollband: Vgl. Klaus Kinner: Der deutsche Kommunismus. Selbstverständnis und Realität, Bd. 1: Die Weimarer Zeit, Berlin 1999. – Ergänzung des Herausgebers: Die Sozialfaschismus-These, 1924 von Sinowjew aufgestellt, von Stalin später aufgegriffen und 1928 in der KPD zur Grundlage ihrer Politik gemacht, erklärte die Sozialdemokratie zur Hauptstütze der Bourgeoisie und die SPD, da sie mit ihrer Politik die wahren Verhältnisse verschleierte, für »noch gefährlicher« als die NSDAP. Die These verhinderte maßgeblich einen gemeinsamen Kampf von KPD und SPD gegen den heraufziehenden Faschismus und wurde von Komintern und KPD erst 1935 aufgegeben. – Auch der genannte Band von Klaus Kinner, der durch die Rosa-Luxemburg-Stiftung und die Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V. gefördert wurde, gehört zu den Forschungsarbeiten zum Stalinismus aus der PDS und deren Umfeld. Siehe unter den weiteren von der Rosa-Luxemburg-Stiftung geförderten diesbezüglichen Arbeiten auch Elke Reuter, Wladislaw Hedeler, Horst Helas, Klaus Kinner (Hrsg.): Luxemburg oder Stalin. Schaltjahr 1928. Die KPD am Scheideweg, Berlin 2003.

21 Gemeint ist das Engagement der KPD für den Wiederaufbau nach dem mit der Befreiung des deutschen Volkes vom Faschismus verbundenen Kriegsende am 8. Mai 1945, für das am 11. Juni 1945 mit einem Aufruf des ZK die Grundlage geschaffen worden war. In diesem Aufruf hieß es u. a.: »Wir sind der Auffassung, daß der Weg, Deutschland das Sowjetsystem aufzuzwingen, falsch wäre, denn dieser Weg entspricht nicht den gegenwärtigen Entwicklungsbedingungen in Deutschland.« Statt dessen gehe es um den »Weg der Aufrichtung eines antifaschistischen, demokratischen Regimes, einer parlamentarisch-demokratischen Republik mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk« (zitiert nach Sachwörterbuch der Geschichte, Berlin 1969, S. 210). Ein Aufruf des Zentralausschusses der SPD vom 15. Juni 1945 (unterzeichnet u. a. von den drei Vorsitzenden Otto Grotewohl, Max Fehner und Erich Gniffke) bekundete ebenfalls die Absicht, für eine antifaschistisch-demokratische Republik einzutreten, und begrüßte den KPD-Aufruf vom 11. Juni (vgl. ebenda, S. 207-208). Damit waren entscheidende Grundlagen für ein Zusammengehen und eine spätere Vereinigung geschaffen. Da die sowjetische Besatzungsmacht aber mit einer Vereinigung vor allem die SPD ausschalten und auf keinen Fall auch nur eine Rest-SPD dulden wollte, wurde auf eine vollständige Vereinigung orientiert, die nur mit z. T. massiven Zwang zu erreichen war. Am 20./21. April 1946 fand die Gründung der SED statt.

Chaos versinkt, oder etwas Neues wagen. Die aus der Illegalität hervortretenden Mitglieder der Arbeiterparteien legten als erste Hand an. Sie standen ein für eine neue, demokratische Republik, in der das Volk die Macht ausübt, in der die wichtigsten Produktionsmittel gesellschaftliches Eigentum sind, in der eine geplante Wirtschaft wachsenden Wohlstand bringt, in der Privilegien beseitigt sind und soziale Gerechtigkeit herrscht. Der erdrückenden Zeitumstände waren sich die damaligen Generationen von Arbeiterfunktionären sehr wohl bewußt, der lang wirkenden Hindernisse kaum. Wenn trotz schwieriger Ausgangsbedingungen dennoch Bedeutendes zur sozialökonomischen Umgestaltung der Gesellschaft geleistet wurde, volkseigene und genossenschaftliche Betriebe in Industrie und Landwirtschaft entstanden, wenn Menschen aus dem werktätigen Volk Verantwortung in Staat, Wirtschaft und Kultur übernahmen, wenn sich eine Gesellschaft mit unverwechselbaren Zügen herausbildete - so gehört das zu dem positiven Ertrag unseres Volkes und auch zu den Leistungen unserer Partei. *(Beifall)*

Und, Genossinnen und Genossen, wir würdigen all jene Genossen, die sich selbstlos in jahrzehntelanger Arbeit für den Sozialismus auf deutschem Boden eingesetzt und Großes geleistet haben. Eine Erneuerung, die das vergäße, die träte mit einer neuen Unmoral an. *(Beifall)*

Wenn wir über unsere Entwicklung sprechen, ist auch zu bedenken, daß sie sich stets in enger Abhängigkeit von der Politik der jeweiligen sowjetischen Führung vollzog.

Der mit der Befreiung vom Faschismus eingeleitete revolutionäre Umwälzungsprozeß läßt sich in seinem Wesen und in vielen seiner Erscheinungsformen jedoch nicht einfach als bloße Übertragung des in der UdSSR seinerzeit existierenden, durch Stalin geprägten gesellschaftlichen Systems auf Ostdeutschland erklären. Es gibt gravierende Unterschiede: so zum Beispiel bei der Herausbildung des politischen Systems, in den Wegen und Formen der Vergesellschaftung von Produktionsmitteln, in der Entfaltung der Produktivkräfte.

Das erklärt sich aus gewichtigen Ursachen. Die erste ist die durch das Potsdamer Abkommen bestimmte Deutschland- und Friedenspolitik der UdSSR in der Nachkriegszeit, die auf die Schaffung eines einheitlichen neutralen deutschen Staates gerichtet war. Dieses Konzept schränkte die Übertragung bestimmter Methoden und die Forcierung von Umgestaltungen durch Druck und Zwang ein. Zweitens wirkte die Situation auf deutschem Boden, das ständige Konfrontiertsein mit einem den kapitalistischen Entwicklungsweg gehenden zweiten deutschen Staat und die lange Zeit offene Grenze als Korrektiv.

Drittens besaß die deutsche Arbeiterbewegung eine lange sozialistische und demokratische Tradition, parlamentarische und außerparlamentarische Erfahrungen, die nicht ohne weiteres auszuschalten waren. Die Sozialistische

Einheitspartei und ein eigener Weg zum Sozialismus, wie er in den 1946 beschlossenen Grundsätzen und Zielen der SED vorgesehen waren<sup>22</sup>, darin bestand die Hoffnung eines Neubeginns für Sozialdemokraten wie für Kommunisten. Diese Chance war auch darin begründet, daß sich mit der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung Formen eines Demokratismus entwickelten, die vor allem von Mitgliedern der Arbeiterorganisationen ausgingen. Die damaligen Antifa-Ausschüsse, Betriebsräte, die neuen demokratischen Selbstverwaltungen, die Jugendausschüsse, die Frauenausschüsse, die Blockausschüsse, die Bodenreformkommissionen, die Umsiedlerausschüsse und die Volkskontrollausschüsse – das waren Organe, mit denen mehr und mehr Werktätige in eine revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft einbezogen wurden. Die gegenwärtige Volksbewegung für die Erneuerung des Sozialismus steht, ob bewußt oder unterschwellig, in vieler Hinsicht in der Tradition jenes Demokratismus, wie er in Zeiten revolutionären Aufbruchs gerade in der Arbeiterbewegung hervorgetreten ist.

Der Bruch in dieser Entwicklung wurde 1948 offensichtlich. Symptome dafür waren der von Stalin ausgelöste sowjetisch-jugoslawische Konflikt,<sup>23</sup> die politischen Schauprozesse in volksdemokratischen Ländern<sup>24</sup> und aus diesen oder anderen Ereignissen abgeleitete, viele Genossen diskriminierende Beschlüsse der SED sowie Maßnahmen der politischen Strafjustiz. Betroffen waren zum Beispiel die Genossen Franz Dahlem,<sup>25</sup> Lex Ende,<sup>26</sup> Max Fechner,<sup>27</sup>

---

22 Anm. im Protokollband: Vgl. »Grundsätze und Ziele der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands« vom 21./22. April 1946 sowie den »Einheit«-Artikel von Anton Ackermann »Gibt es einen besonderen deutschen Weg zum Sozialismus?« vom Februar 1946 in: Andreas Herbst, Gerd-Rüdiger Stephan, Jürgen Winkler: Die SED, a.a.O., S. 522 ff. bzw. S. 547 ff.

23 Stalin regierte auf die Weigerung des jugoslawischen Partei- und Regierungschefs Josip Broz Tito, sich dem sowjetischen Machtanspruch zu beugen und die ideologische Führungsrolle der KPdSU anzuerkennen, und auf die statt dessen erhobene Forderung, jedes Land müsse seinen eigenen Weg zum Sozialismus gehen, mit der Kündigung des sowjetisch-jugoslawischen Freundschaftsvertrags und dem Ausschluß Jugoslawiens aus dem Kominform.

24 Opfer dieser Schauprozesse wurden z. B. der als »imperialistischer Agent« und »Titoist« am 15. Oktober 1949 hingerichtete ungarische Kommunist und Außenminister László Rajk, der wegen »nationalistischer Abweichung« am 17. Dezember 1949 hingerichtete bulgarische Kommunist und stellv. Ministerpräsident Traitschko Kostow und der wegen »titoistischer und zionistischer Umtriebe« am 3. Dezember 1952 hingerichtete zeitweilige Generalsekretär der KP der Tschechoslowakei Rudolf Slánský.

25 Franz Dahlem (1892-1981), 1913-1917 SPD, 1917-1920 USPD, seit 1920 hohe KPD-Funktionen, 1928-1933 Reichstagsabgeordneter, 1933-1937 Mitglied der Auslandsleitung der KPD, 1937-1939 Leiter der Politischen Kommission der Internationalen Brigaden in Spanien, 1939-1945 Internierungslager in Frankreich, Gestapohaft und KZ Mauthausen, in Mauthausen Mitglied des Internationalen Lagerkomitees; am 11. Juni 1945 Mitunterzeichner des KPD-Aufrufs, 1946-1953 Mitglied des PV bzw. ZK der SED; wurde im Mai 1953 aus dem ZK ausgeschlossen wegen »politischer Blindheit gegenüber der Tätigkeit imperialistischer Agenten in der Emigration« (vgl. Jochen Cerný: Wer war wer, a.a.O., S. 74-75).

26 Lex Ende (1899-1951), 1919 KPD, 1930 Redakteur der »Roten Fahne«, 1934 Emigration, später Chefredakteur der »Deutschen Volkszeitung« in Prag und Paris, 1939 Internierung, 1940 Flucht, Arbeit für die Bewegung »Freies Deutschland«, 1946-1949 Chefredakteur des »Neuen Deutschland« und der Satirezeitschrift »Frischer Wind«; im Zusammenhang mit dem Slánský-Prozeß in der Tschechoslowakei (vgl. Anm. 24) im August 1950 aus der SED ausgeschlossen (vgl. Andreas Herbst, Winfried Ranke, Jürgen Winkler: So funktionierte die DDR, Bd. 3, a.a.O., S. 77.).

Willi Kreykemeyer,<sup>28</sup> Paul Merker.<sup>29</sup> Wenn es bei uns nicht zu vergleichbaren öffentlichen Schauprozessen mit Todesurteilen gekommen ist, so ist das nicht zuletzt ein Verdienst damals führender Genossen unserer Partei.<sup>30</sup> Mit dem XX. Parteitag der KPdSU 1956 wurden Schritte zur Aufdeckung und Überwindung bestimmter Folgen des Stalinismus eingeleitet.<sup>31</sup> Tausende wurden aus der Haft entlassen, auch Genossen kamen frei. Ein Teil wurde rehabilitiert. Aber vieles ist noch offen und bedarf einer Aufarbeitung.

- 
- 27 Max Fechner (1892-1973), 1912 SPD, 1917-1922 USPD, 1920-1922 Mitarbeiter in deren ZK, ab 1922 wieder SPD, 1933 Mitglied des illegalen Ausschusses der SPD, Inhaftierungen 1933/34 und 1944/45; Juni 1945 Mitglied des Zentralausschusses und einer der drei Vorsitzenden der SPD (mit Otto Grotewohl und Erich Gniffke); April 1946 bis Juli 1953 Mitglied des PV bzw. ZK der SED, Oktober 1949 bis Juli 1953 Minister für Justiz; nach dem 17. Juni 1953 wegen »staatsfeindlicher Tätigkeit« seines Amtes enthoben, aus der SED ausgeschlossen, verhaftet und verurteilt; Haft bis 1956 (vgl. Jochen Černý: Wer war wer, a.a.O., S. 108).
- 28 Willi Kreykemeyer (1894-1950 – im hier herangezogenen Notat Schreibweise Willy Kreikemeyer), 1913 SPD, 1918 USPD, 1919 KPD, Funktionär in Magdeburg, Nordbayern, Danzig; 1933 Emigration in die Schweiz, Spanienkämpfer, dann in Frankreich zuständig für die Betreuung von KPD-Funktionären in verschiedenen Internierungslagern, 1944 illegale antifaschistische Tätigkeit in Paris; 1946 SED, 1949-1950 Generaldirektor der Deutschen Reichsbahn; am 25. August 1950 im Zusammenhang mit der »Säuberung« der SED von angeblichen Spionen und Agenten des amerikanischen Imperialismus durch die ZPKK verhört und anschließend durch das MfS verhaftet (vgl. Andreas Herbst, Winfried Ranke, Jürgen Winkler: So funktionierte die DDR, Bd. 3, a.a.O., S. 188.). Am 31. August 1950 ist Willi Kreykemeyer unter ungeklärten Umständen verstorben (siehe dazu Wolfgang Kießling: Willi Kreykemeyer, der verschwundene Reichsbahnchef, »hefte zur ddr-geschichte« 42).
- 29 Paul Merker (1894-1969), 1918 USPD, 1920 KPD, 1937-1945 Mitglied des ZK der KPD und seines PB, 1940 in Frankreich interniert, 1942 nach Mexiko, Sekretär des Lateinamerikanischen Komitees der Bewegung »Freies Deutschland«, 1946-1950 Mitglied des PV bzw. ZK der SED und des PB; August 1950 wegen enger Verbindungen zu Noël H. Field – dem Leiter einer während des Krieges tätigen US-amerikanischen Hilfsorganisation, der nach dem Krieg im Zusammenhang mit den stalinistischen Schauprozessen zum CIA-Agenten hochstilisiert worden war – Ausschuß aus der SED, 1952 Verhaftung, 1955 Verurteilung zu 8 Jahren Zuchthaus, 1956 Entlassung (vgl. Jochen Černý: Wer war wer, a.a.O., S. 108). Zu Merkers Schicksal – u. a. auch zu seinem Mißbrauch durch das MfS als »Zeuge« im Prozeß gegen den später im Referat genannten Walter Janka – siehe auch Wolfgang Kießling: Partner im Narrenparadies. Der Freundeskreis um Noël Field und Paul Merker, Berlin 1994; derselbe: Paul Merker in den Fängen der Sicherheitsorgane Stalins und Ulbrichts, »hefte zur ddr-geschichte« 25; derselbe: In den Mühlen der großen Politik. Heinrich Mann, Paul Merker und die SED, »hefte zur ddr-geschichte« 36. Anm. im Protokollband (die sich auf den Komplex Schauprozesse und politische Strafjustiz insgesamt bezieht): Vgl. Thomas Klein, Wilfriede Otto, Peter Grieder: Visionen, Repression und Opposition in der SED (1949-1989), Frankfurt/Oder 1996, Bd. 1, S. 25 ff., S. 144 ff. – Ergänzung des Herausgebers: Auch diese (zweibändige) Arbeit steht für die Forschungsanstrengungen, die in der PDS und deren Umfeld unternommen wurden. Die Besonderheit liegt in diesem Falle in der Zusammenarbeit politisch unterschiedlich sich verstehender Autorinnen und Autoren: die Historikerin Wilfriede Otto, zur Historischen Kommission der PDS gehörend, war in der DDR Mitarbeiterin am Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED; der Mathematiker Thomas Klein, wiss. Assistent an der Akademie der Wissenschaften der DDR, war wegen konspirativer politischer Zirkelarbeit 1979 verhaftet und anschließend mit Berufsverbot belegt worden, arbeitete in der unabhängigen Friedensbewegung und gehörte zu den Mitbegründern der Bürgerbewegung »Vereinigte Linke«; der Londoner Historiker Peter Grieder forschte 1992 in Berlin zur SED-Geschichte. – Von Wilfriede Otto siehe z. B. auch Die »Waldheimer Prozesse« 1950. Historische, politische und juristische Aspekte im Spannungsfeld zwischen Antifaschismus und Stalinismus, »hefte zur ddr-geschichte« 12; und Erich Mielke. Biographie. Aufstieg und Fall eines Tschekisten, Berlin 2000.
- 30 Diese Bewertung, wonach das Nichtzustandekommen von Schauprozessen mit Todesurteilen ein »Verdienst damals führender Genossen« gewesen sei, widerspiegelt all die Unsicherheiten und Zögerlichkeiten, mit denen im Dezember 1989 noch an viele Fragen der DDR-Geschichte herangegangen



Doch fast zur selben Zeit kam es im Zusammenhang mit den Ereignissen von Ungarn 1956 zu neuen Repressalien, und zu den Opfern dieser Zeit gehörte auch Walter Janka.<sup>32</sup> Korrekturversuche der Jahre 1953 und 1956 zur Erneuerung des Sozialismus – die noch genauerer Überprüfung bedürfen, das gilt auch für die Ereignisse vom 17. Juni 1953 – sind rasch zum Erliegen ge-

---

wurde. »Führende Genossen« in Partei und Staat waren im hier gemeinten Zeitraum Anfang der fünfziger Jahre die von 1946 bis 1954 gemeinsam als SED-Vorsitzende tätigen Wilhelm Pieck (1896-1960 – er war bei der Vereinigung von KPD und SPD zur SED im April 1946 Vorsitzender der KPD gewesen und von 1949 bis zu seinem Tode 1960 auch Präsident der DDR) und Otto Grotewohl (1894-1964 – er war 1946 einer der drei Vorsitzenden des Zentralausschusses der SPD [mit Max Fechner und Erich Gniffkel], von 1949 bis zu seinem Tode 1964 auch Vorsitzender des Ministerrats der DDR) sowie der eigentlich alle Macht auf sich vereinigende Walter Ulbricht (1893-1973 – von 1950 bis 1953 Generalsekretär, von 1953 bis 1971 Erster Sekretär [dies war lediglich eine Änderung der Bezeichnung, nicht der Machtposition] des ZK der SED.) Bis zu Stalins Tod im März 1953 hatten diese Personen auf den »deutschen Prozeß« eher eher deutschlandpolitische Überlegungen der Stalinschen Führung, die immer wieder eine Verschiebung des Schauprozesses in der DDR bewirkten. Nach Stalins Tod wurden die Vorbereitungen des Schauprozesses jedoch nicht etwa eingestellt, sondern von der SED-Führung unter Walter Ulbricht beschleunigt (vgl. die von Wilfriede Otto hrsgg. Dokumentation: Der Tod des Diktators – ein Circulus vituosus für die SED, in: UTOPIE kreativ, Berlin, Heft 149 [März 2003], S. 209-220; zur Feindschaft Ulbrichts gegenüber Merker siehe: Wolfgang Kießling: Zweikampf oder die Abstinenz von Demokratie. Memorial für Paul Merker, in: UTOPIE kreativ, Berlin, Heft 39/40 [Januar/Februar 1994], S. 114-123). – Nach dem 17. Juni waren Schauprozesse nicht mehr möglich. Merker wurde jedoch nicht freigelassen, sondern in einem Geheimprozeß verurteilt und bis 1956 in Haft gehalten – keineswegs als einziger. 1954/55 fand »eine Reihe von Geheimprozessen mit drakonischen Strafmaßen statt (so gegen Friedrich und Anna Schlotterbeck, Bruno Goldhammer, Fritz Sperling von der westdeutschen KPD, Hans Schrecker, Paul Merker, Max Fechner)«. Thomas Klein: Zu Opposition und Widerstand in der SED, in: Andreas Herbst, Gerd-Rüdiger Stephan, Jürgen Winkler: Die SED, a.a.O., S. 204. – Weiteres dazu siehe im folgenden bei Anmerkungen zu einzelnen Personen.

- 31 Anm. im Protokollband: Vgl. Die Geheimrede Chruschtschows. Über den Personenkult und seine Folgen, Berlin 1990. – Ergänzung des Herausgebers: Diese Geheimrede ist in der DDR bis 1990 nie veröffentlicht worden. Die im Referat gemeinten »Schritte zur Aufdeckung und Überwindung bestimmter Folgen des Stalinismus« blieben in der DDR schon im Ansatz stecken (vgl. Andreas Malycha: Von der Gründung 1945 bis zum Mauerbau 1961, Abschnitt »Die gescheiterte Entstalinisierung 1956/57«, in: Andreas Herbst, Gerd-Rüdiger Stephan, Jürgen Winkler: Die SED, a.a.O., S. 47-53).
- 32 Anm. im Protokollband: Vgl. Walter Janka: Schwierigkeiten mit der Wahrheit, Reinbek bei Hamburg 1989 (bzw. Berlin/Weimar 1990). – Ergänzung des Herausgebers: Gemeint sind hier zwei Schauprozesse, die im Herbst 1989 allmählich wieder ins öffentliche Bewußtsein gebracht wurden. Verurteilt worden waren am 26. Juli 1957 die führend im Aufbau-Verlag sowie in der Redaktion der Wochenzeitschrift »Sonntag« tätigen Walter Janka, Gustav Just, Heinz Zöger und Richard Wolf wegen »Boykotttheze« (vgl. dazu u. a. den von Jochen Cerný – auch er ein Mitglied der Historischen Kommission der PDS – herausgegebenen Band »Wer war wer – DDR«, a.a.O.) und mit der gleichen »Begründung« bereits am 9. März 1957 der ebenfalls im Aufbau-Verlag tätige, mit dem Entwurf eines Programms zur radikalen Demokratisierung von Partei, Staat und Gesellschaft in der DDR und zur sozialistischen Vereinigung Deutschlands ins Visier der SED-Führung unter Walter Ulbricht geratene Wolfgang Harich (vgl. ebenda, S. 167) sowie die zu einer angeblichen »Gruppe Harich« gehörenden Manfred Hertwig, Bernhard Steinberger und Irene Giersch. – Zu Just siehe u. a. dessen 1990 in Berlin erschienenes Buch »Zeuge in eigener Sache« sowie »Deutsch, Jahrgang 1921. Ein Lebensbericht«, Potsdam 2001. – Zu Harich siehe u. a. dessen Buch »Keine Schwierigkeiten mit der Wahrheit. Zur nationalkommunistischen Opposition 1956 in der DDR«, Berlin 1993, sowie den von Jochen Cerný mit einer Einleitung versehenen Abdruck seines Programms von 1956 »Über die Besonderheiten des deutschen Weges zum Sozialismus« in »UTOPIE kreativ«, Heft 87 (April 1997), S. 50-52 bzw. 53-66. – Zu Hertwig siehe u. a. dessen Aufsatz »Sozialistische Hoffnungen in der DDR der fünfziger Jahre« in »UTOPIE kreativ«, Heft 12 (August 1991), S. 65-70. – Zu Steinberger siehe z. B. Jürgen Jahn: Geraubte Jahre. Der Lebensweg des

kommen oder zum Erliegen gebracht worden.<sup>33</sup> Mit dem Argument, keine Fehlerdiskussion zuzulassen bzw. Fehler im Vorwärtsschreiten zu überwinden, wurde jede Erforschung der Ursachen unterbunden. Das begünstigte den Fortbestand einer Führungsspitze, die zu keinen grundlegenden Erneuerungen bereit war.<sup>34</sup> Das läßt uns auch die Frage nach der Bewertung der politischen Auseinandersetzungen mit den sogenannten Fraktionen Herrstadt-Zaisser und Schirdewan-Wollweber und der Berechtigung der damals ausgesprochenen Parteistrafen auf neue Weise stellen.<sup>35</sup> Hier muß man alles aufklären, was noch aufklärbar ist.

---

Bernhard Steinberger, in: UTOPIE kreativ, Heft 153/154 (Juli/August 2003), S. 741-750. – Zu den auf die beiden Prozesse folgenden weiteren Verhaftungen und Verurteilungen siehe z. B. den Bericht des damals verhafteten Winfried Schröder »§ 13 Ziff. 1 StEG« auf der Konferenz der Historischen Kommission der PDS »Der Stalinismus in der KPD und SED. Wurzeln – Wirkungen – Folgen« am 17./18. November 1990, abgedruckt in »UTOPIE kreativ«, Heft 12 (August 1990), S. 63-64. – Zu den Prozessen insgesamt siehe z. B. Werner Mittenzwei: Die Intellektuellen. Literatur und Politik in Ostdeutschland 1945-2000, Leipzig 2001, und dort insbesondere das Kapitel »... ich lasse sie ins Gefängnis sperren.. Ulbrichts Abrechnung mit der Reform-Intelligenz« (S. 144-162).

Die herausgehobene Nennung Walter Jankas im Referat erklärt sich aus der Situation im Herbst 1989: Am 28. Oktober 1989 hatte in Janka Anwesenheit im Deutschen Theater der Schauspieler Ulrich Mühe aus der gerade in der Bundesrepublik erschienenen Autobiographie »Schwierigkeiten mit der Wahrheit« gelesen. Zu Beginn war eine Erklärung der Schriftstellerin Christa Wolf vorgetragen worden, in der es u. a. hieß: »Zum ersten Mal wird öffentlich und so radikal wie möglich jenes Grundübel zur Sprache kommen, aus dem über die Jahrzehnte hin fast alle anderen Übel des Staates DDR hervorgegangen sind: der Stalinismus. Vor mehr als 30 Jahren wurde an Walter Janka ein Exempel statuiert, dessen Ziel es war, ihn zu brechen. ... Daß er bis heute nicht in aller Form rehabilitiert wurde – er und die anderen Opfer von Schauprozessen in den 50er Jahren –, ist ein Zeichen des schleichenden Stalinismus, der, zuzeiten schärfer, zuzeiten milder, den manifesten Stalinismus ablöst, aber seine Grundposition nicht aufgegeben hat, die da heißt: Der Zweck heiligt die Mittel.« Walter Janka, Jahrgang 1914, Spanienkämpfer, Mexiko-Emigrant, Publizist, sagte an diesem Abend in seiner ersten öffentlichen Rede seit 1956 u. a.: »Darum rufe ich allen Mitbürgern zu: Kämpft, wie es jedem liegt. Kämpft mit dem Wort, mit der Feder, mit der Kunst, mit euren Fähigkeiten an den Werkbänken in unseren Fabriken, auf den Bauplätzen und Feldern unserer Republik. ... Kämpft für eine »Assoziation, in der die Freiheit eines jeden die Bedingung für die Freiheit aller ist«. ... Dann wird es auch in naher Zukunft möglich sein, Betonmauern und Stacheldraht – hinter dem sich doch kein sozialistischer Paradiesgarten kultivieren läßt – bedenkenlos niederzureißen, ohne daß uns die Jugend und die Zukunft davonläuft.« (Zitiert nach: Zeno und Sabine Zimmerling: Neue Chronik DDR, 2. Folge, 19. Oktober-23. November 1989, Berlin 1990, S. 35-37).

Ende November 1989 gehörte Walter Janka zu den Erstunterzeichnern des Appells »Für unser Land«, mit dem nach dem Fall der Mauer am 9. November dafür geworben wurde, in der DDR »in gleichberechtigter Nachbarschaft zu allen Staaten Europas eine sozialistische Alternative zur Bundesrepublik zu entwickeln« (vgl. Zeno und Sabine Zimmerling: Neue Chronik DDR, 3. Folge, a.a.O., S. 16). – Walter Janka wurde sowohl juristisch als auch durch die SED-PDS rehabilitiert und war zeitweilig Mitglied im »Rat der Alten« der PDS. Er starb 1994.

- 33 Die Diskussionen um den 17. Juni 1953 werden in der PDS bis heute mit besonderer Heftigkeit geführt. Zum 50. Jahrestag im Jahre 2003 erklärte der Parteivorstand unter direktem Bezug auf den Auftrag des Referats von 1989, hier »alles auf(zu)klären, was noch aufklärbar ist«, in Auseinandersetzung mit der SED-These vom »faschistischen Putsch« u. a.: »Die Forschungen vieler Historikerinnen und Historiker, darunter Genossinnen und Genossen der PDS, belegen, daß im Juni 1953 sowjetisches Militär und bewaffnete Organe der DDR gegen Menschen vorgingen, die vielfach für soziale Gerechtigkeit und Mitbestimmung demonstrierten. Unter den Opfern waren nicht wenige, die völlig zu Recht gegen eine Politik und einen Politikstil protestierten, die in ihren Augen nicht zukunftsfähig waren. Viele Streikende und Demonstrierende wollten das stalinistische Regime durch einen freiheitlichen, demokratischen Sozialismus ablösen.« Und: »Auch und insbesondere der 17. Juni zeigt, daß der Aufbau einer sozialistischen Ge-

In den fünfziger Jahren schritt ein Prozeß heran, der zur Herausbildung eines Entscheidungsmonopols der SED-Spitze in der Gesellschaft führte, obwohl die damals geltende erste Verfassung der DDR dafür keine Handhabe bot. Das gipfelte in einem 1960 gefaßten Beschluß, der Entscheidungen der Parteiführung für die staatliche Arbeit als verbindlich erklärte. Es war diese Überzentralisation im politischen System, die zur Überzentralisation im ökonomischen Leben der Gesellschaft führte, und nicht umgekehrt.

Genossinnen und Genossen! Schwerer und unmittelbarer lasten auf unserer Gegenwart die Fehlentwicklungen und Versäumnisse der Folgezeit.

---

sellschaft mit diktatorischen Mitteln nicht möglich ist. Die Menschenrechtsverletzungen im Namen des Sozialismus sind nicht entschuldbar.« (Sozialismus entsteht in und aus der Gesellschaft. Erklärung des Vorstandes zum 50. Jahrestag des 17. Juni 1953, in: Pressedienst PDS, Nr. 22 vom 30. Mai 2003).

An Arbeiten aus dem Umfeld der PDS zum 17. Juni siehe z. B. als besonders gedrängte Darstellung und Einordnung in die deutsche Geschichte: Jörn Schütrumpf: Die Juni-Insurrektion 1953. Schwierigkeiten mit der Klasse. Thesen, in: »UTOPIE kreativ«, Heft 152 (Juni 2003), S. 485-492; des weiteren als umfassende Dokumentation: Wilfriede Otto: Die SED im Juni 1953, Bd. 10 der Reihe »Texte« der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin 2003; dann das Ergebnis einer der frühesten in der PDS betriebenen regional-geschichtlichen Forschungsarbeit: Angelika Klein: Die Arbeiterrevolte im Bezirk Halle, Potsdam (Rosa-Luxemburg-Verein Brandenburg) 1993; schließlich die Vortragsreihe des Bildungsvereins »Helle Panke« aus dem Jahre 2003 »Wie kam es zum 17. Juni?« mit den in der Reihe »hefte zur ddr-geschichte« publizierten Arbeiten: Siegfried Schwarz, Günter Judick, Wolfgang Buschfort: Deutschlandpolitische Rahmenbedingungen (Heft 80); Siegfried Propok: Geschichtsmythen und historischer Prozeß. Konzepte – Zeitzeugen – Chronik (Heft 81); Jörg Roesler: Aufstand gegen die Norm? (Heft 82) und Dieter Schiller: Ein Buch als Ärgernis. Stefan Heyms Roman »Der Tag X« und die Positionierung der SED (Heft 83).

- 34 Walter Ulbricht ging aus den scharfen Auseinandersetzungen an der Spitze der Partei als Sieger hervor, und mit ihm festigten Erich Honecker (vgl. Anm. 3), Erich Mielke (ab 1950 ZK-Mitglied, 1950-1953 [unter Zaisser] Staatssekretär des MfS, 1953-1957 [unter Wollweber] stellv. Staatssekretär des MfS, ab November 1957 Minister für Staatssicherheit), Kurt Hager (seit 1949 führende Positionen in der Parteischulung/Parteipropaganda/Wissenschafts- und Bildungspolitik, ab 1955 Sekretär des ZK, 1959 bis 1963 PB-Kandidat, dann PB-Mitglied) und andere, die dann bis 1989 an der Macht blieben, ihre Positionen.
- 35 Anm. im Protokollband: Vgl. u. a. Rudolf Herrnstadt: Das Herrnstadt-Dokument. Das Politbüro der SED und die Geschichte des 17. Juni 1953, Reinbek bei Hamburg 1990; Karl Schirdewan: Aufstand gegen Ulbricht. Im Kampf um politische Kurskorrektur, gegen stalinistische, dogmatische Politik, Berlin 1994. – Ergänzung des Herausgebers: Rudolf Herrnstadt (1903-1966), 1953 Chefredakteur des SED-Zentralorgans »Neuen Deutschland«, und Wilhelm Zaisser (1893-1958), 1953 Minister für Staatssicherheit, wurden im Juli 1953 wegen ihrer Kritik am Ulbricht-Kurs im Zusammenhang mit dem 17. Juni aus PB und ZK ausgeschlossen und aus ihren Ämtern entfernt. Karl Schirdewan (1907-1998), 1958 PB-Mitglied und Sekretär des ZK, und Ernst Wollweber (1898-1967), von 1953 bis 1957 Minister für Staatssicherheit, 1958 nur noch ZK-Mitglied, wurden im Februar 1958 wegen ihrer Kritik an Ulbrichts Umgang mit den Ergebnissen des XX. KPdSU-Parteitag von 1956 aus PB und ZK ausgeschlossen (alle Angaben nach Jochen Černý: Wer war wer, a.a.O.). – Siehe zu diesen Vorgängen auch die Autobiographie von Karl Schirdewan, die 1998 in Berlin unter dem Titel »Ein Jahrhundert Leben. Erinnerungen und Visionen« erschienen ist. – Zur engen Beziehung, die sich in den neunziger Jahren zwischen Michael Schumann und Karl Schirdewan entwickelte, siehe im vorliegenden Band die »Worte des Gedenkens« zum Tode von Karl Schirdewan am 15. Juli 1998. – Zu Herrnstadt siehe auch Jochen Černý: Nachdenken über Herrnstadt, in: »UTOPIE kreativ«, Heft 12 (August 1991), S. 58-62. – Zur Bewertung der Auseinandersetzungen von Wilhelm Zaisser und Rudolf Herrnstadt mit Walter Ulbricht 1953 und von Karl Schirdewan und Ernst Wollweber (sowie von den im Referat nicht genannten Fred Oelßner, Fritz Selbmann und Gerhart Ziller) mit Walter Ulbricht 1957/58 als »apparatkonform« im Sinne der aufrechterhaltenen Anerkennung des bürokratischen Monopols gesellschaftspolitischer Zwecksetzung« sowie als »innerbürokratischer Rationalitätskonflikt« siehe Thomas Klein: Zu Opposition und Widerstand in der SED, in: Andreas Herbst, Gerd-Rüdiger Stephan, Jürgen Winkler: Die SED, a.a.O., S. 204-205.

Anfang der sechziger Jahre hatte die Führung der SED davon gesprochen, daß sich nun der Sozialismus in gesicherten Grenzen auf seinen eigenen Grundlagen entwickelt. Daraus erwachsen hoffnungsvolle Ansätze für eine Erneuerung. Allerdings sind viele Möglichkeiten vergeben worden.

Die Inkonsequenz des XX. Parteitages der KPdSU und seiner Auswertung in der DDR gewann Langzeitwirkung. Es blieb bei der Interpretation, daß der Personenkult um Stalin und die damit verbundenen Verbrechen dem Sozialismus wesensfremd und nicht im System seiner Strukturen verwurzelt seien. Das mußte sich um so verhängnisvoller auswirken, je mehr sich der Sozialismus durch die wissenschaftlich-technische Revolution, die globalen Probleme, die neuen Bürgerrechts- und Menschenrechtsbewegungen und schließlich durch den KSZE-Prozeß<sup>36</sup> herausgefordert sah, sich wirklich zu erneuern.

Mitte der sechziger Jahre gab es einen produktiven Ansatz für ein neues ökonomisches System, das von der Kommandowirtschaft wegführen und zu einem vor allem mit ökonomischen Instrumentarien regulierten, effektiven Wirtschaften hinführen sollte. Aber ein neues System der Ökonomie konnte nicht reifen, wenn nicht auch eine Öffnung im politischen und geistig-kulturellen Leben der Gesellschaft erfolgte. Dem aber stand vor allem das in stalinistischer Tradition verharrende Selbstverständnis der Partei entgegen. Wir müssen uns mit aller Konsequenz und selbstkritisch mit einer Parteauffassung auseinandersetzen, die den Anspruch auf Erkenntnismonopol rechtfertigt und selbst Privilegien für selbstverständlich hinnahm.

Mit dem traditionellen Selbstverständnis unserer Partei sind eine Fülle ungelöster Probleme verbunden, die der weiteren wissenschaftlichen Untersuchung bedürfen.

Nicht verstanden wurde der Impuls des Prager Frühlings, der in der Gemeinsamkeit sozialistischer Länder hätte produktiv gemacht werden können.<sup>37</sup> Kritiker wie Robert Havemann und andere sollten mundtot gemacht werden.<sup>38</sup>

---

36 KSZE – Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Der 1972 eingeleitete KSZE-Prozeß gipfelte am 1. August 1975 in der Verabschiedung einer »Schlußakte von Helsinki«, die von 33 der damals 34 europäischen Staaten – es fehlte nur Albanien – sowie von den USA und Kanada unterzeichnet wurde. Die DDR hatte damit endgültig weltweite internationale staatliche Anerkennung erlangt. Die Schlußakte enthielt drei Themen-»Körbe«: Korb I: Fragen zur Sicherheit Europas; Korb II: Zusammenarbeit in den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft, Technik und Umwelt; Korb III: Menschliche Kontakte, Kultur- und Informationsaustausch. – Zum KSZE-Prozeß gehörten dann »Nachfolgekonferenzen« in Belgrad (1977/78), Madrid (1980-1983) und Wien (1986-1989).

37 Als »Prager Frühling« wird jener Prozeß bezeichnet, mit dem die KP der Tschechoslowakei unter Führung von Alexander Dubček von Januar 1968 an versuchte, in Abkehr von stalinistischen Traditionen einen »Sozialismus mit menschlichem Antlitz« zu verwirklichen. Mit der militärischen Intervention der Staaten des Warschauer Vertrages (ohne Rumänien) am 21. August 1968 und der endgültigen Entmachtung Dubčeks im April 1969 wurde dieser Reformprozeß gewaltsam zu einem Ende gebracht. – Die im Referat gebrauchte Formulierung, wonach »der Impuls des Prager Frühlings« von der SED-Führung »nicht verstanden wurde«, ist ein beredter Ausdruck für das Zögerliche und Inkonsequente, das der Analyse zu diesem Zeitpunkt an vielen Stellen noch anhaftete. Denn das Verhalten der SED-

An der Schwelle der siebziger Jahre weckte der später maßlos überbewertet und zum Kult um Erich Honecker benutzte VIII. Parteitag mit seinem in manchem veränderten politischen Stil, mit der engeren Zusammenführung von Wirtschaft und Sozialpolitik Hoffnungen.<sup>39</sup> Diese wurden vom damaligen Generalsekretär in der Innenpolitik nur punktuell und kurzzeitig, in der Außen- und Friedenspolitik allerdings für längere Zeit eingelöst.<sup>40</sup>

- 
- Führung war nicht durch »Nicht-Verstehen« gekennzeichnet, sondern – wie im folgenden Satz zu Robert Havemann ja auch angedeutet wird – durch eine rigorose Gegnerschaft zu den Reformern in Prag und zu all jenen, die sich in der DDR zu den Prager Reformplänen bekannten oder sie tatsächlich als Impuls für eigenes Handeln zu begreifen versuchten. – Eine umfassende Würdigung des »Prager Frühlings« für die Entwicklung der Ideen eines demokratischen Sozialismus durch die PDS steht übrigens noch aus. So enthält etwa der 1997 in Berlin erschienene, vom Verein »Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung« e.V. (dem Vorgänger der Rosa-Luxemburg-Stiftung – Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e.V.) herausgegebene Band »Zur Programmatik der Partei des Demokratischen Sozialismus. Ein Kommentar«, zu dessen Autoren auch Michael Schumann gehörte, keinen einzigen Hinweis auf Protagonisten des »Prager Frühlings« wie etwa Alexander Dubček oder Ota Šik oder auf Dokumente der KPdSch aus dieser Zeit. – Als eine der wenigen umfassenderen Arbeiten im PDS-Umfeld zum Thema des »Prager Frühlings« mit ausführlicherer Darstellung tschechoslowakischer Positionen und der SED-Reaktion darauf siehe Stefan Bollinger: 1968 – Jahr der vertanen Chancen, in: UTOPIE kreativ, Heft 94 (August 1998), S. 39-50. Vgl. auch derselbe: Die DDR kann nicht über Stalins Schatten springen. SED zwischen NÖS und Prager Frühling, »hefte zur ddr-geschichte« 5, Berlin; sehr instruktiv auch: Bernd Rump u.a. (Hrsg.): Das Jahr '68: Weichenstellung oder Betriebsunfall? Scheuklitz 1998.
- 38 Robert Havemann (1910-1983), antifaschistischer Widerstandskämpfer, 1945-1950 Direktor der Berliner Institute der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, zugleich und in der Folge Professor und Institutsleiter an der Humboldt-Universität zu Berlin, 1961 Korrespondierendes Mitglied der Deutschen Akademie der Wissenschaften, Physikochemiker und Philosoph, wurde »angeregt vom XX. Parteitag der KPD/SU (1956) zum bedeutendsten und bekanntesten Systemkritiker in der DDR«, äußerte »prinzipielle marxistische Kritik an politischen Verhältnissen und Gängelung der Wissenschaften«, 1964 Ausschluss aus der SED und fristlose Entlassung durch die Humboldt-Universität, danach »faktisch Berufsverbot, Überwachung, Hausarrest und andere Repressalien durch das MfS«; wirkte »dennoch bis zu seinem Tode für einen demokratischen Sozialismus« und »suchte in diesem Sinne publizistisch (über BRD-Medien) auf Politik und Gesellschaft in der DDR Einfluß zu nehmen«; wurde in der DDR zum »Mitbegründer einer unabhängigen Friedens- und Bürgerrechtsbewegung« (vgl. Jochen Černý: Wer war wer, a.a.O., S. 170/171). – In seinem 1980 in München und 1990 in Halle und Leipzig veröffentlichten Buch »Morgen. Die Industriegesellschaft am Scheideweg. Kritik und reale Utopie« heißt es zum »Prager Frühling« u. a.: »Es war ganz offensichtlich, daß sie (gemeint sind die Parteiführungen in den umliegenden sozialistischen Staaten – d. Hrsg.) sich vor einer Ausbreitung der Ideen des Prager Frühlings fürchteten, und zwar nicht, weil sie diesen Ideen nicht trauten, sondern gerade darum, weil sie wußten, daß diese Ideen den Hoffnungen von Millionen Sozialisten und Kommunisten in aller Welt entsprachen, die sich nichts sehnlicher wünschten, als daß sich der Sozialismus in den sozialistischen Staaten endlich von dem Odium befreite, ein System der Willkürherrschaft einer kleinen Clique von Apparatschiks zu sein.« (Ausgabe des Mitteldeutschen Verlages Halle/Leipzig 1990, S. 45). Und: »In der DDR und in anderen sozialistischen Ländern setzte sofort eine Welle schärfster Verfolgung aller Personen ein, die auch nur in Andeutungen ihren Protest gegen die Intervention geäußert hatten« (Ebenda, S. 46). – Weiteres dazu siehe auch in: Robert Havemann: Fragen-Antworten-Fragen. Aus der Biographie eines deutschen Marxisten, Berlin und Weimar 1990 (zuerst München 1970).
- 39 Anm. im Protokollband: Vgl. den Bericht Erich Honeckers in: Protokoll der Verhandlungen des VIII. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. 15. bis 19. Juni 1971 in der Werner-Seelenbinder-Halle zu Berlin, Berlin 1971, Bd. 1, S. 34 ff.
- 40 Gemeint sind die weltweite völkerrechtliche Anerkennung der DDR in den siebziger Jahren, die Aufnahme in die UNO 1973, die Unterzeichnung der KSZE-Akte in Helsinki 1975 (vgl. Anm. 36), zahlreiche Initiativen zur Entspannung der Ost-West-Beziehungen, der Ausbau der bilateralen Beziehungen auch zu zahlreichen kapitalistischen Staaten (u. a. 1981 Besuch Erich Honeckers in Japan, 1987 in der BRD) und die Mitarbeit der DDR in vielen internationalen Organisationen.

Sobald sich jedoch Erich Honecker fest im Sattel und zwischen den Großen der Weltpolitik sitzen fühlte, wuchs sein Geltungsdrang im umgekehrten Verhältnis zu seinem tatsächlichen politischen Format. *(Beifall)*

Der Generalsekretär und sein Politbüro, das sich dem Zentralkomitee nicht verantwortlich fühlte und keine Kollektivität übte, begriffen nicht, worauf sich nun die DDR in Fragen der Menschenrechte, der Reisemöglichkeiten, der Veränderung des Grenzregimes usw. einzustellen hatte. Der Dialog nach außen und Verweigerung nach innen, Repressalien gegen Andersdenkende und ähnliches mußten die Kluft zwischen Partei und Volk vertiefen und zu äußersten Widersprüchen führen. Die Politik unserer Partei in den siebziger Jahren gilt es in ihrer ganzen Widersprüchlichkeit aufzuarbeiten. Für die Erneuerung unserer Gesellschaft ist es von großer Bedeutung, die Leistungen und Fehler unserer Partei in dieser Zeit kritisch und umfassend zu analysieren. Auf dem Gebiet der Wirtschaft zum Beispiel bewies die Entwicklung in dieser Zeit, was eine sozialistische Konzentration vermag, und zugleich, was geschieht, wenn durch die Blockierung von Demokratisierungsprozessen und Ignorierung der Wissenschaft wirtschaftliche Entwicklung falsch programmiert wird. Bezeichnend für das Defizit an theoretischer Fundierung der Politik in dieser Zeit war auch ein völlig vereinfachtes Kapitalismusbild, das alten ideologischen Stereotypen entsprach, rein agitatorische Bedeutung hatte, aber die Potenzen des modernen Kapitalismus nicht wahrnahm.

Das alles mußte in seiner Gesamtheit letztlich zur Krise, zum politischen Zusammenbruch führen.

1985, als die KPdSU Kurs auf Perestroika und Glasnost nahm, hätte sich wohl noch ein Ausweg eröffnet, wenn unser Land kühn und besonnen auf den Weg der Entstalinisierung geführt worden wäre.<sup>41</sup> *(Beifall)*

Bei der Überschaubarkeit unseres Landes, seiner ökonomischen Situation, der noch bemerkenswerten politischen Stabilität bestanden für einen klugen Reformkurs im Grunde genommen bessere Voraussetzungen als in der UdSSR. Aber dies vermochte die machtbesessene alte Führung nicht zu begreifen, und sie steckte auch viel zu tief im Sumpf, um eine Erneuerung ernstlich zu wollen. *(Beifall)*

Alle Warnungen und Forderungen wurden mißachtet und unterdrückt, kritische Parteimitglieder als Meckerer und Nörgeler disqualifiziert und massenhaft aus der Partei ausgeschlossen, und eine Handhabe dafür bot der Beschluß zur ideologischen Arbeit, den das Politbüro im Dezember 1988 faßte.<sup>42</sup> Erich

---

41 Anm. im Protokollband: Vgl. Michail Gorbatschow: Ausgewählte Reden und Aufsätze, Bd. 2, Berlin 1987, S. 143 ff., S. 170 ff., S. 277 ff.

42 Anm. im Protokollband: Vgl. die interne Parteinformation »Zum einheitlichen und geschlossenen Handeln der Mitglieder und Kandidaten der SED« vom März 1988 in: Andreas Herbst, Gerd-Rüdiger Stephan, Jürgen Winkler: Die SED, a.a.O., S. 797 ff, sowie den Politbüro-Bericht Erich Honeckers in: 7. Tagung des ZK der SED, 1./2. Dezember 1988, »Mit dem Blick auf den XII. Parteitag die Aufgaben der Gegenwart lösen«, Berlin 1988, S. 5 ff.

Honecker und seine Umgebung entfernten sich immer mehr von der Parteibasis und vom Volk. Sie gingen auf Gegenkurs zu Perestroika und Glasnost, besonders kraß mit dem »Sputnik«-Verbot, mit dem schlimmen Artikel im »Neuen Deutschland« über die Kommunistische Internationale, durch den sowjetische Historiker diskriminiert und die Geschichtswissenschaft der DDR diskreditiert wurden.<sup>43</sup> Die »Hofberichterstattung« in den Medien und die allen Lebenserfahrungen widersprechenden – wie wir heute wissen: erlogenen – Erfolgsdaten wurden immer unerträglicher und zum Zündstoff des öffentlichen Protestes. Mit der Öffnung der ungarischen Grenze brachen schließlich alle Dämme.

In Ablehnung von Perestroika und Glasnost wurde die Losung »Sozialismus in den Farben der DDR« begründet.<sup>44</sup> Heute sollte man diese Zeit als »Stalinismus in den Farben der DDR« bezeichnen. *(Beifall)*

Liebe Genossinnen und Genossen! Aus dem hier Dargelegten, das bei allem – wie ich eingangs sagte – einen vorläufigen Charakter hat, unterbreitet der Ausschuß dem Parteitag zur Wiedergutmachung für die Opfer des Stalinismus folgenden Vorschlag:

1. Die Rehabilitierung aller, die Opfer stalinistischer Verfolgung geworden sind, sei es in der UdSSR oder in unserem Lande. Dazu sind Kontakte zu den entsprechenden sowjetischen Stellen herzustellen.

2. An den Parteivorstand ergeht der Auftrag, dafür zu sorgen, daß alles aufgeklärt wird, was sich über Einzelschicksale, aber auch über Verantwortlichkeiten und Schuld in Erfahrung bringen läßt.

3. Wir bieten unsere Mitarbeit in einem unabhängigen Untersuchungsausschuß an, zusammengesetzt aus betroffenen Personen, aus Juristen, aus Historikern und anderen Persönlichkeiten. Unsere Partei stellt diesem Ausschuß die ermittelten Resultate zur Verfügung.

4. Wir setzen uns dafür ein, daß den Opfern stalinistischer Verbrechen ein bleibendes Gedenken in unserer Gesellschaft bewahrt wird.

Dem sollten sowohl das bereits von anderen vorgeschlagene würdige Mahnmal als auch Zeugnisse der Erinnerung und Bewahrung der bestehenden Museen und Gedenkstätten und in unserer schöngeistigen und wissenschaftlichen Literatur dienen. *(Beifall)*

Die in die Zukunft weisenden Konsequenzen, daß heißt die Beseitigung von Strukturen, die solche Deformationen ermöglichten, müssen ihren Niederschlag finden im neuen Programm, im neuen Statut, in einem neuen, kritischen Umgang mit unserer eigenen Geschichte, der frei ist von Apologetik,

---

43 Anm. im Protokollband: Am 18. November 1988 wurde auf Weisung Honeckers der Vertrieb der deutschsprachigen Ausgabe der sowjetischen Zeitschrift »Sputnik« in der DDR eingestellt. Gleichzeitig wurden fünf sowjetische Spielfilme vom laufenden Kino-Spielplan abgesetzt (vgl. Neues Deutschland vom 19., 24. sowie 25. November 1988).

44 Anm. im Protokollband: Vgl. 7. Tagung des ZK der SED, a.a.O., S. 91.

Schönfärberei, einem Umgang, der nichts aus dieser Geschichte ausspart. Und all dies muß sichern die Trennung von Partei und Staat, die Wählbarkeit von unten nach oben, die Anerkennung unterschiedlicher Meinungen, auch innerhalb der Partei, und ihre Reflexion in den Medien und viele andere demokratische Sicherungen mehr.

Liebe Genossinnen und Genossen! Wir betrachten die Behandlung dieses Tagesordnungspunktes als weiteren Schritt der Abkehr vom Stalinismus und als Unterstützung für den weiteren Prozeß seiner konsequenten Überwindung.

Ich danke euch für eure Geduld. *(Beifall)*



# Von der SED zur PDS – geht die Rechnung auf?

Interview für die Tageszeitung »Neues Deutschland«<sup>1</sup> vom 26. Januar 1990

*Neues Deutschland (ND): Die Forderung nach Selbstauflösung der SED/PDS, vereinzelt gar nach einem Verbot, ist unüberhörbar.<sup>2</sup> Genosse Prof. Schumann, an dich als stellvertretenden Vorsitzenden des Bezirksarbeitsausschusses der SED/PDS Potsdam die Frage: Ist der Versuch, der SED durch einen Erneuerungsparteitag auch neue gesellschaftliche Akzeptanz zu verschaffen, heute nicht als gescheitert anzusehen?*

Michael Schumann: Ich glaube, daß sich das in den nächsten Wochen und Monaten und ganz deutlich erst mit den Wahlen<sup>3</sup> erweisen wird.

*ND: Du hast dich an dem außerordentlichen Parteitag beteiligt. Der Bestand der Partei ist heute mehr gefährdet als im Dezember 89. Also noch einmal: Die Rechnung ist doch nicht aufgegangen?*

- 
- 1 (Alle Anm. sind Anm. des Herausgebers.) – »Neues Deutschland« war von April 1946 bis Dezember 1989 das Organ des Zentralkomitees (ZK) der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED). Am 18. Dezember 1989 erschien die Zeitung, die seit dem Rücktritt des ZK am 3. Dezember in redaktioneller Eigenverantwortung arbeitete, erstmals mit der Unterzeile »Sozialistische Tageszeitung« (vgl. Chronik der PDS 1989-1997, Berlin 1998). Die Fragen im hier abgedruckten Interview stellte Gerald Frank.
  - 2 Diese Forderungen kamen entschieden von außerhalb der Partei, aber nicht nur von dort. Sie waren auch innerhalb der Partei immer lauter geworden, weil die Resultate des Erneuerungsprozesses seit dem Außerordentlichen Parteitag vom Dezember sehr unterschiedlich bewertet wurden. Bei einem Treffen von Vertreterinnen und Vertretern der in der SED/PDS tätigen Plattformen »Kommunistische Plattform« (gegründet am 30. Dezember 1989), »Sozialdemokratischer Studienkreis« (gegründet am 6. Januar 1990), »Dritter Weg«, »WF« – diese beiden hatten sich bereits vor dem Außerordentlichen Parteitag konstituiert – sowie »Demokratischer Sozialismus« (gegründet am 16. Januar 1990) am 18. Januar 1990 in Berlin, an dem auch Vertreter der Parteiorganisation der Akademie der Wissenschaften teilnahmen, wurde die Forderung nach grundlegenden Reformen in der Partei bzw. nach deren Auflösung erhoben. Am 19. Januar trafen sich im Gebäude des ehemaligen Zentralkomitees der SED spontan Hunderte Mitglieder der Parteibasis mit der Forderung nach einem radikalen Bruch mit der SED-Vergangenheit bei gleichzeitiger Ablehnung der Auflösungsforderung. Am 20. Januar votierten im Parteivorstand 76 Vorstandsmitglieder gegen eine Auflösung, 10 dafür, 4 enthielten sich der Stimme. Am 21. Januar verließ der stellvertretende Parteivorsitzende Wolfgang Berghofer die SED/PDS, seinem Schritt folgten 30 leitende Funktionäre in Dresden. Damit nahm eine neue Austrittswelle ihren Anfang. Von Mitte Dezember 1989 bis Anfang Januar 1990 waren bereits eine Viertelmillion Mitglieder ausgetreten. Am 24. Januar rief die »Sozialistische Arbeitsgemeinschaft« als Zusammenschluß der Plattformen dazu auf, neben den bestehenden Parteistrukturen einen unabhängigen Diskussionskreis reformorientierter Kräfte zur Erneuerung der SED-PDS zu gründen (vgl. Chronik der PDS 1989-1997, a.a.O.).
  - 3 Zum Zeitpunkt des Interviews war man noch davon ausgegangen, daß die ersten freien Wahlen zur Volkskammer der DDR am 6. Mai 1990 stattfinden sollten. Die Geschwindigkeit der Entwicklungen veranlaßte Ministerpräsident Hans Modrow und die Vertreterinnen und Vertreter aller am Runden Tisch versammelten Parteien und Bewegungen bei einem Treffen am 28. Januar jedoch, diese Wahlen bereits auf den 18. März 1990 vorzuziehen. Am 6. Mai wurden dann Kommunalwahlen abgehalten (vgl. Chronik der PDS 1989-1997, a.a.O.).

Schumann: Die Rechnung bestand und besteht nicht aus einer einzigen Größe. Es geht eigentlich auch gar nicht schlechthin um die Partei. Wir wollten auf dem außerordentlichen Parteitag nicht die Partei um ihrer selbst willen retten ...

ND: ... sondern?

Schumann: Es ging um das Land. Wir haben doch die Partei nicht deshalb zu erhalten und zu erneuern versucht, weil wir die alte SED lieben oder Nostalgiker sind. Für den Stalinisten ist die Partei das Wichtigste, das Höchste, geradezu ein Heiligtum, mithin Selbstzweck. Für den demokratischen Sozialisten ist sie Mittel zum Zweck. Ihre Existenz legitimiert sich durch die Erfordernisse des Gemeinwesens.

ND: *Die Partei, die unser Land an den Rand des Abgrundes regiert hat, die SED, als Erfordernis des Gemeinwesens? Ich formuliere bewußt scharf, in der täglichen Diskussion wird uns ja auch nichts geschenkt.*

Schumann: Nicht die SED, sondern die SED/PDS, die demokratisch erneuerte Partei. Der Zusatz PDS wird oft und absichtlich weggelassen.

ND: *Worin siehst du dann die Gründe für die Erhaltung der SED – einverstanden: als SED/PDS? Wieso braucht das Gemeinwesen diese Partei? Wäre es nicht wirklich besser, der weitverbreiteten Ansicht nachzugeben, diese Partei, die die tragende Basis der stalinistischen Diktatur war, würde das Handtuch werfen? Viele glauben, wir hätten dann mehr Frieden im Lande. Für sie ist die Partei einfach zum ständigen öffentlichen Ärgernis geworden.*

Schumann: Auf die »tragende Basis« komme ich später zurück. Auch der Vergleich mit dem »öffentlichen Ärgernis«, das ja in der Regel von irgendwie kranken Menschen erregt wird, ist symptomatisch für die geistige Situation in diesem Lande. Zunächst aber: Zum Zeitpunkt des außerordentlichen Parteitages war die neue Regierung im Amt.<sup>4</sup> Bei dem unentwickelten Zustand der

---

4 Am 7. November 1989 war der von Ministerpräsident Willi Stoph geführte Ministerrat der DDR zurückgetreten. Am 13. November 1989 hatte die 11. Tagung der Volkskammer Günther Maleuda, den Vorsitzenden der DBD, zu ihrem Präsidenten gewählt und Hans Modrow, bis dahin 1. Sekretär der Bezirksleitung Dresden der SED, mit der Regierungsbildung beauftragt. Am 17. November hatte Hans Modrow seine Regierungserklärung abgegeben. Die Regierung Modrow blieb bis zu den Volkskammervahlen am 18. März 1990 im Amt (vgl. Chronik der PDS 1989-1997, a.a.O.). – Zur Notwendigkeit der Fortexistenz der Partei für eine erfolgreiche Regierungsarbeit hatte Hans Modrow auf dem Außerordentlichen Parteitag in einer Nachtsitzung, die am Samstag, dem 9. Dezember 1989, von 1.04 Uhr bis gegen 3.30 Uhr stattfand, überraschend das Wort ergriffen und damit einen entscheidenden Beitrag für den Fortbestand der Partei geleistet. Bei einer kurz nach seiner Rede gehaltenen Abstimmung über

Opposition<sup>5</sup> und dem geschwundenen Einfluß der ehemaligen Blockparteien<sup>6</sup> konnte diese Regierung nur eine SED/PDS-geführte sein. Ohne kompetente Persönlichkeiten wie Hans Modrow hätten – übrigens auch auf den mittleren und unteren Ebenen der Staatsorganisation – die notwendigen Schritte zu einer deutsch-deutschen Vertragsgemeinschaft<sup>7</sup> nicht getan, die Wirtschaft vor dem Kollaps nicht bewahrt, das Funktionieren des Alltags in der DDR nicht gewährleistet werden können. Hätten wir die Partei aufgegeben, so wäre der Koalitionsregierung Modrow<sup>8</sup> weitgehend das politische Fundament entzogen worden. Der Erhalt und die politische Wirksamkeit der SED/PDS waren schon deshalb kein partei-egoistisches Anliegen, sondern eine Frage der Regierbarkeit unseres Landes und damit eine Frage des Interesses eines jeden Bürgers, also ein Erfordernis des Gemeinwesens.

---

eine Auflösung der Partei votierte niemand für eine solche Auflösung. Modrow hatte seine Rede mit den Worten begonnen: »Da ich in den Pausen häufig von Genossinnen und Genossen angesprochen worden bin, wie die Lage für die Regierung in Abhängigkeit von der Entwicklung in der Partei sei, möchte ich dazu ein paar Ausführungen hier vor euch allen machen«, und er hatte dann nach kritischem Rückblick auf die Entwicklung der Partei seit dem Rücktritt Erich Honeckers am 18. Oktober u. a. erklärt, daß die Partner in der von ihm geführten Regierungskoalition »erwarten, daß unsere Partei ... wirksam sein muß, weil sie als Parteien ohne uns nicht existieren können«, und daß auch Gorbatschow in Moskau die Erwartung habe, das es gelingen möge, die Partei »zu retten«. »Auch die Perestrojka hängt mit dran. Das muß jeder wissen«, habe Gorbatschow gesagt, und er, Modrow, sage »in aller Verantwortung: Wenn bei der Schärfe des Angriffs auf unser Land dieses Land nicht mehr regierungsfähig bleibt, weil mir, dem Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, keine Partei zur Seite steht, dann tragen wir alle die Verantwortung dafür, wenn dieses Land untergeht« (vgl. Außerordentlicher Parteitag der SED/PDS. Protokoll der Beratungen am 8./9. und 16./17. Dezember 1989, Berlin 1998, S. 93-97).

- 5 Mit dieser Bemerkung beschreibt Schumann zweierlei. Zum einen die von der SED zu verantwortende Situation, daß die oppositionellen Parteien und Bewegungen keine Zeit gehabt hatten, sich zu entwickeln. Es war ja infolge der rigiden Unterdrückungspolitik der SED erst im Laufe des Sommers 1989 eine Situation herangereift, in der es oppositionelle Gruppen, deren Tätigkeit man zwar eindämmen, aber nicht mehr hatte verhindern können, wagen konnten, Partei- oder Bewegungsgründungen ins Auge zu fassen. Einige Eckdaten dazu: Am 26. August 1989 rief eine Initiativgruppe mit Ibrahim Böhme, Martin Gutzeit, Markus Meckel und Arndt Noack dazu auf, eine sozialdemokratische Partei in der DDR (SDP) zu gründen. Realisiert wurde diese Gründung am 7. Oktober 1989 in dem Dorf Schwante im Nordwesten von Berlin. Am 4. September verabschiedeten in Böhlen bei Leipzig Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, Mitglieder autonomer Studentenseminare, Christinnen und Christen sowie Mitglieder der SED einen Appell »Für eine Vereinigte Linke in der DDR«. Am 9. September riefen andere Oppositionelle – unter ihnen Bärbel Bohley, Rolf Henrich und Prof. Dr. Jens Reich – zur Gründung der Initiativgruppe »Neues Forum« auf. Am 12. September erklärten wieder andere – eine Gruppe um Dr. Hans-Jürgen Fischbeck, Ludwig Mehlhorn, Wolfgang Ullmann und Konrad Weiß – die Bildung einer Bürgerbewegung »Demokratie jetzt«. Am 14. September gab der Erfurter Pfarrer Edelbert Richter in Bonn die Gründung der Gruppe »Demokratischer Aufbruch« in der DDR bekannt. Am 24. September trafen Vertreterinnen und Vertreter all dieser Bewegungen in Leipzig zu einer Koordinierung ihrer Politik zusammen. Diese Koordinierung wurde am 4. Oktober – jetzt auch unter Beteiligung der »Initiative Frieden und Menschenrechte«, der »Gruppe Demokratischer SozialistInnen« und von verschiedenen Friedenskreisen – fortgesetzt. Am 10. Oktober führte Dresdens Oberbürgermeister Wolfgang Berghofer als erster Staatsfunktionär der DDR einen Meinungsaustausch mit der Opposition (vgl. Zeno und Sabine Zimmerling: Neue Chronik DDR, 1. Folge, a.a.O.). Im Dezember 1989 war die gesellschaftliche Krise so tief geworden und hatten die neuen Parteien und Bewegungen ein solches Gewicht erlangt, daß man nach neuen Formen der Stabilisierung der politischen und wirtschaftlichen Situation suchen mußte. Am 7. Dezember nahm im Berliner Dietrich-Bonhoeffer-Haus der zentrale Runde Tisch seine Arbeit

*ND: Woher nimmst du eigentlich die Gewißheit, daß es zur Regierung Modrow als Übergangsregierung keine Alternative gab und gibt? Ich hätte mir durchaus eine bessere Regierung vorstellen können. Und wenn man schon auf den jetzigen Ministerpräsidenten nicht hätte verzichten können, warum dann nicht ein parteiloser Hans Modrow ohne den SED/PDS-Anhang?*

Schumann: Gewißheit kannst du nicht erwarten, denn wir können ja nicht zwei oder mehr Regierungen einrichten, um zu vergleichen. Daß es diese Alternative zumindest bis zum 6. Mai nicht gibt, ist ja im übrigen nicht nur unsere Meinung. Schau doch einmal genau die Westpresse an. In der Opposition ist das auch keine nur vereinzelt Auffassung. Und der Ministerpräsident ohne das Hinterland einer eigenen, genügend starken Partei?

---

auf, an dem unter dem Dach der Kirche erstmals auf zentraler Ebene Vertreterinnen und Vertreter der etablierten Parteien und einiger Massenorganisationen sowie der neu entstandenen Parteien und Bewegungen gleichberechtigt über die weitere Entwicklung der DDR berieten (vgl. Chronik der PDS 1989-1997, a.a.O.). Zu den neu entstandenen Bewegungen zählte nun auch der am 3. Dezember gegründete Unabhängige Frauenverband (vgl. Neue Chronik DDR, 3. Folge 24. November-22. Dezember 1989, Berlin 1990). Ähnliche Runde Tische wie in Berlin gab es dann überall im Land.

Zum anderen zeugt diese Bemerkung über den »unentwickelten Zustand« aber auch davon, daß Schumann – wie sich an späterer Stelle im Interview noch mehrfach zeigt – die neuen Parteien und Bewegungen nicht allein von dieser von außen zu verantwortenden Situation her beurteilte, sondern auch von ihrer inneren Entwicklung her. Daß er sie also so ernst nahm, wie sie genommen werden wollten und mußten, und sie von genau diesem Ernstnehmen her bewertete und auch inhaltlich kritisierte. Ende Januar 1990 hatte sich bereits deutlich gezeigt, daß nicht nur die Zeit nicht ausgereicht hatte, als daß die neuen Parteien und Bewegungen bereits eine Mehrheiten erfassende Massenbasis hätten gewinnen können, sondern auch, daß ihre politischen Programme und Konzepte zu unterschiedlich für ein Zusammenwirken waren. Dies freilich hatte wiederum mit einer äußeren Bedingung zu tun, die nun ihre Wirkung immer rascher entfaltete: mit der Grenzöffnung vom 9. November 1989, in deren Folge sie ihre Hegemonie in den Umbruchprozessen verloren – Eine detaillierte Darstellung der Entwicklung der neuen Parteien und Bewegungen aus dem Abstand von zwölf Jahren siehe bei Thomas Klein: Entwicklungsstationen der neuen politischen Vereinigungen in der DDR im Herbst/Winter 1989/ 90, in: Gerd-Rüdiger Stephan u. a. (Hrsg.): Die Parteien und Organisationen der DDR. Ein Handbuch, Berlin 2002, S. 847-864.

- 6 Gemeint sind die CDU, die DBD, die LDPD und die NDPD, die seit Oktober 1949 zunächst in der Nationalen Front des Demokratischen Deutschland, dann – seit 1973 – in der Nationalen Front der DDR mit der SED zusammengearbeitet hatten. Die Bezeichnung »Blockparteien« hat ihren Ursprung im »Demokratischen Block der Parteien und Massenorganisationen«, der in der Volkskongreßbewegung in der Sowjetischen Besatzungszone bei den Wahlen zum 3. Deutschen Volkskongreß im Mai 1949 mit einer gemeinsamen Liste angetreten war (vgl. Andreas Herbst, Winfried Ranke, Jürgen Winkler: So funktionierte die DDR, Bd. 2, a.a.O., S. 722-723; weiteres siehe in: Gerd-Rüdiger Stephan u. a.: Die Parteien und Organisationen der DDR, a.a.O., S. 78-102 u. S. 269-401).
- 7 Am 19. Dezember 1989 hatte es eine entscheidende Zäsur gegeben: In Dresden waren Ministerpräsident Hans Modrow und Bundeskanzler Helmut Kohl zusammengetroffen und hatten vereinbart, eine Vertragsgemeinschaft der beiden deutschen Staaten zu gestalten, die Beziehungen umfassend auszubauen und die wirtschaftliche Zusammenarbeit zu intensivieren (vgl. Chronik der PDS 1989-1997, a.a.O.).
- 8 Der am 18. November von der Volkskammer bestätigten 28köpfigen Regierung Modrow gehörten Ministerinnen und Minister aus SED, CDU, DBD, LDPD und NDPD an. Durch die Zusammenarbeit am Runden Tisch seit dem 7. Dezember waren faktisch weitere Parteien und Bewegungen in die Regierungsarbeit einbezogen worden – ein Zustand, der dann am 28. Januar 1990 mit der Einladung Hans Modrows an die am Runden Tisch vertretenen Parteien und Bewegungen, ihre Vertreterinnen und Vertreter direkt in den Ministerrat zu entsenden, weiter verfestigt wurde (vgl. Neue Chronik der DDR, 2. Folge 19. Oktober-23. November 1989, Berlin 1990; Chronik der PDS 1989-1997, a.a.O.).

*ND: Welche Gründe gibt es noch, um den Fortbestand der SED/PDS zu rechtfertigen?*

Schumann: Es gibt viele weitere, durchaus nicht partei-egoistische Gründe. Der wichtigste Grund für mich: Die Partei ist jetzt, in erneuerter Gestalt, wichtig für die Entwicklung der Demokratie in unserem Lande.

*ND: Die SED/PDS als Hüter der Demokratie ...?*

Schumann: Nein. Die SED/PDS als gleichberechtigter Partner in der Demokratie. Zum Zeitpunkt des außerordentlichen Parteitages hatte die SED 1,7 bis 1,8 Millionen Mitglieder. Heute sind es etwa 1,2 Millionen ...

*ND: Die Leute laufen weiter davon?*

Schumann: Ja. Obwohl – die Austritte werden weniger. Mir macht im übrigen kaum Sorge, daß wir weiter Mitglieder verlieren. Eigentlich besorgniserregend sind die Gründe, die jetzt zum Austritt führen. Und ich meine damit nicht die parteiinternen Gründe, die es natürlich auch gibt. Ich meine die, die aus dem gegenwärtigen und geschürten gesellschaftlichen Klima resultieren. Aber zurück zur Ausgangsfrage. Wir haben auf dem Parteitag gesagt: Wir können uns nicht durch Selbstaflösung aus der Verantwortung stellen, sondern müssen zumindest den Versuch unternehmen, zur Überwindung der katastrophalen Folgen der Politbüro-Herrschaft einen konstruktiven Beitrag zu leisten.

*ND: Diese Aussage ist sehr skeptisch aufgenommen worden, denn das hätten die Mitglieder der SED ja wohl auch tun können, ohne sich als Partei zu reorganisieren, wurde gesagt.*

Schumann: Da bin ich anderer Meinung. Die politische Partei ist immer noch die effizienteste Form eines politisch wirksamen Beitrages zur demokratischen Erneuerung.

*ND: Mancher kann sich nicht vorstellen, daß sich langjährige SED-Mitglieder auf einmal zu Demokraten mausern.*

Schumann: Es geht doch nicht nur um die SED-Mitglieder. Man kann doch nicht im Ernst so tun, als seien die SED-Mitglieder der totalitär verdorbene Teil dieser Gesellschaft, und die anderen befänden sich im Stande der Unschuld.

*ND: Ich spreche nicht von allen SED-Mitgliedern. Aber ein Teil hat sich durch sein Verhalten in der Vergangenheit nicht gerade als Demokrat empfohlen.*

Schumann: Vorkämpfer der Demokratie gab und gibt es auch in unserer Partei. Sonst hätte die Partei selbst nicht so verändert werden können, und wer weiß, was wir dann noch erlebt hätten.

Man sollte hier aber noch weiteres bedenken, das sich schlecht in spritzige Talk-Show-Formulierungen fassen läßt. Ich spreche davon, daß nicht nur Hunderttausende SED-Mitglieder, sondern breiteste Kreise der Bevölkerung von weitgehend totalitären Formen des politischen und geistigen Lebens jahrzehntelang geprägt worden sind. Das Resultat ist notwendig ein Defizit an demokratischer politischer Kultur und eine allgemeine Anfälligkeit gegenüber totalitären Ideen und Strömungen. Dessen sollten wir uns bewußt sein, denn darin liegt eine große Gefahr.

*ND: Dafür ist aber die alte SED verantwortlich.*

Schumann: Das ist nur teilweise richtig. Aber laß mich zunächst folgendes sagen: Die Gysi-Führung war sich von Anfang an bewußt, daß die totalitären Züge unserer jüngsten Geschichte sich nicht nur in den objektiven Strukturen der traditionellen Parteien und des politischen Systems insgesamt verkörpern, sondern – und mit ganz anderer Langzeitwirkung – sich auch in den Köpfen, in den ideologischen Denkmustern niederschlugen. Und wenn ich zunächst nur einmal von der Partei rede: Viele Mitglieder und natürlich auch viele von denen, die jetzt aus unterschiedlichen Gründen die Partei verließen und verlassen, haben – wie könnte es anders sein? – das simple und mit totalitären Zügen behaftete Politikverständnis der alten Führung verinnerlicht. Sie haben sich sicher unter dem Eindruck der Ereignisse der letzten Monate von konkreten Inhalten des alten Schwarzweißdenkens gelöst. Aber die dogmatische Struktur dieses politischen Denkens, das keine Facetten wahrnimmt, kann in kurzer Zeit kaum überwunden werden. Sie ist da.

*ND: Du bestätigst damit doch, daß die Mitgliedschaft der SED/PDS ein Gefahrenpotential für das Demokratieplätzchen ist. Für mich ist das ein Argument für die schnelle Selbstauflösung der Partei.*

Schumann: Nein. Zunächst muß ich noch einmal sagen: Es geht doch nicht nur um SED/PDS-Mitglieder. Die Demokratie ist bedroht durch einen Mangel an demokratischer Substanz im politischen Denken der meisten Leute in diesem Land. Das kann bei unserer geschichtlichen Vergangenheit auch nicht anders sein. Und diesen Mangel spürt man immer deutlicher, auch, aber bei weitem nicht ausschließlich in der Partei.

Es kann unter diesem Gesichtspunkt gerade nicht um eine Auflösung der SED/PDS gehen. Die gegenüber der Gesellschaft verantwortungsbewußte Konsequenz ist vielmehr einzig die Reform der SED/PDS zur Partei des De-

mokratischen Sozialismus als ein für die demokratische Zukunft unseres Landes notwendiges Unternehmen. Viele Menschen können nur in der Partei, die ihre sozialistischen Ideale hochhält und der sie traditionell verbunden sind, zu einem neuen, demokratischen Politikverständnis finden. Selbstauflösung der SED/PDS würde diese zunächst politisch orientierungslos machen. Im Verein mit um sich greifender sozialer Unsicherheit, die ja für viele SED/PDS-Mitglieder zumindest latent schon da ist, würden sie zu einem potentiellen Reservoir für totalitäre Ideen und Strömungen jeder Couleur. Die von der Gysi-Führung angestrebte und eingeleitete Wandlung der SED/PDS zur Partei des Demokratischen Sozialismus ist in diesem Sinne ein wirklicher Beitrag für die Entwicklung und Festigung der Demokratie in unserem Land. Wer die Demokratie wirklich will, sollte dieses Unternehmen nicht torpedieren.

*ND: Erwartest du Schonzeit?*

Schumann: Nein. Man kann die SED/PDS sachlich und hart kritisieren. Berechtigten Anlaß gibt es genug. Aber z. B. die Interpretation des außerordentlichen Parteitages, der einen offenen Bruch mit dem Stalinismus vollzog, neue programmatisch-sozialistische Orientierungen vermittelte<sup>9</sup>, ein demokratisches Statut beschloß und die radikale personelle Erneuerung der Partei auf allen Führungsebenen<sup>10</sup> einleitete, als großangelegten Restaurationsversuch des alten Systems – das schadet der Demokratie.

*ND: Du betonst die demokratische Zielstellung der Erneuerungspolitik der Gysi-Führung. Aber der verbreitete Eindruck, der die Menschen auf die Straße treibt, daß es nämlich um die Erhaltung von Stellungen des alten Machtmonopols geht, ist doch nicht vom Himmel gefallen, sondern macht sich an konkreten Dingen der SED/PDS-*

---

9 Der Außerordentliche Parteitag hatte außer dem Statut zwei weitere Dokumente beschlossen: eine Erklärung »Für die DDR – für demokratischen Sozialismus«, in: Außerordentlicher Parteitag der SED/PDS, Materialien, a.a.O., S. 125-128; und eine Erklärung »Zu den nächsten Aufgaben der SED/PDS«, ebenda, S. 129-130. Schumann spielt hier aber auch noch einmal auf die anderen Haupttendenzen des Parteitages an: auf das Referat von Hans Modrow »Souveräne DDR muß ein solider Baustein für europäisches Haus sein« (ebenda, S. 5-12); auf das von Dieter Klein vorgetragene, von einer Gruppe von Wissenschaftlern und Delegierten erarbeitete Papier »Fertige Lösungen – das wäre wieder der Anfang von alten Strukturen« (ebenda, S. 57-74); und auf die beiden Referate von Gregor Gysi »Wenn wir alle für die neue Partei streiten, wird sie stark bleiben!« und »Wir kämpfen für die DDR, für soziale Sicherheit, für Stabilität und Frieden« (ebenda, S. 13-28 u. S. 75-124).

10 Siehe die Liste der 101 Mitglieder des gewählten Parteivorstandes (ebenda, S. 153-155), von denen niemand dem alten Politbüro oder dem alten ZK angehörte oder vor Oktober 1989 1. Sekretär einer Bezirksleitung war. Die wenigen 1. Sekretäre von Bezirks- und Kreisleitungen, die in den Vorstand gewählt wurden, hatten diese Ämter erst wenige Tage zuvor angetreten. Die überwiegende Mehrheit der Gewählten kam direkt aus den Bereichen Industrie, Landwirtschaft, Schulen und Universitäten.

*Politik fest. Denke an das Gerangel um die Auflösung der Staatssicherheit<sup>11</sup> oder um die Versuche, antifaschistische Gefühle auszunutzen.<sup>12</sup>*

Schumann: Natürlich ist dieser Eindruck genährt worden durch politische Fehler. Fehler aus mangelndem politischem Realismus in der Einschätzung der Stimmungen im Land, teilweise auch aus fachlicher Inkompetenz usw. Aber man sollte diese Fehler nicht zu Symptomen einer Restaurationsstrategie stilisieren, denn Gysi und die SED/PDS sind für die Auflösung der alten Sicherheitsstrukturen und verfolgen mit der konsequenten Bekämpfung des Rechtsradikalismus ein zutiefst demokratisches Anliegen.

*ND: Die arme SED/PDS, immer wird sie mißverstanden?*

Schumann: Leider liegen die Dinge viel komplizierter, denn Mißverständnisse ließen sich aufklären. Man braucht sich manche polemische Veröffentlichung gegen die SED/PDS nur genau anzusehen, und man erkennt den Pferdefuß. Es geht um den antitotalitären, demokratischen Anspruch unserer politischen Gegner und die Tatsache, daß sie das, was sie zu bekämpfen vorgeben, an sich selbst nicht wahrzunehmen bereit sind. Die Revolution gewinnt

---

11 Nachdem die Regierung Modrow das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) in ein Amt für Nationale Sicherheit (AfNS) umgewandelt hatte, war der öffentliche Druck auf eine rasche Offenlegung der Tätigkeit dieses Amtes so groß geworden, daß die Regierung am 17. Dezember 1989 die Auflösung des AfNS beschloß, den Auftrag zur Bildung eines Kontrollausschusses zur Auflösung des AfNS, dem alle Parteien und Bürgerbewegungen des Runden Tisches sowie die Staatsanwaltschaft und die Volkspolizei angehörten, erteilte und – um endlich zu einer Trennung von nach innen und nach außen gerichteter geheimdienstlicher Tätigkeit zu gelangen – die Bildung erstens eines Nachrichtendienstes und zweitens eines Organs für Verfassungsschutz der DDR ins Auge faßte (vgl. Neue Chronik DDR 3. Folge, 24. November–22. Dezember 1989). Die allgemeine Unzufriedenheit über Verzögerungen bei der Offenlegung der MfS- und AfNS-Tätigkeit veranlaßte am 15. Januar 1990 einige zehntausend Demonstranten, dem Aufruf des Neuen Forum zu folgen und zur ehemaligen MfS-Zentrale in Berlin zu ziehen. »Ungeklärt bleibt, durch wen und weshalb die verschlossenen Tore geöffnet werden. Die Teilnehmer am Runden Tisch, die gerade den Regierungsbericht über die Auflösung der Staatssicherheit diskutieren, brechen die Verhandlungen ab und begeben sich mit Ministerpräsident Modrow zum Stasi-Komplex Berlin-Lichtenberg. Ministerpräsident Modrow versucht, die Menge zu beruhigen« (Neue Chronik DDR, 4./5. Folge 23. Dezember 1989–18. März 1990, S. 70). »In zahlreichen Städten demonstrieren über eine halbe Million Bürger. Sie folgen einem Aufruf des Neuen Forum zu einer landesweiten Aktion gegen die Restaurationspolitik der SED und ihres Sicherheitsapparates. Erneut kommt es auch in mehreren Städten zu politischen Warnstreiks« (Ebenda, S. 71).

12 Dies ist offensichtlich eine Anspielung auf die Kundgebung von 250 000 Berlinerinnen und Berlinern am 3. Januar 1990 am sowjetischen Ehrenmal in Berlin-Treptow. Dieses Ehrenmal war einige Tage zuvor mit nationalistischen und antisowjetischen Schmierereien besudelt worden, gegen die mit dieser Massendemonstration nun protestiert wurde (vgl. Neue Chronik DDR, 4./5. Folge 23. Dezember 1989–18. März 1990). Da die Täter nie gefaßt wurden und einige der auf der Kundgebung gehaltenen Reden restaurativen Charakter trugen, lag auf der Veranstaltung von Beginn an ein Schatten, der nie beseitigt werden konnte. Nach dieser Kundgebung verließen viele erneuerungswillige Intellektuelle demonstrativ die Partei – ein intellektueller Aderlaß, von dem sich Partei nie wieder erholte. Außerdem wurden die Angriffe auf die SED-PDS deutlich aggressiver, die erneut in eine existentielle Krise stürzte.



so keine selbstkritische Dimension, sie wird steril, was dann letztlich bedeuten könnte, daß sie im Grunde keine ist.<sup>13</sup> Diejenige politische Kraft, die am meisten selbstkritisch mit sich umgeht, ist die SED/PDS.

*ND: Das muß ja wohl auch so sein, denn sie hat am meisten Grund dazu.*

Schumann: Selbstverständlich. Nur sollte das nicht zu dem Trugschluß verführen, andere hätten solche Selbstkritik – und zwar auch öffentlich geübte – nicht nötig.

*ND: Und wo sollte die Opposition nach deiner Meinung selbstkritisch sein?*

Schumann: Es geht um eine selbstkritische Sicht auf die jeweils eigene politische Argumentationslogik, um das selbstkritische Infragestellen des erreichten Niveaus der eigenen politischen Kultur.

*ND: Was verstehst du unter dieser »politischen Argumentationslogik«?*

Schumann: Nehmen wir eine exemplarische Formulierung, die sich mittlerweile in unzähligen Variationen findet. Auf der Seite »Neues Forum« in der Zeitung »Märkische Volksstimme« vom 18.1. schreibt Herr Johannes Höhner: »Die Geschichte der SED verdeutlicht, daß diese Partei nicht auszukommen vermag ohne ausgewachsene Feindbilder, Trauma unbewältigter Vergangenheit.«

*ND: Ist das so falsch?*

Schumann: Wer will das definitiv entscheiden: Das kann nur die Zukunft zeigen, ob die Partei die Kraft zur Erneuerung hat. Und da kann man optimistisch oder mehr oder weniger skeptisch sein. Im Zitat aber – und das ist symptomatisch – geht es nicht um verständliche Skepsis. Es geht um ein Verdikt, das kategorische Urteil. Diese Partei vermag einfach nicht, punktum. Nun ist ja die Partei nichts Anonymes, sondern das sind Menschen, und deswegen kommt kein Genosse – auch ich nicht – umhin, solche Urteile auf sich persönlich zu beziehen. Du vermagst eben prinzipiell, gleichsam aus einem geschichtlich verfestigten unaufhebbaren Defekt heraus »nicht auszukommen ... ohne ausgewachsene Feindbilder«.

---

<sup>13</sup> Vgl. dazu in Anm. 5 die Passagen zur Bewertung der neuen Parteien und Bewegungen durch Schumann (S. 59).

Beim Leser stellt sich natürlich sofort die Frage ein: Was macht man mit solchen Leuten, die nicht können, selbst wenn sie wollen? Da gibt's nur eines: Sie müssen in die Isolierstation. Ich kann nur hoffen, daß diese Leute nicht wissen, was sie da schreiben und im Bewußtsein der Menschen anrichten. Und nachdem dem Leser souffliert worden ist, daß wir eben nicht auszukommen vermögen ohne ausgewachsene Feindbilder, fordert man »die SED/PDS auf, mit politischen Mitteln mitzuringen um eine demokratische Legitimierung der Regierenden in der DDR«. Der Triebtäter soll zur Mitarbeit in dem neuen Sittlichkeitsverein aufgefordert werden? Der Leser hat's geschnallt. Die Aufforderung ist nicht ernst gemeint. Sie ist rein rhetorisch.

*ND: Vielleicht ist das auch nur der Eile beim Formulieren geschuldet. Das »Neue Forum« hat ja auch kaum journalistische Profis, und an dieser Situation ist ja die SED/PDS nicht unschuldig.*

Schumann: Mir geht es doch nicht um den konkreten Artikel. Ich könnte noch mehr Beispiele heraussuchen, an denen sich das Grunddilemma unserer geistig-politischen Situation erweist ...

*ND: ..., das nach deiner Meinung in dem angeblich bloß rhetorischen Demokratie-Angebot der Opposition besteht, in einem Roßtäuschertrick?*

Schumann: Nein. Das wäre nun wieder zu einfach. Jedenfalls will ich für mich klarstellen, daß ich bei vielen polemischen Äußerungen der genannten Art gegen die SED/PDS keine Täuschungsabsicht unterstelle.

*ND: Worin besteht denn das »Grunddilemma unserer geistig-politischen Situation«?*

Schumann: Es besteht in einem weitgehend nicht bewußten Vorgang wechselseitiger politisch-moralischer Ausgrenzung. Laß mich zurückkommen auf das, was du vorhin sagtest. Die SED sei die tragende Basis der stalinistischen Diktatur gewesen. So deine Worte.

*ND: Stimmt das nicht?*

Schumann: Es ist nur die halbe Wahrheit. Die politisch-moralische Grundlage des Stalinismus war ein die Parteimitgliedschaft weit übergreifender massenhafter Opportunismus.

*ND: Geht das jetzt nach der Devise: Das Volk war an allem selbst schuld?*

Schumann: Nein. Die Entscheidung und die Mittel der politischen Einfluß-

nahme waren von einer Führung monopolisiert. Und damit ist auch die moralische und politische Schuld monopolisiert bei den ehemals Führenden. Nur spricht dies den Staatsbürger nicht frei von Mitverantwortung. Natürlich ist es verständlich, daß er sich zurückzog aus dem politischen Raum, weil ihm ein unangepaßtes demokratisches Engagement nur Nachteile gebracht und ihn vielleicht in seiner sozialen Existenz bedroht hätte, aber letztlich kann sich der einzelne als Staatsbürger seiner politischen Verantwortung auch durch politische Enthaltensamkeit nicht entziehen.

*ND: Du redest von der Mitverantwortung des Staatsbürgers. Ich hätte gern etwas von der besonderen Verantwortung der Mitglieder der alten SED gehört.*

Schumann: Ich bestreite ganz entschieden eine besondere Verantwortung der Masse der einfachen SED-Mitglieder. Jeder, der mit den Verhältnissen in der alten Partei vertraut ist, weiß, warum die Entwicklung zur Massenpartei in Angriff genommen wurde. Wir hatten 2,3 Millionen Mitglieder und waren damit im Verhältnis zur Bevölkerungszahl wohl die größte Partei der Welt. Die Einrichtung der Partei als Massenpartei geschah jedoch nicht deshalb, um diese Massen an den parteipolitischen Entscheidungen zu beteiligen oder ihnen einen selbständigen politischen Einfluß zu ermöglichen. Es geschah, um ein zusätzliches, auf Massen bezogenes Disziplinierungsinstrument und eine zusätzliche spezifische Möglichkeit zur Ausübung eines Integrationsdrucks zu schaffen. Für sehr viele war der Eintritt in die Partei daher auch nicht mehr als ein bloßes Sich-Fügen, meistens aus Karrieregründen, und damit Ausdruck eines allgemein herrschenden Opportunismus. Deswegen haben wir ja auch in so kurzer Zeit Hunderttausende von Mitgliedern verloren.

*ND: Du hast vorhin von der politisch-moralischen Ausgrenzung gesprochen ...*

Schumann: Genau. Dazu mußte ich aber die Mitverantwortung des Staatsbürgers benennen. Er war mitverantwortlich verstrickt in das System durch seinen Opportunismus, den ich natürlich verstehe. Und ich mache daraus niemandem einen Vorwurf, höchstens mir selber. Aber Opportunismus verstrickt immer, mit den Leistungen des Systems ebenso wie mit den Fehlleistungen. Und auch die allermeisten derer, die heute die SED/PDS in scharfen Worten angreifen, die ihr Ende am liebsten noch vor den Wahlen sehen würden, haben in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten angepaßt gelebt. Viele von ihnen waren sogar Parteimitglieder oder sogar Funktionsträger in der SED beziehungsweise in den auf SED-Kurs eingeschworenen Blockparteien.

*ND: Willst du den Oppositionellen den Vorwurf machen, sich von der Angepaßtheit gelöst zu haben?*

Schumann: Keineswegs. Es geht um das Wie dieser Lösung. Ich erinnere an das Zitat. Die Erneuerung der Partei wird kurzerhand ausgeblendet, denn die SED/PDS vermag sich ja prinzipiell nicht von den ausgewachsenen Feindbildern zu lösen. Dieser Argumentation liegt ein keineswegs demokratisches Muster zugrunde. Wer eigentlich hat das Recht, den über eine Million Mitgliedern der SED/PDS den Willen und die Fähigkeit zur demokratischen Erneuerung abzusprechen?

Aber das ist nur die eine Seite. Das eigentliche Problem besteht darin, daß sich in dieser Haltung zu den SED/PDS-Mitgliedern ein tief sitzendes totalitäres Syndrom ausspricht. Sie können mit Engelszungen reden, sie können tun, was sie wollen: ob SED oder SED/PDS, das ist dasselbe; ob Honecker oder Gysi, das ist dasselbe. Ich habe neulich eine Losung in einer Demonstration gesehen: Honecker-Gysi/Stasi-Nasi. Das sagt alles. Und das stammt in der Regel von Leuten, die vor Tische nicht weniger angepaßt waren und die Obrigkeit hofierten als die meisten SED-Mitglieder, wenn sie nicht sogar selbst welche waren. Um auf den Kern der Frage zu kommen: Die Denunziation von allem, was mit der SED zu tun hatte oder hat, ist nichts anderes als eine Technik der Abschiebung von Mitverantwortung. Man braucht eine nicht besserungsfähige SED, den Alleinverantwortlichen für alles Schlimme und im übrigen auch ein abstrakt negatives Bild der jüngsten Geschichte, weil man die absolute Gewißheit sucht, das ganz andere, Unbelastete, die blitzblanksaubere Alternative. In dieser Technik liegt etwas Faszinierendes. Man kann sich frei machen, man kann wieder aufatmen. Man hat mit dem Unsauberen, dem Schändlichen nicht mehr zu tun. Das war die Regierung, das war die Partei. Und die lehnt man ja demonstrativ ab beziehungsweise man ist aus ihr ausgetreten. Das alles funktioniert – außer bei den politischen Strategen und den Medien, die darum wissen und das fleißig fördern – bei der Masse der Menschen nicht bewußt. Um auf die eingangs gestellte Frage zurückzukommen: Unsere Rechnung als SED/PDS geht dann auf, wenn wir die Demokratie gewinnen – für die Partei und für die Gesellschaft. Und wir werden die Demokratie nur dann gewinnen, wenn wir alle in diesem Lande, die guten Willens sind, lernen, uns gegenseitig als »Demokraten auf dem Wege« zu respektieren.

# Programmatik und politisches System

## Artikel für die vom PDS-Parteivorstand herausgegebene Zeitschrift »Disput«, Heft 14/1992 (2. Juliheft)<sup>1</sup>

Der Dreh- und Angelpunkt des Gesamtentwurfs<sup>2</sup> wie jeder spezifischen Programmfrage ist der globale Politikansatz, das heißt das Ausgehen von dem unser Zeitalter prägenden existenzgefährdenden Zustand der Weltzivilisation.

Dem Mehrheits-Programmtext<sup>3</sup> ist wohl einerseits zu bescheinigen, daß er diesen Ansatz wirklich zur Geltung zu bringen versucht. Andererseits ist Harald Werner<sup>4</sup> zuzustimmen, der zu Recht die Frage aufgeworfen hat, ob nicht die globale Zivilisationskrise – und zwar in einer die Dramatik der Situation deutlicher zum Ausdruck bringenden Weise – auch den Ausgangspunkt der Darstellung bilden sollte. Zudem ergibt sich für mich die Feststellung, daß die Folgerungen aus diesem Ansatz gerade hinsichtlich der Staats-, Demokratie- und Machtfrage unzureichend gezogen worden sind.

Im Programmtext wird zunächst richtig festgestellt, daß das Scheitern des Realsozialismus, das Verfehlen eines alternativen Entwicklungsweges im

- 
- 1 (Alle Anm. sind Anm. des Herausgebers.) – Disput, Heft 14/1992, S. 27-30. Dieses Heft von »Disput« bündelte Beiträge zur Debatte um das Programm der PDS, dessen Erarbeitung von der 2. Tagung des 2. Parteitag (21.-23. Juni 1991 in Berlin) beschlossen worden war. Als gleichberechtigte Diskussionsgrundlagen hatte der Parteitag drei unterschiedliche Entwürfe programmatischer Thesen anerkannt, die von der Grundsatzkommission, der Kommunistischen Plattform und von Vorstandsmitglied Klaus Höpcke vorgelegt worden waren. Auf der Grundlage dieser Entwürfe war ein überarbeiteter Programmtext entstanden, der am 28. Mai 1992 auf einer gemeinsamen Beratung von Parteivorstand, Parteirat, Landesvorsitzenden, Fraktionschefs der Länder und Grundsatzkommission erörtert und am 1. Juni 1992 im »Neuen Deutschland« veröffentlicht worden war. Angenommen wurde das Programm vom 3. Parteitag der PDS (29.-31. Januar 1993 in Berlin) (vgl. Chronik der PDS 1989-1997, Berlin 1998). – Die »Disput«-Ausgabe 14/1992 markierte den Beginn der abschließenden Phase der Programmdebatte. – Schumann hat sich im Zusammenhang mit dem Programm auch nach dessen Annahme immer wieder zu Wort gemeldet – am ausführlichsten in dem Band »Zur Programmatik der Partei des Demokratischen Sozialismus. Ein Kommentar«, Berlin 1997, zu dem er das Kapitel IV.2. »PDS und Weltanschauung – Zum Verhältnis von Theorie und Politik und zur Rolle der marxistischen Tradition« mit den Abschnitten »PDS: Politik ohne Ideologie?«, »Marxismus-Leninismus« und »Einheit von Theorie und Praxis« sowie »Weltanschauungsbindung und marxistische Tradition« beisteuerte (S. 286-295).
  - 2 Gemeint ist der in Anm. 1 genannte, am 1. Juni 1992 veröffentlichte Entwurf. Es existierten gleichzeitig – Schumann geht im folgenden verschiedentlich darauf ein – andere Entwürfe, in denen Positionen vertreten wurden, die sich zum Teil deutlich von diesem auch als »Mehrheitsentwurf« bezeichneten Text unterschieden.
  - 3 »Mehrheitsentwurf« meint erneut den am 1. Juni 1992 veröffentlichten Entwurf.
  - 4 Harald Werner – 1990 Mitgründer der PDS in Bremen, 1988-1994 Leiter eines soziologischen Forschungsprojekts in Hamburg, langjährige Tätigkeit in der AG Betrieb & Gewerkschaft der PDS, ab 1995 gewerkschaftspolitischer Sprecher der PDS und wiederholt zum Mitglied des Vorstandes der PDS gewählt.

Kern durch prinzipielle Demokratiedefizite, durch das Fehlen demokratischer Offenheit und eines pluralistischen politischen Willensbildungsprozesses bedingt war. Es handelte sich in der Tat nicht um ein gleichsam naturnotwendiges Scheitern, sondern darum, daß das politisch-rechtliche System des Realsozialismus, die von diesem System geprägte Gestalt des geistigen Lebens und die Öffentlichkeitssurrogate keine hinreichende Entwicklung, Mobilisierung und Bündelung der in der Gesellschaft vorhandenen Potentiale an Kreativität ermöglichten. Das ist für mich der entscheidende Punkt. Der Realsozialismus scheiterte in einem geschichtlichen Augenblick, in dem die Herausforderungen eines neuen Zeitalters die qualitative Entwicklung der menschlichen Vermögen zur Lösung verschränkter nationaler, regionaler und globaler Probleme, die auf den Feldern der Wirtschaft, der sozialen Verhältnisse, der Technik, der Wissenschaft, der Ökologie usw. ihren spezifischen Ausdruck finden, erfordert hätte. Vor allem waren es das realsozialistische Verständnis der Machtfrage und die tatsächliche Machtorganisation, die die Entfaltung gesellschaftlicher Kreativität blockierten und zur Herausbildung eines Antagonismus von Machtbehauptung und Lösung der entstandenen gesellschaftlichen Widersprüche führten. Natürlich gibt es dafür historische Erklärungsgründe, die ich aber jetzt nicht diskutieren kann. Jedenfalls erkenne ich diese Diagnose im Programmentwurf und ich halte sie im Kern für völlig zutreffend.

Der Programmentwurf geht weiter davon aus, daß die gegenwärtige Gesellschaft nicht der durch die umfassende Zivilisationskrise geforderten Form menschlichen Lebens entspricht, diese Krise lebensbedrohlich verschärft und daher transformiert werden muß. Dieser Transformationsprozeß ist erheblichen Mißverständnissen ausgesetzt. Manche verstehen ihn als ein kategoriales Ausweichmanöver vor der traditionellen linken »Gretchenfrage«: Reformismus oder Kampf für eine sozialistische Gesellschaft?

Zunächst ist festzustellen, daß der Programmentwurf keinen Zweifel daran läßt, daß der Übergang zu einer völlig neuen Produktions- und Lebensweise global auf der geschichtlichen Tagesordnung steht. Insofern geht es um einen radikalen gesellschaftlichen Wandel. Er vermeidet jedoch zu Recht Feststellungen wie: »Die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse blockieren diesen Wandel« oder »Der Sozialismus als einzige Alternative« usw., wie sie der Entwurf der Kommunistischen Plattform enthält. Diese Formeln sind insofern zu Leerformeln geworden, weil sie als Ersatz für eine konkret-historische Analyse der in vieler Hinsicht veränderten Interessenlagen sozialer Kräfte in den verschiedenen Teilen einer völlig veränderten Welt am Ende unseres Jahrhunderts fungieren. Diese Analyse muß meines Erachtens in Anknüpfung an das sogenannte »neue Denken«<sup>5</sup> noch geleistet werden. Es geht um Antwort auf die Frage,

---

5 Gemeint ist der von KPdSU-Generalsekretär Michail Gorbatschow geprägte Begriff des »neuen Denkens«, wie er ihn insbesondere in seinem Buch »Umgestaltung und neues Denken für unser Land und

was sich – grundsätzlich – verändert hat an den Bedingungen, den subjektiven und objektiven »Anknüpfungspunkten« einer linken politischen Strategie.

Solange diese Bedingungen nicht hinreichend konkret erfaßt sind – als Bedingungen der Möglichkeit einer emanzipatorischen Politik –, besteht von neuem die Gefahr, die Strategie politischen Handelns nicht aus den Voraussetzungen (den Möglichkeiten) der bestehenden Gesellschaft und einer daraus abgeleiteten Vision zu entwickeln, sondern aus dem abstrakten Ideal einer »ganz anderen« Gesellschaft zu konstruieren.

Der Transformationsbegriff des Mehrheitsentwurfs zielt auf das Bewußtmachen dieses Problems ab und bedeutet nichts weniger als den Verzicht auf Emanzipation. Er meint die Aktualisierung von Entwicklungspotenzen der gegenwärtigen Gesellschaft als politische Aufgabe mit dem Ziel der Schaffung einer neuen humanen Lebensform.

Wenn von veränderten Bedingungen die Rede ist, so muß man – glaube ich – vor allem die Tatsache in Rechnung stellen, daß die wirtschaftliche und soziale Reproduktion der heutigen kapitalistischen Gesellschaft in einem ganz anderen Ausmaß als früher durch politische, rechtliche und sozialpsychische Formen vermittelt und damit auch nach Maßgabe politischer Kämpfeverhältnisse beeinfluß- und veränderbar ist. Die Ebene des Politischen, das politisch-rechtliche und geistige Leben gewinnt unter diesen Bedingungen ein entschieden höheres Gewicht hinsichtlich der Mittel und Ziele gesellschaftlicher Reproduktion. So wie es gelingt, gesellschaftliche, und das heißt auch: globale Problemsituationen auf politischer Ebene zu artikulieren und in bestimmter Weise zu entscheiden, werden unmittelbar »Weichen« für gesamtgesellschaftliche Reproduktionsprozesse gestellt. Der Ansatzpunkt progressiver Gesellschaftsveränderungen ist daher die Wirksamkeit im politischen System dieser Gesellschaft. Dieses System ist – im Unterschied zum realsozialistischen System der Macht – selbst progressiv veränderbar, das heißt demokratisierungsfähig. Das hängt zusammen mit den konstitutiven Mechanismen dieses Systems, den geschichtlich gewordenen Elementen rechtsstaatlicher Kontrolle politischer Macht, dem spezifischen Charakter der Öffentlichkeit usw. Sie erlauben in einer kreativeren Weise die Erkenntnis, öffentliche Artikulation und auch politische Bewältigung gesellschaftlicher Problemsituationen. Ich spreche aber ausdrücklich im Konjunktiv. Denn das Anerkennen solcher Entwicklungspotenzen, die sich letztlich immer im Freisetzen subjektiven Erkenntnis- und Gestaltungsvermögens ausdrücken, bedeutet nicht das Übersehen starker entgegenwirkender Faktoren, die das öffentliche Bewußtwerden der dringenden Notwendigkeit des Übergangs zu einer neuen Produktions- und Lebensweise blockieren, das politische und geistige Leben im Interesse von Mino-

---

für die ganze Welt« (Berlin 1988; die Originalfassung »Perestrojka i novoe myšlenie dlja našej strany i dlja vsego mira« Moskau 1987) entwickelt hat.

ritäten beherrschen und die den Wandel nur im Rahmen des gesellschaftlichen Status quo zulassen wollen. Es handelt sich dabei im Kern um den im Entwurf angesprochenen neokonservativen politischen Mehrheitsblock, der durch seine Hegemonie im politischen System und geistigen Leben die Entfaltung der sozialen Kreativität und die im System pluralistischer Demokratie und Öffentlichkeit angelegten Möglichkeiten vorausschauender Konflikterkennung und Konfliktlösung einschränkt bzw. zu politischer Wirkungslosigkeit verurteilt.

Dagegen müssen wir, wie es im Entwurf richtig heißt, eine Strategie der Demokratisierung setzen. Demokratisierung meint die politische Form, in der sich die menschlichen kreativen Vermögen ausbilden und verantwortlich betätigen können. Sie ist insofern Mittel und Ziel sozialistischer Politik und Bedingung, um auf die Herausforderungen unseres Zeitalters adäquat reagieren zu können. Diese Demokratisierung muß ansetzen bei einer radikalen Kritik an der gegenwärtigen Verfaßtheit des politischen Systems. Ich vermissе im Programmentwurf diesen Ansatz. Wo der eigentliche »Pferdefuß« im gegenwärtigen Zustand des politischen Systems liegt, wird nicht gesagt.

Das politische System ist im wesentlichen das der repräsentativen Demokratie. Der eigentliche Kritikpunkt ist nicht die Repräsentation schlechthin, und der entscheidende Mangel ist nicht dadurch zu beheben, daß man Elemente der direkten Demokratie angliedert, obwohl das zweifellos notwendig ist.

Die Crux ist, daß das System der repräsentativen, das heißt der parlamentarischen Demokratie, wie es jetzt verfaßt ist, in überstarkem Maße dazu neigt, die tatsächlichen sozialen und ökologischen Widersprüche und von der globalen Situation ausgehenden Konflikte nicht in ihrer ganzen Schärfe und bedrohenden Gewalt in Erscheinung treten zu lassen, sie auf der Ebene des politischen Systems zum Ausdruck zu bringen, sie damit gleichsam politisch zu potenzieren und die langfristige Konfliktlösung herauszufordern. Die heute existenzbedrohenden Widersprüche treten kaum in der politischen Ebene in Erscheinung, sie werden eher »befriedet«, indem man sie versteckt hinter Parteikämpfen. Das Parlament ist nicht ihr politischer »Umschlagpunkt«, sondern weitgehend Form der Auseinandersetzung um Profile der tradierten politischen Parteien, deren Führungen allesamt das Interesse haben, um des Status quo willen den ganzen Ernst und die Dramatik der Situation zu verschweigen. Daß der Kaiser nackt ist, soll möglichst nicht öffentlich ausgesprochen oder höchstens als einzelne Stimme vernommen werden, die, schon weil sie völlig vereinzelt ist, absurd klingt. Andernfalls bestünde nämlich die Gefahr des totalen Vertrauensverlustes in die etablierte politische Klasse, und das wäre identisch mit der Infragestellung der Macht.

In diesem Sinne befindet sich das heutige System der parlamentarischen Demokratie in einer tiefen Krise. Der Bericht des Club of Rome konstatiert dies, beschreibt aber lediglich das System, die Krise der Gouvernanz: »Regierungen bevorzugen Lösungen, die kurzfristigen politischen Nutzen bringen, und vernachlässigen systematisch die langfristige Perspektive. Als Folge solch



gewohnheitsmäßiger Vernachlässigung tendieren die Probleme dazu, schlimmer zu werden, und Regierungen betreiben jeweils nur periodisches Krisenmanagement. Regieren verkommt zur regelmäßig wiederkehrenden Krisenbewältigung, zum Taumeln von einem Notfall in den anderen – Finanzen, Soziales, Zahlungsbilanz, Arbeitslosigkeit, Inflation und dergleichen. Bei jeder Krise werden die Risse nur notdürftig gekittet, selten reichen die Maßnahmen an die Wurzeln des Übels heran. Die tiefer liegenden Ursachen, die sich langfristig bemerkbar machen, werden allzuleicht ignoriert oder nicht erkannt zugunsten kosmetischer Maßnahmen, deren Wirkung nur von kurzer Dauer ist.«<sup>6</sup>

Das aber hat seine Ursache in der angesprochenen Tatsache, daß das parlamentarische System entschieden zu wenig als Umschlagpunkt der tatsächlichen gesellschaftlichen Widersprüche wirkt, sondern primär als Mechanismus der Befriedung und Verdrängung existentieller Probleme, der Selbstberuhigung und Selbsttäuschung, des »Pfeifens im Wald«.

Dessen müssen wir uns bewußt sein und daraus müssen wir programmatische Schlußfolgerungen ableiten. Angesichts des Zustands des parlamentarisch-politischen Systems hat die linke sozialistische Opposition die Aufgabe, die gesellschaftlichen Konflikte unverkürzt und in ihrer ganzen Schärfe in die politische und gesellschaftliche Öffentlichkeit zu bringen, natürlich nicht zuletzt auch in die parlamentarische Öffentlichkeit. Das wird nur hinreichend gelingen, wenn ein entsprechender außerparlamentarischer Druck dies erzwingt. Sie hat die Aufgabe, um einen Konsens dafür zu ringen, daß eine Reform des politischen Systems notwendig ist, das sonst seine Konfliktlösungspotenz verliert, im Sinne einer neuen Qualität der politischen Kultur und der Politisierung der Masse der Menschen.

In diese Perspektive sind dann auch die Fragen der Reform des Verfassungsrechts zu stellen.

---

6 Schumann hat hier keine Quellenangabe gemacht. Gemeint ist der zu jener Zeit brandaktuelle und viel diskutierte Bericht des Rates des renommierten, 100 führende Wissenschaftler, Politiker und Wirtschaftler aus 53 Ländern repräsentierenden Club of Rome mit dem Titel »Die erste globale Revolution«. Die von Schumann zitierte Textfassung entstammt offensichtlich einer Zusammenfassung des Berichts; sie stimmt mit der offiziellen deutschen Buchausgabe, die – da sie erst 1992 erschienen ist – Schumann möglicherweise noch nicht vorgelegen hat, nicht wörtlich überein, ist aber inhaltlich deckungsgleich. Die gemeinten Passagen lauten in der Buchausgabe: »Regierungen bevorzugen politisch nützliche kurzfristige Lösungen und vernachlässigen systematisch die langfristigen Perspektiven. Als Folge solch systematischer Vernachlässigung verschlimmern sich die Probleme, und die Regierungen schlittern in einen Teufelskreis der Krisenbewältigungen« (S. 160). »Die Folge ist, daß die neue Regierung den ›Nachlaß der Nachlässigkeit‹ erbt: ungelöste Probleme halten sich hartnäckig und verschlimmern sich, man gerät in einen Rhythmus der Krisenbewältigung, taumelt von einer Notlage zur nächsten – Finanzen, Soziales, Zahlungsbilanz, Arbeitslosigkeit, Inflation und so weiter. Die einzelnen Krisen werden durch notdürftiges Verkleben der Risse gelöst, die verordneten Kuren erreichen nur selten die Wurzel des Übels. Die wahren Gründe der Schwierigkeiten werden allzuleicht ignoriert oder nicht einmal identifiziert, da sie langfristiger Natur sind; statt dessen betreibt man reine Kosmetik, die nur Tagesbedeutung hat« (S. 163. – Alexander King, Bertrand Schneider: Die erste globale Revolution. Ein Bericht des Rates des Club of Rome, Frankfurt a. M. 1992, 220 S.).

# Souverän mit unserer politischen Biographie umgehen

## Referat auf dem 3. Parteitag der PDS in Berlin (19.-21. Januar 1993)<sup>1</sup>

Der Bundesvorstand hat Euch eine Erklärung zum Beschluß der 2. Tagung des 2. Parteitages »Zur konsequenten, offenen und öffentlichen Auseinandersetzung der PDS mit der Problematik »Staatssicherheit« als Antrag unterbreitet.<sup>2</sup> Die Erklärung hat den Sinn, die weitere Arbeit mit dem Beschluß politisch zu orientieren. Dazu war es erforderlich, Ursachen für die anhaltende innerparteiliche Diskussion um diesen Beschluß<sup>3</sup> zu benennen und einige Veränderungen vorzuschlagen, die sich aus bisherigen Erfahrungen ergeben. Da der veröffentlichte Text relativ ausführlich gehalten ist, will ich mich zunächst auf die Zusammenfassung unseres Grundanliegens konzentrieren.

- 
- 1 (Alle Anm. sind Anm. des Herausgebers.) – Abgedruckt in »Disput«, Berlin, Nr. 3-4/1993, S. 4-10. – »Disput« war im Oktober 1992 zur Mitgliederzeitschrift der PDS geworden.
  - 2 Die 2. Tagung des 2. Parteitages fand vom 21. bis 23. Juni 1991 in Berlin statt. Der genannte Beschluß machte es u. a. jedem Parteimitglied zur Pflicht, bei einer Kandidatur für eine Funktion in der Partei oder für ein Wahlmandat von der Kreis- bis zur Bundesebene eine mögliche Zusammenarbeit mit dem MfS der DDR offenzulegen. – Die von Schumann begründete Erklärung, die dann vom Parteitag zum Beschluß erhoben wurde, ist ebenfalls abgedruckt in »Disput« Nr. 3-4/1993, S. 11-13.
  - 3 Die »Chronik der PDS 1989-1997« (Berlin 1998) verzeichnet am 18. Oktober 1991 eine Konferenz in Kleinmachnow zum Thema »Die Sicherheitspolitik der DDR, die Verantwortung der SED und die Rolle des MfS«; am 10. Februar 1992 eine Diskussion der PDS-Frauenarbeitsgemeinschaft LISA unter dem Thema »Staatssicherheit und Sicherheitsdenken in der DDR. Frauenverwicklungen, Frauensicht«; und Debatten direkt zum Beschluß am 25. Oktober 1992 auf dem Landesparteitag der Berliner PDS, am 26. Oktober 1992 im Parteivorstand und am 7. Dezember 1992 ebenfalls im Parteivorstand. Unmittelbarer Anlaß für die Letzteren waren Offenlegungsfälle in der PDS (vgl. Anm. 5 und 6). – Zum Hintergrund der Debatten gehörten aber auch Vorgänge wie der Freitod des Jenaer PDS-Abgeordneten im Deutschen Bundestag Prof. Dr. Gerhard Riege am 15. Februar 1992, der nach Ansicht des Parteivorsitzenden Gregor Gysi »im engsten Zusammenhang mit der Veröffentlichung über seine Kontakte zum MfS von 1954 bis 1960« stand, »obwohl diese Kontakte eher bedeutungslos waren und vor 32 Jahren beendet wurden«; weiter wiederholte Attacken wegen vermuteter MfS-Tätigkeit auf den Parteivorsitzenden Gregor Gysi selbst (so zum Beispiel im »Spiegel«, wogegen Gysi am 17. Februar 1992 rechtliche Schritte ankündigte); schließlich die Konstituierung eines Untersuchungsausschusses im Brandenburger Landtag, der – unter Vorsitz des PDS-Fraktionsvorsitzenden Prof. Dr. Lothar Bisky – die MfS-Kontakte des Ministerpräsidenten Manfred Stolpe (SPD) aufklären sollte. – Für das Verständnis der Gesamtsituation der PDS in der Gesellschaft sind außerdem Vorgänge von Bedeutung wie das Inkrafttreten des Stasi-Unterlagengesetzes und die Öffnung der Gauck-Behörde für die individuelle Akteneinsicht am 3. Januar 1992; mehrere Durchsuchungen des Berliner Karl-Liebknecht-Hauses sowie aller Geschäftsstellen der Landesvorstände im Osten durch die Polizei im Zusammenhang mit Vermutungen, die PDS habe Gelder unterschlagen, und eine vom 31. März bis 6. April 1992 andauernde Besetzung und Durchsuchung des Parteiarchives mit Beschlagnahme von Materialien; Attacken des Chefs der Gauck-Behörde, Joachim Gauck, auf den Bundestagsabgeordneten Hans Modrow am 22. Januar 1992 (vgl. Anm. 9); (vgl. Chronik der PDS 1989-1997, a.a.O.).

*Erstens:*

Der Bundesvorstand ist der Auffassung, daß wir angesichts des in der Partei umstrittenen Charakters dieses Beschlusses und der damit verbundenen sehr unterschiedlichen Bereitschaft, ihn in der Praxis umzusetzen, in der Pflicht stehen, uns erneut zu erklären. Obwohl eine ins einzelne gehende Analyse der Erfahrungen zum Umgang mit dem Beschluß in der Gesamtpartei noch nicht vorliegt, müssen wir uns – und das ist meines Erachtens durchaus möglich – zu den Ursachen der anhaltenden Kontroverse über den Beschluß verständigen und Schlußfolgerungen ziehen. Würden wir uns dieser Aufgabe nicht stellen, bedeutete dies, den Willen der Mehrheit der Delegierten des 2. Parteitages zu ignorieren und uns in der öffentlichen Diskussion zu diesem Thema weiter in die politische Defensive zu manövrieren.

Die Auseinandersetzung um den Beschluß ist in der Partei zu einem handfesten Konflikt ausgewachsen. Was macht die Besonderheit dieses Konfliktes aus? Warum entwickelt sich ausgerechnet an diesem Punkt unserer innerparteilichen Diskussion eine solche Polarisierung der Meinungen? Es geht in dem Beschluß um die politische Biographie des einzelnen. Er fordert von uns unter bestimmten Bedingungen – die allerdings für viele Parteimitglieder gegeben sind – den öffentlichen Umgang mit unserer politischen Biographie. Es konnte gar nicht anders kommen, als daß eine solche Forderung an uns selbst vielen zunächst absurd erscheinen mußte. Wir leben in einer Gesellschaft, in der schon ein öffentliches Wissen um die bloße Mitgliedschaft in unserer Partei für den Betroffenen oft einem Chancenverlust gleichkommt. Wir leben in einer Gesellschaft, in der früheres engagiertes Wirken für den DDR-Staat selbst in untergeordneter Position hinreicht, um in eine perspektivlose Situation gedrängt zu werden. Wir leben schließlich in einer Gesellschaft, in der die Zusammenarbeit mit einem Regierungsorgan der ehemaligen DDR, dem MfS – und zwar auch völlig unabhängig von juristischen Kriterien – als der denkbar größte persönliche Makel gilt. Selbst eine Christa Wolf hält es für erforderlich, sich zu entschuldigen und händeringend um Verständnis zu bitten.<sup>4</sup> Unser Beschluß zielt auf die Offenlegung von Dingen, die in dieser Gesellschaft als über alle Maßen schändlich gelten wie in zivilisierten Gesellschaften sonst nur

---

4 Die Schriftstellerin Christa Wolf, mit ihren Büchern in der DDR und in der BRD gleichermaßen bekannt geworden – 1963 war ihr in der DDR der Heinrich-Mann-Preis, 1987 der Nationalpreis I. Klasse verliehen worden, 1974 wurde sie Mitglied der Akademie der Künste der DDR, 1981 auch der gleichnamigen Akademie in West-Berlin, 1990 wurde ihr von der Universität Hildesheim die Ehrendoktorwürde verliehen –, bekannte sich 1993 öffentlich dazu, von 1959 bis 1962 »Informelle Mitarbeiterin« (IM) des MfS gewesen zu sein. Sie veröffentlichte ihre Akte unter dem Titel »Akteneinsicht Christa Wolf«. 42 andere Aktenbände dokumentieren ihre Überwachung durch das MfS von 1969 bis 1989. In der Folge der Diskussion um ihre Person trat sie aus der Akademie der Künste aus, wurde aber 1994 wieder aufgenommen (vgl. die Biographie von Christa Wolf auf der Website des Deutschen Historischen Museums [www.dhm.de](http://www.dhm.de)).

das nachgewiesene Schwerverbrechen. So etwas greift unmittelbar ein in das Schicksal von einzelnen Menschen und ganzen Familien. Das macht die Besonderheit dieses Beschlusses aus. Und das bringt die Leidenschaft und die Härte in die Auseinandersetzung. An diesem Punkt müssen wir sensibel mit uns umgehen. Diese Frage darf kein Gegenstand politischer Profilierung werden. Wir müssen ruhig und sachlich darüber reden und zunächst einmal akzeptieren, daß viele Widerstände gegen den Beschluß aus der echten Sorge kommen, wir könnten die Realitäten verkennen, dadurch unverantwortlich gegenüber vielen Genossinnen und Genossen werden und uns auf einen verlogenen Konsens einlassen. Diese Besorgnisse haben wir außerordentlich ernst zu nehmen.

*Zweitens:*

Der Bundesvorstand hält dennoch eine von vielen geforderte Rücknahme des Beschlusses bzw. seine Ersetzung durch Alternativen, die ihn in seiner Substanz aushöhlen würden, für falsch. Er geht nach wie vor davon aus, daß das Grundanliegen des Beschlusses einem unabweisbaren politischen Erfordernis entspricht. Bevor ich darauf zurückkomme, möchte ich darauf hinweisen, daß wir im Teil 6 der Erklärung Veränderungen am Beschlußtext vorgeschlagen haben. Das Prinzip der Gleichbehandlung legt es unseres Erachtens nahe, die Pflicht zur Offenlegung der politischen Biographie für Kandidatinnen und Kandidaten für Parteiämter und Wahlmandate von der Kreis- bis zur Bundesebene nicht auf die Offenlegung ehemaliger MfS-Tätigkeit zu beschränken.

Wir sind zudem der Auffassung, daß Genossinnen und Genossen, die vor ihrer Wahl wesentliche relevante Umstände ihrer politischen Biographie verschwiegen oder falsch dargestellt haben, gegebenenfalls die Möglichkeit bekommen müssen, vor dem Gremium, das sie gewählt oder bestätigt hat, die Gründe dafür offenzulegen und die Vertrauensfrage zu stellen. Es kann – wie wir alle wissen – in Ausnahmefällen solche Gründe, berechnete Gründe, durchaus geben. Und es werden auch ständig gewichtige Gründe in dem Maße neu geschaffen, wie Handlungen im Dienste der ehemaligen DDR heute gegen alle Rechts- und Völkerrechtsgrundsätze kriminalisiert werden. Das in Punkt 6 b der Erklärung vorgeschlagene Verfahren trägt dem Rechnung. Es wären demnach auch die zuständigen Gremien nicht länger gezwungen, ohne weiteres im gegebenen Fall eine Funktionsentbindung vorzunehmen. Der jetzt im Beschluß noch enthaltene Automatismus wäre beseitigt und das Prinzip der Einzelfallprüfung verankert. Wir glauben, daß auf diese Weise sowohl dem Recht der Persönlichkeit auf selbstbestimmten öffentlichen Umgang mit der eigenen politischen Biographie als auch dem berechtigten Interesse der Partei, vor politischem Schaden durch unverantwortliches Verhalten einzelner Genossinnen und Genossen geschützt zu sein, entsprochen werden kann.

Auf die Festlegung einer generellen Pflicht zur Offenlegung der politischen Biographie für Genossinnen und Genossen, die für hohe Parteiämter und Wahlmandate kandidieren, sollten wir nicht verzichten. Zwar ist es auch unabhängig von diesem Beschluß so, daß Kandidatinnen und Kandidaten für Parteiwahlfunktionen bzw. Mandate gehalten sind, über ihre politische Biographie Auskunft zu geben, wenn sie danach gefragt werden. Diese Bereitschaft, sich zu äußern, entspricht einer grundlegenden demokratischen Anforderung. Die Wählerinnen und Wähler in- und außerhalb der Partei haben ein Recht auf ein möglichst umfassendes und ein unverfälschtes Persönlichkeitsbild der Kandidatin bzw. des Kandidaten. Obwohl dies eigentlich eine Selbstverständlichkeit ist, halten wir es für angemessen, diese Anforderung auch in einem Beschluß festzuschreiben. Wir wollen damit ein Zeichen setzen. Wir wollen uns bewußt auch mit dem offenen Bekenntnis zu unserer eigenen politischen Biographie in die täglichen politischen Auseinandersetzungen und künftigen Wahlkämpfe einbringen.

Ich komme hier zurück auf die eingangs erwähnten Besorgnisse, eine solche verpflichtende Offenheit sei dem einzelnen in dieser Gesellschaft unzumutbar, wir würden dem politischen Gegner damit ins Messer laufen, ja uns durch eine Art Selbstdenunziation sogar seinen Forderungen und Maßstäben unterwerfen. Ich will diesen Bedenken gegenüber zunächst feststellen: Die Offenheit wurde in bezug auf frühere inoffizielle MfS-Tätigkeit in einigen Euch allen bekannten Fällen vermieden.<sup>5</sup> Über die Gründe will ich jetzt nicht reden. Aber eines steht fest: Wir haben damit regelmäßig Vertrauen in- und außerhalb der Partei verspielt, solidarisches Verhalten zu betroffenen Genossinnen und Genossen weitgehend selbst blockiert und uns zum Spielball politischer Gegner und einer monopolisierten Medienöffentlichkeit gemacht. Denn sie und nicht wir bestimmen, was aus unserem Leben öffentlich wird.

Eine Aufhebung des Beschlusses würde keineswegs zu einem Ende unliebsamer Diskussionen über nachträglich bekanntgewordene MfS-Tätigkeit führen, weil nicht der Beschluß, sondern ein politisches Problem die eigentliche Ursache dieser Diskussionen ist. Die Auseinandersetzungen um Genossen Wolfram Adolphi haben das gezeigt.<sup>6</sup> Es gab unseren Beschluß noch gar nicht,

---

5 Hier ist der Herausgeber selbst gemeint: Die »Chronik der PDS 1989-1997« belegt als solche Fälle den des Berliner Landesvorsitzenden Dr. Wolfram Adolphi (zurückgetreten am 20. August 1991 – vgl. Anm. 6), den von dessen Amtsnachfolger Dr. André Brie (zurückgetreten am 25. Oktober 1992) sowie den der Bundestagsabgeordneten Jutta Braband, die – als Mitglied der »Vereinigten Linken« über die PDS/Linke Liste in den Bundestag gewählt – am 4. Juni 1991 im »Neuen Deutschland« die »zögerliche Stasi-Debatte in PDS und Bundestagsfraktion« kritisiert und am 16. September 1991 offenbart hatte, daß sie von 1969/70 bis 1975 »Inoffizielle Mitarbeiterin« gewesen war, den Kontakt dann von sich aus abgebrochen hatte und im Herbst 1979 wegen »Beihilfe zur ungesetzlichen Verbindungsaufnahme« zu Freunden aus West-Berlin zu neun Monaten Haft verurteilt worden war.

6 Dr. Wolfram Adolphi, am 11. Februar 1990 zum Bezirks-, später Landesvorsitzenden der Berliner PDS gewählt, erklärte am 22. Mai 1991, als Wissenschaftler und Journalist »freiwilling inoffiziell für die

als diese Auseinandersetzungen in Gang kamen. Weder eine Aufhebung noch eine Aushöhlung des Beschlusses kann uns deshalb weiterbringen. Aber mit dem durch die Erklärung modifizierten Beschluß hätten wir ein Regelwerk, das es ermöglicht, unser Verhalten in dieser Frage nach eigenen und nicht nach fremden Maßstäben zu bestimmen. Vor allem aber müssen wir uns dem politischen Problem, das all den Diskussionen zugrunde liegt, stellen. Wir müssen uns fragen: Wie souverän sind wir eigentlich hinsichtlich unserer Vergangenheit und politischen Biographie? Wenn wir als Sozialisten – bei all unserer notwendigen Selbstkritik, die wir ja nicht gerade vernachlässigt haben in den letzten Jahren – nicht grundsätzlich zu dem stehen könnten, was wir getan haben, wäre das ein verheerendes Zeichen politischer Schwäche.

Wir müssen und können souveräner umgehen mit unserer persönlichen und politischen Geschichte. Statt dessen schaffen wir durch mangelnde Offenheit Gelegenheit für Pharisäer, uns öffentlich als Lügner vorzuführen. Wir bieten notorischen Täuschern alle Gelegenheit, davon abzulenken, daß sie Schalck-Golodkowski verstecken müssen, damit ihre einträglichen Geschäfte mit dem verhaßten Kommunismus nicht ans Tageslicht kommen.<sup>7</sup> Wir bieten ihnen jede Gelegenheit zu vertuschen, daß sie sich vor der Wende in Lobhudeleien gegenüber Honecker ergingen, um dann nicht einmal die Courage zu besitzen, sich ihrer Worte zu erinnern, als er in Moabit saß.<sup>8</sup> Ich behaupte: Wir

---

Hauptverwaltung Aufklärung des MfS Analysen zur Lage in Ostasien erarbeitet zu haben«. Am 8./9. Juni 1991 sprach ihm der Berliner Landesparteitag trotzdem in einer Vertrauensabstimmung mit der erforderlichen Zwei-Drittel-Mehrheit das Vertrauen aus. Der Landesparteitag faßte – zwei Wochen vor der entsprechenden Willensbildung des Bundesparteitages – einen Beschluß, der PDS-Funktionsträger zur Offenlegung ihrer Biographie auffordert. Am 11. Juni forderte eine Konferenz des von PDS-Mitgliedern und Sympathisanten gebildeten »Dresdner Alternativen Diskussions-Angebotes« (DADA) im Zusammenhang mit ihrer Kritik an einer halbherzigen Vergangenheitsaufarbeitung den Rücktritt von Adolphi, der zugleich auch im Berliner Abgeordnetenhaus unter Druck geriet. Am 20. August trat Adolphi als Berliner Landesvorsitzender zurück und legte sein Abgeordnetenmandat nieder (vgl. Chronik der PDS 1989-1997, a.a.O.).

- 7 Dr. Alexander Schalck-Golodkowski, 1966-1989 Leiter des Bereichs Kommerzielle Koordinierung (KoKo) im Ministerium für Außenhandel der DDR, als solcher für die entscheidenden Bereiche des Handels mit den kapitalistischen Ländern Westeuropas, den USA und Japan zuständig und daher seit der Wende oft als »Devisenbeschaffer« bezeichnet; wurde am 3. Dezember 1989 aus der SED ausgeschlossen, floh am 6. Dezember 1989 nach West-Berlin, war dort im Januar 1990 zeitweilig in U-Haft, wurde später Wirtschaftsberater in Tegernsee/Bayern (vgl. Andreas Herbst, Winfried Ranke, Jürgen Winkler: So funktionierte die DDR, Bd. 3, a.a.O.).
- 8 Dies ist eine Anspielung zum Beispiel auf den offiziellen Besuch Erich Honeckers in der BRD auf Einladung von Bundeskanzler Helmut Kohl vom 7. bis 11. September 1987, bei dem es u. a. Gespräche mit Kohl, mit Bundespräsident Richard von Weizsäcker und Bundestagspräsident Philipp Jenninger gegeben hatte und in einem Gemeinsamen Kommuniqué der beiderseitige Wille zur weiteren Entwicklung der Beziehungen zum Ausdruck gebracht worden war, sowie auf zahlreiche Begegnungen Honeckers mit führenden Wirtschaftsvertretern der BRD insbesondere im Umfeld der Leipziger Frühjahrs- und Herbstmesse. – In Berlin-Moabit inhaftiert war Honecker in seinem Leben zweimal: das erste Mal 1935 als antifaschistischer Widerstandskämpfer; das zweite Mal – worauf sich Schumann hier bezieht – 1992, als er unter Druck der deutschen Regierung aus Moskau, wohin er im März 1991 ausgereist war, zurückgeholt und in einem Prozeß wegen »versuchten und vollendeten Totschlags« angeklagt wurde. Im Januar 1993 wurde der Haftbefehl aufgehoben und das Verfahren aus gesundheitlichen

haben keinen Grund, mit unseren politischen Biographien hinter dem Berg zu halten, auch wenn sie von Irrtümern und Fehlern begleitet sind. Wir müssen und können öffentlich und offen dazu stehen. Diejenigen unserer Landsleute, denen wir etwas bedeuten, nehmen uns nur eines übel: Unaufrichtigkeit, Selbsttäuschung und opportunistischen Kleinmut. Und dafür haben die Menschen ein feines Gespür.

Ich weiß, daß dieser Aufruf zu Zivilcourage und Selbstvertrauen für manchen in schwieriger sozialer Situation eine Zumutung ist. Aber ich glaube nicht, daß es einen anderen Weg gibt. Und denken wir auch daran, daß es manche in unseren Reihen gibt, die nie auch nur eine Chance hatten, über die Frage zu entscheiden: »Was mache ich öffentlich?«. Die politische Biographie von Hans Modrow ist ein aufgeschlagenes Buch – auch für den Staatsanwalt.<sup>9</sup> Aber ist es nicht gerade seine Offenheit und sein Bekennermut, die ihm auch die Solidarität so vieler Menschen einbringt? Und vor diesem Hintergrund sage ich:

Die aufrichtige und offene Haltung des einzelnen Parteimitgliedes zur eigenen politischen Vergangenheit und zu eigener Verantwortung sollte gerade ein Markenzeichen der Mitglieder und der Sympathisantinnen und Sympathisanten unserer Partei werden – gegen das Pharisäertum und gegen die Verdrängungskunst derjenigen, die sich in großer Zahl unter die Fittiche der etablierten Westparteien geflüchtet haben. Die Aufrichtigkeit und Offenheit des einzelnen in Bezug auf seine politische Biographie ist eine Voraussetzung für die Glaubwürdigkeit unserer gesamten Politik. Sie ist zugleich ein Element des Widerstands gegen die pauschale Verdammung unserer Geschichte. Die damit geforderte Haltung der und des Einzelnen, das hohe persönliche Ver-

---

Gründen eingestellt. Am 13. Januar 1993 – wenige Tage vor dem hier abgedruckten Schumann-Referat – war Honecker nach Chile ausgereist, wo er am 29. Mai 1994 starb (vgl. Andreas Herbst, Winfried Ranke, Jürgen Winkler: So funktionierte die DDR, a.a.O.; vgl. auch Chronik der PDS 1989-1997, a.a.O.).

9 Dr. Hans Modrow, zum Zeitpunkt des Referates Mitglied des Bundestages in der Gruppe PDS/Linke Liste, seit 1990 Ehrenvorsitzender der PDS, war auf dem Höhepunkt seiner 1949 begonnenen FDJ- und SED-Karriere 1973-1989 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Dresden. Am 17. November 1989 war er – weil er breite Achtung genoß wegen seiner positiven Haltung zu Perestroika und Glasnost, sowie wegen seines besonnenen Agierens am 4. Oktober und 5. Oktober 1989, als es in Dresden zu gewaltsamen Zusammenstößen zwischen Sicherheitskräften und einer aufgebracht Menge, die sich im Zusammenhang mit der Durchfahrt von verriegelten, mit Tausenden von DDR-Flüchtlingen besetzten Sonderzügen aus Prag in Richtung Bundesrepublik vor dem Hauptbahnhof versammelt hatte, gekommen war – von der Volkskammer zum Ministerpräsidenten der DDR gewählt worden (»Modrow-Regierung« – im Amt bis zum 18. März 1990). Am 22. Januar 1992 war ihm vom Leiter der Gauck-Behörde, Joachim Gauck, sein Bundestagsmandat mit den Worten streitig gemacht worden, er sei »Täter« und habe »in seinen verantwortungsvollen Funktionen viel zum Unrechtssystem beigetragen«. Am 19. März 1992 hatte der Bundestag gegen die Stimmen der PDS/Linke Liste Modrows parlamentarische Immunität aufgehoben, weil die Dresdner Staatsanwaltschaft ihn wegen »Anstiftung zur Wahlfälschung« bei den Kommunalwahlen am 7. Mai 1989 anklagen wollte. Das Gerichtsverfahren endete schließlich im Mai 1993 mit einer »Verwarnung mit Strafvorbehalt« (vgl. Andreas Herbst, Winfried Ranke, Jürgen Winkler: So funktionierte die DDR, Band 3, a.a.O.; vgl. auch Chronik der PDS 1989-1997, a.a.O.).

antwortungsbewußtsein wollen wir mit unserer Erklärung als ein politisches Erfordernis ersten Ranges unterstreichen. In dieser Position fühlen wir uns nicht zuletzt durch die Diskussion auf dem Berliner Landesparteitag bestätigt.<sup>10</sup>

*Drittens:*

In der Erklärung weisen wir auch darauf hin, wo wir eine weitere entscheidende Ursache für die distanzierte Position von Teilen der Partei gegenüber dem Beschluß des 2. Parteitages sehen. Der Beschluß war nicht eingebunden in einen umfassenden Standpunkt zur Geschichte der DDR. Wir haben in der Erklärung formuliert: »Der entscheidende Fehler lag darin, daß wir es nicht rechtzeitig vermochten, die komplexe Aufarbeitung der Geschichte der DDR und der SED auf dem Parteitag selbst und auch später entschieden genug voranzutreiben. Dadurch mußte die herausgehobene Thematisierung des MfS-Problems vielen als Anpassung an das offizielle Bestreben erscheinen, DDR-Geschichte zu Repressionsgeschichte zu verkürzen, Mitarbeiter des ehemaligen MfS als Sündenböcke darzustellen und im übrigen die Geschichte der alten BRD zu beschönigen. Unter diesen Bedingungen konnten die Formulierungen des Beschlusses, die dem entgegenwirken wollten, viele nicht überzeugen und wurden von ihnen als plakativ empfunden.« Ohne den Bezug auf die komplexe Sicht der Geschichte der DDR läuft jede Stellungnahme zu besonderen historischen Fragen Gefahr, einseitig zu sein oder auch in den eigenen Reihen einseitig aufgefaßt zu werden. Wenn es um komplexe Geschichtsaufarbeitung geht, so ist mir natürlich klar, daß das nicht eine Partei leisten kann, sondern in erster Linie Sache der Historiker ist. Aber auf ihre Arbeit gestützt müssen wir unser eigenes differenziertes und konkretes Geschichtsbild erarbeiten. Wir können sonst nichts aus der Geschichte lernen, in der öffentlichen politischen Diskussion nicht bestehen und im übrigen auch die Programm- und Theoriedebatte nicht konstruktiv weiterführen.

*Viertens:*

Wir haben schließlich selbstkritisch Stellung genommen zur Frage der Förderung und Initiierung des demokratischen Widerstandes gegen alle Formen der pauschalen sozialen Ausgrenzung von hauptamtlichen und inoffiziellen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des ehemaligen MfS. Hier gibt es ernsthafte Versäumnisse und einen Vertrauensverlust bei vielen Betroffenen. Politischer Einfluß ist von Ehrlichkeit abhängig. Die Initiatoren des Beschlusses waren

---

<sup>10</sup> Vgl. Anm. 3 (S. 74).



zum Zeitpunkt der Beschlußfassung der Meinung – ich zitiere aus dem Text –, »daß die PDS sich bis heute völlig unzureichend mit diesem (MfS-)Problemlkomplex auseinandergesetzt hat. Wir stehen wieder und noch immer vor der Wahl, endlich die kritische Auseinandersetzung mit unserer Geschichte in Angriff zu nehmen oder weiter an Glaubwürdigkeit und damit an einer wesentlichen Voraussetzung für politische Handlungsfähigkeit zu verlieren.«

Diese Formulierung macht deutlich, worum es ging: Der Beschluß sollte die kritische Beschäftigung mit unserer eigenen Geschichte vorantreiben, innerhalb der Partei die Auseinandersetzung mit der Theorie und Praxis der Machtausübung durch die SED, mit ihrem gesamten Politikverständnis, das sich auf dem Gebiet der Sicherheitspolitik in paradigmatischer und besonders verheerender Weise äußerte, befördern und zu Schlußfolgerungen für das Handeln der Partei und das Verhalten ihrer Mitglieder beitragen. In diesem Zusammenhang wandte sich der Beschluß gegen jede Verharmlosung der Rolle des MfS als Institution. Zugleich sollte er auf keinen Fall die zutiefst amoralische und widerliche Stigmatisierung der MfS-Mitarbeiter als Sündenböcke der jüngsten deutschen Geschichte unterstützen, sondern im Gegenteil durch die Initiierung einer offenen Diskussion dieses Themas den Blick für die tatsächlichen Zusammenhänge und politischen Verantwortlichkeiten öffnen und im übrigen das Verständnis für die Notwendigkeit des Kampfes für eine geheimdienstfreie Gesellschaft unter den heutigen Bedingungen befördern.

Man kann sich nach den nicht immer ermutigenden Erfahrungen, die viele von uns gemacht haben, vielleicht darüber streiten, ob dieser Beschluß dafür das denkbar beste Mittel war und ist. Auch ich habe damals nicht zu den enthusiastischen Befürwortern des Beschlusses gezählt. Trotz der verbreiteten Bedenken hat er die Stimme der Mehrheit der Delegierten bekommen. Ich glaube, das war vor allem deshalb der Fall, weil diese Mehrheit nicht nur das grundsätzliche Anliegen teilte – das taten nach meiner Überzeugung auch viele derjenigen, die dem Beschluß in seiner konkreten Fassung nicht zustimmten –, sondern weil sie zugleich ein unmißverständliches Signal nach außen senden wollte. Die Mehrheit des Parteitages wollte ihren Willen keiner öffentlichen Fehlinterpretation aussetzen. Sie wollte ihr grundsätzliches Anliegen transparent machen: die Auseinandersetzung mit der Politik der SED, besonders ihrer Sicherheitspolitik, sollte entschieden fortgeführt und als eine wesentliche Aufgabe im Interesse der Erneuerung der Partei und ihrer Glaubwürdigkeit von den Mitgliedern stärker angenommen werden.

Die Berechtigung dieses Anliegens und die Notwendigkeit dieser Aufgabe stand für mich damals und steht für mich heute außer Zweifel. Und ich bin davon überzeugt, die Mehrheit der Delegierten hat dies auf dem 2. Parteitag ebenso gesehen und mit ihrem Votum Position beziehen wollen: für die konsequente und selbstkritische Auseinandersetzung mit der Ideologie und Politik der SED, für die weitere demokratische Erneuerung der Partei und gegen

die Verdrängung schmerzlicher Wahrheiten, gegen ein Blockieren geistiger und politischer Erneuerung. Und es war dies das Signal, das mit der mehrheitlichen Zustimmung nach außen drang, auch in die interessierte Öffentlichkeit außerhalb der Partei, die sich – im Unterschied zu den Parteimitgliedern – für einzelne Formulierungen des Beschlusses selbstverständlich kaum interessierte. Ich erinnere dies deshalb, weil wir uns über eines im klaren sein müssen: Nehmen wir diesen Beschluß zurück – gleichgültig mit welchen Begründungen und aus welchen Motiven –, die öffentliche Wirkung, darüber sollten wir uns keine Illusionen machen, wäre verheerend. Auch diejenigen, an deren Meinung uns gelegen sein muß, werden nur das Signal empfangen: »Die PDS hält die Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit nicht aus, sie schafft es nicht, aus dem Magnetfeld der SED- und MfS-Geschichte herauszutreten.« Das würde unsere bisherigen Beiträge zu einer differenzierten Aufarbeitung der Geschichte und nicht zuletzt der Mühen vieler Genossinnen und Genossen aus dem ehemaligen MfS, die sich mutig und selbstkritisch der Öffentlichkeit gestellt haben, politisch erheblich entwerten. Es geht im Kern darum, die erreichten Fortschritte in der Auseinandersetzung mit stalinistisch geprägter Ideologie und Politik, zu der Arbeitsgruppen des Parteivorstandes und in den Ländern sowie viele einzelne Genossinnen und Genossen, darunter nicht zuletzt Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des ehemaligen MfS, wichtige Beiträge geliefert haben, nicht zur Disposition zu stellen. Es geht darum, sie intensiver und kontinuierlicher weiterzuführen. Das ist eine Lebensfrage für unsere Partei. Ohne die permanente und kritische Auseinandersetzung insbesondere mit der stalinistischen Tradition werden innerparteilicher Pluralismus und übergreifende programmatische Identität zu unvereinbaren Gegensätzen.

Ohne diese Auseinandersetzung mit unserer eigenen Geschichte werden wir kein politischer Partner für die demokratisch und humanistisch eingestellten Bürgerinnen und Bürger, die zur Gemeinsamkeit gegen die verhängnisvolle Rechtsentwicklung in diesem Lande finden müssen. Ohne diese Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte wird die PDS keine Perspektive haben. Wie ehrlich, kritisch und selbstkritisch wir mit unserer Geschichte umgehen, hat unmittelbare Auswirkungen auf unsere Politikfähigkeit. Ob es uns gefällt oder nicht – es ist eine Tatsache, daß die Bürgerinnen und Bürger mit dem Namen PDS unweigerlich die Erinnerung an Vergangenes assoziieren, an die Politik unserer Vorgängerpartei SED. Keine Weißwaschkaktion, auch nicht das An-den-Rand-Schieben ehemaliger MfSler oder SED-Funktionäre, wird daran etwas ändern. Ich möchte in diesem Zusammenhang auch Judith Dellheim<sup>11</sup> und Peter Zotl<sup>12</sup> ausdrücklich zustimmen, die zu Recht fest-

---

11 Dr. Judith Dellheim – zum Zeitpunkt der Referates und noch weitere Wahlperioden (bis 2003) Mitglied des Parteivorstandes der PDS.

gestellt haben, daß Ehrlichkeit in bezug auf die Vergangenheit und die politische Biographie und die Chance, die sachliche politische Auseinandersetzung zu beeinflussen, zusammengehören.

Es gibt nur einen Weg: sich offen zur eigenen Vergangenheit und Verantwortung bekennen, eine überzeugende politische Alternative vertreten und durch beides das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger gewinnen. Wer glaubwürdig für Transparenz in der Gesellschaft streiten will, muß sie in den eigenen Reihen praktizieren. Für dieses Prinzip sollten wir eintreten und durch Solidarität dem einzelnen ermöglichen, dieses Prinzip auch zu leben. Aber diese Solidarität unter uns wird nur wachsen, wenn wir uns selbst in Offenheit und Vertrauen begegnen. Ich mache mir keine Illusionen über die Schwierigkeiten eines solchen Weges. Wir werden in dieser Gesellschaft nicht unser »kleines Ikarion« bauen können. Aber wenn wir es nicht schaffen, ein Stück weit anders zu bleiben als die anderen Parteien sind und die SED war – mit ihren gnadenlosen internen Machtkämpfen, der Atmosphäre eines Schlangennestes, in dem keine Charaktere, sondern Charaktermasken wuchsen –, dann werden wir zu ihrem Duplikat und völlig unfähig, politische Alternativen zu verkörpern, geschweige denn durchzusetzen. Letztlich steht diese Existenzfrage nach der Möglichkeit einer alternativen demokratischen politischen Kraft hinter der Forderung auch nach persönlich verstandener Ehrlichkeit und Offenheit gegenüber uns selbst und den Mitbürgerinnen und Mitbürgern, die wir gewinnen wollen. Wer offen mit seiner politischen Biographie umgeht und dann gewählt wird, hat allen Anspruch auf die Solidarität auch seiner Wählerinnen und Wähler, er fordert diese Solidarität gleichsam heraus.

### *Weder pauschale Verurteilung noch Flucht aus der Verantwortung*

Die erneute Diskussion um den Beschluß des 2. Parteitages steht im Kontext einer sich verhärtenden politischen Debatte um die Geschichte der DDR, um die Frage nach der historischen Bewertung des sogenannten Realsozialismus und die Ursachen seiner Niederlage. Wir müssen uns dessen bewußt sein, daß die Art und Weise, wie wir uns heute zu diesem Beschluß verhalten, auch zu einer Weichenstellung für den weiteren Verlauf dieser Debatte innerhalb der Partei beitragen kann. Die öffentliche und medienwirksam geführte Diskussion um unsere Geschichte, und in diesem Zusammenhang auch unsere Wortmeldung, sind von größtem politischem Gewicht. Das liegt auf der Hand. Diese Diskussion beeinflußt maßgebend die Sicht der Menschen auf die Ge-

---

12 Dr. Peter-Rudolf Zotl – zum Zeitpunkt des Referates stellvertretender Landesvorsitzender der PDS Berlin (von 1990-1999) und stellvertretender Vorsitzender der PDS-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus; 1990 Vorsitzender der PDS-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung von (Ost-)Berlin, 1993-1995 Vorsitzender der PDS-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus.

schichte, auf ihr gelebtes Leben. Und sie fördert oder zerstört damit zugleich ihr Selbstbewußtsein. Sie ermutigt die Bürgerinnen und Bürger zum demokratischen Widerstand gegen eine Politik der sozialen und politischen Entrechtung oder veranlaßt sie zur Resignation – je nachdem. Der Tenor unserer Wortmeldung in dieser politisch-historischen Auseinandersetzung wird die Bereitschaft der Menschen, sich mit Politikangeboten der PDS überhaupt ernsthaft auseinanderzusetzen, unweigerlich beeinflussen.

Der Beschluß des 2. Parteitages steht im Zusammenhang mit all unseren Bemühungen, aus der Geschichte zu lernen und die PDS als demokratische Partei zu formieren, die mit der stalinistischen Tradition ein für allemal gebrochen hat. Immer wieder haben wir deutlich zu machen versucht, daß dieser unvermeidliche Bruch weder eine pauschale Verurteilung unserer Geschichte – auch nicht der Geschichte auf dem Gebiet der inneren und äußeren Sicherheit – noch eine Flucht aus geschichtlicher Verantwortung bedeutet. Wir können und wollen uns nicht aus dieser Verantwortung stellen. Und ich bin davon überzeugt, daß das letztlich die einzige Haltung ist, die vor dem kritischen Urteil unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger im Osten wie im Westen bestehen kann. Aber gerade weil wir uns der Verantwortung für die Geschichte stellen, werden wir es nicht widerstandslos hinnehmen, daß sie absichtsvoll verfälscht und bedenkenlos durch politische Konjunkturritter instrumentalisiert wird.

Die öffentliche Debatte um die DDR- und Sozialismus-Geschichte wird unübersehbar von einer politischen Strategie dominiert, die nicht ohne Erfolg geblieben ist. Sie besteht in der vorsätzlichen Einengung des Geschichtsbeußtseins der Menschen auf die Wahrnehmung ausschließlich der repressiven Züge des DDR-Staates. Diese offiziell betriebene Konzentration auf Repressionsgeschichte geschieht nicht etwa aus Gründen moralischer Entrüstung oder des Rechtsempfindens. Da hätte man auch mit der Geschichte der Alt-Bundesrepublik weiß Gott genug zu tun. Diese Strategie ist darauf gerichtet, den Bürgern der ehemaligen DDR das Rückgrat des aufrechten Gangs zu brechen. Wer sich erst einmal mitverantwortlich empfindet für einen verbrecherischen Staat, für ein »Groß-KZ«, als welches die DDR immer und immer wieder vorgeführt wird, dem ist das schlechte Gewissen suggeriert und dessen Widerstandswille ist gelähmt. Und nur darum und um nichts anderes geht es bei dem plötzlichen Interesse für Geschichte bei Leuten, die über 40 Jahre das Bemühen um kritische geschichtliche Aufarbeitung als Nestbeschmutzung denunziert haben.<sup>13</sup>

---

13 Schumann spielt hier auf den verdrängenden, verharmlosenden und verschweigenden Umgang der großen Mehrheit der Politiker und Medien der alten Bundesrepublik mit der Geschichte des Faschismus und Nationalsozialismus und auf die Praxis der Übernahme von Zehntausenden Angehörigen der Eliten der dreißiger und vierziger Jahre in den öffentlichen Dienst und an wichtige Schaltstellen in Wirtschaft, Justiz und andere Bereiche an.

In Demut, in angstvoller Hoffnung auf gnädige Vergebung ihrer Sünde, mit dem völkerrechtlich anerkannten Staat DDR »verstrickt« gewesen zu sein, sollen die Bundesbürger-Ost dem »neuen Staat« begegnen. Und wer das nicht tut, der bekommt deutlich Bescheid, z. B. vom Kanzler der Universität Leipzig. Zitat: »Leute wie Sie, die an der Aufrechterhaltung und Festigung dieses Spitzel- und Denunziantenstaates mitgewirkt haben, sollten wenigstens die menschliche Loyalität, die Ihnen der neue Staat trotz allem durch die Gewährung einer akzeptablen Altersversorgung entgegenbringt, mit Zurückhaltung honorieren.«<sup>14</sup> Ich sage es offen: Wenn das Schule macht, werden wir bald die allgemeine Kennzeichnungspflicht für ehemals »Systemnahe« haben. Kratz nur ein wenig am freiheitlich-demokratischen Lack der neuen Administratoren und Ihr werdet sehen, was dabei herauskommt. Mir fällt es schwer, solche Vorgänge noch unter geläufige Begriffe wie Siegerebahren zu rubrizieren. Hier äußern sich ein Haß, eine Menschenverachtung, ein Fehlen jedes Empfindens für die Würde des Anderen, die die Mentalität des verhinderten »Herrenmenschen« verraten.

Dagegen Widerstand zu leisten, ist staatsbürgerliche Pflicht. Ja, es ist nationale Aufgabe, denn es geht hier nicht um den Schutz »alter Seilschaften«, es geht auch nicht nur um die Interessen Ostdeutscher. Es geht im Kern darum, welche Kräfte das zukünftige politische Antlitz Deutschlands bestimmen: liberale, demokratisch und sozial orientierte Kräfte oder eine Rechte, deren Grenze zu autoritärer und selbst faschistoider Ideologie offensichtlich zu zerfließen droht. Auch der Umgang mit der Geschichte der DDR und den Menschen, die in dieser Geschichte wurzeln, ist ein Feld der Auseinandersetzung um die Entscheidung dieser Frage. Unser Widerstand auf die Reduzierung der DDR-Geschichte auf Repressionsgeschichte hat nichts mit nostalgischen Beschönigungsversuchen zu tun.

Wir werden auch konsequent darauf zu achten haben, daß sich nicht in unseren eigenen Stellungnahmen zur historisch-politischen Debatte Elemente einer Legitimationsideologie einschleichen. Aber die entschiedene Kritik des offiziell geförderten Bildes der DDR-Geschichte als einer einzigen Repressionsgeschichte ist ein Erfordernis emanzipatorischer Denkweise und Politik. Denn diese reduzierte Sicht auf Geschichte blockiert absichtsvoll ihr Befragen am Leitfaden einer vernünftigen Perspektive. Ich will in diesem Zusammenhang zur Verdeutlichung – wie schon auf unserer Konferenz im vergangenen Oktober<sup>15</sup> – den US-Amerikaner Peter Marcuse zitieren: »Wir genießen immer noch die Vorteile für unser Leben, die ein Land bietet das gleichzeitig Hunderttau-

---

14 Schumann hat hier keine Quellenangabe gemacht.

15 Gemeint ist die Geschichtskonferenz der PDS am 24./25. Oktober 1992 in Berlin zum Thema »Macht und Emanzipation. Zur Geschichte und Wertung des politisch-rechtlichen Systems der DDR«.

sende Obdachlose hat, eine riesige Militärmaschinerie, das eine dominierende Haltung gegenüber anderen Ländern einnimmt, das kein nationales Gesundheitssystem, keine langfristige Beschäftigungspolitik oder ein zufriedenstellendes Erziehungs- und Schulsystem hat, ein Land mit Wahlen, die mehr durch Geld und Manipulation gekennzeichnet sind als durch Basisdemokratie. Ungleichheit und Ungerechtigkeit sind weltweit verbreitet, und die meisten unternehmen weniger als sie könnten, um das zu ändern.« Und er fährt fort: »In der Geschichte der DDR gibt es viele Elemente, die uns bei der Behandlung solcher Problemkreise nützlich sein könnten. Selbst abseits der moralischen Frage – wofür sind Individuen in einer Gesellschaft verantwortlich, in der Ungerechtigkeit herrscht, eine unvernünftige Ungleichheit existiert und unmenschliche Politik betrieben wird ..., kann viel von der DDR gelernt werden. Viele Menschen in der DDR hatten dieselben Ideale, die die Menschen im Westen haben, aber sie probierten andere Wege aus, sie umzusetzen – in manchen Fällen mit mehr Erfolg, in manchen mit weniger als im Westen. Wir können und wir müssen von ihren Erfahrungen lernen: Welche Maßnahmen zur Erreichung der Vollbeschäftigung erwogen werden können (und zu welchem Preis kann sie erreicht werden, wie wird dieser Preis gezahlt und wie kann er möglicherweise reduziert werden); was geplant werden kann, was besser geplant werden kann, was anders und wie; welche Rolle Privateigentum und privater Profit spielen kann, muß und sollte; wie weit Solidarität als Motivation reicht, wie sie angeregt werden kann, was ihre Grenzen und was ihre Gefahren sind; wie Städte ohne die Kommerzialisierung der Innenstädte (commercial downtowns) funktionieren und was das Fehlen eines Immobilienmarktes bewirkt und nicht bewirkt; wie Integration erreicht werden kann und zu welchen Kosten; was und mit welchen Grenzen mit staatlicher Politik für die Gleichberechtigung der Frau erreicht werden kann, und wie zweiseitig viele dieser Ansätze sein können; wie eine Gesellschaft mit einer Einkommensspanne (vom höchsten bis zum niedrigsten Einkommen) mit 7 : 1 aussieht (im Vergleich zu anderen, wo diese Spanne bei 160 : 1 liegt) und so weiter.«<sup>16</sup>

Marcuse stellt zurecht fest, daß die Bilanz der DDR auf all diesen Gebieten gewiß nicht von großem Erfolg gekennzeichnet ist, »aber die Formulierung der Ziele war signifikant anders als die in der BRD, und was zu ihrer Erreichung getan wurde, ist es wert, untersucht zu werden.« Und Marcuse sagt schließlich völlig zutreffend: »... es ist genau eine solche Untersuchung, ein

---

16 Schumann hat hier keine Quellenangabe gemacht. – Peter Marcuse, Professor für Stadtplanung an der Columbia University in New York, Mitglied des American Institute of Certified Planners, besuchte 1989/90 die DDR, hatte dabei auch Gespräche mit der PDS und veröffentlichte über seinen Aufenthalt ein Buch unter dem Titel »Missing Marx. A Personal and Political Journal of A Year in East Germany, 1989-1990«, Monthly Review Press, 302 S., July 1991. Die von Schumann zitierten Überlegungen finden sich in diesem Buch.

sorgfältiger Blick auf die DDR-Vergangenheit, die positive wie auch die negative – wie das System genau funktionierte, und was seine spezifischen Ergebnisse waren – die durch ausschließliche Konzentration auf die Stasi und die Moral der Individuen verhindert werden.« Und das ist in der Tat kein Zufall. »Weil eine solche Untersuchung nämlich möglicherweise zu radikalen oder sogar subversiven Schlüssen führen könnte ...«.<sup>17</sup>

Mir scheint, daß Peter Marcuse damit den eigentlichen Differenzpunkt der historisch-politischen Debatte getroffen hat. Die Engführung des Bewußtseins von der DDR-Geschichte auf das Stasi-Thema, auf den Exzeß, auf alles, was heute mit dem Begriff des »Unrechtsstaates« thematisiert wird und damit auf das Problem der individuellen Moral und strafrechtlichen Verantwortlichkeit – das ist keineswegs Ausfluß eines besonders angestrebten Gerechtigkeitssinns.

Es ist in erster Linie Umgang mit der Geschichte am Maßstab eines beherrschenden politischen Interesses. Und dieses Interesse besteht in der Nichtinfragestellung des westlichen Status quo. Umgekehrt dominiert in der Öffnung des Blicks auf das Ganze der jüngsten Geschichte, in der objektivierenden Analyse der in der DDR angewandten Methoden und erzielten Resultate politischer Praxis ein anderes Interesse: ein Interesse an Antworten, die, wie auch immer sie ausfallen mögen, unerlässlich sind für die Suche nach Alternativen zum westlichen Status quo, der nicht das Ende der Geschichte ist. Das Festhalten an der Notwendigkeit, die Gesellschaft, in der wir leben, zu verändern, damit die Menschheit überleben kann, das emanzipatorische Interesse also, muß unseren Umgang mit der Vergangenheit bestimmen. Und es ist dieses Interesse und nicht die Furcht, Verantwortung für Geschehenes zu bekennen, das uns zum Widerstand veranlassen muß gegen einen Umgang mit der DDR-Geschichte, der sie ausschließlich unter moralische und kriminologische Kategorien zu subsumieren sucht, einzig zu dem Zweck, den Veränderungswillen von heute dem Verdacht moralischer Fragwürdigkeit und krimineller Verantwortungslosigkeit auszusetzen.

Es geht bei der weiteren Geschichtsdiskussion in der PDS um den schwierigen, aber notwendigen Versuch, die widersprüchliche Totalität geschichtlicher Praxis, das Ganze unserer Geschichte mit ihren nationalen und internationalen Voraussetzungen und Verschränkungen anzueignen. Und in diesem Kontext steht immer auch die Frage nach den Leistungen und dem Versagen, nach der Verantwortung und auch der Schuld der Akteure. Denn wenn auch die Geschichte der DDR – wie jede Geschichte – nicht unter selbstgewählten Voraussetzungen gemacht wurde, so wurde sie doch von Menschen gemacht. Das Entscheidende dieser Diskussion um die Rolle des einzelnen, um die Fra-

---

17 Vgl. Anm. 16.

ge »Was hast Du eigentlich getan?«, besteht nicht in der inquisitorischen Auflistung der Fehler, Irrtümer und selbst des bewußten Fehlverhaltens. Es geht vielmehr darum, zu erkennen, daß – wie heute der stumme Zwang des Kapitals – in der DDR die extreme Monopolisierung und Zentralisierung der politischen Macht den einzelnen teils nötigte, teils dazu verführte, sich zurückzuziehen, in der Erwartung zu verharren, daß eine über allem schwebende Obrigkeit die Angelegenheiten, die die eigenen sind, zum Besseren wenden würde. Dieses Verhalten ist zum Stereotyp geronnen. Wenn wir heute oft den mangelnden Widerstandswillen der großen Mehrheit unserer Landsleute beklagen, dann dürfen wir nicht vergessen: Das ist – zumindest teilweise – auch ein Resultat unserer realsozialistischen Geschichte. Vielleicht auf lange Sicht gesehen sogar das schlimmste. Und dafür sind wir mitverantwortlich.

Die Auseinandersetzung um die jüngste deutsche Geschichte bleibt gerade für uns eine Aufgabe von höchstem politischem Rang. Der Bundesvorstand wird gemeinsam mit der Historischen Kommission<sup>18</sup> Vorschläge unterbreiten, wie die vielfältigen diesbezüglichen Aktivitäten in Kreisen, Ländern und auf zentraler Ebene besser koordiniert und unterstützt werden können. 1993 ist eine weitere zentrale Konferenz des Bundesvorstandes geplant.<sup>19</sup> Die Euch vorliegende Erklärung der Historischen Kommission halten wir für geeignet, die Geschichtsdiskussion in der PDS inhaltlich anzuregen. Sie enthält eine knappe Einschätzung der bisherigen Ergebnisse, vor allem aber eine Charak-

---

18 Die Historische Kommission beim Parteivorstand der PDS hatte sich am 17. Juni 1990 in Berlin konstituiert. Die Gründungsmitglieder hatten betont, daß es für die PDS kein offizielles Geschichtsbild geben könne. Das Streben nach Wissenschaftlichkeit und Objektivität schloße unterschiedliche Herangehens- und Sichtweisen ein und mache Meinungspluralität erforderlich (vgl. Chronik der PDS 1989-1997, a.a.O.).

19 Die »Chronik der PDS 1989-1997« weist eine solche zentrale Konferenz weder 1993 noch 1994 aus. Es fanden aber z. B. statt: am 25. September 1993 in Berlin ein vom PDS-nahen Verein »Gesellschaftsanalyse und politische Bildung« e.V. und vom Institut für Sozialdatenanalyse (isdat) e.V. veranstaltetes Kolloquium zum Thema »Marxistische Gesellschaftswissenschaften und sozialistische Politik. Fragen an die Geschichte – Positionen für Gegenwart und Zukunft«; am 8. Januar 1994 eine »Zeitgeschichtliche Betrachtung« zum Thema »75 Jahre KPD – GeDenken – NachDenken« im Festsaal des Preußischen Landtages in Berlin, dem Ort der KPD-Gründung am Jahreswechsel 1918/1919; am 14. Februar 1994 die Verabschiedung von »Empfehlungen für die Geschichtsarbeit der PDS« der Historischen Kommission beim Parteivorstand, die auf eine »allseitige, vorurteilsfreie, differenzierende Aufarbeitung der Geschichte der Arbeiterbewegung in allen ihren Strömungen, der Geschichte des wissenschaftlichen sowie des realen Sozialismus, der deutschen Geschichte seit 1918, insbesondere der Geschichte von DDR und BRD« orientieren; am 22./23. April 1994 eine wissenschaftliche Wochenendtagung des Jener Forums für Bildung und Wissenschaft in der Jugendbegegnungsstätte Buchenwald zum Thema »Gesellschaftliche Umbrüche und politischer Umgang mit den Schatten der Vergangenheit im 20. Jahrhundert«. – Für Aufsehen und erneute heftige Debatten auch innerhalb der PDS sorgte am 17. Juni 1994 im Bundestag die Diskussion des Abschlußberichts der Enquête-Kommission »Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur«, zu der Kommissionsmitglied Dr. Dietmar Keller ein Minderheitenvotum der PDS vorlegte und sich bei den Opfern der SED-Diktatur entschuldigte. – Schumann selbst trat im Juni 1994 mit einem gemeinsam mit seinem Abgeordnetenkollegen Peter-Michael Diestel (CDU) erarbeiteten Papier zum Umgang mit ehemaligen IM, das er am 8. Juni 1994 bei einer Anhörung der PDS-Fraktion zu diesem Thema in Potsdam vorstellte, an die Öffentlichkeit (vgl. Chronik der PDS 1989-1994, a.a.O.).



terisierung der Defizite und Aufgaben. Sie wird vom Parteivorstand geteilt. Er unterbreitet Euch diese Erklärung daher gleichfalls als Antrag. Uns allen ist bewußt, daß es auf diesem Gebiet mehr offene Fragen als Antworten gibt. Das aber kann keine Ausrede für Beliebigkeit sein. Es sei nachdrücklich daran erinnert, daß unsere Geschichtsdiskussion, der Streit um unsere Haltung vor allem zu den zentralen Fragen der Politik der SED in den vergangenen Jahrzehnten nicht beim Punkt Null beginnt. Im Dezember 1989 haben 2753 Delegierte des außerordentlichen Parteitages dem Vorsitzenden der Redaktionskommission Lothar Bisky einmütig zugestimmt, als er die Entschuldigung der Partei gegenüber unserem Volk zum Ausdruck brachte.<sup>20</sup> Und über das Leitmotiv »Wir brechen unwiderruflich mit dem Stalinismus als System!« gab es keinen Streit. Dabei, Genossinnen und Genossen, muß es bleiben. Ich bitte Euch um Zustimmung für die Anträge des Parteivorstandes.

---

20 Die entsprechende Passage im Auftritt von Lothar Bisky in der 4. Session des 1. Beratungstages am Samstag, dem 9. Dezember 1989, lautete: »Die Delegierten des Sonderparteitages sehen es als ihre Pflicht an, sich im Namen der Partei aufrichtig dafür zu entschuldigen, daß die ehemalige Führung der SED unser Land in diese existenzgefährdende Krise geführt hat. Wir danken aufrichtig den mündigen Bürgern unseres Landes, die die radikale Wende durch ihren mutigen, gewaltlosen Kampf erzwungen und uns damit auch die Chance zur revolutionären Erneuerung unserer Partei gegeben haben. (Beifall)« (in: Lothar Hornbogen, Detlef Nakath, Gerd-Rüdiger Stephan (Hrsg.): Außerordentlicher Parteitag der SED/PDS, a.a.O., S. 142).

# Der Logik des Kräfteverhältnisses stellen!

## Rede auf dem 12. Parteitag der DKP, Gladbeck, 13. November 1993<sup>1</sup>

Heinz Vietze<sup>2</sup> und ich sind im Auftrag des Bundesvorstandes der PDS der Einladung zur heutigen Tagung des 12. Parteitages der DKP gern gefolgt. Im Vorfeld der Wahlkämpfe 1994, die bei uns in Brandenburg auf Grund der vorgezogenen Kommunalwahlen eigentlich schon in vollem Gange sind<sup>3</sup>, sind wir für die Gelegenheit dankbar, auch bei den Delegierten des Parteitages der DKP für die wahlstrategische Position der PDS werben zu können.<sup>4</sup> Sie ist in vielfacher und lange währender Auseinandersetzung gleichsam erstritten und schließlich auf unserem Juni-Parteitag<sup>5</sup> mit großer Mehrheit beschlossen worden.

Bei der Debatte und Beschlußfassung zur Wahlstrategie gingen wir von zwei grundsätzlichen Voraussetzungen aus.

- 
- 1 (Alle Anm. sind Anm. des Herausgebers.) – Die Rede ist abgedruckt in Pressedienst PDS, Nr. 49/1993 vom 10. Dezember 1993, S. 7-8.
  - 2 Heinz Vietze, 1978-1984 1. Sekretär der FDJ-Bezirksleitung Potsdam, 1984-1988 1. Sekretär der SED-Kreisleitung Oranienburg, 1988-1989 1. Sekretär der SED-Kreisleitung Potsdam-Land, in der Wende 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Potsdam (vgl. Andreas Herbst, Winfried Ranke, Jürgen Winkler: So funktionierte die DDR, Band 3, a.a.O.); neben Hans Modrow der einzige in der PDS-Führungsspitze, der bereits in der SED Führungsfunktionen innehatte; spielte in der Vorbereitung des Außerordentlichen Parteitages der SED vom 8./9. und 16./17. Dezember 1989 eine herausragende Rolle, u. a. als Leiter der Arbeitsgruppe zur Erarbeitung des Referats »Wir brechen unwiderruflich mit dem Stalinismus als System!«, das dann von Michael Schumann vorgetragen wurde; war 1990-1991 Landesvorsitzender der PDS-Brandenburg, ist seit 1990 Parlamentarischer Geschäftsführer der PDS-Fraktion im Landtag Brandenburg und wegen der Autorität, die er weithin genießt, mit vielen wesentlichen Entscheidungen der PDS-Führungsspitze eng verbunden. Vgl. auch die Bemerkungen zu Vietze von Schumann im Text »Vor fünf Jahren ...« im vorliegenden Band.
  - 3 Gemeint sind die Wahlkämpfe für ein Jahr, das wegen der großen Zahl der Wahlen als »Superwahljahr« bezeichnet wurde und sich für die Festigung der Position der PDS in der deutschen Gesellschaft als von herausragender Bedeutung erweisen sollte. Am 5. Dezember 1993 fanden – gleichsam als »Testwahlen« für 1994 – Kommunalwahlen in Brandenburg statt (PDS 21,2 %); am 12. Juni 1994 folgten Europawahlen (PDS 4,7 %); ebenfalls am 12. Juni Kommunalwahlen in Mecklenburg-Vorpommern (PDS 24,3 %), Sachsen (PDS 16,3 %), Sachsen-Anhalt (PDS 18,2 %) und Thüringen (PDS 15,7 %); am 26. Juni 1994 Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt (PDS 19,9 %); am 11. September 1994 Landtagswahlen in Sachsen (PDS 16,5 %) und Brandenburg (PDS 18,7 %); am 16. Oktober 1994 Bundestagswahlen (PDS 4,4 % und 4 Direktmandate); ebenfalls am 16. Oktober Landtagswahlen in Thüringen (PDS 16,6 %) und Mecklenburg-Vorpommern (PDS 22,6 %) (vgl. Chronik der PDS 1989-1997, a.a.O.).
  - 4 Gemeint ist vor allem das Konzept der Offenen Liste, das Schumann im folgenden erläutert. Um die Entstehung dieses Konzeptes hatte es heftige Diskussionen innerhalb der PDS und bei anderen linken Kräften gegeben. In der »Chronik der PDS 1989-1997« ist unter dem Datum 22. Februar 1994 vermerkt: »Der Parteivorstand veröffentlicht eine Richtigstellung zum Inhalt des von ihm am 11. Oktober 1993 geführten Gespräches mit VertreterInnen des Parteivorstandes der DKP. Mitglieder der Kommunistischen Plattform der PDS haben von einem »Geheimbeschluß« des Parteivorstandes zur Wahlstrategie gesprochen.«
  - 5 Gemeint ist die 2. Tagung des 3. Parteitages am 26./27. Juni 1993 in Berlin, der unter der Losung »Linke Opposition gegen rechte Experimente« stand und als Hauptdokument »Grundsätze und Ziele der PDS für die Wahlen 1994« beschloß (vgl. Chronik der PDS 1989-1997, a.a.O.).

*Erstens:* Alle Wahlen 1994 sind von entscheidendem Gewicht für die weitere politische Entwicklung Deutschlands. Möglicherweise bedeuten sie im Ergebnis eine Weichenstellung, die den bisherigen innen- und außenpolitischen Weg der Bundesrepublik, der sicher auch hinlänglich Anlaß zu grundsätzlicher politischer Kritik bietet, einschneidend und in negativer Hinsicht korrigiert. Die Tatsache und die Art und Weise der Wiederherstellung der deutschen Einheit erscheinen immer mehr als Menetekel des vielleicht erst bevorstehenden tiefgreifendsten Bruchs in der deutschen Nachkriegsgeschichte. Einflußreiche politische Kräfte sind angetreten, um eine nationalkonservative oder – deutlicher gesagt – deutschnationale Wende herbeizuführen. In der Wirtschafts- und Sozialpolitik, in der Rechts- und Innenpolitik, in der Europa- und Außenpolitik – auf allen Feldern gibt es für eine solche reaktionäre Wende deutliche Zeichen. Die Kräfte des Widerstandes gegen diese Entwicklung – obwohl sie sich teilweise selbst in den bürgerlichen Parteien regen – sind gering. Die Mehrheit in der SPD weicht zunehmend dem rechtskonservativen Druck. Diese politische Konstellation ist für die demokratische Linke die entscheidende Herausforderung. Sie muß daher unseres Erachtens insgesamt wahlstrategische Überlegungen in diesen Zusammenhang einordnen.

*Zweitens:* Die PDS versteht sich als eine politische Kraft der demokratischen Linken und trägt objektiv als Partei mit 150 000 Mitgliedern und ihrer parlamentarischen Verankerung im Bundestag, in sechs Landesparlamenten und über 4000 Kommunalvertretungen eine besondere Verantwortung. Wir müssen und müssen uns aus dieser Verantwortung heraus fragen, wie unser optimaler Beitrag im Kampf gegen die vom konservativen Kern des politischen Systems ausgehende Rechtsentwicklung in Deutschland aussehen muß. Es versteht sich von selbst, daß die DKP vor der gleichen Frage steht. Bei der Antwort auf diese Frage gehen wir von der offensichtlichen Tatsache aus, daß weder die PDS allein noch ein Bündnis der PDS mit anderen kleineren sozialistisch und kommunistisch orientierten Parteien und Gruppen eine hinreichend einflußreiche politische Kraft sind oder in naher Zukunft werden können. Das hat letztlich seine Ursache in der tiefgehenden politischen Krise und extremen Zerrissenheit der Linken, insbesondere der in der kommunistischen Tradition stehenden, nach dem Ende der Sowjetunion und des Staatssozialismus. Das traditionelle linkssozialistisch-kommunistische Parteienbündnis ist – bei allem Verständnis für die geschichtlich gewachsenen emotionalen Bindungen und Erwartungshaltungen – unter den gegenwärtigen Bedingungen keine politische Alternative und wahlstrategisch erfolversprechende Option.

Es führt, liebe Genossinnen und Genossen, nichts an der Logik des politischen Kräfteverhältnisses vorbei. Die PDS muß Kandidatinnen und Kandidaten gewinnen, die durch ihre bekannte Biographie und durch ihr öffentlichkeitswirksames Bekenntnis zu einem sozialen, friedlichen, demokratischen und rechtsstaatlichen Deutschland, durch ihre Bereitschaft, sich auch für die

berechtigten spezifischen Interessen der ostdeutschen Bürgerinnen und Bürger einzusetzen, in der Lage sind, Menschen auch außerhalb des traditionellen sozialistisch-kommunistischen Wählerpotentials anzusprechen und zu überzeugen. Wenn das nicht gelingt, werden die Stimmen nicht reichen. Wenn das nicht gelingt, und darüber sollten wir uns keine Illusionen machen, ist die Chance vertan, eine wirkungsvolle, in der breiten Öffentlichkeit wahrnehmbare konsequent linke und demokratische Opposition in den Parlamenten zu verankern.

Wir sind sicher, daß wir dafür geeignete Persönlichkeiten gewinnen können. Es gibt nicht nur viele gute Signale, sondern auch Zusagen. Aber es bleibt das Recht der Betroffenen, sich zu ihren Absichten zuerst zu erklären. Ihr versteht daher, daß ich dies nicht vorwegnehmen kann.<sup>6</sup>

Das also ist der Sinn unserer Offenen Liste: Wir gehen aus von einer verantwortungsbewußten Analyse der politischen Situation. Diese Analyse verweist uns auf bestehende und sich verstärkende unsoziale, demokratiefeindliche und auch militaristische Entwicklungen. Der Wille zum Widerstand gegen diesen verhängnisvollen Gang der Dinge eint uns mit vielen, die trotz weltanschaulicher und auch mancher politischer Differenzen unsere Offene Liste annehmen, weil sie unser Wahlprogramm als progressive, demokratische Plattform akzeptieren können und in den Parteien der Bonner Koalition<sup>7</sup> wie in der SPD keine Wirkungsmöglichkeit sehen. Wir bitten Euch mitzuhelfen, daß diese Zusammenarbeit gelingt.

Angesichts der skizzierten politischen Situation und Aufgabe – es geht um die Organisation eines breiten demokratischen Widerstandes! – muß auch unsere Offene Liste hinsichtlich der Kandidatinnen und Kandidaten und ihrer politischen Herkunft möglichst breit angelegt sein. Einen muß uns das Bekenntnis zu unserem Wahlprogramm, das auf diese Möglichkeit hin angelegt ist. Wer sich zu dieser Aufgabe bekennt, muß manche parteispezifische Intention und Forderung zurückstellen, sonst ist die Offene Liste nicht zu haben. Wir wollen sie. Und wir nehmen uns deshalb als Partei zurück. Indem wir die Liste für andere öffnen. Selbstverständlich auch für Mitglieder der DKP. Nur – ein direktes oder indirektes Parteienbündnis würde eine so verstandene Of-

---

6 Am 6. Februar 1994 stellte sich in Berlin eine erste Gruppe der hier gemeinten Prominenten von außerhalb der PDS vor, zu denen u. a. der Schriftsteller Stefan Heym, der ehemalige Vorsitzende der DBD und in der Wende zum Präsidenten der Volkskammer gewählte Günther Maleuda sowie der Betriebsratsvorsitzende der Kaligrube Bischofferode, Gerhard Jüttemann, gehörten. Später stießen zu der als »Gysis bunte Truppe« bezeichneten Kandidatengruppe u. a. noch hinzu: der Schriftsteller Heinrich Graf von Einsiedel, im Zweiten Weltkrieg als Kriegsgefangener in der Sowjetunion Mitbegründer des Nationalkomitees »Freies Deutschland« und des Bundes Deutscher Offiziere, 1957-1992 Mitglied der SPD, und der Schriftsteller Gerhard Zwerenz, 1944 aus der Wehrmacht desertiert, 1957 wegen politischer Verfolgung aus der DDR nach West-Berlin geflohen, später in die BRD gegangen (vgl. zu den Daten Chronik der PDS 1989-1997, a.a.O.; zu den biographischen Angaben [www.bundestag.de/info/mdb13](http://www.bundestag.de/info/mdb13)).

7 Gemeint ist die Regierungskoalition aus CDU/CSU und FDP.

fene Liste unmöglich machen. Absprachen mit Parteien über Wahlforderungen oder Listenplätze kann es demzufolge nicht geben. Man mag es mir abnehmen oder nicht: Diese Entscheidung haben wir nach gründlicher Debatte und aus politischer Verantwortung gefällt. Wer sie als Ausdruck einer Aversion gegen Kommunistinnen und Kommunisten oder gar als antikommunistisch interpretiert, hat unser Anliegen gründlich mißverstanden und beleidigt uns.

Reden wir nicht um den heißen Brei herum: In vielem haben wir in der Beurteilung der politischen und gesellschaftlichen Situation übereinstimmende Meinungen. In manchem gibt es politische Differenzen zwischen der DKP und der PDS. André Bries Beitrag in der UZ mag dafür ein Exempel sein.

In theoretischen und historischen Fragen – so empfinde ich es nach ausführlicher Diskussion über den Artikel zum »modernen Antikommunismus«<sup>8</sup> – sind die Meinungsverschiedenheiten vielleicht tiefgehender, als ich selbst lange Zeit wahrhaben wollte. Aber ist das ein Wunder? Nach der verheerenden geschichtlichen Niederlage des Staatssozialismus ist der mit dem Trennungsschmerz verwobene Streit um die Neuorientierung unvermeidlich. Wir haben eine gemeinsame geschichtliche Herkunft. Wenn wir eine gemeinsame Zukunft haben wollen, müssen wir eine politische Kultur schaffen, in der wir uns in Aufrichtigkeit und gegenseitigem Respekt begegnen. Das sage ich auch an die Adresse meiner eigenen Partei. Diese Kultur beginnt mit Ehrlichkeit. Und ehrlich möchte ich Euch meine persönliche Überzeugung sagen: Eine Eigenkandidatur oder auch nur einen prononciert auf das spezifische Profil der DKP abgestellten Wahlkampf Eurerseits halte ich politisch für falsch. Auf Eure Hilfe und Euer Engagement wollen und können wir nicht verzichten. Wir bitten um Euer Verständnis und Eure Unterstützung. Eurem Parteitag wünschen wir, auch im Namen von Lothar Bisky<sup>9</sup>, viel Erfolg.

---

8 Ein Beitrag von André Brie in der UZ (»Unsere Zeit«) konnte im Jahrgang 1993 der Zeitung nicht gefunden werden. – Worum es bei den »tiefgehenden Meinungsverschiedenheiten« ging, erhellt indes aus dem Papier von Ellen Brombacher und Sarah Wagenknecht (beide KPF der PDS) sowie Rolf Priemer und Heinz Stehr (beide DKP) »Zu Aspekten des ›modernen‹ Antikommunismus« (UZ vom 17. September, 1. Oktober und 15. Oktober 1993), in dem es u.a. heißt: »Indem die in der Periode Stalins geschehenen Verbrechen letztlich zum maßgeblichen Bewertungskriterium gemacht werden und auch die Zeit danach als von reiner Machtpolitik beherrscht charakterisiert wird, indem stets aufs neue verlangt wird, der Begriff Stalinismus dürfe nicht auf die Gesetzesverletzungen in den dreißiger und vierziger Jahren der Sowjetunion beschränkt bleiben, sondern müsse als primäre Systemcharakterisierung von etwa 1924 bis zur Niederlage des Sozialismus Anwendung finden, wird faktisch die gesamte Geschichte des bisherigen Sozialismus als eine Kette von verbrechen und Willkür dargestellt. Die Reduzierung des ersten Sozialismus auf diese Seite und die Behauptung, in dem daraus assoziierten Sinne sei Sozialismus ein stalinistisches Modell gewesen, impliziert den Schluß, dieses System gehöre abgeschafft. (...) Hier treffen sich Rechtskonservatismus und jene, die sich als Verfechter des ›wahren Sozialismus‹ empfinden oder auch nur ausgeben (...)« (UZ vom 1. Oktober 1993).

9 Prof. Dr. Lothar Bisky war im Januar 1993 zum Parteivorsitzenden der PDS gewählt worden, blieb dies bis Oktober 2000 und wurde im Juni 2003 erneut in diese Funktion gewählt. Seit 1990 ist er gleichzeitig Vorsitzender der PDS-Fraktion im Landtag Brandenburg.

# Vor fünf Jahren: »Wir brechen unwiderruflich mit dem Stalinismus als System!«

## Reminiszenzen und aktuelle Überlegungen<sup>1</sup>

### I

Nie hätte ich mir träumen lassen, vor über zweieinhalbtausend Delegierten eines SED-Parteitag zu sprechen.

Am 27. November 1989 war ich an meiner Hochschule, der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft der DDR, direkt zum Delegierten des Außerordentlichen Parteitag der SED gewählt worden – gegen die Konkurrenz der Professoren Hans-Joachim Misselwitz und Werner Knüpfer sowie des ehemaligen zweiten Akademiensekretärs Dieter Klimesch. Zu dem dann vielbeachteten Parteitagreferat »Wir brechen unwiderruflich mit dem Stalinismus als System! Zur Krise in der Gesellschaft und zu ihren Ursachen, zur Verantwortung der SED«<sup>2</sup> kam ich jedoch wie die Jungfrau zum Kinde.

In Berlin war der am 3. Dezember ins Leben gerufene Arbeitsausschuß, der die letzte SED-Führung unter Egon Krenz abgelöst hatte, mit der Vorbereitung des vorfristig einberufenen Sonderparteitages beschäftigt. Als Mitglied dieses Gremiums war der seit wenigen Wochen amtierende 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Potsdam, Heinz Vietze, zum Leiter der Arbeitsgruppe bestimmt worden, die dem Parteitag einen Standpunkt zu den Ursachen der Krise in der Partei und in der Gesellschaft unterbreiten sollte. Es war dies eine zweifellos sehr komplizierte Aufgabe, die sich dem Arbeitsausschuß – auch angesichts der knappen Vorbereitungszeit – stellte.<sup>3</sup> An der Auseinandersetzung um diese Frage hätten sich der Parteitag und die Gesamtpartei leicht spalten können.

Jedenfalls bedeutete die Tatsache, daß ein Potsdamer Parteifunktionär (mit den weiteren Mitgliedern des Arbeitsausschusses Markus Wolf und Ulrich Peck, dem neuen Rostocker 1. Bezirkssekretär) die Hauptverantwortung für die Vorbereitung dieses Teils des Parteitag trug, daß auch eine Reihe von Potsdamer Wissenschaftlern in die entsprechende Arbeitsgruppe berufen wurde. Vietze griff – das war naheliegend – gleichsam auf seine eigene »Haus-

---

1 (Wenn nicht anders vermerkt, stammen die Anm. vom Herausgeber.) – Der Abdruck folgt dem Manuskript. – Der Text ist gedruckt worden in: Joachim Bruhn, Manfred Dahlmann, Clemens Nachtmann (Hrsg.): Geduld und Ironie. Johannes Agnoli zum 70. Geburtstag, Freiburg i. Breisgau 1995.

2 Siehe den Abdruck der Rede auf dem Außerordentlichen Parteitag im vorliegenden Band.

3 Vgl. zu den Abläufen die Anmerkungen zur Rede auf dem Außerordentlichen Parteitag im vorliegenden Band.

macht« zurück. Das waren namentlich die Historiker Prof. Kurt Finker von der Pädagogischen Hochschule und Dr. Kurt Libera und Prof. Gisela Schott von der Babelsberger Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft.

Auch ich war in die Vorbereitung des Parteitages eingespannt. Mein Rektor hatte mich dafür freigestellt. Ich fuhr fast täglich nach Berlin und verfügte mich in das ZK-Gebäude, in dem ich vorher nie gewesen war und in dessen labyrinthischer Innenarchitektur ich mich ständig verlor. Ich erinnere mich, an verschiedenen Texten für die Rede Gregor Gysis auf dem zweiten Teil des Parteitages gearbeitet zu haben – zu Verfassungsfragen und unter anderem zur Sportpolitik, ein Gebiet, auf dem ich ein absoluter Laie bin.<sup>4</sup>

Zur Arbeitsgruppe »Vergangenheitsbewältigung« gehörte ich zu diesem Zeitpunkt jedenfalls nicht.

Um so überraschter war ich, als mich Heinz Vietze anrief und mir kurz und trocken mitteilte, ich müsse das von seiner Arbeitsgruppe verfaßte Referat auf dem Parteitag vortragen. Ich war von diesem Ansinnen keineswegs begeistert. Wir verabredeten, daß ich zunächst einmal in die Arbeitsgruppe kommen und mich mit den vorliegenden Ergebnissen, dem soundsovielten Entwurf des Referats, bekanntmachen sollte.

Die Aufgabe, die man mir zugeordnet hatte, bereitete mir Unbehagen.

Ich konnte und wollte keine Rede halten, die andere geschrieben hatten und mit deren Inhalt ich möglicherweise nicht völlig übereinstimmte. Zudem war die Brisanz der Situation gerade an diesem Tagesordnungspunkt des Parteitages absehbar. Ein Scheitern war nicht ausgeschlossen, und ich fragte mich einen mißtrauischen Moment lang, warum die Mitglieder des Arbeitsausschusses mich zum Referenten nominierten und nicht selbst in Erscheinung treten wollten. Heute weiß ich, daß über diese Frage hinter den Kulissen viele Stunden verhandelt worden ist, unter anderem auch mit Hans Modrow und Gregor Gysi, die freilich mit anderen Angelegenheiten völlig überlastet waren. Von den unmittelbar für das Referat politisch Verantwortlichen lehnten es Heinz Vietze und Ulrich Peck ebenso wie Markus Wolf ab, sich auf dem Parteitag zu diesem Thema zu exponieren. Der ehemalige jahrzehntelange Chef des geheimen Auslandsnachrichtendienstes der DDR-Staatsicherheit fürchtete in dieser Situation um die Glaubwürdigkeit der ersten parteioffiziellen Abrechnung mit der eigenen Geschichte, wenn er sie der Öffentlichkeit vorstellen würde. (In seinem Buch »Im eigenen Auftrag«, München 1991, in dem er

---

4 Die gemeinte Rede des auf dem Außerordentlichen Parteitag gewählten Parteivorsitzenden Dr. Gregor Gysi am 17. Dezember 1989 wurde im »Neuen Deutschland« vom 18. Dezember 1989 und in der Broschüre: Außerordentlicher Parteitag der SED-PDS, Materialien, a.a.O., unter dem Titel »Wir kämpfen für die DDR, für soziale Sicherheit, für Stabilität und Frieden« abgedruckt (S. 75-123). Siehe auch Lothar Hornbogen, Detlef Nakath, Gerd-Rüdiger Stephan (Hrsg.): Außerordentlicher Parteitag der SED/PDS, a.a.O., S. 309-348.

auch über seine Tätigkeit im Zusammenhang mit dem Sonderparteitag berichtet, äußert er sich allerdings nicht zu dieser Frage.)

Eigentlich wäre es die Aufgabe Heinz Vietzes als hauptverantwortliches Mitglied des Arbeitsausschusses gewesen, auf dem Parteitag zu referieren. Aber er spürte, daß das »Chruschtschow-Referat« der SED-Geschichte<sup>5</sup> in der Situation des Jahres 1989 nicht sichtbar mit Personen der Nomenklatura verbunden werden durfte, wenn man auf Wirkung und Glaubwürdigkeit bedacht war. Es war keine gedankliche Distanz zum kritisch-selbstkritischen Inhalt des Referats und zur Idee der »Abrechnung«, die ihn wie auch Peck veranlaßte, in den Hintergrund zu treten. Beide waren wie die meisten der jüngeren Funktionäre von der Notwendigkeit der Totalerneuerung der Partei überzeugt und insofern auf der Höhe der Zeit. Vietze hatte in Potsdam die neuen politischen Gruppierungen längst am Runden Tisch, als sie durch die politische Führung noch ausgegrenzt und als verfassungsfeindlich abgestempelt wurden. In der Nacht vom 1. zum 2. Dezember hatte er Einlaß in die Sitzung des Politbüros erreicht und den gordischen Knoten zerhauen, indem er den Rücktritt von Egon Krenz forderte.

Aber alle diese Vorgänge waren der breiten Öffentlichkeit kaum oder gar nicht bekannt. Die hauptamtlichen Funktionäre hatten in der Bevölkerung und in der eigenen Mitgliedschaft ein schlechtes Ansehen. Vietze hatte eine typische Funktionärskarriere hinter sich. Die regional verantwortlichen Ersten Sekretäre von Kreis- und Bezirksleitungen wurden mit eben jenen Vorwürfen konfrontiert, die auch gegenüber Mitgliedern der alten Parteiführung erhoben wurden, nicht zuletzt die Fälschung der Kommunalwahlen vom Frühjahr betreffend. In dieser Situation hielten sich weder Vietze noch Peck für prädestiniert, zur Auseinandersetzung mit der offiziellen Politik der SED und der alten Partei- und Staatsführung vor den Delegierten und Gästen des Parteitages und den zahlreich vertretenen Medien das Wort zu ergreifen. Die Wissenschaftler der Arbeitsgruppe kamen nicht in Frage. Sie waren keine Delegierten.

So verfiel man auf mich. Ich war weniger »altlastig«, kam nicht aus dem Apparat und hatte in der Partei nur ehrenamtliche, heute würde man sagen: Basisfunktionen innegehabt. Zudem war ich als Wissenschaftler mit der Materie einigermaßen vertraut.

Vietze hatte mich am 18. November 1989 auf der (meines Wissens DDR-weit letzten) Kundgebung der SED in Potsdam kennengelernt.<sup>6</sup>

---

5 Schumann spielt hier auf die Geheimrede des Generalsekretärs der KPdSU Nikita Sergejewitsch Chruschtschow auf dem XX. Parteitag der KPdSU im Jahre 1956 an, mit der die Partei zum ersten Male zu den Verbrechen Stalins Stellung genommen hatte.

6 Dies ist ein Irrtum. Am 2. und am 3. Dezember 1989 fanden vor dem ZK-Gebäude in Berlin noch einmal SED-Protestkundgebungen mit einigen tausend Teilnehmerinnen und Teilnehmern statt: am 2.



Der Platz der Nationen war schwarz von Menschen, und meine kurze Ansprache, gespickt mit ätzend-kritischen Bemerkungen über die miserablen innerparteilichen Zustände und die Halbherzigkeit der Erneuerungsbemühungen von Egon Krenz, zündete. Ich traf den Nerv der versammelten Masse.

Vietze mochte das in Erinnerung gehabt haben, als mein Freund und langjähriger Kollege von der Babelsberger Akademie, Kurt Libera, mich, den direkt gewählten Delegierten seiner Parteiorganisation, als Redner vorschlug. Auch Markus Wolf stimmte zu. Er kannte mich aus gemeinsamer Arbeit in der Redaktionskommission während des ersten Teils des Parteitag.

Ich fuhr nach Berlin und beschäftigte mich mit dem Entwurf des Referates. Er war zweifellos eine gute Vorlage, hatte aus meiner Sicht aber einige Mängel. Ich schlug vor, die zu ausführlichen Darlegungen zur Geschichte der kommunistischen Bewegung und der KPdSU zu kürzen und erarbeitete einige theoretische Passagen, insbesondere zur Fehlinterpretation der Machtfrage und des Verhältnisses von Marxismus und Humanismus in der Politik der SED. Diese Passagen wurden von der Arbeitsgruppe akzeptiert und übernommen, nicht jedoch mein Vorschlag, sich vorsichtig-kritisch zur Problematik des offiziellen Antifaschismus in der DDR zu äußern. Nach meiner Erinnerung sprach sich Markus Wolf dagegen aus. Er hielt diese Frage offensichtlich für zu kompliziert, um sie im Rahmen des Referates befriedigend und, ohne Mißverständnisse heraufzubeschwören, behandeln zu können.

Schließlich entstand ein Entwurf, der in Inhalt und Form auch ein wenig meine eigene Handschrift trug. Er war insgesamt das Ergebnis einer kreativen Debatte zwischen Funktionären und Wissenschaftlern, einer Debatte, wie sie sich DDR-Gesellschaftswissenschaftler wohl immer gewünscht hatten. Unmittelbar beteiligt waren außer den erwähnten die weiteren Mitglieder der Arbeitsgruppe Prof. Günter Benser, Berlin, und Prof. Karl-Heinz Jahnke, Rostock.

Die Diskussionen, an denen ich – oft auch im kleineren Kreis – beteiligt war, wurden wesentlich von Markus Wolf geprägt. Er trat freundlich und bestimmt auf. Seine unter uns unumstrittene Autorität hielt die Debatte trotz des extremen Zeitmangels und zunehmenden äußeren politischen Drucks in sachlichen und konstruktiven Bahnen und führte sie zu maßvollen Urteilen. Ich glaube, daß ihm wie keinem anderen unter uns bewußt war, was in dieser Situation gesagt werden mußte und dem Parteitag zugemutet werden konnte. Mit einem Satz: Er war der spiritus rector des Unternehmens.

Der Entwurf des Referates schien reif, dem Arbeitsausschuß vorgelegt zu werden. Nach wie vor hatte ich jedoch Zweifel, ob ich mit dem Text, insbe-

---

Dezember im Ergebnis eines Aufrufes verschiedener Berliner Kreisorganisationen, am 3. Dezember auf Initiative der SED-Kreisdelegiertenkonferenz der Akademie der Wissenschaften (vgl. Neue Chronik DDR, 3. Folge 24. November-14. Dezember 1989, a.a.O.).

sondere was die theoretische Substanz betraf, vor den Delegierten würde bestehen können. Und als ich eines morgens im Eingang des ZK-Gebäudes den Philosophen Erich Hahn traf, bat ich ihn, sich das Manuskript umgehend vorzunehmen und mir seine Meinung mitzuteilen. Sein Urteil beruhigte mich. Einen Hinweis von seiner Seite zur Wirtschafts- und Wissenschaftspolitik der SED in der Ära Honecker fügten wir in den Text ein.

Die Mitglieder des Arbeitsausschusses bzw. des auf dem ersten Teil des Parteitages neu gewählten Parteipräsidiums hatten, soweit ich mich erinnere, keine relevanten Einwände. So konnte ich mit einiger Sicherheit und der nötigen inneren Souveränität am 16. Dezember 1989 vor das riesige Auditorium in der Dynamo-Sporthalle treten.

## II

Bevor mir Tagungsleiter Wolfgang Berghofer<sup>7</sup> das Wort zum Referat erteilte, wurde über die Zusammensetzung der Programmkommission abgestimmt. Dadurch kam mein Name auf eine Weise ins Spiel, die ich einen Augenblick lang als schlechtes Omen für den bevorstehenden Auftritt empfand. Der Berliner Politikwissenschaftler Dieter Segert stellte aus dem Auditorium heraus die Frage, ob es richtig sei, den ehemaligen stellvertretenden Leiter der Abteilung Wissenschaften des ZK, Gregor Schirmer, in die Kommission zu wählen. Und nach dem hochrangigen Funktionär nahm er mich ins Visier. Ich sei in der wissenschaftlichen Literatur »in den letzten Jahren mit einem Standpunkt aufgetreten, der nicht der gegenwärtigen Linie der Partei entspricht«. Segert, der eigentlich ausdrücken wollte, er halte mich – nach dem, was er von mir gelesen hatte – nicht gerade für einen Erneuerer und deswegen kaum für geeignet, an der Programmarbeit der erneuerten Partei mitzuwirken, erntete mit seiner Intervention das Kopfschütteln der Delegierten.

Seine Besorgnis war mir nicht völlig unverständlich. Ich hatte früher in der Tat manches geschrieben, was sein Mißtrauen rechtfertigte. Die Delegierten mochten jedoch den Eindruck haben, daß hier jemand mit dem Vorhalten der »Linie der Partei« den Teufel mit dem Beelzebub austreiben wollte.<sup>8</sup> Berghofer

---

7 Wolfgang Berghofer, 1986-1990 Oberbürgermeister von Dresden, hatte am 10. Oktober 1989 als erster Staatsfunktionär der DDR die Opposition zum Meinungsaustausch eingeladen; war Mitglied des Arbeitsausschusses zur Vorbereitung des Außerordentlichen Parteitages und wurde dort zum Stellvertretenden Parteivorsitzenden gewählt; trat am 20. Januar 1990 aus der PDS aus (vgl. Neue Chronik DDR, 1. Folge 7. August-18. Oktober 1989, a.a.O.; vgl. auch Andreas Herbst, Winfried Ranke, Jürgen Winkler: So funktionierte die DDR, Band 3, a.a.O.).

8 Die Erinnerungen Schumanns zeigen hier, wie wenig die verschiedenen Akteure einer innerparteilichen Erneuerung 1989 voneinander wußten. Segert kannte die Auftritte Schumanns in Potsdam nicht, Schumann umgekehrt nicht die Arbeiten Segerts. Es ist allerdings erstaunlich, daß dies aus Schumanns Sicht offensichtlich auch 1994 noch nicht anders war, denn sonst hätte er sich wohl sehr viel gründli-

ließ dann über die Programmkommission in vorgesehener Zusammensetzung unter der Voraussetzung abstimmen, daß ihr einzelne Personalentscheidungen selbst überlassen bleiben sollten.

Nach diesem Intermezzo und der Wahl der Statutenkommission rief mich Berghofer zum Referat auf.

Ich spürte schon während des Vortrages, daß wir die Stimmungslage der Delegierten getroffen hatten. Es gab mehrfachen Zwischenbeifall. Das Referat fand bei ihnen weit überwiegend eine positive Resonanz. Nur in der Tagungspause hörte ich eine einzige kritische Stimme. Karl-Heinz Schöneburg<sup>9</sup> monierte, wenn ich mich recht entsinne, das entlastende Moment. Während der relativ kurzen offiziellen Plenardebatte gab es allgemein Zustimmung.<sup>10</sup>

Heinrich Bortfeldt, der die erste Monographie zur Geschichte der PDS vorgelegt hat, schrieb zu Recht: »Das ... Referat ... wurde von den Delegierten als eine mutige und sachlich ausgewogene Abrechnung mit der Vergangenheit

---

cher mit der Segertschen Einlassung auseinandergesetzt. – Prof. Dr. Dieter Segert nahm am Außerordentlichen Parteitag als Delegierter der Kreisorganisation der Humboldt-Universität zu Berlin teil. In dieser Kreisorganisation hatte er sich im Herbst 1989 einen Namen gemacht als Mitglied des von Prof. Dr. Dieter Klein, Prorektor für Gesellschaftswissenschaften, geförderten »Forschungsprojekts Sozialismustheorie«, in dem – allerdings in einem den Verhältnissen geschuldet kaum öffentlich werdenden Rahmen – schon 1988/89 so tiefgehend über eine Reform des DDR-Sozialismus gearbeitet worden war, daß mit Redaktionsschluß 29. Oktober 1989 eine den Rahmen aller bisherigen Betrachtungen zur Entwicklung des Sozialismus in der DDR entschieden sprengende Broschüre »Studie zur Gesellschaftsstrategie« (Sozialismus in der Diskussion I, Berlin 1989) veröffentlicht werden konnte. Autorinnen und Autoren dieser Studie, in der zum Beispiel »eine grundlegende Reform des politischen Systems, eine Reorganisation der SED ... und eine Reform des Staates und des Rechts« gefordert wurden, über die nach dem Willen der Verfasser »zwischen dem XII. und dem XIII. Parteitag« der SED »eine Volksaus-sprache und eine Parteikonferenz 1991 oder 1992« durchgeführt werden sollten (S. 9-10), waren neben Dieter Segert: Dr. Michael Brie, Dr. Rainer Land, Dr. Hannelore Petsch und Dr. Rosemarie Will. – Zu den Auffassungen Segerts siehe außerdem seinen Aufsatz »Dringende Schritte zur Erneuerung der SED: eine erneuerte marxistische Partei – unerläßliche Bedingung für die Erneuerung und den Fortbestand des Sozialismus in der DDR (17. Oktober 1989)«, in: Texte zu Politik, Staat, Recht, Sozialismus in der Diskussion 2, Berlin 1990. (In dieser Broschüre sind außerdem Texte von Harald Bluhm, André Brie, Michael Brie, Wilfried Ettl, Rainer Land, Wolfram Wallraf und Rosemarie Will enthalten.) – Arbeiten, mit denen sich Schumann in diese Forschungen hätte einreihen können, gab es von ihm zu diesem Zeitpunkt – wie er ja auch selbst in seinem Rückblick einräumt – in der Tat *nicht*. – Die Schumann betreffende Wortmeldung Segerts, die nicht nur das von Schumann bemerkte Kopfschütteln hervorrief, sondern auch Beifall, hatte folgenden Wortlaut: »Und zweitens – ich bitte das zu entschuldigen, daß ich das noch sage – Michael Schumann aus Potsdam ist zumindest in der wissenschaftlichen Literatur – ich bin Politikwissenschaftler und habe das verfolgen können – in den letzten Jahren mit einem Standpunkt aufgetreten, der nicht der gegenwärtigen Linie der Partei entspricht. Ich frage mich also, ob er wirklich der Richtige ist; das ist eine persönliche Anfrage, die zweite. (Beifall)« (Außerordentlicher Parteitag der SED, Protokoll, a.a.O., S. 176).

9 Prof. Dr. Karl-Heinz Schöneburg war an der Akademie der Wissenschaften der DDR in Berlin tätig, gehörte 1990-1992 zu den Autoren der Verfassung des Landes Brandenburg – der neben der kurzlebigen Verfassung von Ostberlin (1990) einzigen Landesverfassung, zu deren Erarbeitung die in der Opposition befindliche PDS herangezogen wurde; der Vorgang ist als »Brandenburger Weg« bekannt geworden – und wurde danach Verfassungsrichter in Brandenburg.

10 Es gab 15 inhaltliche Wortmeldungen zum Referat, die alle zustimmend und unterstützend waren (vgl. Außerordentlicher Parteitag der SED, Protokoll, a.a.O., S. 192-222).

empfunden. Es ging weit über das von den Vertretern der ehemaligen Parteiführung ausgearbeitete Papier zu den Ursachen der Krise hinaus.«<sup>11</sup>

Aber nicht nur durch neutrale Beobachter, sondern auch durch Persönlichkeiten aus dem politischen Raum fand das Referat positive Würdigung. Helmut Bärwald vom extrem SED-feindlichen Kurt-Schumacher-Kreis nannte es seinerzeit eine »durchaus bemerkenswerte Analyse«.<sup>12</sup>

Natürlich hatte das Referat auch Mängel, die einem nach Jahren besonders ins Auge fallen. Ich kann die Hauptrichtung der Kritik hier nur andeuten. Obwohl wir im Referat strukturelle, systembedingte Defizite der realsozialistischen DDR-Gesellschaft ansprachen und an verschiedenen Stellen grundsätzliche Kritik am stalinistisch geprägten Politik- und Parteiverständnis der SED übten, ist diese – entscheidende – Seite der Auseinandersetzung nicht mit der nötigen Radikalität durchgeführt worden. Damit meine ich besonders die mangelnde Analyse der historischen und sozialen Wurzeln des realsozialistischen Herrschaftssystems und staatsbürokratischen Vergesellschaftungstyps. Das hing aus meiner Sicht vor allem damit zusammen, daß die Problemstellungen und Resultate der linken und demokratischen Kritik am sowjetisch geprägten Gesellschafts- und Staatssystem, die eine lange Tradition hat, nicht hinreichend berücksichtigt wurden. Freilich ist dabei immer zu bedenken, daß wir kaum Zeit hatten, uns der theoretischen und theoriegeschichtlichen Voraussetzungen unserer Arbeit zu versichern.

Schlimmer noch wirkt auf mich heute die unreflektierte Weise, wie wir damals den Mitgliedern der alten Führung die persönliche Verantwortung für die Krise der Gesellschaft zurechneten. Sicher ist in einer Gesellschaft vom Typus der DDR, in der nicht nur die Verfügung über die Machtinstrumente jeder demokratischen Kontrolle entzogen, sondern selbst die Informationen von einem kleinen Führungskern monopolisiert sind, die Verantwortung dieser Führung dann auch entsprechend. Aber die Art, wie wir dieses Problem thematisierten, enthielt doch Züge einer Kreation von Sündenböcken und konnte den Eindruck erwecken, wir wollten die Masse der SED-Mitglieder und SED-Funktionäre von kritischer Selbstbefragung entlasten. Das mag vielleicht – aus psychologisch verständlichen Gründen – zur allgemeinen Akzeptanz unseres Referates in der aufgewühlten Atmosphäre des Parteitagés beigetragen haben. Aber ich fürchte, die längerfristigen Wirkungen waren fatal, obwohl wir später diese – ethische – Seite der Vergangenheitsdebatte durchaus nicht vernachlässigt haben.<sup>13</sup>

---

11 Anm. Schumann: Heinrich Bortfeldt: Von der SED zur PDS. Wandlung zur Demokratie?, Bonn/Berlin 1992, S. 143.

12 Anm. Schumann: Helmut Bärwald: Terror als System, in: G. Scholz (Hrsg.): Verfolgt – verhaftet – verurteilt, Berlin/Bonn 1990, S. 13.

13 Anm. Schumann: Diese Debatte wurde z. B. ziemlich umfänglich auf der PDS-Konferenz zur Staatssi-

Trotz dieser und sicher auch weiterer Mängel: In der Parteimitgliedschaft hat das Referat nachhaltig positiv gewirkt. Es wurde breit veröffentlicht und umfassend diskutiert. Es war ein Dokument des deutlichen Willens der Masse der SED-Mitglieder zur demokratischen Erneuerung, zum radikalen Bruch mit der stalinistischen Traditionslinie in der SED. Zweifellos gehörte es zu jenen Ergebnissen des Parteitages, die die Transformation der zusammenschmelzenden Staatspartei zu einer demokratischen sozialistischen Partei wesentlich beförderten.

### III

Nach fünf Jahren ist – wie könnte es anders sein? – die politische Debatte um unsere jüngste Vergangenheit auch innerhalb der PDS nicht verstummt. Im Gegenteil. Sie wird sehr intensiv und – wie mir scheint – sogar kontroverser geführt.

Das Referat des Außerordentlichen Parteitages bezeichnet den Beginn der seitdem nicht mehr abreißenden innerparteilichen Auseinandersetzung um die eigene Geschichte und Verantwortung.

Es gab gleichsam den Startschuß und bildete eine alles in allem gute Grundlage für die folgenden, zum Teil auch dokumentierten Debatten. Meines Erachtens hat sich die Wertung Markus Wolfs bestätigt: »Wenn es auch nur ein erster Versuch einer Analyse der Ursachen der Krise war und viele seiner nur kurz zusammengefaßten Thesen in der Hektik der Tage und der folgenden Wochen unterging, so kann es doch für ein späteres, gründlicheres Nachdenken und Forschen von Bedeutung sein und Bestand haben.«<sup>14</sup>

Wer das Referat heute liest, kann trotz der eingeräumten Mängel kaum übersehen, daß wir uns die Aufarbeitung der Vergangenheit nicht leicht machen und auch schmerzliche Wahrheiten deutlich aussprachen. Der seinerzeitige Verteidigungsminister, Admiral Theodor Hoffmann, erinnert sich an den Eindruck, den das Referat damals auf ihn – und sicher auch auf viele andere Verantwortungsträger aus den Reihen der SED – machte: »Die Autoren ... schenkten uns an harten Einschätzungen der Rolle der Partei nichts, und mehr als einmal habe ich geschluckt, weil ich vieles nicht kannte oder bisher nicht so gesehen hatte.«<sup>15</sup>

---

cherheitsproblematik im Oktober 1991 in Kleinmachnow geführt. Vgl. dazu Gregor Gysi, Uwe-Jens Heuer, Michael Schumann (Hrsg.): Zweigeteilt. Über den Umgang mit der SED-Vergangenheit, Hamburg 1992.

14 Anm. Schumann: Markus Wolf: Im eigenen Auftrag. Bekenntnisse und Einsichten, München 1991, S. 313.

15 Anm. Schumann: Theodor Hoffmann: Das letzte Kommando. Ein Minister erinnert sich, Berlin/Bonn/Herford 1993, S. 75.

Ich bin weit davon entfernt, den Wert unserer damaligen Anstrengungen zu überschätzen. Aber selbst wenn wir seitdem zu diesem Thema geschwiegen hätten, könnten wir die Verrisse aus der Agitationsabteilung der CDU, die PDS habe sich bis heute nicht einmal um eine ernsthafte Aufarbeitung ihrer Geschichte bemüht<sup>16</sup>, getrost als völlig unsolide beiseite legen. Die zeitgenössischen Kommentare lauteten anders.

Und wenn sich danach der Wind gedreht hat, so weiß jedes Kind, daß dies am wenigsten einer ernsthafteren Beschäftigung mit der PDS geschuldet ist. Die sich wandelnde Wertung unserer Haltung zur SED-Vergangenheit und überhaupt unseres politischen Willens durch die deutsche politische Klasse ist nur vor dem Hintergrund der allgemeinen politischen Entwicklung verständlich. Ihr Einstellungswandel gegenüber dem schwierigen Transformationsprozeß der ehemaligen sozialistischen Staatspartei wird vielleicht nirgends so deutlich, wie an dem totalen Perspektivwechsel in der Beurteilung der diesen Prozeß repräsentierenden Persönlichkeiten. Dafür steht nicht nur das Beispiel Hans Modrows. Auch im Dezember 1989 wußte man, daß der neue Parteivorsitzende, Gregor Gysi, der Sohn des DDR-Politikers Klaus Gysi ist und der Vorsitzende des Kollegiums der Rechtsanwälte der DDR war, Umstände, die ihn heute als »Bonzensohn« und willfähiges Werkzeug der »Unrechtsjustiz« erscheinen lassen sollen. Das hinderte die »Frankfurter Allgemeine Zeitung« nicht daran, am 18.12.1989 zu schreiben: »Wenn Gysi jetzt als SED-Vorsitzender dem stalinistischen System den Kampf ansagt, sich für die unbedingte Achtung der Menschen- und Bürgerrechte einsetzt, Gewaltentrennung und Rechtsstaatlichkeit fordert, dann meint er es bitter ernst. Es ist ihm zu wünschen, daß er sich auf diesem Weg immer der Unterstützung jener 95 Prozent der Parteimitglieder sicher sein kann, die ihn jetzt gewählt haben.«

Damals konnte man sich noch nicht völlig gewiß sein, wohin sich die Waage der Macht neigen würde.

Das rasche Zusammenschmelzen der ehemaligen Millionenpartei in Verbindung mit dem Vorantreiben des deutschen Einigungsprozesses änderte die Situation grundlegend. Der von Gysi und anderen verkörperte Weg der PDS stand nicht mehr für den willkommenen demokratischen Wandel der Regierungspartei des zweiten deutschen Staates, sondern wurde – Ironie der Geschichte – mit der deutschen Einheit zum Ferment der Veränderung des politischen Systems der Bundesrepublik. Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland etablierte sich mit der PDS eine linkssozialistische Opposition als politische Formation mit erheblichem gesellschaftlichen Einfluß. Dies wurde und wird von den tragenden politischen Kräften der alten Bun-

---

16 Anm. Schumann: Vgl. Patrick Moreau, Viola Neu: Die PDS zwischen Linksextremismus und Linkspopulismus. Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., St. Augustin 1994, S. 57.

desrepublik aus verschiedenen Gründen als eine geradezu provozierende Herausforderung begriffen.

Unabhängig von den besonderen Problemlagen des Einigungsprozesses, aber durch diese verstärkt, stellte sich für sie angesichts struktureller Krisen im wirtschaftlichen Bereich die Grundfrage der dauerhaften Gewährleistung politischer Stabilität längst in neuer und schärferer Weise. Das Festsetzen der PDS, die man zunächst als Auslaufmodell bzw. bloßes Relikt der DDR-Vergangenheit abtun zu können meinte, gilt als Symptom einer Erosion des herkömmlichen politischen Systems. Die panischen Reaktionen auf die Wahlerfolge der PDS 1994 erklären sich nicht aus einem kühlen Abwägen ihres tatsächlichen politischen Gewichts, sondern aus einer symbolhaften Deutung dieser Partei und ihres Weges: Die PDS wird als Zeichen und als Subjekt eines längst befürchteten und – allerdings aus anderen Gründen – in Gang gekommenen Schwunds politischer Stabilität wahrgenommen.

Ich glaube nicht, daß es sich dabei um eine zutreffende Wahrnehmung handelt. Was die Kernfrage politischer Stabilität, die Verfassungsordnung, betrifft, hat sich die PDS längst entschieden. Sie ist eine Verfassungspartei. Die PDS hat ein für allemal klargestellt, daß für sie mit dem Zusammenbruch der DDR und überhaupt der realsozialistischen Staatlichkeit in Osteuropa auch das realsozialistische Konzept der »Diktatur des Proletariats«, einschließlich der damit einhergehenden Negierung der zivilisatorischen Errungenschaften bürgerlicher Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, gescheitert ist. Dies ist übrigens im Kern bereits in den Dokumenten des Außerordentlichen Parteitages vom Dezember 1989 als Position der erneuerten Partei fixiert.<sup>17</sup>

Die grundlegenden Prinzipien der Volkssouveränität, der Wahrung der Menschenrechte, der Friedenssicherung, der Gewaltenteilung, der Sozial- und Rechtsstaatlichkeit stehen für sie nicht zur Disposition. Eher sind es gewisse neuere Bestrebungen in den großen Volksparteien, die geeignet sind, manche dieser Verfassungsgrundsätze auszuhöhlen.

Die heutigen verfassungsschutzamtlichen Bedenken, die gegen die PDS erhoben werden, sind unhaltbar und reichen gelegentlich ans Absurde, wo sie gedanklich Konstellationen des Kalten Krieges konservieren, nachdem dieser längst sein Ende gefunden hat.

Sie sind allerdings dazu geeignet, die tatsächlichen »Fronten« in der Auseinandersetzung um Verfassungs- und Demokratiefragen zu verwischen. Diese verlaufen nämlich heute nicht diesseits bzw. jenseits der grundgesetzlichen

---

17 Anm. Schumann: Eine ausführlichere, die theoretischen Fundamente der Demokratie- und Rechtsauffassung der SED und der ihr verpflichteten Wissenschaft aus der Sicht der PDS beleuchtende gehaltvolle Kritik ist meines Erachtens der Beitrag von Uwe-Jens Heuer »Macht, Recht und Unrecht in Geschichte und Gegenwart«, in: Lothar Bisky, Uwe-Jens Heuer, Michael Schumann (Hrsg.): Rückblicken. Politische und juristische Aspekte der DDR-Geschichte, Hamburg 1993.

Fundamentalnormen (im staatsrechtlichen Jargon: der freiheitlich-demokratischen Grundordnung), sondern in ihrem weiten Rahmen zwischen den konservativen Befürwortern einer nur repräsentativen, die Macht der Parteien und der Bürokratien stabilisierenden eingeschränkten Demokratie zur Verteidigung des gesellschaftlichen Status quo einerseits und den Befürwortern einer Demokratisierung von Staat und Gesellschaft andererseits.

Es ist eine alte und immer wieder gemachte Erfahrung, daß herrschende politische Kreise leicht dazu neigen, eine Veränderung der empirischen Machtverhältnisse mit dem Ende politischer Stabilität oder gar mit dem »Untergang des Abendlandes« zu verwechseln. Die Existenz der PDS und ihr in letzter Zeit gewachsener politischer Einfluß bedeuten sicher eine partielle Verschiebung der gegebenen Machtverhältnisse. Solche Entwicklungen sind durch den Wählerwillen legitimiert und gelten in europäischen Demokratien gemeinhin als Normalität. Sie stellen nichts weniger als eine Infragestellung des Verfassungskonsenses dar. Sie bedeuten vielmehr eine Ausdifferenzierung des politischen Pluralismus durch das Geltendmachen bisher nicht oder kaum berücksichtigter Interessen und einer spezifischen Sicht auf die perspektivischen Erfordernisse gesellschaftlicher Entwicklung.

Eine gegen demokratische Kräfte angestrengte Einengung der politischen Pluralität als grundsätzliche Methode der Konservierung bestehender Machtverhältnisse kann letztlich nur eines zur Folge haben: die Reduzierung der Dynamik und Kreativität des politischen Systems. Oder anders ausgedrückt: die Verstärkung seiner von vielen Stimmen seit langem diagnostizierten bedenklich sterilen Züge. Daß hierin eines der zentralen Probleme der politischen Stabilität liegt, ist nicht erst nach den Erfahrungen mit den Opposition ausgrenzenden politischen Strukturen der DDR gewiß.

#### IV

Gegenüber der PDS ist die Politik der maßgebenden Regierungs- und Oppositionskreise – mehr, als diesem Land guttut – von kurzfristigen und parteigoistischen Interessen bestimmt.

An die Stelle politischer Auseinandersetzung treten rechtsstaatswidrige Methoden der Ausschaltung eines politischen Konkurrenten (wie die Versuche, die PDS auf fiskalischem Wege zu erledigen)<sup>18</sup> und die Konstruktion von Feindbildern.

---

18 Am 30. November 1994 verweigerte die Unabhängige Kommission zur Überprüfung des Vermögens von Parteien und Massenorganisationen der DDR ihre Zustimmung, eine vermeintliche Steuerschuld der PDS von 67,5 Mio. DM aus dem Jahre 1990 aus dem SED-Altvermögen zu begleichen. Das Finanzgericht Berlin setzte zwar eine Vollstreckung aus dem Vermögen der PDS per 1. Dezember 1994 bis zur endgültigen Klärung des Sachverhalts aus, forderte aber eine Abtretung der der PDS zuste-



In den Bundes- und Landtagswahlkämpfen 1994 diffamierte der Kanzler<sup>19</sup> PDS-Mitglieder als »rot lackierte Faschisten«. Scharping<sup>20</sup> erkennt in ihnen einen »Misthaufen«. Von CSU bis Bündnisgrün reicht die Phalanx jener, für die, wenn es um die PDS geht, kein Tabu, jedenfalls kein verbales, gilt. Ich halte diesen parteiübergreifenden »semantischen Umgang« mit der PDS ebensowenig für zufällig wie die administrativen Restriktionen, die, würden sie gegen andere Bundestagsparteien in Anschlag gebracht, das politische Leben ihrer Urheber in kürzester Frist beendeten.

Nein, diese Methoden der politischen (oder vielmehr unpolitischen) Auseinandersetzung mit der PDS, einschließlich der erwähnten verbalen »Entgleisungen«, zielen, abgesehen von ihrer generell zerstörerischen Wirkung auf die eh schon beschädigte demokratische Kultur, absichtsvoll auf eine Radikalisierung der PDS im schlechten Sinne und damit auf eine Zuspitzung ihrer innerparteilichen Konflikte. Kohl, Scharping und andere wünschen sich eine haßerfüllte, radikalisierte PDS. Sie versuchen, sie sich herbeizuhetzen. Sie ist ihnen lieb und teuer. Mit ihr würden sie fertig, wie sie in der alten Bundesrepublik immer mit einer solchen Linken fertig wurden. (Die wichtige Frage, ob es sich hierbei »nur« um eine spezifische Form der Auseinandersetzung mit Links handelt oder zumindest gleichermaßen auch um eine aggressive Reaktion des um seine innerdeutsche Vorherrschaft langfristig fürchtenden »Rheinbundes«, lasse ich hier beiseite.)

Jedenfalls: Die PDS als extremistischer Außenseiter, als sektiererischer und deshalb einflußloser, marginalisierter Zirkel – das ist das Wunschkind der »Demokraten«. Ein Greuel ist ihnen dagegen aus leicht einsehbaren Gründen eine (noch dazu ostdeutsch geprägte) Linke mit Sitz und Stimme in den Institutionen der deutschen Demokratie.

Ich will nicht ausschließen, daß diese »Radikalisierungsstrategie«, ein Spiel mit dem Feuer, bereits gewisse Erfolge für sich verbuchen kann. Zu ihren zentralen Momenten zählt zweifellos der offiziell gepflegte Umgang mit der DDR-Vergangenheit. »Die Geschichte, die man uns jetzt lehrt, ist in Wirklichkeit die Vergottung der Gegenwart mit Hilfe der totalen Verketzerung der DDR-Geschichte.«<sup>21</sup>

---

henden Rückerstattung der Wahlkampfkosten ans Finanzamt. Schumann gehörte – gemeinsam mit dem Parteivorsitzenden Lothar Bisky, dem Vorsitzenden der Gruppe der PDS im Bundestag Gregor Gysi, dem Wahlkampfleiter André Brie, dem Schatzmeister Dietmar Bartsch, dem Sprecher des Parteivorstands Hanno Harnisch und Heinz Vietze – einer Gruppe von PDS-Funktionären an, die daraufhin in den Hungerstreik traten. Es kam in verschiedenen Landesverbänden zu Solidaritätsaktionen mit dieser Gruppe. Am 7. Dezember 1994 wurde der Hungerstreik beendet, nachdem das Berliner Verwaltungsgericht entschieden hatte, daß die geforderten Steuern aus dem Altvermögen der SED freizugeben seien (vgl. Chronik der PDS 1989-1997, a.a.O.).

19 Helmut Kohl (CDU).

20 Rudolf Scharping, seinerzeitiger SPD-Vorsitzender.

21 Anm. Schumann: Manfred Kossok: Im Gehäuse selbstverschuldeter Unmündigkeit oder: Umgang mit der Geschichte, in: Rücksichten. Politische und juristische Aspekte der DDR-Geschichte, a.a.O., S. 17.

Die pauschale Diskreditierung der DDR (Stichwort »Unrechtsstaat«) und die Totalverurteilung von Lebensläufen, die im Dienst einer gesellschaftlichen Alternative standen, sind geeignet, Menschen sozialistischer Herkunft und Überzeugung in eine Haltung der abstrakten Negation, der Totalverweigerung oder des resignierenden Rückzugs aus der öffentlichen politischen Auseinandersetzung zu treiben.

Und genau dies ist die Absicht. Mit dem Vehikel offizieller, das Gefühl tiefer Ungerechtigkeit und Ohnmacht provozierender »Vergangenheitsbewältigung« will man uns in politisch sich selbst neutralisierende »Glaubenskrieger« verwandeln.

Das aus meiner Sicht Wichtigste am Weg der PDS, den wir im Dezember 1989 beschritten haben, besteht darin, daß wir die in einer Situation der geschichtlichen Niederlage notwendig aufkommenden scharfen politisch-historischen und theoretisch-programmatischen Auseinandersetzungen nicht auf Kosten der realen Politikfähigkeit der Partei geführt und die »Ideologie« und das Geschichtsbild nicht zum Dreh- und Angelzapfen der politischen Existenz der PDS gemacht haben. Dies und die – bei aller möglichen und notwendigen Kritik – kompetente Sacharbeit an den die Bürgerinnen und Bürger wirklich bewegenden Problemen hat uns vor einem Totalverlust gesellschaftlichen Einflusses bewahrt und uns jenen Rückhalt in erheblichen Teilen der ostdeutschen Bevölkerung gebracht, ohne welchen von Politik ernsthaft nicht die Rede sein kann und der uns immer wieder von neuem zum politischen Engagement ermutigte. Man darf nicht vergessen, daß selbst das beste Programm nicht die Existenz einer politischen Partei oder Bewegung rechtfertigt. Das – ich wiederhole es – entscheidende Resultat unserer Entwicklung seit dem Dezember 1989 ist unsere gewachsene Fähigkeit, politischen Einfluß in konkreten, die Menschen bewegenden Problemen von der Kommune bis zur Bundesebene auszuüben, wengleich wir auch hier mit dem Status quo alles andere als zufrieden sein können. Nur wenn wir fähig bleiben, diesen Einfluß zu erhalten und auszuweiten, haben auch programmatische Arbeit und historische Debatten ihren Sinn und ihre politische Bedeutung.

Die »aufgepflanzte Fahne« einer Partei ist vor allem ein Selbstporträt. Aber so wenig man ein Individuum nach dem beurteilt, was es sich selbst dünkt, wird man auch eine Partei letztlich nicht danach beurteilen, was sie von sich sagt, sondern danach, was sie tut und kraft ihres Einflusses durchzusetzen in der Lage ist.

Von einer Unterschätzung von Theorie und Programmatik bin ich weit entfernt. Es ist keine Frage, daß durch Ignoranz gegenüber der Wissenschaft und den Verzicht auf ernsthafte programmatische Debatten die politischen Weichen falsch gestellt werden, falsch gestellt werden müssen. Das betrifft auch und nicht zuletzt die Debatten um die Geschichte des Sozialismus, der DDR und der SED. Klar ist aber auch, daß diese Arbeit keinerlei Aufregung verträgt und eine gewisse Distanz zur alltäglichen Politik voraussetzt.

Ich plädiere also keineswegs für eine Ausklammerung von Theorie und Programmatik aus dem innerparteilichen Diskurs. Im Gegenteil. Wogegen ich mich wende, ist die Art, wie wir gerade in Sachen Aufarbeitung der Geschichte mit den Dingen um- und unseren politischen Gegnern auf den Leim gehen, welche uns am liebsten durch selbstzerfleischende ideologische Kontroversen beschäftigt sehen.

Es ist doch kein Zufall, daß wir von ihnen nicht in die Diskussion gezogen werden, um unseren Standpunkt zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit oder zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr zu bekennen. Von uns – und nur von uns! – werden ständig Bekenntnisse ganz anderer Art verlangt: Zwangsvereinigung – ja oder nein?, SED-Diktatur – ja oder nein?, verordneter Antifaschismus – ja oder nein?

Natürlich können und wollen wir solchen Themen nicht ausweichen.

Aber ich denke, wir sollten auf hingeworfene Knochen nicht reagieren wie bissige Hunde. Dabei stelle ich nicht in Abrede, daß die Art und Weise, wie manche Politiker und Publizisten mit dem umgehen, was uns heilig war und geblieben ist, manchmal auch eine schnelle und deutliche Reaktion verlangt.

Es gehört aber zu der erwähnten »Radikalisierungsstrategie« gegenüber der PDS, unser Blut regelmäßig zum Sieden zu bringen (etwa dadurch, daß Persönlichkeiten, die in diesem Land unter die höchsten moralischen Autoritäten zählen, uns in das Zwielficht eines uneindeutigen Verhältnisses zum Antisemitismus rücken). Wir werden jedoch Auseinandersetzungen dieser Art nicht bestehen können, wenn wir davon ausgehen, sie könnten gleichsam als Tagesordnungspunkt des laufenden politischen Geschäfts erledigt werden. Das führt nicht nur zur Oberflächlichkeit, sondern auch zur Vernachlässigung der zentralen Aufgaben politischer Entscheidungsgremien. Wer uns eine solche Arbeitsweise aufzwingt, hilft jenen, die uns mit einer Fixierung auf provokative ideologische Stichworte politisch lähmen wollen.

## V

Die PDS benötigt dringend eine Aktivierung / Reaktivierung ihres intellektuellen Potentials, und auch ein Nachdenken über neue Formen, die es ermöglichen, die theoretische, programmatische und historische Diskussion in der Breite der Partei zu verstetigen, zusammenzufassen und zu konstruktiven Ergebnissen zu führen, ist notwendig.

Eine Partei braucht gemeinsame Grundüberzeugungen. Ohne den permanenten Dialog unter uns und mit anderen über unsere Geschichte und unsere Ziele gerät der innerparteiliche Pluralismus zum politischen und ideologischen Partikularismus unterschiedlicher Fraktionen und Gruppen, die nicht mehr gemeinsame Überzeugungen weiterentwickeln, sondern nur noch zur

Wahrung vermeintlicher Besitzstände miteinander »verhandeln« wie mißtrauische Emissäre konkurrierender Mächte. Das Gemeinsame besteht dann nur noch in der Partei als äußerlicher Organisationsform, aber nicht mehr in der Gemeinsamkeit der Maßstäbe, der Gemeinsamkeit des Bewußtseins geschichtlicher Herkunft und Perspektive.

Auch dies könnte die Politikfähigkeit der Partei über kurz oder lang infrage stellen.

Der vielbeschworene innerparteiliche Pluralismus der PDS erscheint heute oft – und nicht zu Unrecht – als hoffnungsloser Versuch der Vereinbarung des Unvereinbaren. Meines Erachtens liegt eine der Ursachen für diese problematische Entwicklung in der Tatsache begründet, daß heterogene Positionsbestimmungen, die sich allesamt auf ein Parteiprogramm berufen, in Abstraktion von der Geschichte der eigenen Partei fixiert werden. Nirgends wird dies so deutlich wie an der gegenwärtigen Diskussion um den Stalinismus und den Charakter der »Wende« in der DDR. Es wird diskutiert, als hätte es den außerordentlichen Parteitag nie gegeben. Obwohl seine Aussagen zu historischen Fragen nie einer Revision unterzogen wurden, wird ein Bezug auf sie peinlich vermieden. Die faktische Neugründung der Partei im Dezember 1989 stand im Zeichen einer deutlichen Absage an den Stalinismus. Aber allein die Verwendung des Ausdrucks »Stalinismus« in Verbindung mit der Geschichte der DDR löst heute eine Flut von Widerständen und teils rein emotionell gesteuerten, teils akademisch vorgetragenen Bedenken aus, als handele es sich dabei um eine Form der Akkomodation an das offiziell vorherrschende, die DDR pauschal diskreditierende Geschichtsbild.

Die Verwendung der Ausdrücke »Stalinismus« und »stalinistisch« zur Charakterisierung des realsozialistischen Systems war übrigens seinerzeit keine Spezialität der Autoren des Referats über die Ursachen der Krise in der Partei und der Gesellschaft, das die Überschrift trug: »Wir brechen unwiderruflich mit dem Stalinismus als System!«. (Allenfalls wäre dies über das Bild vom »Stalinismus in den Farben der DDR«, eine Schöpfung von Markus Wolf, zu sagen.)

Schon auf dem ersten Teil des Parteitages hatte Gregor Gysi in seiner Rede klar formuliert: »Wir brauchen einen vollständigen Bruch mit dem gescheiterten stalinistischen, das heißt administrativ-zentralistischen Sozialismus in unserem Land.«<sup>22</sup>

---

22 Anm. Schumann: Außerordentlicher Parteitag der SED/PDS, Partei des Demokratischen Sozialismus, 8./9. und 16./17. Dezember 1989, Materialien. Berlin 1990, S. 13. – Ergänzung des Herausgebers: Das Gysi-Referat vom ersten Beratungstag trägt im Abdruck im »Neuen Deutschland« am 9./10. Dezember 1989 und in den »Materialien« den Titel »Wenn wir alle für die neue Partei streiten, wird sie stark bleiben!« Dem Parteitag vorgelegt worden war es unter der Überschrift »Zur Formierung einer modernen Partei des demokratischen Sozialismus« (vgl. Außerordentlicher Parteitag der SED/PDS. Protokoll der Beratungen, a.a.O., S. 51-65).

Und damit war zugleich verdeutlicht, in welchem Sinne wir den Begriff des Stalinismus gebrauchten, nämlich als Synonym für »administrativ-bürokratischen Sozialismus«. An anderer Stelle der Rede Gysis hieß es: »Die Krise des administrativ-zentralistischen Sozialismus in unserem Lande kann nur dadurch gelöst werden, daß die DDR einen dritten Weg jenseits von stalinistischem Sozialismus und Herrschaft transnationaler Monopole geht.«<sup>23</sup> Als es um die Traditionen ging, auf die wir uns berufen mußten, war unter anderem von den »nichtstalinistisch-kommunistischen« die Rede. Auch Hans Modrow sprach in der dramatischen geschlossenen Sitzung des ersten Beratungstages davon, »daß wir uns frei machen müssen vom Stalinismus.«<sup>24</sup> In dem von den Delegierten bestätigten Bericht zur Diskussion auf dem ersten Beratungstag führte Lothar Bisky unter anderem aus: »Wir brechen mit dem System des Stalinismus.«<sup>25</sup>

Weder 1989 noch später war für uns der Begriff des Stalinismus eine Zauberformel, um die konkrete Analyse der komplizierten Geschichte des Sozialismus im 20. Jahrhundert zu ersetzen. Er sollte jene nicht äußerlichen, sondern systembedingten Grunddefekte des Realsozialismus, insbesondere seines politischen Systems, erfassen, die sein weltgeschichtliches Scheitern in der Hauptsache bewirkten. Mit dem Ausdruck »Stalinismus« verbinden wir die für uns schmerzliche, aber unabweisbare Erkenntnis, daß die Geschichte des staatlichen Sozialismus verbunden war mit repressivem Zentralismus, Antidemokratismus, mit Theorie- und Kulturfeindlichkeit, mit Nationalismus, auch mit Antisemitismus und unvorstellbaren Verbrechen. Stalin war, so hat André Brie in einem neueren Debattenbeitrag zu Recht geschrieben, in einer bestimmten historischen Epoche der herausragende Vertreter einer politischen Praxis, die dem humanistischen Anliegen des Sozialismus zutiefst widersprach, und sein Name wurde eine darüber hinausgehende Metapher.<sup>26</sup>

Nach dem Tode Stalins gab es unterschiedliche und zum Teil durchaus ernsthafte Versuche, sich von dieser mit Mord, Kulturzerstörung und repressiver Machtgestaltung durchsetzten Prägung zu befreien. Wesentliche Formen

---

23 Anm. Schumann: Ebenda, S. 15.

24 Anm. Schumann: Ebenda, S. 29. – Ergänzung des Herausgebers: Gemeint ist die Nachtsitzung am Samstag, dem 9. Dezember 1989, von 1.04 Uhr bis gegen 3.30 Uhr. Die Bezeichnung »dramatisch« durch Schumann bezieht sich darauf, daß in dieser Sitzung eine Abstimmung über die Auflösung der Partei angestanden hatte. Für eine solche Auflösung votierte – nachdem es im Verlauf der Debatte vielfach Rede und Gegenrede gegeben hatte – am Ende niemand (vgl. Außerordentlicher Parteitag der SED/PDS. Protokoll der Beratungen, a.a.O., S. 97), und das hing wesentlich mit der Rede von Hans Modrow zusammen (vgl. im vorliegenden Band die Anm. 4 zum Interview »Von der SED zur PDS – geht die Rechnung auf?«[S. 58]).

25 Anm. Schumann: Ebenda, S. 34. – Ergänzung des Herausgebers: Vgl. auch Außerordentlicher Parteitag der SED/PDS. Protokoll der Beratungen, a.a.O., S. 142-144.

26 Anm. Schumann: Vgl. André Brie: Stalinismus – Totschlagargument oder Lebensnotwendigkeit sozialistischer Erneuerung, in: Wolfgang Gehrke (Hrsg.): Stalinismus. Analyse und Kritik. Beiträge zu einer Debatte, Bonn 1994, S. 183.

des Stalinismus wurden tatsächlich überwunden. »Die Deformierung politischer Kultur, die antiemanzipatorische Praxis und die Ignoranz demokratischer und freiheitlicher Ansprüche blieben jedoch weiter bestehen. Sie waren offensichtlich zu tief verankert, zumal die Versuche, das Stalinsche Erbe umfassend zu überwinden, letzten Endes halbherzig blieben oder wie in der CSSR 1968 erstickt wurden.«<sup>27</sup>

Natürlich ist es wissenschaftlich legitim, wenn nicht sogar notwendig, die Erklärungskraft des Stalinismusbegriffs auf den Prüfstand zu stellen. Parteitexte sind kein terminologisch-theoretischer Kanon. Uwe-Jens Heuer, der schon zu DDR-Zeiten eine im Rahmen der institutionalisierten Wissenschaft sehr weitgehende Kritik am Demokratiedefizit des politischen Systems des Realsozialismus geübt hat – übrigens zu Recht auch gegen damalige staats- und demokratietheoretische Auffassungen des Verfassers dieser Zeilen – schrieb im Vorwort zur 1990 erschienenen Neuauflage seines Buches »Marxismus und Demokratie«: »Die Bezeichnung Stalinismus ist letztlich ein Vermächtnis Stalins. Er hat bekanntlich nicht nur den Leninismus, sondern auch den Trotzismus und den Luxemburgismus erfunden. Das aber waren alles zu verurteilende ideologische Denkhaltungen, ›Abweichungen‹ vom Marxismus. Heute wird vom Stalinismus überwiegend, aber nicht nur in bezug auf eine Denkhaltung, ein Gedankensystem, sondern in bezug auf ein ganzes politisches System gesprochen. Deswegen wäre, wenn schon personalisiert werden soll, der Begriff Stalinregime besser geeignet.«<sup>28</sup> Weiter heißt es: »Es erscheint mir weiterhin notwendig, zwischen dem Regime in der Sowjetunion von Anfang der dreißiger Jahre bis 1953 und der späteren Entwicklung zu unterscheiden. Das ist eine Frage der Theorie und auch der historischen Gerechtigkeit. Für die spätere Zeit halte ich es für adäquater, von poststalinistischen Strukturen zu sprechen. Sie sind durch die Überwindung des Massenterrors auf der einen Seite, durch den Fortbestand des administrativ-zentralistischen Systems auf der anderen Seite charakterisiert.«<sup>29</sup>

Selbstverständlich sind solche Überlegungen völlig berechtigt. Im Zusammenhang mit der politischen Bewertung des außerordentlichen Parteitages aus heutiger Sicht geht es aber – glaube ich – nicht in erster Linie um die Notwendigkeit terminologischer Differenzierung. Es geht darum, daß wir damals darin übereinstimmten – in einem Konsens, der durch das Parteiprogramm erneut bestätigt wurde –, daß vor allem das gravierende Defizit an Demokratie der Krebschaden des politischen Systems und – dadurch vermittelt – der gesamten realsozialistischen Gesellschaftsordnung war. Primär diesen Zusammenhang faßten wir mit dem Begriff des Stalinismus. Dieser Krebschaden

---

27 Anm. Schumann: Ebenda.

28 Anm. Schumann: Uwe-Jens Heuer: *Marxismus und Demokratie*, 2. Aufl., Baden-Baden 1990, S. VIII.

29 Anm. Schumann: Ebenda, S. IX.

machte den Sozialismus unfähig, die Herausforderungen unseres Zeitalters zu bestehen, und das ist die entscheidende, immanente Ursache seines Scheiterns.

Das war schon 1989 Konsens in der sich erneuernden Partei. Und daß auch das folgende Bekenntnis von André Brie – abgesehen von dem Bezug auf unser Wirken unter den Bedingungen der deutschen Einheit – bereits damals unser Credo war, kann nur bestreiten, wer den außerordentlichen Parteitag verschlafen hat: »Ich lasse mich nicht davon abbringen, die Legitimität einer gesellschaftlichen Alternative zum Kapitalismus aktiv zu vertreten und den Anspruch von Millionen Menschen in der Sowjetunion, in der DDR und in anderen Ländern zu verteidigen, mit ihrer ganzen Lebensgeschichte und dem besten Glauben für eine solche Alternative eingetreten zu sein. Ganz im Sinne von Marx, und sei es noch so schmerzlich (z. B. für mich persönlich), stelle ich aber nicht nur die Frage, was wir gewollt haben, sondern was real passiert ist. Ich verteidige die DDR, wo sie zivilisatorische Errungenschaften aufwies, und will dazu beitragen, solche unter den neuen Bedingungen in der BRD zu erstreiten. Ich bin aber auch nicht bereit, die ungeheuren zivilisatorischen Rückstände der DDR bei der Verwirklichung der individuellen und politischen Menschenrechte, der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit, menschlicher Emanzipation, ökologischer Orientierung und wirtschaftlicher Effektivität zu bagatellisieren. Im Gegenteil, ihre konsequente Kritik ist Voraussetzung für die Lernfähigkeit der Linken, für die Wiedergewinnung ihrer Glaubwürdigkeit und nicht zuletzt für die entschiedene Kritik an der kapitalistischen Gesellschaft von heute. Und letzteres ist nicht dann am konsequentesten und radikalsten, also zu den Wurzeln gehend, wenn es besonders lautstark und in Schwarz-Weiß-Malerei erfolgt, sondern dann, wenn es die differenzierte, komplizierte Realität der kapitalistischen Gesellschaft in ihrer Ganzheitlichkeit berücksichtigt.«<sup>30</sup>

Politisch wird es darauf ankommen, wie man sich heute zu den Grund- und Gründungspositionen der PDS verhält. Haben wir im Dezember 1989 mit dem stalinistisch geprägten Gesellschafts-, Politik- und Parteiverständnis der SED radikal gebrochen und begreifen wir übereinstimmend diesen Bruch als Voraussetzung für das gemeinsame Verständnis des demokratischen Sozialismus (und seiner Antizipation durch das politische Leben der PDS im Hier und Heute)? Oder geht es lediglich darum, daß sich ein zukünftiger Sozialismus aufgrund geänderter Umstände ein Mehr an Demokratie leisten können? Die historische Debatte schlägt in die programmatische um und vice versa. Nicht zuletzt an unserem Geschichtsbewußtsein entscheidet sich, ob wir als politische Linke eine Zukunft haben.

---

30 Anm. Schumann: André Brie: Stalinismus – Totschlagargument oder Lebensnotwendigkeit sozialistischer Erneuerung, a.a.O., S. 183 f.

# Antikommunismus?

**Schlußwort auf dem Historisch-rechtspolitischen Kolloquium »KPD-Verbot oder mit Kommunisten leben? Das KPD-Verbotsurteil des Bundesverfassungsgerichts vom 17. August 1956 nach 40 Jahren im Spiegel der Kritik«, veranstaltet vom Bundesvorstand der PDS und der Abgeordnetengruppe der PDS im Deutschen Bundestag am 17. August 1996 in Bonn<sup>1</sup>**

Über die geschichtlichen Umstände, die politischen Ursachen und Folgen sowie die juristische Problematik des KPD-Verbotsurteils haben uns Experten und Zeitzeugen hinreichend belehrt.

Die PDS kann aber – glaube ich – angesichts der innerhalb wie außerhalb ihrer Reihen nun auch wieder verstärkt geführten Diskussion um das Verhältnis zu ihren kommunistischen Mitgliedern diesen Anlaß nicht verstreichen lassen, ohne sich darüber zu äußern, wie sie es heute mit Kommunismus und Antikommunismus hält. So sehr ich mir einerseits darüber im klaren bin, daß ich hier nur für mich sprechen kann, so sehr bin ich andererseits davon überzeugt, daß die Auffassung zu diesem Thema, die ich im folgenden andeuten will, von sehr vielen PDS-Mitgliedern geteilt wird.

Die politischen Motive dafür, daß die maßgebenden politischen Kreise dieses Landes sich im Rückblick einer kritischen Bewertung des Urteils und der berechtigten Forderung nach Rehabilitierung zu Unrecht verfolgter Kommunisten verschließen, liegen klar auf der Hand.

Entsprechende Bewertungen oder gar parlamentarische Initiativen würden möglicherweise eine öffentliche Diskussion über diese Seite der bundesdeutschen Geschichte auslösen. Der über alle Maßen beschämende Umgang der Bundesrepublik insbesondere mit den kommunistischen Antifaschisten der älteren Generation, aber auch mit vielen oppositionellen Nichtkommunisten in den fünfziger und sechziger Jahren käme zur Sprache. Während dieses dunklen Kapitels der westdeutschen Nachkriegsgeschichte – erst recht vor dem Hintergrund des fürsorglichen Umgangs mit den Funktionseliten des NS-Systems eine einzige Chronique scandaleuse – sind Tausende Opfer einer gna-

---

1 Anm. des Herausgebers: Die Durchführung des Kolloquiums war in der Bundestagsgruppe der PDS nicht unumstritten. Die »Chronik der PDS 1989-1997«, Berlin 1998, vermerkt: »Während die Bundestagsabgeordneten von Einsiedel und Zwerenz den Sinn des Kolloquiums bereits im Vorfeld bezweifeln, demonstrieren die teilnehmenden Betroffenen, Juristen, Vertreter von PDS und DKP, daß Sozialisten die kritische Auseinandersetzung mit der Geschichte der BRD und der DDR, mit ihren negativen Seiten wie ihren Errungenschaften brauchen, und fordern die Aufhebung des Urteils von 1956 sowie die Rehabilitierung der Opfer.«



denlosen politischen Verfolgung geworden. Dieses Geschehen, das bekanntlich Demokraten wie Gustav Heinemann und anderen schweres Kopfzerbrechen bereitet hat, gehört auch zur »unbewältigten« deutschen Vergangenheit, die ihre Schatten bis in die Gegenwart wirft.

Heute würde die öffentliche Thematisierung der damaligen Vorgänge gleichsam automatisch in den Kontext der deutsch-deutschen Debatte um die Aufarbeitung der Vergangenheit rücken, deren offiziell erwünschter Ausgang auch davon abhängt, daß die alte Bundesrepublik, nicht zuletzt durch die nachwachsenden Generationen in Ostdeutschland, als das demokratische und rechtsstaatliche Idealmaß angenommen wird. Eine öffentlichkeitswirksame und kritische Erörterung des Themas »Die Kommunisten in der Bundesrepublik« würde eben nicht nur die gravierenden Fehler und Erfolglosigkeiten der kommunistischen Parteipolitik erneut ins allgemeine Bewußtsein heben, sondern das Schema der »amtlichen« Geschichtsdoktrin – im Westen 40 Jahre Freiheit, Demokratie und Recht; im Osten 40 Jahre Unfreiheit, Diktatur und Unrecht – ins Wanken bringen.

Entscheidender ist aber – glaube ich – etwas anderes. Das KPD-Verbotsurteil besitzt eine politisch-symbolische Bedeutung, ebenso wie seine öffentliche Kritik – unter anderen Vorzeichen – eine symbolische Bedeutung von großem politischen Gewicht besitzen würde.

Keine der maßgeblichen politischen Kräfte, ob sie nun in der Regierung oder in der Opposition sitzen, findet ein kritisch-selbstkritisches Wort zu diesem Urteil, weil dies möglicherweise öffentlich als ein Plädoyer für ein Abrücken vom Antikommunismus verstanden werden würde. Ein solches Plädoyer werden wir so schnell nicht hören. Und eben diese Verweigerung dementiert die vorschnelle Diagnose, daß Marx tot und Jesus der einzige Überlebende ist. Ob sich freilich letzterer in Marxens Gesellschaft so unwohl fühlt, wie uns Politiker einer christlichen Partei, die eine unchristliche Politik betreibt, weismachen wollen, halte ich für mehr als zweifelhaft.

Der Antikommunismus war und ist das einigende Band der deutschen politischen Klasse, und er wird es, befürchte ich, bleiben.

Je mehr sich nämlich die Situation zu verstetigen scheint, in der die entscheidenden herkömmlichen Stabilisatoren des politischen und gesellschaftlichen Systems der Bundesrepublik, die Gratifikationen der Wohlstandsgesellschaft, auszufallen drohen – zumindest für eine wachsende Minderheit –, desto weniger wird man bereit sein, auf die geschichtlich verwurzelten und bewährten ideellen Bindemittel des Antikommunismus auch nur ansatz- oder teilweise zu verzichten.

Hierin sehe ich die eigentliche Ursache, warum man sich selbst symbolischen Gesten verweigert.

Auch die bei allen anderen Bundestagsparteien ungebrochene Ablehnung der PDS, die ja der veröffentlichten Meinung und namentlich den Bürgerinnen

und Bürgern im Westen nach einer jahrelangen und zielbewußten politischen Kampagne fast ausschließlich als Relikt des SED-Kommunismus gilt, hängt damit aufs engste zusammen. Die wiederholte und nachdrücklichste Beteuerung, sie hätte mit dem Kommunismus nichts zu tun, kann – abgesehen davon, daß sie falsch wäre – daran nichts ändern.

Es bleibt für sie also nur, dicke Bretter zu bohren und sich auf eine ernsthafte Auseinandersetzung zum Thema »Kommunismus und Antikommunismus« einzulassen und nicht aus dem Auge zu verlieren, daß es sich hierbei nicht nur um eine Frage der politischen Identität der PDS, sondern – vor allem und gerade in Deutschland – um ein Problem der Gesellschaft handelt.

Die Führung der PDS ist freilich – wie so oft – in einer schwierigen Situation. Einerseits gibt es prominente Parlamentarier der Partei, die sich als dezidierte Antikommunisten verstehen und nicht nur einmal in deutlichen Worten die Absage der Partei an den Kommunismus gefordert haben. Andererseits gibt es eine kommunistische Plattform, die mit Berufung auf die Parteiprogrammatik jeden Antikommunismus zurückweist und die Führung schon oftmals und öffentlich verdächtigt hat, antikommunistische Ambitionen zu hegen.

Die PDS ist einerseits ihrem Selbstverständnis nach keine kommunistische Partei.

Andererseits wird vom absolut überwiegenden Teil ihrer Mitglieder Antikommunismus abgelehnt, ohne daß damit etwa notwendigerweise eine unkritische Haltung zum Kommunismus und insbesondere zur Theorie und Praxis der traditionellen kommunistischen Parteipolitik einherginge. Ich glaube, daß es sich im ganzen um eine wohlbegründete und richtige Mehrheitsauffassung handelt.

Es ist in diesem Rahmen nicht möglich, das Problem umfassend zu erörtern. Ich kann hier nur einige der für mich entscheidenden Gründe benennen, warum ich den Antikommunismus für ein Verhängnis – und zwar nicht nur für Anhänger einer sozialistischen Partei – halte.

*Erstens.* Der mit dem Namen von Karl Marx verbundene Kommunismus ist zunächst eine im 19. Jahrhundert entstandene ideologische Strömung. Ungeachtet seiner späteren gravierenden Wandlungen bleibt es sein historisches Verdienst, Geburtshelfer und geistiges Ferment der Entwicklung der modernen Arbeiterbewegung gewesen zu sein, die Bleibendes und Unverzichtbares zur intellektuellen und politischen Kultur der modernen Gesellschaft, zur menschlichen Zivilisation überhaupt, beigetragen hat. Insofern er sich in diesem Sinne in unsere Gegenwart gewissermaßen »eingeschrieben« hat, ist der marxistische Kommunismus kein abgeschlossenes Kapitel der Geschichte, sondern besitzt er Aktualität. Der Antikommunismus blendet diese Dimension aus. Er negiert die *historische Legitimität* des marxistischen Kommunismus

und damit seine Berechtigung als in der Gegenwart wirkende, lebendige Tradition. Heutzutage qualifizieren Wortführer des neokonservativen Zeitgeistes wie Michael Wolffsohn auch auf ostdeutschen Podien den Kommunismus als eine »blanke Mord- und Terrorideologie«, deren einer fundamentale Unterschied zur NS-Ideologie allenfalls darin bestünde, daß er dennoch »in den Köpfen vieler Menschen, auch vieler Menschen, die den Kommunismus selbst erlebt, also erlitten haben, ... ein Traum, ein Menschheitstraum« bleibt. Die »rote Jauche«, so die Sprachregelung, gleiche der braunen.<sup>2</sup> Dieser Antikommunismus ist nicht nur deshalb zurückzuweisen, weil er den ideologischen Kommunismus – oft ohne ihn überhaupt zu kennen – bloß diffamiert. Das Gefährliche an dieser Art Antikommunismus ist sein Fundamentalismus. Die Art, in der seine Wortführer über ihnen fernstehende ideologische Denkrichtungen reden – sie erinnert übrigens stark daran, wie sich manche unserer früheren kommunistischen ideologischen Päpste gebärdeten –, repräsentiert eben jene Geschichtsvergessenheit, jenen Doktrinarismus und jene Intoleranz, die für das Zusammenleben in einem demokratischen Gemeinwesen Gift sind. Und das gilt wohl insbesondere für Deutschland: angesichts seiner Geschichte, die in diesem Jahrhundert unzählige blutige Orgien antikommunistisch inspirierter Gewalt kennt, und angesichts der Tatsache, daß im vereinigten Deutschland Menschen unterschiedlicher und zum Teil eben auch gegensätzlicher ideologischer Sozialisation miteinander auskommen müssen. Der fundamentalistische Antikommunismus ist bei weitem nicht nur ein Problem für bekennende Kommunisten.

*Zweitens.* Wer von der Berechtigung des Antikommunismus spricht, muß sich im klaren darüber sein, daß es sich beim Kommunismus – mit dem spanischen Soziologen Ignacio Soletto zu sprechen – um eine »Befreiungsideologie« handelt, »die sehr im Wesen unserer westlichen Kultur steht und die eine demokratische Kraft für sich hat«.<sup>3</sup> Und gegen den antikommunistischen Zeitgeist hat Eric Hobsbawm sehr zu Recht daran erinnert, daß der liberale Kapitalismus und der Kommunismus die neuzeitlichen rationalen und humanistischen Grundsätze teilten, »die schließlich auch deren kurze, aber entscheidende Allianz gegen den Faschismus – der diese Postulate bekämpfte – ermöglicht hatten«.<sup>4</sup>

---

2 (Diese und die weiteren Anmerkungen von Schumann.) Michael Wolffsohn: Doppelte Vergangenheitsbewältigung, in: Klaus Sühl (Hrsg.): Vergangenheitsbewältigung 1945-1989. Ein unmöglicher Vergleich?, Berlin 1994, S. 39.

3 Siehe das Gespräch Jürgen Fuchs, Joachim Gauck, Vaclav Kural, Ignacio Soletto, Michael Wolffsohn, Bärbel Romanowski (Moderation): Verfolgung der Täter – Gerechtigkeit für die Opfer, in: Klaus Sühl: Vergangenheitsbewältigung, a.a.O., S. 76.

4 Eric Hobsbawm: Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München/Wien 1994, S. 25.

Das Thomas Mann zugeschriebene Wort vom Antikommunismus als »Grundtorheit der Epoche« mag schlecht bezeugt sein. Gut bezeugt ist dagegen ein Brief aus seiner Feder an Walter Ulbricht aus dem Jahre 1951: »Dass ich kein Antikommunist bin, nimmt man mir in meiner Sphaere, der buergerlichen, bitter uebel. Ich bin es aber darum nicht, weil mir der rabiate Antikommunismus eine sehr schlechte Medizin gegen die Mutationsschmerzen der Zeit zu sein scheint; weil er eben nur ein ›Anti‹ ist und seine Wut zum guten Teil daher ruehrt, dass er das weiss, und dass er nicht weiss, welchem ›Pro‹ diese Wut nun eigentlich geweiht ist.«<sup>5</sup>

Thomas Manns Weigerung, sich einem Antikommunismus zu verpflichten, entsprang der Erkenntnis, daß der Kommunismus ein »Pro« verkörpert, mit einer Haltung der Offenheit gegenüber der notwendigen Weltveränderung nach humanistischen Maßstäben verbunden ist und deshalb eine ganz andere Beziehung zum »Menschheitsgedanken« hat als der Faschismus. Diese Haltung sah er übrigens mit dem Blick auf die DDR gerade am Exempel Waldheim verlorengelien. Und er befürchtete zu Recht, daß eine Politik, bei der der Zweck die Mittel heiligt, demoralisiert, abstumpft und unfähig macht, die humanistische Perspektive als handlungsleitenden Anspruch zu bewahren.

Der Antikommunismus wäre demnach die abstrakte Negation einer *Emancipationsideologie*, die in der humanistischen Kultur Europas Fundamente hat, welche durch eine solche Negation nicht unbeschädigt blieben. Daraus folgt wiederum, daß der Antikommunismus bei weitem nicht nur für den Kommunismus ein Problem ist.

*Drittens.* Der Antikommunismus ist *nicht die Kritik* des Kommunismus. Und die Ablehnung des Antikommunismus ist nicht automatisch ein unkritisches Plädoyer für den überlieferten Kommunismus.

Für eine sozialistische Partei wie die PDS wird – obwohl sie im Unterschied zu den traditionellen kommunistischen Parteien keine Weltanschauungsgemeinschaft ist – der Marxismus immer einen entscheidenden geistigen Bezugspunkt darstellen. Die Berechtigung anderer humanistischer Weltansichten zu verneinen und sie – insofern sie mit den Voraussetzungen und Schlußfolgerungen des Marxismus kollidieren – als antikommunistisch und feindlich einzustufen, wie es die Parteien marxistisch-leninistischen Typs praktizierten, ist eine Haltung, die strukturell der des Antikommunismus verwandt ist.

Marx ist nicht der Statthalter der absoluten Wahrheit, und er hätte einen entsprechenden Umgang mit seinen Lehren als Zumutung empfunden.

---

5 Thomas Mann an Walter Ulbricht, 19. Juni 1951, dokumentiert in: Mitteilungen des Förderkreises Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Nr. 1, Berlin 1992.

Die Wiedergewinnung eines kritischen Verhältnisses zur marxistischen Theorie, die eine Öffnung zur gesamten humanistisch geprägten geistigen Welt voraussetzt, ist eine Bedingung für die Erneuerung der wissenschaftlichen und ethischen Grundlagen sozialistischer Politik.

Diese Reformulierung eines kritischen Verhältnisses zur ursprünglichen kommunistischen Ideologie, sofern dieser Ausdruck als Synonym für den Marxismus akzeptiert wird, muß an einer Kritik der kommunistischen Praxis ansetzen. Denn erst die Kritik jener früheren kommunistischen Praxis verweist uns zwingend eben nicht nur auf die – wie wir, und ich schließe mich ausdrücklich ein, es früher apologetisch ausdrückten – Notwendigkeit der »schöpferischen Weiterentwicklung« der marxistischen Theorie auf ihren eigenen Grundlagen, sondern auf die Prüfung der Tragfähigkeit der Fundamente selbst, auf die zu überwindenden echten Grenzen, Defizite und Einseitigkeiten des Marxschen Theoriegebäudes, auf das Erfordernis der Vermittlung mit anderen theoretischen und im weiteren Sinne geistigen Ansätzen und Entwicklungen.

Die Richtungen dieser am Leitfaden der Kritik kommunistischer Praxis zu leistenden marxistisch-theoretischen Selbstkritik sind durch hervorragende, selbst in der marxistischen Tradition verwurzelte Denker wie zum Beispiel Ernst Bloch angezeigt worden.

*Viertens.* Von Ernst Bloch ist auch die – nach seinen eigenen Worten »scharf und böse formuliert« – Frage überliefert: »Hat sich in der Sowjetunion der Marxismus bis zur Kenntlichkeit oder bis zur Unkenntlichkeit verändert?«<sup>6</sup> Daß er sich in und durch die kommunistischen Parteien und den Staatssozialismus bis zur Unkenntlichkeit verändert hatte, kann ernsthaft nicht bezweifelt werden. Aber Bloch fügt an: » ... intellektuelle Redlichkeit verlangt auch das zu formulieren: Hat er sich bis zur Kenntlichkeit verändert? Als Frage, als eine wissenschaftliche Aufgabenstellung, nicht als eine Beschimpfung und nicht als nur die Spur einer Ideologie für reaktionäre Tendenzen, die dann an Hitler anschließen könnten, indem sie schlechthin antikommunistisch sind. Ich habe, selbst wenn von dieser Seite etwas Wahres gesagt wird, den Satz entgegenzuhalten: Es gibt Menschen, die heute kein Recht darauf haben, daß sie recht haben.«<sup>7</sup>

Die Blochsche Frage zielt darauf, sich Rechenschaft abzulegen nicht nur über Verbiegungen der marxistischen Theorie und ihr aus machtpolitischem Interesse bewußt erfolgtes Dementi durch die Theorie und Praxis des sowjeti-

---

6 Ernst Bloch, Fritz Vilmar: Ein Gespräch über ungelöste Aufgaben der sozialistischen Theorie, in: Über Ernst Bloch, Frankfurt a. M. 1968

7 Ebenda, S. 86 f.

schen Partei- und Staatskommunismus, sondern eben auch darauf, daß dem Marxschen Werk selbst fehlleitende und ausnutzbare Bestandteile immanent sind: Tendenzen des Ökonomismus und damit zusammenhängend das Diktatur-Konzept, die Unterbewertung der naturrechtlichen Dimension – daß es also nicht nur um die »Mühseligen und Beladenen«, sondern gleichermaßen auch um die »Erniedrigten und Beleidigten« gehen muß – und anderes mehr.

Jene Art des ideologischen Kommunismus, der sich dogmatisch weigert, *das Problem der »Kenntlichkeit«* in diesem Sinne zu thematisieren, tabuisiert Marx und den Marxismus. Eine tabuisierte Theorie kann aber in einer pluralistischen geistigen Welt keine Rolle spielen. Auf diese Eliminierung des Marxismus zielt eben der Antikommunismus ab, der das Problem der »Kenntlichkeit« auf seine Weise behandelt: als ob man nämlich Marx dafür verantwortlich machen könnte, daß er nicht Irrtumsloses und zeitlos Wahres gedacht hat, daß er also ebensowenig Gott gewesen ist wie Hegel oder andere große Geister, denen ja gleichfalls die Verantwortung für ihre Epigonen und politischen Abdecker zugeschanzt wird. Auch Marx war ein Kind seiner Zeit und vor Irrtümern nicht gefeit. Und nicht er hat Pläne für den Gulag geschmiedet.

*Fünftens.* Der Antikommunismus gewinnt seine scheinbare Plausibilität durch den Verweis auf die unzähligen Opfer, die die kommunistische Parteipolitik und das System des Staatssozialismus – namentlich in den Zeiten des Hochstalinismus – im Namen des Kommunismus und unter der Verantwortung von Menschen, die sich Kommunisten nannten, gefordert haben. Diese Logik würde freilich auch die Berechtigung des »Antichrist« plausibel machen. Die Jahrzehnte währende Herrschaft stalinistisch geprägter Theorie und Praxis hat sich allerdings einprägsam mit der Berufung auf Marx und den Kommunismus legitimiert. Es ist daher nicht in erster Linie dem rührigen ideologischen Antikommunismus zu danken, wenn heute im Bewußtsein vieler Menschen die Begriffe des Stalinismus, Sozialismus, Marxismus und Kommunismus fest zu einem einzigen Amalgam verschmolzen sind, das einem gewissermaßen »naturwüchsigen« Antikommunismus gleichkommt – und damit zugleich einen Resonanzboden für den ideologischen Antikommunismus abgibt. Das gehört in erster Linie zu den Fernwirkungen der Geschichte der kommunistischen Bewegung des 20. Jahrhunderts selbst. Und der Umgang mit diesem Phänomen von seiten einer sozialistischen Partei verlangt Toleranz und verträgt keine Verteufelung.

Dennoch kann sich eine sozialistische Partei nicht auf den antikommunistischen Zeitgeist anpassend einlassen. Das bedeutete nämlich nicht nur den zweifellos notwendigen radikalen Bruch mit der Ideologie und Politik des gescheiterten Partei- und Staatskommunismus, sondern die Verabschiedung von Idealen, den Verzicht auf emanzipatorische Impulse und das Ausschlagen

eines kulturellen und wissenschaftlichen Erbes, das für eine menschenwürdige Gegenwart und Zukunft unverzichtbar ist.

Der Antikommunismus bringt die Geschichte der kommunistischen Bewegung auf den einen Nenner des Stalinismus. Aber zu Stalins Opfern gehören ungezählte Kommunisten. Auch Robert Havemann verstand sich bis zuletzt als Kommunist.

Und selbst der zur hochstalinistischen Staatlichkeit verkrüppelte Kommunismus ist nicht über einen Leisten zu schlagen. Heinrich Mann hat in einem Werk der vierziger Jahre und des Exils, den Memoiren »Ein Zeitalter wird beichtigt«, in der Sowjetunion einen neuen Begriff der Freiheit verwirklicht gesehen, eine neue, wie Hans Mayer es Heinrich Mann interpretierend ausdrückt, »dialektisch höhere Ausprägung der Liberté und Egalité von 1789«. Und Mayer schließt an: »Leider stimmte das in der realexistierenden Sowjetunion weder für die Gleichheit in einem korrupten System der privilegierten Nomenklatura, noch für schlichte menschliche Erwartungen von Freiheit in einem System der Gulags und Geheimpolizisten. Trotzdem spürte man in den mehr als siebenzig Jahren sowjetischer Wirklichkeit einen nie unterbrochenen Wärmestrom der Hoffnung auf Wende und bessere menschliche Daseinsformen. Von Lenin bis Gorbatschow, dem einstigen Chef der Geheimdienste. Mehr noch und groteskerweise: Stalin sogar muß ihn gespürt haben. Er wußte davon, und er versuchte ihn abzustellen.«<sup>8</sup> Es geht bei diesem »Wärmestrom« nicht um die Anwesenheit wolkenferner Ideale und guter Absichten angesichts einer schlechten Wirklichkeit, sondern um ein Tun, das die *Geschichtsmächtigkeit der kommunistischen Utopie* auch unter diesen Bedingungen bezeugte. Auch *dieses* Tun hatte sich in die Wirklichkeit des Staatssozialismus »eingeschrieben«, nicht nur die stalinistische Willkür. Auch das Kommunistische hatte Züge des »richtigen Lebens« im »falschen System«!

Der Antikommunismus will nicht den Stalinismus vernichten – der ist längst begraben –, sondern diesen »Wärmestrom« zum Versiegen bringen.

*Sechstens.* Der Antikommunismus negiert, indem er über die Widersprüchlichkeit der kommunistischen Bewegung hinweggeht, die aus jenem »Wärmestrom« gespeisten Motive und die geschichtliche Tragweite insbesondere des *antifaschistischen Kampfes* deutscher Kommunisten. Er hat es wirklich fertiggebracht, ihr Martyrium einem verstockten Glauben an eine andere Diktatur zuzurechnen und ihre Ermordung auf diesem Umweg nachträglich zu rechtfertigen. Diesem Antikommunismus sich anzuverwandeln heißt, die kommunistischen Opfer des Faschismus zu verraten und ein zweites Mal umzubringen.

---

<sup>8</sup> Hans Mayer: *Wendezeiten. Über Deutsche und Deutschland*, Frankfurt a. M. 1993, S. 299 f. – Bei den Namen irrt Mayer. Nicht Gorbatschow, sondern Andropow, der Nachfolger Breshnews, auf den dann Tschernenko und Gorbatschow folgten, war Geheimdienstchef.

Es kann und darf für Menschen, die sich als Sozialisten verstehen, auch nicht die Spur einer Akzeptanz für diese alt/neudeutsche Borniertheit geben, sondern nur Widerstand. Und dies nicht nur der Ehrenrettung halber, sondern – ich sage es umstandslos – aus nationaler Verantwortung. Eine politische Klasse, die auf dem »antitotalitären Konsens« selbst gegenüber den Toten, den verfolgten und gepeinigten kommunistischen Antifaschisten besteht, spaltet in ihrem Konsensbedürfnis dieses Land mehr, als es eine Mauer je konnte, und sie beschwört eine Neuauflage alter Frontenbildung mit allen Folgen. Hans-Joachim Misselwitz, Sozialdemokrat und einst der christlich inspirierten DDR-Opposition zugehörig, hat in diesem Zusammenhang mich sehr bewegende Worte gefunden: »Ich meine, daß wir im Blick auf die historische Verantwortung aller Deutschen eine Geste der Aussöhnung unterlassen haben, die das Martyrium Zehntausender Kommunisten unter den Nazis würdigt und als Unterpfand der Mitbürgerschaft in einem demokratischen Deutschland anbietet. Angesichts des Scheiterns des Kommunismus hätte dies einen Prozeß der demokratischen Aussöhnung eingeleitet, der in Frankreich und Italien bereits historisch ist. Dies wäre das Gegenteil einer Freisprechung von historischer Verantwortung für das, was nach 1945 geschah. Es ist die historische wie moralische Bedingung für das notwendige und klare Urteil über die Verfehlungen und Verbrechen im Namen des Kommunismus. Um der historischen Wahrheit, der Erinnerung und Lehren willen wären wir gut beraten, den nationalen Konsens auf ein Vermächtnis zu bauen, das das »andere Deutschland« im Widerstand gegen Diktatur und Verbrechen im Nationalsozialismus bezeugt und einen gemeinsamen Orientierungspunkt für die deutsche Geschichte seither bietet. So könnte es uns leichter fallen, geschichtlich erfahrene Verschiedenheit ernst zu nehmen und ihre Lehren zu beherzigen. Dieser Konsens könnte ausschließen, daß wir die Geschichte der bitteren politischen Spaltung der deutschen Gesellschaft in diesem Jahrhundert fortschreiben, den Kampf der alten politischen Lager der Weimarer Republik ins nächste Jahrhundert verlängern.«<sup>9</sup>

Eine kritisch-selbstkritisches Wort zum KPD-Verbot und die Rehabilitierung von Unrecht verfolgter Kommunisten nach 40 Jahren könnten ein Zeichen setzen.

---

9 Hans-Joachim Misselwitz: Nicht länger mit dem Gesicht nach Westen. Das neue Selbstbewußtsein der Ostdeutschen, Bonn 1996, S. 117.



# Politik ohne Ideologie?

Vortrag auf einer Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V.  
am 23. Mai 1997 in Leipzig<sup>1</sup>

## I

Wenn das Verhältnis von Politik und Ideologie in den Blick genommen wird, dann richtet sich die Aufmerksamkeit in der Regel auf die erkenntnistheoretische Seite des Problems. Es geht dabei um die Frage nach dem Begründungscharakter der Ideologie gegenüber der Politik. Bei einem entsprechend weit gefaßten Ideologiebegriff ist damit zugleich das Verhältnis von wissenschaftlicher Theorie und Politik tangiert. Denn Ideologie und Wissenschaft sind in der Tat nicht durch einen Abgrund voneinander getrennt.

Eine sinnvolle Behandlung dieses Themas setzt jedoch die Berücksichtigung des unterschiedlichen Charakters und der unterschiedlichen Funktion des wissenschaftlichen Diskurses einerseits und des ideologischen Hegemoniestrebens andererseits voraus. Bei letzterem geht es – mit Bezug auf die Wissenschaft – um Aufklärung, um Verständigungsprozesse hinsichtlich der politischen Relevanz theoretischer Erkenntnisse, nicht aber um den theoretischen Diskurs selbst. Die Ergebnisse des theoretischen Diskurses erhalten nur über ihre Vermittlung durch den »praktischen« der Ideologie gegenüber der Politik Begründungscharakter. Werden aber ideologische Prozesse so angelegt, daß sie die Selbstständigkeit des theoretischen Diskurses negieren, ihn vereinnahmen und sich subordinieren, blockieren sie das für die Politik interessante Innovationspotential der Theorie und machen sie aus ihr eine Legitimationsinstanz für immer schon vorgefaßte, ideologisch begründete Entschlüsse.

»Während die Theorie sowohl die Aufklärungsarbeit legitimiert wie auch selbst durch mißlingende Kommunikation widerlegt, jedenfalls korrigiert werden kann, kann sie keineswegs a fortiori die riskanten Entscheidungen strategischen Handelns unter konkreten Umständen legitimieren. Entscheidungen für den politischen Kampf können nicht vorweg theoretisch gerechtfertigt und dann organisatorisch durchgesetzt werden. Einzig mögliche Rechtfertigung auf dieser Ebene ist der in praktischen Diskursen zu erzielende Konsensus unter den Beteiligten, die im Bewußtsein ihrer gemeinsamen Interessen und in

---

<sup>1</sup> Anm. des Herausgebers: Siehe zu diesem Problemkreis Schumannscher Auseinandersetzungen auch Michael Schumann: Politik und Ideologie. Wandlung im ideologischen Selbstverständnis der Bundesrepublik, in: UTOPIE kreativ, Berlin, Heft 91/92 (Mai/Juni 1998), S. 82-89.

Kenntnis der Umstände, der prognostizierbaren Folgen und Nebenfolgen nur selber wissen können, welche Risiken sie mit welchen Erwartungen eingehen wollen. Es kann keine Theorie geben, die die potentiellen Opfer im vorhinein einer weltgeschichtlichen Mission versichert.«<sup>2</sup>

Der Hinweis auf die Notwendigkeit der Kritik der parteikommunistischen und staatssozialistischen Tradition, für welche eine Art der Verklammerung theoretischer Diskurse mit Prozessen ideologischen Hegemoniestrebens kennzeichnend war, die letztlich zur ideologischen Herrschaft der Politiker über die Theorieentwicklung und zur Entwertung der Theorie als kritisches Ferment der sozialistischen Bewegung geführt hat,<sup>3</sup> bedeutet kein Plädoyer für eine Entideologisierung der Politik.

## II

Die Politik hat es notwendigerweise mit den »sinnstiftenden« Unternehmungen der Gesellschaft, den in der Öffentlichkeit existierenden Wertvorstellungen, geistigen Orientierungen und Traditionen zu tun. Alle diese »ideologischen Faktoren« vermitteln die Entstehung und Entwicklung gesellschaftlicher Willensverhältnisse, die zu dominieren Macht bedeutet. Und Politik ist nach Max Weber das »Streben nach Machtanteil oder Beeinflussung der Machtverteilung, sei es zwischen Staaten, sei es innerhalb eines Staates zwischen den Menschengruppen, die er umschließt«.<sup>4</sup>

Politik ist spezifischer Ausdruck von im weitesten Sinne sozial-ökonomisch-ökologischen Erfordernissen und Interessenlagen. Aber natürlich hat Gramsci darin Recht, »daß die ökonomische Basis nicht direkt die politische Aktion bestimmt, sondern die Interpretation, die man sich von dieser macht«.<sup>5</sup> Solche »Interpretationen« sind unvermeidlich interessen- und wertbezogen und damit ideologischer Art. Sie stehen im Kontext »ideologischer Mächte«. Die Politik kann sie nicht ignorieren. Im Gegenteil. Wenn sie sich nicht zur völligen Wirkungslosigkeit verurteilen will, muß die Politik diese »ideologischen Mächte« in Rechnung stellen, sie beeinflussen und in einem bestimmten Maße verkörpern. Sie wird damit selbst zur »ideologischen Macht« und transformiert so zugleich das Ideologische in einen Faktor des politischen Lebens.

---

2 (Diese und alle weiteren Anm. von Schumann.) – Jürgen Habermas: Theorie und Praxis. Sozialphilosophische Studien, Frankfurt a. M. 1993, S. 38 f.

3 Vgl. André Brie, Michael Brie, Judith Dellheim, Thomas Falkner, Dieter Klein, Michael Schumann, Dietmar Wittich: Zur Programmatik der Partei des demokratischen Sozialismus. Ein Kommentar, Hrsg.: Gesellschaftsanalyse und politische Bildung e. V., Berlin 1997, S. 286 ff.

4 Max Weber: Politik als Beruf, Stuttgart 1992, S. 7.

5 Zitiert nach Guido Zamis (Hrsg.): Antonio Gramsci zu Politik, Geschichte und Kultur, Leipzig 1980, S. 17.

Es ist kein Zufall, daß diese dialektische Identität von Politik und Ideologie von einem *westeuropäischen* Marxisten thematisiert und besonders tief ausgelotet wurde. Im Unterschied zum Osten gab es in Westeuropa eine stark ausgeprägte zivilgesellschaftliche Struktur. Sie war das Resultat der mehrhundertjährigen Geschichte der bürgerlichen Emanzipation, in welcher die kulturell-ideologischen Bewegungen der protestantischen Reformation und europäischen Aufklärung Massencharakter angenommen und zu einer »integralen Kultur« geführt hatten, die eine Einheit von Weltanschauung und Lebensweise der Menschen – und von daher politische Macht – begründete. Gramsci schreibt: »Das Problem der Religion, verstanden nicht im Sinne eines Bekenntnisses, sondern im laizistischen Sinne der Einheit von Weltanschauung und Norm der Lebensführung; Warum sollte man das ›Religion‹ und nicht Ideologie oder geradezu ›Politik‹ nennen?«<sup>6</sup>

Die zentrale Frage der Politik, die Machtfrage, stellte sich für Antonio Gramsci vor allem als Aufgabe der Erringung der kulturell-ideologischen Hegemonie bzw. der Schaffung einer neuen »integralen Kultur«. Ohne die Bedeutung des staatlichen Zwangs für die politische Macht zu negieren oder auch nur zu unterschätzen, hat Gramsci die dialektische Identität von Politik und Ideologie als das zentrale Problem der politischen Macht unter den Bedingungen des westeuropäischen Kapitalismus akzentuiert.

Der dogmatische parteikommunistische Umgang mit diesem Thema hat bei der ideologischen Formierung »von oben« angesetzt und damit die Politik in das Prokrustesbett eines »ideologischen Plans« gezwängt. Die Politik war ideologisch begründet und dann auch gerechtfertigt, wenn sie den ideologischen »Vorgaben« einer sich als Avantgarde verstehenden bürokratischen Herrschaftsschicht entsprach. Das Ideologische besitzt aber einen echten und rechtfertigbaren Begründungs- und Legitimationscharakter gegenüber dem Politischen nur dann, wenn und insofern es selbst – als lebensweltliche kulturell-ideologische Identität – die Willensverhältnisse der Menschen in der Alltagspraxis formt und verkörpert und also – zumindest der Potenz nach – selbst politisch ist.

»Politik ohne Ideologie?« Die Fragestellung selbst ist geeignet, den Blick einzuengen, irre zu führen und ein bloß äußerliches Verhältnis von Politik und Ideologie zu unterstellen. Gramscis Sicht ihrer dialektischen Identität zwingt uns, die Frage zu übersetzen, womit sie sich erledigt. Sie lautet dann: »Politik ohne Politik?«

In diesem Lichte gesehen muß die offizielle Politik Furcht vor dem ideologischen Vakuum haben, denn es bedeutet unweigerlich die Infragestellung ih-

---

<sup>6</sup> Zitiert nach Guido Zamis: Nachwort, in: Antonio Gramsci: Gedanken zur Kultur (hrsgg. von Guido Zamis unter Mitarbeit von S. Siemund), Leipzig 1987, S. 271.

rer Dominanz der gesellschaftlichen Willensverhältnisse. Ungeachtet aller Verkündungen über das Ende des Zeitalters der Ideologien treibt daher der *horror vacui* die Bemühungen um die (Re-)Ideologisierung der deutschen Gesellschaft an. Sie wird – nicht zu Unrecht – geradezu als politische Existenzfrage apostrophiert.

### III

Fast ein halbes Jahrhundert lang ist die politische Stabilität der Bundesrepublik im wesentlichen durch drei miteinander verbundene Faktoren bestimmt worden: *Erstens* ist durch die Gratifikationen der Wohlstandsgesellschaft eine weitgehende ideologische Identifikation der Masse der Menschen mit dem gesellschaftlichen und politischen System der Bundesrepublik begünstigt worden. Diese – entscheidende – Basis der Systemloyalität breiter Bevölkerungskreise wird jedoch brüchig. Einer stetig wachsenden Minderheit wird infolge der neoliberalen »Bewältigung« der technologischen Revolution das Fundament eines Lebens in Wohlstand, ja selbst einer sozial einigermaßen gesicherten Existenz entzogen. Das wirft die Frage nach der Notwendigkeit einer zumindest teilweisen Substitution primär wirtschaftlich und sozial vermittelter ideologischer Bindungskräfte auf:

»Eine Gesellschaft«, so Arnulf Baring, »die sich wesentlich aus ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und deren Dividenden rechtfertigt, muß in besondere Schwierigkeiten geraten, sobald die Fähigkeit zu breiter sozialer Bedürfnisbefriedigung nachläßt. Deshalb sollte eine lebenskluge Politik darauf achten, andere, nichtmaterielle Elemente zum Bestandteil eines breiten gemeinsamen Zusammenschlusses zu machen. An ihnen fehlt es bei uns in einem beklagenswerten Ausmaße. ... Alle stabilen, nämlich durch gemeinsam überstandene Krisen gehärteten Demokratien – und zu denen gehören wir, wie man inzwischen sieht, trotz aller Meriten des letzten halben Jahrhunderts noch nicht – werden durch tiefere Bindungen zusammengehalten als einen breiten Individualwohlstand und noble Sozialleistungen, wie sie die Bundesrepublik auszeichnen. Sie verbindet die gemeinsame, über die Generationen weitergetragene Erinnerung an große Tage und grausame Zeiten, an Triumphe und Katastrophen, Kriege, Siege und Leiden, Leistungen und Fehlschläge, verbindet der Stolz auf die eigene Sprache, Kultur und Geschichte – ein Erbe, das freie Völker dazu bringt, in kritischen Zeiten zusammenzustehen und für das Ganze selbstlos zu wirken.«<sup>7</sup>

---

7 Arnulf Baring: Deutschland, was nun? Berlin 1991, S. 176 f.

*Zweitens* hat die prononcierte Rolle der Bundesrepublik in der Blockkonfrontation, im Jahrzehnte währenden Kalten Krieg, eine ausgeprägte ideologische Homogenität auf der Basis einer mehr oder weniger permanenten Furcht vor den wirklichen oder vermeintlichen Bestrebungen der kommunistischen Weltmacht hervorgebracht. Nach dem Zusammenbruch des staatlich organisierten Sozialismus und der Sowjetunion verliert die Berufung auf eine kommunistische Bedrohung jede Plausibilität. Ob neue Bedrohungsszenarien – außenpolitisch die Fixierung einer Aggressionsgefahr von seiten fundamentalistischer Regimes und innenpolitisch die Furchtkomplexe in bezug auf mögliche soziale und politische Folgen von Migrationsbewegungen – geeignet sind, die Bindungskraft des feindbildvermittelnden traditionellen Antikommunismus und Antisowjetismus als einer ideologischen Integrationsbasis der Gesellschaft zu ersetzen, steht dahin.

Drittens hat die Westbindung der Bundesrepublik zu einer Implantation wesentlicher Elemente der westlichen politischen Kultur geführt. Jürgen Habermas spricht von einer vorbehaltlosen Öffnung der Bundesrepublik gegenüber der politischen Kultur des Westens als von der großen intellektuellen Leistung der Nachkriegszeit.<sup>8</sup> Daniel Goldhagen hat anlässlich der Verleihung des Democracy Prize auf das historische wie das demokratische Selbstverständnis der Bundesrepublik gleichermaßen prägende Gewicht ihrer Internationalisierung hingewiesen.<sup>9</sup> Auch wenn man die sehr optimistische Beurteilung der heutigen politischen Verhältnisse in Deutschland durch Goldhagen nicht teilt: Durch die früh einsetzende Westorientierung der Bundesrepublik, die man unter anderen Gesichtspunkten für problematisch ansehen kann, sind jedenfalls demokratisch und rechtsstaatlich geprägte Denkweisen und Wertvorstellungen zu Faktoren des ideologischen Selbstverständnisses der deutschen Gesellschaft geworden. – Übrigens auch der deutschen Rechten (radikale Randgruppen ausgenommen), was ausschlaggebend dafür ist, daß Entwicklungen wie die, die schließlich den Weg für Hitler freimachten, nach menschlichem Ermessen nicht wieder zu erwarten sind.

Sebastian Haffner hat die Demokratisierung der deutschen Rechten vor allem als Resultat ihrer Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte angesehen. In seinen »Anmerkungen zu Hitler« schrieb er: »Der große Unterschied zwischen Bonn und Weimar ist ... der, daß es in der Bundesrepublik die politische Kraft, die die Weimarer Republik zerstörte, nämlich eine staatsablehnende Rechte, nicht mehr gibt. Vielleicht ist es gerade ihre Niederlage in der Konkurrenz mit Hitler und die bittere, zum Teil blutige Erfahrung ihrer jahre-

---

8 Vgl. Jürgen Habermas: Eine Art Schadensabwicklung. Die apologetischen Tendenzen in der deutschen Zeitgeschichtsschreibung, in: »Historikerstreit«. Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung, München 1987, S. 75.

9 Daniel Goldhagen: Modell Bundesrepublik. Nationalgeschichte, Demokratie und Internationalisierung in Deutschland, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 4/1997, S. 424 ff.

langen vergeblichen Oppositionsversuche gegen ihn, was die deutsche Rechte zur Republik, zum Parlamentarismus und zur Demokratie bekehrt hat. Jedenfalls hat sie seit Hitler gelernt, daß sie besser daran tut, sich als parlamentarische Partei mit anderen, linken parlamentarischen Parteien im Wechselspiel von Regierung und Opposition zu messen, als sich in der Konkurrenz um die Führung eines autoritären Staats mit einem populistisch-demagogischen Diktator zu versuchen. Die Gründung der CDU, einer Fusion des katholischen Zentrums mit den früheren Rechtsparteien, markiert diesen fundamentalen Sinneswandel der Rechten ... «<sup>10</sup>

Wenn Haffners historische Diagnose zutrifft, dann ist die mit der Westintegration der alten Bundesrepublik verbundene Fremdeinwirkung und Anpassung an westliche politisch-kulturelle Standards zumindest ein Faktor, der diesen Prozeß eines »fundamentalen Sinneswandels der Rechten« förderte und bis zu einem gewissen Grade auch garantieren konnte.

Die sogenannte Westbindung hat wesentlich – vermutlich sogar entscheidend – dazu beigetragen, daß Prinzipien und Werte, die in den westlichen demokratischen und rechtsstaatlichen Traditionen wurzeln, zu Bestandteilen der geistigen und politischen Grundlagen der Bundesrepublik wurden. Es handelt sich dabei um verteidigungswerte Grundlagen, um in den vergangenen Jahrzehnten gewachsene kulturell-politische – oder wenn man so will: ideologische – Prägungen.

#### IV

Spätestens seit dem (west-)deutschen Historikerstreit der 80er Jahre und verstärkt nach der Herstellung der staatlichen Einheit werden jedoch Bemühungen spürbar intensiviert, die auf eine Relativierung des Gewichts dieser – wesentlich aus der Westbindung resultierenden – Fundamente des ideologischen Selbstverständnisses der Bundesrepublik hinauslaufen. Unter Berufung auf die geopolitische »Mittellage« Deutschlands wird eine europäische Führungsrolle reklamiert. Deren Wahrnehmung benötige ein »normales« historisches Selbstbewußtsein, das nur entstehen könne, wenn man auch die NS-Verbrechen »historisierend« auf die objektive geopolitische Problemlage und eine daraus resultierende legitime Selbstbehauptung Deutschlands beziehe. Nur unter dieser Voraussetzung könne heute eine klare Definition und entschlossene (das heißt: auch militärische) Vertretung der nationalen Interessen Deutschlands erfolgen. Habermas u. a. sehen zu Recht die Gefahr, daß auf diesem Wege erneut Traditionen und ideologische Orientierungen maßgebend werden könnten, die wesentlich zur Errichtung der NS-Herrschaft mit all

---

10 Sebastian Haffner: Anmerkungen zu Hitler, Frankfurt a. M. 1981, S. 62.

ihren katastrophalen Folgen für Europa und die Deutschen beigetragen haben. Er wendet sich daher gegen einen »neuen Patriotismus«, der geeignet ist, das im Gefolge der Westbindung entstandene und den nationalen demokratischen und Widerstandstraditionen verbundene ideologische Fundament des Selbstverständnisses der Bundesrepublik – die »in Überzeugung verankerte Bindung an universalistische Verfassungsprinzipien« – zu demontieren. »Der einzige Patriotismus, der uns dem Westen nicht entfremdet, ist ein Verfassungspatriotismus.«<sup>11</sup> Ereignisse und Vorgänge der jüngsten Zeit – von der Rede Richard von Weizsäckers zum 40. Jahrestag der Befreiung über die nach der Wende einsetzende pauschale Diskreditierung des DDR-Antifaschismus bis zu den Reaktionen auf die Ausstellung über die Verbrechen der Wehrmacht<sup>12</sup> – verdeutlichen exemplarisch, daß es ein erneutes Ringen um die Vorherrschaft bei der Definition des ideologischen Selbstverständnisses der Bundesrepublik gibt. Die Linke muß sich im klaren darüber sein (oder sich diese Klarheit erarbeiten), worin die entscheidende objektive Konfliktlinie dieses Ringens, die sie nicht als geistige Demarkationslinie nach der Formel »bürgerliche

---

11 Habermas, Jürgen, a.a.O.

12 Anm. des Herausgebers: Die Wehrmachtsausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung unter dem damaligen Titel »Vernichtungskrieg – Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944« ist bis heute, da sie, nachdem einige Korrekturen vorgenommen worden sind, unter dem Titel »Verbrechen der Wehrmacht – Dimension des Vernichtungskrieges 1941-1944« präsentiert wird, Gegenstand heftiger und tiefgreifender Auseinandersetzungen geblieben. Zum Zeitpunkt der Erarbeitung des hier abgedruckten Vortrages stand Schumann direkt unter dem Eindruck der Vorgänge um die Ausstellung in München. Dort war sie gegen die Stadtrats-Stimmen der CSU-Fraktion (mit einer Ausnahme) und des Bundes Freier Bürger gezeigt worden. Am 1. März 1997 hatte es eine gegen die Ausstellung gerichtete Demonstration gegeben, an die die »Potsdamer Neuesten Nachrichten« am 9. November 2001 im Angesicht der Ankündigung eines ähnlichen Aufmarsches in Berlin für den 1. Dezember 2001 wie folgt erinnerten: »Die sogenannte Wehrmachtsausstellung ist permanent von Rechtsextremisten, aber auch von Konservativen heftig attackiert worden. Im März 1997 zogen 4500 Neonazis durch München, um dort zu protestieren – dies war einer der größten rechten Aufmärsche in der Geschichte der Bundesrepublik.« – Dem Aufmarsch hatten sich um die 7000 Gegendemonstranten entgegengestellt. Im Oktober 2002 (!) sind diese Gegendemonstranten vom bayerischen Innenminister Günther Beckstein (CSU) als »Linksextremisten« bezeichnet worden, worauf der Münchner SPD-Vorsitzende und Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion Franz Maget erklärte: »Es war die Münchner Bürgerschaft, die damals den versammelten Neonazis im wahrsten Sinne des Wortes den Weg in die Innenstadt verstellte hat. ... Da von mehreren tausend linksextremistischen Demonstranten zu sprechen, ... ist eine Ungeheuerlichkeit« (vgl. [www.spd.bayern.landtag.de](http://www.spd.bayern.landtag.de)). – Am 13. März 1997 und am 24. April 1997 befaßte sich der Deutsche Bundestag mit der Wehrmachtsausstellung. Für die Gruppe der PDS sprachen in den Debatten Gerhard Zwerenz, der als Soldat aus der Wehrmacht desertiert war, und Heinrich Graf von Einsiedel, der als Kriegsgefangener in der Sowjetunion zum Mitbegründer des NKFd und des BDO geworden war. In einem Antrag, der jedoch keine Mehrheit fand (Bundestags-Drucksache Nr. 13/7188 vom 12. März 1997) forderte die Gruppe der PDS nicht nur eine Verurteilung dessen, daß »Rechtsextremisten die Auseinandersetzung ... zum Anlaß für bundesweite Mobilisierung zu rechtsextremistischer, insbesondere nationalistischer Propaganda nehmen können«, sondern sie forderte die Abgeordneten auch auf, zu »bedauern, daß das Präsidium des Deutschen Bundestages eine Einladung in die Räume des deutschen Bundestages abgelehnt hat.« In der Antragsbegründung hieß es, die »Vorgänge in München« und »die beginnende Debatte in Frankfurt am Main und Bremen« machten »eine Stellungnahme des Deutschen Bundestages unausweichlich«. Der Bundestag dürfe sich nicht abseits halten, sondern müsse »dadurch Partei ergreifen, daß er alle Versuche der Leugnung oder Bagatellisierung der durch die deutsche Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg begangenen Verbrechen zurückweist.«

oder sozialistische Ideologie?« willkürlich festlegen kann, besteht, und daß es dabei hier und heute zunächst um Bewahrung geht: um die Bewahrung demokratischer, liberaler und rechtsstaatlicher Fundamente, die nicht alles sind, aber ohne die alles nichts ist. Es geht dabei letztlich um gewiß nicht hinreichende, aber notwendige Bedingungen der Möglichkeit progressiven, innovativen gesellschaftlichen Wandels:

»Im offiziell bekundeten Selbstverständnis der Bundesrepublik«, heißt es bei Habermas, »gab es bisher eine klare und einfache Antwort. Sie lautete bei Weizsäcker nicht anders als bei Heinemann und Heuss. Nach Auschwitz können wir nationales Selbstbewußtsein allein aus den besseren Traditionen unserer nicht unbesehen, sondern kritisch angeeigneten Geschichte schöpfen. Wir können einen nationalen Lebenszusammenhang, der einmal eine unvergleichliche Versehrung der Substanz menschlicher Zusammengehörigkeit zugelassen hat, einzig im Lichte von solchen Traditionen fortbilden, die einem durch die moralische Katastrophe belehrten, ja argwöhnischen Blick standhalten. Sonst können wir uns selbst nicht achten und von anderen nicht Achtung erwarten. Diese Prämisse hat bisher das offizielle Selbstverständnis der Bundesrepublik getragen. Der Konsens wird heute von rechts aufgekündigt. Man fürchtet nämlich eine Konsequenz: Eine kritisch sichtende Traditionsaneignung fördert in der Tat nicht das naive Vertrauen in die Sittlichkeit bloß eingewöhnter Verhältnisse; sie verhilft nicht zur Identifikation mit ungeprüften Vorbildern.«<sup>13</sup>

Das Problem des ideologischen Selbstverständnisses einer Gesellschaft oder Nation ist nicht wegzuschieben – auch nicht mit dem Hinweis auf den Antagonismus von »oben und unten«. Das käme einer abstrakten Negation der Geschichte gleich. Diese hat Ligaturen geschaffen – »Bindungen, die tiefer reichen als durch Vertrag gestiftete Sozialbeziehungen«<sup>14</sup> –, wie sie im historischen Selbstbewußtsein einer Nation, ihr verfassungspolitisches Grundverständnis eingeschlossen, gegenwärtig sind. Solche Ligaturen sind keine versöhnenden Antworten auf die Konflikte der Gegenwart. Es geht dabei vielmehr um den Boden, auf dem, und die Formen, in denen die Widersprüche unserer Moderne ausgetragen werden. Und die Chancen für ihre progressive Lösung werden davon wesentlich bestimmt.

Deswegen ist die Auseinandersetzung um das ideologische Selbstverständnis oder die »nationale Identität« der Bundesrepublik, die Frage, welche Traditionen und Gehalte des geistigen und politischen Lebens, des Rechts usw. bestimmend sein sollen, auch und gerade für sozialistische Politik von größter Bedeutung. Setzen sich die rechtskonservativen Bemühungen um eine Revita-

---

13 Jürgen Habermas: Vom öffentlichen Gebrauch der Historie. Das offizielle Selbstverständnis der Bundesrepublik bricht auf, in: Ebenda, S. 248 f.

14 Ralf Dahrendorf: Die offene Gesellschaft und ihre Ängste, in: Wolfgang Zapf (Hrsg.): Die Modernisierung moderner Gesellschaften. Verhandlungen des 25. Deutschen Soziologentages in Frankfurt am Main 1990, Frankfurt a. M./New York 1991, S. 148.



lisierung ideologischer Bindungskräfte, die an antiliberalen, obrigkeitsstaatliche und nationalistische Traditionen anknüpfen, durch, hätte das gravierend negative Konsequenzen für die Wirkungsmöglichkeiten sozialistischer Politik.

Dem Streit um diese Frage können Sozialistinnen und Sozialisten nicht mit dem bloßen Verweis auf ihre alternativen Visionen ausweichen. Denn diese bekommen nur dann ein politisches, wirklichkeitsveränderndes Gewicht, wenn sie auf einen geistigen Resonanzboden in der Gesellschaft treffen. Dieser stellt sich nicht als unvermitteltes Resultat, als automatischer Reflex der aktuellen sozialen Situation her, sondern er bildet sich unter dem prägenden Einfluß von im Massenbewußtsein immer schon vorhandenen, geschichtlich gewordenen und überlieferten und insofern traditionellen Werten und Orientierungen heraus – wie umgekehrt einmal im öffentlichen Bewußtsein verankerte Zukunftsvorstellungen und Zukunftserwartungen wesentlich dafür sind, welche geistigen Traditionen vorherrschen, welche »Ausrichtung« das historische Selbstbewußtsein erfährt. Die Arbeit an zukunftsfähigen Antworten auf die Herausforderungen der Gegenwart ist daher zugleich ein Beitrag zur Formung eines demokratischen und progressiven historisch-politischen Selbstverständnisses der Bundesrepublik. Sie wird jedoch nur gelingen und öffentliche Wirksamkeit entfalten können, wenn die deutsche Linke zwei Dimensionen der Debatte um die sogenannte nationale Identität nicht aus dem Blickfeld verliert:

Erstens muß es um die Verteidigung der demokratischen, liberalen und rechtsstaatlichen Traditionen der Bundesrepublik gehen. Sie sind selbstverständlich ambivalent. Und es geht dabei nicht um die Heiligsprechung eines institutionellen Status quo. Aber es geht um Prägungen, um wichtige Elemente einer politischen Kultur, in denen sich der Bruch mit der verhängnisvollen Tradition des deutschen Sonderweges ausdrückt und die heute erneut von rechts in Frage gestellt werden.

Zweitens ist ein historisch-politisches Selbstverständnis der größer gewordenen Bundesrepublik auf Sand gebaut, bekommt jedenfalls eine demokratiefeindliche – und im übrigen auch antinationale – Schlagseite, wenn es die Geschichte der östlichen deutschen Teilnation als Abweg vom Pfad der westdeutschen Tugend denunziert. Die Linke muß sich deshalb entschieden dagegen wenden, daß eine kritische Aneignung der DDR-Geschichte durch eine Totalverurteilung ersetzt wird. Und dies eben nicht nur, weil man damit dieser Geschichte und den Menschen in der ehemaligen DDR nicht gerecht werden kann. Vielmehr ist diese Totalverurteilung notwendigerweise verbunden mit dem Wiederaufleben eines totalitären Feinddenkens, das das Grab der Demokratie ist, indem es letztlich jede gesellschaftskritische und emanzipatorische Haltung tabuisiert. Mit einem ideologischen Selbstverständnis der Bundesrepublik, das darauf baut und damit die Linke aus der Nation ausgrenzt, kann es nur eine kompromißlose Auseinandersetzung geben.

# Zur Auseinandersetzung der PDS mit dem stalinistischen Erbe

**Schlußwort auf der PDS-Konferenz »Realsozialistische Kommunistenverfolgung. Von der Lubjanka bis Hohenschönhausen« am 21. Juni 1997 in Berlin<sup>1</sup>**

Es wäre eine doppelte Zumutung für das Auditorium, wollte ich eine Bilanz der Auseinandersetzung der PDS mit dem stalinistischen Erbe im Rahmen eines Schlußwortes versuchen. Vom abschließenden Vortrag eines langen und anspruchsvollen Tagungsprogrammes erwartet man in besonderer Weise Zurückhaltung – was den Umfang und den Grad der Problematisierung betrifft. Eine Bilanz aber müßte umfangreich ausfallen und wäre auch hier und heute nur sinnvoll, wenn wir die Möglichkeit hätten, sie auch zu debattieren. Ich werde mich deshalb auf zwei Bemerkungen beschränken.

*Erstens:* In der ideologischen Tradition der kommunistischen Bewegung sind die Exzesse der Gewalt, von denen heute die Rede war, in der Regel als im Grunde marginale Deformationen der sozialistischen Macht charakterisiert worden. Noch in den großen parteioffiziellen Darstellungen der allerneuesten Zeit wie etwa in der Anfang der achtziger Jahre in Moskau erschienenen siebenbändigen Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung findet man zu diesem Thema nicht mehr als einen winzigen Abschnitt mit den sattsam bekannten Formeln vom Personenkult um Stalin und von seiner fehlerhaften These von der Verschärfung des Klassenkampfes beim sozialistischen Aufbau, die zu Verletzungen der sozialistischen Gesetzlichkeit und zu Massenrepräsentationen geführt hätten.<sup>2</sup> Die die Sowjetwirklichkeit der Stalin-Zeit prägende Gewaltherrschaft wurde in solchen für die breite Öffentlichkeit bestimmten Darstellungen schlicht negiert. Schon ihre umfängliche Rechtfertigung aus historischen Umständen hätte ein Zugeständnis bedeutet, das Fragen nach den Dimensionen der Gewaltherrschaft und ihren Opfern provoziert und das zentrale Dogma der parteioffiziellen Geschichts-, Gesellschafts- und Staatsauffassung widerlegt hätte: das Dogma von der quasi naturgesetzlichen, un-

---

1 Anm. des Herausgebers: Der Beitrag wurde abgedruckt in: UTOPIE kreativ, Berlin, Heft 81/82 (Juli/August 1997), S. 164-168. Dort sind auch die anderen 13 auf dieser Konferenz gehaltenen, aus Rußland und Deutschland stammenden Beiträge veröffentlicht. – Ein im Dezember 1997 herausgegebenes Sonderheft von »UTOPIE kreativ« unter dem Konferenztitel »Realsozialistische Kommunistenverfolgung. Von der Lubjanka bis Hohenschönhausen« versammelt zusätzlich zu diesen 14 Beiträgen weitere drei, die schriftlich eingereicht worden waren.

2 Vgl. B. N. Ponomarjow (Vorsitzender der Hauptredaktionskommission): Die internationale Arbeiterbewegung. Fragen der Geschichte und der Theorie, Bd. 5, Moskau/Berlin 1985, S. 64.

gebrochenen Kontinuität des sowjetischen Sozialismus als Ausdruck der wachsenden Selbstbestimmung des Volkes. Ponomarjow stellt daher in dem erwähnten Werk für die Sowjetunion der dreißiger Jahre die geradezu absurde These auf: »Die schöpferischen, organisatorischen und erzieherischen Funktionen des Staates drängten seine Zwangsfunktionen in den Hintergrund.«<sup>3</sup>

Das Gegenteil war der Fall. In der Auseinandersetzung um den Weg der Modernisierung der Sowjetunion – und um diese Auseinandersetzung ging es letztlich in den Prozessen<sup>4</sup> – hatten jene gesiegt, die die nachholende Entwicklung, den wirtschaftlichen Aufschwung durch ein System der Despotie und des Terrors erzwingen wollten. Dieses System war gerade keine Deformation der realsozialistischen Macht. Es handelte sich vielmehr um das Ergebnis der bewußten Entscheidung, auf dem Wege der Modernisierung die konstitutiven Voraussetzungen des Staatssozialismus sowjetischer Prägung nicht infrage stellen zu lassen. Unter diesen Bedingungen war eine nachholende Industrialisierung nur durch ein System der Zwangsarbeit und des Terrors möglich, das die fehlenden respektive durch die zentralistische Planwirtschaft und den zentralistischen Parteistaat blockierten gesellschaftlichen Entwicklungspotentiale substituieren sollte.

»Die Alternative wäre gewesen«, so schreibt Rainer Land, »diese Art Sozialismus aufzugeben und Anschluß an eine Entwicklung zu finden, die die Modernisierungspotentiale des Westens nutzt und partizipatorisch ausbaut. Der Weg hätte über Reformen zu Verselbständigung der Betriebe, Marktmechanismen, Aufwertung und Ausbau der Geldwirtschaft, zu gemischtem Eigentum und Gewinnorientierung, Rückführung zentralisierter Forschungs- und Entwicklungspotentiale in die Betriebe usw. geführt. Das war Teufelszeug – bis in die sechziger Jahre.«<sup>5</sup>

Wir kennen das Ende. Dem stalinistischen System wurde die terroristische Spitze zwar weitgehend genommen, aber der staatssozialistische Vergesellschaftungstyp, die trotz aller Reformbemühungen immer beibehaltene Unterordnung der Wirtschaft unter ein diktatorisches politisches Machtzentrum mit all den Folgen der Einschnürung politischer und geistiger Freiheit und damit sozialer Kreativität, wurde nicht überwunden. Das führte zu ökonomischer Ineffizienz, ökologischer Rückständigkeit und schließlich zum sozialen Konflikt, der den sowjetischen Staatssozialismus zusammenbrechen ließ.

---

3 Ebenda, S. 8.

4 Anm. des Herausgebers: Gemeint sind die Schauprozesse der dreißiger Jahre gegen führende Funktionäre der KPdSU, in deren Ergebnis die Verurteilten entweder sofort erschossen oder in lange Lagerhaft – oft gleichbedeutend mit dem sicheren Tod – verbracht wurden. – Siehe im Text die weiteren Bezugnahmen auf die »Prozesse« oder »Moskauer Prozesse«.

5 Rainer Land: Staatssozialismus und Stalinismus, in: Lothar Bisky, Jochen Czerny, Herbert Mayer, Michael Schumann (Hrsg.): Die PDS – Herkunft und Selbstverständnis, Berlin 1996, S. 193.

Was uns Heutigen mehr oder weniger klar vor Augen steht, war mit Sicherheit für die zeitgenössischen Akteure so klar nicht. Die kommunistischen Oppositionellen, in denen die Überzeugung gereift war, daß Stalins Weg in die Niederlage führen konnte, waren sich alles andere als sicher, ob angesichts der historischen Rückständigkeit, der außenpolitischen Isolierung der Sowjetunion und der drohenden Kriegsgefahr ein anderer Modernisierungsweg ohne gleichzeitige Gefahr des Machtverlustes Chancen gehabt hätte. Denn eine Infragestellung der im Gefolge der Oktoberrevolution entstandenen grundsätzlichen Machtverhältnisse als Voraussetzung für das Beschreiten eines anderen Modernisierungspfades war für sie – die Revolutionäre von 1917 und späterhin für alle oppositionellen bzw. reformerischen Kommunisten – undenkbar.

Die Weigerung, die Möglichkeit des Machtverlustes für die kommunistische Partei als Teil der Problemlösung zu akzeptieren, war für die Tragödie der oppositionellen Revolutionäre konstitutiv: Die Tragik der Revolution, so schreibt Maurice Merleau-Ponty in seinem berühmten Essay »Humanismus und Terror«, »verschärft sich noch, wenn es nicht nur darum geht, ob die Revolution über ihre Feinde den Sieg davontragen wird, sondern auch darum, wer unter den Revolutionären die Geschichte am besten gelesen hat. Ihren Höhepunkt erreicht sie schließlich beim Oppositionellen, der davon überzeugt ist, daß die revolutionäre Führung sich irre. Dann gibt es nicht nur Fatalität – eine äußere Macht, die einen Willen zerbricht –, sondern wirkliche Tragödie – ein Mensch im Kampf mit den äußeren Mächten, deren geheimer Komplize er ist – weil der Oppositionelle weder für noch völlig gegen die Führung, die die Macht innehat, sein kann. Es ist nicht mehr die Spaltung zwischen dem Menschen und der Welt, sondern die zwischen dem Menschen und ihm selbst. Und das ist das ganze Geheimnis der Moskauer Geständnisse.«<sup>6</sup>

Das Nachdenken über die Problematik der Moskauer Prozesse verdeutlicht so das grundsätzliche Dilemma des oppositionellen bzw. reformerischen Kommunisten: Er versteht sein Wirken als Korrektiv der Macht seiner Partei, aber er bejaht letztlich eine Organisation der Macht, die diese absolut setzt und ihm damit die Möglichkeit nimmt, sie zu korrigieren.

*Zweitens:* Der demokratische Sozialismus stellt in diesem Sinne nicht nur einen Bruch mit der offiziellen staatssozialistischen Macht dar, sondern auch mit ihrem oppositionell-kommunistischen Widerpart. Denn der Reformkommunismus – wenn denn dieser Ausdruck eine spezifische Bedeutung im Unterschied zum demokratischen Sozialismus haben soll – teilt in seinem Widerstand gegen die staatssozialistische Macht deren Voraussetzung: ihre Absolutheit.

---

6 Maurice Merleau-Ponty: Humanismus und Terror, Bd. 1, Frankfurt a. M. 1966, S. 110.

Damit steht auch der Reformkommunismus der staatssozialistischen Ära – nicht der Kommunismus schlechthin – noch im Banne jener Ideologie der totalen historischen Diskontinuität hinsichtlich der Organisationsprinzipien der Macht, namentlich der Staats- und Rechtsentwicklung, beim Übergang zu einer sozialistischen Neuordnung der Dinge. Die programmatische Plattform der PDS, die Position der Einheit von Sozialismus und Demokratie, bedeutet die Überwindung dieses Diskontinuitätspostulats, das nach Gerhard Haney seinen Ausdruck in einer »Abkehr von jeglicher normativ begriffener Kontinuität« fand; »das Historisch-Soziologische« – so Haney – »wurde beherrschend, die relative Selbständigkeit staatlicher und juristischer Formen wurde dabei kaum beachtet, höchstens kleingeschrieben.«<sup>7</sup>

Nicht zuletzt die kritische Analyse der geschichtlichen Erfahrungen hat die PDS zu einer programmatischen Neuorientierung in Richtung auf einen – wie ich es verstehe – modernen Sozialismus geführt, der die ambivalenten demokratischen und rechtsstaatlichen Institutionen der kapitalistischen Gesellschaft – bei all ihren Mängeln und ihrer Reformbedürftigkeit – auch als Voraussetzungen und Formen für die Durchsetzung sozialistischer Ziele und unverzichtbare Entwicklungspotentiale der Gesellschaft begreift.

Diese programmatische Neuorientierung ist alles andere als eine opportunistische Anpassungsleistung, die wir mit einem Anerkennung erheischenden Blick unternommen haben. Sie ist auch keineswegs eine unkritische Heiligsprechung des institutionellen empirischen Status quo. Sie ist in erster Linie Resultat eines internen Selbstverständigungsprozesses, dessen Ergebnis – und nicht dessen Veranlassung – durch äußere politische Umstände in viel geringerem Maße bestimmt worden ist als gemeinhin angenommen wird. Entscheidend war vielmehr – und das ist eine Bemerkung zum Thema »Ankommen«, das die Gemüter so erhitzt hat<sup>8</sup> – die Wiederaneignung von Traditionsbeständen des westlichen Marxismus und des demokratischen Sozialismus unterschiedlicher Prägung. Ankommen wollten wir zuerst bei uns selbst, bei den vielfach verschütteten, schöpferischen Teilen unseres eigenen Erbes.

---

7 Gerhard Haney: Die Crux der nur einfachen Negation oder das doppelte Dilemma, in: Gerhard Haney, Werner Maihofer, Gerhard Sprenger: Recht und Ideologie, Festschrift für Hermann Klenner zum 70. Geburtstag, Freiburg/Berlin 1996, S. 318.

8 Anm. des Herausgebers: André Brie, seinerzeitiger Wahlkampfleiter und Vorsitzender der Grundsatzkommission der PDS, hatte im »Spiegel« Nr. 32/1996 erklärt, die PDS müsse »endlich in der Bundesrepublik ankommen« und »ein positives Verhältnis zur parlamentarischen Demokratie und zum Grundgesetz finden«. Etwa zur gleichen Zeit – in der »taz« vom 16. August 1996 – hatte er diese Überlegungen mit der Forderung ergänzt, die PDS müsse eine »normale Partei« werden, die der SPD und den Grünen als Partner bei der Überwindung der konservativen Mehrheiten zur Verfügung stehen müsse. Der Begriff des »Ankommens« ist seither zu einem Schlüsselwort in den Richtungsstreits innerhalb der PDS geworden.

Wir sind in der »Wende« sehr unsanft, geradezu mit der Nase auf das unbedingte Erfordernis gestoßen worden, das Verhältnis von Sozialismus und Demokratie, von Sozialismus und Rechtsstaatlichkeit neu zu durchdenken und zu bestimmen. Und ich darf daran erinnern, daß noch unter Egon Krenz im Aktionsprogramm der SED vom November 1989 sozialistische Rechtsstaatlichkeit zu einer zentralen politischen Kategorie avancierte. Die subjektiven Rechte der Persönlichkeit, ohne welche Demokratie unmöglich ist, demokratisches Wahlrecht, Gewährleistung der Souveränität der Volksvertretungen, Verfassungsreform und Einführung einer Verfassungsgerichtsbarkeit waren Stichworte dieses Aktionsprogramms.<sup>9</sup>

Die Bekräftigung und Weiterentwicklung des historisch notwendigen Charakters der vom Volk erkämpften Rechte und Freiheiten und damit des pluralistischen und gewaltenteiligen politischen Systems waren längst zu einer zentralen Frage sozialistischer Identität und Politik geworden. Und damit war auch ein Bemühen um die Neuaneignung von Traditionslinien des marxistischen Denkens verbunden, innerhalb welcher die besonderen staatlichen, rechtlichen und ideologischen Entwicklungsformen der kapitalistischen Gesellschaft als wesentliche Ermöglichungsbedingungen für die Durchsetzung des Sozialismus thematisiert wurden. Das betrifft vor allem Rosa Luxemburgs kritische Einforderungen demokratischer Errungenschaften der kapitalistischen Ära wie allgemeine Wahlen und ungehemmte Presse- und Versammlungsfreiheit gegenüber den russischen Revolutionären sowie Antonio Gramscis Betonung der zivilgesellschaftlichen Struktur des westlichen Kapitalismus als einer Grundlage der sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft.

Die Anknüpfung an diese und andere Traditionsbestände des westlichen Marxismus war und ist für die Entwicklung einer Programmatik der sozialistischen Erneuerung, die den Ausbau bzw. die Wiederherstellung der gesellschaftlichen Handlungsfähigkeit sozialistischer bzw. kommunistischer Formationen gewährleisten soll, wesentlich. Diese Programmatik verkörpert einen spezifischen Antikapitalismus. Dieser reduziert die moderne Gesellschaft nicht auf ihre Eigenschaft, kapitalistisch zu sein, sondern erkennt im Eigensinn ihrer ausdifferenzierten Bereiche bzw. Praxen (und somit auch in Staat, Recht und Ideologie) Formen einer – der Potenz nach innovativen – »Übersetzung« existentieller Widersprüche und damit potentielle Gegenmächte zur Dominanz des Profits.

Ich betone: potentielle Gegenmächte, Möglichkeiten – nicht mehr, aber auch nicht weniger. Das ist keine Verabschiedung von Marx. Es geht vielmehr im Kern um die Frage, was es heute bedeutet, den Marxschen Ansatz, Demokra-

---

<sup>9</sup> Behrend, Manfred; Meier, Helmut (Hrsg.): Der schwere Weg der Erneuerung. Eine Dokumentation, Berlin 1991, S. 190 ff.

tie und Recht mit den Interessen von Menschen und Gesellschaftsklassen in Verbindung zu bringen – sowohl in unserer gegenwärtigen politischen Praxis als auch in bezug auf die Kritik des Realsozialismus.

Und gerade wer diesen Marxschen Ansatz bewahren will, muß sich kritisch fragen, »ob die wesentlich durch den Kapitalismus des 19. Jahrhunderts geprägte Marxsche Gesellschaftstheorie die Bedeutung der politischen Sphäre und der rechtlichen Institute als Feld geschichtlicher Entscheidungen und als Formen zivilisatorischen Fortschritts hinreichend gewürdigt hat. Und auszubauen ist der Marxsche Ansatz durch die Aufhellung der komplizierten und komplexeren Interessenstrukturen moderner Gesellschaften, deren innere und äußere Entwicklungsbedingungen am Ende des 20. Jahrhunderts unmittelbar miteinander verwoben sind.«<sup>10</sup>

Genau darum geht es: die politische, die rechtliche und ideologische Sphäre der heutigen Gesellschaft als Feld geschichtlicher Entscheidung zu begreifen, als Möglichkeiten anzunehmen, als Möglichkeiten, die als solche weder gut noch schlecht sind.

Freilich: Ob aus diesen Möglichkeiten Wirklichkeiten werden; ob es also gelingt, dem stummen Zwang des Kapitals die laute Stimme des politischen Kampfes entgegenzusetzen, ist und bleibt eine Frage des politischen Kräfteverhältnisses, die sich mit der Bereitschaft und Fähigkeit zum politischen Bündnis entscheidet. Und hier liegt die eigentliche Herausforderung, an der sich unsere Fähigkeit, Lehren aus der Geschichte zu ziehen, bewähren muß.

---

10 Uwe-Jens Heuer, Ekkehard Lieberam, Michael Schumann: Die PDS und ihr Verhältnis zu Demokratie und Rechtsstaat, in: UTOPIE kreativ, Berlin, Heft 13 (September 1991), S. 26.

# Lothar Bisky und Michael Schumann an Regine Hildebrandt

**Offener Brief vom 7. Februar 1998<sup>1</sup>**

Sehr geehrte Frau Ministerin,  
zum zweiten Male lesen wir in dieser Woche Stellungnahmen Brandenburger Sozialdemokraten zum »Problem mit der PDS« bei den bevorstehenden Bundestagswahlen.

Sie haben sich dazu im »Neuen Deutschland« vom 07./08.02. grundsätzlich geäußert. Ihr Landesvorsitzender Steffen Reiche hat in einer Erklärung vom 03.02. die »Ausführungsbestimmungen« schon vorweg genommen, indem er klar gemacht hat, daß die SPD ihre Stimmen durch einen Wahlkampf gegen die PDS maximieren müsse.

Ihre Argumentation lautet kurz gesagt so: Es gilt, alle Stimmen für soziale Gerechtigkeit zu sammeln. Die PDS-Stimmen sind auch Stimmen für soziale Gerechtigkeit. Dennoch sei jede Stimme für die PDS eine Stimme gegen den Wechsel, denn die PDS sei bundespolitisch nicht vermittelbar, mit ihr gehe es in Bonn nicht. Sie rufen die PDS-Wähler daher zu taktischem Wahlverhalten auf. Sie sollen SPD (oder Grüne) wählen, denn dann kommt der Wechsel in Bonn. Und wenn es diesmal wieder nicht reicht, haben Sie auch gleich den Schuldigen (für die »Spaltung der Arbeiterklasse«): die PDS.

Was sollen wir nun machen? Wir würden Ihnen ja gerne den Gefallen tun, denn wir wünschen nicht weniger als Sie den Wechsel in Bonn. Und von Ihnen gegebenenfalls als Verhinderer und Spalter vorgeführt zu werden, ist für so sentimentale Leute wie uns und unsere Genossinnen und Genossen eine grausige Perspektive.

Wir sagen ja nicht, wir würden keine politischen Fehler machen, aber wir haben uns angewöhnt, sieben Mal zu messen und ein Mal zu schneiden, wenn

---

1 Abgedruckt in: Pressedienst der PDS, Nr. 7/1998 vom 13. Februar 1998. – Regine Hildebrandt (1941-2001), Dr. rer. nat., Diplom-Biologin; engagierte sich in der DDR im September 1989 in der Bewegung »Demokratie jetzt«, wurde im Oktober 1989 Mitglied der SDP (später SPD), gehörte der ersten freigeählten DDR-Volkskammer (März bis Oktober 1990) an und war in der von Lothar de Maizière (CDU) geführten letzten Regierung der DDR von April bis August 1990 Ministerin für Arbeit und Soziales. Im September 1990 wurde sie Mitglied des Parteivorstandes der (vereinigten) SPD (vgl. Jochen Černý: Wer war wer, a.a.O., S. 192-193). – Von 1990 bis 1999 gehörte Regine Hildebrandt als Familien- und Sozialministerin der von Manfred Stolpe geführten Landesregierung von Brandenburg an und wurde in dieser Zeit zu einer der beliebtesten Politikerinnen Deutschlands überhaupt. – Es liegt eine Ironie der Geschichte darin, daß Regine Hildebrandt nach den Landtagswahlen in Brandenburg im September 1999 für eine Koalition der SPD mit der PDS in Brandenburg plädierte und aus diesem Grunde dem dann von SPD und CDU gebildeten Kabinett nicht mehr angehörte.



es um wirklich Wichtiges geht. Also haben wir gründlich über das, was Sie uns zu sagen haben, nachgedacht.

*Erstens:* Wir sind also nach Ihrer Meinung bundespolitisch nicht vermittelbar. Was heißt das? Sie sollten sich deutlicher ausdrücken! Der Osten gehört auch zum »Bund«. Und da sind wir »vermittelbar«. Offensichtlich wollten Sie sagen: Die PDS ist im Westen nicht vermittelbar. Obwohl sich das langsam ändert, haben Sie recht, wenn Sie meinen, es fehle der PDS in den westlichen Bundesländern die ausreichende gesellschaftliche Akzeptanz. Die SPD-Ost hat ja auch kräftig daran mitgewirkt, daß bis heute die PDS in der westdeutschen Öffentlichkeit nach den Vorschriften des Konrad-Adenauer-Hauses als SED buchstabiert wird.

Aber darum geht es mir jetzt nicht. Wichtiger ist in diesem Zusammenhang: Es gibt Parteien, denen im Osten die nötige gesellschaftliche Akzeptanz fehlt. Die FDP sitzt in Bonn in der Regierung. Im Osten ist sie – um Ihren Ausdruck zu gebrauchen – »nicht vermittelbar«. Sie würden selbstverständlich nie auf den Gedanken kommen zu sagen, die FDP sei bundespolitisch nicht vermittelbar, nur weil ihr im Osten die gesellschaftliche Akzeptanz fehlt. Aber die PDS ist nach Ihrer Meinung bundespolitisch nicht vermittelbar, nur weil ihr im Westen die nötige gesellschaftliche Akzeptanz fehlt. Sie selbst unterstellen einen Begriff von bundespolitischer »Vermittelbarkeit«, der durch und durch von der Perspektive westlich dominierter Parteien geprägt ist. Das ist kein Wunder, denn Ihre Partei, die SPD, ist westdominiert.

Wenn wir also Ihr Argument akzeptierten, mit der PDS gehe es – in welcher Form auch immer – in Bonn nicht, weil sie bundespolitisch nicht vermittelbar sei, würden wir den Bürgerinnen und Bürgern in den ostdeutschen Bundesländern sagen: Gewöhnt Euch daran, daß in Deutschland nur das zählt, was vorwiegend (CDU/SPD/Grüne) oder mehr oder weniger ausschließlich (CSU/FDP) im Westen zählt.

Liebe Frau Hildebrandt, das kommt für uns nicht in die »Tüte«. Der politischen »Philosophie« »gesellschaftliche Akzeptanz West geht vor gesellschaftliche Akzeptanz Ost« werden wir keinen Vorschub leisten. Wir haben sonst irgendwann ein geographisches Zweiklassenwahlrecht. Und auch der deutschen Einheit würden wir keinen Dienst erweisen, wenn wir uns auf Ihre Vorstellungen von bundespolitischer »Vermittlung« einließen.

*Zweitens:* Jede Stimme für die PDS sei eine Stimme gegen den Wechsel in Bonn – sagen Sie. Vielleicht verstehen Sie unter »Wechsel« etwas anderes als wir. Wir verstehen darunter, daß weder CDU/CSU noch die »Partei der Besserverdienenden« in Bonn an der Regierung bleiben. Wer das wirklich will, muß PDS wählen. Sie ist nämlich die einzige Partei, von der feststeht, daß ihre Abgeordneten keinen CDU/CSU-Kanzler und keinen Kanzler wählen werden, der mit der heutigen FDP ins Bett steigt. Sie können das für die SPD nicht garantieren. Die SPD schließt weder eine Große Koalition aus noch eine Koalition mit der FDP. Vor einer klaren Koalitionsaussage zugunsten der Grü-

nen hüten Sie sich. Unsere Wählerinnen und Wähler stehen für einen Wechsel der Politik in Bonn zur Verfügung, nicht für ein wahlarithmetisches Würfelspiel, durch das ihre Stimmen gewissermaßen durch die Hintertür von Koalitionen in Stimmen für einen CDU-Kanzler oder die ewige Regierungspartei FDP »umgestimmt« werden können. Wir können unseren Wählerinnen und Wählern nicht das Risiko eines Selbstbetrugs empfehlen.

*Drittens:* Nehmen wir einmal an, die SPD schließt eine Große Koalition oder eine Koalition mit der FDP doch noch definitiv aus: Glauben Sie im Ernst, unsere Wählerinnen und Wähler würden – selbst wenn wir sie dazu aufforderten – so ohne weiteres und überwiegend SPD oder Grüne wählen? Das wäre ein schwerer Irrtum, denn es gibt große Enttäuschung und handfeste politische Gegensätze. Die SPD hat bundespolitische Entscheidungen mitbeschlossen, die den Ostdeutschen schwer im Magen liegen. Es geht dabei nicht nur um »Rückgabe vor Entschädigung«. Jahrelang haben Sie das Rentenstrafrecht mitgetragen, von dem Sie erst 1994 – und wie wir behaupten würden: aus rein taktischen Gründen, um der PDS keinen Zulauf zu organisieren – sukzessive abrückten. Gerade haben Sie dem großen Lauschangriff zugestimmt, eine Entscheidung, die von vielen PDS-nahen Bürgerinnen und Bürgern nicht nur kategorisch abgelehnt, sondern auch als Zeichen Ihrer Bereitschaft zur Großen Koalition interpretiert wird.

Kurz und gut: Würden wir unseren Wählerinnen und Wählern empfehlen, bei den Bundestagswahlen 1998 nicht ihre Partei, die PDS, zu wählen, sondern SPD (oder Grüne), würden wir bei ihnen allgemeines Kopfschütteln auslösen und lediglich das Lager der Nichtwähler vergrößern. Eigentlich dürften auch Sie kein Interesse daran haben, daß auf diese Weise die Stimmen, die allein durch uns für einen Wechsel in Bonn mobilisierbar sind, paralysiert werden. Nebenbei: Was gäbe das in Bonn für ein Geschrei, wenn wir uns im Wahlkampf zugunsten der SPD erklären würden. Und vor diesem Geschrei hat die SPD doch mehr Angst als vor einer Wahlniederlage.

*Viertens:* Statt nun aber die »Stimmen für mehr soziale Gerechtigkeit« zu sammeln, betreiben Sie das Gegenteil. Ich nehme an, Sie kennen die Erklärung Ihres Landesvorsitzenden vom 3. Februar. Es ist verständlich, wenn die SPD der Meinung ist, die PDS sei überflüssig. Konkurrenzparteien werden jedenfalls aus der Sicht der größeren immer als verzichtbar angesehen. Dennoch ist diese Meinung grundfalsch: Die PDS als ostdeutsch dominierte Partei steht für eine andere Konzeption der Einheit als die, die von den westdeutsch dominierten Parteien und Großverbänden praktiziert wurde und wird. Die PDS repräsentiert ein Element der demokratischen Normalität Europas, weil zur demokratischen Kultur die Existenz einer politischen Kraft links von der Sozialdemokratie gehört. Die PDS wirkt für moderne sozialistische Alternativen zur neokonservativen Politik, nicht nur für Korrekturen an dieser Politik. Sie werden das sicher ganz anders sehen. Aber selbst wenn Sie die Existenzberechtigung der PDS in Frage stellen: Halten Sie es für verantwortbar, in das Zentrum

Ihrer Wahlkampfstrategie den Kampf gegen die PDS zu stellen? Nichts anderes steht in der Erklärung von Steffen Reiche. Es ist nicht zu fassen! Die größte Oppositionspartei, die SPD, will für den Wechsel in Bonn ihre Stimmen dadurch vermehren, daß sie der anderen Oppositionspartei, der PDS, die Stimmen abjagt. Die SPD in Brandenburg will ein Nullsummenspiel veranstalten, indem sie Stimmen, die sowieso gegen die Regierung in Bonn ins Gewicht fallen, von der einen zur anderen Oppositionspartei verschiebt. Wollte sie wirklich mehr Stimmen für soziale Gerechtigkeit sammeln, müßte sich die SPD logischerweise darauf konzentrieren, diese Stimmen aus dem Regierungslager und aus dem Lager der Nichtwähler zu rekrutieren. Nach der Erklärung von Steffen Reiche werden Sie Ihre liebe Not haben, den Wählerinnen und Wählern zu erklären, daß Ihr Hauptziel tatsächlich der Wechsel in Bonn und nicht die Ausschaltung der PDS ist.

Wie wollen Sie eigentlich Ihr Ost-Engagement weiterhin glaubhaft vermitteln, wenn Sie den ungefähr 20 % ostdeutschen Wählerinnen und Wählern sagen, sie seien im bundesdeutschen politischen Arbeitsamt erst vermittelbar, wenn sie akzeptieren, daß sie im Westen nicht zu vermitteln sind? Letzteres stimmt übrigens so absolut, wie Sie es behaupten, keinesfalls. Bei uns bleibt der fade Beigeschmack, Ihr Ost-Engagement ist parteidisziplinarisch eingegrenzt worden. Die Wählerinnen und Wähler der PDS stehen (übrigens auch im Einklang mit nicht wenigen Wählerinnen und Wählern aus den alten Bundesländern) für eine selbstbestimmte und kritisch-selbstbewußte Mitgestaltung der Einheit. Auf jeden Fall wollen sie nicht als bloßes Objekt, sondern als Subjekt der Politik, als Akteure der Politik bundesweit ernst genommen werden.

Die SPD steckt in einer Zwickmühle. Es ist genau das eingetreten, was unsereins schon seit Volkskammerzeiten den für ihn erreichbaren SPD-Kolleginnen und SPD-Kollegen beizubiegen versuchte: daß nämlich die Übernahme der konservativen Kriegserklärung gegen die PDS eines Tages der SPD auf die Füße fallen würde. Die SPD hat sich der konservativen Erwartungshaltung untergeordnet und fleißig daran mitgearbeitet, daß im achten Jahr der Einheit immer noch eine politische Atmosphäre besteht, in der sie selbst eine passive Unterstützung durch die PDS fürchten muß wie der Teufel das Weihwasser. Das, liebe Frau Hildebrandt, ist die Ursache der Spaltung der »Arbeiterklasse« und des Wählerverhaltens. Und die Strategie Ihres Landesvorsitzenden, die Bundesregierung dadurch zu bekämpfen, daß er die PDS bekämpft, ist die absurde Wirkung dieser Ursache und eine Veranstaltung zur Erheiterung des regierenden Bundeskanzlers.

Mit freundlichen Grüßen und den besten Wünschen für Sie  
Ihre  
Lothar Bisky  
Michael Schumann

# Karl Schirdewan 14. Mai 1907 – 15. Juli 1998

## Worte des Gedenkens

**Trauerrede, gehalten im Alten Rathaus zu Potsdam, 5. August 1998**

Verehrte, liebe Genossin Gisela,  
liebe Rosi, lieber Sascha, lieber Karl-Martin, liebe Bettina,  
liebe Enkelkinder und Anverwandte Karl Schirdewans,  
sehr geehrter Herr Präsident des Landtages,  
verehrte Kameraden des antifaschistischen Widerstandes,  
liebe Genossinnen und Genossen,  
verehrte Anwesende,  
am 15. Juli ist Karl Schirdewan gestorben.

Du, liebe Gisela, hast den liebsten Menschen verloren, Deinen Mann, dem Du ein halbes Jahrhundert in erfüllter Ehe verbunden warst. Eure Kinder und Enkelkinder haben ihren Vater und Großvater verloren, der sie umsorgte, voller Stolz ihren Werdegang begleitete und dessen außergewöhnlich große Lebenserfahrung ihnen stets Hilfe sein konnte.

Unser Genosse Karl ist 91 Jahre geworden. Und wer ihn noch erlebte, am 14. Mai, seinem Geburtstag, wird etwas Tröstendes darin finden, daß er sich die geistige Regsamkeit, das ungebrochen wache Interesse bis in sein hohes Alter erhalten konnte.

Karl Schirdewan hat in seinen früheren Jahren mehr Leid auf sich nehmen und ertragen müssen, als es einem Menschenleben gut tut. Daß er nun, ganz ohne sich quälen zu müssen, sanft entschlafen ist – auch darin liegt Trost.

Aber der Schmerz über den Verlust des liebsten Menschen, liebe Gisela, bleibt – zumal nach so langer und inniger Verbindung, die den harten Bewährungen eines außergewöhnlich kämpferischen Lebens ausgesetzt war und die immer auch eine enge Gemeinsamkeit geistigen und politischen Ringens gewesen ist.

Unser tiefes Mitgefühl gilt in dieser Stunde Dir, liebe Gisela, Deinen Kindern, Enkelkindern und Angehörigen.

Mit dem Tod Karl Schirdewans betrauern wir den Verlust einer herausragenden Persönlichkeit des antifaschistischen Widerstandskampfes und der Geschichte der kommunistischen und sozialistischen Bewegung Deutschlands.

Sein Lebensweg verkörpert die Größe und Tragik jenes Teils der deutschen Arbeiterbewegung, dessen prägende Erfahrung und leitendes Handlungsmotiv das Erleben der nazistischen Barbarei und der opferreiche Widerstand gegen sie gewesen sind.

Die Erfahrungen seines Lebens und politischen Wirkens gehörten und gehören zu den wichtigen historischen Quellen des Selbstverständnisses von Sozialistinnen und Sozialisten in der Gegenwart. Sie anzueignen, sich mit ihnen auseinanderzusetzen, ist für uns unverzichtbar. Und ich bin sehr froh darüber, daß Karl Schirdewan nach seinem Buch »Aufstand gegen Ulbricht« aus dem Jahre 1994 trotz seiner erheblichen gesundheitlichen Beeinträchtigungen eine Autobiographie fertiggestellt hat, die uns seine Motive und Erfahrungen noch näher bringt. Besonders durch Deine Hilfe, liebe Gisela, hat er es geschafft, dieses bewegende Zeugnis eines zutiefst politischen Lebens zu überliefern.

Karl Schirdewan, am 14. Mai 1907 in Stettin geboren, mußte zunächst das schwere Los eines Waisenkindes tragen. 1914 wurde er in Breslau von der katholischen Arbeiterfamilie Schirdewan adoptiert.

Dieser Zeit hat er sich stets voller Dankbarkeit an seine Adoptivfamilie erinnert. Sie brachte ihm die familiäre Geborgenheit, nach der sich das Waisenkind lange vergeblich gesehnt hatte. Dieses »Kindheitsmuster« hat seine Einstellung zur Familie nachhaltig geprägt. Erst viele Jahre später, nach überstandener Lagerhaft, der Genesung von schwerer Krankheit und der Begegnung mit Dir, liebe Gisela, hat er daran denken können, eine eigene Familie zu gründen. Sie blieb ihm stets das Wichtigste seines persönlichen Lebens. Wie wenige Freunde wurde sie ihm zur einzigen Stütze, als er sich im Gefolge der schweren Auseinandersetzungen innerhalb der SED-Führung im Jahre 1958 dem Risiko erneuter politischer Verfolgung ausgesetzt sehen mußte.

Aber auch in anderer Hinsicht sind die frühen Prägungen für den Lebensweg Karl Schirdewans von großem Gewicht. Das Leben auf der Dominsel zu Breslau brachte das Kind einfacher Leute in Kontakt mit dem geistigen und auch dem geistlichen Leben der Stadt. Die für einen später führenden Funktionär der stalinisierten SED durchaus nicht selbstverständliche geistige Weite und Offenheit, der Respekt vor geistiger Arbeit und Religiosität, die ihn auszeichneten, haben auch darin ihren Grund, daß der junge Karl Schirdewan mit tief religiös geprägten Menschen und mit sozial denkenden wissenschaftlichen Autoritäten der Breslauer Universität in intensiveren Kontakt kam. Neben den Erfahrungen aus der Gemeinsamkeit mit Andersdenkenden im antifaschistischen Widerstand und der Leidensgemeinschaft mit ihnen gehören diese frühen Erlebnisse zu den Grundlagen seiner politischen Überzeugung, die ihn in immer stärkerem Maße zu einer Ablehnung linkssektiererischer Positionen geführt hat.

Weltanschauliche Absolutheitsansprüche und politisches Sektierertum wurden für ihn – je älter er wurde – geradezu zum Synonym für die Konstitutionsfehler der kommunistischen Parteipolitik, die sowohl in der Weimarer Zeit als auch später in der SBZ und DDR wesentlich dazu beitrugen, ein historisch tragfähiges Bündnis mit der Sozialdemokratie und progressiven Kräf-

ten des Bürgertums zu verhindern und die schließlich zum Konflikt der Partei mit großen Teilen des Volkes geführt haben.

Unter dem Eindruck der Novemberrevolution und marxistischen Gedankengutes gelangte Karl Schirdewan früh in Verbindung mit kommunistischen Organisationen. Mit sechzehn Jahren wurde er Mitglied des Kommunistischen Jugendverbandes und 1925 der KPD. Mit all dem Idealismus, dessen ein junger Mensch fähig ist, hat er in den – oft blutigen – politischen Auseinandersetzungen jener Zeit mit seinen Genossinnen und Genossen für soziale Gerechtigkeit, gegen reaktionäre Bestrebungen und für die Abwendung der faschistischen Gefahr gestritten.

Nach der Machtergreifung durch den Nationalsozialismus gehörte Karl Schirdewan zu den führenden Köpfen des jungkommunistischen Widerstandes – bis er am 19. Februar 1934 in Hamburg durch die Gestapo verhaftet wurde. Es ist ihm in den dann folgenden über elf Jahren der Einkerkerung zunächst im Zuchthaus Coswig und dann in den Konzentrationslagern Sachsenhausen und Flossenbürg kein Leid erspart worden. Zu Recht war er stolz darauf, daß ihn die Folterknechte der SS nicht brechen konnten.

Nach 1989 hat Karl Schirdewan, der viel vom Schicksal auch seiner nichtkommunistischen Kampf- und Leidensgefährten gesprochen hat, mit tiefer Besorgnis zur Kenntnis genommen, wie Tendenzen einer Diskreditierung des kommunistischen Widerstandes um sich griffen. Man hat es wirklich nicht nur vereinzelt fertiggebracht, die Motive und die geschichtliche Tragweite des antifaschistischen Kampfes deutscher Kommunisten dem verstockten Glauben an eine andere Diktatur zuzurechnen und ihre Ermordung auf diesem Umweg nachträglich zu rechtfertigen. Am Grabe des aufrechten Antifaschisten Karl Schirdewan verspreche ich, daß sich meine Partei damit nie abfinden wird. Und ich füge hinzu, daß die nationale Einheit Deutschlands auf brüchigem historischem Fundament steht, solange das Martyrium Zehntausender deutscher Kommunisten unter dem Nationalsozialismus nicht anerkannt und als Unterpfand der Mitbürgerschaft in einem demokratischen Deutschland angenommen ist.

Zweifellos haben die schweren Jahre der KZ-Haft Karl Schirdewan in besonderer Weise geprägt. Ständig den Tod vor Augen, hat er mit seinen Kameraden sogar unter diesen Bedingungen illegale politische Arbeit geleistet, verbotene Solidarität mit besonders gefährdeten Mitgefangenen geübt und selbst solidarische, lebensrettende Hilfe empfangen. Was von Menschen Gutes und Schlechtes möglich ist, das hat Karl Schirdewan gewußt.

In vielen Gesprächen hat er später seine eigenen Erfahrungen aus dieser tragischen Zeit selbst zum Gegenstand kritisch-distanzierter Analyse gemacht. Sie zur Kenntnis zu nehmen, ist für das Verständnis dieser Zeit und der folgenden Entwicklungen von großem Nutzen. Viele dieser Erfahrungen sind in der DDR leider verdrängt und absichtlich nicht thematisiert worden.

Wer durch die Hölle ging, in der das Leben nichts mehr zählte, konnte auch menschlich zerstört und seinen Peinigern ähnlich werden, unfähig, später im Geiste von Toleranz und Mitmenschlichkeit zu wirken. Stärkste Charaktere wuchsen über sich hinaus und erwarben allen Anspruch, nach der Niederlage des Faschismus beim demokratischen Neuaufbau führende Positionen einzunehmen. Zu ihnen gehörte zweifellos Karl Schirdewan. Er hat die Erfahrungen dieser schweren Zeit nicht als Rechtfertigungen, sondern als Verpflichtungen angesehen: Ihm und seinen Kameraden wurde der Zwang zu einem buchstäblich lebensrettenden Realismus auferlegt. Und dieser Realismus blieb für ihn Pflicht, auch als er neue politische Verantwortung übernahm. Die Erfahrung der Kampf- und Leidensgemeinschaft mit Sozialisten anderer parteipolitischer Bindung und mit bürgerlichen Demokraten, nicht taktische Überlegungen, bestimmten seine Haltung zur Sozialdemokratie, seine Motivation in bezug auf die Schaffung einer Einheitspartei und seine Vorstellungen über eine sozialistische Perspektive.

Der Gegensatz zur dann dominierenden Führungsfraktion um Walter Ulbricht und die 1958 sich zuspitzende Auseinandersetzung hatten ihre Ursache in den tief unterschiedlichen Prägungen aus den dreißiger und vierziger Jahren. Während Ulbricht und andere führende Funktionäre der KPD – wie wir heute wissen – tief in den stalinistischen Terrorapparat verstrickt waren, dem Tausende deutscher Kommunisten in der Sowjetunion zum Opfer gefallen sind, war Karl Schirdewan von dieser Schuld frei. Er war unbelastet. Er konnte Vertrauen für sich reklamieren, und er konnte dann schließlich auch andere und konsequentere Schlußfolgerungen aus dem XX. Parteitag der KPdSU verlangen. Er hatte sein Gesicht nicht zu verlieren.

Wir wissen, wie diese Auseinandersetzungen, die ihn schwer bedrückten und seine Gesundheit unterminierten – nicht zuletzt unter dem Einfluß der veränderten internationalen Bedingungen und der Entwicklung in der KPdSU –, schließlich ausgegangen sind. Karl Schirdewan wurde aus Führungsfunktionen der SED verdrängt und jeden politischen Einflusses beraubt. Auch als Leiter der Staatlichen Archivverwaltung – einer Aufgabe, der er sich mit ungebrochener Tatkraft widmete – wurde er schließlich abgelöst und erneut diskriminierender Behandlung unterworfen, die – ein besonders beschämendes Kapitel – nicht zuletzt seine Kinder zu spüren bekamen.

Karl Schirdewan hat mit dem Blick auf die jüngste Geschichte und die politische Rolle, die er gespielt hat, der Öffentlichkeit Überlegungen und Einschätzungen zur Kenntnis gebracht, die gewiß nicht in jeder Hinsicht, auch nicht unter Gleichgesinnten, ungeteilte Zustimmung finden. Das kann kaum anders sein, wenn man sich zu komplizierten historischen Sachverhalten äußert. Er war als Mitglied des SED-Politbüros in den fünfziger Jahren sicher nicht der lupenreine demokratische Widerpart Ulbrichts. In seinem 1994 veröffentlichten Buch hat er es nicht unterlassen zu betonen, daß die unter-

schiedlichen reformerischen Kräfte innerhalb der SED zu jener Zeit noch weit vom demokratischen Sozialismus entfernt waren.

Karl Schirdewan trug schwer auch an eigenen politischen Fehlern, Irrtümern und Inkonsequenzen. Bis ins hohe Alter verband sich bei ihm jedoch Überzeugungstreue mit nimmermüder Lernbereitschaft und beeindruckender geistiger Offenheit. Deswegen hat er wichtige Zeichen der Zeit wie die Niederschlagung der Prager Reformbewegung in ihrer verhängnisvollen Bedeutung nicht übersehen und gelangte – trotz jahrzehntelanger Prägung durch die dogmatisierte kommunistische Bewegung – zur Einsicht in die Notwendigkeit einer radikalen Erneuerung der sozialistischen Partei. Er hat die für ihn selbst schmerzliche Erkenntnis in entschiedene Worte gefaßt. »Die SED«, so schrieb er, »wurde durch die Verteidigung des Stalinismus dem Verfall preisgegeben. Ihr Versagen vor der Geschichte ist nicht zu überbieten. Ein demokratischer Sozialismus hätte auf dem Programm dieser Partei niemals stehen können. Diese SED mußte erst zerschlagen werden, um ein freies Denken zu ermöglichen und eine Partei zu schaffen, die die sozialistischen Grundsätze ausreifen läßt und befolgt.«

Zu Beginn des Jahres 1990 hatten wir die Möglichkeit, Karl Schirdewan zu rehabilitieren. Aber er hat uns mehr gegeben, als wir ihm noch geben konnten: die in den Erfahrungen eines langen und konfliktreichen politischen Lebens gegründete Überzeugung, daß Sozialismus und Demokratie zwei Seiten einer Medaille sind. Deswegen konnte er noch im hohen Alter unser Weggefährte sein – nicht nur durch seine Mitwirkung im Rat der Alten. Karl Schirdewan war uns nicht nur ein wertvoller Ratgeber. Er war auch eine liebenswerte Persönlichkeit. Seine Heiterkeit, sein leiser Humor ließ jede Begegnung mit ihm – selbst in schwierigen Situationen – zur Ermutigung werden. Sie wird uns fehlen.

Wir werden unserem Genossen Karl Schirdewan immer ein ehrendes Andenken bewahren.



# Weltgeschichte des Kommunismus als Kriminalgeschichte

## Nach der Lektüre des »Schwarzbuchs des Kommunismus«<sup>1</sup>

### I

Eine Kriminalgeschichte des Kommunismus hätte ihre Berechtigung. Hier aber handelt es sich um die Weltgeschichte des Kommunismus als Kriminalgeschichte: von den von Lenin angefeuerten Handlungen des revolutionären Massenterrors im russischen Bürgerkrieg von 1918/20 über Stalins unberechenbare Vernichtungsmaschine und Pol Pots *perpetuum mobile* des Grauens<sup>2</sup> bis zu den repressiven Unternehmungen der Regimes von Samora Machel<sup>3</sup>, Fidel Castro<sup>4</sup> oder der Sandinisten<sup>5</sup> – umfassend also<sup>6</sup> Folgen sowohl wie Determinanten der Politik in ganz unterschiedlichen historischen und weltpoliti-

- 
- 1 (Die Anm. sind – wenn nicht anders vermerkt – Anm. des Herausgebers.) – Der Text wurde unter Mitarbeit von Nadja Rosenblum verfaßt. Er wurde abgedruckt in »Disput«, Berlin, Heft 11/98, S. 35-37, in »UTOPIE kreativ«, Berlin, Heft 97/98 (November/Dezember 1998), S. 111-117, und in einer gekürzten Fassung in der Wochenzeitung »Freitag«, Berlin, vom 4. September 1998. – Der Titel des besprochenen Buches lautet Stephane Courtois, Nicolas Werth, Jean-Louis Panne, Andrzej Paczkowski, Karel Bartosek, Jean-Louis Margolin: Das Schwarzbuch des Kommunismus. Unterdrückung, Verbrechen und Terror. Mit dem Kapitel »Die Aufarbeitung des Sozialismus in der DDR« von Joachim Gauck und Erhard Neubert, Piper Verlag München/Zürich 1998, 987 S.
  - 2 Das Regime der von Pol Pot und Khieu Samphan geführten »Roten Khmer« in Kambuchea (Kambodscha), an die Macht gekommen 1975 nach dem Sieg der vietnamesischen Befreiungsarmee über die USA-Truppen in Südvietnam im von den USA 1965 entfesselten Vietnamkrieg, in den die USA 1970 auch das an Vietnam grenzende Kambuchea einbezogen hatten, überzog von 1975 bis 1978 Kambuchea mit einem Mordfeldzug, dem – von der Weltöffentlichkeit auf Grund der in Indochina aufeinanderprallenden Interessen der USA, Chinas und der Sowjetunion fast unbeachtet – rund 2 Mio. Menschen (ungefähr ein Viertel der Gesamtbevölkerung) zum Opfer fielen. Die Terrorherrschaft wurde 1978/79 durch vietnamesische Truppen beendet.
  - 3 Samora Machel (1933-1986) war ab 1970 Führer der gegen die portugiesische Kolonialherrschaft kämpfenden Befreiungsbewegung FRELIMO in Mozambique und ab der Unabhängigkeit des Landes 1975 bis zu seinem Tode dessen Staatspräsident.
  - 4 Fidel Castro (geb. 1927), kämpfte seit 1953 – am 26. Juli (zurückgeschlagener) Angriff auf die Moncada-Kaserne in Santiago de Cuba – gegen die von den USA unterstützte Batista-Diktatur, erreichte, nachdem er mit seinem Kampf von der Sierra Maestra aus große Popularität in der Bevölkerung gewonnen hatte, im Januar 1959 den Sturz Batistas, ist seit 1959 der »Lider Máximo« (der höchste Führer) in Kuba und seit 1962 Vorsitzender der Einheitspartei der sozialistischen Revolution, die sich 1965 in Kommunistische Partei Kubas umbenannte.
  - 5 Als Sandinisten werden die Mitglieder der nach Augusto Sandino (1895-1934) benannten Befreiungsfront von Nicaragua (FSLN – Frente Sandinista de Liberación Nacional) bezeichnet. Die Sandinisten spielten 1979 eine führende Rolle bei der Überwindung der von den USA unterstützten Somoza-Diktatur und übernahmen gemeinsam mit anderen Oppositionellen die Regierung. Damit begann die »sandinistische Revolution«. 1990 wurde die sandinistische Regierung abgewählt.
  - 6 Die Worte »umfassend also« wurden vom Herausgeber der besseren Lesbarkeit wegen eingefügt.

schen Kontexten, gewachsen auf denkbar heterogenen Voraussetzungen politischer, ökonomischer und kultureller Art, als Phänomene repressiver Machtausübung von ganz und gar unvergleichlicher Dimension, von einmal zentraler, das andere Mal eher marginaler Bedeutung für die Entwicklung und Perspektive des einen oder anderen politisch-ökonomischen Regimes, von Staatsverfassungen und politischen Bewegungen.

Die Frage, was die Verbrechen von sich kommunistisch nennenden Regimes oder Bewegungen mit Kommunismus zu tun haben, ist unabweisbar und tief berechtigt. Ein Verfahren der Subsumtion, durch welches uns Lenin und Stalin, Mao Zedong<sup>7</sup> und Pol Pot, Ulbricht und Kadar<sup>8</sup>, Tito<sup>9</sup> und Enver

---

7 Mao Zedong (auch: Mao Tse-tung) (1893-1976), 1921 Mitbegründer und später herausragender Führer der Kommunistischen Partei Chinas, mächtigster Politiker der VR China von deren Gründung 1949 bis zu seinem Tode 1976; errichtete eine Diktatur, die in vielem derjenigen Stalins ähnelte. Seine Macht und sein Ansehen gründeten sich auf seine revolutionären Aktionen in den zwanziger Jahren und dann insbesondere auf sein Handeln in der zweiten Hälfte der dreißiger und in den vierziger Jahren. Nach dem Beginn der umfassenden Aggression Japans gegen China am 7. Juli 1937 zwang er mit der von ihm geführten KPCh 1937 Chinas Diktator Jiang Jieshi (Tschiang Kai-schek) zur antijapanischen Einheitsfront gegen den Aggressor Japan; die beiden von der KPCh organisierten Armeen führten wirksame militärische Schläge gegen die Invasionstruppen, schufen befreite Gebiete und hatten einen wichtigen Anteil an der Befreiung Chinas 1945. Mao siegte im Bürgerkrieg (1946-1949) über Jiang Jieshi, der mit den Resten seiner Truppen nach Taiwan floh. Die Gründung der VR China im Jahre 1949 war Resultat der Befreiungsbewegung, und es folgten Jahre eines bemerkenswert erfolgreichen Neuaufbaus des Landes. Der von Mao 1958 initiierte »Große Sprung nach vorn« führte dann jedoch zu einer Wirtschaftskrise und schließlich 1959 bis 1961 zu einer der schlimmsten Hungerkatastrophen des 20. Jahrhunderts mit durch Hunger herbeigeführtem Tod von jährlich (geschätzt) 14 bis 30 Millionen Menschen; die von ihm angezettelte »Große Proletarische Kulturrevolution« (1966-1969) kostete eine bis heute unbekannte Zahl von Menschenleben. – »Niemand kennt die Zahl der Toten. Waren es 500 000? Oder waren es, wie neueste Schätzungen vermuten, Millionen? Viele Millionen jedenfalls erlitten durch die physischen und psychischen Foltern ein schweres Trauma, das sie durch den Rest ihres Lebens begleitet. Die ersten Opfer waren Lehrer, Professoren, Schriftsteller, Künstler und Angehörige der ehemaligen Oberschicht. Viele wurden zu Tode gequält oder begingen Selbstmord, so Lao She, der weltberühmte Autor des »Rikscha-Kuli«. Während für die Opfer die Verfolgung im Allgemeinen mit dem Ende der Revolution aufhörte, dauerte sie für die Intellektuellen noch das ganze Jahrzehnt bis 1976 an; sie blieben bis zu Maos Tod die »Stinkende neunte Kategorie der Klassenfeinde« (Konrad Seitz: China. Eine Weltmacht kehrt zurück, Berlin 2000, S. 193).

8 Anm. des Herausgebers: János Kádár (1912-1989), ungarischer Parteiführer zunächst der KP, dann (seit 1948) der aus ihr hervorgegangenen Ungarischen Partei der Werktätigen, schließlich (von 1956 bis 1988) Generalsekretär der wiederum reorganisierten Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei (USAP); war 1931 Mitglied der im Untergrund arbeitenden KP geworden, beteiligte sich im Zweiten Weltkrieg am Aufbau einer Widerstandsbewegung gegen das mit dem faschistischen Deutschland verbündete Horthy-Regime, dann gegen die deutschen Truppen, die am 19. März 1944 Ungarn besetzten, um einen Übertritt des Landes zur Anti-Hitler-Koalition zu verhindern, und schließlich gegen die mit den Deutschen kollaborierenden »Pfeilkreuzler«. – Nach der Befreiung des Landes und dem Beginn des Neuaufbaus ließ Kádár 1949 auf Betreiben der stalinistischen Gruppe um Generalsekretär Mátyás Rákosi den früheren Innen- und Außenminister László Rajk verhaften, der auf einem Schauprozess zum Tode verurteilt und am 15. Oktober 1949 als »imperialistischer Agent« und »Titoist« hingerichtet wurde. Kádár wurde dann selbst inhaftiert, später rehabilitiert, gehörte 1956 zunächst der vom ungarischen Volksaufstand getragenen Regierung von Imre Nagy an, wandte sich gegen Nagy (der am 16. Juni 1958 hingerichtet wurde) und bat die Sowjetunion im Oktober 1956 um militärische Intervention. Sein späterer innenpolitischer Kurs galt im Vergleich zu anderen Ländern der »sozialistischen Staatengemeinschaft« als liberal. Außenpolitisch vertrat er die Linie der Sowjetunion (Beteiligung am Einmarsch in der Tschechoslowakei im August 1968; Befürwortung der Ausrufung des Ausnahmezu-

Hoxha<sup>10</sup>, Castro und Ortega<sup>11</sup>, Machel und Mengistu<sup>12</sup> als politische Verwandte ersten Grades, als Triebe eines Stammes, als Ahnen eines ideologischen Geschlechts vorgeführt werden, ist wissenschaftlich dubios.

---

standes gegen die Gewerkschaftsbewegung »Solidarność« in Polen 1980; Billigung des sowjetischen Einmarsches in Afghanistan 1979/80).

- 9 Josip Broz Tito (1892-1980), jugoslawischer kommunistischer Partei- und Staatsführer und Marschall; nach Tätigkeit in der verbotenen und im Untergrund wirkenden KP und mehrfachen Verhaftungen Führer einer Partisanenarmee gegen die deutsch-italienische Invasionsarmee, die am 6. April 1941 Jugoslawien überfallen und vor der die reguläre jugoslawische Armee bereits am 17. April 1941 kapituliert hatte, was zur Aufteilung Jugoslawiens an Italien, dessen Protektorat Albanien sowie an die mit Deutschland und Italien verbündeten Länder Ungarn und Bulgarien geführt hatte. Tito, dessen Verbände bis September 1941 weite Teile Serbiens und Montenegros unter ihre Kontrolle bringen konnten und sich gegen vernichtende »Vergeltungs«-Schläge der Deutschen, die bis zur Befreiung 1944 fast 2 Millionen Menschenleben forderten, behaupteten, trat im November 1942 an die Spitze des Antifaschistischen Volksbefreiungsrates und wurde im November 1943 Ministerpräsident der Provisorischen Regierung. Sein Ansehen gründete sich wesentlich auf das Versprechen, nach Wiederherstellung eines unabhängigen jugoslawischen Staates allen jugoslawischen Nationalitäten eine gleichberechtigte Stellung zu geben. Mit der Gründung der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien (später Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien) am 29. November 1945 wurde Tito zum Generalsekretär der KP (ab 1952 Bund der Kommunisten Jugoslawiens) und 1953 zum Staatsoberhaupt (1963 auf Lebenszeit) gewählt. 1948 kam es zum Bruch mit Stalin, weil Tito eigene gesellschaftspolitische Vorstellungen entwickelte und die sowjetischen Hegemonieansprüche zurückwies. Die Bezeichnung »Titoist« wurde in dieser Zeit zu einem herausragenden Anklagegrund bei stalinistischen Schauprozessen und Parteisäuberungen in Osteuropa (vgl. Anm. 8). Nach dem sowjetisch-jugoslawischen Ausgleich 1955 gewann Tito großes internationales Ansehen als einer der Sprecher der blockfreien Staaten. Innenpolitisch setzte er einerseits auf harte Repressionen, andererseits versuchte er, historisch gewachsene Konfliktpotentiale abzubauen. Nach Titos Tod brachen gegen Ende der achtziger Jahre die Gegensätze zwischen den Nationalitäten wieder auf, führten zum Zusammenbruch der Föderation und wurden zum Ausgangspunkt für die Bürgerkriege, die das ehemalige Jugoslawien in den neunziger Jahren aus Schwere erschütterten. – »Der Krieg in Jugoslawien hat mehrere Ursachen. Einer der Hauptgründe ist die nationalistische Ideologie, die einen großen Auftrieb erlebte, weil die Kommunisten in der Zeit ihrer politischen Herrschaft jegliches Demokratiestreben vereitelt haben. ... Jugoslawien war tatsächlich eine ungewöhnliche Schöpfung. Es war »natürlich und vital« solange, wie seine eigenen Völker von anderen Imperien bedroht wurden: der Türkei, Österreich-Ungarn, dem faschistischen Italien und dem faschistischen Deutschland, zuletzt natürlich auch vom Rußland Stalins. Als aber diese Bedrohung schwand und Titos Zucht abnahm, machte sich der aufgestaute Haß zwischen den Serben und Kroaten explosionsartig breit.« (Milovan Djilas, langjähriger Kampfgefährte Titos, 1954 und noch einmal 1961 von diesem verhaftet, 1966 begnadigt, in: »Jugoslawien war eine ungewöhnliche Schöpfung«, Interview mit Andreas B. Bengsch und Rajko Djuric, in: UTOPIE kreativ, Berlin, Heft 21/22 [Juli/ August 1992], S. 6-7).
- 10 Enver Hoxha (Hodscha) (1908-1985), albanischer kommunistischer Partei- und Staatsführer; baute mit jugoslawischer Hilfe die 1941 im Kampf gegen die italienische Okkupation gegründete, 1948 in »Partei der Arbeit Albaniens« umbenannte albanische KP auf und war von 1943 bis zu seinem Tode deren Führer (erst als Generalsekretär, seit 1954 als Erster Sekretär). Von 1943 an war er zugleich Oberkommandierender der Nationalen Befreiungsarmee gegen die italienische, dann die deutsche Besatzungsmacht im Zweiten Weltkrieg; nach dem Abzug der deutschen Truppen von 1944 bis 1954 Ministerpräsident Albaniens (seit 1946 Volksrepublik); Errichtung einer kommunistischen Ein-Parteien-Diktatur. Im jugoslawisch-sowjetischen Konflikt ab 1948 stellte sich Hoxha an die Seite der Sowjetunion, nach 1956 in Gegnerschaft zu den Entstalinisierungsversuchen in der Sowjetunion an die Seite der VR China, nach dem Tode von Mao Zedong 1976 ging er einen Sonderweg, der Albanien in eine Isolation führte, deren Folgen trotz der Veränderungen seit 1990 bis heute fortwirken.
- 11 Daniel Ortega Saavedra (geb. 1945), einer der Führer der sandinistischen Befreiungsbewegung in Nicaragua (vgl. Anm. 5), 1967-1974 Haft unter der Somoza-Diktatur. Nach dem Sturz Somozas 1979 Mitglied der erst fünf-, dann dreiköpfigen »Junta des nationalen Wiederaufbaus«, ab 1981 als deren Koordinator faktisch Regierungschef, 1984-1990 gewählter Präsident Nicaraguas, seither (zuletzt 2002) erfolglose Kandidaturen zur Wiederwahl.

Die Zwecklüge von der einheitlichen kommunistischen Weltbewegung scheint wieder auferstanden zu sein. Nur ist diesmal der Zweck ein anderer.

## II

Kann ein »Schwarzbuch« über Unterdrückung, Verbrechen und Terror im Namen des Kommunismus mehr als bestätigen, daß alle bisherige Geschichte immer auch eine Geschichte von Gewalt, Niedertracht, Verrat und Totschlag ist? – Sie war es mit dem Kommunismus und sie ist es auch ganz ohne Kommunismus, wofür die wiederbelebte »balkanische Barbarei« (S. 463)<sup>13</sup> nur ein Exempel ist.

Die Geschichte ist, wie Georg Büchner einmal verzweifelt schrieb, »vom lieben Herrgott nicht zu einer Lectüre für junge Frauenzimmer geschaffen worden«;<sup>14</sup> man werde nämlich »wie zernichtet unter dem gräßlichen Fatalismus der Geschichte«<sup>15</sup> zurückgelassen: immerfort dasselbe, töten und getötet werden.

Aber in der Überantwortung sämtlicher verbrecherischer Geschehnisse, von denen das »Schwarzbuch« berichtet, an einen immergleichen »Fatalismus der Geschichte« läge eine unangemessene Nivellierung. Sie würde die völlig neue Dimension von Gewalt und Menschenvernichtung aus politischen Motiven übersehen lassen, die sich mit der Geschichte der hochstalinistischen Sowjetunion und ihren – vor allem, aber nicht nur – asiatischen Parallelen verbindet.<sup>16</sup>

---

12 Mengistu Haile Mariam (geb. 1937[?]), äthiopischer Offizier, gehörte zu den Führern eines militärischen Umsturzes, mit dem 1974 nach schweren Hungersnöten das autokratische Regime von Kaiser Haile Selassie beseitigt wurde; übernahm nach blutigen Machtkämpfen innerhalb der neuen Herrschergruppen 1977 die Führung des Staates, der nun Sozialistisches Äthiopien hieß; bekämpfte gegen seine Führung gerichtete und nationalistisch-ethnisch begründete Bewegungen mit militärischer Gewalt, schlug mit Hilfe sowjetischer Waffen und kubanischer Truppen 1978 die Aufstandsbewegung in Eritrea und Ogaden nieder; festigte seine Diktatur 1984 durch Gründung der Partei der Werktätigen Äthiopiens, wurde 1987 Staatspräsident. 1991 wurde sein Regime gestürzt.

13 Gemeint sind die Kriege in Jugoslawien nach dem Zerfall der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien: Nachdem am 1. August 1990 Bosnien-Herzegowina seine Unabhängigkeit erklärt hatte und am 25. Juni 1991 Slowenien und Kroatien nachgefolgt waren, rückten am 27. Juni 1991 Truppen der jugoslawischen Bundesarmee in Slowenien und Kroatien ein und lösten damit einen Krieg aus, der, als die Kampfhandlungen auf Bosnien-Herzegowina ausdehnt und dort konzentriert wurden, bis 1995 dauerte; im Februar 1998 führten die andauernden Konflikte in der zu Serbien gehörenden, vorwiegend von Albanern bewohnten Provinz Kosovo zum neuerlichen Ausbruch eines offenen Krieges. Vom 24. März bis 9. Juni 1999 – dies ist die Zeit nach der Entstehung des »Schwarzbuches« wie auch des hier vorgelegten Aufsatzes – griff die NATO unter Beteiligung Deutschlands mit Luftangriffen gegen Serbien (darunter auch gegen die Hauptstadt Belgrad), die einigen tausend Menschen unter der Zivilbevölkerung den Tod brachten, in diesen Krieg ein.

14 Anm. Schumann: Georg Büchner an die Familie, 28. Juli 1835, in: Georg Büchner: Briefwechsel. Kritische Studienausgabe, Frankfurt a. M. 1994, S. 74.

15 Anm. Schumann: Georg Büchner an Wilhelmine Jaeglé, Mitte Januar 1834, in: Ebenda, S. 34.

16 Vgl. Anm. 7 zu Mao Zedong und Anm. 2 zu Pol Pot.

Michael Jäger hat in diesem Zusammenhang zu Recht die Totalitarismus-Theorie Hannah Arendts in Erinnerung gebracht.<sup>17</sup> Der Massenterror unter Stalin ist nicht als isoliertes Geschehen verständlich, das man dann in eine Reihe stellen könnte mit beliebigen Akten des Massenterrors, seien sie nun Akte eines Staatsterrorismus oder nicht. Und noch weniger geht es an, ihn unter dem Stichwort »Kommunismus« zusammenzuziehen mit beliebigen Ausdrucksformen grundrechtsverletzender staatlicher Repression, die übrigens für diverse Regionen der »freien Welt« bis heute zur »demokratischen« Normalität gehören. Er ist nach Hannah Arendt<sup>18</sup> *totalitärer* Massenterror, in seiner außergewöhnlichen Extension, Unberechenbarkeit und mehr oder weniger unausgesetzten Wirkung nur denkbar als Konstituente, als Bestandteil des *totalitären Regimes*, dessen notwendig komplexe Charakteristik eine Zusammenfassung politischer Systeme bloß am Maßstab ihres »kommunistischen Selbstverständnisses« verbietet.

Das »Schwarzbuch« enthält sich der Mühe, theoretische und methodische Instrumentarien dieser Art – und sei es, um sie hinsichtlich ihrer wissenschaftlichen Tragfähigkeit erneut zu prüfen – in Anschlag zu bringen. Es vermeidet so eine differenzierende Analyse der »Taten«. Seine Unterscheidungen sind die nach dem zählbaren Umfang und historisch-geographischen Kolorit, nicht nach Begriffen kritischer Wissenschaft.

### III

So bleibt die Aufklärung begrenzt. Das werden die Initiatoren des »Schwarzbuchs« anders sehen. Denn ihre Intention ist gerade »Aufklärung« darüber, daß alle in ihrer Bilanz aufgelisteten politischen Verbrechen und mit ihnen die mehr oder weniger »staatsüblichen« Repressionen vielgestaltige Verkleidungen eines Prinzips, Entäußerungen eines hinter allen wechselhaften Erscheinungen der Gewalt im Namen der Gerechtigkeit stehenden »verbrecherischen« Geistes sind: des »Kommunismus«.

Über diesen, hinter allen einzelnen Werkzeugen des Verbrechens stehenden resp. sitzenden »Schreibtischtäter« erfahren wir über hunderte von Seiten immer wieder das gleiche, und dies (bis auf Stephane Courtois' Beitrag »Warum?«, S. 793 ff.) auch nur in Andeutungen.

Der »Täter hinter dem Täter« ist der Kommunismus, Marxismus, Marxismus-Leninismus, die umstandslos als Namen für ein und denselben Demiur-

---

17 Anm. Schumann: Vgl. Michael Jäger: Alle schweigen Hannah Arendt tot, in: Freitag, Berlin, 17. Juli 1998, S. 12.

18 Anm. Schumann: Vgl. Hannah Arendt: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft (1951), 4. Aufl. München/Zürich 1995.

gen des Verbrechens zusammengezogen werden und dessen Wesen eben die »Tat« ist. Die Welt des Kommunismus und Marxismus – die Welt als krimineller Wille und perverse Vorstellung.

Stephane Courtois betont eingangs, daß die Bolschewiki nicht von ungefähr beschlossen, sich »Kommunisten« zu nennen, ebensowenig wie es ein Zufall war, daß sie an der Kremllmauer ein Denkmal für diejenigen errichteten, die sie für ihre Vorgänger hielten: Morus<sup>19</sup> und Campanella<sup>20</sup>. (S. 14) Danach erscheinen dann alle die ausführlich ausgebreiteten Verbrechen wie selbstverständlich in einer bestimmten Optik: als Kopfgeburten einer – wie auch immer – »kommunistischen Ideologie«.

Daß die – jedenfalls weitgehend – unbestreitbaren Verbrechen, von denen dieses Buch berichtet, jeweils auch ihre ideologische Rechtfertigung gefunden haben, ist nicht nur eine Tatsache, sondern gehörte zu ihren Ermöglichungsbedingungen. Ebenso unbestreitbar ist, daß alle diese Rechtfertigungen von kommunistischer bzw. marxistischer Rhetorik durchtränkt sind. Aber macht dies die kommunistische Ideologie bzw. den Marxismus zu einer »Verbrechen erzeugenden Ideologie«? (S. 821)

Das eben ist das Hochproblematische am »Schwarzbuch«: Letztlich sind es nicht der Stalinismus, der Maoismus, die »Ideen« Kim Il Sung<sup>21</sup> oder Pol Pots,

---

19 Thomas Morus – latinisierter Name des englischen Staatsmannes und Humanisten Sir Thomas More (1478[?]-1535), der mit seinem Hauptwerk »Utopia« lt. eine Gesellschaft beschreibt, »die sich entschlossen hat, auf der Basis eines auf das gesamte Gemeinwesen ausgedehnten Kommunismus zu leben« (Brockhaus 1991). Siehe dazu unter neueren Arbeiten z. B.: Richard Saage: Zum Verhältnis von Individuum und Staat in Thomas Morus' »Utopia«, in: UTOPIE kreativ, Berlin, Heft 85/86 (November/Dezember 1997), S. 134-145. Dort heißt es u. a.: »Hythlodeus, der Parteigänger der Utopier und Morus' alter ego, wird nicht müde, darauf hinzuweisen, daß das Gemeinwohl, das »bonum commune«, an der Logik der Besitz- und Machtakkumulation, die aus der Verwertung des Privateigentums folgt, scheitern müsse« (S. 134).

20 Tommaso Campanella (1568-1639), italienischer Philosoph, mehrfach verhaftet – als »Ketzer« und als Initiator eines Aufstandes gegen die spanische Herrschaft in Kalabrien; bekannt vor allem als Verfasser der Utopie »Der Sonnenstaat« (1602 in der Haft geschrieben), in dem »Priester nach der Vernunft zum Wohlergehen jedes einzelnen Bürgers herrschen, Frauengemeinschaft sowie Erziehungsgleichheit besteht und das Privateigentum, als Ursprung der Übel in der Gesellschaft, abgeschafft ist« (Brockhaus 1991). Siehe unter neueren Arbeiten auch dazu einen Aufsatz von Richard Saage: Utopia zwischen Theokratie und Totalitarismus? Bemerkungen zu Campanellas »Sonnenstaat«, in: UTOPIE kreativ, Berlin, Heft 89 (März 1998), S. 15-26. Dort heißt es u. a.: »Wie bei Morus entspricht denn auch der Gleichzeitigkeit von utopischer Fiktion und Wirklichkeit die geographische Abkoppelung des Sonnenstaates von den sozio-politischen Verhältnissen, denen sie als Vorbild konfrontiert wird: Seine Insellage im fernen Indischen Ozean, sein ausgeklügeltes Festungssystem etc. setzen erst jenen utopischen Raum frei, innerhalb dessen es möglich erscheint, ... die gesellschaftlichen Verhältnisse von Grund auf neu zu gestalten. ... Im Sonnenstaat selbst jedenfalls finden sich ebensowenig wie in Morus' Utopia Hinweise darauf, daß ein schlüssiges Transformationskonzept integrierter Bestandteil dieses Entwurfs ist« (S. 15).

21 Kim Il Sung (1912-1994), koreanischer kommunistischer Politiker; baute seit 1932 – Korea war japanische Kolonie – die Koreanische Revolutionäre Volksarmee zum Kampf gegen Japan auf, suchte mit Teilen der Armee 1941 in der Sowjetunion Schutz und kehrte 1945 mit den sowjetischen Truppen, die Nordkorea von der japanischen Herrschaft befreiten, nach Korea zurück. Kim gehörte zu den Begründern der Partei der Arbeit Koreas (PdAK) (1946), rief im September 1948 die Koreanische Volksdemo-

die den ideologischen Grund für Massenterror, Mord und Unterdrückung gelegt haben, sondern die leitenden Kategorien des klassischen marxistischen Denkens. Courtois: »Die auf die Geschichte und die Gesellschaft angewandten wissenschaftlichen Prämissen – die ›geschichtliche Berufung des Proletariats‹ usw. – beruhen ... auf einer millenaristisch-planetarischen Phantasmagorie und sind im Kommunismus allgegenwärtig. Durch diese Setzungen wird eine ›kriminogene‹ Ideologie fixiert und nach rein ideologischen Kriterien eine willkürliche Segregation (Bourgeoisie/Proletariat) sowie Klassifizierungen (Klein- und Großbürger, reiche, mittlere und arme Bauern usw.) festgelegt. Indem er diese Einteilungen festschreibt, als wären sie definitiv gegeben und als könnten die Menschen nicht von einer Kategorie in die andere wechseln, begründet der Marxismus-Leninismus den Primat der Kategorie und der Abstraktion gegenüber dem Wirklichen und Menschlichen. Jedes Individuum, jede Gruppe wird als Archetyp aus einer vereinfachten, abstrakten Soziologie aufgefaßt. Das erleichtert das Verbrechen: Der Denunziant, der Untersuchungsrichter, der Henker der NKWD denunziert, verfolgt, tötet nicht einen Menschen, sondern er eliminiert eine dem Wohl der Allgemeinheit schädliche Abstraktion.« (S. 821) Der Hinweis auf die »szientistische Prämisse« der Klassenscheidung von Bourgeoisie und Proletariat, die Marx bekanntlich nicht erfunden, sondern aus der klassischen Politischen Ökonomie des Bürgertums übernommen hat, soll den zentralen Leitgedanken unterstreichen, daß – auch wenn dann unter der Hand wieder vom »Marxismus-Leninismus« bzw. von »Lenin und seinen Nachfolgern« die Rede ist – eigentlich die Lehre von Marx, die Substanz dessen, was man die kommunistische Ideologie nennen kann, den Erzeugungsgrund jener oft tödlichen hochstalinistischen Praxis darstellt, die die soziologische Unterscheidung von gesellschaftlichen Klassen und Schichten in ein Personalisierungsverfahren »transformierte«.

Das Marxsche Denken eine Methode, Menschen, welcher soziologischen Kategorie auch immer, aus der Menschheit auszugrenzen? Eine Methode, »die direkt zum Verbrechen gegen die Menschlichkeit führen« muß. (S. 821)

Daß unsereins bei Marx so etwas nie gelesen und ihn auch nie so verstanden hat, mag ja wenig bedeuten. Wie aber große Geister einen Marxschen Humanismus vindizieren, ein Thomas Mann die Begegnung von Marx mit Hölderlin für notwendig und möglich halten konnten, bleibt unter dieser Voraussetzung ein ewiges Rätsel.

---

kratische Republik (KVDR) aus und errichtete dort eine Diktatur der persönlichen Macht und des Kultes um seine Person. Im Koreakrieg gegen die USA (1950-1953) war er Oberbefehlshaber der nordkoreanischen Streitkräfte. Die von Kim durchgesetzte nahezu vollständige Autarkie des Landes ruinierte dessen ohnehin geringe wirtschaftliche Leistungsfähigkeit völlig. Schwere Hungerkatastrophen seit 1995 (geschätzte Opferzahl 3,5 Millionen) sind eine der langwierigen Auswirkungen dieser Politik, für deren Überwindung es bis heute nur zaghafte Ansätze gibt.

Courtois bringt uns Stalins »marxistische« Legitimationsformeln als authentischen Marxismus nahe. So heißt es denn auch ganz im Sinne dieser simplen Ableitungsbemühungen, die »Vernunft des Kommunismus« sei »zynisches Mordverlangen«. (S. 834)

Es ist ungefähr dasselbe, als würde man das »Gott mit uns« auf dem Koppschloß als Beleg dafür akzeptieren, daß die Verbrechen der Wehrmacht eine quasi naturgesetzliche Folge des Christentums sind.

### III

Die Auseinandersetzung mit der kommunistischen Ideologie bzw. dem Marxismus muß ein Phänomen in Rechnung stellen, das die Wirkungsgeschichte geistiger Strömungen schlechthin zu kennzeichnen scheint: die Wandlung, Richtungsänderung, ja Verkehrung ihrer ursprünglichen Intentionen und Inhalte. In noch viel stärkerem Maße gilt für den Begriff des Kommunismus, der mit dem ausgehenden 19. Jahrhundert zu einem epochalen Leitbegriff avancierte, was für den Leitbegriff des 18. Jahrhunderts, die Aufklärung, festgestellt worden ist: »... auch da, wo äußerlich gesehen derselbe Begriff oder dieselbe Formel erhalten bleibt, sind der Inhalt und die Stoßrichtung der zugrundeliegenden Idee nicht selten einem tiefgreifenden Wandel unterworfen.«<sup>22</sup> Und das Phänomen ist nicht neu, »daß sich die tragenden Grundideen ... von ihrem ursprünglichen Gedankenkontext ablösen und zu bloßen *Schlagworten* herunterkommen. Was anfangs in der Anstrengung des Gedankens erarbeitet worden war, verliert mehr und mehr seinen ursprünglichen Rang und wird zur Scheidemünze.«<sup>23</sup>

Der Vorgang ist in der Geschichte des Kommunismus auf die Spitze getrieben: In den diversen Rechtfertigungsideologien purer Machtbehauptungspolitik wird der marxistische Kommunismus in sein Gegenteil verkehrt. Aus einer Emanzipationsideologie, »die sehr im Wesen unserer westlichen Kultur steht und eine demokratische Kraft für sich hat«<sup>24</sup> (Ignacio Soletto), wird – wenn auch bei weitem nicht durchgängig und in jeder Beziehung – im 20. Jahrhundert ein ideologisches Formierungsinstrument für eine antiwestliche, das heißt antidemokratische und gegenmoderne Bewegung.

---

22 Anm. Schumann: Norbert Hinske: Die tragenden Grundideen der deutschen Aufklärung. Versuch einer Typologie, in: Raffaele Ciafardone: Die Philosophie der deutschen Aufklärung. Texte und Darstellung, Stuttgart 1990, S. 411.

23 Ebenda.

24 Anm. Schumann: Siehe das Gespräch Jürgen Fuchs, Joachim Gauck, Vaclav Kural, Ignacio Soletto, Michael Wolffsohn, Bärbel Romanowski (Moderation): Verfolgung der Täter – Gerechtigkeit für die Opfer, in: Klaus Sühl (Hrsg.), Vergangenheitsbewältigung, a.a.O., S. 76.



Genau diesen Vorgang der »Verkehrung« blendet das »Schwarzbuch« aus, obwohl er auf der Hand liegt. Denn was hat der Glaube an die Unfehlbarkeit des genialen Lehrers und Führers des Weltproletariats (oder der Partei) mit dem ätzend-kritischen Gelehrten und Revolutionär Karl Marx zu tun, dessen Lieblingsmotto bekanntlich lautete: *de omnibus dubitandum est*<sup>25</sup>? Und was verbindet den rigiden Educationismus eines Mao Zedong mit dem Verfasser der Feuerbach-Thesen, der gegen die Aufklärung von oben – weiß Gott keine kommunistische Erfindung! –, die Sondierung der Gesellschaft in zwei Teile, von denen der eine über sie erhaben ist, polemisierte?

Man liegt wohl nicht völlig daneben, wenn man davon ausgeht, daß diese Vermeidungsstrategie, die Umgehung der Metamorphosen der kommunistischen Theorie, des Vorgangs ihrer Unterstellung unter ein machtpolitisches Primat, einem äußerlichen Zweck geschuldet ist: Denn wenn man nach dem Grund fragt, warum der real existierende Sozialismus/Kommunismus auch von sozialistischen und kommunistischen Positionen aus schärfster und grundsätzlichster Kritik unterzogen werden konnte, dann kann die Erledigung des marxistischen Kommunismus als »kriminelle Ideologie« ebensowenig überzeugen wie die regierungs(presse)amtliche Verknetung von Nationalsozialismus und allem, was mit Kommunismus und Sozialismus zu tun hat, zu dem Amalgam »Totalitarismus« gelingen kann.

#### IV

Das »Schwarzbuch« wird seine Leser finden. Es wird Eselsohren bekommen und benutzt werden – als gewaltiger Steinbruch, überreich an Munition gegen alles, was links stand und steht.

Ausdrücklich zur Lektüre empfohlen sei es jedoch jenen, denen die Verbrechen-geschichte des realen Partei- und Staatskommunismus immer noch als eine Erfindung bössartiger Agitatoren des »Klassenfeindes« oder bestenfalls als zu vernachlässigende Marginalie gilt.

In der Art Pariser Fischweiber (Hegel: Wer denkt abstrakt?) quittieren sie den Hinweis auf die faulen Auslagen mit der Gegenanklage. Gänzlich schief ist diese eindämmende, »historisierende« Argumentation seitens der Freunde des jetzt inkriminierten Kommunismus, das ganze Unternehmen des »Schwarzbuches« mit einem Hinweis – Willkommen im Club – auf die weltweiten Toten des kolonialen, imperialen und globalen Kapitalismus in Frage stellen zu wollen. Denn der Kommunismus wollte doch nicht etwa nur die

---

25 Anm. des Herausgebers: lat. »An allem ist zu zweifeln«.

zweitschlechteste Menschenordnung sein, sondern eben alle menschengemachte Menschenfeindlichkeit von ehemals gerade überwinden.

Was dort zur Kapitallogik gehören mag, könnte hier nur noch zynisch in Anschlag gebracht werden: Wo gehobelt wird, fallen Späne. Die Anklage im »Schwarzbuch« gegen den Kommunismus ist gerade und zuerst wegen der Differenz zwischen ideologischem Anspruch und Praxis durchdringend.

Natürlich ist die Weltgeschichte des Kommunismus nicht auf eine Geschichte des Verbrechens herunterzubringen. Die selektive Wahrnehmung allein aus der Perspektive von Unterdrückung, Verbrechen und Terror wird der geschichtlichen Epoche, die sich mit dem Namen »Kommunismus« verband, ebensowenig gerecht wie jeder anderen. Diese Einsicht wird nur bei denjenigen auf taube Ohren stoßen, deren interessierte Absicht es ist, ihr spezifisches subjektives Feindbild zum objektiv Bösen der Weltgeschichte aufzublasen.

Aber das alles ist geschenkt. Es bleibt die – sehr ernsthafte – Frage, die man sich nach der Bilanz der kommunistischen Revolutionen des 20. Jahrhunderts vorlegen muß: Wenn nach Auschwitz kein Gedicht mehr möglich sein sollte, kann dann nach dem Gulag noch die Revolution gedacht werden? Ist es nicht so, daß das Wagnis der Revolution, von dem Kant – bezogen auf die Größe der Franzosen – noch vermutete, es könne auf eine »moralische Anlage im Menschengeschlecht«<sup>26</sup> abheben, eben diesen »Dispositionskredit« hoffnungslos überzogen hat?

Andererseits ist – wie Walter Benjamin sagt – die Katastrophe nicht das Künftige, sondern der Umstand, daß es so weitergeht.<sup>27</sup>

Daher ist es wohl wenig sinnvoll, die Erfahrungen mit den Folgen der kommunistischen Revolutionen des 20. Jahrhunderts gegen die marxistische Utopie zu wenden, in deren Zentrum nicht der »Fortschritt« steht, der über Leichen geht, sondern die Aktualisierung der Möglichkeiten der Zeit für die notwendige Veränderung nach humanistischen Maßstäben. Unabweisbar aber ist es, sich um einen *kritischen* Anschluß an das klassische marxistische Denken zu bemühen. Denn so unsinnig es ist, Marx den Gulag auf die Rechnung zu setzen, so verhängnisvoll war (und ist) es, die Blochsche Frage zu übergehen, ob nicht der Marxismus sich in der Sowjetunion auch bis zur *Kenntlichkeit*, nicht allein bis zur Unkenntlichkeit, verändert habe.<sup>28</sup>

Anknüpfungspunkte für die stalinistische »Verwechslung« von sozialer Emanzipation mit Gehorsam gegenüber dem »Neuen« gibt es bei Marx. Sie

---

26 Anm. Schumann: Immanuel Kant: Der Streit der Fakultäten, hrsgg. von Steffen Dietzsch, Leipzig 1992, S. 84.

27 Anm. Schumann: Vgl. Walter Benjamin: Allegorien kultureller Erfahrung. Ausgewählte Schriften 1920-1940, hrsgg. von Sebastian Kleinschmidt, Leipzig 1984, S. 151.

28 Anm. Schumann: Vgl. Ernst Bloch, Fritz Vilmar: Ein Gespräch über ungelöste Aufgaben der sozialistischen Theorie, a.a.O., S. 86 f.

ihm vorzuhalten ist dumm. Er war nicht der Statthalter der absoluten Wahrheit. Sie zu übersehen indes<sup>29</sup> ist sträflich.

## V

Eine Geschichte des Kommunismus *als* Geschichte des Verbrechens zielt auf dessen zentrale Idee als »Tatmotiv«. Und diese Idee, der zusammenfassende Ausdruck des Kommunismus, ist – von jeher – die »Aufhebung des Privateigentums«. <sup>30</sup> Diese Idee erscheint als kriminogen, denn in der Perspektive des »Schwarzbuches« haben alle ihre Verwirklichungsversuche in diesem Jahrhundert zu gesellschaftlichen Zuständen geführt, deren Verkehrsform – das Verbrechen ist. Die Infragestellung des Privateigentums verbindet indes nicht nur die disparaten kommunistischen Revolutionäre und Regimes des 20. Jahrhunderts, sondern unterschiedlichste geistige Strömungen, religiöse und politische Bewegungen der Vergangenheit und Gegenwart. – Das »Alles sei gemeinsam« wurde von Platon<sup>31</sup> her zum Leitgedanken der Utopien. Das Urteil des »Schwarzbuches« ist daher keineswegs nur ein Urteil über Unterdrückung, Verbrechen und Terror durch die Staatsorgane des verflossenen Realkommunismus.

Es handelt sich um eine ideologische Handreichung, die die auch nur gedankliche Infragestellung wirtschaftlicher Machtverhältnisse – ganz im Geiste der Bonner Verfassungsschutzberichte – als ein im Grunde kriminelles Unternehmen einstuft und in dem Bekenntnis zum Status quo der wirtschaftlichen und sozialen Ordnung, in der »Heiligsprechung« des kapitalistischen Privateigentums den tiefsten und entscheidenden Ausdruck demokratischer Gesinnung erblickt.

Diese Sicht der Dinge weist eine enge strukturelle Verwandtschaft mit der Weltanschauung dogmatischer Parteikommunisten auf, die in ihrer *Marx-Gläubigkeit* nach wie vor die Aufhebung *aller* sozialen Übel und den Eintritt in die »eigentliche Geschichte« von der Vergesellschaftung des produktiven Eigentums, die bislang immer auf eine Verstaatlichung der Gesellschaft hinausgelaufen ist, erwarten.

Marx hat die Entwicklungsfähigkeit der kapitalistischen Gesellschaft – ebenso wie ihre selbsterstörerischen Tendenzen – in starkem Maße an das Ka-

---

29 Das Wort »indes« wurde vom Herausgeber der besseren Lesbarkeit wegen eingefügt.

30 Anm. Schumann: Vgl. Karl Marx, Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei, a.a.O., S. 475. – Ergänzung des Herausgebers: Vgl. auch Anm. 19 zu Morus und Anm. 20 zu Campanella.

31 Platon (427-347/48 v. Chr.), griechischer Philosoph, mit seinem umfangreichen Werk Anreger des philosophischen Denkens bis in die Neuzeit.

pitalverhältnis gebunden. Die Ausdifferenzierung der gesellschaftlichen Bereiche und Praxen ist in ihrer Bedeutung als gesellschaftliches Entwicklungspotential von ihm nicht entsprechend gewürdigt worden. »Der Eigenwert und die Eigenlogik der Institutionen, die diese Entwicklungsfähigkeit verbürgen (ein Bankensystem, der Rechtsstaat, freie Wahlen, die Gewaltenteilung usw.) und die Werte, auf die sich die sozialen Gruppen in den modernen Gesellschaften berufen (Freiheit, Gleichheit, Eigentum usw.) wurden ... unterschätzt.«<sup>32</sup> Die Ebenen der geschichtlichen Auseinandersetzung und Entscheidung: Politik, Recht, Ideologie galten ihm zu sehr als bloße Reproduktion der Kapitalmacht (obwohl insbesondere seine Arbeiten zur Zeitgeschichte Frankreichs hier auch Gegenakzente gesetzt haben). Von daher konnte sich eine politische Strömung auf Marx berufen, wenn sie die in der Moderne geschaffenen politischen und kulturellen Formen (Zivilgesellschaft) als Möglichkeiten zur Durchsetzung sozialistischer Ziele negierte und sie durch den Parteistaat des staatsmonopolistischen Sozialismus ersetzte, was in der Praxis – hier sind die Beiträge von Nicolas Werth, Karel Bartosek und Jean-Louis Margolin im »Schwarzbuch« aufschlußreich – zur Verunmöglichung der Entstehung bzw. Zerstörung mehr oder weniger entwickelter zivilgesellschaftlicher Strukturen (und damit entscheidender gesellschaftlicher Entwicklungsmöglichkeiten!) geführt hat. Das kapitalistische Privateigentum als das die gesamte Gesellschaft durchdringende und sich voll und ganz unterwerfende Prinzip – in dieser Leitidee liegt ein fehlleitender und ausnutzbarer Bestandteil der Marxschen Lehre. Wo die Frage des Privateigentums und seiner radikalen Negation (durch die »Diktatur des Proletariats«) so ins Zentrum gestellt wurde, verwandelte sich die Marxsche Idee der sozialen Revolution in ein Projekt der *totalen historischen Diskontinuität*.

Die Geschichte ist Wandlung, Transformation, nicht zuletzt auch Revolution. Überlassen wir sie dem »Markt« oder versuchen wir sie neu und demokratisch-»eingreifend« zu denken?

Das durch die Erfahrung des »Jahrhunderts der Extreme« (Eric Hobsbawm) geläuterte, kritische Anknüpfen an die Traditionsbestände des marxistischen Denkens bleibt unverzichtbar in einer Gesellschaft, die auf dem Weg der Selbstzerstörung und längst dabei ist, ihren eigenen Totalitarismus zu gebären. Die Denunziation von allem, was mit Marxismus, Kommunismus und Sozialismus zu tun hat, als *verbrecherisch* zielt nicht auf das Häuflein unverbesserlicher Stalin-Anhänger, die man mit der Lupe suchen kann. Ziel sind diejenigen, die sich nicht damit abfinden wollen, daß die stalinistische Befreiungslüge durch eine ultrakonservative Bewahrungslüge ersetzt wird.

---

32 Anm. Schumann: André Brie, Michael Brie, Judith Dellheim, Thomas Falkner, Dieter Klein, Michael Schumann, Dietmar Wittich: Zur Programmatik der Partei des Demokratischen Sozialismus, a.a.O., S. 28.

# Braucht die PDS ein neues Programm?

## Streitgespräch zwischen Michael Schumann und Uwe-Jens Heuer bei »ND im Club« (»Neues Deutschland« vom 4. April 2000)<sup>1</sup>

*Reents: Die Diskussion über Für und Wider eines neuen Programms bedingt die Frage: Was ist überholt an dem geltenden?*

*Schumann: Erstens:* Es gibt eine Beschluslage der PDS. Die 1. Tagung des 6. Parteitag<sup>2</sup> hat im letzten Jahr beschlossen, nach den Entwicklungen der vergangenen Jahre stehe die PDS vor der Aufgabe, ihr programmatisches Selbstverständnis als sozialistische Partei in Deutschland links von der Sozialdemokratie zu profilieren. Die Frage, ob zu diesem Zweck das Parteiprogramm vom Januar 1993 überarbeitet oder insgesamt neu formuliert werden soll, ist in der PDS nicht umfassend diskutiert.

---

1 (Alle Anm. sind Anm. des Herausgebers.) – Dem Gespräch ist in der Druckfassung im »Neuen Deutschland« vom 4. April 2000 folgender erläuternder Text der Redaktion vorangestellt: »Braucht die PDS ein neues Programm? Die vor dem Parteitag am Wochenende (gemeint ist der Parteitag in Münster, der vom 7. bis 9.4 stattfand – d. Hrsg.) viel diskutierte Frage beschäftigte kürzlich auch »ND im Club«. Ihre gegensätzlichen Standpunkte legten dabei Michael Schumann, Mitglied des Parteivorstandes, und Uwe-Jens Heuer vom Marxistischen Forum dar. Beide sind Mitglieder der Programmkommission – Schumann als Mitautor des Mehrheitsentwurfs eines Thesenpapiers, in dem programmatische Lücken konstatiert werden, Heuer als Mitautor eines Papiers, das sich davon kritisch absetzt. Gemeinsam mit ND-Chefredakteur Jürgen Reents und zahlreichen Interessierten diskutierten beide über ihre Positionen.« – Prof. Dr. Uwe-Jens Heuer (geb. 1927) war von März bis Oktober 1990 Mitglied der PDS-Fraktion der Volkskammer (gemeinsam mit Michael Schumann) und von Dezember 1990 bis September 1998 Mitglied der Gruppe der PDS im Deutschen Bundestag. Mit seinem 1989 zugleich in Berlin und Baden-Baden erschienen Buch »Marxismus und Demokratie« (vgl. zu seiner Biographie Jochen Černý: Wer war wer, a.a.O., S. 190) hatte er wichtige Anstöße zur Entwicklung demokratisch-sozialistischen Denkens in der SED und SED-PDS gegeben. Schumann und Heuer haben in den frühen neunziger Jahren mehrfach gemeinsam publiziert. (Siehe z. B. Uwe-Jens Heuer, Ekkehard Lieberam, Michael Schumann: Die PDS und ihr Verhältnis zu Demokratie und Rechtsstaat, a.a.O., S. 26-34; oder auch Uwe-Jens Heuer; Michael Schumann: Politik und Justiz in der Auseinandersetzung um die DDR-Vergangenheit, in: Unrechtsstaat?, Hamburg 1994, S. 10-31.)

2 Die 1. Tagung des 6. Parteitages der PDS fand am 16./17. Januar 1999 in Berlin statt. Im Beschluß »Organisation einer programmatischen Debatte in der PDS« war festgelegt worden: »Der Parteitag beruft eine Programmkommission mit 17 Mitgliedern. ... Die Programmkommission erarbeitet und beschließt bis zum 30. Juni 1999 einen Standpunkt zum Umfang der Programmdebatte der PDS und veröffentlicht ihn im »PresseDienst«. ... Die Diskussionsergebnisse werden im I. Quartal 2000 dem Parteitag vorgelegt. Dieser beschließt über das weitere Verfahren, insbesondere darüber, ob ein überarbeiteter oder ein neuer Programmentwurf vorgelegt werden soll oder nicht. Eine entsprechende Parteitagsentscheidung vorausgesetzt, erarbeitet die Programmkommission bis zum Sommer 2000 einen überarbeiteten oder neuen Programmentwurf und legt ihn nach Bestätigung durch den Parteivorstand der PDS-Basis und der interessierten Öffentlichkeit zur Diskussion vor. Eine auf der Grundlage dieser Debatte überarbeitete Fassung würde auf einem Programmparteitag im 1. Halbjahr 2001 entschieden

*Zweitens:* Mindestens ebenso wichtig wie die Entscheidung im Sinne eines Programmdokuments ist die programmatische Diskussion selbst. Eine sozialistische Partei kann sich nicht auf den politischen Alltag reduzieren.

*Drittens:* Eine Reihe von Fragen muß programmatisch neu aufgearbeitet werden, die 1993 noch gar nicht im Blick sein konnten: Globalisierung, Umbrüche im System der Arbeit, soziale Sicherungssysteme, Nachhaltigkeit, Menschenrechte, Demokratisierung von Staat und Gesellschaft, moderne Mediengesellschaft, Kultur und Wertewandel, internationale Integrationsprozesse, Europäische Union.

*Viertens:* Wir haben erste Arbeitsergebnisse vorgelegt in Gestalt des Fragenkatalogs vom Juni 1999 und mit den Thesenpapieren. Dabei sind gravierende Differenzen deutlich geworden. Ich will einige nennen: Ist die Einordnung von unternehmerischem Gewinninteresse in soziale und ökologische Entscheidungskriterien unter den Bedingungen dieser Gesellschaft möglich? Ist eine Regierungsbeteiligung der PDS mit der Wahrung ihrer sozialistischen Identität vereinbar? Wie steht es um die friedenspolitischen Positionen der PDS? Worin sehen wie heute die entscheidenden Ursachen des Untergangs des Staatssozialismus?

*Fünftens:* Die Programmdebatte findet nicht im Elfenbeinturm statt, sie steht im Dienste eines politischen Ziels. Es geht darum, die Handlungsfähigkeit der PDS, ihren gesellschaftlichen Einfluß zu erhöhen. Es geht darum, dafür zu kämpfen, daß die PDS größere Akzeptanz gewinnt, Bündnispartner für ihre Anliegen aufschließt. Wir sind die kleinste der Parteien. Aber wir haben den größten Veränderungsanspruch.

*Heuer:* Ich meine, daß die Grundeinschätzungen im geltenden Programm zu einer Reihe zentraler Fragen nach wie vor gelten. Es ist schon richtig, damals sprach noch niemand von Globalisierung, es hat sich eine ganze Menge geändert. Wir haben inzwischen eine weitgehende Durchsetzung des neoliberalen Kurses. Und die von uns erhoffte neue Regierung hat daran nichts geändert. Wir haben inzwischen auch den ersten Krieg gehabt, der wieder von deutschem Boden ausging. Wir haben also die Bestätigung der Kritik, die damals am Kapitalismus getroffen wurde, sogar in negativer Hinsicht übertroffen.

---

werden können« (Disput, Berlin, Heft 1/1999, S. 36). – Dieser Zeitplan sollte sich als viel zu knapp erweisen. Die 3. Tagung des 6. Parteitages – der Münsteraner Parteitag vom 7. bis 9. April 2000 – faßte einen Beschluß »Die programmatische Debatte in der PDS zielorientiert weiterführen«, in dem festgestellt wurde, daß die programmatische Debatte »noch am Anfang« stehe. Die »Thesen der Programmkommission« hätten die Annahme bestätigt, »daß das geltende Parteiprogramm überarbeitungsbedürftig ist«, sie seien aber - »wie auch das von einer Minderheit vorgelegte Votum« – Ausdruck dessen, »daß es in der Partei einen erheblichen Klärungsbedarf über Grundsatzfragen« gebe (vgl. Disput, Berlin, Heft 4/2000, S. 21-22). – Beschlossen wurde das neue Programm schließlich erst im Herbst 2003 – auf der 2. Tagung des 8. Parteitages, die am 25./26. Oktober 2003 in Chemnitz stattfand (vgl. Disput, Berlin, Heft 11/2003).

Und nun besteht ein gewisser Widerspruch für die PDS. Daß sie in dieser Zeit, entgegen vielen Annahmen, stärker geworden ist, mehr Einfluß hat, im Bundestag stabil ist, sogar einen stellvertretenden Ministerpräsidenten stellt,<sup>3</sup> war 1993 nicht vorauszusehen. Wir haben damit, mal etwas überspitzt gesagt, mehr Einfluß, an Verschlechterungen mitzuwirken. Wir können in vielen Fällen nur bestimmen, wo die Kürzungen vorgenommen werden.

Eine der Streitfragen lautet: Ist diese Gesellschaft sowohl kapitalistisch wie modern? Das ist ja eine der Thesen. Ich habe da Einwände. Wir haben dann die Frage: Wie sehen wir den Sozialismus? Immer mehr tritt das Wort Vision statt Ziel in den Vordergrund – auch in den Thesen –, was ja etwas Nebelhaftes oder Religiöses hat. Und es wirkt: Die Verbindung vom Sozialismus zur Eigentumsfrage wird unschärfer. Wir haben auch Formulierungen, die schärfer eingehen auf die DDR, die gegenüber dem fragilen Kompromiß des jetzigen Programms von strukturellen Grunddefiziten der DDR sprechen.

Eine letzte gravierende Veränderung betrifft das Verhalten zu Kampfeinsätzen. Was die Regierungsbeteiligung betrifft, so wird das magische Jahr 2002 beschworen.<sup>4</sup> Und bis dahin müßten wir uns über bestimmte Dinge klar sein. Man ist in einer gewissen Versuchung, anzunehmen, daß das zusammenhängen könnte mit dem Wunsch, sich bei der Gelegenheit regierungsbeteiligungsfähig zu machen.

*Reents: Geht es um verschiedene Programmverständnisse – zukünftige Wirklichkeit oder so langfristig, daß auf dem Wege dahin nicht grundlegend neu nachgedacht werden muß?*

*Schumann:* Es geht nicht um irgendeine Moderne-Theorie, sondern um die Frage, ob die sogenannte Konzeption des modernen Sozialismus, die in der Wendezeit eine bestimmte Rolle in der Diskussion gespielt hat, für unser programmatisches Verständnis an Bedeutung gewinnen muß. Uwe, du hast mal geschrieben: Einen demokratischen Sozialismus gibt es nicht ohne Rechtsstaatlichkeit, ohne Öffentlichkeit, ohne bürgerliche Gesellschaft im Sinne von Zivilgesellschaft, ohne Gewaltenteilung. Und ich denke, daß das Entwicklungsformen und auch Korrekturmechanismen gegen Fehlentwicklungen der Gesellschaft sind. Darum geht es bei dieser Konzeption des modernen Sozialismus, diese funktionale Differenzierung aufrechtzuerhalten, von monopolistischen Machtstrukturen abzukoppeln. Das ist der Sinn dieser Konzeption des modernen Sozialismus.

---

3 Gemeint ist Helmut Holter, zu dieser Zeit stellvertretender Ministerpräsident und Minister für Arbeit und Bauwesen in Mecklenburg-Vorpommern, wo es seit 1998 eine (2002 wiedergewählte) SPD-PDS-Regierung gibt. Holter hat dort auch heute das Amt des Ministers für Arbeit und Bauwesen inne.

4 Im Jahre 2002 fanden die nächsten Bundestagswahlen statt.

*Heuer:* Demokratischer Sozialismus geht nicht ohne radikale Änderung der Eigentumsverhältnisse. Die eigentliche Schwierigkeit ist, daß vielleicht der Kapitalismus das unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten produktivste System ist. Aber das wird mit einer Reihe anderer Dinge bezahlt – Massenarbeitslosigkeit, Elend in der Dritten Welt usw. Man kann ja überlegen, welchen Preis man zu zahlen bereit ist für den unablässigen wirtschaftlichen Fortschritt. Aber wenn man den Preis nicht nennt, geht es nicht. Vielleicht ist ein demokratischer Sozialismus gerade die Chance, dieses Problem demokratisch zu lösen. Aber dann wird er womöglich keine ganz so schnelle ökonomische Entwicklung mit sich bringen.

*Schumann:* Es muß keine Dominanz kapitalistischen Eigentums geben. Wirkliches Gemeineigentum, das Regulierung, Interventionen des demokratischen Staates mit betrieblicher Demokratie und Markt verbindet und mit Privateigentum im Wettbewerb steht, bleibt als Alternative, als konkrete Utopie, als Ideal und Bewegung derer, die von ihren Interessen her für dieses Ziel eintreten. Darauf könnte ich mich schon festlegen als eine Grundaussage dessen, was unter demokratischem Sozialismus zu verstehen ist. Hinter dieser Konzeption steht, daß man die kapitalistische Gesellschaft nicht auf die Eigenschaft, kapitalistisch zu sein, reduzieren darf, sondern daß sie auch Entwicklungspotentiale besitzt, an die wir anknüpfen müssen. Man muß diese Gesellschaft als Möglichkeit annehmen, um sie verändern zu können.

*Heuer:* Das ist hier nach meiner Ansicht theoretisch unzulässig überhöht. Es wird sozusagen unterschieden zwischen dem Kapitalismus und der Moderne. Und wenn man die Moderne hat, ist der Kapitalismus nicht mehr so schlimm. Und das halte ich für einen falschen Ansatz. Mein Problem ist – jetzt will ich mal in der traditionellen Terminologie sprechen – : Man kann von den Überbau-Institutionen den Grundtenor der Basis nicht korrigieren. Schon gar nicht, wenn man nur in einem Land ist, und der Grundtenor wird bestimmt vom globalen Turbokapitalismus.

*Reents:* *In den Mehrheitsthesen ist die Moderne im wesentlichen positiv definiert mit pluralistischer Demokratie, Rechtsstaat und notwendigem Markt als dezentralem Selektionsmechanismus. Soziale Frage, Rolle des Eigentums tauchen nicht auf. Ersetzt der Begriff der Moderne den des Kapitalismus?*

*Schumann:* Es soll im Programm bleiben, und – das ist die politische Intention – möglicherweise verstärkt werden, daß der demokratische Sozialismus die in der bürgerlichen Gesellschaft entstandenen Entwicklungsformen nicht zerstören will. Der Realsozialismus hat sie zerstört – und damit die innovativen Kräfte der Gesellschaft. Das war strukturell defizitär. Deswegen ist er zusam-



mengebrochen. Und jetzt kommt der theoretische Punkt von Uwe-Jens Heuer, daß der entscheidende Ansatz doch die Determination dieser Entwicklungsformen durch die ökonomischen Verhältnisse sein müsse, durch die Produktions- und Reproduktionsverhältnisse. Da gibt's theoretische Meinungsverschiedenheiten, daß nämlich in der kapitalistischen Gesellschaft dieser Einfluß von Produktionsverhältnissen auf die sogenannten Überbau-Erscheinungen weniger direkt erscheint gegenüber vorherigen Gesellschaftsformationen. So daß da eine relative Selbständigkeit entstanden ist, die wir unterschätzt haben und die nach dieser Wertung auch Marx unterschätzt hat.

*Heuer:* Im Moment ist dieser Prozeß gegenläufig, weil der direkte Durchgriff des Kapitals viel stärker wird. Das kann man ja alles in der Talkshow sehen. Da sagt einer, ich habe Schröder<sup>5</sup> folgendes vorgeschlagen, und nun macht er es: 30 000 Green Cards für Inder. Die erzählen ja auch, daß Schröder besser zuhört als Kohl,<sup>6</sup> das sei fantastisch. Das heißt, die relative Selbständigkeit der Politik wird geringer. Und deswegen ist manches an dieser Moderne-Konzeption, an dieser Überziehung der relativen Selbständigkeit, durch die Entwicklung der letzten Jahre widerlegt worden. Diese Moderne-Konzeption beruhte ja auch auf gewissen Illusionen, daß mit dem Wegfall des einen Systems das andere von alleine menschlicher würde. Das war ein Irrtum.

*Reents:* *Einer der wichtigen Punkte bei der Programmkontroverse ist die Frage der UN-Militäreinsätze. Der strikten Ablehnung solcher Interventionen steht die Position der PDS-Führung gegenüber, notwendig sei eine Prüfung der Einzelfälle. Gegenwärtig laufen 17 militärisch gestützte UNO-Missionen. Müßte die PDS im Grunde genommen fordern, all diese UN-Einsätze einzustellen, unabhängig davon, wie die Situation konkret in Osttimor oder Haiti ist, im israelisch-arabischen Grenzraum oder in Kaschmir?*

*Heuer:* Das alles sind doch Blauhelmeinsätze. Außer Osttimor,<sup>7</sup> wo wir im Grunde aber nach meiner Ansicht auch einen Blauhelmeinsatz haben, denn die UNO ist ja erst reingegangen, nachdem die indonesische Regierung sich einverstanden erklärt hat. Für mich geht es um Kampfeinsätze.

---

5 Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD).

6 Helmut Kohl (CDU), Bundeskanzler von 1982 bis 1998, dann von Gerhard Schröder im Amt abgelöst.

7 Im zu Indonesien gehörenden Osttimor fand am 30. August 1999 unter UNO-Aufsicht ein Referendum statt, bei dem sich 78,5 Prozent der Bevölkerung für die Unabhängigkeit von Indonesien aussprachen. Vor dem Referendum war es zu massiven Einschüchterungsversuchen durch pro-indonesische Milizen gekommen, im Ergebnis des Referendums brachen schwere Unruhen aus. Vor den pro-indonesischen Milizen und regulären indonesischen Truppen flohen Hunderttausende Zivilisten. Am 18. September 1999 landete auf der Grundlage eines Beschlusses des UNO-Sicherheitsrates eine internationale Eingreiftruppe; Ende Oktober verließen die letzten indonesischen Einheiten das Land; der UNO-Sicherheitsrat setzte eine Übergangsverwaltung ein, die die Strukturen für die Unabhängigkeit des Landes aufbauen soll.

Bisher war die Beschlußlage in der PDS klar. Der Magdeburger Parteitag<sup>8</sup> hat ausdrücklich gesagt, wir lehnen militärische Konfliktlösungen grundsätzlich ab. Das gilt auch für alle Bestrebungen der UNO. Insofern ist die These von Gregor Gysi nicht richtig, daß der Vorstand eingeschränkt sei, wenn der Parteitag nichts beschließt. Der Vorstand ist bereits eingeschränkt durch den Magdeburger Beschluß. Und nun will er nicht mehr eingeschränkt sein!

Meine Hauptargumentation ist die Frage, ob der UN-Sicherheitsrat heute vertrauenswürdig ist als 1993 oder 1996. Das bestreite ich. Der Sicherheitsrat ist in erster Linie ein Instrument der Großmächte, der sogenannten Vetomächte, dominiert von den USA. Gregor Gysi sagt, wir sollten im Leninschen Sinne analysieren. Die Leninsche Analyse wäre die: Was ist ein imperialistischer Krieg? Nun weiß ich nicht, ob diese Partei mit der Kategorie imperialistischer Krieg so viel anfangen kann. Im Moment ist sie nicht so gebräuchlich. Für mich ist unter den heutigen Bedingungen ein Krieg, den der Sicherheitsrat führt, ein Krieg, hinter dem die USA und andere Großmächte stecken. Deshalb sollten wir prinzipiell Nein sagen.

Ich will noch einen Grund nennen: den ungeheuer starken Druck der Medien. Wenn man sich selbst nicht ganz klar ist, erliegt man diesem Druck.

*Schumann:* Wir erleben einen Umbau in den internationalen Beziehungen, und wir erleben vor allem den Versuch, der UNO einen Bedeutungsverlust beizubringen. Wir machen uns das ein bißchen einfach, wenn wir nicht erkennen, daß man bei aller Kritik konstatieren muß, daß viele Staaten Europas, Asiens, Afrikas, Lateinamerikas sich um den Erfolg der UNO bemüht haben. Es ist zu einfach, diese Organisation auf einen verlängerten Arm der Großmächte herunterzureden.

Es ist ein Problem, wenn die Kritik an der UNO zu ihrer allgemeinen Delegitimation führt. Dafür war der Jugoslawien-Krieg der NATO<sup>9</sup> der Präzedenzfall. Ganz eindeutig: Hier sollte ein Privileg, das nur der UN-Sicherheitsrat hat, abgeschafft werden, nämlich die Kampfeinsätze nach Kapitel 7 zu beschließen. Was wir jetzt machen, ist zunächst einmal, dieses UN-Privileg zu verteidigen. Man kann dieses Privileg aber nicht glaubwürdig verteidigen, wenn man es ablehnt.

Das bedeutet aber nicht, daß unser Standpunkt ein Plädoyer für Kampfeinsätze mit UNO-Mandat wäre. Wer den Antrag des Parteivorstandes liest,

---

<sup>8</sup> 2. Tagung des 4. Parteitages der PDS in Magdeburg, 27./28. Januar 1996.

<sup>9</sup> Die NATO hatte vom 24. März 1999 bis 10. Juni 1999 unter Beteiligung von deutschen Einheiten einen Luftkrieg gegen die Bundesrepublik Jugoslawien (Serbien und Montenegro) geführt, um den jugoslawischen Präsidenten Slobodan Milošević zu einer Änderung seiner Politik in dem von einer albanischen Bevölkerungsmehrheit bewohnten, zu Serbien gehörenden autonomen Gebiet Kosovo zu zwingen. Die Bomben töteten mehrere Tausend Menschen unter der Zivilbevölkerung und führten zu beträchtlichen Zerstörungen an Häusern, Industrieanlagen und Infrastruktur.

wird klar sehen, daß die PDS keineswegs diese Absicht hat. Wir lassen uns allerdings die Freiheit, im Einzelfall zu prüfen, ob wir zustimmen. Wenn sich eine Partei eine hinreichend objektive Analyse einer politischen Situation grundsätzlich nicht zutraut und deshalb Nein sagt, dann kann sie einpacken.

Unsere friedenspolitische Kernposition lautet: Wir ächten Krieg und militärische Gewalt als Mittel der Politik. Aber das ist für mich nicht die Ablehnung jeder militärischen Gewaltanwendung, das schließt für mich nicht das Recht auf individuelle und kollektive Selbstverteidigung im Falle einer Aggression aus. Der radikal-pazifistische Standpunkt wird in der PDS geachtet und ist völlig legitim, aber er kann nicht den Anspruch erheben, die einzige Haltung zu sein, die den Positionen eines authentischen, eines antimilitaristischen Sozialismus entspricht.

*Heuer:* Wir haben auf dem Magdeburger Parteitag Blauhelmeinsätze abgelehnt. Die Blauhelmfrage war gleichsam die Spielwiese zum Einmarsch in den Krieg. Auch bei den Grünen fing alles mit den Blauhelmen an. Ich halte es für richtig, Blauhelme nicht mehr abzulehnen – wenn wir uns ganz sicher sind, daß wir nicht gleich die nächste Stufe nehmen. Inzwischen diskutiert ja kein Mensch mehr über Blauhelme. Ich bin dafür, die UNO zu verteidigen, aber im Fall des Sicherheitsrates verteidigen wir damit die USA.

Ein ganz schwieriges Kapitel ist der Einsatz der Bundeswehr. In Einzelfällen vielleicht zuzustimmen, aber nicht der deutschen Beteiligung – das halten wir doch keine drei Tage durch. Wenn es ernst gemeint wäre, über UNO-Einsätze zu entscheiden, nicht aber über eine deutsche Beteiligung – warum dann die Diskussion? Unsere Zustimmung zu Einsätzen anderer Länder ist sowieso nicht nötig.

Ich lese einmal vor, was dazu in den Programmthesen steht: »Gerade, wenn solche Situationen sich militärisch zuspitzen, muß die Partei die volle Freiheit haben, im konkreten Einzelfall nach ihren eigenen programmatischen, politischen und moralischen Maßstäben souverän zu bewerten und ihre Haltung konkret festzulegen.« Wer ist hier *die* Partei? Die Bundestagsfraktion? Der Parteitag jedenfalls nicht. Da habe ich Bedenken.

*Schumann:* Haben wir zu den Leuten, die wir gewählt haben, nicht das Vertrauen, Entscheidungen im Sinne von Parteitagsbeschlüssen zu treffen? Wenn nach unserer Einschätzung die zivilen Möglichkeiten nicht ausgenutzt worden sind, werden wir UNO-mandatierten Einsätzen nicht zustimmen.

# Es geht um die Verteidigung der UN-Charta! Nicht um Plädoyer für Kampfeinsätze!

## Einführungsbeitrag zur Diskussion und Beschlußfassung zu friedenspolitischen Positionen der PDS auf dem Münsteraner Parteitag der PDS am 8. April 2000<sup>1</sup>

Genossinnen und Genossen!

Die Beschlußfassungen der Bundestagsfraktion und des Parteivorstandes zur internationalen Krisen- und Konfliktbewältigung haben in der Partei zu einer intensiven und zum Teil außerordentlich kontroversen und emotionsgeladenen friedenspolitischen Debatte geführt.<sup>2</sup> Diese Debatte bezeugt den heraus-

- 
- 1 (Alle Anm. sind Anm. des Herausgebers.) – Der Beitrag hatte ursprünglich keine inhaltliche Überschrift. Die Überschrift »Es geht um die Verteidigung der UN-Charta! Nicht um Plädoyer für Kampfeinsätze!« ist diejenige, die der Druckfassung der Rede in der Dokumentation des Parteitages in »Disput«, Berlin, Heft 4/2000, S. 24-26, vorangestellt wurde. – Der Parteitag der PDS in Münster war die 3. Tagung des 6. Parteitages. Es gab eine außergewöhnliche Situation: Der Leit Antrag des Parteivorstandes »Positionen der PDS zur internationalen Krisen- und Konfliktbewältigung« hatte bei der Abstimmung im Vorstand zwar eine Mehrheit gefunden, es gab aber auch eine starke und in der Öffentlichkeit gut bekannte Minderheitenposition, vertreten insbesondere von der stellvertretenden Parteivorsitzenden und Sprecherin der PDS-Gruppe im Europäischen Parlament, Sylvia-Yvonne Kaufmann. Darum wurden auf dem Parteitag zwei einander entgegengesetzte Einführungsbeiträge gehalten: der hier abgedruckte von Michael Schumann zur befürwortenden Begründung des Antrages zuerst; daran anschließend ein zweiter – in der Druckfassung in »Disput« 4/2000 (S. 27-29) unter der Überschrift »Der eigentliche politische Konflikt ist ein Rechts- und Wertekonflikt« dokumentiert –, mit dem sich Sylvia-Yvonne Kaufmann gegen den Antrag des Vorstandes wandte und für den sie dann eine mehrheitliche Unterstützung durch den Parteitag erhielt. Der Beschluß des Parteitages lautete am Ende »Nein zu UN-Militäreinsätzen – Internationale Krisen und Konflikte friedlich lösen« (Wortlaut des Beschlusses in »Disput« 4/2000 S. 32-33; ein Bericht über die Beschlußdebatte nach den beiden Einführungsbeiträgen ebenda S. 30-31). – Da der Streit um diesen Beschluß bis heute eine Schlüsselrolle für die Entwicklung der PDS spielt, wird in den folgenden Anmerkungen besonders ausführlich versucht, am Text Schumanns entlang den Ablauf des Streits zu dokumentieren und unter Würdigung der Positionen beider Seiten seine Kernpunkte herauszuarbeiten.
  - 2 Die genannte Debatte begann damit, daß der Fraktionsvorsitzende der PDS im Deutschen Bundestag, Gregor Gysi, Anfang Oktober 1999 in der Fraktion ein mehrseitiges Diskussionspapier vorlegte, mit dem er im Rahmen einer ausführlichen Darstellung der friedenspolitischen und antimilitaristischen Positionen der Partei und in Auseinandersetzung mit der Entwicklung der UNO dafür plädierte, »das Kapitel 7 der Charta der Vereinten Nationen«, bei dem es, wie er an anderer Stelle im Text ausführte, »um militärische Kampfeinsätze (geht), die unter bestimmten Voraussetzungen durch den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen angeordnet und angeordnet werden dürfen«, »nicht abzulehnen, sondern von Fall zu Fall zu entscheiden, mit welcher Begründung wir eine Anwendung ablehnen, ihr zustimmen oder sie notfalls sogar selbst einfordern.« (Den vollen Wortlaut siehe unter der Überschrift »Zum Verhältnis der PDS und ihrer Bundestagsfraktion zum Einsatz von VN-Truppen in Krisenregionen. Diskussionspapier von Gregor Gysi zur Vorbereitung der Klausur der Bundestagsfraktion im Oktober 1999« in: Pressedienst PDS, Nr. 44 vom 5. November 1999, S. 4-7; die zitierten Stellen siehe S. 6, Spalte 1 und 3.) – Die Fraktion faßte daraufhin am 21. Oktober 1999 mit Blick auf die für den 1. November 1999 einberufene Parteivorstandssitzung einen dieses Papier unterstützenden Beschluß, in

ragenden Stellenwert friedenspolitischer Programmaussagen und Überzeugungen für die politische Identität der PDS sowie das politische und ethische Selbstverständnis jedes Parteimitglieds. Die konsequent friedenspolitische Orientierung der PDS ist sowohl untrennbarer Bestandteil als auch unverzichtbarer Ausdruck ihres Charakters als demokratisch-sozialistische Partei. Bei allem Streit, den wir um konkrete politische Positionen und Entscheidungen zur internationalen Krisen- und Konfliktbewältigung geführt haben und weiter führen werden, ist und bleibt dies unser gemeinsamer Ausgangspunkt: Für den demokratischen Sozialismus als Bewegung, Ziel und Wertesystem ist die Frage nach dem Frieden, seinen Bedingungen und Gewährleistungen grundlegend.

---

dem es u. a. hieß: »Wenn der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen das Kapitel 7 durch Beschluß anwendet, werden wir in jedem Einzelfall prüfen, ob der Beschluß der Charta entspricht, verhältnismäßig erscheint und politisch und moralisch auch im Detail akzeptiert werden kann oder abgelehnt werden muß.« (Den vollen Wortlaut des Beschlusses siehe ebenda, S. 4). – Die Veröffentlichung beider Papiere im Pressedienst erst am 5. November 1999 läßt darauf schließen, daß der Parteivorsitzende Lothar Bisky, Fraktionschef Gregor Gysi und Bundesgeschäftsführer Dietmar Bartsch zunächst nicht mit einem außergewöhnlichen Diskussionsverlauf gerechnet hatten und die Parteivorstandssitzung abwarten wollten. – Schon am 22. Oktober 1999 meldete sich jedoch Sylvia-Yvonne Kaufmann im »Neuen Deutschland« mit einer Gegenposition zu Wort, in der sie die von Gysi geforderte »Einzelfallprüfung« ablehnte und statt dessen eine Generalablehnung aller Militäreinsätze – seien sie UN-mandatiert oder nicht – forderte, und am 25. Oktober folgte der PDS-Ehrevorsitzende und Europaparlamentarier Hans Modrow mit einer Erklärung »Nein zu einer UNO-Weltpolizei, Ja zur Demilitarisierung der Gesellschaft«, die im Pressedienst PDS bereits in Nr. 43/99 vom 29. Oktober 1999 (S. 3) abgedruckt worden war – also eine Woche eher als das Gysi-Papier und der Fraktionsbeschluß. Modrow vertrat dort in ausdrücklicher Unterstützung der Position von Sylvia-Yvonne Kaufmann die Auffassung, daß »durch das Positionspapier von Gregor Gysi eine Debatte angestoßen worden« sei, »die sich zu einer Belastungs-, wenn nicht gar Zerreißprobe für die Partei ausweiten könnte«, berühre sie doch »das Grundverständnis der Partei, ihr Alleinstellungsmerkmal als konsequent antimilitaristische Kraft.« Er halte es »für einen falschen und dem Programm der Partei zuwiderlaufenden Ansatz, wenn von der Bundestagsfraktion der PDS internationale Militäreinsätze unter UN-Oberbefehl befürwortet werden.« – Am 26. Oktober 1999 – auch diese Erklärung siehe Pressedienst PDS Nr. 43/99 (S. 2) – antwortete Dietmar Bartsch auf die Modrow-Erklärung, daß von einer »Zerreißprobe« nicht gesprochen werden könne. Die »Debatte zur konkreten Umsetzung von Friedenspolitik zur Verteidigung der Charta der Vereinten Nationen und damit auch zu Kapitel 7 dieser Charta« sei »sachlich« verlaufen, und von dieser Sachlichkeit werde auch die Debatte im Parteivorstand am 1. November 1999 geprägt sein. – Der Beschluß, den der Parteivorstand dann am 1. November faßte, enthielt eine Zustimmung zum Gysi-Papier mit den Worten: »Der Parteivorstand verteidigt wie die Bundestagsfraktion der PDS die Charta der Vereinten Nationen als wichtigstes völkerrechtliches Dokument, das in diesem Jahrhundert beschlossen wurde, gegen alle Angriffe der USA, der BRD und anderer führender Industrieländer. Das schließt die Einzelfallprüfung zur Bestätigung oder Ablehnung von Beschlüssen des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen nach Kapitel VII der Charta ein« (Pressedienst PDS, Nr. 44/99 vom 5. November 1999, S. 2.). – Da die Debatte rasch die gesamte Partei ergriff, wandten sich der Parteivorsitzende Lothar Bisky und Gregor Gysi am 8. November 1999 mit einem Brief an die Mitglieder der PDS, in dem sie noch einmal nachdrücklich für den Vorstands- und den Fraktionsbeschluß warben. (Der Brief wurde in Auszügen abgedruckt unter der Überschrift »Die Charta der Vereinten Nationen und die PDS« in: Disput, Berlin, Heft 11/1999, S. 3.) – In den Tagen vor dem Parteitag hatte es im »Neuen Deutschland« noch einmal heftige Debatten zwischen Vorstandsmitgliedern gegeben, und auf den Leserbriefseiten waren zahlreiche Zuschriften aus der Parteibasis, aber auch aus der Friedensbewegung mit Positionnahmen für die eine oder andere Seite abgedruckt worden. Auf einige dieser Wortmeldungen nahm Schumann im Referat Bezug (vgl. die Anm. im Text). – Sylvia-Yvonne Kaufmann hatte ihre Positionen außerdem in dem von ihr herausgegebenen Buch »Frieden schaffen! Mit UNO-Waffen?« (Berlin 2000) bekräftigt, das am 5. April 2000 im »Neuen Deutschland« zustimmend besprochen worden war.

Die PDS hat längst unter Beweis gestellt, daß es sich dabei für sie nicht um unverbindliche Postulate handelt. Die Aktivitäten der Partei in Auseinandersetzung mit dem Kriegskurs der USA, der NATO und der Bundesregierung bestätigen nachdrücklich, daß die Gliederungen, Vorstände und Fraktionen der PDS nicht nur in Worten, sondern durch die Tat unserer friedenspolitischen Programmatik verpflichtet sind. Sie haben unserer Friedenspolitik eine beachtliche öffentliche Wirksamkeit verschafft – gegen einen übermächtigen Mainstream in der Gesellschaft der Bundesrepublik. Das hat der PDS die Anerkennung und Unterstützung vieler Menschen im In- und Ausland eingetragen und auch ihre Wahlerfolge nicht unerheblich beeinflußt.

Der Parteivorstand dankt allen Genossinnen und Genossen, die sich auf Marktplätzen und in Sälen, an Info-Ständen und in Rundfunk- und Fernsehsendungen, in Parlamenten und kommunalen Vertretungskörperschaften den politischen Auseinandersetzungen gestellt und unsere friedenspolitischen Positionen verteidigt haben. Wir alle können uns daran erinnern, daß diese Auseinandersetzungen oft genug in einer von Intoleranz und Haß geprägten Atmosphäre stattfanden. Wir können und werden nicht vergessen, daß uns die Scharping<sup>3</sup> und Fischer<sup>4</sup> wegen unseres friedenspolitischen Engagements zu populistischen Kriegsgewinnlern und zum innenpolitischen Milošević<sup>5</sup> abstampeln wollten. Wir können und werden auch nicht vergessen, welch menschenverachtender Verleumdungskampagne Gregor Gysi ausgesetzt war, als er sich auch in Belgrad dafür einsetzte, daß nicht geschossen, sondern verhandelt wird.

Die jüngsten Diskussionen über die Ursachen und Folgen des Aggressionskrieges der NATO gegen Jugoslawien bestätigen aufs Neue die Richtigkeit unseres Widerstandes gegen die Politik der NATO und der Bundesregierung. Die

---

3 Rudolf Scharping – deutscher Verteidigungsminister (von Oktober 1998 bis Juli 2002).

4 Joseph (Joschka) Fischer – deutscher Außenminister (seit Oktober 1998).

5 Slobodan Milošević – Präsident der Bundesrepublik Jugoslawien, wie sie nach dem Zerfall des ehemaligen Jugoslawien als Zusammenschluß von Serbien und Montenegro fortbestand. Milošević ist einer der Hauptschuldigen an den Kriegen, die in den neunziger Jahren in Ex-Jugoslawien stattfanden. Dafür wurde er im Juni 2001 vor das Kriegsverbrechertribunal in Den Haag gebracht. Ein Urteil steht noch aus. – Die Bemerkungen Schumanns zielen auf die scharfen Attacken, denen sich die PDS wegen ihrer entschiedenen Ablehnung der Luftangriffe der NATO auf Jugoslawien, die vom 24. März 1999 bis zum 10. Juni 1999 dauerten und an denen auch deutsche Einheiten mit ihren Flugzeugen beteiligt waren, seitens aller anderen im Bundestag vertretenen Parteien ausgesetzt sah. Nicht selten war dabei in der Öffentlichkeit willkürlich ein Bezug zu der Tatsache konstruiert worden, daß Milošević auch Vorsitzender der Sozialistischen Partei Jugoslawiens war. Endgültig auf eine Stufe mit Milošević gestellt worden war Gregor Gysi – worauf Schumann sich im folgenden bezieht –, als er am 14. April 1999 in Belgrad mit ihm zusammengetroffen war, um Möglichkeiten für Friedensgespräche zu sondieren. – Die verleumderische Absicht der Kampagne erhellt u. a. vor dem Hintergrund, daß man bei einer Begegnung des russischen Ministerpräsidenten Primakow mit Milošević am 30. März 1999 in Belgrad in der deutschen Öffentlichkeit keineswegs auf den Gedanken gekommen war, Primakow deswegen eine politische Nähe zu seinem Gesprächspartner zu unterstellen.

Erinnerung an die Auseinandersetzungen um diesen Krieg ist nicht zuletzt deswegen wichtig, weil es sich dabei auch um eine Bewährungsprobe für die PDS gehandelt hat. In einer entscheidenden Frage der deutschen und internationalen Politik hat sie Glaubwürdigkeit und Zuverlässigkeit gezeigt, hat sie die Fähigkeit bewiesen, ihre friedenspolitischen Grundsätze auf konkrete Konfliktsituationen anzuwenden, überzeugende Antworten zu geben und gemeinsam und solidarisch friedenspolitisch zu handeln. Dieses verantwortungsbewußte Herangehen wird auch in Zukunft unsere Politik bestimmen. Die Praxis unseres friedenspolitischen Wirkens, das bislang von großer Einmütigkeit und innerparteilicher Solidarität geprägt war, gibt keinerlei Handhabe, uns auseinander zu dividieren.

Genossinnen und Genossen!

Der Parteivorstand unternimmt mit dem vorliegenden Leitantrag den Versuch, auf knappem Raum und ausgehend von unserem Parteiprogramm die Zielstellung und die komplexen Aufgaben unseres friedenspolitischen Wirkens – bezogen auf die konkrete historisch-politische Situation – zusammenfassend zu bestimmen.

*Erstens:* Der Leitantrag bekräftigt unsere bekannten friedenspolitischen Forderungen: von der Durchsetzung des Gewaltverzichts in den internationalen Beziehungen bis hin zum Verbot von Massenvernichtungsmitteln und Rüstungsexporten und zur Ablehnung internationaler Einsätze der Bundeswehr.

*Zweitens:* Der Leitantrag hebt die Notwendigkeit der weiteren Entwicklung unserer friedenspolitischen Positionen hervor. In enger Gemeinsamkeit mit anderen linken Parteien muß es darum gehen, Konzepte zur Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik zu erarbeiten bzw. zu konkretisieren, die Öffentlichkeit zu informieren und zu mobilisieren sowie als zuverlässiger und politisch kreativer Partner anderer dem Frieden verpflichteter politischer Kräfte zu agieren. Es geht unter anderem um die Intensivierung der begonnenen Diskussion um die Notwendigkeiten und Möglichkeiten nichtmilitärischer Konfliktvorbeugung und Konfliktbewältigung. Das Erfordernis, die Arbeit der Partei auf diesem Gebiet zu forcieren, ist angesichts der zunehmenden Konfliktrichtigkeit internationaler Entwicklungen und ihres Zusammenhangs mit der Politik der Bundesrepublik, der Europäischen Union und der NATO unstrittig. Diesem Erfordernis soll auch mit dem Vorschlag in Pkt. 9 zur Durchführung einer jährlichen Friedenskonferenz mit der vorrangigen Zielstellung, Ursachen aktueller und drohender Kriege auszuleuchten und zivile Konfliktlösungsstrategien zu diskutieren, entsprochen werden. Die Debatten, die in Vorbereitung unseres Parteitages geführt worden sind, bestätigen, daß ein ausgeprägtes Bedürfnis in der Mitgliedschaft besteht, sich über den Zusammenhang und über Widersprüche insbesondere zwischen bundes-, landes- und kommunalpolitischen Handlungsperspektiven zu verständigen und

darüber hinaus theoretische Grundlagen der Friedenspolitik, Erfahrungen der alltäglichen Konfliktbearbeitung in ihrer Bedeutung für die Friedenspolitik und den Zusammenhang von Krieg, militärischer Gewalt und patriarchalen Denkmustern in der politischen Bildungsarbeit zu thematisieren. Der Gesamtkomplex der internationalen Politik darf angesichts zunehmender Verflechtung innerer und äußerer Entwicklungsbedingungen der Gesellschaft nicht nur die Angelegenheit weniger Außenpolitik-Experten sein, wenn wir den demokratischen Prozeß kompetenter politischer Meinungsbildung in der Partei gewährleisten wollen.

*Drittens:* Der Leitantrag des Parteivorstandes unterstreicht die grundsätzlichen friedenspolitischen Positionen der PDS. Sie sind und bleiben unverzichtbare Grundlagen unserer Politik. Der Parteivorstand bekräftigt insbesondere die Überzeugung, daß politische, soziale, wirtschaftliche, ethnische und ökologisch bedingte Konflikte als Kriegsursachen nicht mit Mitteln militärischer Gewalt gelöst, sondern nur durch zivile Strategien überwunden werden können. Wir sind der traditionellen Zielstellung der sozialistischen Bewegung, der Schaffung und Gewährleistung eines dauerhaften Friedens verpflichtet. Die Realisierung dieses fundamentalen Politikzieles verlangt den Ausschluß des Krieges als Mittel der Politik. Die Anerkennung dieser Tatsache ist nicht allein für die friedliche Perspektive Deutschlands und Europas zwingend. Sie ist und bleibt unter den modernen Bedingungen die Grundfrage, die über die Fortexistenz der menschlichen Gattung entscheidet. Eine Politik, die Kriegsoptionen beinhaltet, macht den Frieden zum stets gefährdeten Provisorium. Nicht die militärisch verstandene Sicherheit schafft Frieden, sondern allein der Frieden, der aus einer sozial gerechten Weltordnung erwächst, schafft Sicherheit. Solche Grundeinsichten, die im letzten Jahrzehnt der Ost-West-Blockkonfrontation unter dem Signum des »neuen Denkens« system- und parteiübergreifend Resonanz und Zustimmung fanden,<sup>6</sup> bleiben für unsere Friedenspolitik maßgebend. Es ist ein fataler Irrtum anzunehmen, nach dem Ende dieser spezifischen historischen Konfrontationssituation und der Sowjetunion sei das Damoklesschwert des atomaren, chemischen oder biologischen Holocaust verschwunden. Nach wie vor sind gewaltige militärische Zerstörungspotentiale vorhanden und besteht die reale Gefahr, daß regionale Konflikte zu einem Weltkrieg eskalieren, der zur Vernichtung der Menschheit führen würde.

*Viertens:* Von diesen Überlegungen ausgehend betont der Parteivorstand die Verbindlichkeit und ungebrochene Aktualität der Aussage unseres Partei-

---

6 Gemeint ist das Jahrzehnt von 1980 bis 1990, in dessen Mitte mit den an die USA und die NATO gerichteten Vorschlägen des Generalsekretärs der KPdSU Michail Gorbatschow zur Abrüstung und zur Erbringung einseitiger Vorleistungen der Sowjetunion eine Bresche in die erstarrte und eine beständige Friedensbedrohung darstellende Ost-West-Konfrontation geschlagen worden war.



programms: »Die PDS tritt dafür ein, Krieg und militärische Gewalt zu ächten. Wir lehnen Denken und Handeln in Abschreckungs-, Bedrohungs- und Kriegsführungskategorien ab. Wir treten für die schrittweise Beseitigung aller Streitkräfte ein.«

In diesem Sinne hat sich die PDS den politischen Auseinandersetzungen stets gestellt und unmißverständlich deutlich gemacht, daß sie die Rehabilitation des Krieges als legitimes Mittel der Politik nicht hinnehmen wird. In diesem Zusammenhang haben sich auch Genossinnen und Genossen zu Wort gemeldet, die im Kontext unserer friedenspolitischen Programmatik eine ausnahmslose Ablehnung militärischer Gewalt fordern. Dieser Standpunkt bedeutet in mehrfacher Hinsicht die moralische Negierung völkerrechtlicher und politisch-historischer Legitimationen militärischer Gewaltanwendung: in bezug auf das in der Charta der Vereinten Nationen (Artikel 51)<sup>7</sup> verbürgte Recht auf individuelle und kollektive Selbstverteidigung im Falle der Aggression, in bezug auf militärische Maßnahmen nach Kapitel VII der Charta<sup>8</sup> und

---

7 Artikel 51 der UN-Charta lautet: »Diese Charta beeinträchtigt im Falle eines bewaffneten Angriffs gegen ein Mitglied der Vereinten Nationen keineswegs das naturgegebene Recht zur individuellen oder kollektiven Selbstverteidigung, bis der Sicherheitsrat die zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit erforderlichen Maßnahmen getroffen hat. Maßnahmen, die ein Mitglied in Ausübung dieses Selbstverteidigungsrechts trifft, sind dem Sicherheitsrat sofort anzuzeigen und berühren in keiner Weise dessen auf dieser Charta beruhende Befugnis und Pflicht, jederzeit Maßnahmen zu treffen, die er zur Wahrung oder Wiederherstellung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit für erforderlich hält.« (Amtliche Fassung der Bundesrepublik Deutschland, BGBl. 1973 II, S. 431 ff; siehe auch: [www.uno.de](http://www.uno.de). – Beim Umgang mit deutschsprachigen Fassungen der Charta ist zu beachten, daß – da die Charta im Original keine solche deutschsprachige Fassung enthält – in der DDR und der BRD unterschiedliche Übersetzungsvarianten aus dem Russischen, Französischen oder Englischen entstanden sind.)

8 Kapitel VII der Charta enthält in den Artikeln 39 bis 51 Festlegungen zu »Maßnahmen bei Bedrohung oder Bruch des Friedens und bei Angriffshandlungen«. Weder im Gysi-Papier (Pressedienst PDS, Nr. 44 vom 5. November 1999) noch bei Schumann werden einzelne dieser Artikel oder Teile von ihnen zur konkreten Argumentation herangezogen, nur Sylvia-Yvonne Kaufmann bezieht sich in ihrer Gegenerrede zu Schumann einmal auf Art. 48, den sie als Grundlage einer »zweifelhaften Mandatierungspraxis« beschreibt. Es sei daher hier auf einige Kernsätze dieser umstrittenen Artikel hingewiesen: Art. 41 verfügt zunächst, daß der Sicherheitsrat beschließen kann, »welche Maßnahmen – unter Ausschluß von Waffengewalt – zu ergreifen sind, um seinen Beschlüssen Wirksamkeit zu verleihen«; Art. 42 führt dann weitergehend aus, daß der Sicherheitsrat dann, wenn sich diese gewaltlosen Mittel als »unzulänglich« erweisen sollten, »mit Luft-, See- oder Landstreitkräften die zur Wahrung oder Wiederherstellung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit erforderlichen Maßnahmen durchführen« kann; Art. 43 enthält die »Verpflichtung« aller UN-Mitglieder, »nach Maßgabe eines oder mehrerer Sonderabkommen dem Sicherheitsrat auf sein Ersuchen Streitkräfte zur Verfügung zu stellen, Beistand zu leisten und Erleichterungen einschließlich des Durchmarschrechts zu gewähren«; Art. 46 sieht vor, daß »die Pläne für die Anwendung von Waffengewalt ... vom Sicherheitsrat mit Unterstützung des Generalstabsausschusses aufgestellt (werden)«; und in Art. 48 schließlich ist geregelt, daß »die Maßnahmen, die für die Durchführung der Beschlüsse des Sicherheitsrats zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit erforderlich sind, ... je nach dem Ermessen des Sicherheitsrats (dieses »Ermessen« ist es, das Sylvia-Yvonne Kaufmann von einer »zweifelhaften Mandatierungspraxis« sprechen läßt – d. Hrsg.) ... von allen oder von einigen Mitgliedern der Vereinten Nationen getroffen (werden)«. – Eine detaillierte Auseinandersetzung mit einzelnen Artikeln des Kapitel VII und mit der Einordnung von Kapitel VII in die Charta insgesamt siehe in dem Aufsatz »Die Charta der Vereinten Nationen und die PDS. Eine Betrachtung zum Kapitel VII aus völkerrechtlicher

historisch-politisch in bezug auf das Recht unterdrückter Völker und bedrohter Minderheiten, sich mit Mitteln des bewaffneten Kampfes gegen existentielle Bedrohungen zur Wehr zu setzen.

Der Parteivorstand ist der Überzeugung, daß die Forderung nach ausnahmsloser Ablehnung militärischer Gewaltanwendung dem friedenspolitischen und internationalistischen Selbstverständnis des größten Teils der Partei nicht entspricht. Das ändert nichts daran, daß die erwähnte Minderheitenposition legitim ist und in der PDS als Ausdruck einer verantwortlichen Gewissensentscheidung geachtet wird. Für vorbildlich und weiterführend im Umgang mit dieser sensiblen Problematik hält der Parteivorstand die Erklärung der AG Christinnen und Christen bei der PDS vom 13. November 1999, in der betont wird, daß diejenigen Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft, die jeglichen militärischen Kampf ablehnen, es für erforderlich halten, »ihre persönliche Gewissensentscheidung für einen radikalen Pazifismus stets kritisch daraufhin zu prüfen, ob sie der Verantwortung für einen konkreten Humanismus gerecht wird. Dabei sind sie sich einer Übereinstimmung mit Programm und Politik der PDS gewiß, sprechen aber keiner Genossin und keinem Genossen das Recht ab, sich hinsichtlich militärischer Gewalt aufgrund einer anderen Beurteilung anders zu entscheiden.«<sup>9</sup>

*Fünftens:* Der Parteivorstand hält es für erforderlich, eine Verständigung des Parteitages über das Verhältnis der PDS zur Charta der Vereinten Nationen, insbesondere zu Beschlüssen des Sicherheitsrates über den Einsatz von UN-Truppen entsprechend Kapitel VII der Charta, herbeizuführen. Der Parteivorstand geht bei seiner Antragstellung zu diesem Punkt im einzelnen von folgenden Überlegungen aus:

*Erstens:* In Pkt. 4 des Antrags wird betont, daß die Organisation der Vereinten Nationen als universale politische Institution zur Lösung großer Fragen unserer Zeit und damit als unverzichtbar angesehen werden muß. Es wird weiter betont, daß die Bemühungen um eine Reform unauflöslich mit dem Kampf um die Bewahrung von Stärke und Bedeutung der UNO und des Völkerrechts bei der Überwindung internationaler Konflikte verknüpft sein müssen. Bei seiner Wertung der Vereinten Nationen und des Völkerrechts übersieht der Parteivorstand weder das Erfordernis demokratischer Reform, die zu einer Überwindung der dominierenden Rolle der USA und anderer Großmächte beiträgt, noch die Tatsache, daß die Bilanz des weltweiten Wirkens der Vereinten Nationen und ihrer Unterorganisationen kritisch einge-

---

Sicht«, mit dem sich der Völkerrechtsprofessor Dr. Gregor Schirmer, Mitarbeiter der PDS-Bundestagsfraktion, zugunsten der Kaufmannschen Positionen in die Debatte vor dem Parteitag eingeschaltet hatte (abgedruckt in »UTOPIE kreativ«, Berlin, Heft 114 [April 2000], S. 342-349).

9 Die Presseerklärung ist im Wortlaut unter der Überschrift »Den Menschenrechten wie dem Frieden verpflichtet« veröffentlicht in: Pressedienst PDS, Nr. 46 vom 19. November 1999.

schätzt werden muß. Diese kritische Einschätzung betrifft besonders die Geschichte ihres militärischen Eingreifens in bewaffnete Konflikte zwischen Staaten bzw. Bürgerkriegsparteien, auch in Form der *peace-keeping-operations*, die nach der Charta bekanntlich nicht vorgesehen sind. Ungeachtet der kritischen Bilanz des Wirkens der Vereinten Nationen, insbesondere auch der ambivalenten Folgen ihres militärischen Engagements, steht der Parteivorstand auf dem Standpunkt, daß die Bemühungen und Erfolge der Vereinten Nationen namentlich im Bereich der Konfliktprävention und Konfliktbeilegung nicht unterschätzt und in ihrer Bedeutung für die Erhaltung des Weltfriedens keinesfalls mißachtet werden dürfen. Entschieden wenden wir uns gegen die Tendenz, die Vereinten Nationen pauschal als verlängerten Arm US-amerikanischer und anderer Großmachtinteressen darzustellen. Eine solche Sicht beruht auf einer einseitigen Wahrnehmung des komplizierten und fragilen Geflechts der internationalen Beziehungen und außerordentlich differenzierten Interessenlagen der Staaten und Staatengruppen, das auch nach dem Ende der Sowjetunion und des europäischen Staatssozialismus nicht mit einfachen Formeln beschrieben werden kann. Eine einseitige Wahrnehmung nur unter dem Gesichtspunkt der Dominanz der Vereinigten Staaten übersieht nicht nur gravierende Widersprüche. Sie entwertet auch die jahrzehntelangen Bemühungen vieler Staaten Europas, Asiens, Afrikas und Lateinamerikas für eine Stärkung der Weltorganisation und führt in der Konsequenz dazu, die internationale Autorität der Vereinten Nationen zu untergraben. Daran dürfen wir uns nicht beteiligen.

*Zweitens:* Die Verteidigung der Vereinten Nationen und des Völkerrechts als zivilisatorische Errungenschaft ist ein überragendes politisches Gebot, da die Tendenz unübersehbar geworden ist, angesichts offensichtlicher Schwächen die Perspektive der UNO in Frage zu stellen. Die nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes und des bipolaren Zustandes eingetretenen Turbulenzen in der internationalen Entwicklung gelten manchen politischen Strategen als Beleg für eine generelle Überforderung der UNO. Sie wird als strukturell unfähige Organisation eingestuft, da sie aufgrund ihres aufwendigen und komplizierten Entscheidungsprozesses prinzipiell nicht zu einer kohärenten Politik in der Lage sei. Der größeren Rolle gesellschaftlicher Akteure in den internationalen Beziehungen könne die in der Staatenwelt verankerte UNO nicht entsprechen. Aufgrund innerer Organisationsdefizite und mangelnder Ressourcen sei sie immer weniger in der Lage, zentralen Aufgaben der Konfliktfrüherkennung und Konfliktprävention nachzukommen usw. usf. Soweit solche kritischen Analysen auf die Herausarbeitung wesentlicher Anforderungen für eine Reorganisation und demokratische Weiterentwicklung der UNO abstellen, sind sie unverzichtbar. Der Parteivorstand hält jedoch die Mobilisierung entschiedenen politischen Widerstands dann für notwendig, wenn bestehende Defizite in der Struktur und Tätigkeit der Vereinten Nationen als

Rechtfertigungen für weltpolitische Ordnungsmaßnahmen der USA und der NATO ausgenutzt werden sollen. Der universelle Anspruch der Vereinten Nationen im Sinne der Präambel ihrer Charta ist mit der neuen NATO-Strategie unvereinbar. Der Wandel dieser Strategie von der Territorial- zur sogenannten Interessenverteidigung beinhaltet die Anmaßung der NATO, überall dort militärisch zu intervenieren, wo sie ihre politischen und ökonomischen Interessen durch machtpolitische Veränderungen oder regionale Konflikte in der euro-atlantischen Region ernsthaft tangiert sieht. Der ausdrückliche Verzicht auf ein UNO-Mandat bei der militärischen Intervention der NATO in Jugoslawien, der zu den wesentlichen Legitimationsgründen unseres politischen Widerstandes gegen den NATO-Krieg gehörte, sollte die neue Strategie durch den Präzedenzfall besiegeln. Demgegenüber ist die kompromißlose Verteidigung des völkerrechtlichen Privilegs der Vereinten Nationen zur internationalen Konfliktbeilegung unverzichtbar. Wird dieses Privileg – auch und gerade hinsichtlich militärischer Zwangsmaßnahmen nach Kapitel VII der Charta – dauerhaft durchbrochen, werden in Zukunft Maßnahmen der internationalen Konfliktbeilegung ausschließlich den Interessen der USA und der NATO untergeordnet werden. Diesen Ambitionen müssen wir eine unmißverständliche Absage erteilen.

*Drittens:* Unter diesen Bedingungen hält es der Parteivorstand für erforderlich, ein klares Bekenntnis zur Charta der Vereinten Nationen zu formulieren. Aus diesem Bekenntnis kann Kapitel VII nicht ausgenommen werden. Hans Voß hat zu Recht geschrieben: »Eine Haltung der Verteidigung der UNO einzunehmen bedeutet zugleich, alle ihre Seiten zu verteidigen. Das schließt ein, Beschlüsse in jedem Fall danach zu bewerten, in welchem Maße sie rechtens und politisch-moralisch vertretbar sind.«<sup>10</sup> Eine generelle Vorab-Festlegung auf die Ablehnung von Maßnahmen des Sicherheitsrates nach Kapitel VII, die nicht auf der gründlichen Prüfung der konkreten Umstände des Einzelfalls beruht, ignoriert letztlich das völkerrechtliche Privileg der Vereinten Nationen

---

10 Dr. Hans Voß, ehem. Botschafter der DDR, hatte unmittelbar vor dem Parteitag in einem Leserbrief an das »Neue Deutschland« die Auffassung vertreten, daß »ein gewisser Spielraum im Rahmen fester Normen ... schon gegeben sein« müsse und es »in besonderen Situationen« legitim sei, »die partielle Unterstützung des UN-Vorgehens ins Auge zu fassen.« Voß hatte zugleich daran erinnert, daß sich bei den »Bombenangriffe(n) der USA und Großbritanniens auf Irak« (gemeint sind die Angriffe vom 16. bis 20. Dezember 1998, mit denen die USA und Großbritannien vor dem Hintergrund einer gleichzeitigen Interventionsdrohung ihre Forderungen zur Rüstungskontrolle im Irak durchzusetzen versuchten – d. Hrsg.) und der »Aggression der NATO gegen Jugoslawien« (Bombardierungen vom 24. März bis 10. Juni 1999 – d. Hrsg.) die UNO »geweigert« hatte, »den Aggressoren einen Freibrief zu erteilen«, und genau dies – so Voß weiter – sei der Anlaß für die NATO gewesen, »ein neues strategisches Konzept zu verabschieden, in dem sich der Pakt die Möglichkeit verschafft, Interventionen selbst zu mandatisieren,« und es sei »auch der Grund dafür, daß die USA und andere Staaten eine Revision der UN-Charta anstreben, weil sie hoffen, das Instrument der ›humanitären Intervention‹ in ihr festschreiben zu können« (Neues Deutschland, Berlin, 4. April 2000).

zur internationalen Konfliktbeilegung.<sup>11</sup> Und eine Prüfung, deren Ergebnis keinen Einfluß auf das konkrete Verhalten im Einzelfall haben darf, weil man sich schon vorab – aus welchen prinzipiellen Gründen auch immer – auf ein ausnahmsloses Nein festgelegt hat, kann man sich sparen. Hinter diesem ausnahmslosen Nein steht eine Äquidistanz zur NATO und zum Sicherheitsrat der Vereinten Nationen. Wir bestreiten das Recht der NATO zur selbstmandatierten sogenannten humanitären Intervention als völkerrechtswidrige imperiale Anmaßung und lehnen sie kategorisch und unter allen Bedingungen ab. Wenn wir dieselbe kategorische und bedingungslose Ablehnung auch gegenüber allen je möglichen Entscheidungen des Sicherheitsrates nach Kapitel VII der Charta formulieren, setzen wir UNO und NATO gleich und unter-

---

11 Dies ist einer der Kernsätze des Referats: das *Ja zur Prüfung* des Einzelfalls – nicht zum Einzelfall selbst! –, das *Nein zur Vorab-Festlegung auf die generelle Ablehnung*. – Sylvia-Yvonne Kaufmann lehnte in ihrer Gegenrede, deren Inhalt Schumann zum Zeitpunkt seiner Rede angesichts der Debatten im Parteivorstand und der seit Oktober 1999 veröffentlichten Papiere sicher voraussehen konnte, genau diese Einzelfallprüfung ab. Die folgenden Passagen in Schumanns Referat spiegeln die Erwartung dieser Ablehnung wider – und sind in ihrer Heftigkeit und Intensität nur vor dem Hintergrund zu verstehen, daß es sich für Schumann um einen Grundzug seines Denkens seit 1989/90, um eine Grundfrage seines eigenen gedanklichen Umbruchs seit dieser Zeit handelte. In der Ablehnung schon der *Prüfung* eines Sachverhaltes – zumal eines Sachverhaltes, der in der Zukunft liegt und daher in all seinen Dimensionen und Ausdrucksformen noch gar nicht erkennbar ist – sah er, wie er an späterer Stelle des Referats noch einmal formulieren wird, »eine Geschichtsauffassung, die weder eine Überdetermination noch eine Unterdetermination geschichtlicher Ereignisse kennt und in der das Unerwartete nicht mehr vorkommt. Von einer solchen Geschichtsauffassung sollten wir uns eigentlich gelöst haben.« – Sylvia-Yvonne Kaufmann ging in ihrer Gegenrede auf *diese* Dimension des Schumannschen Standpunktes nicht ein. Sie setzte gegen die Schumannsche Beschreibung der UNO, in der Entwicklungsmöglichkeiten gegen die Dominanz der USA mitgedacht waren, eine Darstellung, in der sie genau solche Veränderungen auf lange Sicht für nicht möglich hielt, und sah – in Übereinstimmung mit vielen ablehnenden Wortmeldungen, die schon in den Monaten vor Münster zum Antrag des Parteivorstandes öffentlich geworden waren – im Ja zur Einzelfallprüfung ein Einfallstor zur Aufweichung der Antikriegspolitik der PDS. Als »Credo« ihres Buches »Frieden schaffen! Mit UNO-Waffen?« war in dessen Besprechung im »Neuen Deutschland« (vgl. Anm. 2) die Argumentation herausgestellt worden: »Ein Ja zu vorgeblich friedenssichernden Militäreinsätzen trägt auch die Bejahung des Militärischen in sich und damit die Legitimierung einer patriarchalen und demokratiefeindlichen Organisation. Ein grundsätzliches Ja zu Auslandseinsätzen bedeutet ein kaum mehr zurückzunehmendes Ja zu allem, was mit Kriegsvorbereitung und Krieg verbunden ist: Rüstung, Ausbildung zum Töten, Eskalation und Ausweitung militärischer Konflikte, zivile Opfer, Traumatisierung, Vergewaltigung, zerstörte zivile Einrichtungen.« Der Rezensent hatte kommentiert: »In der Tat. Wie der Volksmund weiß: Wer A sagt, muß auch B sagen.« Auf diese Weise argumentierte Sylvia-Yvonne Kaufmann nun auch in Münster: »Die Vetomächte im UN-Sicherheitsrat, allen voran die USA, sind nur bereit in Konflikte einzugreifen, wo es um ihre Großmacht- und wirtschaftlichen Interessen oder die ihrer Verbündeten geht. Keine Kapitel-VII-Mission der 90er Jahre erbrachte hier den Gegenbeweis. Im Gegenteil. Auch die Tatsache, daß bei keinem einzigen Militäreinsatz weder all die nach Kapitel VI möglichen zivilen Mittel noch die in Kapitel VII vorgesehenen nichtmilitärischen Zwangsmaßnahmen einem Kampfeinsatz vorgeschaltet wurden, spricht eindeutig gegen derartige Militärmissionen als letztes Mittel zur Verhinderung oder Beendigung von Mord, Terror und Vertreibung. ... Damit die Ausnahmefälle nicht zuschnappt, laßt uns alle aus den Fehlern der anderen (dies ist offensichtlich eine Anspielung auf die Entwicklung der Grünen; das Problem ist aber im Referat nicht ausgeführt – d. Hrsg.) lernen. Ich will nicht, daß am Montag geschrieben steht, die PDS habe in Münster eine Wende vollzogen und sich für »humanitäre Interventionen« mit UN-Mandat entschieden.« (Disput, Berlin, Heft 4/2000, S. 27). Damit traf sie – anders als Schumann – den Nerv der Mehrheit des Parteitag.

scheiden wir nicht mehr zwischen Völkerrecht und Völkerrechtsbruch. Das kann – bei aller berechtigten Skepsis gegenüber dem Sicherheitsrat – keine Grundlage für eine verantwortungsbewußte und glaubwürdige Politik unserer Partei sein.

*Viertens:* Unser Bekenntnis zur Charta der Vereinten Nationen stellt kein Plädoyer für Kampfeinsätze auf Beschluß des Sicherheitsrates dar. Punkt 5 des Leitantes macht deutlich, daß der Parteivorstand auch den Einsätzen nach Kapitel VII der Charta angesichts geschichtlicher Erfahrungen äußerst kritisch gegenübersteht. Für diese kritische Haltung gibt es, wie jeder weiß, viele gute Gründe. Sie ergibt sich unter anderem aus der großmachtdominierten Verfaßtheit des Sicherheitsrates, aus Überlegungen, die sich aus der Kenntnis der Wirkungen moderner Waffen ableiten, aus Bedenken hinsichtlich rüstungspolitischer Auswirkungen solcher Einsätze usw. Wir haben zugleich betont: »Auch von der UNO mandatierte Einsätze müssen abgelehnt werden, wenn zivile Maßnahmen zur Konfliktlösung ungenutzt bleiben.« Wir weisen nachdrücklich Unterstellungen zurück, die der Partei suggerieren sollen, der Parteivorstand wolle »Beschlüsse zum Einsatz militärischer Gewalt in den internationalen Beziehungen« durchpauken. Wer den Leitanspruch des Parteivorstandes insgesamt und in diesem speziellen Punkt wirklich zur Kenntnis genommen hat, kann nicht übersehen haben, daß es uns nicht um ein Plädoyer für UN-Kampfeinsätze, sondern um ein Bekenntnis des Parteitag zur Charta der Vereinten Nationen geht. Der Ausnahmefall Osttimor – das hat Diether Dehm in seinem ND-Beitrag nachdrücklich vor Augen geführt<sup>12</sup> – belegt, wie schnell wir mit einem bedingungslosen Nein als sozialistische Partei in einem Kernland der NATO, deren Stimme auch international Gehör findet, in die Ge-

---

12 Diether Dehm, seinerzeit wie Sylvia-Yvonne Kaufmann stellv. Parteivorsitzender der PDS, hatte eine Woche vor dem Parteitag im »Neuen Deutschland« geschrieben: »Eine Parlamentspartei in einem NATO-Kernstaat, die und auf die weltweit sehr geachtet wird, muß bei ständiger Lernbereitschaft gegenüber radikalem Pazifismus und Totalverweigerung in den eigenen Reihen auch auf andere antiimperialistische Kräfte hören. Zum Beispiel, wenn der Linksblock Portugals, die KP Südafrikas, die SP Timors die »sofortige Intervention von Streitkräften unter UN-Kommando« verlangen und die KP der USA erklärt: »Wir verlangen, daß die VN umgehend intervenieren, um das Blutbad zu beenden.« Wenn Gerry Adams, Sinn Fein Nordirlands, fordert, »daß die friedenserhaltende Streitmacht der UN sofort entsendet wird«, und die KP Kubas für »die Entsendung einer internationalen Friedensmacht als eine Ausnahme« ist. Wer unsere Parteitagsbeschlüsse, wonach soziale Konflikte prinzipiell nie militärisch gelöst (! Ausrufungszeichen i.O.) werden können, mechanisch zu einem Denkverbot über mögliche militärische Schritte hin zur zivilen Lösbarkeit – wie im »Ausnahmefall Osttimor« – mißdeutet, wird weder hierzulande am Infostand noch in strategischen Aussprachen mit der internationalen Linken bestehen.« – Und an anderer Stelle des gleichen Beitrags: »Wenn also wer sagt, das Völkerrecht könne nicht mehr gestützt werden, seit in den UN die US-Interessen dominieren, wie soll der den Anspruch des Grundgesetzes hochhalten? Wo doch hierzulande die Großbanken und Konzerne dominieren? (...) Ohne neue Civil-Rights-Movement ist der enthemmten NATO auch heute kaum wirksam beizukommen. Wir sind also gut beraten, mit den Ansprüchen der gesamten UN-Charta gegen die NATO öffentlich zu agieren, statt sie unseren Gegnern preiszugeben, indem wir ähnlich abschätzig über die UNO sprechen, wie das die NATO tut« (Neues Deutschland, Berlin, 31. März 2000).

fahr hoffnungsloser Isolierung geraten können. Natürlich ist Mehrheit nicht gleich Wahrheit. Aber zu denken geben sollte es schon, daß die große Zahl der sozialistischen und kommunistischen Parteien und antiimperialistischen Bewegungen – von Portugal bis Kuba – in diesem Fall die Intervention der Vereinten Nationen gefordert haben. Diejenigen, die aus der tendenziellen Vorherrschaft der USA und ihrer imperialistischen Politik die Konsequenz ableiten, alles, was die USA tun oder zu tun gezwungen sind – auch jede ihrer konkreten Entscheidungen im Sicherheitsrat – könne nicht anders als von Übel sein, machen sich die Dinge zu einfach. Dahinter steht eine Geschichtsauffassung, die weder eine Überdetermination, noch eine Underdetermination geschichtlicher Ereignisse kennt und in der das Unerwartete nicht mehr vorkommt. Von einer solchen Geschichtsauffassung sollten wir uns gelöst haben.

Nochmals: Es geht nicht um ein Plädoyer für UN-Kampfeinsätze. Es geht um die Verteidigung der UN-Charta. Und es geht um einen Standpunkt, der uns die Freiheit sichert, nach eigenen politischen und moralischen Maßstäben und nach intensiver Konsultation der Betroffenen und anderen linken Parteien auf der Grundlage der Analyse der konkreten politischen Situation zu entscheiden – im Interesse des Realitätsbezugs und der Wirksamkeit unserer Politik, im Interesse der politischen Glaubwürdigkeit unserer humanistischen, internationalistischen und emanzipatorischen Überzeugungen.<sup>13</sup> Eine Verta-

---

13 Auch dies ist noch einmal ein Schlüsselsatz zum Verständnis des Schumannschen Herangehens – und ein Schlüsselsatz dafür, warum es im Ergebnis der Ablehnung des Antrages des Parteivorstandes und der schließlich Beschlußformulierung »Die PDS lehnt aus all diesen Gründen UN-mandatierte Militärinterventionen unter Berufung auf Kapitel VII der UN-Charta ab« (»Disput«, Berlin, Heft 4/2000, S. 32-33) zu einer Krise der Partei kam, deren Folgen bis heute fortwirken. Denn mit der Ablehnung der Schumannschen Herangehensweise waren auch die Positionen von Lothar Bisky und Gregor Gysi, die mit denen von Michael Schumann übereinstimmten, abgelehnt worden. – Wie tief ihn diese Ablehnung getroffen hatte, machte Gregor Gysi in seiner Schlußrede deutlich, mit der er zugleich ankündigte, im Herbst nicht wieder für den Fraktionsvorsitz kandidieren zu wollen – eine Mitteilung, die den Parteitag deshalb besonders hart traf, weil Lothar Bisky in seinem Referat zu Beginn des Parteitages bereits mitgeteilt hatte, im Herbst nicht mehr für den Parteivorsitz zu kandidieren. Er könne, sagte Gysi, künftig im Bundestag nicht mehr ernsthaft über Sicherheitsratsbeschlüsse zu Militäreinsätzen diskutieren, denn er habe angesichts der von vornherein festgelegten Ablehnung »gar keinen Spielraum« mehr. Es liege in dieser Festlegung außerdem ein »partielles Mißtrauensvotum ... sowohl gegenüber dem Parteivorstand als auch gegenüber der Bundestagsfraktion«. Des weiteren habe sich die PDS mit diesem Beschluß von anderen linken Parteien in Europa isoliert. Und schließlich sei der Beschluß Ausdruck dessen, »daß auch wir ein instrumentelles Verhältnis zur UNO und zu ihrer Charta haben. Genau das« jedoch habe er »vermeiden« wollen »in einer Zeit, in der besonders die USA, aber auch andere Großmächte wie Deutschland versuchen, die UNO und ihre Charta ständig zu demontieren.« – Im weiteren Verlauf seiner Rede machte Gysi eine Anmerkung zur Politik der Gegnerinnen und Gegner seines Papiers, die wohl nicht nur für diese, sondern für den Verlauf der Debatte überhaupt galt und heute noch gilt: »Es ging ja nicht allen tatsächlich nur um dieses Thema. Wer den Aufruf zur Verhinderung eines Richtungswechsels gelesen hat, der wird gesehen haben, daß das Verhältnis zur DDR, zur Sozialdemokratie, zum Sozialismusbegriff, das alles mit hineingespielt hat.« Und anders als diejenigen, die in einer *Annahme* des Vorstandsantrags einen »Richtungswechsel« gesehen hätten, sah Gysi – und man darf mit Sicherheit sagen: auch Schumann – die Gefahr eines »Richtungswechsels« nun gerade in dessen *Ablehnung*. (Die Rede von Gregor Gysi siehe unter der Überschrift »Laßt unser Motto nach diesem Parteitag lauten: PDS – jetzt erst recht!« ebenfalls in »Disput«, Berlin, Heft 4/2000, S. 59-66).

gung des Problems hält der Parteivorstand nicht für verantwortbar, denn wir können morgen schon vor entsprechende Entscheidungssituationen gestellt werden. Und im Interesse der Handlungsfähigkeit der Partei müssen Parteivorstand und Bundestagsfraktion wissen, ob die Partei ihnen überhaupt einen Entscheidungsspielraum einräumt.

Die Fähigkeit zur hinreichend objektiven Analyse und richtigen politischen Bewertung müssen wir den demokratisch gewählten Beschlußkörperschaften und Fraktionen grundsätzlich schon zubilligen, sonst müßten wir gleich den Offenbarungsleid leisten. Vor Fehlern sind wir nicht gefeit. Aber eine sozialistische Partei kann nicht nach der Maxime handeln: »Begeben wir uns nur nicht in Gefahr, wir könnten darin umkommen!«

Genossinnen und Genossen!

In der Friedenspolitik haben wir in unserer Partei eine große Einmütigkeit. Mit dem Willen, diese Einmütigkeit zu bewahren und zu stärken, sollten wir die offenen Fragen und kontroversen Standpunkte debattieren.



# Theorie, Ideologie und Politik im Kontext sozialistischer Erneuerung

Vortrag auf der Konferenz »Sozialismus im 21. Jahrhundert« in Moskau (18./19. September 2000)

Der Zusammenbruch des sowjetischen und europäischen Staatssozialismus – ein weltgeschichtliches Drama – hat die tiefste historische Krise der in der revolutionären Tradition stehenden sozialistischen Bewegung offen zum Ausbruch kommen lassen. Gleichwohl: Die apokalyptischen Prophezeiungen, die diese Krise als das weltgeschichtliche Ende des politischen Sozialismus interpretierten, haben sich als interessierte Fehlprognosen erwiesen. Vielerorts – so auch in Deutschland – ist es gelungen, die sozialistische Partei vor völliger Marginalisierung im politischen Kräfteverhältnis zu bewahren und ihren gesellschaftlichen Einfluß, wenn auch insgesamt auf relativ niedrigem Niveau, zu stabilisieren.

Hier ist nicht der Wunsch der Vater des Gedankens. Es ist die reale politische Entwicklung des vergangenen Jahrzehnts auf dem europäischen Kontinent, deren Analyse zu der Schlußfolgerung führt, daß die Krise der sozialistischen Bewegung von 1989/91 in die Neuformierung dieser Bewegung münden *kann*, wenn sie es versteht, die richtigen Lehren aus der Geschichte zu ziehen und davon ausgehend eine neue programmatische und politische Identität zu entwickeln, die sie nicht nur für Minderheiten zum unverzichtbaren Partner für die Durchsetzung grundlegender sozialer, ökologischer und politischer Interessen und Bedürfnisse werden läßt.

Darauf zielt die sozialistische *Erneuerung*<sup>1</sup> als Prozeß der Wiederherstellung bzw. des Ausbaus der gesellschaftlichen Handlungsfähigkeit sozialistischer und kommunistischer politischer Formationen unter den modernen Bedingungen. Obwohl sich die Erneuerung in der Tradition des revolutionär-marxistischen Sozialismus sieht<sup>2</sup> – und sich damit bewußt dem antikommunisti-

---

1 (Alle Anm. von Schumann.) – Vgl. Michael Schumann: Erneuerung, in: Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus, hrsgg. von Wolfgang Fritz Haug, Bd. 3, Hamburg 1997, Spalte 777-785. – Ergänzung des Herausgebers: Diese Arbeit zum Stichwort »Erneuerung« siehe auch im vorliegenden Band.

2 Die Verankerung in der Tradition des revolutionär-marxistischen Sozialismus kann angesichts des weltgeschichtlichen Scheiterns des Staatssozialismus keine fortdauernde Verpflichtung auf das Marxistische *Transformationsprojekt* bedeuten, sondern bezieht sich primär auf seine *Kapitalismuskritik*. Sie gewinnt für eine Neuformierung der sozialistischen Bewegung nicht zuletzt deshalb an Gewicht, weil auch die Grundpfeiler des sogenannten Reformismus seit den 1970er Jahren erodieren. Vgl. Eric Hobsbawm: Das Jahrhundert der Arbeiterbewegung, in: UTOPIE kreativ, Berlin, Heft 109/110 (November/Dezember 1999), S. 7-18.

schen Zeitgeist verweigert –, bedeutet sie einen vollständigen und radikalen Bruch mit der gesellschaftlichen Programmatik sowie dem Partei- und Politikverständnis der traditionellen sozialistischen resp. kommunistischen Staatsparteien, wie sie sich in den Jahrzehnten nach der Oktoberrevolution unter der Vorherrschaft der stalinisierten KPdSU herausgebildet hatten und in ihren Grundzügen zum Modell sozialistischer Gesellschaftstransformation sowie entsprechender Politik- und Parteikonzepte avancierten. Um einen in der *Kritischen Theorie* in anderem Zusammenhang benutzten Ausdruck zu bemühen: Eine »Erneuerung« der sozialistischen Bewegung würde sich ohne jenen vollständigen und radikalen Bruch mit der stalinistischen Tradition letztlich als *konformistische Rebellion* erweisen; sie wäre in Hinsicht auf den gescheiterten Parteikommunismus restaurativ, ein »Marasmus als Frühlingssonne« (Ernst Bloch).

Eine Voraussetzung und ein Element der Erneuerung ist die Neubestimmung des Verhältnisses von Ideologie und sozialistischer Politik, die die Frage nach der wissenschaftlich-theoretischen Grundlegung der Politik einschließt.

*Erstens:* Eine politische Bewegung emanzipatorischen Charakters, die einem grundsätzlichen gesellschaftskritischen Anspruch verpflichtet ist, kann weniger als jede andere darauf verzichten, ihre politische Praxis zu »verwissenschaftlichen«, das Nicht-Vorhandene, das gleichwohl im Vorhandenen als Notwendigkeit und Möglichkeit enthalten ist, theoretisch zu denken. Die theoretische Schwäche der Linken war zweifellos eine der Ursachen der Niederlage und des Bedeutungsverlustes der sozialistischen Bewegung. Sie hat u. a. dazu geführt, daß sie »die grundlegenden Veränderungen in den spätkapitalistischen Produktionsverhältnissen übersehen hat«.<sup>3</sup>

Die theoretische Schwäche der Linken hat meines Erachtens auch mit einem *nichtpluralistischen* Wissenschaftsverständnis zu tun. Es ist lange Zeit bewußt ignoriert worden, daß ein produktiver Bezug politischer Praxis zu theoretischen Erkenntnissen voraussetzt anzuerkennen, daß es die eine »wahre Theorie« nicht gibt. Ein hohes Maß an Objektivität theoretischer Wirklichkeitsaneignung als Voraussetzung und Bestandteil politisch-programmatischer und strategischer Arbeit ist nur erreichbar durch eine Verarbeitung und Vermittlung verschiedenartiger theoretischer Standpunkte. Die Reduktion auf den einen »wahren« Ismus hat die wissenschaftlich-theoretische Grundlegung sozialistischer Politik unterminiert. Diese Feststellung schließt keineswegs aus, daß der *kritische* Anschluß an Marx und die marxistische Tradition für die sozialistische Bewegung der Gegenwart eine herausragende Bedeutung besitzt.

---

3 Joachim Bischoff: Am Ende des Fordismus. Soziale Konflikte und die Schwäche der Linken, in: P. Ingraio, R. Rossanda: Verabredungen zum Jahrhundertende, hrsgg. von H. Heine, Hamburg 1996, S. 208.

*Zweitens* ist in bezug auf das Verhältnis der sozialistischen Bewegung auch zum Marxismus als Wissenschaft zu bedenken: Das Wissenschaftsverständnis der sozialistischen Bewegung stand im Horizont einer philosophischen Tradition, für die der Wahrheitsanspruch der Wissenschaft definitiv war. Es handelt sich aber – gerade im Bereich der Sozial- und Verhaltenswissenschaften, die für die Politik von besonderem Interesse sind – weitgehend um hypothetisches Wissen. Und der Umgang mit theoretischen Erkenntnissen ist vielfach ein Umgang mit Ungewißheiten. Das entwertet die Bedeutung der Wissenschaft für die Politik nicht, aber es ergibt sich von daher das Erfordernis der Bewahrung der Autonomie des politischen Subjektes gegenüber wissenschaftlichen Wahrheitsansprüchen.<sup>4</sup>

*Drittens*: Selbst dann, wenn wissenschaftliche (theoretische) Erkenntnisse hinreichend gewiß sind, um politisches Handeln zu determinieren, implizieren sie nicht bereits die politische Entscheidung. Die riskanten Entscheidungen strategischen Handelns unter konkreten Umständen können durch Theorie nicht legitimiert werden. Mit Jürgen Habermas zu reden: »Entscheidungen für den politischen Kampf können nicht vorweg theoretisch gerechtfertigt und dann organisatorisch durchgesetzt werden. Einzig mögliche Rechtfertigung auf dieser Ebene ist der in praktischen Diskursen zu erzielende Konsensus unter den Beteiligten, die im Bewußtsein ihrer gemeinsamen Interessen und in Kenntnis der Umstände, der prognostizierbaren Folgen und Nebenfolgen nur selber wissen können, welche Risiken sie mit welchen Erwartungen eingehen wollen. Es kann keine Theorie geben, die die potentiellen Opfer im vorhinein einer weltgeschichtlichen Mission versichert.«<sup>5</sup> Bei Marx und in der marxistischen Tradition hat die wissenschaftliche Erkenntnis den Rang der Anleitung zum organisierten politischen Kampf. Dieses Verständnis des Verhältnisses von Wissenschaft und Politik ist zu problematisieren. Nicht die Wissenschaft, sondern der praktische Diskurs, in dem es um Prozesse der Aufklärung über Interessenlagen, über die politische Relevanz theoretischer und historischer Erkenntnisse und um die Verständigung über konkrete politische Ziele geht, leitet politisches Handeln unmittelbar an. Der Marxismus ist als Wissenschaft so wenig wie jede andere eine politische Handlungsanweisung. Allerdings ist der Marxismus insofern in einem übertragenen Sinn »Kampf- und Oppositionswissenschaft«, als seine Analyse der Bedingungen politischen Handelns immer die Entlarvung falschen Bewußtseins und die Entzauberung des metaphysischen Scheins einschließt. Ernst Bloch sagt, dies gehöre zum »nützlichsten *Kältestrom* des Marxismus«.<sup>6</sup> Indem politisches Entscheiden nicht unmit-

---

4 Vgl. Jürgen Habermas: Umgangssprache, Bildungssprache, Wissenschaftssprache, in: Ders.: Die Moderne – ein unvollendetes Projekt. Philosophisch-politische Aufsätze 1977-1990, Leipzig 1990, S. 26.

5 Jürgen Habermas: Theorie und Praxis. Sozialphilosophische Studien, Frankfurt a. M. 1993, S. 38 f.

telbarer Ausfluß theoretischer Erkenntnis ist, ist es Ausdruck eines in Ansehung der Handlungsfolgen gefaßten, mit Max Weber zu reden, »verantwortungsethisch«<sup>7</sup> begründeten Entschlusses. Politische Programmforderungen und Strategien müssen daher nicht nur theoretischen Einsichten entsprechen, sondern zugleich das Maß der Verantwortbarkeit ihrer Anwendung in konkreten historischen Konstellationen reflektieren.

*Viertens:* Nicht die Verlagerung der politischen Entscheidung auf die Ebene der Wissenschaft, wohl aber die Bezugnahme auf die wissenschaftliche Erkenntnis ist für sozialistische Politik legitim und unverzichtbar. Politik, die sich bemüht, nach Maßgabe wissenschaftlichen Wissens zu handeln, muß dabei aber in Rechnung stellen, daß dieses Wissen im *demokratischen* politischen Prozeß nur dann Wirksamkeit erlangen kann, wenn es im Bewußtsein der politisch Handelnden und von Politik Betroffenen als Maßstab politischen Handelns anerkannt ist. Die Vermittlung von Theorie und politischer Veränderung am Maßstab theoretischen Wissens impliziert daher gleichsam einen Akt der »Ratifikation« dieses Wissens durch Öffentlichkeit.<sup>8</sup>

*Fünftens:* Die im Rahmen der sozialistisch-kommunistischen Tradition lange Zeit vorherrschende Sicht auf die dreistellige Relation von Theorie, Ideologie und Politik hatte mindestens drei problematische Konsequenzen: Sie bedeutete einmal eine Art der Verklammerung theoretischer Diskurse mit Prozessen des ideologischen Hegemoniestrebens und der strategischen Handlungsanweisung, die letztlich zur ideologischen Herrschaft der politischen Führung über die Theorieentwicklung und damit zur Entwertung der Theorie als kritisches Ferment der sozialistischen Bewegung führte.<sup>9</sup> Die notwendige Differenzierung des theoretischen und praktischen Diskurses zielt nicht auf eine Abriegelung der Wissenschaft von der politischen und gesellschaftlichen Bewegung. Sie verhindert zum einen die Ersetzung des Demokratiekriteriums in der Politik durch Berufung auf wissenschaftliche Wahrheitsansprüche. Und sie verhindert zum anderen die Unterstellung der Wissenschaft unter außerwissenschaftliche Kriterien und Herrschaftsansprüche.

Die Entfaltung der gesellschaftlich-innovativen Potentiale der Wissenschaft verlangt die Distanz zum interessengeleiteten politischen Entscheidungspro-

---

6 Ernst Bloch: *Das Prinzip Hoffnung*, Frankfurt a. M. 1959, S. 240.

7 Vgl. Max Weber: *Politik als Beruf*, Stuttgart 1992, S. 70 ff.

8 Vgl. Jürgen Habermas: *Technik und Wissenschaft als Ideologie*, Frankfurt a. M. 1971.

9 Diese Feststellung bezieht sich auf eine in den einzelnen Entwicklungsphasen der kommunistischen Bewegung und realsozialistischen Staaten unterschiedlich ausgeprägte *Tendenz*. Sie erlaubt keine wissenschaftshistorischen Kurzschlüsse: Die Geschichte der gesellschafts- und geschichtswissenschaftlichen Theoriebildungen kann auch in den »geschlossenen Gesellschaften« des Staatsozialismus nicht auf einen Prozeß wissenschaftsfremder Ideologisierung reduziert werden. Vgl. dazu ausführlicher Wolfgang Küttler: *Formationstheorie zwischen Dogma und Wissenschaft*, in: *UTOPIE kreativ*, Berlin, Heft 73/74 (November/Dezember 1996), S. 65-81.

zeß, der den Regeln des jeweiligen Machtssystems folgt. »Der Wissenschafts-prozeß ist in seinem Kern arbeitsförmige Produktion von Erkenntnissen, über deren Regeln und Resultate horizontal kommuniziert und unabschließbar kontrovers befunden wird. Von sich aus ist diese Kernstruktur antiideologisch.«<sup>10</sup> Es ist gerade die Verschmelzung von theoretischen mit ideologischen Diskursen, die die Wissenschaft von der Gestaltung gesamtgesellschaftlicher Bedingungen abschneidet. Für den Staatssozialismus (wie unter den heutigen Verhältnissen) gilt: »Die Herrschaftsstruktur definiert Praxisbereiche und legt entsprechende (In-)Kompetenzen fest. An die wissenschaftliche Erkenntnisgewinnung trägt sie mit all ihrer Macht den Anspruch heran, Erkenntnisse in die Hohlform dieser begrenzten Praxen und Kompetenzen zu liefern und die Grenzen keineswegs zu überschreiten. Diese Umregelung der Wissenschaft ideologisiert sie nach innen.«<sup>11</sup>

Zum zweiten hat die dogmatische Interpretation des Verhältnisses von Ideologie und Politik die Politik in das Prokrustesbett eines »ideologischen Plans« gezwängt. Die so erzwungene starre ideologische Bindung der politischen Praxis bedeutete die funktionale Entdifferenzierung der Bereiche und Institutionen des gesellschaftlichen Überbaus mit der Folge einer weitgehenden Negierung der Eigengesetzlichkeit und des Eigenschöpferischen der Politik. Der Rechtstheoretiker wird analoge Folgen hinsichtlich der Rechts konstatieren.

Und zum dritten hat schließlich die machtpolitisch inspirierte spezifische Ideologisierung der wissenschaftlichen Theorie einerseits und der politischen Praxis und des Rechts andererseits zu einer nachhaltigen Diskreditierung des in der Kautsky-Lenin-Tradition der Arbeiterbewegung positiv besetzten (neutralen) Ideologiebegriffs geführt.

*Sechstens:* Es ist zweifellos ein zentrales Anliegen sozialistischer Erneuerung, die mit der parteikommunistischen und staatssozialistischen Tradition verbundene spezifische Deformation des Verhältnisses von Theorie, Ideologie und Politik aufzulösen. Wolfgang Fritz Haug bestimmt Ideologie als Resultat und Funktion des *Ideologischen* als des Wirkungszusammenhangs ideeller Vergesellschaftung von oben: »Das Ideologische im Allgemeinen ist die Grundstruktur der entfremdeten Vergesellschaftung-von-oben, unlösbar verbunden mit der staatsförmigen Aufrechterhaltung der Klassenherrschaft und der Funktionen des Gemeinwesens. Es ist also nicht primär Ideengebäude oder Bewußtsein, ist auch nicht als Objektivation des Geistes zu fassen. Die Ideologien als Komplexe praktischer Normen und als Ideengebäude bilden sich, entsprechend der Wirkungsweise und als konkrete Aktualisierungsform des Ideologischen, in dessen Rahmen. ... Das Ideologische im Allgemeinen exi-

---

10 Wolfgang Fritz Haug: Elemente einer Theorie des Ideologischen, Hamburg 1993, S. 71.

11 Ebenda.

tiert als Wirkungszusammenhang besonderer ideologischer Mächte.« Diese »definieren spezifische ideologische Praxen. Der Gehalt dieser Praxen ist die Regulierung bestimmter funktioneller Ausschnitte der Vergesellschaftung, und zwar stets in der ver-rückten gemeinsamen Grundstruktur des Von-oben-nach-unten.«<sup>12</sup>

Haug's Ansatz geht davon aus, daß das Ideologische von vornherein eingeschrieben ist in die vertikale, das heißt staatsvermittelte, herrschaftsförmige Vergesellschaftung. Als Geistiges ist es ein Bewußtsein, das sich dessen nicht bewußt (und insofern falsches Bewußtsein) ist. Diese Verklammerung des Ideologischen mit dem Staatlichen (zu dem konsequenterweise auch das Recht gedacht werden muß) bedeutet, daß die Aufhebung des ideologischen Verblendungszusammenhangs letztlich nur von der Aufhebung des Staates (seinem »Absterben«) erwartet werden kann. Gleichgültig, ob man diesen spezifischen ideologietheoretischen Ansatz teilt: Haug's differenzierter Begriff des *Ideologischen* impliziert Erkenntnisse, ohne die entscheidende Dimensionen sozialistischer Politik verfehlt werden. »Gibt die Gleichsetzung von Ideologie und Klassenbewußtsein eine wirksame Waffe der Kritik aus der Hand, so hält die Gleichsetzung von Ideologie mit falschem Bewußtsein, wenn sie nicht zur elitär-resignierenden Abschreibung der blöden Masse führt, zum bilderstürmerischen Frontalangriff auf das Ideologische als solches an, unfähig zu bestimmter Negation und zum Bündnis. Bündnispolitik hat aber nicht nur taktische, sondern strategische Bedeutung. Um dies zu sehen, muß man sich nur vor Augen führen, daß in den ideologischen Formen Elemente des Gemeinwesens und auf dieses gerichtete Bedürfnisse eingebunden sind. Linksradikaler Intellektualismus rennt unweigerlich in die Isolation. Entscheidend ist daher der ... Bruch mit allem Ökonomismus und Klassenreduktionismus. Orte, Gehalte und Wirkungsweisen des Ideologischen werden in ihrer eigenen Qualität ernst genommen als Orte und Einsätze der Klassenkämpfe. Der Klassenreduktionismus und andere Formen des Ökonomismus und vulgärmaterialistischer Reflextheorien erklären Ideologisches zum dummen Zeug, rückübersetzen alles in ökonomische Klasseninteressen. Ihre Methode gleicht einer verbalradikalen Aufforderung zum Desertieren von allen Kampfplätzen mit Ausnahme dessen, was ihre Vertreter sich als unmittelbaren Klassenkampf zu-rechtenden. Es bleibt ihnen daher stets nur das Warten auf »die Krise«, in der es reflexartig allen noch in den Mystifikationen des Warenfetischs Befangenen wie Schuppen von den Augen fällt.«<sup>13</sup>

Diese Herausarbeitung der konkreten politischen Dimension des Ideologischen ist ein Erbe Antonio Gramscis. Dieser schreibt: »Das Problem der Reli-

---

12 Ebenda, S. 57.

13 Ebenda, S. 73.

gion, verstanden nicht im Sinne eines Bekenntnisses, sondern im laizistischen Sinne der Einheit von Weltanschauung und Norm der Lebensführung: Warum sollte man das ›Religion‹ und nicht Ideologie oder geradezu ›Politik‹ nennen?«<sup>14</sup> Und er macht damit darauf aufmerksam, daß Ideologie – oder besser: das Ideologische – nicht auf Geistiges (etwa im Sinne des neutralen Ideologiebegriffs auf falsches oder wahres Bewußtsein) reduzierbar ist, sondern etwas Praktisches, *gelebte* geistige Orientierung, *gelebte* Tradition darstellt. In diesem Sinne – als Ensemble »ideologischer Mächte« – verkörpert es die dialektische Identität von Politik und Ideologie. Gramsci hat sie unter den Stichworten der Hegemonie bzw. der »integralen Kultur« als das zentrale Problem der politischen Macht unter den Bedingungen des westeuropäischen Kapitalismus akzentuiert. Unter diesem – für das Politikverständnis eines erneuerten Sozialismus entscheidenden – Gesichtspunkt ist die Forderung nach Entideologisierung sozialistischer Politik irreführend. Es gibt offensichtlich eine falsche Ideologisierung der Politik, wie es eine falsche Entideologisierung gibt.

---

14 Zitiert nach Guido Zamis: Nachwort, in: Antonio Gramsci: Gedanken zur Kultur, a.a.O., S. 271.

# Die Linke und die Nation

## Wortmeldung im November 2000<sup>1</sup>

Als der einheitliche (klein-)deutsche Nationalstaat geschaffen wurde, saßen August Bebel und Wilhelm Liebknecht im Gefängnis. Von den 1848ern war keiner in Versailles zugegen.<sup>2</sup> Das nationale und das demokratische Wollen war zerrissen. Für die deutsche Linke konnte von da an das Nationale keine Leitkategorie mehr sein. Es wurde usurpiert und zum Inbegriff einer »Alternative« zu Demokratie und Sozialismus.

Das »geschichtsphilosophische« Selbstverständnis der Linken – sie ist ein Kind der Aufklärung, der dialektischen Vernunft-Kritik – beruhte und beruht auf dem Gedanken der Notwendigkeit und Möglichkeit bewußter Geschichte – zur Vermeidung eines »Rückfalls in die Barbarei«. Sie (die Linke – d. Hrsg.) steht damit gegen eine geistige Tradition, die genau in diesem Anspruch das Verhängnis sieht. Diese setzt der vermeintlichen »Selbstüberhebung« des gesellschaftlichen Menschen die ihn »entlastende«, letztlich fatalistische, Idee der Fügung in ein unergründbares »Seinsgeschick« entgegen. Die »Nation« diene und dient in diesem Zusammenhang oft genug als Code für dieses »Seinsgeschick«. Die Präferenz der »Nation« für diese »Codierung« – die Nation erscheint in der CDU-Diktion als »Schicksalsgemeinschaft« – ist nicht zu-

---

1 (Alle Anm. sind Anm. des Herausgebers.) – Der Abdruck folgt – einschließlich der Überschrift – dem Manuskript. Unter der Überschrift »Ein Nicht-Verhältnis zur Nation: Soll's das sein?« ist der Text gleichlautend abgedruckt in: Disput, Berlin, Heft 11/2000, S. 11. – Der Text hat eine lange und interessante Geschichte. Im Herbst 1998 hatte sich Schumann schon einmal zu diesem Thema zu Wort gemeldet, in: Neues Deutschland vom 11. September 1998 unter der Überschrift »Der Rekurs aufs Nationale ist bestenfalls Donquichotterie«. Dort waren bereits wesentliche Passagen des hier vorliegenden Textes enthalten. Was im November 2000 hinzu gekommen ist, ist – neben einigen Sätzen, die den Ursprungstext flüssiger lesbar gemacht haben – der Bezug auf die Rede von Gabi Zimmer auf dem PDS-Parteitag in Cottbus am 14./15. Oktober 2000. Da dieser Bezug ein ausdrücklich unterstützender ist, darf davon ausgegangen werden, daß Schumann bei den Debatten im Parteivorstand in Vorbereitung des Parteitagess Gabi Zimmer darin ermutigt hat, sich des Themas »Nation« auf genau jene Weise anzunehmen, wie sie es dann getan hat (siehe die folgenden Anm. im Text).

2 In Versailles bei Paris – Preußen hatte im deutsch-französischen Krieg gesiegt und nutzte den Triumph zu diesem Frankreich zusätzlich demütigenden Schritt – wurde am 18. Januar 1871 der preußische König als Wilhelm I. zum Deutschen Kaiser gekrönt und damit die Gründung des Deutschen Reiches vollzogen. Es war ein Bund der deutschen Fürsten und Hansestädte, und darum gab es bei dieser Reichsgründung keinen Platz für die 1848er – die Protagonisten der bürgerlich-demokratischen Revolution von 1848/49, die mit der Märzrevolution 1848 und der von ihr erzwungenen, im Mai 1848 zusammentretenden Frankfurter Nationalversammlung, also der ersten vom Volk gewählten gesamtdeutschen parlamentarischen Körperschaft – ihren Höhepunkt erreicht hatte und nach Monaten heftiger politischer Auseinandersetzung und immer wieder aufflammender Kämpfe im Juli 1849 vom preußischen König Friedrich Wilhelm IV. niedergeschlagen worden war.



fällig. Sie ermöglicht wie kaum eine andere Kategorie die Verbindung von Schicksalsergebenheit und Mobilisierung für vorherrschende Interessen. Die Betonung des Nationalen und erst recht seine Steigerung zum Nationalismus erwies sich als eine Funktion von Gegenauflklärung.

Wenn wir heute in der ehemals realsozialistischen Welt eine Renaissance des Nationalismus erleben, dann hat das im antimodernen Charakter der realsozialistischen Gesellschaft und im gegenauflklärerischen Gehalt ihrer Ideologie einen wesentlichen Grund. Denn in ihnen hatte sich die aufklärerisch-emanzipatorische Idee des »Bewußt-Geschichte-Machens« in eine neue Fügbarkeit gegenüber dem »Großen Plan« und seinen Institutionen (vor allem der Partei) verwandelt. Die gegenauflklärerischen Voraussetzungen des Staatssozialismus haben so mit denen des totalen Kapitalismus eine gemeinsame Substanz: »Die alte Vision des gescheiterten Staatssozialismus trifft sich mit der neoliberalen Vision einer Freisetzung des einzelnen aus dem liquidierten Zusammenhang der staatlichen Solidargemeinschaft in die freie Wildbahn des unregulierten Weltmarktes in einer Hintergrundannahme: Beide geben die Vorstellung einer demokratischen Selbststeuerung komplexer Gesellschaften auf« (Habermas).<sup>3</sup>

Die gescheiterte Substitution von Emanzipation, die nur als »demokratische Selbststeuerung« denkbar ist, durch »Gehorsam gegenüber dem Neuen« im Staatssozialismus hat ein geistiges Vakuum hinterlassen, aber zugleich eine Mentalität des Gehorsams und der Ergebenheit in ein »Schicksal« perpetuiert. Das hat den Raum geöffnet für Nationalismen: wiederum in der Doppelfunktion von »Schicksalsbindung« und Mobilisierungsform.

Die skeptisch-kritische Haltung der demokratischen Linken gegenüber dem Nationalen resultierte und resultiert aus der erlebten und erlittenen Konfrontation mit dem Versuch, die Solidarität demokratisch gedachter Emanzipation durch eine Gemeinschaftlichkeit nationalen »Schicksals« zu ersetzen. Dieser Versuch war und ist ein zentraler Bestandteil von Gegenauflklärung und in der sich herausbildenden Weltgesellschaft ein Anachronismus. Auch wo er sich sozial drapiert, ist er ohne jede Widerstandspotenz. Er wirft zurück auf eine nationalstaatliche Definition der Politik, über die die Geschichte längst hinweggegangen ist. Angesichts der zerstörerischen Auswirkungen der kapitalistischen Globalisierung geht es um die Antwort auf die Frage nach den politischen Formen und Institutionen, die garantieren können, daß elementare menschenrechtliche Ansprüche gegenüber den globalen wirtschaftlichen Akteuren durchsetzbar sind, nachdem die Einflußmöglichkeit nationalstaatlicher Politik im Schwinden begriffen ist. Der Blick muß sich richten auf die Bedingungen der Möglichkeit einer Weltbürgergesellschaft als Gegenmacht zu

---

3 Schumann hat hier keine Quellenangabe gemacht.

einer Welt»regierung« durch riesige und unkontrollierte wirtschaftliche Machtgruppen. Gegenüber dieser Herausforderung erscheint der Rekurs aufs Nationale bestenfalls als Donquichotterie.

Die Nation ist dennoch eine Realität. Und die (National-)Geschichte hat sich niedergeschlagen in tief verwurzelten kulturellen Prägungen, im »ideologischen«, besonders auch verfassungspolitischen Selbstverständnis der Nationen. Nicht im Sinne einer abstrakten Negation – oder gar Verachtung – dieser Prägungen und »nationalen Identitäten« kann sich die Linke zur Nation verhalten. Ein solcher nationaler Nihilismus war immer geschichts- und damit wirklichkeitsblind. Eine Linke, die sich durch den abstrakten Gegensatz zur Nation definiert, schneidet sich von den geschichtlichen Bedingungen ihres politischen Wirkens ab. Davor wollte Gabi Zimmer warnen.<sup>4</sup> Die teils bornierten Reaktionen auf ihre Äußerungen zeigen, wie recht sie daran tat. Diejenigen, die die PDS-Vorsitzende ob ihrer »Liebeserklärung« an Deutschland in die nationalistische Ecke rücken, haben nicht nur ihren emanzipatorischen Kontext »überlesen«.<sup>5</sup> Die Alternative ist ein sektiererisch-unpolitisches Nicht-Verhältnis zur Nation. Es verunmöglicht, daß die Linke die Nation und ihre

---

4 Gabi Zimmer, auf dem Parteitag in Cottbus zur Parteivorsitzenden gewählt, hatte in ihrem Referat unter anderem gesagt: »Liebe Genossinnen und Genossen! Deutschland könnte so schön sein. Ich liebe es und hasse zugleich die Dinge, die es arrogant, laut und häßlich erscheinen lassen. Ich bekämpfe nicht Deutschland, sondern weil ich es liebe, weil ich möchte, daß es ein menschliches, kulturvolles, gebildetes Land auch in den Augen anderer wird, bekämpfe ich das, was Deutschland nicht als gutes Deutschland blühen läßt ... ganz im Brechtschen Sinne.« Und da sie genau wußte, daß sie damit Formulierungen gewählt hatte, die in der PDS ungewohnt waren und auf heftigen Widerspruch stoßen würde, hatte sie hinzugefügt: »Kann man als Linke in Deutschland so etwas sagen? Öffentlich? Auf einem Parteitag? Georges Marchais, der langjährige Vorsitzende der französischen KP, schloß jede Parteitagsrede mit dem Satz: Vive la France! Vive la France! würde ich mich hier auch noch trauen.« Im Anschluß hatte sie dann das »Leitbild eines europäischen Deutschland« mit den Schwerpunkten »Existenzsichernde Arbeit«, »Soziale Sicherheit«, »Finanzierung von Reformalternativen«, »Bildungsoffene Zukunft« und »Demokratisierung« entwickelt (vgl. das Referat »Deutschland braucht mehr sozialistische Politik!« in: Disput, Berlin, Heft 10/2000, S. 14-24).

5 Zur Heftigkeit der Debatte und Positionen, auf die sich Schumann bezieht, siehe z. B. den Beitrag von Winfried Wolf, Mitglied der PDS-Fraktion im Bundestag, unter dem Titel »PDS-Deuschtümelei. Kann es linken Patriotismus geben? Eine Antwort auf Klaus Höpcke« in: junge Welt, Berlin, 4. November 2000. In diesem Aufsatz heißt es u. a.: »Die Begriffe ›Vaterland‹, ›Deutschland‹ und ›Nation‹ sind von rechts so besetzt und derart mit der Geschichte deutscher Verbrechen verbunden, daß sie von Linken nicht ›erobert‹ werden können.« Sie würden »als Identifikationsmerkmale von Rechten, Rechtsextremen und Faschisten verstanden«, Linke hingegen würden »zu Recht mit ›international‹ und nicht mit ›national‹ in einen Zusammenhang gebracht.« – Zu Beginn seines Beitrages hatte Wolf darauf verwiesen, daß es »immer mehr« würden, die »bei der PDS Deuschtümelei erkennen«, und sich dabei auf die Mitglieder der PDS-Bundestagsfraktion Carsten Hübner (junge Welt, 30. Oktober), Uwe Hikschi (Berliner Zeitung, 25. Oktober) und Angela Marquardt (Neues Deutschland, 30. Oktober) bezogen. Letztere wird mit der Befürchtung zitiert, mit Gabi Zimmers Rede – und mit dieser Kritik mußte sich auch Schumann gemeint fühlen – drohe eine »Büchse der Pandora« geöffnet zu werden, aus der »völkisches Denken und Rassismus erwachsen«. – Zum Für und Wider zur Rede von Gabi Zimmer unter jungen PDS-Funktionären siehe in unmittelbarer Nachbarschaft des Schumann-Textes in »Disput« 11/2000 den zustimmenden Beitrag von Matthias Höhn, Mitglied des Landesvorstandes der PDS Sachsen-Anhalt, »Wenn eine Brecht-Zeile nicht mehr zitierfähig ist ...« (S. 23), und den energisch ablehnenden von Klaus Lederer, stellv. Bezirksvorsitzender der PDS Bezirk Berlin III, »Die Linke und ihr Verhältnis zur Nation« (S. 24-26).

geschichtlichen Resultate als *Voraussetzungen* behandelt, als Möglichkeiten, die zu ergreifen sind, um das transnationale Zeitalter, das längst im Werden begriffen ist, im Sinne ihres emanzipatorischen Anspruchs politisch zu gestalten. Deswegen ist die Auseinandersetzung um die sogenannte nationale Identität so wichtig. Denn die Antwort auf die Frage, welche (nationalgeschichtlich gewordenen) Traditionen und Gehalte des geistigen und politischen Lebens, des Rechts usw. in der Bundesrepublik bestimmend sein sollen, entscheidet darüber, ob der Boden trägt, von dem aus der Schritt in eine demokratische Weltgesellschaft gelingen kann.



# Zur Überprüfung der Abgeordneten auf Tätigkeit für das MfS

## Rede in der Aktuellen Stunde des Landtages Brandenburg am 27. November 1991<sup>1</sup>

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte meine Position zu diesem Verfahren in sechs Gedanken darstellen und betonen, daß diese Position von ausnahmslos allen Abgeordneten meiner Fraktion geteilt wird.

*Erstens:* Wir haben uns ausnahmslos und ohne Zögern einer Überprüfung auf hauptamtliche bzw. informelle Mitarbeit für das frühere MfS/AfNS gestellt, und zwar ungeachtet der Bedenken hinsichtlich des Charakters und des Beweiswertes der Akten der Gauck-Behörde. Es ist mittlerweile notorisch, daß solche Bedenken berechtigt sind, daß viele Dinge bei Prüfung der näheren Umstände in anderem Licht erscheinen, als diese Akten bzw. Aktenauszüge es nahelegen. Trotzdem: Wir haben diese Bedenken zurückgestellt, weil wir das grundsätzliche Anliegen teilten und teilen, weil wir in Übereinstimmung mit

---

1 (Alle Anm. sind Anm. des Herausgebers.) – Der Text ist dokumentiert im Plenarprotokoll 1/30 des Landtages Brandenburg, 1. Wahlperiode. – Die Debatte im Landtag Brandenburg zur Überprüfung der Abgeordneten auf Tätigkeit für das MfS, in der Michael Schumann die hier abgedruckte Rede hielt, gehört zu den besonders bemerkenswerten zu diesem Thema. – Vor Schumann hatten gesprochen zunächst für die regierende SPD-Fraktion (die SPD regierte in dieser 1. Wahlperiode in einer »Ampelkoalition« mit der FDP und Bündnis 90/Die Grünen) der Alterspräsident des Landtages Gustav Just und dann für die oppositionelle CDU-Fraktion Dr. Peter-Michael Diestel. – Just (geb. 1921, 1954/55 1. Sekretär/Generalsekretär des Schriftstellerverbandes der DDR, anschließend stellv. Chefredakteur der Wochenzeitung »Sonntag«, 1957 Verhaftung, mitangeklagt im Prozeß gegen Walter Janka [vgl. Anm. 32 zum Referat »Wir brechen unwiderrüflich mit dem Stalinismus als System!«] und zu 4 Jahren Zuchthaus verurteilt; im Herbst 1989 Mitbegründer der SPD in Prennden bei Bernau; später – 1992 – unter dem Vorwurf, als Soldat im Zweiten Weltkrieg an Geiseler-schießungen beteiligt gewesen zu sein, Niederlegung seines Landtagsmandats [vgl. Andreas Herbst, Winfried Ranke, Jürgen Winkler: So funktionierte die DDR, Bd. 3, a.a.O., S. 162]), hatte sich unter mehrfachem allgemeinem Beifall des ganzen Hauses gegen Pauschalverurteilungen und für eine genaue Einzelfallprüfung ausgesprochen. – Und auch Diestel (geb. 1952, Jurist, aus politischen Gründen in der DDR nicht als Rechtsanwalt zugelassen, im Dezember 1989 Mitbegründer der Christlich-Sozialen Partei Deutschlands und im Januar 1990 der Deutschen Sozialen Union [DSU], aus der er im Juni 1990 wegen deren »Rechtsrucks« wieder austrat; von April bis Oktober 1990 in der Regierung von Lothar de Maizière stellv. Ministerpräsident und Minister des Innern; ab August 1990 Mitglied der CDU (vgl. Jochen Černý: Wer war wer, a.a.O., S. 83)) hatte diese Linie verfolgt: genaue individuelle Prüfung, keine Pauschalverurteilungen, und dafür am Ende Beifall nicht nur von seiner Fraktion, sondern auch von der FDP und der PDS-LL (PDS-Linke Liste) erhalten. – Mit diesem übereinstimmenden Grundgestus markierte die Debatte einen wichtigen Schritt zur parteiübergreifenden, in einigen Grundsatzfragen wie der Erarbeitung der Landesverfassung auch die Schranken zwischen Regierung und Opposition überschreitenden Zusammenarbeit, die später als »Brandenburger Weg« bezeichnet worden ist – und mit dem »Fall« Daniela Dahn (vgl. den dazu im vorliegenden Band abgedruckten Text) durch die SPD zu einem Ende gebracht wurde. (Vgl. zu dieser Entwicklung insgesamt Lothar Bisky: Der »Brandenburger Weg«. Ansprüche, Realitäten, Sackgassen und Einbahnstraßen, Potsdam 1999).

den anderen Fraktionen des Hauses der Meinung waren und sind, daß kein Abgeordneter des Brandenburger Landtages unter dem Verdacht stehen sollte, durch sein der Öffentlichkeit nicht bekanntes Verhalten in der Vergangenheit das Vertrauen seiner Wähler, der Öffentlichkeit insgesamt und auch seiner Parlamentarierkollegen nicht zu verdienen.

Wir standen und stehen auf dem Standpunkt, daß es natürlich nicht nur juristische, sondern auch moralische Gründe geben kann, die eine Empfehlung zur Niederlegung des Mandats rechtfertigen bzw. notwendig machen. Wir sind auch der Überzeugung, daß hierbei der Frage einer nachgewiesenen Zusammenarbeit mit dem früheren MfS angesichts der Rolle, die diese Institution hinsichtlich der Verfolgung und Unterdrückung Andersdenkender gespielt hat, einen entscheidenden Stellenwert einnehmen muß. Zwar handelt es sich bei einer Empfehlung zur Mandatsniederlegung um einen schwerwiegenden Eingriff in das freie Mandat, und sie ist unseres Erachtens auch nur zulässig, wenn sie einen Anknüpfungspunkt zum Wahlrecht und zum Wählerwillen hat. Sie hat diesen notwendigen Bezugspunkt generell unter zwei möglichen Voraussetzungen: erstens wenn sich nachträglich wichtige Umstände aus der Biographie des Betroffenen herausgestellt haben, die zu der Einschätzung führen, daß im Falle der Kenntnis dieser Umstände keine Aufstellung bzw. Wahl des Betroffenen erfolgt wäre. Bei der zweiten möglichen Voraussetzung geht es darum, daß der Abgeordnete sich während der Legislaturperiode in einer Art und Weise verhält, daß ebenfalls davon ausgegangen werden kann, daß bei Kenntnis dieser späteren Verhaltensweise keine Aufstellung bzw. Wahl erfolgt wäre. In eben diesen Varianten und nur diesen Varianten sind in der Parlamentsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland Empfehlungen zur Mandatsniederlegung schon erteilt worden.

Ich sage dies nicht, um hier in erster Linie auf wahlrechtliche Konstruktionen abzustellen. Ich sage dies, um erstens deutlich zu machen, daß Empfehlungen zur Mandatsniederlegung durchaus zum demokratisch-parlamentarischen Leben gehören, nicht unter allen Umständen als ungerechtfertigter Eingriff in das freie Mandat gewertet werden können und wir insoweit nicht in einer völligen Ausnahmesituation stehen. Und ich sage dies, um zweitens deutlich zu machen, daß das Verfahren, das zu einer Empfehlung führen kann, den Bezugspunkt zum passiven Wahlrecht und zum Wählerwillen enthalten muß, wenn es nicht zumindest in der Konsequenz zu einem Instrument pervertieren soll, sich politisch unliebsamer Abgeordneter zu entledigen.

*Zweitens:* Der angesprochene Bezug zum Wählerwillen als dem legitimierenden Grund einer möglichen Empfehlung ist nach meiner Überzeugung bei erwiesener Tätigkeit für das ehemalige MfS prinzipiell dann gegeben, wenn die Prüfung dieser Tätigkeit zu einer erheblichen negativen Korrektur des Persönlichkeitsbildes des betreffenden Abgeordneten führt. Bei Abgeordneten, die auch vor der Wende bekanntermaßen in allgemeinpolitischer bzw. staatli-

cher Leitungsverantwortung standen, war eine formale Zusammenarbeit mit den Instanzen der Machtorganisation und auch mit dem MfS nicht ungewöhnlich. Der Öffentlichkeit der ehemaligen DDR und damit auch dem Wähler war dies bekannt. Daß dieser Umstand in dem einen oder anderen Fall nun auch durch die Aktenlage bestätigt worden ist, ist meines Erachtens nicht erheblich und führt jedenfalls nicht zu einer Veränderung des Persönlichkeitsbildes des Abgeordneten. Die Aktenlage bestätigt in solchen Fällen und sofern der betreffende Abgeordnete nur in dieser Weise tätig geworden ist lediglich die vorher bereits bekannte besondere Loyalität gegenüber dem DDR-Staat bzw. eine, wie man heute zu sagen pflegt, besondere System- oder Staatsnähe.

Eine Empfehlung zur Mandatsniederlegung, die sich auf solche Umstände gründet, lehnen wir, sofern hierbei nicht strafrechtliche Gesichtspunkte ins Spiel kommen, ab, weil das auf eine Selektion der Abgeordneten nach dem Kriterium ihrer früheren politischen Einstellung oder Funktion und letztlich auch auf eine Verfälschung des Wählerwillens hinauslaufen würde.

*Drittens:* Der Fall liegt anders, wenn es sich um eine Zusammenarbeit außerhalb dieses offiziellen Rahmens handelte. Das eigentliche Problem ist hier nicht das Politische, sondern das Moralische. Und ich freue mich, daß meine Kollegen, die vorhin gesprochen haben, das ebenso sehen. Es liegt in dem Mißbrauch des Vertrauens, der mit geheimdienstlicher Tätigkeit verbunden ist.

Wenn jemand Informationen über Personen, die ihm im Vertrauen mitgeteilt wurden, an die Staatssicherheit geliefert hat, hat er zweifellos einen Vertrauensbruch gegenüber Mitbürgern begangen. Die Tatsache, daß sich der Betreffende zu diesem Zeitpunkt der verhängnisvollen Rolle der Staatssicherheit vielleicht nicht bewußt gewesen ist oder subjektiv achtenswerte Motive gehabt haben mag, kann man wie das konkrete Ausmaß des Vertrauensbruchs und gegebenenfalls auch des Schadens für andere berücksichtigen – an dem Sachverhalt des Vertrauensbruchs ändert es nichts.

Und dieser nachgewiesene Vertrauensbruch rechtfertigt meines Erachtens prinzipiell die Empfehlung zur Niederlegung des Mandats; denn es kann logischerweise davon ausgegangen werden, daß der Wähler den Betreffenden nicht in eine Vertrauensstellung – und das ist die Stellung als Abgeordneter – berufen hätte, wenn ihm bekannt gewesen wäre, daß der Betreffende in der Vergangenheit in einem relevanten Sinn Vertrauen nachgewiesenermaßen mißbraucht hat.

*Viertens:* Meines Erachtens ist eben dies durch die Vertrauenspersonen<sup>2</sup> zu prüfen, und es kann sich dabei ausdrücklich nicht um eine politische Prüfung mit dem Zweck einer – wie der barbarische Ausdruck heißt – politischen Sa-

---

2 Auf den gemeinsamen Wunsch der Fraktionen hin hatten sich als Vertrauenspersonen Monsignore Karl-Heinz Ducke, der bereits den Zentralen Runden Tisch in der DDR (7. Dezember 1989-12. März 1990) moderiert hatte, und Generalsuperintendent Günter Bransch zur Verfügung gestellt.

nierung handeln. Eine solche Interpretation des Verfahrens, das Ansinnen politischer geschichtsloser »Sauberkeit«, können wir auf gar keinen Fall akzeptieren. Und ich freue mich sehr insbesondere über das, was Kollege Just zu diesem Punkt hier ausgeführt hat. Es findet meine volle Zustimmung.

Es kann vielmehr nur um eine moralische Bewertung gehen, und das »Nur« steht in Anführungszeichen. Es ist meine Überzeugung, daß die Vertrauenspersonen mit den Fraktionsvorsitzenden in der Regel zu einer übereinstimmenden Beurteilung gelangen können, weil es sich im Kern eben nicht um eine Frage der politischen Gegensätze, sondern um eine Frage der moralischen Beurteilung handelt. Nur unter dieser Voraussetzung hatte die Bestellung gemeinsamer Vertrauenspersonen durch unterschiedliche und gegensätzliche politische Fraktionen überhaupt einen Sinn.

Die Frage der moralischen Beurteilung hat zwar politische Konsequenzen, sie ist aber auf keinen Fall mit einem politischen Standpunkt und schon gar nicht mit einem parteipolitischen Standpunkt identisch.

*Fünftens:* Ein Verfahren, das eine moralische Entscheidung zum Ziel hat, besitzt unabdingbare Voraussetzungen.

Erstens kann nicht nach unterschiedlichen moralischen Kriterien gemessen werden. Wenn wir uns auf ein Verfahren der moralischen Wertung einlassen – und das haben wir mit der Bestellung von Vertrauenspersonen getan –, dann kann es nicht so sein, daß sich jede Fraktion ihre eigenen Maßstäbe vorbehält.

Zweitens gehört zu diesem Weg unabdingbar Vertrauen. Wo es Vertrauenspersonen gibt, muß auch Vertrauen im Spiel sein. Und ich bin persönlich auch bereit, die Fraktionsvorsitzenden zusätzlich als Vertrauenspersonen zu akzeptieren. Wir müssen bei dem Verfahren, das wir gewählt haben, davon ausgehen können, daß die Genannten es nicht politisch instrumentalisieren, sondern die Akten und die ihnen zur Kenntnis gelangten Umstände verantwortungsvoll prüfen. Es ist elementar, daß sie zu diesem Zweck von ausnahmslos allen Betroffenen die Unterlagen der Gauck-Behörde auch zur Verfügung gestellt bekommen müssen.

Ich wiederhole, und ich spreche deswegen hier auch als Betroffener: Es handelt sich hierbei nicht um eine Frage des politischen Standpunktes, sondern um eine moralische Frage. In der Demokratie muß es möglich sein, sich über politische Gegensätze hinweg über grundlegende moralische Anforderungen zu verständigen! Wenn das auch in Brandenburg eine Illusion sein sollte, können wir dieses Verfahren abbrechen und uns wie andere in den politischen Grabenkampf begeben.

Der Weg, den wir nun mit der Einbeziehung der Fraktionsvorsitzenden gewählt haben, setzt das Vertrauen auch in Kollegen der anderen Fraktionen und darein voraus, daß sie ihre Aufgabe verantwortungsbewußt – und das heißt selbstverständlich auch unter Beachtung rechtsstaatlicher Grundsätze – erfüllen werden.



Drittens und letztens gehört zu diesem Weg des Vertrauens, den wir gewählt haben, die Bereitschaft zur Konsequenz. Ich sage auch dies als Betroffener. Wenn mir über alle politischen Gegensätze hinweg Kollegen prinzipiell die moralische Akzeptanz verweigern, kann ich hier nicht mehr arbeiten. Und es ist auch die Verweigerung dieser Akzeptanz, wenn nicht aus moralischer Überzeugung, sondern aus Populismus und Sauberkeitsdünkel die Meinungsbildung hinsichtlich von Empfehlungen erfolgen sollte.

Ich werde auf alle Fälle einer Empfehlung folgen, auch wenn ich und meine Fraktion sie nicht für gerechtfertigt halten. Ich persönlich kann damit leben, daß ich politisch kategorisch in Frage gestellt werde, ich kann nicht damit leben, wenn man – aus welchen Motiven auch immer – mir das notwendige Maß moralischer Integrität nicht zubilligen sollte. – Ich danke Ihnen.

*(Beifall bei PDS-LL und F.D.P., vereinzelt bei der SPD)*

# Neugliederungsvertrag und Verfassungsrecht

## Rede im Landtag Brandenburg am 21. Juni 1995<sup>1</sup>

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist kein Geheimnis, daß die PDS nicht nur politische und verfassungspolitische Bedenken gegen das Neugliederungsvertragsgesetz hat, sondern auch verfassungsrechtliche. Ich bin davon überzeugt, daß das Neugliederungsvertragsgesetz in Teilen verfassungswidrig ist. Die unverständigen und teils bissigen Reaktionen auf die Ankündigung einer Verfassungsklage verkennen, daß es im gewaltenteiligen System eine Normalität ist,

*(Beifall bei der PDS)*

wenn eine Parlamentsfraktion bei schwerwiegenden Bedenken in einer Angelegenheit, die immerhin die Existenz des Landes betrifft, auch diese Möglichkeit nutzt, sich ihre Rechtsposition bestätigen zu lassen, und ich verwahre mich gegen eine Denunziation des Weges zum Verfassungsgericht.

*(Lebhafter Beifall bei der PDS)*

---

1 (Alle Anm. sind Anm. des Herausgebers.) – Der Text ist dokumentiert im Plenarprotokoll 2/16 des Landtages Brandenburg, 2. Wahlperiode. – Die Rede war Bestandteil einer bei dieser Sitzung zehnstündigen Debatte des Landtages zum Neugliederungsvertrag, auf dessen Grundlage die seit 1991/92 von der damaligen Brandenburger SPD-FDP-Bündnis 90-Regierung und dem Berliner CDU-SPD-Senat geplante Fusion der Länder Berlin und Brandenburg verwirklicht werden sollte. Der PDS-Fraktionsvorsitzende Lothar Bisky schrieb 1999 rückblickend, daß die Planungen »weitgehend am Brandenburger Parlament vorbei« gelaufen seien. »Zwar gab es diverse Aktuelle Stunden, ... zwar wurde ein Unterausschuß Berlin-Brandenburg beim Hauptausschuß gebildet, zwar behandelte der Landtag etliche Anträge, darunter auch einige unserer Fraktion, ansonsten blieb die Vorbereitung einer möglichen Fusion mit Berlin für das Parlament eher nebensächlich. ... Ein Antrag der PDS-Fraktion vom Februar 1992, mit dem eine Enquête-Kommission ›Berlin und Brandenburg – Perspektiven der Zusammenarbeit‹ eingesetzt werden sollte, wurde über Monate in den Ausschüssen verschleppt, um dann schließlich abgelehnt zu werden. Nach unserer Auffassung wäre gerade eine Enquête-Kommission, die sich aus Parlamentariern und sachverständigen Bürgern zusammensetzt, geeignet gewesen, die parlamentarische Willensbildung zur möglichen Fusion mit Berlin auf solider sachlicher und empirischer Basis in Gang zu setzen.« Aber »die Brandenburger Parlamentarier wollten in ihrer Mehrheit eine solche Mitwirkung an der Vorbereitung der Fusion nicht, sie gaben die Vorbereitung vollständig in die Hände der Landesregierungen. Ein verhängnisvoller Schritt, wie sich im Nachhinein zeigte.« (Lothar Bisky: Der »Brandenburger Weg«, a.a.O., S. 53-54). – Bei der Volksabstimmung über die Fusion am 5. Mai 1996 erlitt die in der zweiten Wahlperiode mit absoluter Mehrheit regierende Brandenburger SPD eine schwere Niederlage: Nur 36,2 Prozent der in Brandenburg abgegebenen Stimmen (Wahlbeteiligung 65 Prozent) waren Stimmen *für* die Fusion. In Berlin (Wahlbeteiligung 58 Prozent) votierten 53,6 Prozent für die Fusion (dabei in Ostberlin nur 45 Prozent). Damit war die Länderfusion Berlin-Brandenburg geplatzt. Bisky plädierte für einen Neuanlauf als »Fusion von unten« mit aktiver Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger beider Länder (vgl. Chronik der PDS 1989-1997, S. 363), aber einen solchen Neuanfang hat es bis heute nicht gegeben.

Ich will versuchen, einige entscheidende Bedenken zu verdeutlichen, die eine auch verfassungsrechtlich begründete Ablehnung des Neugliederungsvertragsgesetzes geboten erscheinen lassen.

*Erstens:* Die Landesregierung ist bei den Verhandlungen offenbar davon ausgegangen, daß die verfassungsrechtliche Grundlage der Länderneugliederung einzig im Artikel 118 a Grundgesetz in Verbindung mit Artikel 116 der Verfassung des Landes Brandenburg besteht. Der Artikel 118 a – das wissen Sie natürlich alles; ich sage das jetzt für die Öffentlichkeit, weil es sonst zu juristisch wird – regelt, abweichend vom Artikel 29 des Grundgesetzes, der seinerseits Maßnahmen zur Neugliederung des Bundesgebietes an ein Bundesgesetz bindet, das der Bestätigung durch Volksentscheid bedarf, die Möglichkeit der Neugliederung in dem die Länder Berlin und Brandenburg umfassenden Gebiet. Er behandelt diese Neugliederung als einen Sonderfall, indem er die Möglichkeit einer Neugliederung ausnahmsweise durch Vereinbarung beider Länder unter Beteiligung ihrer Wahlberechtigten eröffnet. Wie diese Vereinbarung zu gestalten ist, welcher Weg also insofern verfassungsrechtlich überhaupt in Frage kommt, legt der Artikel 118 a Grundgesetz nicht fest.

Der Artikel 116 der Landesverfassung Brandenburg bezieht sich unmittelbar auf die Neugliederung des Raumes Berlin/Brandenburg. Er knüpft unmittelbar an das Grundgesetz an und fordert lediglich, daß der Landtag frühzeitig an der Gestaltung der Vereinbarung zu beteiligen ist, und legt fest, daß die Vereinbarung zu ihrer Ratifizierung der Zustimmung von zwei Dritteln der Mitglieder des Landtages sowie eines Volksentscheides, in dem die Mehrheit der Abstimmenden der Vereinbarung zugestimmt hat, bedarf.

Wie der Artikel 118 a Grundgesetz enthält auch der Artikel 116 der Landesverfassung Brandenburg keine Vorschrift darüber, wie die Vereinbarung, die durch den Artikel 118 a des Grundgesetzes ermöglicht wird, zu gestalten ist. Das bedeutet aber keineswegs, daß der Weg, den die Vereinbarung enthält, ein beliebiger sein könnte. Er findet zwar weder in Artikel 118 a Grundgesetz noch in Artikel 116 Landesverfassung Brandenburg, wohl aber in anderen Verfassungsbestimmungen nach unserer Überzeugung zwingende Anforderungen.

*Zweitens:* Diese Anforderungen werden durch das Neugliederungsvertragsgesetz in einigen wichtigen Fragen nicht beachtet. Das Neugliederungsvertragsgesetz sieht in Artikel 2 in unmittelbarer Verbindung mit dem Neugliederungsvertrag Änderungen der Landesverfassung Brandenburg vor.

Der Artikel 8 des Neugliederungsvertrages enthält Bestimmungen über den Weg zur Ausarbeitung des Entwurfs der Verfassung für das gemeinsame Land.

Der Artikel 9 des Vertrages regelt das Außerkrafttreten der Verfassungen der Länder Berlin und Brandenburg und das Inkrafttreten von Verfassungsbestimmungen. Diese zentralen verfassungsrechtlichen Regelungen des Neugliederungsvertragsgesetzes halten wir insbesondere unter folgenden Gesichtspunkten für höchst problematisch:

a) Generell ist festzustellen, daß durch die Verknüpfung von Verfassungsänderungen mit einer staatsvertraglichen Vereinbarung bzw. durch die direkte Neuregelung von Verfassungsbestimmungen in einem Staatsvertrag, also die sogenannte paktierte Verfassungsänderung bzw. Verfassung, das Parlament in seinen originären Rechten beeinträchtigt wird. Es kann nämlich unter diesen Bedingungen nicht mehr frei über sein Verhältnis zur Verfassung bestimmen, sondern ist gezwungen, dieses Verhältnis mit einer Zustimmung bzw. Ablehnung einer staatsvertraglichen Vereinbarung zu verbinden. Damit verliert die verfassungsgebende und -ändernde Gewalt einen Teil ihrer Souveränität und gibt ureigene Kompetenzen an die bei Verträgen federführende Exekutive ab. Unseres Erachtens ist das Parlament dazu nicht berechtigt.

*(Beifall bei der PDS)*

b) Herr Bräutigam<sup>2</sup> sagte in der 1. Lesung wörtlich: »Wir haben erreicht, daß die neue Verfassung rechtzeitig vor Inkrafttreten der Fusion, also noch in der Übergangszeit, erarbeitet wird ... «.

Das ist falsch, meine Damen und Herren. Es ist keineswegs erreicht worden, daß die neue Verfassung noch vor der Fusion erarbeitet wird. Das ist nirgends zwingend vorgeschrieben. Es ist dafür lediglich die Möglichkeit eröffnet worden. Sie wollten sich, im Gegenteil, durch die Vermeidung einer zwingenden Vorschrift dem Druck entziehen, bis zum Vollzug der Fusion eine neue Verfassung vorlegen zu müssen. Mit anderen Worten: Ungeachtet Ihres guten Willens, was die Ausarbeitung einer Verfassung in der Übergangszeit betrifft – und an diesem guten Willen zweifle ich überhaupt nicht –, rechnen und rechneten Sie damit, daß dies, jedenfalls bis zum Fusionszeitpunkt, nicht gelingen wird.

Es wird also mit größter Wahrscheinlichkeit Artikel 9 des Neugliederungsvertrages in Kraft treten. Dabei handelt es sich um eine paktierte neue Verfassung. Es ist eine andere Verfassung als die geltenden Verfassungen der beiden Länder. Und es ist zugleich ein völlig neuer Verfassungstyp. Nach ihr sollen die Grundrechtsteile für ihr jeweiliges Geltungsgebiet in Kraft bleiben. Damit aber wird das einzige seit 200 Jahren unbestritten geltende Prinzip umgestoßen, das den Verfassungscharakter eigentlich ausmacht: Alle Staatsbürger stehen unter einem Gesetz.

Wenn Artikel 9 in Kraft tritt, leben wir zweifellos in einem neu gegliederten Raum Berlin/Brandenburg, aber dieser Raum ist – ich will ja nicht päpstlicher sein als der Papst – im strengen verfassungsrechtlichen Sinne kein Verfassungsstaat.

Das paktierte Organisationsstatut ist zugleich ein neu gefaßter Staatsorganisationsteil. Er greift in das Gewaltenteilungsprinzip beider Verfassungen

---

2 Dr. Hans Otto Bräutigam, 1974 bis 1977 stellv. Leiter, ab 1982 Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in der DDR, war von 1990 bis 1999 Minister für Justiz und für Bundes- und Europaangelegenheiten des Landes Brandenburg.

ein. Er mindert die Parlamentsrechte. Er greift darüber hinaus in die Gesetzgebung durch Veränderung bei Volksgesetzgebung ein. Er verändert das verfassungsrechtliche Gefüge beider Verfassungen zwischen den drei Gewalten und der kommunalen Selbstverwaltung in Richtung auf eine Stärkung der exekutiven Gewalt. Das ist der ständige Pferdefuß bei Verfassungseingriffen mittels Staatsverträgen, die die Exekutive aushandelt. Sie öffnen immer das Tor, die Gewaltenteilung zu verschieben und sind deshalb aus grundsätzlichen Erwägungen heraus abzulehnen.

*(Beifall bei der PDS)*

Dagegen hätte eine paktierte Verfassungsgesetzgebung durch übereinstimmende Verfassungsgesetze der beteiligten Länder die Verfassungsfragen in der Hand der Parlamente gelassen, wo sie originär hingehören.

*(Unruhe bei der PDS)*

c) Durch Artikel 8 des Neugliederungsvertrages wird bestimmt, daß nach Inkrafttreten des Vertrages durch das Abgeordnetenhaus von Berlin und den Landtag Brandenburg ein paritätisch besetzter Ausschuß zur Ausarbeitung des Entwurfs einer Verfassung für das gemeinsame Land gebildet wird. Diese Bestimmung berührt Artikel 115 der Landesverfassung Brandenburg, in dem vorgeschrieben ist, daß in Brandenburg nur eine verfassunggebende Versammlung die Geltung der bisherigen Verfassung aufheben und eine neue Verfassung schaffen kann. Die Befugnisse dieser verfassunggebenden Versammlung werden durch den Neugliederungsvertrag zur Gänze an ein Staatsvertragsorgan übertragen, und zwar, meine Damen und Herren, zu einem Zeitpunkt, zu dem die Landesverfassung Brandenburg mit ihrem Artikel 115 in Kraft ist.

Der Artikel 115 wird, auch wenn es Herr Minister Linde<sup>3</sup> anders sieht, wie ich gelesen habe, durch den Neugliederungsvertrag berührt; denn die in ihm geregelten Befugnisse der verfassunggebenden Versammlung werden übertragen. Hier liegt eine Verfassungsänderung vor, die auf verfassungswidrige Weise geschieht.

*(Beifall bei der PDS)*

Denn bekanntlich enthält unsere Landesverfassung in Artikel 79 die Vorschrift, daß die Verfassung nur durch ein Gesetz geändert werden kann, das den Wortlaut der Verfassung ausdrücklich ändert oder ergänzt. Das ist in bezug auf den Artikel 115 nicht geschehen.

---

3 Dr. Jürgen Linde, Chef der Staatskanzlei.

Die Vorschrift des Artikels 79 Landesverfassung Brandenburg ist ebenso wie die gleichlautende Regelung des Artikels 79 Grundgesetz jedweder Auslegung entzogen; denn es handelt sich um ein Gebot der insoweit nicht mehr auslegbaren Verfassung,

*(Beifall bei der PDS)*

daß ein Gesetz – meine Damen und Herren, das ist wirklich meine Überzeugung – auch dann, wenn es mit Zweidrittelmehrheit beschlossen wurde, illegal ist, wenn es nicht ausdrücklich dem Wortlaut der Verfassung entspricht.

*(Beifall bei der PDS)*

Und darüber seien Sie sich bitte im klaren: Wenn das so zutrifft, und davon bin ich fest überzeugt, können Sie in dieser Frage mit Zweidrittelmehrheit beschließen, was Sie wollen.

*(Beifall bei der PDS - Frau Fiebiger [PDS]: Gut!)\**

Hier ist Ihre Grenze als Gesetzgeber. Und dieser Grenze müssen Sie sich bewußt sein. Und das wird auch nicht geheilt durch eine spätere Volksabstimmung.

Das Neugliederungsvertragsgesetz entspricht mit Artikel 8 Abs. 1 Satz 1 des Neugliederungsvertrages nicht dem Wortlaut des Artikels 115 Landesverfassung und ist deshalb illegal. Das Neugliederungsvertragsgesetz ändert den Artikel 115 der Landesverfassung Brandenburg nicht, es ergänzt ihn auch nicht. Der Wortlaut des Artikels 115 verlangt aber, daß eine Verfassung durch eine verfassungsgebende Versammlung geschaffen wird. Der Wortlaut des Artikels 8 des Vertrages legt die Ausarbeitung des Verfassungsentwurfs dagegen in die Hände eines Ausschusses beider Parlamente. Hier liegt ein Verfassungsdurchbruch vor. Die Verfassung erkennt die Verfassungsänderung nur dann als legal an, wenn das Verfassungsgesetz den Wortlaut der Verfassung ausdrücklich ändert oder ergänzt.

Auch mit dem Verweis auf den paktierten Artikel 116 Abs. 2 der Landesverfassung in der Neufassung des Artikels 2 des Neugliederungsvertragsgesetzes, der Befugnisse des Landtages und der Landesregierung auf Staatsvertragsorgane überträgt, kann das unauslegbare Gebot des Artikels 79 Satz 1 Landesverfassung Brandenburg nicht überwunden werden. Des weiteren wäre selbst dann, wenn die Rechtsordnung des Bundes und des Landes eine Verfassungsdurchbrechung zuließe, Artikel 8 Abs. 1 Neugliederungsvertragsgesetz durch Artikel 116 Abs. 2 Landesverfassung Brandenburg – Neufassung – nicht gedeckt, weil es sich bei der verfassungsgebenden Versammlung um ein

---

4 Christel Fiebiger.

originäres Verfassungsorgan handelt und nicht um übertragene Befugnisse des Landtages oder der Landesregierung nach Art des Artikels 116 Abs. 2 der Neufassung.

*(Beifall bei der PDS)*

Und schließlich kann bezüglich des Neugliederungsvertragsgesetzes auch nicht auf die Anwendung völkerrechtlicher Regeln und damit auf eine analoge Klarstellung gemäß Artikel 79 Abs. 1 Satz 2 Grundgesetz zurückgegriffen werden.

Das verfassungsrechtliche Problem besteht darin, daß die geltende Rechtsordnung dem Gesetzgeber verbietet, die Verfassung zu durchbrechen. Der Sinn dieser Vorschrift besteht darin, den Gesetzgeber zu zwingen, sich über seine Haltung zur geltenden Verfassung klarzuwerden.

Die nach meiner Auffassung vorliegende Verfassungsdurchbrechung zeigt, daß sich weder die Landesregierung noch der Landtag Brandenburg, falls er morgen zustimmen sollte, diese Klarheit bis ins letzte wirklich verschafft haben.

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie sowie die Zuschauer und Zuhörer um Entschuldigung, daß ich hier so auf die juristischen Dinge eingehen mußte, aber es mußte dieser Gesichtspunkt, jedenfalls aus meiner Sicht, sachgerecht beleuchtet werden. Und ich muß Ihnen ehrlich sagen: Ich kann mit der Politlyrik im Zusammenhang mit der Diskussion um diesen Gegenstand nichts anfangen.

*(Beifall bei der PDS)*

Ich habe Sie damit auf einige unserer gravierenden verfassungsrechtlichen Bedenken aufmerksam gemacht. Es sind einige. Es sind ausdrücklich nicht alle. Und Sie mögen bitte daraus erkennen, daß wir auch der verfassungsrechtlichen Seite der Neugliederung große Aufmerksamkeit gewidmet haben. Ich kann in vielen Punkten falscher Auffassung sein. Das ist nicht der Punkt. Aber keiner kann uns vorwerfen, wir hätten uns keinen Kopf gemacht. Und selbstverständlich sind wir auch bereit, in diesen Fragen dazuzulernen. Nach den Reaktionen allerdings, die wir bisher auf unsere diesbezüglichen Argumente, insbesondere aus der Staatskanzlei, erhalten haben, befürchte ich jedoch, daß wir in absehbarer Zeit alle zusammen beim Verfassungsgericht in die Schule gehen müssen. Uns oder Ihnen wird das Landesverfassungsgericht dann mit der Bibel sagen: Das Gesetz ist Euch ganz nah, Ihr habt es Euch eingepägt und könnt es jederzeit hersagen, aber Ihr müßt es auch befolgen. – Fünftes Buch Mose, Kapitel 30. – Ich danke Ihnen.

*(Beifall bei der PDS)*

## Notizen zum »PB-Prozeß«

Gastkolumne für »Neues Deutschland«, 2./3. August 1997

Das Plädoyer von Oberstaatsanwalt Jahntz im »Politbüroprozeß«<sup>1</sup> mußte ich mir antun. Es war nicht zuletzt deswegen aufschlußreich, weil es zum Teil aus rechtsfremden, ideologischen Überlegungen bestand, die ein Schlaglicht auf das offensichtlich nach wie vor eindimensionale Weltbild deutscher Staatsanwälte werfen. Die Substanz dieser Überlegungen erschließt sich, wenn man prüft, in welchen Zusammenhang die vielfach verwendeten Ausdrücke »marxistisch«, »kommunistisch« und »sozialistisch« gestellt wurden und welche Konnotationen sich damit verbanden. Der Angeklagte Krenz<sup>2</sup> habe – so die Unterstellung – zum Beispiel den Ausdruck »Nationalsozialismus« vermieden, um die Assoziation zu unterdrücken, daß eben auch der Nationalsozialismus Sozialismus gewesen sei.

Abgesehen von den dubiosen juristischen Konstruktionen, die nun nach den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichtes eine Verurteilung ermöglichen sollen: Es geht um mehr als die Abstrafung konkreter Taten. Der Staatsanwaltschaft ist es darum zu tun, klarzustellen, daß die Motive für die angeklagten Taten mit der marxistischen respektive sozialistischen Gesinnung der »Täter« in einem zwingenden Zusammenhang stehen, womit diese selbst als ein potentiell kriminelles Gedankenwerk stigmatisiert wird. Wenn es – wie die Staatsanwaltschaft argumentiert – im Prozeß nicht um die politische Verantwortung für das Grenzregime, sondern um eine Straftat geht, stellt sich die Frage des tatuslösenden Motivs, das nach Lage der Dinge nur in den verwerflichen politischen bzw. weltanschaulichen Überzeugungen der Angeklagten bestehen kann. Und diese Überzeugungen sind – wie auch immer – marxistische, kommunistische, sozialistische.

Vor Augen zu führen, daß solcherart Überzeugungen Motivstrukturen schwerster Kriminalität sind oder sein können, daran ist der Staatsanwaltschaft vor allem gelegen. Für sie – so schien es – war daher auch ein Reuebekenntnis erst dann für eine Strafmilderung relevant, wenn es die Selbsterkenntnis der Angeklagten von der Verwerflichkeit ihrer tatmotivierenden »ideologischen Verblendungen« einschloß.

---

1 (Alle Anm. sind Anm. des Herausgebers.) – Siehe zum »Politbüroprozeß« die Anm. 4 zu dem im vorliegenden Band abgedruckten Referat »Wir brechen unwiderruflich mit dem Stalinismus als System« (S. 36).

2 Auch zur Person Egon Krenz siehe diese Anm. 4.



Der Angeklagte Schabowski<sup>3</sup> hatte dies erkannt und diese Karte ausgespielt. Denn die Chance, die er sich ausrechnen konnte, im Strafantrag besser davonzukommen als Krenz, lag nicht darin, daß er konkretes Wissen von den Vorgängen an der Grenze und – wie Krenz – den Tatwillen als Totschläger ablegnete. Die einzige Chance bestand für Schabowski darin, die Einsicht in die Verwerflichkeit jener für ihn seinerzeit motivprägenden marxistischen und sozialistischen Überzeugungen zu demonstrieren.

Damit erklärt sich, warum der langjährige und hochrangige kommunistische Funktionär Schabowski nach dem Scheitern des staatssozialistischen Systems nicht nur seine kardinalen politischen Fehler und die politische Mitverantwortung für staatliches Unrecht in der DDR einräumte, sondern im Prozeß einen weltanschaulichen Paradigmenwechsel verkündete, der in der der Staatsanwaltschaft gefälligen Wendung gipfelt, die heutige bundesrepublikanische Gesellschaft sei nicht ideal, denn sie leide an »Unzulänglichkeiten ..., von denen die Gesellschaft nicht frei sein kann«. Nicht frei sein *kann!* Mit anderen Worten: Nach Schabowski leben wir jetzt in der besten aller möglichen Welten.

Natürlich ist Schabowskis »Wendung« nicht das Ergebnis einer ernsthaften intellektuellen und moralischen Selbstkritik. Dazu ist das Ergebnis zu lapidar. Schon vor dem Prozeß, aber in der Gewißheit, daß er kommen würde, hatte Schabowski in eigenen Publikationen Marx und der sozialistischen Idee als einem Verhängnis abgeschworen. Er ließ keinen Zweifel daran, zu dieser Einsicht gekommen zu sein, sein ganzes Leben der »falschen Sache« gewidmet und der »falschen Weltanschauung« angehängen zu haben, deren Falschheit so einfach-durchsichtig sein muß, daß er, um sie zu durchschauen, nur wenige Wochen benötigte. Es ist nur auf den ersten Blick ein Paradoxon, daß Schabowski, der nach dem Urteil hochintelligenter Mensch hochintelligent ist, der Falschheit erst dann auf die Spur kam, als die Macht in seinen Händen zerrann und sich am Horizont die düsteren Kulissen des Strafgerichts abzeichneten. Es löst sich ohne weiteres auf, wenn man bedenkt, daß Schabowski sich über den

---

3 Günter Schabowski (geb. 1929), 1968-1974 stellv. Chefredakteur, 1974-1978 1. stellv. Chefredakteur und 1978-1985 Chefredakteur des SED-Zentralorgans »Neues Deutschland«, 1984-1989 Mitglied des PB, 1986-1989 Sekretär des ZK, 1985 bis 8. November 1989 1. Sekretär der SED-BL Berlin; 8. November 1989 Rücktritt mit dem PB, 14. November 1989 Wiederwahl in das unter Egon Krenz leicht veränderte PB und Wahl zum Sekretär des ZK für Informationswesen und Medienpolitik; 3. Dezember 1989 Rücktritt mit dem ZK; 20./21. Januar 1990 aus der SED-PDS ausgeschlossen (vgl. Jochen Černý: Wer war wer, a.a.O., S. 157) – Zu den Ansichten Schabowskis unmittelbar nach dem Zusammenbruch der DDR, in denen sich viele Parallelitäten zu Auffassungen finden, wie sie von Michael Schumann im Referat »Wir brechen unwiderruflich mit dem Stalinismus als System« vorgetragen worden sind, siehe seine Autobiographie »Der Absturz« (Berlin 1991). Den Paradigmenwechsel, mit dem sich Schumann hier auseinandersetzt, hat Schabowski erst in der Mitte der neunziger Jahre vollzogen. Er ging mit pauschalen Attacken gegen die PDS als »unveränderbar« und »betonköpfig« einher und hat ihn im Jahre 2001 dazu geführt, bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus als Berater des CDU-Spitzenkandidaten Frank Steffel in Erscheinung zu treten.

Charakter der politischen Justiz durchaus im klaren ist und weiß, worauf es bei deutschen Staatsanwälten und Gerichten in politischen Strafsachen ankommt: auf die symbolische Bedeutung des Verfahrens.

Der Oberstaatsanwalt hat diese »Einsicht« mit seinem »differenzierten« Strafantrag kaum honoriert.

# Ein Urteil über die Geschichte, über das Recht

## Entwurf einer Stellungnahme des Bundesvorstandes der PDS zur Verurteilung von Egon Krenz u. a., 25. August 1997

Heute, am 25. August 1997, hat das Landgericht Berlin unter dem Vorsitz des Richters Hoch den ehemaligen Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Egon Krenz, und weitere Mitglieder des Politbüros der SED<sup>1</sup> zu langjährigen Haftstrafen verurteilt. Damit ist die strafgerichtliche Aburteilung von Grenzsoldaten und politisch und militärisch Verantwortlichen der DDR fortgesetzt worden. Weitere Verfolgungsmaßnahmen größeren Umfangs sind nach diesem Urteil, das nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 24. Oktober 1996 zu erwarten war, zu gewärtigen.

Wir leben an einer Zeitenwende und kommen nicht umhin, das Geschehen in der Perspektive des zu Ende gehenden »Jahrhunderts der Extreme« zu betrachten: Zum ersten Mal in der modernen Geschichte Deutschlands ist das frühere Staatsoberhaupt eines deutschen Staates infolge seines Handelns als Träger staatlicher Hoheitsgewalt – und nicht wegen einer Privathandlung – von einem *deutschen* Gericht strafrechtlich zur Verantwortung gezogen worden. Ein in Deutschland vorher nicht nur unbekannter, sondern unerhörter und unvorstellbarer Vorgang. Freilich hat er nichts zu tun mit jenen Kriegs- und Unmenschlichkeitsverbrechen, mit denen der Name Deutschlands im Gedächtnis der Völker wohl auf immer verbunden bleiben wird. Es geht vielmehr um ein früheres Staatsoberhaupt der DDR, deren staatsoffizielles Selbstverständnis sich gerade aus dem Widerstand gegen das nationalsozialistische Jahrhundertverbrechen speiste.

Wir betrachten diesen Vorgang als eine gravierende politische Zäsur, deren schwerwiegende Folgen heute noch gar nicht vollständig ermessen werden können.

Die Zustände an der früheren Staatsgrenze, die zugleich eine Konfrontationslinie hochgerüsteter Militärblöcke war, hätte es – wie diese Grenze selbst – nie gegeben, wenn es das Dritte Reich und seinen Weltkrieg nicht gegeben hätte. Die offizielle deutsche Politik und die Justiz sind nicht bereit, die Entstehung dieser Grenze, die Art ihrer militärischen Sicherung und die Opfer, die sie gekostet hat, dem historischen Prozeß der Spaltung Deutschlands und Europas – der nicht nur von einer Seite ausging – und *politischer* Verantwortung zuzurechnen. Sie sollen vielmehr als *kriminelle* Akte gelten.

---

1 (Alle Anm. sind Anm. des Herausgebers.) – Gemeint sind Günther Kleiber und Günter Schabowski.

Die PDS hat die Tatsache, daß der »eiserne Vorhang« Hunderte von Todesopfern forderte, nicht nur bedauert. Sie hat zugleich festgestellt, daß die Funktionärselite der DDR – neben den jeweiligen sowjetischen und Warschauer-Pakt-Führungen – politische Verantwortung dafür trug, daß dieses Agreement zur Aufteilung der europäischen Machtsphären bis zum Schluß dazu genutzt wurde, die Freiheit der Menschen im östlichen Teil der Nation unerträglich einzuschränken. Die sozialistische Idee und Bewegung wurden dadurch nachhaltig diskreditiert. Die PDS hat angesichts der politischen Mitverantwortung auch dieser drei Mitglieder der SED-Führung die ihr möglichen Konsequenzen gezogen und sie im Januar 1990 aus der Partei ausgeschlossen. Die selbsternannte »Avantgarde« hat, als sie in Amt und Würden war, nicht den politischen Mut gefunden und die ernsthafte politische Verantwortlichkeit an den Tag gelegt, die sie heute vor Gericht für sich reklamiert. Ihr politisches Versagen und ihre selbstgefällige Gleichgültigkeit sind 1989 von den Menschen in der DDR bewußt auf ausschließlich politische Weise quittiert worden. Daran, daß Egon Krenz die Macht genommen wurde, waren überwiegend Menschen – unter ihnen viele SED-Mitglieder – beteiligt, die sich damals als loyale Bürgerinnen und Bürger der DDR verstanden, nicht als bornierte Untertanen einer kriminellen Staatsführung. Sie haben dies nicht getan, um im Jahre 1997 ihr politisches Urteil durch westdeutsche Richter übergipfeln zu lassen.

Die PDS hat bereits mehrfach zum Ausdruck gebracht, daß sie nicht gewillt ist, die nachträgliche historische und völkerrechtliche Delegitimierung der DDR und Negierung ihrer innerstaatlichen Rechtsordnung hinzunehmen. Der Prozeß gegen Krenz u. a. hat erneut verdeutlicht, daß die bundesdeutsche Justiz die DDR-Gesetzeslage in den Horizont eines durch ganz andere Bedingungen geprägten Rechtsverständnisses rückt, um eine Verurteilung zu ermöglichen. Im übrigen ist darauf hinzuweisen, daß die bundesdeutsche Justiz dieses Rechtsverständnis und die damit verbundenen strafbegründenden juristischen Konstruktionen in bezug auf die eigene bundesrepublikanische Rechtswirklichkeit bisher weder anerkannte noch praktizierte. Diese »Operation« verstößt gegen Völkerrecht, den Einigungsvertrag und untergräbt rechtsstaatliches Strafrecht.

Zudem ist zu betonen, daß in anderen osteuropäischen Staaten, in denen eine ähnliche Situation an den Staatsgrenzen-West und eine vergleichbare Lage hinsichtlich der Verantwortlichkeit für diese Situation bestand, eine analoge strafrechtliche Verfolgung nicht stattfindet, obwohl diese Staaten heute zweifellos als rechtsstaatlich verfaßt zu gelten haben.

Offensichtlich hängt der Umstand, daß in Deutschland anders verfahren wird, damit zusammen, daß ausschließlich hier ein Zweitstaat gleicher Nationalität bestand, der sich nach dem Untergang der DDR als Sieger der Geschichte fühlt und deswegen glaubt, zur juristischen Verfolgung berechtigt zu

sein. Schon allein wegen dieser Konstellation ist zutreffend von Siegerjustiz in Deutschland zu sprechen.

Das Bundesverfassungsgericht und die Gerichte haben sich das Recht so hingebogen und hingefeilt, daß sie der vorherrschenden politischen Erwartungshaltung – der erst durch die symbolische Kraft des »unparteiischen« Strafgerichts vollendbaren Delegitimierung der DDR und des deutschen Kommunismus – entsprechen konnten. Die Unabhängigkeit der Richter, so einer der Großen der kritischen Rechtswissenschaft, entbindet sogar das Bundesverfassungsgericht nicht von der Treue zur Politik.<sup>2</sup> Juristische Argumentationsfiguren, die – weil bisher als rechtsstaatswidrig eingestuft – nicht zur Anwendung kommen durften, dienen nun zur Aburteilung »kommunistischer Schreibtischtäter«. Dieser juristische Paradigmenwechsel ist keineswegs Ausdruck einer endlich gewonnenen höheren Moral. Er bedeutet schlicht, daß östlich der Elbe andere Maßstäbe gelten als westlich der Elbe. Allein die Exponenten der FDGO sind – gleichgültig, was sie hoheitlich in der Vergangenheit getan haben (und in der Zukunft tun werden) – bei formeller Gesetzeskonformität ihres Handelns durch ein streng formalisiertes Rückwirkungsverbot geschützt. Die Gleichheit der Rechtsunterworfenen ist verletzt und damit die Gerechtigkeit des Rechtsstaates, die Regelgerechtigkeit bedeutet. Damit hat sich die deutsche Justiz auf eine schiefe Ebene drängen lassen. Es ist dies das unvermeidliche Ergebnis des Versuchs, einen historischen Systemwechsel, eine weltgeschichtliche Auseinandersetzung mit dem davon völlig überforderten Strafrecht »bewältigen« und vollenden zu wollen. Der Versuch, den politischen Gegner von einst über die politische Entmachtung, moralische Ächtung und soziale Isolierung hinaus durch den Strafprozeß zum kriminellen Totschläger zu erniedrigen, erniedrigt in Wirklichkeit das Recht.

Zweieinhalb Millionen ehemalige SED-Mitglieder und ungezählte weitere früher staatsloyale DDR-Bürgerinnen und -Bürger sitzen bei dieser Gerichtsfarce unsichtbar mit auf der Anklagebank – als Dummköpfe, die nichts gemerkt haben, als hemmungslose Opportunisten, als bewußtlose Werkzeuge, wenn nicht Spießgesellen einer hochkriminellen Staatsführung, deren sozialistische Gesinnung – das Resultat allseitiger Aneignung »marxistischer« Einseitigkeiten – von der Justiz als Motivstruktur eines verbrecherischen Täterwillens denunziert wird. Das ist eine Demütigung von Millionen Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern. Ein Vorgang, der in den selbstbewußten europäischen Nationen undenkbar wäre. Noch so viele Sonntagsreden über »innere Einheit« und Persilscheine für »anständig Gebliebene«, denen man durch die strafgerichtliche – und psychologisch geschickte – Kreation von Sünden-

---

2 Schumann hat hier keine näheren Angaben gemacht.

böcken die »Entlastung« anbietet, werden diese Demütigung nicht vergessen machen. Der »Kanzler der Einheit«<sup>3</sup> und die das Urteil bejubelnden Parteien CDU, CSU, FDP, SPD und Bündnis 90/Die Grünen erziehen geschworene Feinde der Einheit. Die PDS läßt sich dafür von niemandem in Mithaftung nehmen.

Seit geraumer Zeit ist in Deutschland die das Dritte Reich absichtsvoll trivialisierende, verantwortungslose Vergleichung von Hitler und Honecker üblich geworden. In den Kontext dieser Vergleichung gehört auch die rechtspolitische Argumentation, man wolle die »Fehler«, die man bei der juristischen (Nicht)Verfolgung der NS-Täter gemacht habe, beim Umgang mit »DDR-Tätern« nicht wiederholen. Es handelte sich nicht um »Fehler«. Die Schonung und Integration von NS-Verantwortlichen war Bestandteil des Gründungskonsenses der Bundesrepublik-Alt. Der Staat, der dem Nachfolger Hitlers bis an sein Ende die Admiralspension zahlte, dessen Justiz ungezählte Großverbrecher in deutschen Uniformen und Roben unbehelligt ließ, bringt den Nachfolger Honeckers hinter Gitter. Das ist der Gründungskonsens der Bundesrepublik-Neu.

Vielen politisch denkenden vormals staatsloyalen Ostdeutschen, die – bei aller Bereitschaft des selbstkritischen Umgangs mit ihrer Geschichte – auf der historischen Legitimität und juristischen Legalität ihres staatsbürgerlichen Tuns in der DDR bestehen, wird durch die justizielle Verfolgung der DDR-Repräsentanten und -Staatsdiener die endgültige Gewißheit vermittelt, sie hätten lieber der Gnade einer früheren Geburt teilhaftig und General der Waffen-SS oder Richter am Volksgerichtshof werden sollen, um ihre Biographien und ihre Würde in dieser Bundesrepublik nicht total in Frage gestellt zu sehen. Es ist eine Provokation aller, die im In- und Ausland als linke Antifaschisten gegen die nationalsozialistische Gewaltherrschaft und später gegen den bundesdeutschen Frieden mit den NS-Tätern kämpften, die in der DDR als Emigrantinnen und Emigranten Schutz vor der Verfolgung durch quasifaschistische Militärdiktaturen der westlichen Hemisphäre fanden, das plötzlich erwachte »Fehlerbewußtsein« der deutschen Justiz ausgerechnet an deutschen Kommunisten exekutiert zu sehen. Historische Entscheidungen im Hinblick auf den Umgang mit der Erbschaft des deutschen Faschismus kann man nicht dadurch kompensieren, daß man den Verfolgungseifer auf die – gewiß problematische – Erbschaft des deutschen antifaschistischen Staates richtet. Auf diese Weise gerät die deutsche Einigung vollends zum historischen Dilemma. Es gibt nur eine Antwort, die vor der Zukunft Bestand hat. Sie heißt *Versöhnung*. Andere Nationen haben es vorgemacht. Bis auf die PDS, die mit ihrem in den Bundestag eingebrachten Entwurf eines Strafverfolgungsbeendigungsgeset-

---

3 Bundeskanzler Helmut Kohl.

zes einen konstruktiven Beitrag geleistet hat, waren und sind die Parteien, die deutsche Regierung und die veröffentlichte Meinung nicht bereit, den Weg der Versöhnung zu gehen. Die deutsche Justiz stand angesichts dessen vor einer geradezu historisch zu nennenden Herausforderung – und hat versagt.

In Kenntnis ihres Grenzregimes war die DDR international anerkannt und Mitglied der Vereinten Nationen. In Kenntnis ihres Grenzregimes haben sämtliche westliche Regierungen, auch die der BRD, mit den Repräsentanten der DDR verhandelt,<sup>4</sup> Geschäfte abgewickelt und viele der heute in Osteuropa maßgebenden Politiker sogar »brüderliche« Beziehungen gepflegt und paktiert – niemals unter dem Vorzeichen, es mit Totschlägern zu tun zu haben. Jahrzehntlang hatte man die DDR-Oberen als Marionetten von Moskaus Gnaden denunziert, denen man dennoch die roten Teppiche ausrollte. Jetzt sind die vormaligen Moskauer Strippenzieher auf einmal keine mehr, dafür stehen sie im Ehrenbuch der Bundeshauptstadt<sup>5</sup> und die SED-Marionetten vor den Schranken des Strafgerichts. Das ist der Umgang des größer gewordenen Deutschlands mit den Fragen der politischen Moral. Man hat seine Interessen und die Heuchelei ist abgrundtief. Ein Akt aus der Schmierkomödie »Moral und Politik«. Und das »Recht« läßt sich auch noch die Hauptrolle anweisen.

Nichts ist gewisser, als daß sich auf diesem ehernen »moralischen« Fundament keine Zukunft bauen läßt, weder eine nationale, noch eine europäische.

---

4 Gemeint ist zum Beispiel der offizielle Besuch Erich Honeckers in der Bundesrepublik Deutschland vom 7. September bis 11. September 1987, bei dem er Gespräche mit folgenden Persönlichkeiten der Bundesrepublik hatte: mit Bundespräsident Richard von Weizsäcker (unter vier Augen); Bundeskanzler Helmut Kohl (vier Gespräche im erweiterten und im kleinen Kreis); Bundestagspräsident Philipp Jenninger; mit dem SPD-Vorsitzenden und Vorsitzenden der SPD-Fraktion im Bundestag, Hans-Joachim Vogel; mit dem Vorsitzenden der SPD-Fraktion im Landtag von Schleswig-Holstein, Björn Engholm; mit dem Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagfraktion Alfred Dregger und dem Vorsitzenden der CSU-Landesgruppe im Bundestag, Theo Waigel; mit dem Vorsitzenden der FDP-Fraktion im Bundestag, Wolfgang Mischnick; mit der Sprecherin der Bundestagsfraktion der Grünen, Waltraud Schoppe; mit dem Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg und stellv. Vorsitzenden der CDU/CSU, Lothar Späth; mit dem Ehrenvorsitzenden der SPD, Willy Brandt; mit dem Präsidenten des Deutschen Industrie- und Handelstages, Otto Wolff von Amerongen; mit dem Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen, Johannes Rau (zwei Gespräche, davon eines unter vier Augen); mit Bundeskanzler a.D. Helmut Schmidt; mit dem Ministerpräsidenten von Rheinland-Pfalz, Bernhard Vogel; mit dem Vorsitzenden der SPD-Fraktion im Landtag von Niedersachsen, Gerhard Schröder; mit dem Ministerpräsidenten des Saarlandes, Oskar Lafontaine (zwei Gespräche, einmal im kleinen Kreis); mit dem bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß (unter vier Augen); mit dem Vorsitzenden der DKP Herbert Mies; mit General a.D. Gert Bastian und der Bundestagsabgeordneten der Grünen Petra Kelly (alle dokumentiert mit ausführlichen Gesprächsvermerken in Erich Honecker: Moabiter Notizen, a.a.O.; eine Dokumentation der größeren Protokollveranstaltungen und Verhandlungen mit Politikern und Geschäftsleuten – darunter einer Begegnung mit Vertretern der Großindustrie und der mittelständischen Wirtschaft in Köln – aus DDR-Sicht siehe in der Broschüre »Ein Erfolg der Politik der Vernunft und des Realismus«, Berlin 1987).

5 Gemeint ist Michail Gorbatschow.

# Eine Reform des politischen Systems ist notwendig!

**Schlußwort auf dem Kolloquium der PDS-Fraktion  
im Landtag Brandenburg anläßlich des 5. Jahrestages der Annahme  
der Brandenburger Verfassung »Unmittelbare Demokratie zwischen  
Anspruch und Wirklichkeit« am 13. September 1997 in Potsdam<sup>1</sup>**

Die Landtagsfraktion der PDS hat den Akzent ihres Kolloquiums zum 5. Jahrestag der Brandenburger Verfassung auf das Problem der unmittelbaren Demokratie gelegt. Lothar Bisky<sup>2</sup> und Minister Bräutigam<sup>3</sup> haben es notwendiger- und richtigerweise in den politischen Kontext gestellt. Ich möchte das aus meiner Sicht auch tun, zumal die vorliegenden Thesen von einer grundsätzlichen Problematisierung des Zustands unserer Demokratie ausgehen, indem sie zum Beispiel davon sprechen, daß das Verhältnis von Politik und Gesellschaft gestört ist. Das ist eine zutreffende, aber vergleichsweise harmlose Formulierung. Ich würde eher von einer Krise des politischen Systems sprechen.

Die Praktizierung und der Ausbau unmittelbarer Demokratie – darüber gibt es wohl Konsens – kann als *ein* Weg gelten, das Verhältnis von Politik und Gesellschaft in eine produktive Spannung zu bringen. Und selbstverständlich kann dabei angeknüpft werden an die Möglichkeiten, die unsere Verfassung bereits jetzt der unmittelbaren Demokratie auf staatlicher und kommunaler Ebene einräumt.

Aber gerade wer den richtigen Ausgangspunkt des Verhältnisses von Politik und Gesellschaft wählt, muß sich im klaren darüber sein, daß die Verstärkung der unmittelbaren Demokratie keineswegs der Königsweg ist, ja überhaupt nur dann Sinn macht, wenn sie eingeordnet wird in grundsätzliche Überlegungen zur Notwendigkeit der Reform des politischen Systems insge-

---

1 (Alle Anm. sind – wenn nicht anders vermerkt – Anm. des Herausgebers.) – Die Beiträge zum Kolloquium sind in einer Broschüre versammelt, die unter dem Konferenztitel »Unmittelbare Demokratie zwischen Anspruch und Wirklichkeit« von Schumanns Fraktionskollegen Lothar Bisky, Gerlinde Stobrawa und Heinz Vietze herausgegeben worden und in der »edition rottdorn« in Potsdam 1998 erschienen ist. Schumanns Beitrag findet sich auf S. 66-69.

2 Prof. Dr. Lothar Bisky, PDS-Parteivorsitzender und Fraktionsvorsitzender der PDS-Fraktion im Landtag Brandenburg, hatte das Kolloquium mit einem Beitrag unter der Überschrift »Eine andere Art von Politik muß gewollt sein!« (S. 7-16) eröffnet.

3 Dr. Hans Otto Bräutigam, hatte auf dem Kolloquium zum Thema »Die Verfassung wächst in ständiger Auseinandersetzung mit den politischen Realitäten, in denen wir leben« gesprochen (S. 16-26) und sich dann noch einmal in der Diskussion mit einem Beitrag »Ein Stück Bürgernähe in die repräsentative Demokratie bringen« (S. 61-66) zu Wort gemeldet.



samt. Insbesondere ist es nach meiner Überzeugung ein Trugschluß anzunehmen, der Ausbau der unmittelbaren Demokratie könnte allein oder auch nur hauptsächlich bewirken, daß die Züge von Sterilität, die dem politischen System anhaften, und die sich in der weit verbreiteten Politikverdrossenheit niederschlagen, überwunden werden.

Eine sozialistische Partei, die nach ihren programmatischen Grundlagen und in ihrer Politik einem gesellschaftskritischen Ansatz verpflichtet ist, muß diesen Ansatz auch in der verfassungspolitischen Diskussion zum Tragen bringen. Ich will die wichtigsten Elemente dieses gesellschaftskritischen Ansatzes, wie sie meines Erachtens im Hinblick auf das Problem der Demokratie bestimmt werden müssen, kurz benennen und versuchen, das Problem der unmittelbaren Demokratie einzuordnen.

Der gesellschaftskritische Ansatz bedeutet *nicht* den absoluten Bruch mit den gegenwärtigen verfassungsrechtlich fixierten Funktionsmechanismen des politischen Systems und – dadurch vermittelt – der sozialen Reproduktion. Das für die Programmatik der PDS bestimmende Verständnis der modernen Gesellschaft geht vielmehr davon aus, daß neue Formen sozialer Reproduktion, die aus ökologischen, weltwirtschaftlichen und im engeren Sinne sozialen Gründen erforderlich sein werden, nur bei Bewahrung geschichtlich erfolgreicher politischer Gestaltungsprinzipien und Institutionen entstehen können. Insofern ist die PDS eine Verfassungspartei, auch wenn man das in Bayern, Berlin und anderswo nicht begreift.

Und es liegt daher ganz in der Logik ihrer gesellschaftskritischen Programmatik, wenn sich die PDS in Sachen Verfassung so außerordentlich engagiert hat und weiter engagieren wird.

Der gesellschaftskritische Ansatz bedeutet unter dieser Voraussetzung zugleich, die strukturellen Defizite moderner Verfassungen und demokratischer Verfassungswirklichkeit in den Blick zu nehmen und als Herausforderungen auch an die Verfassungspolitik zu artikulieren. Richard von Weizsäcker hat in seinem jüngsten »Spiegel«-Gespräch<sup>4</sup> Gefahren verdeutlicht, die aus mangelnder Verbindung von Intellektualität und Politik, aus Konzeptionslosigkeit und der Neigung, langfristige Probleme auszublenden, resultieren. Aus der zutreffenden Gefahrendiagnose ergibt sich aus meiner Sicht die Frage nach der Notwendigkeit einer *Demokratisierung der Demokratie*.<sup>5</sup>

Demokratie hat sehr viel mit Interessenvertretung zu tun. Aber die Frage ist nicht beantwortet – und sie wird auch durch den Ausbau der direkten Demo-

---

4 Anm. Schumann: Vgl. Der Spiegel, Nr. 37 vom 8. September 1997, S. 40 ff.

5 Anm. Schumann: Vgl. ausführlich: André Brie, Michael Brie, Judith Dellheim, Thomas Falkner, Dieter Klein, Michael Schumann, Dietmar Wittich: Zur Programmatik der Partei des Demokratischen Sozialismus, a.a.O., bes. S. 93ff; siehe auch Michael Brie: Die Demokratisierung der Demokratie, Neues Deutschland, Berlin, 3./4. August 1996, S. 10.

kratie nicht ohne weiteres beantwortet –, wie die Interessen derjenigen heute machtvoll zur Geltung gebracht werden können, die in der Zukunft leben und mit den Folgen der gegenwärtigen, die natürlichen Lebensgrundlagen vielfach irreversibel zerstörenden Produktions- und Konsumtionsweise belastet sein werden. Die Frage ist nicht beantwortet, wie die Lebensinteressen von vier Fünfteln der Menschheit hier, in den Zentren, zur Geltung kommen können, wo im Grunde alle ihre Existenzgrundlagen betreffenden weltwirtschaftlich-weltpolitischen Entscheidungen fallen. Und die Frage ist nicht beantwortet, wie jene immer größer werdende Minderheit, die infolge der neoliberalen »Bewältigung« der technischen Revolution aus dem gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß und Erwerbsleben ausgestoßen werden und aufgrund dessen Selbstbewußtsein und Gestaltungskraft einbüßen, ihre Interessen hier und heute machtvoll, durchsetzungsfähig zur Geltung bringen können.

Das sind zentrale Herausforderungen im Hinblick auf eine progressive Gestaltung der Demokratie und Verfassungsordnung, denen wir uns jedenfalls nicht entziehen dürfen.

Das mindert die Bedeutung des Kampfes um mehr unmittelbare Demokratie nicht im mindesten. Aber wir müssen sie in diesen Kontext stellen. Und wir müssen Wege finden, den Kampf um mehr unmittelbare Demokratie mit der Lösung der angesprochenen Grundprobleme für eine demokratische Perspektive der Gesellschaft zu verbinden. Das verlangt vor allem eine intellektuelle Begleitung und Kritik der Politik und ist somit eine Frage der politischen Kultur dieser Gesellschaft. Bleibt diese Problemdimension unbeachtet, laufen wir Gefahr, mit unserem Plädoyer für die Stärkung unmittelbarer Demokratie falsche Schwerpunkte zu setzen und uns auf eine effektivere Durchsetzung eh, schon privilegierter Interessen zu beschränken.

Alle Formen bzw. Institute der Demokratie können ihre Möglichkeiten nur im Zusammenhang eines Gesamtsystems entfalten. Sie können sich wechselseitig nicht substituieren. Die unmittelbare Demokratie kann die Vertretungsdemokratie nicht ersetzen, und sie kann auch nur ein Element der Stärkung von Demokratie sein, wenn *zugleich* die Vertretungsdemokratie gestärkt wird. Sie vor allem ist reformbedürftig. Die Parlamente werden von den Exekutiven dominiert, die Parteien haben sich gegenüber Parlamenten und Regierungen in eine beherrschende Position gebracht, die Rechte der Opposition sind oft beschnitten, das freie Mandat ist durch Fraktionszwang nur noch eine Leerformel u. a. m.

Alle diese Probleme ergeben sich meines Erachtens nicht primär aus schlechten geschriebenen und ungeschriebenen Regeln, sondern letztlich aus einer mangelnden Verwurzelung der Politik in der Gesellschaft, daraus, daß zwischen die Politikerinnen und Politiker einerseits und die Gesellschaft und ihre Konflikte andererseits eine zunehmende Vielfalt bürokratischer, partei- und organisationspolitischer und medialer Prismen tritt, die Entfremdung er-

zeugen und Lobbyismus befördern. Hier kann die Stärkung der unmittelbaren Demokratie hilfreich sein, indem sie die politische Klasse unmittelbar mit dem nicht wegdiskutierbaren, unverfälschten Willen der Menschen in wesentlichen politischen Fragen konfrontiert. Insofern denke ich, daß die unmittelbare Demokratie ein permanent wirkendes Mittel sein kann, um die Vertretungsdemokratie – gewissermaßen durch den Druck von außen und von unten – beständig zu revitalisieren und so zur Stärkung der Demokratie insgesamt beizutragen. Und die Formel von Herrn Nemitz<sup>6</sup> – der beste Bürgerentscheid sei der, der gar nicht erst stattfinden müsse – würde ich dementsprechend auch nicht für die plebiszitäre Demokratie insgesamt für richtig halten.

Vorstellungen allerdings, die auf eine Implantierung direkt demokratischer Elemente in den Funktionsmechanismus der Vertretungsdemokratie abzielen – hier teile ich die Auffassung von Minister Bräutigam –, halte ich grundsätzlich für verfehlt. Damit wird lediglich die Illusion eines Brückenschlags von Gesellschaft und Politik genährt. Die unmittelbare Demokratie kann ihre belebende Wirkung auf das demokratische System nur als *unmittelbare* Demokratie, nicht als Versatzstück parlamentarischer Willensbildung ausüben.

---

6 Carsten Nemitz von »Mehr Demokratie« e.V., München, hatte zum Thema »Unmittelbare Demokratie: Wenn Bürger wirklich mitreden!« gesprochen (S. 53-61). – Weitere Beiträge auf dem Kolloquium waren gehalten worden von Martina Michels (PDS), Vizepräsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin, Gerlinde Stobrawa, europapolitische Sprecherin der PDS-Fraktion im Landtag Brandenburg, Dr. Otmar Jung, Privatdozent, Berlin, und Heinz Vietze, Parlamentarischer Geschäftsführer der PDS-Fraktion im Landtag Brandenburg.

# Innere Sicherheit?

## Plädoyer für einen kritisch-aufklärerischen Umgang mit den Grundfragen der Sicherheits- und Kriminalpolitik

Vortrag in der Gruppe der PDS im Deutschen Bundestag in Bonn  
am 7. Oktober 1997<sup>1</sup>

### I

Der Zustand der öffentlichen Sicherheit und die von Gewalt und Kriminalität ausgehenden Bedrohungen sind ein die gesamte Gesellschaft bewegendes Thema. Auch wenn es die demokratische Linke in den bevorstehenden Wahlkämpfen nicht von sich aus favorisieren wird, so wird sie mit ihm doch – vermutlich sogar sehr stark – konfrontiert werden. Insbesondere die CDU/CSU wird es als ein zentrales Wahlkampfthema benutzen.

Die PDS muß sich darauf einstellen, daß auch ihr Wählerklientel den Fragen der öffentlichen Sicherheit große Bedeutung beimißt und die Einstellungen diesbezüglich vom Durchschnitt der Bevölkerung kaum abweichen. Das bedeutet einmal, daß wir die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger vor Gewalt und Kriminalität als ein ebenso vitales Wählerinteresse in Rechnung stellen und ebenso ernst nehmen müssen wie das Interesse an einem Arbeitsplatz oder an bezahlbarem Wohnen. Das bedeutet zum anderen, daß wir uns den sicherheits-, kriminal- und rechtspolitischen Fragen verstärkt und kritisch zuwenden müssen, die die Wählerinnen und Wähler in besonderer Weise umtreiben. Das betrifft relativ stark (nach einer Forsa-Umfrage im September 1997):  
*erstens* die Frage der Kriminalitätsprävention, die für 77% der Befragten überwiegend wichtig ist;  
*zweitens* die raschere Verurteilung von Straftätern, die 74% für entscheidend halten;  
*drittens* die Verschärfung der Strafgesetze und die Verstärkung der Polizei, die zwei Drittel der Wählerinnen und Wähler verlangen;  
*viertens* die Berechtigung subjektiver Kriminalitätsbefürchtungen, da 40% der Befragten erklären, sie befürchteten selbst, Opfer einer Straftat zu werden;

---

1 Anm. des Herausgebers: Der Vortrag wurde abgedruckt in der damals in Köln erscheinenden Zeitschrift »Geheim«, Heft 4/1997. – Einen kürzeren, ähnlich angelegten Vortrag hatte Michael Schumann am 15. März 1997 auf einer Konferenz des »kommunalpolitischen forum Land Brandenburg« e.V. in Potsdam gehalten. Der Titel dieses Vortrages hieß – wie auch der Titel der dann von der Fraktion der PDS im Landtag Brandenburg veröffentlichten Broschüre –: »Objektive Kriminalitätslage und subjektive Kriminalitätsbefürchtungen«.

schließlich *fünftens* Fragen der Kriminalitätsursachen, die 89% vorwiegend in der hohen Arbeitslosigkeit, 69% in Gewaltdarstellungen der Medien, 63% im Zerfall der Familie, 60% im Werteverlust und 58% in der Zuwanderung von Ausländern sehen.

Die demokratische Linke hat die Aufgabe, zu diesen Wertungen und Einstellungen der Bürgerinnen und Bürger, insofern sie tatsächliche Probleme und Erfordernisse der öffentlichen Sicherheit und Kriminalitätsbekämpfung widerspiegeln, mit eigenen praktikablen Vorstellungen Stellung zu nehmen und *zugleich* in starkem Maße dort aufklärend zu wirken, wo die in diesen Befragungsergebnissen zum Ausdruck kommenden Wertungen und entsprechenden Erwartungshaltungen den Realitäten nicht entsprechen und eher als Folge medienvermittelter sicherheitspolitischer Kampagnen insbesondere der CDU/CSU angesehen werden müssen.

Diese Doppelaufgabe ist schwierig zu bewältigen. Die unverzichtbare Aufklärung über realitätsfremde bzw. überzogene Beurteilungen des Kriminalitätsgeschehens und illusionäre Erwartungen in bezug auf die Möglichkeiten polizeilicher und strafrechtlicher Repression gerät leicht in den Geruch, von den Alltagsproblemen der Menschen durch akademische Diskussionen abzulenken, das heißt in den Geruch von Politikunfähigkeit. Deswegen müssen wir auch auf diesem Feld mit Vorschlägen, deren praktischer Nutzen überzeugt, in Erscheinung treten. Gleichwohl werden wir auf die Aufklärung im oben erwähnten Sinn außerordentliches Gewicht legen.

Ausgenommen Bündnis 90/Die Grünen, gehen alle anderen Parteien mit diesem Thema primär populistisch um. Bei dem für uns erreichbaren, halbwegs für kritische Fragen offenen Teil der Bevölkerung können wir nur verlieren, wenn wir auf eine deutliche alternative Profilierung auf diesem Gebiet verzichten. Nicht nur im Hinblick auf die Bundestagswahl, sondern auch die Landtags- und Kommunalwahlen stellt sich die Frage einer stärkeren Offensive der PDS und der Notwendigkeit, in den eigenen Reihen eine größere Aufgeschlossenheit für alternative Positionen in der Sicherheits-, Kriminal- und Justizpolitik, wie sie in verschiedenen, von der gesamtdeutschen Öffentlichkeit jedoch kaum wahrgenommenen Stellungnahmen von PDS-Gliederungen (vor allem in Mecklenburg-Vorpommern, Berlin und Sachsen-Anhalt) und dem überwiegend zustimmungsfähigen Sicherheitskonzept von Bündnis 90/Die Grünen enthalten sind,<sup>2</sup> zu erreichen.

---

2 (Diese und alle weiteren Anm. von Schumann.) Volker Beck, Kerstin Müller, Rezzo Schlauch u. a.: Die Freiheitsstrafe muß auf schwere Fälle beschränkt werden, in: Frankfurter Rundschau, 25. September 1997.

## II

Sowohl für die weitere Ausarbeitung alternativer sicherheits- und kriminalpolitischer Positionen als auch für die Herstellung eines öffentlichen Resonanzbodens für diese Positionen ist neben einer objektiven Analyse des tatsächlichen Kriminalitätsgeschehens, seiner Ursachen und begünstigenden Bedingungen<sup>3</sup> die Auseinandersetzung mit dem vorherrschenden Konzept der »Inneren Sicherheit« unabdingbar. Sie verdeutlicht nicht zuletzt, daß jede isolierte Behandlung dieses Themas, der Verzicht darauf, es in den gesamtpolitischen Kontext zu stellen, Gefahr läuft, die Dimension des Problems zu reduzieren.

Der Begriff »Innere Sicherheit« gehört nicht zur politischen Semantik der PDS. Es geht um *persönliche* und um *öffentliche* Sicherheit. Der Begriff der persönlichen Sicherheit stellt darauf ab, daß es im Kern immer um die Sicherheit der einzelnen Bürgerin und des einzelnen Bürgers vor Gewalt und Kriminalität geht. Er schließt damit ein Sicherheitsverständnis ein, welches dem Schutz vor der Willkür *staatlicher* Gewalt, also der Stärkung der Bürgerrechte, einen entscheidenden Stellenwert einräumt. Der Begriff der öffentlichen Sicherheit widerspiegelt den Sachverhalt, daß es um die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger auch im öffentlichen Raum und als öffentliche Angelegenheit geht.

Es handelt sich hierbei nicht um eine scholastische Diskussion um Worte. Hinter diesen Worten stehen grundsätzlich verschiedene politische Konzepte und Praxen, die ihre Geschichte haben.

Der Begriff der Inneren Sicherheit markiert eine bestimmte Tendenz des staatlich praktizierten Sicherheitsverständnisses in der Bundesrepublik, den Aufstieg des präventiven Sicherheitsstaates nach der ersten großen Wirtschaftskrise der BRD von 1966/67:

»Nicht mehr orientiert am Ausnahmezustand (wie ihn noch die Notstandsgesetze der sechziger Jahre zur Ausgangslage hatten)«, schreibt Gössner, »sondern orientiert am krisengeschüttelten Alltag – eine Entwicklung weg vom erklärten Notstand, hin zur ›veralltäglichten‹ Notstandsvorsorge bzw. Notstandsverhinderung. Denn schließlich waren es nicht nur Zeiten der sozialpolitischen Unruhe, sondern zugleich Zeiten des technologischen Umbruchs – auf der Schwelle in die ›Risikogesellschaft‹ (Ulrich Beck), die sich die Produktion unvorstellbarer Gefahrenpotentiale und (Beinahe-)Katastrophen im Gefolge einer forcierten Großtechnologie leistet. ... Diese Produktion von existentieller

---

3 Vgl. Martin Klingst, Christian Pfeiffer: Tatort Deutschland. Kriminalitätsentwicklung im vereinten Deutschland: Empirische Befunde – Erklärungsansätze – Rechtspolitische Folgen, in: Rolf Gössner (Hrsg.): Mythos Sicherheit. Der hilflose Schrei nach dem starken Staat, Baden-Baden 1995, S. 27 ff.

Unsicherheit, die in der Bevölkerung Ängste und Verunsicherung verbreitete, versuchte man durch immer aufwendigere Sicherheitsmaßnahmen zu kompensieren – die dann jedoch in erster Linie dazu benutzt wurden, die wachsende außerparlamentarische Opposition gegen die Zerstörung der Lebensgrundlagen zu kriminalisieren und in Schach zu halten. Die Risikogesellschaft, die immer verletzlicher werdende hochtechnisierte Industriegesellschaft, so stellte sich sehr bald heraus, bedingt den präventiven Sicherheitsstaat, ohne daß dieser auch nur ansatzweise wirkliche Sicherheit schaffen kann. Der zum Jahrzehntwechsel der sechziger zu den siebziger Jahren aufkommende ›Terrorismus‹ der bewaffneten Gruppen war also nicht etwa Ursache der damals einsetzenden neuartigen Sicherheitsentwicklung, sondern allenfalls forcierendes Element für deren beschleunigte Realisierung und Eskalierung.«<sup>4</sup>

Der Ausdruck »Innere Sicherheit« ist längst zu einem ideologischen Kampfbegriff geworden. Er repräsentiert eine sicherheitspolitische Grundposition, die auf das engste mit der herrschenden neokonservativen und neoliberalen Gesellschaftspolitik sowie mit einem antiliberalen Staats- und Verfassungsverständnis verbunden ist. *Erstens* verklammert der Begriff der Inneren Sicherheit die Sicherheit vor Kriminalität mit der Sicherheit vor einem extensiv ausgelegten *Extremismus*. Bundesinnenminister Kanther schreibt: »Innere Sicherheit ist grundlegende Voraussetzung für ein freiheitliches und friedliches Zusammenleben. Kriminalität und Extremismus in all ihren Erscheinungsformen bedrohen dies wichtige Gut.«<sup>5</sup>

Die Bürgerinnen und Bürger haben selbstverständlich ein Recht darauf, auch vor politisch motivierten, sogenannten extremistischen Straftaten geschützt zu sein. Auch ist der Schutz der Grundlagen des demokratischen Verfassungsstaates (Volkssouveränität, Gewaltenteilung, Freiheit der Meinungsäußerung, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit) gegebenenfalls eine Angelegenheit der öffentlichen Sicherheit. Es geht hierbei um die Fundamente des Schutzes der Bürgerinnen und Bürger sowohl vor extremistischer Einschüchterung bei der Wahrnehmung politischer Grundrechte als auch – und nach aller Erfahrung insbesondere – vor staatlicher Willkür. Für demokratische Sozialistinnen und Sozialisten ist der demokratische Verfassungsstaat – bei all seinen Ambivalenzen, Mängeln und seiner Reformbedürftigkeit – die einzig mögliche politische Form auch zur Durchsetzung sozialistischer Ziele. Von daher lehnen wir politischen Extremismus – als politische Haltung, die die Grundlagen des demokratischen Verfassungsstaates negiert – ab und halten

---

4 Rolf Gössner: Das Anti-Terror-System. Politische Justiz im präventiven Sicherheitsstaat (Terroristen & Richter 2), Hamburg 1991, S. 62 f.

5 Manfred Kanther: Die Zeit des Wegduckens vor der kriminellen Gefahr muß vorbei sein, in: Frankfurter Rundschau, 15. Oktober 1997.

seine Bekämpfung und Eindämmung, insofern er sich in gewalttätigen Handlungen resp. Straftaten äußert, auch als Aufgabe der öffentlichen Sicherheit für notwendig.

Aber nicht darum geht es den Wortführern der Inneren Sicherheit. Jedem Verfassungsschutzbericht kann man entnehmen, daß in diesem Staat bereits das Bekenntnis zu marxistischen, kommunistischen oder sozialistischen Auffassungen als Ausdruck politischen Extremismus' gilt. Die legitimen Gewalten des Staates sind es, die durch eine kriminalisierende Denunziation sozialistischer Überzeugungen als Extremismus Fundamente des demokratischen Verfassungsstaates permanent in Frage stellen, die durch ihre Politik der Berufsverbote in Ost und West bewußt eine Rechtsunsicherheit erzeugen, »deren objektive Funktion darin liegt, den einzelnen den Abbau demokratischer Rechte durch Verzicht auf ihre Wahrnehmung mittragen zu lassen.«<sup>6</sup> Die »Philosophie«, die sich mit dem Begriff der Inneren Sicherheit verbindet, ist ganz wesentlich darauf gerichtet, jede (von emanzipatorischen Intentionen ausgehende!) Infragestellung – nein, nicht des demokratischen Verfassungsstaates, sondern: des empirischen sozialökonomischen und politischen Status quo als Bedrohung der Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger erscheinen zu lassen. Sie verkörpert eine seit Jahrzehnten praktizierte, an europäischen Maßstäben gemessen überaus beschämende Politik der Gesinnungsverfolgung, lange genug unter maßgeblicher Beteiligung von NS-belasteten Politikern und Juristen.<sup>7</sup> Eine unkritische Rezeption des Konzepts und Begriffs der Inneren Sicherheit kann daher schon aus diesem Grunde nicht in Frage kommen.

*Zweitens* verbindet sich mit dem Begriff der Inneren Sicherheit eine politische Strategie, welche die *gesellschaftlichen* Möglichkeiten zum Abbau von Ursachen und begünstigenden Bedingungen von Gewalt und Kriminalität permanent schwächt und die dadurch eintretenden Konsequenzen, die sozialen und sozialpsychischen Defizite, mit der Verstärkung staatlicher Repression beantwortet. Die Legitimation für dieses Vorgehen wird wesentlich durch die Formierung eines Angstpotentials in breiten Bevölkerungskreisen und durch eine sicherheitspolitische Propaganda erzeugt, die den längst widerlegten Aberglauben an die Allmacht polizeilicher und strafrechtlicher Repressionsinstrumente nährt.

Die von den Experten der Inneren Sicherheit favorisierte, auf Verschärfung der strafrechtlichen Repression setzende »neue« Kriminalpolitik ist auch und gerade im Hinblick auf die Erscheinungen der Alltagskriminalität (Stichwort:

---

6 Morus Markard, Gabi Minz: Berufsverbot, in: Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus, hrsgg. von Wolfgang Fritz Haug, Bd. 2., Hamburg 1995, Spalte 170/171.

7 Bernt Engelmann: Rechtsverfall, Justizterror und das schwere Erbe. Zur Geschichte der deutschen Strafjustiz 1919 bis heute (Die unsichtbare Tradition, Bd. II), Köln 1989, S. 291 ff.



Sprayer) nicht problemadäquat. Sie ist ungeeignet, dem Grundphänomen ausufernder Normverletzung – außerhalb wie innerhalb des Strafrechts – beizukommen, weil sie den Sinn, die Möglichkeiten und Grenzen des modernen Strafrechts verkennt.

»Um Integration der von dieser Politik Betroffenen« – lesen wir bei Hassemer – »geht es nicht; es geht vielmehr um deren Entfernung aus der Wahrnehmung der generalisierten Opfer, also der Bürgerinnen und Bürger, der Wählerinnen und Wähler. Um Prävention geht es nur ansatzweise, nämlich in dem beschränkten Sinne, daß nicht stören oder verletzen kann, wer nicht mehr da ist. Um Repression geht es nicht im anspruchsvollen Verständnis des Strafrechts, welches darunter eine angemessene Reaktion auf Unrecht versteht, sondern in der kruden Auffassung einer Unterdrückung dessen, was man nicht haben will. Diese Art Kriminalpolitik hat sich vom strafrechtlichen Denken, seinen Methoden, Ansätzen und Prinzipien so weit entfernt, daß man sich fragen muß, wieso sie ausgerechnet auf strafrechtliche Instrumente setzt, um ihre gesellschaftspolitischen Ziele zu erreichen. Die richtige Antwort dürfte sein: Man setzt auf das Strafrecht, weil man nur dort hinreichend scharfe Instrumente vorfindet, um die starken Ahndungs- und Kontrollbedürfnisse zu befriedigen, welche sich derzeit mit *life style crimes* verbinden.«<sup>8</sup>

Die weitgehende Negierung der entscheidenden sozialpolitischen Ansätze zur Kriminalitätsbekämpfung durch die Regierungspolitik verleiht der von ihr ausgehenden öffentlichen Debatte eine überwiegend symbolische Bedeutung. Das hat die Auseinandersetzung im Bundesrat mit den Initiativen aus Bayern und Hamburg erneut verdeutlicht. Es gehe – wie der bayerische Ministerpräsident Stoiber betonte – um die Frage »einer grundsätzlichen Neubessinnung auf die Funktion von Recht und Ordnung in einer freiheitlichen Gesellschaft«.<sup>9</sup> Diese Neubessinnung besteht nicht darin, daß man die öffentliche Sicherheit ernst oder auch ernster nehmen muß. Das ist nichts Neues. Die neo-konservative/neoliberale Politik zielt vielmehr darauf ab – und das Thema öffentliche Sicherheit und Kriminalitätsbekämpfung ist dafür Vehikel –, den Staat umzubauen, das heißt, die infolge der Deregulierung und der sozialreaktionären Politik knapper werdenden Ressourcen des Staates auf Sicherheitsgewähr im Sinne von Repression zu konzentrieren und den Staat damit aus sozialer und ökologischer Verantwortung zu entlassen. Damit wird einmal die grundgesetzlich verbürgte soziale Komponente des Rechtsstaates in Frage gestellt. Zum anderen werden die Abwehrrechte der Bürgerinnen und Bürger mit dem Hinweis auf Sicherheitserfordernisse eingeschränkt – mit der Folge,

---

8 Winfried Hassemer: Über Sprayer, die gestörte Bevölkerung und den Ruf nach Strafe, in: Frankfurter Rundschau, 18. Oktober 1997.

9 Edmund Stoiber in: Bundesrat, Stenographischer Bericht, 715. Sitzung, Bonn, Freitag, den 5. September 1997, S. 337.

daß die grundrechtszentrierte Qualität der Verfassungsordnung unterminiert wird. In der Politik der Inneren Sicherheit der CDU/CSU laufen zwei Dinge zusammen: Der Abbau des Sozialstaates und der Abbau des Grundrechtsschutzes. Beides wird mit vermeintlichen Erfordernissen der Kriminalitätsbekämpfung begründet. Aber eine Politik nach der Formel »Je weniger soziale Sicherheit, desto mehr ›Innere Sicherheit‹«<sup>10</sup> wird nicht die Kriminalität zurückdrängen, sondern die sozialen, demokratischen und rechtsstaatlichen Fundamente der Bürgergesellschaft angreifen.

Längst haben sich die als realitätsfremde »Kassandra-Rufe« denunzierten Befürchtungen aus dem Raum der kritischen wissenschaftlichen und politischen Öffentlichkeit bestätigt: Die Politik der Inneren Sicherheit ist im Hinblick auf eine spürbare Eindämmung der Kriminalität nicht nur nicht erfolgversprechend. Sie führt vielmehr zu einer schleichenden Zersetzung der demokratischen und rechtsstaatlichen Substanz der Verfassung und Verfassungswirklichkeit der Bundesrepublik.<sup>11</sup> Konservative Verfassungsrechtler und Verfassungspolitiker plädieren seit langem dafür, das grundgesetzliche Rechtsstaatsprinzip von der vorgeblichen »Hypertrophierung der Staatsabwehrdoktrin« zu lösen, mit der – aufgrund ihrer hegemonialen Stellung im rechtspolitischen Diskurs geradezu zwangsläufigen – Folge, daß sich die exekutive »Optik« auch von Verfassungs wegen bestätigt fühlen muß. Es wird nicht mehr gefragt, welches Ausmaß an judikativen und exekutiven Eingriffen in verfassungsrechtlich geschützte Grundrechte zur Verbrechensbekämpfung rechtsstaatlich hingenommen werden kann. Die (verfassungsrechtliche) Ausgangsfrage der Sicherheitsexperten lautet vielmehr: »Welches Ausmaß an Individualfreiheiten ist für eine notwendige und wirksame Verbrechensbekämpfung durch Judikative und Exekutive noch rechtsstaatlich verträglich?«<sup>12</sup> Danach ist klar, wohin der auf den ersten Blick harmlose Vorschlag, den »Schutz vor Kriminalität als Staatsziel in das Grundgesetz aufzunehmen«,<sup>13</sup> im Falle seiner Realisierung führen wird.

*Drittens* orientiert das Konzept der Inneren Sicherheit in Hinblick auf die subjektiven Kriminalitätspotentiale entschieden zu wenig auf die Kriminalität der »weißen Kragen«, auf die Wirtschafts- und Umweltkriminalität großen

---

10 Rolf Gössner: Grundrechte-Zerfall und Demokratie-Abbau. Auf dem Weg in den autoritären »Sicherheitsstaat«?, in: Eigentum verpflichtet. Die Erfurter Erklärung, hrsgg. von Daniela Dahn, Dieter Lattmann, Norman Paech, Eckart Spoo, Heilbronn 1997, S. 118.

11 Uwe-Jens Heuer; Michael Schumann: Innere Sicherheit. Anmerkungen zum politischen Hintergrund der Diskussion, in: Sozialismus (Hamburg), Heft 12/1993, S. 6.

12 H.-J. Brasch, K. Köhn, K. Kommoß, O.-H. Winkelmann: Der Gesetzesungehorsam der Justiz. Eine kriminologische Untersuchung zur Problematik von Verfahrenserledigungen im Verhältnis Polizei/Justiz und ihre Auswirkungen auf kriminal- und gesellschaftspolitische Prozesse, Hrsg.: Bund Deutscher Kriminalbeamter, Lübeck/Berlin/Essen/Wiesbaden 1997, S. 17.

13 Ebenda, S. 144.

Stils. Die Kriminalität von Ausländern, Jugendlichen und Drogenabhängigen wird dagegen zur eigentlichen Gefahr stilisiert. Ich erspare mir hier alle statistischen Angaben und kann auch nicht auf die tatsächlich problematische Entwicklung in diesem Bereich eingehen. Ich möchte lediglich darauf aufmerksam machen, welche zum Teil grotesken Vorstellungen bei den konzeptionellen Ideologen der Inneren Sicherheit über subjektive Kriminalitätspotentiale vorhanden sind. So äußerte Berndt Georg Thamm auf der Fachtagung der Gewerkschaft der Polizei am 12. September 1996 in Berlin zum Thema »Hauptstadt Berlin – Drehscheibe der organisierten Kriminalität?« unter der Überschrift »Man power für die OK« folgendes:

»Mit dem Niedergang des Kommunismus wurde in alten und neu entstandenen Staaten durch Umstrukturierungen, Entlassungen und Auflösungen auch man power frei. Zu den nun politisch Arbeitslosen gehörten: geschafte Mitglieder der Ex-Nomenklatura, demobilisierte Angehörige der Staatsgewalt, so Ex-Soldaten, Ex-Polizisten, Ex-Zöllner, Ex-Grenzschrützer und Ex-Nachrichtendienstler, entlassene Wissenschaftler (als Opfer privatwirtschaftlicher Rationalisierung). Die Größenordnung dieses Potentials ist gewaltig. So wurde zum Beispiel zum Ende des ›Kalten Krieges‹ hin allein die Anzahl der hauptamtlichen (= offenen) Mitarbeiter der Staatssicherheitsdienste der Mitgliedstaaten des Warschauer Paktes auf insgesamt 0,7 bis über eine Million geschätzt. Hunderttausende waren Volksmilizen angehörig ...«.<sup>14</sup>

Ich zum Beispiel darf mich nun als früher fest angestellter DDR-Wissenschaftler und ehemaliges Kampfgruppen-Mitglied nicht allein als Diener eines »Unrechtsstaates« denunzieren lassen, sondern nach dieser von den Herren Schönbohm, Saberschinsky und Lutz beglaubigten Veröffentlichung<sup>15</sup> auch noch als »man power« der Organisierten Kriminalität. Die geradezu hemmungslose *Diskriminierung ostdeutscher (und überhaupt östlicher) Lebensläufe* als generelles Kriminalitätspotential gehört zu den Markenzeichen einer Politik, die sich heute mit dem Stichwort der Inneren Sicherheit verbindet.

Es handelt sich bei diesen Stigmatisierungen im übrigen um die »sicherheitspolitische« Ableitung aus andernorts vorgefertigten ideologischen Stereotypen. Hier geht eine Saat auf, die erzkonservative Wortführer wie Arnulf Baring in den fruchtbaren Boden des westdeutschen Publikums einbrachten. Die Spalter nach dem Ende der Spaltung »radikalisieren« die Kritik am realsozialistischen Regime der DDR zur Diagnose einer quasi anthropologischen Katastrophe; es habe »ein halbes Jahrhundert die Menschen verzweigt«. <sup>16</sup> Un-

---

14 Berndt Georg Thamm: Innovationsbestrebungen der Organisierten Kriminalität in den 90er Jahren, in: Gewerkschaft der Polizei – GdP-Fachtagung »Hauptstadt Berlin – Drehscheibe der Organisierten Kriminalität?«, Hilden 1996, S. 18.

15 Jörg Schönbohm – Innensenator von Berlin; Hagen Saberschinsky – Polizeipräsident von Berlin; Hermann Lutz – Vorsitzender der GdP.

16 Arnulf Baring: Deutschland, was nun?, Berlin 1991, S. 59.

ter dem nichtssagenden Stichwort »kraftloser mentaler Befindlichkeit« werden die lebenden »Ossi«-Generationen als unrettbar verloren, unlösbar gekettet an den Verhaltenstyp des »jammernden Forderns« oder »fordernden Jammers«<sup>17</sup> einsortiert. Das war nur noch von Roethe zu überbieten. Dafür, daß sie jahrzehntelang in jeder Hinsicht und im Vergleich zu den Westdeutschen unverhältnismäßig an den Kriegsfolgen zu tragen hatten, dürfen sich die Ostdeutschen jetzt in der zynischsten Weise als »schamlose Plünderer« vorführen lassen, deren treibendes Motiv – ihre wirkliche »DDR-Identität« – in der Pflege ihres »parasitären Lebensstils« bestünde. Der Bürger der DDR – »ein maßloses und von Hybris durchsetztes Geschöpf«<sup>18</sup>. Allein die Ausdrucksweise verrät die Mentalität des verhinderten »Herrenmenschen«. Wie weit aber ist es vom »schamlosen Plünderer« bis zum Verbrecher?

Dies verweist uns bereits auf ein *viertes* wesentliches Charakteristikum der Politik der Inneren Sicherheit: ihren *irrationalen Umgang mit dem Phänomen der subjektiven Kriminalitätsbefürchtungen*. Wir haben es mit dem Phänomen überhöhter Kriminalitätsbefürchtungen zu tun, das politisch außerordentlich ernst genommen werden muß. Es hat unmittelbar die Lebensqualität beeinträchtigende Folgen. Überhöhte Kriminalitätsbefürchtungen forcieren bekanntlich potentiell die Neigung zur Einschränkung von sozialen Kontakten, die Neigung zu Aktivitäten des »Selbstschutzes«, die Tolerierung autoritären Staatshandelns aufgrund der Akzeptanz überzogener kriminalpolitischer Forderungen, die lediglich von symbolischer Bedeutung und hinsichtlich der Zielprojektionen illusionär – und zu teuer – sind, den Vertrauensschwund in bezug auf die normative Kraft der Rechtsordnung, die Tendenzen zur »Zwei-Klassen-Sicherheit« durch die Verkoppelung von Sicherheitsstandards und privater Finanzkraft (Inanspruchnahme von privaten Sicherheitsdiensten, sicherheitstechnische Ausstattung von Eigenheimen, Wohnungen usw.). Kriminalitätsbefürchtungen resultieren aus mindestens vier Faktoren: unmittelbaren persönlichen Erfahrungen mit Kriminalität, positiven Kenntnissen über kriminelles Geschehen und kriminell verursachte Schäden im sozialen Umfeld (im Sinne der »Nachbarschaftsebene«), Mediendarstellungen (nicht nur im Sinne der Berichterstattung, sondern umfassender des medialen Umgangs mit dem Thema Kriminalität) und politischen – überwiegend medienvermittelten – Kampagnen.

Es besteht die im Grunde paradoxe Situation, daß (bis auf Ostberlin, Bayern und näherungsweise Baden-Württemberg) die Kriminalitätsbefürchtungen dort am größten sind, wo die objektive Kriminalitätsbelastung relativ gering ist und vice versa. Zwischen subjektiver Kriminalitätsbefürchtung und

---

17 Derselbe: Scheitert Deutschland? Abschied von unseren Wunschwelten, Stuttgart 1997, S. 72.

18 Thomas Roethe: Schamlose Plünderer, in: Die Woche, Berlin, 3. Oktober 1997, S. 34.

objektiver Kriminalitätsbelastung gibt es in der Regel keine Entsprechung. Es ist jedoch nach aller Erfahrung so, daß diese Erkenntnis von den Bürgerinnen und Bürgern kaum als relevant empfunden wird. Der Versuch, ihnen überhöhte Kriminalitätsbefürchtungen mit Verweis auf die tatsächliche Kriminalitätslage ausreden zu wollen, scheidet regelmäßig.

In Ostdeutschland besteht darüber hinaus das zusätzliche Problem, daß überhöhte Kriminalitätsbefürchtungen mit einer im Vergleich zu DDR-Zeiten tatsächlich dramatisch verschlechterten objektiven Kriminalitätslage zusammenkommen. Das betrifft vor allem die Gewaltkriminalität und Straftaten gegen das persönliche Eigentum (vor allem Wohnungseinbrüche). Einfluß hat auch die Tatsache, daß die staatliche repressive Reaktion auf kriminelles Geschehen im Vergleich zur DDR spürbar zurückhaltender geworden ist (bei manchen Delikten, von denen relativ viele Menschen betroffen sind, z. B. einfacher Diebstahl, Einbruch ist sie heute eher resignativ als repressiv). Auch spielt hier der Umstand eine Rolle, daß in der DDR das tatsächliche Kriminalitätsgeschehen nach Inhalt und Form ein weit weniger privilegiertes Thema der politischen und Medienöffentlichkeit gewesen ist.

Der aufklärerische Umgang mit dem Phänomen subjektiver Kriminalitätsbefürchtungen unterscheidet sich grundsätzlich von der »Stammtischpolitik«, die diese Befürchtungen unter dem Vorwand, sie ernst zunehmen, in Wirklichkeit schürt. Exemplarisch hierfür ist der öffentliche Umgang mit den Sexualdelikten, insbesondere dem sexuellen Kindesmißbrauch. Hier werden gegenwärtig geradezu apokalyptische Kriminalitätsbefürchtungen erzeugt, die mit den Realitäten wenig zu tun haben. In einer Studie des Kriminologischen Seminars der Universität Bonn wird dazu folgendes ausgeführt:

»Betrachtet man im wesentlichen den historischen Zeitraum der letzten fünf Jahrzehnte und bezieht diesen auf die Region der Bundesrepublik Deutschland, so wird man davon ausgehen können, daß die hier in Rede stehenden »kriminalisierten sexuellen Handlungen« speziell im Umgang mit Kindern sich trotz einiger zeitlicher Schwankungen in ihrem quantitativen Umfang relativ konstant und stabil entwickelt haben. Als grober Indikator mögen hierfür die offiziellen Zahlen der Polizeilichen Kriminalstatistik herhalten, die bei aller bekannten und zu berücksichtigenden Problematik ihres Zustandekommens zwar relativ vorsichtig zu interpretieren sind, aber über die letzten Jahrzehnte hinweg (anders als zum Beispiel die PKS-Zahlen zur Gewalt- oder auch zur Umweltkriminalität) erstaunlich konstant geblieben sind, wobei gewisse Ausschläge (wie zum Beispiel auch neuerdings seit Beginn der 90er Jahre beim »sexuellen Mißbrauch von Kindern«) zumindest teilweise auch als eine Folge von einem geänderten gesellschaftlichen Problembewußtsein und Anzeigeverhalten gesehen werden müssen. Dabei wird man davon ausgehen können, daß vor allem der rasante Anstieg der öffentlichen Thematisierung des »sexuellen Mißbrauchs von Kindern« und speziell seiner am meisten ge-

fürchteten und gravierendsten Varianten des ›sexuellen Kindesmordes‹ kein entsprechendes quantitatives Pendant in den realen zugrundeliegenden Geschehnissen findet. Die offiziellen PKS-Zahlen für den gesondert ausgewiesenen, gravierenden Bereich des ›Sexualmordes‹ zeigen über die letzten Jahrzehnte hinweg sogar einen rückläufigen Trend an. ... Dieses vor dem Hintergrund der derzeitigen Situation doch recht überraschende Bild deutet auf ein in der sozialwissenschaftlichen und kriminologischen Forschung sehr bekanntes und verbreitetes Phänomen hin, welches bei vielen Thematisierungsprozessen von gesellschaftlichen Ereignissen und Problemen feststellbar ist: die selektive Wahrnehmung von einzelnen besonders spektakulären und skandalösen Geschehnissen, welche nicht nur durch die verschiedenen Medien (zusätzlich) selektiv vermittelt und verstärkt werden, sondern welche auch die daran anknüpfenden gesellschaftlichen und politischen Aktivitäten sehr weitgehend beeinflussen. Politische Initiativen und speziell auch Gesetzgebungsaktivitäten erweisen sich bei näherer Betrachtung vielfach als Folge von besonders spektakulären und skandalösen Einzelereignissen, die im Rahmen des sogenannten politisch-publizistischen Verstärkerkreislaufs eine besondere Problematisierungskarriere erleben.«<sup>19</sup>

### III

Armut und soziale Desintegration bereiten Gewalt und Kriminalität den Boden. Dagegen sind die aus den USA importierten neuen Sicherheitskonzepte, die durch die Vorstellung von Kriminalität als Krankheit geprägt sind,<sup>20</sup> kein Kraut. Die PDS wird daher ihre sozialpolitischen (einschließlich der jugend- und kommunalpolitischen) Forderungen und Alternativen in den Mittelpunkt auch der sicherheits- und kriminalpolitischen Auseinandersetzung stellen.

Für die Orientierung politischen Handelns auch auf diesem Gebiet ist die Einsicht fundamental, daß wir es mit gravierenden Veränderungen der sozialen Situation, mit sozialen Desintegrationsprozessen völlig neuer Dimension zu tun haben. Jürgen Habermas schreibt:

»Die ausgegrenzten oder an den Rand gedrückten Gruppen verfügen über keine Vetomacht, da sie eine ausgehaltene, aus dem Produktionsprozeß ausgegliederte Minderheit darstellen. Das Muster, das sich im internationalen Rahmen zwischen den Metropolen und der unterentwickelten Peripherie mehr und mehr eingespielt hat, scheint sich im Innern der entwickeltsten ka-

---

19 H. Marquardt, L. G. Leky; W. Rütger; K. S. von Danwitz: Kriminologische, psychoanalytische und psychotherapeutische Aspekte der Sexualdelinquenz (mit Kindern als Straftatopfer). Kriminologisches Seminar der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität, Bonn 1997, S. 5 f.

20 Gerhard Klas: Sicherheit als Kulturform, in: Neues Deutschland, Berlin, 15./16. November 1997.

pitalistischen Gesellschaften zu wiederholen: die etablierten Mächte sind für ihre eigene Reproduktion auf die Arbeit und die Kooperationsbereitschaft der Verarmten und Entrechteten immer weniger angewiesen.«<sup>21</sup>

Die Kriminologen Klingst und Pfeiffer gehen ebenfalls von einer in diesem Sinne veränderten sozialen Problemlage aus: »Es haben sich voneinander getrennte Randgruppen der Gesellschaft gebildet, die sich ausgegrenzt fühlen und miteinander um die knappen Ressourcen von Arbeit, Wohnung und staatlicher Unterstützung konkurrieren und sich teilweise auch aggressiv bekämpfen. Diese Veränderungen im sozialen Gefüge unserer Gesellschaft, die weit über Deutschland hinausreichen, sind offenkundig ein Hauptfaktor dafür, daß in den letzten Jahren Diebstahl und Gewalt zugenommen haben.«<sup>22</sup>

Die einschneidenden neuen sozialen Desintegrationsprozesse setzen nicht nur in großem Ausmaß neue, Kriminalität und Gewalt direkt begünstigende Bedingungen. Sie forcieren zugleich auch die Herausbildung von Angstkomplexen in bezug auf die Kriminalität. Es erscheint mir logisch anzunehmen, daß ein tatsächliches oder auch nur befürchtetes Wegbrechen sozialer Grundicherheiten die Angst vor weiteren Unsicherheiten – eben die Angst davor, *zusätzlich* Opfer einer Straftat zu werden – notwendig verstärkt. Diese Schlußfolgerung erscheint mir auch durch psychologische Erkenntnisse gerechtfertigt, die den Zusammenhang der allgemeinen wirtschaftlichen Situation und ihrer subjektiven Wahrnehmung und Auswirkung mit unterschiedlichen Streß-Phänomenen betonen.<sup>23</sup>

Allgemeine *soziale* Angst ist gleichermaßen eine wesentliche vermittelnde Ursache und Folge von Gewalt und Kriminalität. Gegen diesen Teufelskreis hilft letztlich nur mehr soziale Gerechtigkeit, mehr soziale Gleichheit. Die traditionellen Hauptlösungen sozialistischer Politik sind aktueller denn je.

Wir werden die begründeten Befürchtungen der Bürgerinnen und Bürger und ihren Anspruch auf Sicherheit vor Gewalt und Kriminalität sehr ernst nehmen.

Wir werden auch dafür eintreten, daß Polizei und Justiz das bekommen, was sie zur Gefahrenabwehr, Strafverfolgung und Straftäterreintegration wirklich benötigen.

Wir werden aber keine Politik mitmachen, die Polizei und Justiz zum Reparaturbetrieb der Gesellschaft hochrüstet, die in populistischer Manier die gefährliche Illusion züchtet, Sicherheit könne auf Kosten der Freiheit gewährleistet werden.

---

21 Jürgen Habermas: Die Krise des Wohlfahrtsstaates und die Erschöpfung utopischer Energien, in: Derselbe: Die Moderne – ein unvollendetes Projekt. Philosophisch-politische Aufsätze 1977-1990, Leipzig 1990, S. 120 f.

22 Martin Klingst, Christian Pfeiffer: Tatort Deutschland, a.a.O., S. 36.

23 Philip G. Zimbardo: Psychologie, bearb. und hrsgg. von S. Hoppegraff und B. Keller, Berlin/Heidelberg/New York/London/Paris/Tokyo/Hong Kong/Barcelona/Budapest 1988, S. 490.

# Der »Fall« Daniela Dahn

## Offener Brief an Ministerpräsident Dr. Manfred Stolpe und die Abgeordneten der Fraktion der SPD, Potsdam, 14. Dezember 1998<sup>1</sup>

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,  
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,  
die Auseinandersetzung um unsere Verfassungsrichterkandidatin Daniela Dahn schlägt Wogen über Brandenburg hinaus und findet auch international Aufmerksamkeit. Das ist außergewöhnlich. So bedeutend das Verfassungsgericht eines Bundeslandes auch ist, seine Besetzung findet in der Regel nur ein sehr eingeschränktes öffentliches Interesse. – Es sei denn, es geht um ein östliches Bundesland und in personeller Hinsicht um sogenannte politische »Altlasten«, was in Deutschland unvermeidlich die Reaktion bestimmter politischer und publizistischer Kreise herausfordert. An das Beispiel Rosemarie Will<sup>2</sup> sei hier nur erinnert.

- 
- 1 (Alle Anm. sind Anm. des Herausgebers.) – Daniela Dahn, in Leipzig ausgebildete Fernsehjournalistin, seit ihrer Kündigung 1981 freie Autorin, im Herbst 1989 Gründungsmitglied des »Demokratischen Aufbruchs«, hatte bereits in der DDR mit ihren Feuilletons und Reportagen in den Büchern »Spitzenzeit« (1983) und »Prenzlauer Berg-Tour« (1987) für Aufmerksamkeit gesorgt und in den neunziger Jahren ihre gesellschaftskritischen Beobachtungen mit den Bänden »Wir bleiben hier oder Wem gehört der Osten« (1994), »Westwärts und nicht vergessen. Vom Unbehagen in der Einheit« (1996) und »Vertreibung ins Paradies« (1998) fortgesetzt. Gleichzeitig war sie durch direktes politisches Engagement hervorgetreten – zum Beispiel am 9. Januar 1997 mit ihrer Unterschrift unter die »Erfurter Erklärung«, mit der zahlreiche bekannte Persönlichkeiten aus Politik, Kultur, Gewerkschaften, Kirchen und den in Ostdeutschland bestehenden »Komitees für Gerechtigkeit« unter dem Titel »Bis hierher und nicht weiter. Verantwortung für die soziale Demokratie« ein politisches Umsteuern forderten; und zum Beispiel auch in ihrer Rolle als Sprecherin des SPD-nahen Willy-Brandt-Kreises. Im Sommer 1998 hatte sie sich bereit erklärt, sich von der PDS als Kandidatin für das Amt einer Verfassungsrichterin in Brandenburg nominieren zu lassen. Die Wahlen fanden am 17. Dezember 1998 statt, Daniela Dahn – und auch der für den zweiten der PDS zustehenden Wahlvorschlag nominierte Rechtsprofessor Dr. Martin Kutscha – wurden nicht gewählt. – Den hier abgedruckten »Offenen Brief« siehe auch in Daniela Dahns im Jahre 1999 veröffentlichten Buch »In guter Verfassung. Wieviel Kritik braucht die Demokratie?«, dem im zweiten Teil ein »dokumentarisches Lehrstück« vom seinerzeitigen Chefredakteur der Wochenzeitung »Freitag«, Detlef Lücke, mit einem Aufsatz »Wer hat Angst vor Daniela Dahn?« und einer Sammlung von Stellungnahmen zum Thema beigegeben ist (der »Offene Brief« auf den Seiten 148-150).
  - 2 Prof. Dr. Rosemarie Will, Professorin für Öffentliches Recht, Staatslehre und Rechtstheorie an der Humboldt-Universität Berlin, war 1996 von der SPD als Kandidatin für das Amt einer Verfassungsrichterin in Brandenburg nominiert und dann gewählt und vereidigt worden. Wegen ihrer früheren SED-Mitgliedschaft hatte es auch gegen diese Kandidatur erhebliche öffentliche Einwände gegeben. Die PDS hatte die Kandidatur unterstützt – auch, weil sie in Erinnerung behalten hatte, daß Rosemarie Will zu jenem sozialismuskritischen »Forschungsprojekt Sozialismustheorie« der Humboldt-Universität gehört hatte, in dem bereits 1988/ Fröhjahr 1989 weitreichende Überlegungen für einen reformierten Sozialismus in der DDR angestellt worden waren (vgl. Michael Brie, Rainer Land, Hannelore Petsch, Dieter Seget, Rosemarie Will: Studie zur Gesellschaftsstrategie. Sozialismus in der Diskussion 1, Berlin 1989;



Dieselben Kreise stehen nun Kopf, weil sie die Erhebung der Schriftstellerin Daniela Dahn in den Verfassungsrichterstand befürchten. Und es geht diesmal nicht um eine Persönlichkeit, der im Hinblick auf ihre Vergangenheit kritische Fragen gestellt werden müßten. Das war übrigens bei unserer Kandidatensuche von erheblichem Gewicht. Wir haben seinerzeit mit Respekt das unbeirrte Eintreten der Mehrheit der SPD-Fraktion für Rosemarie Will zur Kenntnis genommen und die damit verbundene Entscheidung unterstützt. Wir wollten ausschließen, daß bei unserem Vorschlag einer ostdeutschen Persönlichkeit bei den diesjährigen Wahlen den erwähnten Kreisen wieder Anlaß gegeben würde, durch eine ähnlich gelagerte Kampagne das Parlament zu entzweien und das Ansehen des Gerichts zu beschädigen.

Unsere Wahl fiel auf Daniela Dahn. Wir hatten bei der bekannten Nähe Daniela Dahns zu bestimmten Arbeitszusammenhängen der SPD und der Wertschätzung, die ihr auch von führenden Repräsentanten der SPD entgegengebracht wird, alle Veranlassung, davon auszugehen, daß dieser Personalvorschlag Ihre Zustimmung finden würde. Zudem haben wir Herrn Birthler<sup>3</sup> frühzeitig von unserer Entscheidung informiert.

Wir haben also in dem klaren Bewußtsein gehandelt, daß der von unserer Landesverfassung favorisierte konsensuale Weg bei der Verfassungsrichterwahl und das hohe Zustimmungsquorum verlangen, daß wir nicht lediglich nach eigenem Gutdünken verfahren, sondern die Maßstäbe der Parlamentsmehrheit ernsthaft berücksichtigen.

Ihre mehrheitliche Ablehnung unserer Kandidatin war vor diesem Hintergrund und angesichts der Tatsache, daß nach der ersten Anhörung gegenüber der Öffentlichkeit Zustimmung signalisiert wurde, eine uns völlig überraschende Entscheidung.

Die damit verbundenen ablehnenden Meinungsäußerungen zu unserer Kandidatin offenbaren aus unserer Sicht gravierende politische Differenzen, deren Bedeutung weit über den Einzelfall hinausreicht und deren Fortbestehen geeignet ist, die politische Kultur in unserem Lande und insbesondere das Verhältnis zwischen SPD und PDS – gegen unseren Willen – nachhaltig und langfristig zu belasten.

Es geht um die Haltung zu den kritischen Intellektuellen, zu ihrer Funktion in unserer Gesellschaft und um das Verständnis der Konsequenzen, die daraus im Hinblick auf ihre Geeignetheit für die verfassungsrichterliche Position zu ziehen sind. Mit Befremden haben wir zur Kenntnis nehmen müssen, daß

---

vgl. auch Rosemarie Will: Revolution in der DDR und Verfassung (Dezember 1989), in: Texte zu Politik, Staat, Recht. Sozialismus in der Diskussion 2, Berlin 1990, S. 9-16. Zur Arbeit der Studiengruppe siehe auch die Anm. 8 zum Text »Vor fünf Jahren: »Wir brechen unwiderruflich mit dem Stalinismus als System!«. Reminiszenzen und aktuelle Überlegungen«).

3 Dr. Wolfgang Birthler, Fraktionsvorsitzender der SPD-Fraktion im Landtag Brandenburg.

Daniela Dahn bestimmte Äußerungen vorgehalten wurden, die sie als Schriftstellerin getan hat und die sich im Kontext als Relativierungen eines vorherrschenden Bildes über bestimmte Vorgänge bzw. Sachverhalte darstellen. Abgesehen davon, daß manche dieser Äußerungen falsch gelesen und verfälschend interpretiert wurden: Das bei Ihnen vorherrschende Unbehagen an unserer Kandidatin scheint uns daraus zu resultieren, daß sie in ihren Arbeiten Nuancen und Zwiespältigkeiten ans Licht bringt, die manche in ihren festgefügtten und eindimensionalen Ansichten verunsichern. Das wird insbesondere von jenen als provokativ angesehen, die – aus manchmal durchaus verständlichen Gründen – die Herausstellung von Ambivalenzen als Negierung, nicht aber als widersprüchliche Ergänzung der eigenen und unter Umständen durch leidvolle persönliche Erfahrung geprägten Wahrnehmungsdimension empfinden.

In dieser – wenn Sie so wollen – »Verunsicherung« und »Provokation« besteht aber gerade die »intellektuelle Funktion«. Sie als einseitige politische Parteinahme oder gar als »zynisch« zu bezeichnen, zeugt von einem grundlegenden Mißverständnis, das auch in der alten Bundesrepublik verbreitet ist und immer wieder zur Akzeptanz politisch motivierter Angriffe auf kritische Intellektuelle (z. B. auf Heinrich Böll, dem der irrige Vorwurf, den Terrorismus der RAF zu legitimieren, nicht erspart blieb<sup>4</sup>) geführt hat. Stehen wir nicht gemeinsam in der Verantwortung, solchen Umgang mit kritischen Intellektuellen zu verhindern?

Wir bitten Sie um Verständnis dafür, daß wir solche Überlegungen in eine parlamentarische Auseinandersetzung einführen – selbst auf die Gefahr hin, daß sie als unerbetene Belehrungsversuche zurückgewiesen werden. Aber die Stellungnahmen der PDS zum »Fall« Daniela Dahn werden von einem Teil der Öffentlichkeit verständlicherweise und in erster Linie danach bewertet, inwieweit in ihnen der Bruch mit der Politik der SED zum Ausdruck kommt, die das Wirken des Intellektuellen auf eine Bestätigungsfunktion reduzieren wollte. Es ist uns daher ein besonderes Anliegen, öffentlich klarzustellen, daß wir einen Umgang mit Intellektuellen ablehnen und zurückweisen, der die Resultate ihrer geistigen Arbeit mit Folgen verbindet, die à priori auf den Ausschluß von bestimmten öffentlichen Ämtern hinauslaufen.

Im übrigen: Sie messen mit zweierlei Maß. Sie wissen genau, daß ein anderer Intellektueller, Prof. Dr. Richard Schröder, den wir als Verfassungsrichter mitgewählt haben, nicht weniger »verunsichert« und »provoziert«. Nur eben nicht Sie und die Mehrheit, sondern uns. Es scheint, Sie sind der Meinung, daß die intellektuelle Funktion in der pluralistischen Demokratie nur in eine Rich-

---

4 Gemeint sind die Reaktionen auf Bölls – auch verfilmten – Roman »Die verlorene Ehre der Katharina Blum«, in dem die Vorgänge bei der Verfolgung von vermuteten Angehörigen der terroristischen »Rote Armee Fraktion« in den siebziger Jahren kritisch beleuchtet werden.

tung ausgeführt werden darf, wenn man sich für hohe Staatsämter empfehlen will. Sie argumentieren regelmäßig, daß Richard Schröder im Unterschied zu Daniela Dahn kein zweifelhaftes Verhältnis zur Demokratie und zum Rechtsstaat habe. Nachdem Herr Kuhnert<sup>5</sup> in seiner Presseerklärung vom 9. November die gravierendsten Vorwürfe gegen Daniela Dahn zurückgenommen hat, steht die Frage: Worauf gründet sich eigentlich – konkret – Ihr Vorwurf, sie hätte kein klares Verhältnis zur Demokratie und Rechtsstaatlichkeit? Wie wollen Sie plausibel machen, daß Sie nichts gegen die Schriftstellerin Daniela Dahn haben, nur etwas dagegen, daß sie Verfassungsrichterin wird? Wie können Sie nichts gegen eine Gegenwartsschriftstellerin haben, die nach Ihrer Meinung keine zweifelsfreie Demokrat\*in ist? Wie kann der Ministerpräsident eine sich in politischen Dingen äußernde Autorin »außerordentlich« schätzen und »auch für andere Aufgaben empfehlen«, deren Verhältnis zur Demokratie und zum Rechtsstaat zweifelhaft ist?<sup>6</sup> Wenn es zutrifft, daß der Justizminister<sup>7</sup> die Auffassungen der Autorin Daniela Dahn als »verheerend« bezeichnet hat, ist das dann eine Kritik an den Äußerungen des Ministerpräsidenten, der die Autorin Daniela Dahn »außerordentlich« schätzt? Oder sind »verheerende« Auffassungen einer Autorin schätzenswert, während dieselben Auffassungen einer Verfassungsrichterin nicht schätzenswert sind?

Wir möchten Sie herzlich bitten, uns diese Fragen zu beantworten, bevor Sie uns eine erneute Kandidatensuche anempfehlen.

Und auf dieser Antwort müssen wir bestehen. Die Landesverfassung räumt uns das Recht ein, eigene Kandidaten zur Wahl vorzuschlagen: »Bei der Wahl ist anzustreben, daß die politischen Kräfte des Landes angemessen mit Vorschlägen vertreten sind.« Diese Norm hat nur einen Sinn, wenn unterstellt wird, daß die Verfassung auch will, daß die Kandidaten der politischen Kräfte des Landes im gewählten Gericht angemessen vertreten sind. Die Verfassung legt Ihnen daher die Pflicht auf, die Wahl der Kandidaten der politischen Kräfte des Landes nicht zu blockieren. Die Verfassung will weiter, daß die Wahl unserer Kandidaten von Ihrer mehrheitlichen Zustimmung abhängt. Das beklagen wir nicht. Nur, wenn die Verfassung will, daß Sie unsere Kandidaten angemessen berücksichtigen (und diese Frage damit nicht in das beliebige Ermessen der Mehrheit stellt), dann verlangt die Verweigerung Ihrer Zustimmung mehr als den Verweis darauf, daß letztlich eine Zweidrittelmehrheit

---

5 Der SPD-Abgeordnete Andreas Kuhnert hatte mit öffentlichen Bemerkungen gegen Daniela Dahn den »Fall« losgetreten.

6 Die Haltung von Ministerpräsident Dr. Manfred Stolpe zur Dahn-Kandidatur hat Detlef Lücke in seiner Dokumentation (vgl. Anm. 1) mit vier Überschriften dokumentiert: Lausitzer Rundschau 12. November 1998: »Stolpe hält Frau Dahn für wählbar«; Berliner Morgenpost vom 12. November 1998: »Stolpe stellt sich hinter die PDS-Kandidatin Daniela Dahn«; Märkische Oder-Zeitung vom 9. Dezember 1998: »Stolpe bezieht Stellung gegen Daniela Dahn«; Berliner Morgenpost vom 9. Dezember 1998: »Stolpe: ›Ich hätte Frau Dahn nicht vorgeschlagen.« (In guter Verfassung, a.a.O., S. 139).

7 Dr. Hans Otto Bräutigam.

entscheidet. Denn dann hätte es genügt, wenn die Verfassung sich in dieser Frage auf den Hinweis beschränkt hätte, daß eben diese Mehrheit entscheidet. Wenn Sie die Verfassung aber dergestalt in die Pflicht nimmt, daß die Vorschläge der politischen Kräfte des Landes angemessen zu berücksichtigen sind, dann verlangt die Verweigerung Ihrer Zustimmung zu diesen Vorschlägen mindestens, daß Sie die konkreten Gründe für diese Verweigerung durch den Hinweis auf offensichtliche Fakten, durch objektivierbare Feststellungen und nachvollziehbare Argumente öffentlich darlegen.

Sollte dies nicht geschehen, müßten wir Ihre ablehnende Entscheidung als bewußte Verletzung der von der Verfassung garantierten Rechte der Opposition interpretieren. Das Verfassungsgericht würde in die fatale Lage gebracht werden, sich mit sich selbst beschäftigen zu müssen.<sup>8</sup>

---

8 Die Nicht-Wahl von Daniela Dahn und Prof. Dr. Martin Kutscha wurde von der PDS-Führung sehr ernst bewertet. Prof. Dr. Lothar Bisky, Parteivorsitzender der PDS und Fraktionsvorsitzender der PDS-Fraktion im Landtag Brandenburg, schrieb 1999 mit Rückblick auf den »Fall« Daniela Dahn: »Der »Brandenburger Weg«, den Sozialdemokraten, Christdemokraten, demokratische Sozialisten, Liberale und auch Vertreter von Bündnis 90 im Jahre 1990 begannen gemeinsam zu beschreiten, gehört der Vergangenheit an.« Mit dem Verhalten gegenüber den beiden von der PDS nominierten Kandidaten sei ein »Bruch« erfolgt, »der durch viele Ereignisse vorbereitet war«. Und mit Blick auf die absolute Mehrheit der SPD im Parlament holte Bisky noch weiter aus: »Ein allein von der Regierungsfraktion bestimmter Weg« sei »eine Sackgasse«, denn der »Brandenburger Weg« sei mehr gewesen als nur die von der SPD gemeinte »kritische politische Auseinandersetzung« und »sachorientierte und chancengleiche Zusammenarbeit« der Fraktionen, sondern vielmehr »Synonym für einen Weg politischer und gesellschaftlicher Innovation auf breiter demokratischer Grundlage, unter Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger, ohne vordergründige Parteigoismen.« (Lothar Bisky: Der »Brandenburger Weg«, a.a.O., S. 9.)

# Zur Polizeigesetz-Novelle

Rede im Landtag Brandenburg am 20. September 2000<sup>1</sup>

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Landesregierung hat die Gelegenheit beim Schopfe und die Novellierung zum Anlaß genommen, um eine weitere drastische Verschärfung des Polizeirechts über die parlamentarischen Hürden zu bringen. Niemanden wird es verwundern, daß wir einer Sicherheitspolitik unsere Zustimmung verweigern, die die Sicherheitslage durch immer weiter gesteigerte Eingriffsmöglichkeiten der Polizei in von Verfassung wegen geschützte Grundrechte zu beherrschen vorgibt. Eingriff in das Grundrecht auf Leben – Stichwort finaler Rettungsschuß –, Eingriff in das Grundrecht auf Datenschutz – Stichwort Videoüberwachung, Eingriff in das Grundrecht auf Freizügigkeit – Stichwort Aufenthaltsverbot –, das sind Ihre Antworten, und das nennt sich dann modern.

Wenn es um Grundrechte geht, sind wir verpflichtet, zehn Mal zu messen, bevor wir einmal schneiden. Sonst wird die Verfassung zur Makulatur.

Ist denn die Videoüberwachung geeignet, wenn die angenommene Absicht einer Straftat wie zum Beispiel Drogen dealen oder Randalieren die tatsächliche Ausführung derselben an einem anderen Ort nicht verhindert? Ist denn dieser Grundrechtseingriff erforderlich, wenn ohne diesen Eingriff mit Präsenz von Polizei und Ordnungsbehörden der gleiche Erfolg realisiert werden kann? Ist denn dieser Grundrechtseingriff angemessen, wenn die Befugnisregelung die gesamte Bandbreite sämtlicher Straftatbestände erfaßt? Wenn diese Fragen nicht gestellt und in aller Ernsthaftigkeit geprüft werden, meine Damen und Herren, dann begeben wir uns auf einen Weg, wo Grundrechte Gefahr laufen, zur Manövriermasse von politischem Aktionismus zu werden.

*(Beifall bei der PDS)*

Der Innenminister<sup>2</sup> verkündet einen erfreulichen, zum Teil sogar drastischen Rückgang von Straftaten in Deliktbereichen, die die Bevölkerung in besonderem Maße bedrücken – bei Diebstahl, zum Beispiel Kfz-Diebstahl um 19 Prozent, bei gefährlichen und schweren Körperverletzungen um mehr als 15 Prozent, bei Raubstrafaten um 12 Prozent. Er lobt das Steigen der Aufklärungsquoten. Wir sind jetzt bei beachtlichen 55,4 Prozent. Ich weiß, es gibt auch Ge-

---

1 Anm. des Herausgebers: Die Rede ist gedruckt im Plenarprotokoll 3/20 (3. Wahlperiode) des Landtages Brandenburg vom 20. September 2000.

2 Jörg Schönbohm.

gentendenzen in bestimmten Bereichen. Aber, meine Damen und Herren, die Gesamtentwicklung im Kriminalitätsbereich unterliegt keinen dramatischen negativen Veränderungen, die einen so gravierenden Eingriff in die Gesetzeslage begründen könnten, und die Polizei arbeitet erfolgreich.

*(Beifall des Abgeordneten Hammer [PDS])*

Sie arbeitet sogar so erfolgreich, daß der Innenminister ihr eine Strukturveränderung zumutet, die viel kostet und wenig bringt

*(Beifall bei der PDS)*

und die dazu führen wird, daß die Polizei geraume Zeit mit sich selbst beschäftigt sein wird. Das kann für die Sicherheitslage nicht besonders ersprießlich sein. Grundrechtseinschränkungen als Medizin gegen das Verbrechen, meine Damen und Herren, diesen Holzweg dürfen Sie alleine gehen.

Im Übrigen darf ich noch auf einen anderen Punkt zu sprechen kommen. Diese Novellierung ist ausgelöst worden durch die Normenkontrollklage der PDS. Infolge dieser Klage hat das Verfassungsgericht Maßgaben festgelegt und für Klarstellungen gesorgt. Jetzt kommt es im parlamentarischen Verfahren zunächst einmal darauf an, daß wir prüfen, ob diese Maßgaben und Klarstellungen – und wir begrüßen das, Herr Minister, daß Sie das im Gesetz unmittelbar verankern wollen – des Verfassungsgerichts wirklich exakt umgesetzt werden. Und hier, Herr Minister, formuliere ich Bedenken und weise Ihre Fachleute darauf hin, daß sie einen Begriff der polizeilichen Gefahr verwenden, der dem eindeutig widerspricht, den das Verfassungsgericht in seinem Urteil bestimmt hat.

Es gibt weitere Punkte – es ist jetzt nicht möglich, diese in Einzelheiten zu erläutern –, an denen der Entwurf nicht nur in der Formulierung, sondern inhaltlich von den Maßgaben und Klarstellungen des Landesverfassungsgerichts abweicht.

Ich frage hier auch, ob Sie es sich wirklich leisten können, das Urteil des Landesverfassungsgerichts Mecklenburg-Vorpommerns vom Mai 2000 zu ignorieren, wo eine Auslegung von Artikel 13 des Grundgesetzes vorgenommen worden ist.

*(Präsident Dr. Knoblich: Herr Abgeordneter, bitte kommen Sie zum Schluß Ihrer Rede!)*

*Prof. Dr. Schumann (PDS):*

Ich komme zum Schluß mit der Bemerkung, daß ich schon im Hinblick auf diese zuletzt von mir benannten Gesichtspunkte sagen möchte, Herr Minister, daß sehr wahrscheinlich unsere verfassungsrechtliche Auseinandersetzung zu diesem Thema nicht mit dem Urteil des Landesverfassungsgerichts von 1999 zu Ende ist. – Vielen Dank.

*(Beifall bei der PDS)*

# Gegen Rechtsextremismus und fremdenfeindliche Gewalt – für ein tolerantes und weltoffenes Brandenburg

Rede im Landtag Brandenburg am 21. September 2000<sup>1</sup>

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In den letzten Monaten hat die Debatte über Rechtsextremismus und fremdenfeindliche Gewalt in der deutschen Öffentlichkeit eine neue Dimension gewonnen. Manches, was in dieser Debatte geäußert wird, halte ich persönlich für wenig hilfreich, manches sogar für irreführend, und ich finde auch, daß gelegentlich Pharisäertum im Spiel ist. Aber das ist nicht wichtig. Entscheidend ist etwas anderes, entscheidend ist, daß diese Debatte zu einer neuen Sensibilisierung unserer Gesellschaft geführt hat und daß damit die Chance gegeben ist, einen Zustand zu überwinden, in dem rechtsextremistische Gewalt und Fremdenfeindlichkeit auf Dauer zu einer deutschen Normalität zu werden drohen.

---

1 (Alle Anm. sind Anm. des Herausgebers.) – Die Rede ist gedruckt im Plenarprotokoll 3/21 (3. Wahlperiode) des Landtages Brandenburg vom 21. März 2000. – Schumann sprach zur Begründung eines Antrags der Fraktion der PDS (Drucksache 3/1700) »Gegen Rechtsextremismus und fremdenfeindliche Gewalt – für ein tolerantes und weltoffenes Brandenburg«. – Auf der Grundlage dieses Antrages war mit Ergänzungsvorschlägen des Landtagspräsidenten Dr. Herbert Knoblich (SPD) eine Antragsfassung erarbeitet worden, zu der der nach Schumann das Wort nehmende SPD-Abgeordnete Peter Muschalla erklärte, man sei »an einem historischen Punkt«, denn das habe es »in diesem Hause noch nie gegeben, daß die drei großen demokratischen Fraktionen (gemeint waren SPD, CDU und PDS – d. Hrsg.) gemeinsam einen Antrag – gegen Rechts in diesem Falle – verabschieden werden.« Es sei »wichtig, den Bürgern da draußen zu signalisieren: Der Landtag, alle drei demokratischen Fraktionen sind geschlossen gegen Rechtsextremismus und gegen rechte Gewalt (*Beifall bei SPD und PDS*)« (siehe ebenda).

Um ein solches gemeinsames Auftreten aller demokratischen Parteien im Parlament hat Schumann lange gekämpft. Der Beitrag der PDS zur Eindämmung der rechtsextremistischen Gefahr – so hatte er z. B. auf einem Landesparteitag der PDS in Brandenburg im Juni 1998 erklärt – »kann nur dann zur Wirkung kommen, wenn es gelingt, die Zusammenarbeit auf diesem Gebiet und auf allen politischen Ebenen mit anderen politischen und gesellschaftlichen Kräften zu erreichen. Die sektiererische Position, die von der Voraussetzung ausgeht, wir seien die eigentlichen und einzig konsequenten Gegner des Rechtsextremismus und Rechtsradikalismus und verfügten als einzige über die richtigen Antworten, ist borniert und untergräbt die Möglichkeiten von Zusammenarbeit und Bündnissen vor allem mit anderen gesellschaftlich einflußreichen politischen Kräften. Wir haben deshalb im Landtag alles daran gesetzt, eine gemeinsame Erklärung zumindest mit der SPD zu erreichen. Das geht nicht ohne Kompromisse. Maßgebend muß die Einstellung sein, die Lothar Bisky in der Debatte in das Bild kleidete: Im Kampf gegen Braun, gegen rechte Borniertheit und Rassismus, drücken wir nicht nur rote, sondern auch grüne, gelbe und selbst die schwarzen Hände der CDU.« Das Streben nach Zusammenarbeit mit anderen Parteien schließe selbstverständlich Kritik an deren Positionen im einzelnen nicht aus. »Deswegen haben wir in der Parlamentsdebatte (gemeint ist die von 1998 – d. Hrsg.) an die Adresse von SPD und CDU deutlich gesagt: Eine Vogel-Strauß-Politik, die auf eine offensive und öffentliche Auseinandersetzung mit rechter Borniertheit und Fremdenfeindlichkeit verzichtet, um keine schlafenden Hunde zu wecken, oder gar eine Politik, die sich die rechten ausländerfeindlichen Parolen zu eigen

Bundespräsident Rau hat nicht nur mit bemerkenswerter Präzision die komplexen Ursachen von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit benannt und die entscheidenden politischen Aufgaben, die sich in diesem Zusammenhang stellen, beschrieben, er hat auch das Besondere, das Eigentümliche der mit dieser intensiven öffentlichen Debatte verbundenen aktuellen Situation charakterisiert, wenn er Folgendes sagt: »Mit dieser Gewalt leben wir seit Jahren. Fast konnte man meinen, daß wir uns daran gewöhnt haben. Jetzt scheinen alle aufgewacht zu sein. In den vergangenen Wochen ist uns allen noch einmal klar geworden, welchen Gefährdungen unser Gemeinwesen unverändert ausgesetzt ist.«<sup>2</sup>

Die politischen Möglichkeiten, die in dieser Situation liegen, dürfen wir nicht ungenutzt lassen. Das verlangt auch, daß wir den Prozeß öffentlicher Aufklärung und Sensibilisierung weiter betreiben, er könnte sonst ein Strohofer gewesen sein.

Das Parlament, das ein wichtiger Teil der Öffentlichkeit Brandenburgs ist, hat die Pflicht, in dieser Frage immer wieder die Fahne zu hissen, sich in möglichst großer Einmütigkeit gegen Rechtsextremismus und fremdenfeindliche Gewalt, für ein tolerantes und weltoffenes Brandenburg deutlich zu erklären. Insbesondere die Verantwortungsträger aller Ebenen, die Kommunalpolitiker, die Lehrerinnen und Lehrer, die Polizistinnen und Polizisten, die Inhaber von Ehrenämtern aller Art müssen spüren, daß Parlament und Regierung ihnen in jeder Hinsicht den Rücken stärken, wenn sie sich im Sinne eines toleranten Brandenburg und gegen fremdenfeindliche Ressentiments und Gewalt engagieren.

Das sind die Motive, die uns dazu bewogen haben, Ihnen den vorliegenden Antrag zum gegenwärtigen Zeitpunkt zu unterbreiten.

Natürlich ist uns allen bewußt, daß Erklärungen und Bekundungen die konkrete politische Arbeit vor Ort nicht ersetzen können. Das ist trivial. Und wir sind weit davon entfernt, zu ignorieren, daß viel Positives geleistet wurde

---

macht und glaubt, dadurch den Rechtsextremismus klein halten zu können, ist gescheitert.« Und an die Adresse der eigenen Partei gewandt hatte Schumann gefordert: »Wir dürfen unser Heil nicht vom Druck außerparlamentarischer Kräfte, antifaschistischer Basisinitiativen usw. erhoffen. Wir müssen sie auch als Landtagsfraktion und als Fraktionen in den Kommunalvertretungen unterstützen und ermutigen, wo es sie gibt. Aber wir können sie nicht schaffen (diese Initiativen – d. Hrsg.) und wir dürfen vor allem die Betonung der Wichtigkeit des außerparlamentarischen Wirkens nicht als Ausrede für mangelnde parlamentarische Erfolge benutzen. Und die stellen sich nun einmal nur dann ein, wenn man es versteht, die parlamentarische Mehrheit real zu beeinflussen. Wenn uns das gerade in der Frage des Kampfes gegen den Rechtsextremismus nicht hinreichend gelingt, dann werden sich auch die vielen antifaschistisch gesinnten jungen Leute, die uns nahestehen und den rechtsextremistischen Entwicklungen aus legitimen Motiven Widerstand entgegensetzen wollen, resigniert von uns abwenden, und wir werden dann unser Teil Verantwortung dafür tragen müssen, daß sie den falschen Weg der Verstrickung in Gewalt und Gegengewalt gehen.« (Zitiert nach: Neues Deutschland, Berlin, 15. Juni 1998).



und wird – in Kommunen, in Schulen und Hochschulen, in Wirtschaftsunternehmen, durch freie Träger, durch Kultur- und Kunstschaffende, durch Bürgerinitiativen usw. Wir denken schon deswegen nicht daran, positive Entwicklungen auf diesem Felde zu negieren, weil sich nicht zuletzt viele Mitglieder der PDS in diesem Zusammenhang vorbildlich engagieren.

Wir stehen nicht am Punkt Null. Das betrifft selbstverständlich auch die Landesebene. Wir übersehen da gar nichts, weder die Aufstockung der MEGA<sup>3</sup> noch die wichtige Initiative von Landesregierung und kommunalen Spitzenverbänden noch das vorgesehene Schulprogramm gegen Rechts aus dem Bildungsministerium. Wir übersehen gar nichts. Aber es ist natürlich die Aufgabe der Opposition, die besonders kritischen Punkte anzusprechen, und die füllen seit geraumer Zeit die Schlagzeilen.

Sie, Herr Ministerpräsident, haben in Ihrem Furore machenden »Zeit«-Interview<sup>4</sup> die Berechtigung unserer seit Jahren geübten grundsätzlichen Kritik an der Regierungspolitik bestätigt. Ich sage Ihnen das jetzt natürlich nicht händereibend, aber wer hat denn in diesem Parlament schon vor Jahren den damals noch üblichen Tenor von »den paar Verrückten, den Einzeltätern« moniert? Wer hat denn die verbreitete fremdenfeindliche Einstellung thematisiert, die hier gewiß auch spezifische historische, aber nicht vorwiegend historische Ursachen hat? Siehe die erhellenden Ausführungen des Bundespräsidenten! Wer hat denn die Einführung des Sachleistungsprinzips als einen Vorgang kritisiert, der dem fremdenfeindlichen Ressentiment nachgibt? Das war die PDS. Und wer hat denn außer der PDS von dieser Regierung und von ihrer Vorgängerregierung verlangt, daß die ghettohafte Unterbringung von Asylbewerbern und Aussiedlern als menschenunwürdig abgestellt wird?

*(Beifall bei der PDS)*

Nein, die Auseinandersetzung über diese Fragen ist unvermeidlich. Das hat nichts mit der Negierung von Erfolgen und erst recht nichts mit Ehrabschneidung zu tun.

Ich sage das auch vor dem Hintergrund der unerfreulichen Debatte am gestrigen Nachmittag. Herr Minister Schönbohm, Sie können von der linken Opposition nicht im Ernst erwarten, daß sie die Kritik des Bundestagspräsidenten

---

2 Johannes Rau: Gewalt und ihre Ursachen bekämpfen. Wer Gewalt verhindern will, muß ihre Ursachen verstehen, in: Süddeutsche Zeitung, München, 8. September 2000.

3 MEGA: »Mobile Einsatzgruppe gegen Gewalt und Ausländerfeindlichkeit«.

4 Gemeint ist ein Interview mit Ministerpräsident Dr. Manfred Stolpe, das in »Die Zeit«, Hamburg, Nr. 38/2000 unter der Überschrift »Ich wollte es nicht wahrhaben« abgedruckt wurde. Zum breiten Echo dieses Interviews vgl. auch Die Welt, Hamburg, 21. September 2000. Den Text des Interviews siehe auch im Internet unter [www.aktiv-gegen-rechts.de](http://www.aktiv-gegen-rechts.de).

ten an Ihnen einfach links oder rechts liegen läßt.<sup>5</sup> Und sie können auch nicht wirklich erwarten, daß wir gewisse neuerdings wieder zitierte frühere Äußerungen von Ihnen zur Ausländerfrage bei der Beurteilung Ihrer Politik einfach vergessen.<sup>6</sup>

*(Vereinzelt Beifall bei der PDS)*

Sie können auch nicht erwarten, Herr Minister, daß wir vergessen, wie Sie sich – darüber haben wir ja auch gelegentlich öffentlich gestritten – in der CDU-Kampagne gegen die doppelte Staatsbürgerschaft engagiert haben, eine Kampagne, die damals von der übergroßen Mehrheit dieses Hauses als Bestärkung des fremdenfeindlichen Ressentiments verurteilt worden ist.<sup>7</sup>

*(Beifall bei der PDS – Minister Schönbohm: Aber nicht von den Bürgern in Hessen!)*

- 
- 5 Laut Der Spiegel, Hamburg, Nr. 37/2000 hatte Bundestagspräsident Wolfgang Thierse Brandenburgs Innenminister Jörg Schönbohm, zugleich stellvertretender Ministerpräsident und CDU-Landesvorsitzender, in einem Brief vorgeworfen, daß »mit Billigung offizieller brandenburgischer Stellen« rechtsextremistische Gewalttäter ihre Ziele erreichen würden. Dies sei eine »verheerende Situation«. Schönbohms Ministerium würde »die Konsequenzen rechtsextremistischer und rassistischer Vorfälle nicht nur hinnehmen, sondern sogar nutzen«. Anlaß des Briefes war der Fall eines der Opfer der »Hetzjagd von Guben«, bei der am 13. Februar 1999 drei Asylbewerber von rechtsextremistischen Männern durch die brandenburgische Stadt gejagt worden waren und einer der Gejagten beim Sprung durch eine Glastür ums Leben gekommen war. Dem nun Gemeinten, der die Hetzjagd überlebt hatte, war durch das Ministerbüro ein dauerhaftes Bleiberecht versagt worden, weil er durch die bei der Hetzjagd erlittene Traumatisierung nur »bedingt in der Lage sein (werde), sein Leben eigenständig zu meistern«. Eine ähnliche Entscheidung hatte das Ministerium im Falle eines ägyptischen Bürgers getroffen: Er war, nachdem seine Pizzeria in Elsterwerda bei einem Brandanschlag in Flammen aufgegangen war, mit der Begründung abgeschoben worden, daß seine Aufenthaltsbefugnis an die Betreibung des Betriebes gekoppelt sei.
- 6 Als Innensenator im SPD-CDU-Senat von Berlin hatte Jörg Schönbohm z. B. am 2. Juni 1998 in der »BZ« erklärt, es gebe in Berlin »Gebiete«, in denen man sich »nicht in Deutschland« befinde. Solche »Ghettos« müßten »aufgelöst« werden. Islamischer Religionsunterricht sei nicht angezeigt, denn »der Unterricht im Christentum, den wir geben«, gebe »das christlich-abendländische Erbe weiter, auf dem unsere Kultur ganz stark beruht«. Die Auszahlung von Sozialhilfe solle gekürzt werden, wenn keine deutschen Sprachkenntnisse beständen. »Multikulti« sei ein Kampfbegriff der 60er Jahre, der jede Integration verhindere. – Die Äußerungen hatten scharfen Widerspruch hervorgerufen. Der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde Berlin, Andreas Nachama, hatte im »Tagesspiegel« vom 10. Juni 1998 darauf hingewiesen, daß Berlin längst eine multikulturelle Stadt sei, und gefragt, ob der Innensenator »statt Berlin 2000 vielleicht doch lieber »Germania 2000.« anstrebe – »jenes gescheiterte Konzept, von dem es zum Glück nur noch ein architektonisches Modell aus der Zeit des Dritten Reiches gibt?« Nachama forderte, Schönbohm müsse »beherzt für ein modernes Staatsbürgerschaftsrecht nach dem Prinzip des Geburtsortes – dem »ius soli« – eintreten«. Der Vorstand des »Türkischen Bundes« hatte im »Tagesspiegel« vom 14. Juni 1998 kritisiert, Schönbohm wolle »mit einer den rechtsradikalen Parteien entlehnten Terminologie Menschen aus ihren Wohnbezirken vertreiben«. Es sei aber endlich an der Zeit, zu begreifen, daß sich die Einwanderer in Deutschland »auf Dauer niedergelassen« hätten und dieser Zustand »zumindest mit demokratischen Mitteln nicht mehr umkehrbar« sei. Es müsse Schluß sein, »unsere Zukunft über das »Blutsrecht« zu definieren«. Kritik war auch vom Koalitionspartner SPD und vom evangelischen Landesbischof Wolfgang Huber gekommen. Otto Schily (SPD), ab Herbst 1998 Innenminister und im Sommer 1998 für dieses Amt bereits designiert, hatte in der Berliner Zeitung vom 4. Juni 1998 angekündigt, »daß bei einem Wahlsieg der SPD im September die doppelte Staatsbürgerschaft eines der ersten Gesetzesvorhaben der neuen Regierung sein wird« (vgl. die Dokumentation der Auseinandersetzung unter [www.antifaschistische-nachrichten.de](http://www.antifaschistische-nachrichten.de)).
- 7 Gegen die in der Koalitionsvereinbarung zwischen SPD und Bündnis 90/Die Grünen im Herbst 1998 vorgesehene Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts mit dem zentralen Projekt einer doppelten

Na gut, ich bin im Moment in Brandenburg, Herr Minister.

Wir erstreben mit unserem Antrag ein gemeinsames deutliches Zeichen aller drei großen Fraktionen. Wir halten das aus den Gründen, die ich schon dargestellt habe, für notwendig. Aber wir müssen uns schon gegenseitig in Kritik begegnen, und da sind Sie ja auch nicht gerade fein, Herr Minister.

Ich will bei dieser Gelegenheit auch mit Blick auf die gestrige Debatte aber eines deutlich sagen: Unser Feindbild heißt nicht Schönbohm. Unser Feindbild beginnt da, wo schwarz-rot-golden aufhört und schwarz-weiß-rot beginnt. Damit das ganz klar ist!

*(Beifall bei der PDS)*

Vizepräsident Habermann<sup>8</sup>: Herr Abgeordneter Prof. Dr. Schumann, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Prof. Dr. Schumann (PDS):  
Selbstverständlich.

Vizepräsident Habermann: Bitte schön, Herr Abgeordneter Petke.<sup>9</sup>

Petke (CDU): Herr Prof. Dr. Schumann, nicht von den eigenen Reihen: Können Sie mir erklären, was das Sachleistungsprinzip für Asylantragsteller in Deutschland, was eine Unterschriftensammlung gegen ein Gesetzesvorhaben der Bundesregierung, was all das mit den schlimmen Übergriffen auf Ausländer, die in Deutschland leben, zu tun hat?

*(Widerspruch bei der PDS)*

---

Staatsbürgerschaft für in Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern (vgl. die in Anm. 6 zitierten Schily-Äußerungen) waren während des Landtagswahlkampfes in Hessen (die Wahlen fanden am 7. Februar 1999 statt) CDU und CSU gemeinsam bundesweit mit einer Unterschriftenkampagne zu Felde gezogen, die eine deutliche Ermunterung ausländerfeindlicher Stimmungen zur Folge hatte. PDS-Bundesgeschäftsführer Dietmar Bartsch hatte die Kampagne am 5. Januar 1999 als ausländerfeindlich und rassistisch charakterisiert. »Wer«, so hatte er mit Bezug auf Äußerungen des bayerischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber erklärt, »die doppelte Staatsbürgerschaft eine Bedrohung der inneren Sicherheit nennt (...), reiht sich in den Chor der ewig Gestrigen und der rechtsradikalen Brandstifter ein« (Pressedienst PDS Nr. 1/99 vom 7. Januar 1999). Der PDS-Parteivorstand, dem Michael Schumann angehörte, hatte am 11. Januar 1999 beschlossen, »der CDU-CSU-Unterschriftenaktion gegen die doppelte Staatsbürgerschaft von Anfang an und dauerhaft eigene öffentliche Aktionen entgegenzusetzen« (Pressedienst PDS Nr. 2/99 vom 14. Januar 1999). – Die große Resonanz auf ihre Unterschriftenkampagne trug der CDU in Hessen einen überraschenden Wahlsieg sein, der zugleich das Kräfteverhältnis im Bundesrat so veränderte, daß die Regierungskoalition ihren Gesetzentwurf nicht durchbringen konnte. In der am 7. Mai 1999 beschlossenen Reform des Staatsbürgerschaftsrechts kommt die doppelte Staatsbürgerschaft nicht mehr vor.

8 Martin Habermann (CDU).

9 Sven Petke, innenpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion.

*Oder sehen Sie die Täter in den Reihen der CDU oder in den Reihen der Landesregierung?*

*Prof. Dr. Schumann (PDS):*

Ach, Herr Kollege Petke, wir können doch jetzt keine Debatte über die doppelte Staatsbürgerschaft und über die CDU-Kampagne führen. Lesen Sie doch einfach mal in den Protokollen der betreffenden Landtagssitzungen nach und denken Sie dann darüber nach, warum damals die große Mehrheit des Hauses gegen die CDU diese Verurteilung vorgenommen hat. Vielleicht leuchtet Ihnen das dann ein?

*(Beifall bei der PDS – Petke [CDU]: Was hat das miteinander zu tun?)*

Ich war bei dem Punkt, Herr Minister, Ihnen zu erklären, daß unser Feindbild nicht Schönbohm heißt. Mir liegt sehr viel daran, daß das deutlich wird. Mir liegt auch sehr viel daran, deutlich zu machen, daß wir uns an der geschickten Inszenierung von Sündenböcken nicht beteiligen werden, schon deshalb nicht, weil wir da gebrannte Kinder sind. Darauf können Sie sich verlassen.

*(Lachen bei der CDU – Zuruf von der CDU: Brandstifter!)*

Sie können uns gelegentlich Populismus vorwerfen, meine Herrschaften von der CDU, ich will Ihnen aber eines sagen, und das sage ich Ihnen wirklich in großem Ernst: Wenn Sprecher der Koalition und auch Minister glauben, uns bei dieser Gelegenheit mit der DVU<sup>10</sup> verkneten zu können, wird diesem Parlament eine sehr unerfreuliche Zeit bevorstehen. Sie wissen ganz genau, wie uns das verletzt. Sie wissen ganz genau, was das für uns bedeutet.

*(Zurufe von der CDU)*

Wenn Sie dies tun, beschädigen Sie nicht nur die PDS – das kriegen wir schon hin, das halten wir aus -, sondern wenn Sie uns in eine Situation bringen, in der wir dieser Verknennung nur entgehen können, indem wir die Regierung loben und beklatschen, dann beschädigen Sie das Institut der Opposition und damit die Grundlagen der Demokratie in diesem Lande!

*(Beifall bei der PDS)*

Lassen Sie diese Spielchen! Die Verantwortung, die Sie damit übernehmen, können Sie nicht schultern!

*(Zurufe von der CDU)*

---

10 Die rechtsextreme DVU war bei den Wahlen im September 1999 in den Landtag Brandenburg gewählt worden.

Meine Damen und Herren, auf dieser Geschäftsgrundlage gibt es auch gegenüber der Öffentlichkeit keine glaubwürdige gemeinsame Erklärung oder Verlautbarung der demokratischen Parteien in der Frage, mit der wir uns heute beschäftigen. Aber diese Gemeinsamkeit ist notwendig, wenn wir diese entsetzliche Landplage des Rechtsextremismus und der fremdenfeindlichen Gewalt in diesem Lande wirklich überwinden wollen.

*(Beifall bei der PDS)*

Ich stimme den Ergänzungsvorschlägen des Herrn Präsidenten zu. Wir werden auch seiner Antragsfassung zustimmen. – Danke schön.

*(Beifall bei der PDS)*

# Der Rechtsextremismus und die Gegenwartsgesellschaft

Vortrag auf einer Tagung der Rosa-Luxemburg-Stiftung  
am 18. November 2000 in Frankfurt/Oder)<sup>1</sup>

## I

Sebastian Haffner<sup>2</sup> hatte der verbreiteten Überzeugung Ausdruck gegeben, daß Entwicklungen wie die, die schließlich den Weg für Hitler freimachten, nach menschlichem Ermessen für die Bundesrepublik ausgeschlossen sind. Der große Unterschied zwischen Bonn und Weimar sei der, daß es eine staatsablehnende Rechte, die die Weimarer Republik zerstörte, nicht gebe. Die politische Rechte hatte sich – ein Resultat ihrer Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte – demokratisiert. Ausdruck dessen war die Gründung der CDU, einer Fusion des katholischen Zentrums mit den früheren Rechtsparteien.

Diese, durch die blutige Erfahrung mit dem Nationalsozialismus geprägte Entwicklung verband sich mit der vorbehaltlosen Öffnung gegenüber der politischen Kultur des Westens, nach Jürgen Habermas<sup>3</sup> die große intellektuelle Leistung der Nachkriegszeit. Wechselwirkende Demokratisierung und Internationalisierung schienen die Bundesrepublik gegen Autoritarismus und Nationalismus immunisiert zu haben. Rechtsextremistische und nationalistische politische Formationen und Meinungsströme blieben randständige Erscheinungen. Daß der Rechtsextremismus in Deutschland zu einer wirklichen Bedrohung der Demokratie ausufern könnte, schien undenkbar. Er blieb über Jahrzehnte bis heute für die parlamentarischen politischen Kräfteverhältnisse unerheblich, ein marginaler Faktor des politischen Lebens, ohne jeden Einfluß jedenfalls auf die Staatspolitik. Noch vor wenigen Jahren wurde jeder, der den Rechtsextremis-

---

1 (Alle Anm. sind Anm. des Herausgebers.) – Der Vortrag ist abgedruckt in: UTOPIE kreativ, Berlin, Heft 123 (Januar 2001), S. 5-8.

2 Sebastian Haffner (1907-1999), eigtl. Raimund Pretzel, Publizist, nach juristischem Studium ab 1934 journalistisch tätig, 1938 Emigration nach Großbritannien, ab 1954 in Berlin; bekannte Bücher u. a.: Die verrätene Revolution. Deutschland 1918/19 (1969), Anmerkungen zu Hitler (1978), Von Bismarck zu Hitler (1987); seine »Geschichte eines Deutschen« (Aufzeichnungen 1914-1933; verfaßt in der Emigration 1939) erschien erst im Jahre 2000 aus dem Nachlaß und hatte die Aufmerksamkeit für seine Arbeiten neu angefacht.

3 Prof. Dr. Jürgen Habermas (geb. 1929), Philosoph und Soziologe, in den fünfziger Jahren Schüler von Max Horkheimer und Theodor W. Adorno am Institut für Sozialforschung in Frankfurt a. M., 1961 Prof. für Philosophie in Heidelberg, 1964 für Philosophie und Soziologie in Frankfurt a. M., hatte 1986 mit seiner heftigen Kritik an neokonservativen, die Verbrechen der Naziherrschaft nivellierenden Tendenzen für die Geschichtsdebatte in der Bundesrepublik bedeutsamen »Historikerstreit« ausgelöst.

mus, samt seiner widerlichen ideologischen Ingredienzien des Antisemitismus und Fremdenhasses, für mehr als ein kleines und besonders häßliches Geschwür am gesunden Körper der deutschen Demokratie erklärte, der nestbeschmutzenden Übertreibung und unverantwortlichen Panikmache geziehen.

Nun aber, auf der großen ermutigenden Demonstration am geschichtsträchtigen 9. November in Berlin,<sup>4</sup> stellt Paul Spiegel die Frage: »Wollen Sie eines Tages von Glatzköpfen und deren Vordenkern regiert werden?«<sup>5</sup> Ist die optimistische Prognose Haffners obsolet geworden? Ist die Beschwörung der Perspektive einer neuen braunen Machtergreifung realitätshaltig? Oder ist sie nur eine, wenn auch verständliche, emotionale Überreaktion jüdischer Mitbürgerinnen und Mitbürger, die sich längst nicht mehr nur latentem, sondern offenem gewalttätigem Antisemitismus unmittelbar ausgesetzt sehen?

Sicher, von der Etablierung rechtsextremistischer Parteien als Wahlparteien, als politischen Faktor mit institutionellem Einfluß auf Verfassungsorgane und Gesetzgebung, kann man auf Bundesebene überhaupt nicht und in den Ländern nur ansatzweise in Baden-Württemberg und Bremen reden. Und die Tatsache, daß die DVU in zwei ostdeutschen Ländern bei Wahlen die Fünf-Prozent-Hürde übersprang, ist gravierend, aber rechtfertigt noch nicht die Annahme, sie hätte sich damit in Ostdeutschland als Wahlpartei auf Dauer etabliert.<sup>6</sup>

---

4 Am 9. November 2000 – dem 62. Jahrestag der Reichspogromnacht, in der vom 9. zum 10. November 1938 in Deutschland fast 100 jüdische Bürgerinnen und Bürger getötet, über 26 000 verhaftet, fast 200 Synagogen niedergebrannt, weitere 76 demoliert, 7500 Läden und 171 Wohnhäuser zerstört sowie zahllose Gemeindehäuser und Friedhöfe verwüstet worden waren – hatten in Berlin 200 000 Menschen gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit demonstriert. Aufgerufen zu dieser Großveranstaltung für Menschlichkeit und Toleranz hatte ein Kreis von Initiatorinnen und Initiatoren, zu denen von der PDS deren Vorsitzende Gabi Zimmer, die Berliner Landesvorsitzende Petra Pau (MdB) und Bundesgeschäftsführer Dr. Dietmar Bartsch (MdB) gehörten. Träger der Veranstaltung waren im Bundestag vertretene Parteien, die katholische und die evangelische Kirche, der Zentralrat der Juden in Deutschland, der DGB und der BDA. Der Parteivorstand der PDS, dem Michael Schumann angehörte, hatte beschlossen, daß die PDS sich offiziell als Partei an der Demonstration beteiligt. In einem Brief an die Landes- und Kreisvorsitzenden hatte Gabi Zimmer betont, daß die PDS gemeinsam mit den Aufruferinnen und Aufrufern »für ein menschliches, weltoffenes und tolerantes Deutschland, für das friedliche Zusammenleben aller Menschen in diesem Land, ungeachtet ihrer Weltanschauung, Religion, Kultur und Hautfarbe« stehe. Sie hatte außerdem auf die vielfache Bedeutung des 9. November hingewiesen: »Am 9. November 1939 brannten in Deutschland die Synagogen und am 9. November 1923 versuchten die Nationalsozialisten erstmals, in München die Macht an sich zu reißen. Der 9. November ist jedoch auch Symbol für die Lebendigkeit deutscher Demokratie: An jenem Tag zerbrach im Jahre 1918 unter dem Ansturm der Novemberrevolution das Kaiserreich, und am 9. November 1989 brachen die DDR-Bürger zu neuen Ufern auf.« Und knüpfte daran die Aufforderung, »die Großveranstaltung am 9. November 2000 in diese Tradition von Demokratie, Selbstbewußtsein, Vernunft und Zivilcourage« zu stellen (Pressedienst PDS, Nr. 44/00 vom 3. November 2000).

5 Paul Spiegel, Vorsitzender des Zentralrats der Juden in Deutschland. – Das Zitat entstammt der Rede Spiegels auf der Großveranstaltung am 9. November 2000, die dokumentiert ist in: Die Welt, Hamburg, 10. November 2000 (siehe auch: [www.dhm.de](http://www.dhm.de)).

6 Die DVU war 1998 in den Landtag von Sachsen-Anhalt, 1999 in den Landtag Brandenburg eingezogen. In bezug auf Sachsen-Anhalt hat sich Schumanns Prognose bestätigt: Bei den Wahlen 2002 wurde die DVU nicht wieder gewählt. In Brandenburg finden die nächsten Landtagswahlen im September 2004 statt.

Aber solche Befunde können nicht beruhigen. Auch die NSDAP startete als parlamentarischer Außenseiter. Und das rechtsextremistische Einstellungspotential in der Bevölkerung ist, wie Untersuchungen zeigen, weit größer, als es die mangelnde parlamentarische Repräsentanz des Rechtsextremismus vermuten läßt. Die alltagskulturelle Verankerung dieser Einstellungen, das verbreitete fremdenfeindliche und antisemitische Ressentiment, die Entwicklung rechtsextremistischer Subkulturen und bedrohlicher Gewaltpotentiale mit Ansätzen eines politischen Terrorismus – das alles sind Faktoren, die dieses Land zu verändern im Begriffe sind, die längst die Lebensqualität vieler Menschen – und bei weitem nicht nur der Angehörigen von ethnischen, religiösen und sonstigen Minderheiten – extrem beeinträchtigen, die die politische Kultur dieses Landes und auch sein Ansehen in der Welt schwer beschädigen.

Und ob solche Faktoren und Entwicklungen nicht eines Tages doch – wenn nicht energisch gegengesteuert wird – in Wählerentscheidungen und politisch-institutionelle Qualitäten umschlagen: Wer will das ausschließen? Paul Spiegel hatte recht, als er sagte: »Wir dürfen bei der Bekämpfung von Rechtsradikalismus nicht inne halten. Denn es geht nicht allein um uns Juden, um Türken, um Schwarze, um Obdachlose, um Schwule. Es geht um dieses Land, es geht um die Zukunft jedes einzelnen Menschen in diesem Land.«<sup>7</sup>

## II

Bei der Frage nach den Ursachen geht es um die Frage nach dem Zustand unserer Gesellschaft. »Was läuft in unserer Gesellschaft falsch?« fragt der Bundespräsident,<sup>8</sup> und er setzt das Phänomen des Rechtsextremismus und seine gesellschaftliche Wirkung zu recht mit den grundlegenden sozialen Problemlagen der Gegenwart in Verbindung. Das schließt natürlich historische Bezugspunkte und Erklärungsaspekte nicht aus. Aber es handelt sich nicht um ein Wiederaufleben von Gespenstern der Vergangenheit. Der Resonanzboden für Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit entsteht auf der Basis der gesellschaftlichen Verhältnisse von hier und heute. Sie sind gekennzeichnet von tiefgreifenden Modernisierungsprozessen, deren Subjekte riesige wirtschaftliche Machtgruppierungen sind. Ihre beherrschende Stellung wird durch die Selbstbeschränkung einer neoliberalen Weltbildern verpflichteten Politik noch gestärkt. Die Folge ist, daß moderne Entwicklungserfordernisse und daraus resultierende Mobilitäts- und Flexibilitätsanforderungen von immer mehr Menschen als nicht mehr zu bewältigende psychologische Zumutungen empfunden werden. Vielen Menschen

---

<sup>7</sup> Siehe Anm. 5.

<sup>8</sup> Zitat aus der Rede des Bundespräsidenten Johannes Rau auf der Großveranstaltung am 9. November 2000. Die Rede im Wortlaut siehe unter [www.spdfraktion.de](http://www.spdfraktion.de).



erscheint diese Gesellschaft als ein anonymes System, das ihre elementaren Bedürfnisse nach existentieller Sicherheit und stabilen Orientierungsmustern ignoriert. Am Staat und an der offiziellen Politik registrieren sie die Unfähigkeit oder den mangelnden Willen, die Konflikthaftigkeit ihrer sozialen Existenz in menschlich zumutbaren Grenzen zu halten. Der Resonanzboden für den Rechtsextremismus entsteht insofern als Reaktion auf ein historisch-konkretes gesellschaftliches und politisches Regulierungsdefizit. Es geht um diesen Grundzusammenhang, der die gesellschaftliche Entwicklung der Gegenwart prägt und der eine umfassende gesellschaftspolitische Kurskorrektur erfordert, und nicht lediglich um das Versagen einzelner gesellschaftlicher und politischer Institutionen wie Familie, Schule oder Polizei. Sie bleiben die Sündenböcke einer Politik, die es aufgegeben hat, wirtschaftliche und soziale Basisprozesse nach den Erfordernissen sozialer Gerechtigkeit und sozialer Sicherheit zu gestalten.

Rechtsextremismus und Nationalismus sind Revolten gegen die gesellschafts- und gemeinschaftszerstörenden Tendenzen kapitalistischer Modernisierung, aber ohne jede echte Widerstandspotenz. Sie sind konformistische Rebellionen. Sie besitzen keine emanzipatorischen Antriebe, sondern sie »mobilisieren« durch den Appell an ein nationales oder völkisches »Seinsgeschick«. Es handelt sich um das Paradox einer Rebellion aus Fügsamkeit, aus Fügsamkeit in ein vermeintliches rassisches oder völkisches »Schicksal«. Diese Haltung der Fügsamkeit korrespondiert mit den hegemonialen Geisteshaltungen und Mentalitäten des totalen Kapitalismus und auch des gewesenen Staatssozialismus. Im Staatssozialismus hatte sich die aufklärerisch-emanzipatorische Idee des »Bewußt-Geschichte-Machens« in eine neue Fügsamkeit gegenüber dem »großen Plan« und seinen Institutionen (vor allem der Partei) verwandelt. Die gegenaufklärerischen Voraussetzungen des Staatssozialismus haben mit denen des totalen Kapitalismus eine gemeinsame Substanz: »Die alte Vision des gescheiterten Staatssozialismus«, so schreibt Jürgen Habermas, »trifft sich mit der neoliberalen Vision einer Freisetzung des einzelnen aus dem liquidierten Zusammenhang der staatlichen Solidargemeinschaft in die freie Wildbahn des unregulierten Weltmarktes in einer Hintergrundannahme: Beide geben die Vorstellung einer demokratischen Selbststeuerung komplexer Gesellschaften auf.« Die Hegemonie strukturell antiemanzipatorischer und antidemokratischer Geisteshaltungen und Mentalitäten ist keine Barriere gegen die Verankerung rechtsextremistischer und nationaler Ideen im öffentlichen Bewußtsein.

Ich sehe zwei Grundaufgaben, die voneinander nicht zu trennen sind: den Kampf um eine Politik der sozialen Gerechtigkeit und den Kampf für eine demokratische politische Kultur, in der emanzipatorische Ziele und Werte die Hegemonie der Fügsamkeit – in angemessene »historische Missionen« oder globalkapitalistische »Sachzwänge« – brechen. Das ist vielleicht der wichtigste Beitrag, um den gesellschaftlichen Resonanzboden für die gewalttätigen Ideologien der Fügsamkeit in ein rassisches oder völkisches »Schicksal« zu zerstören.



# Erneuerung

## Beitrag für das Historisch-kritische Wörterbuch des Marxismus (1997)<sup>1</sup>

Nachdem ›Erneuerung des Marxismus‹ bis 1989 immer wieder als kritisches Projekt im ›westlichen Marxismus‹ auftauchte, wurde *Erneuerung* in der Krise und nach dem schließlichen Zusammenbruch des staatsmonopolistischen Sozialismus und der mit ihm verbundenen Parteien außerhalb des ›sozialistischen Lagers‹ zu einem Schlüsselwort. Um den Sinn von *Erneuerung* und ›Neugründung‹ wird gestritten.

1. *Erneuerung* bezeichnet ein Neu-Machen, das auch bloßes Renovieren bzw. Wiederholen sein kann. Etymologisch differenziert *Erneuerung* nicht zwischen einem innovativen und einem lediglich restaurativen Erneuern. Im Kontext sozialistischer und marxistischer Theorie und Politik wurde und wird *Erneuerung* in verschiedenen Bedeutungsvarianten benutzt. So gilt die ›grundlegende *Erneuerung* der gesellschaftlichen Existenzbedingungen‹ auch als Synonym für ›soziale Revolution‹. *Erneuerung* assoziiert in diesem Kontext ein Infragestellen des Bestehenden mit dem Anspruch ›grundlegender‹ bzw. ›radikaler‹ Veränderung, die ihren Maßstab nicht der Vergangenheit entlehnt, also nicht zu einer Rekonstitution hergebrachter Herrschafts- und Machtverhältnisse – wenn auch in veränderter Form – führt.

Die der *Erneuerung* eigene Bestimmung der Negation, des Subversiven, bedeutet nicht lediglich eine Kampfansage an die bestehende Ordnung, denn diese kann sich auch in dem äußern, was Johannes AGNOLI *konformistische Rebellion* nennt (1996, 14 f.). Prototyp eines solchen Aufstandes im Rahmen der Ordnung ist der NS<sup>2</sup>, der sich mit seiner radikalen Ablehnung der Weimarer Verhältnisse als revolutionäre Erneuerungsbewegung drapierte, nach Eric HOBSBAWM »eher ein aufpoliertes und revitalisiertes altes Regime als ein grundlegend neues und völlig anderes« (1995, 167).

---

1 (Alle Anm. sind Anm. des Herausgebers.) – Der Text ist gedruckt in: Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus, unter Mitwirkung von mehr als 700 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern hrsgg. von Wolfgang Fritz Haug, Bd. 3 Ebene bis Extremismus, Argument Verlag, Berlin-Hamburg 1997, Spalte 777-785. – Der Abdruck erfolgt mit freundlicher Genehmigung von Wolfgang Fritz Haug. – Es wurde die im Historisch-kritischen Wörterbuch des Marxismus (HKWM) übliche Zitierweise und Literaturlistung beibehalten. Dort, wo im HKWM das Stichwort *Erneuerung* in der für Lexika üblichen Weise mit *E* abgekürzt ist, ist es hier ausgeschrieben. Andere im HKWM vorgenommene Abkürzungen werden gesondert erläutert, bei abgekürzten Literaturhinweisen folgt die Erläuterung derjenigen, die im HKWM selbst vorgenommen sind.

2 NS: Nationalsozialismus.

*Erneuerung* in einem historischen Sinn ist demgegenüber schöpferisch. »Die soziale Revolution des 19. Jahrhunderts«, so MARX in 18.B<sup>3</sup>, »kann ihre Poesie nicht aus der Vergangenheit schöpfen, sondern nur aus der Zukunft. Sie kann nicht mit sich selbst beginnen, bevor sie allen Aberglauben an die Vergangenheit abgestreift hat.« (MEW 8, 117)<sup>4</sup> In diesem Sinne ist *Erneuerung* die von der Einsicht in ihre Notwendigkeit getragene und vom theoretischen Entwurf des Neuen geleitete grundlegende Umgestaltung gesellschaftlicher Existenzformen. Es handelt sich »nicht um Durchführung irgendeines utopischen Systems, sondern um selbstbewußte Teilnahme an dem unter unsern Augen vor sich gehenden geschichtlichen Umwälzungsprozeß der Gesellschaft«, was nach MARX »die wissenschaftliche Einsicht in die ökonomische Grundstruktur der bürgerlichen Gesellschaft als einzig haltbare theoretische Grundlage« erfordert. (MEW, 14, 439)

2. Der Ausdruck *Erneuerung* oder *Erneuerung*-Fähigkeit dient gelegentlich zur Charakterisierung des Kapitalismus als moderner Gesellschaft, deren Besonderheit darin besteht, daß sie keine »engen naturwüchsigen Schranken der Produktion und der Gesellschaft« kennt (MEW, 23, 789) und deshalb zur beständigen Selbsterneuerung fähig ist. »Die Bourgeoisie kann nicht existieren, ohne die Produktionsinstrumente, also die Produktionsverhältnisse, also sämtliche gesellschaftlichen Verhältnisse fortwährend zu revolutionieren. Unveränderte Beibehaltung der alten Produktionsweise war dagegen die erste Existenzbedingung aller früheren industriellen Klassen. Die fortwährende Umwälzung der Produktion, die ununterbrochene Erschütterung aller gesellschaftlichen Zustände, die ewige Unsicherheit und Bewegung zeichnet die Bourgeoisieepoche vor allen früheren aus.« (MEW, 4, 465)

*Erneuerung* steht hier für die »Fähigkeit der modernen Gesellschaften zur ständigen Veränderung ihrer wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Verhältnisse, der Produktions- und Lebensbedingungen« (BRIE u. a., 1997, 27). Die so charakterisierte *Erneuerungs*-Fähigkeit der modernen Gesellschaft wurde in Anknüpfung an MARX in starkem Maße – und in der ML-Tradition<sup>5</sup> so gut wie ausschließlich – an die Ware-Geld-Beziehungen und vor allem an das Kapitalverhältnis gebunden. Der historische Prozeß der Ausdifferenzierung der Teilbereiche der Gesellschaft, der die Entstehung der Moderne wesentlich bestimmte, wurde in seiner Bedeutung als Entwicklungspotential weitgehend verkannt. »Der Eigenwert und die Eigenlogik der Institutionen, die diese Entwicklungsfähigkeit verbürgen (ein Bankensystem, der Rechtsstaat, freie Wahl-

---

3 18.B: Karl Marx: Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte (1852), in: MEW, Bd. 8, S. 111-207 und in MEGA I.11, 96-189.

4 MEW (Karl Marx, Friedrich Engels: Werke), Bd. 1-42, Berlin/DDR 1956 ff., Band 43, Berlin 1990.

5 ML: Marxismus-Leninismus.

en, die Gewaltenteilung usw.), und die Werte, auf die sich die sozialen Gruppen in den modernen Gesellschaften berufen (Freiheit, Gleichheit, Eigentum usw.) wurden (...) unterschätzt« (28).

Namentlich im ML gewann eine ökonomistische Sicht auf die bürgerliche Gesellschaft die Oberhand, die sich in einer theoretischen Verabsolutierung der Kapitalherrschaft ausdrückte, in deren Folge die in der Moderne geschaffenen politischen und kulturellen Formen (Zivilgesellschaft) negiert und praktisch durch den Parteistaat des staatsmonopolistischen Sozialismus ersetzt wurden, der jede Selbständigkeit der Gesellschaftsbereiche aufhob, um sie bis ins einzelne zu kontrollieren und damit die Entwicklung des Gesellschaftskörpers als Ganzes zu steuern. Der Staatssozialismus sowjetischer Prägung hat durch die von ihm geschaffenen partei- und staatsbürokratischen Strukturen die Entwicklungspotentiale moderner Gesellschaften untergraben, statt sie gestaltbar zu machen und für eine humane Entwicklung freizusetzen (vgl. LAND, 1996, 188 ff.).

3. Der Ausdruck *Erneuerung* wird in der Phase der Existenzkrise und des beginnenden Zusammenbruchs des sowjetischen und europäischen Staatssozialismus zum ideologischen Leitbegriff für den halbherzigen und letztlich gescheiterten Versuch kommunistischer Regierungsparteien, die mit der Entdifferenzierung der Gesellschaft verbundene staats- und parteibürokratische Blockade der gesellschaftlichen Evolutionspotentiale zu überwinden. GORBATSCHOW hatte seit der Mitte der 1980er Jahre entsprechende Reformschritte in der Sowjetunion eingeleitet: die ›Perestroika‹ (Umbau) als *Erneuerung* der Gesellschaft durch Demokratisierung, die durch die Aufwertung der Parlamente und die Pluralisierung des politischen Systems den monolithischen Parteistaat aufbrechen sollte; die Bemühungen um effizientere Organisationsformen der Wirtschaft, die die Herausbildung moderner ökonomischer Wettbewerbsstrukturen befördern sollte; die Schaffung einer demokratischen Öffentlichkeit und Freiheit des geistigen Lebens (›Glasnost‹); die Lösung von den Fesseln traditioneller Theorie und Praxis durch konsequent kritische Aufarbeitung der stalinistischen Vergangenheit (vgl. HAUG, 1989).

In der DDR, deren Führung dem Kurs GORBATSCHOWS ablehnend gegenüberstand, kündigten sich ernsthaftere *Erneuerungs*-Bemühungen erst an, nachdem die politischen Handlungsmöglichkeiten der Regierungspartei durch den offen ausgebrochenen gesellschaftlichen Konflikt bereits geschwunden waren. Das Aktionsprogramm der SED vom November 1989 (vgl. BEHREND u. MEIER, 1991, 190 ff.) zielte u. a. auf die Entflechtung von Partei und Staat, Wirtschaftsreform, demokratisches Wahlrecht, Gewährleistung der Souveränität der Volksvertretungen, sozialistische Rechtsstaatlichkeit, Verfassungsreform und Einführung einer Verfassungsgerichtsbarkeit, Freiheit der Kunst, Wissenschaft und Medien, innerparteiliche Demokratisierung. Da-

durch sollte die revolutionäre Krise von 1989 im Sinne einer grundlegenden *Erneuerung* der sozialistischen Gesellschaft überwunden, die Bewahrung der Fundamente der überkommenen »realsozialistischen« Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse gleichwohl gewährleistet werden. Zwar verbinden sich in dieser Phase die *Erneuerungs*-Ankündigungen mit einem Bekenntnis zu dem – vorher verfeimten – demokratischen Sozialismus und zur Notwendigkeit einer modernen Sozialismuskonzeption (vgl. KRENZ, ebd., 206 f.), jedoch gewinnen diese aus verschiedenen Gründen keine politische Bedeutung mehr.

4. Im »Postkommunismus« (vgl. HAUG 1993) gilt *Erneuerung* in den Teilen der (europäischen) Linken, die sich jenseits des »marxistisch-leninistischen« Partei-kommunismus einerseits und der integrationistischen Sozialdemokratie andererseits zum demokratischen Sozialismus bekennen, als zusammenfassender Ausdruck für den – keineswegs abgeschlossenen – Prozeß der Neubestimmung sozialistischer respektive kommunistischer Programmatik und Politik. Im Kern handelt es sich dabei um den Versuch, den Herausforderungen gerecht zu werden, die sich unter den ökonomischen, politischen, ökologischen und kulturellen Bedingungen des ausgehenden 20. und beginnenden 21. Jh. für die Durchsetzung sozialistischer Ziele ergeben. Durch eine Reformulierung der programmatischen und organisationspolitischen Grundlagen soll die *Erneuerung* den Ausbau bzw. die Wiederherstellung der gesellschaftlichen Handlungsfähigkeit sozialistischer bzw. kommunistischer Formationen gewährleisten.

Die Notwendigkeit der *Erneuerung* in diesem Sinne ist durch den allgemeinen Bedeutungsverlust der europäischen Linken und insbesondere durch den Zusammenbruch des Staatssozialismus und der kommunistischen Staatsparteien in Osteuropa und der SU<sup>6</sup> in dramatischer Weise vor Augen geführt worden. Die *Erneuerung* knüpft an politische Entwicklungen der vergangenen Jahrzehnte an, wie sie in der Politik des historischen Kompromisses, dem Eurokommunismus, aber auch in den reformkommunistischen Bestrebungen in Osteuropa und in der SU unter GORBATSCHOW zum Ausdruck kamen. Obwohl sich die *Erneuerung* in der Tradition des revolutionär-marxistischen Sozialismus sieht – und sich damit bewußt dem antikommunistischen Zeitgeist verweigert –, bedeutet sie einen vollständigen und radikalen Bruch mit der gesellschaftlichen Programmatik sowie dem Partei- und Politikverständnis der traditionellen sozialistischen respektive kommunistischen Staatsparteien, wie sie sich in den Jahrzehnten nach der Oktoberrevolution unter der Vorherrschaft der stalinisierten KPdSU herausgebildet hatten und in ihren Grundzügen zum Modell sozialistischer Gesellschaftstransformation sowie entsprechender Politik- und Parteikonzepte avancierten.

---

6 SU: Sowjetunion.

Die in der *Erneuerung* zum Ausdruck kommende programmatische Umorientierung geht davon aus, daß es keinen nichtmodernen Sozialismus geben kann. Die *Erneuerung* knüpft damit an sozialistische und kommunistische Traditionsbestände insbesondere Westeuropas an, innerhalb welcher die besonderen Entwicklungsformen der kapitalistischen Gesellschaft als wesentliche Ermöglichungsbedingungen für die Durchsetzung des Sozialismus thematisiert wurden. Das betrifft vor allem Rosa LUXEMBURGS kritische Einforderung demokratischer Errungenschaften der kapitalistischen Ära wie allgemeine Wahlen und ungehemmte Presse- und Versammlungsfreiheit gegenüber den russischen Revolutionären (vgl. GW 4, 358 ff.)<sup>7</sup> sowie Antonio GRAMSCIS Betonung der zivilgesellschaftlichen Struktur des westlichen Kapitalismus als einer Grundlage der sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft (vgl. *Gef* 4, H. 7, § 16, 874).<sup>8</sup>

Aus der Sicht dieses Verständnisses von *Erneuerung* macht jedoch die Nutzung moderner Entwicklungspotentiale, wie sie sich in der kapitalistischen Gesellschaft herausgebildet haben und heute ihrerseits in einen »Modernisierungskonflikt« geraten sind (vgl. BECK, 1991, 40 ff.), nicht das eigentliche Wesen des Sozialismus aus: »Dieses ist an die Durchsetzung von Macht- und Eigentumsstrukturen gebunden, die die Vorherrschaft des Kapitals und der Kapitalverwertung überwinden und die Durchsetzung der Menschenrechte auf dem historisch möglichen Stand erzwingen. (...) Mit anderen Worten: Der Standpunkt der Moderne ist eine notwendige, aber keinesfalls hinreichende Bedingung für einen authentischen Sozialismus. Und der spezifische Standpunkt des Sozialismus ist die Forderung, die sozialen Probleme der Moderne mit dem Ziel der umfassenden Durchsetzung der Menschenrechte zu lösen. Als politische Bewegung zielt der Sozialismus auf die Ablösung der kapitalistischen und die Formierung einer sozialistischen Moderne. Der Maßstab ist die Lösung der neuen sozialen Probleme. Dies berührt die Macht- und Eigentumsverhältnisse.« (BRIE u. a., 1997, 86) Im Streit um die *Erneuerung* besteht die Hauptdifferenz nicht darin, daß die ›Erneuerer‹ »in der gegenwärtigen Gesellschaft verbleiben wollten«; auch sie »gehen von der Unausweichlichkeit einer – wie auch immer zustande kommenden – gravierenden strukturellen Veränderung aus: die Profitdominanz als Maß grundlegender Entscheidungen in Ökonomie und Gesellschaft muß überwunden werden.« Die Hauptdifferenz zu den Traditionen des ML besteht für sie darin, »daß dafür wichtige Entwicklungspotentiale der gegenwärtigen Gesellschaft bewahrt, erst voll entfaltet und keineswegs zerstört werden müssen. Dies aber muß bereits das gegenwärtige Handeln in der gegebenen Gesellschaft bestimmen.« (110)

---

7 GW: Gesammelte Werke, 5 Bde., Berlin/DDR 1970-1975.

8 Gef: Gefängnishefte. Kritische Gesamtausgabe auf Grundlage der im Auftrag des Gramsci-Instituts besorgten Edition von Valentino Gerratana (1975), hrsgg. vom Deutschen Gramsci-Projekt unter wissenschaftlicher Leitung von K. Bochmann u. W. F. Haug, Berlin-Hamburg 1991 ff.

Der mit der *Erneuerung* verbundene Bruch mit dem tradierten Partei- und Staatskommunismus äußert sich insbesondere in der Neubestimmung des Verhältnisses von Sozialismus und Demokratie, d. h. in der Bekräftigung und Weiterentwicklung des historisch notwendigen Charakters der vom Volk erkämpften demokratischen Rechte und Freiheiten und damit des pluralistischen und gewaltenteiligen politischen Systems, in der Absage an ein staatszentriertes Vergesellschaftungskonzept, wie es in der realsozialistischen Verstaatlichung der Gesellschaft zum Ausdruck kam, sowie in der Neubestimmung des Internationalismus. Vor diesem Hintergrund und in diesem Sinne kann die *Erneuerung* insgesamt als Versuch charakterisiert werden, »einen neuen Weg zum Sozialismus zu suchen, der sich von dem des Oktober 1917 unterscheidet«. (BUCI-GLUCKSMANN, 1976, 184)

5. Die *Erneuerung* umfaßt alle Dimensionen des programmatischen und strategischen Wirkens der Linken: Kennzeichnend für ihren qualitativ neuen programmatischen Ansatz ist die dialektische Verknüpfung der gesellschaftlichen Großprobleme unserer Zeit: Frieden, (neue) soziale Frage, Unterentwicklung, ökologisches Gleichgewicht, Rechte der Frauen – zugleich unter dem Gesichtspunkt der Dialektik von Gegenwarts- und Zukunftsinteressen. Sie werden damit nicht als Haupt- und abgeleitete Nebenwidersprüche hierarchisiert, sondern als aufeinander bezogene allgemeine Menschenrechtsfragen bestimmt. Ihre Lösung wird als komplexer Vorgang begriffen, wobei sich globale und regionale bzw. nationalstaatliche Lösungsebenen verschränken. Der entscheidende Lösungsansatz besteht in der Zurückdrängung des Profits als zentralem Regulator der Wirtschafts- und Gesellschaftsentwicklung.

Die Programmatik der *Erneuerung* begründet damit einen spezifischen Antikapitalismus. Dieser reduziert die moderne Gesellschaft nicht auf ihre Eigenschaft kapitalistisch zu sein, sondern erkennt im Eigensinn ihrer ausdifferenzierten Bereiche (Praxen) Formen der »Übersetzung« existentieller Widersprüche und damit potentielle Gegenmächte zur Dominanz des Profits. Organisationspolitisch ergibt sich daraus die Anerkennung einer Pluralität potentiell emanzipatorischer Subjekte und damit die Verabschiedung des Avantgarde-Konzepts. Im Sinne der *Erneuerung* geht es um ein Projekt der Verklammerung dieser Subjekte, womit die herkömmlichen bündnispolitischen Vorstellungen revidiert und als Fragen der Herausbildung eines historischen Blocks neu definiert werden müssen. Der Hegemoniebegriff der Linken kann unter diesen Voraussetzungen nicht mehr als Hegemonie *eines* Subjektes (der Klasse) buchstabiert werden. Es geht vielmehr um eine »strukturelle Hegemonie« (vgl. HAUG, 1985, 158 ff.), deren Verwirklichung vor allem eine kulturelle und zivilgesellschaftliche Aufgabe ist.

Ein zentrales Element dieser postkommunistischen *Erneuerung* ist die Rekonstruktion des Theorie-Praxis-Verhältnisses und in diesem Zusammenhang



die Wiedergewinnung eines kritischen Anschlusses an den klassischen Marxismus. Der Anspruch einer sozialistischen Partei, politische Praxis zu »wissenschaftlichen«, kann nicht zur Disposition stehen: Jede Bewegung emanzipatorischen Charakters ist darauf angewiesen, das Nicht-Vorhandene, das gleichwohl im Vorhandenen als Notwendigkeit und Möglichkeit enthalten ist, theoretisch zu denken. Und es ist zweifellos die theoretische Schwäche der Linken, die dazu geführt hat, daß sie »die grundlegenden Veränderungen in den spätkapitalistischen Produktionsverhältnissen übersehen hat« (BISCHOFF 1996, 208), was zu einer entscheidenden Ursache ihrer Niederlage und ihres Bedeutungsverlustes wurde.

Die *Erneuerung* der theoretischen Grundlagen des Sozialismus und ihres Verhältnisses zur Politik setzt die Auseinandersetzung mit dem Paradigma der Einheit von Theorie und Praxis voraus, wie es in seiner ›marxistisch-leninistischen‹ Lesart überkommen ist. Vor allem geht es um die für die sozialistisch-kommunistische Bewegung traditionell charakteristische Verschmelzung der politischen Auseinandersetzung mit dem wissenschaftlichen Diskurs, der die von HABERMAS mit Recht kritisierte Annahme zugrunde liegt, daß die theoretische Erkenntnis implizit bereits die politische Entscheidung bzw. die Legitimation derselben darstelle. »Während die Theorie sowohl die Aufklärungsarbeit legitimiert wie auch selbst durch mißlingende Kommunikation widerlegt, jedenfalls korrigiert werden kann, kann sie keineswegs a fortiori die riskanten Entscheidungen strategischen Handelns unter konkreten Umständen legitimieren. Entscheidungen für den politischen Kampf können nicht vorweg theoretisch gerechtfertigt und dann organisatorisch durchgesetzt werden. Einzig mögliche Rechtfertigung auf dieser Ebene ist der in praktischen Diskursen zu erzielende Konsensus unter den Beteiligten, die im Bewußtsein ihrer gemeinsamen Interessen und in Kenntnis der Umstände, der prognostizierbaren Folgen und Nebenfolgen nur selber wissen können, welche Risiken sie mit welchen Erwartungen eingehen wollen. Es kann keine Theorie geben, die die potentiellen Opfer im vorhinein einer weltgeschichtlichen Mission versichert.« (HABERMAS, 1993, 38 f.)

Die Verschmelzung des theoretischen Diskurses mit Prozessen der Aufklärung und politischen Handlungsanweisung in der sozialistisch-kommunistischen Tradition eröffnete eine Möglichkeit für die Unterordnung der Theorie unter ein machtpolitisches Primat, die schließliche ideologische Herrschaft der Politiker über die Theorieentwicklung, womit die Theorie als kritisches Ferment der sozialistischen Bewegung entwertet wurde. Der ML-Topos der ›Einheit von Theorie und Praxis‹ rechtfertigt genau dieses Phänomen der unter machtpolitischem Primat stehenden Verschmelzung des theoretischen Diskurses mit den Prozessen ideologischen Hegemoniestrebens und politisch-strategischer Entscheidung. Dies führte sowohl zu einer Blockade des theoretischen Fortschritts als auch der politischen *Erneuerung*.

Ein produktiver Bezug politischer Praxis zu theoretischer Erkenntnis muß plural sein und die Eigenständigkeit der Wissenschaft respektieren. Ein hohes Maß an Objektivität theoretischer Wirklichkeitsaneignung als Voraussetzung und Bestandteil politisch-programmatischer und strategischer Arbeit ist nur erreichbar durch eine Verarbeitung und Vermittlung unterschiedlicher theoretischer Standpunkte. Dabei handelt es sich um Aufklärungs- und Verständigungsprozesse über theoretische Erkenntnisse und ihre politische Relevanz, nicht aber selbst um theoretische Diskurse. Politik, die sich bemüht, nach Maßgabe wissenschaftlichen Wissens zu handeln, muß in Rechnung stellen, daß dieses Wissen nur politische Wirksamkeit erlangen kann, wenn es im Bewußtsein der politisch Handelnden und von Politik Betroffenen selbst als theoretisch rechtfertigender Maßstab anerkannt ist. Die Vermittlung von Theorie und politischer Veränderung am Maßstab theoretischen Wissens impliziert gleichsam einen Akt seiner »Ratifikation« durch Öffentlichkeit (vgl. HABERMAS, 1971). Schließlich hat politisches Entscheiden und Handeln theoretische Grundlagen. Indem es aber nicht unmittelbarer Ausfluß theoretischer Erkenntnis ist, ist es Ausdruck eines in Ansehung der Handlungsfolgen gefaßten, mit Max WEBER zu reden »verantwortungsethisch« begründeten Entschlusses (1919, 70 ff.). Politische Programmforderungen und Strategien müssen daher nicht nur theoretischen Einsichten entsprechen, sondern zugleich das Maß der Verantwortbarkeit ihrer politischen Anwendung in konkreten historischen Konstellationen bestimmen.

### **Bibliographie**

- J. Agnoli, *Subversive Theorie*, Freiburg 1996;
- U. Beck, *Der Konflikt der zwei Modernen*, in: *Die Modernisierung moderner Gesellschaften. Verhandlungen des 25. Deutschen Soziologentages in Frankfurt am Main 1990*, hrsgg. von W. Zapf, Frankfurt/M.-New York 1991;
- M. Behrend/H. Meier (Hrsg.), *Der schwere Weg der Erneuerung. Eine Dokumentation*, Berlin 1991;
- J. Bischoff, *Am Ende des Fordismus. Soziale Konflikte und die Schwäche der Linken*, in: P. Ingrao/R. Rosanda, *Verabredungen zum Jahrhundertende*, hrsgg. von H. Heine, Hamburg 1996;
- A. Brie/M. Brie/J. Dellheim/T. Falkner/D. Klein/M. Schumann/D. Wittich, *Zur Programmatik der Partei des Demokratischen Sozialismus. Ein Kommentar*, Herausgeber: *Gesellschaftsanalyse und politische Bildung e.V.*, Berlin 1997;
- C. Buci-Glucksmann, *Über Stalinismus-Kritik von links*, in: *Freiheit der Kritik oder Standpunktlogik*, Berlin 1976, 168-85;
- J. Habermas, *Technik und Wissenschaft als Ideologie*, Frankfurt/M. 1971;
- Derselbe, *Theorie und Praxis. Sozialphilosophische Studien*, Frankfurt/M. 1993;
- W. F. Haug, *Pluraler Marxismus*, Bd. 1, Berlin/W 1985;
- Derselbe, *Gorbatschow. Versuch über den Zusammenhang seiner Gedanken*, Hamburg 1989;
- Derselbe, *Determinanten der postkommunistischen Situation*, Berlin-Hamburg 1993;
- E. Hobsbawm, *Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts*, München-Wien 1995;
- R. Land, *Staatssozialismus und Stalinismus*, in: L. Bisky/J. Černý/H. Mayer/M. Schumann (Hrsg.), *Die PDS – Herkunft und Selbstverständnis*, Berlin 1996, 186-99;
- M. Weber, *Politik als Beruf* (1919), Stuttgart 1992.

# Fehler

## Entwurf für einen Beitrag im Historisch-kritischen Wörterbuch des Marxismus (1999)<sup>1</sup>

Der Ausdruck *Fehler* bezieht sich auf subjektabhängige Vorgänge. Er bezeichnet den in der Freiheit des (individuellen oder kollektiven) Subjekts liegenden Grund für die Nichtübereinstimmung zwischen gesetzten Handlungszwecken und tatsächlich erreichten Handlungsergebnissen. – Davon zu unterscheiden ist der nicht normgerechte Entwicklungsverlauf einzelner Funktionen oder Organe des menschlichen Individuums als psychische/somatische *Fehlentwicklung*, die eine Determinante des Handlungsmißerfolgs darstellen kann.

Die etymologischen Grundbedeutungen von *Fehler* sind: Irrtum, am Ziel vorbeischießen, ein Ziel verfehlen. Konnotationen reichen von Mangel, Makel, Abweichung, Trug, Unehrenhaftigkeit bis Sünde. Umgangssprachlich wird *Fehler* in entsprechend unterschiedlichen Bedeutungen verwendet.

1. Die grundsätzliche Nichtübereinstimmung zwischen gesetzten Handlungszwecken und tatsächlich erreichten Handlungsergebnissen im *geschichtlich-gesellschaftlichen Zusammenhang*, im »bisherigen Geschichtsverlauf«, und die damit gegebene vermeintliche Plan- und Vernunftlosigkeit der menschlichen Geschichte ist das Grundthema der Geschichtsphilosophie. Das philosophische Denken thematisiert diese Differenz von Anbeginn. Es handelt sich um das Problem der Verselbständigung der von den Menschen selbst erzeugten gesellschaftlichen Zusammenhänge zu rätselhaften, unberechenbaren und unbeherrschbaren Mächten, die eine bewußte Gestaltung von Geschichte allein durch die Kraft der gesellschaftlichen Individuen und nach dem Analogon individueller Handlungsrationalität scheinbar unmöglich machen.

---

1 (Alle Anm. sind Anm. des Herausgebers.) – Der Entwurf findet sich im Nachlaß von Michael Schumann und weist Edda Seifert als Mitautorin aus. Er ist später Bestandteil des von der Redaktion des Historisch-kritischen Wörterbuches des Marxismus (HKWM) mit Blick auf die dort üblichen Darstellungsformen z. T. erweiterten, z. T. gekürzten und z. T. umstrukturierten Textes zum Stichwort *Fehler* geworden, wie er abgedruckt ist in: Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus, unter Mitwirkung von mehr als 700 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern hrsgg. von Wolfgang Fritz Haug, Bd. 4 Fabel bis Gegenmacht, Argument Verlag, Hamburg 1999, Spalte 252-261. Des Gewichtes der redaktionellen Änderungen wegen trägt der dortige Beitrag die Autorenenennung »Michael Schumann u. Red.« – Die Entscheidung, hier den *Entwurf* zu drucken, folgt der Überlegung, das in ihm die Schumannsche Annäherung an das Thema unmittelbar nachvollziehbar wird. – Die Zitierweise und die Literaturlistung im Entwurf folgt bereits den für das HKWM üblichen Formen und wird auch hier beibehalten.

Es ist dies auch das leitende Motiv der neueren Philosophie. So beschreibt KANT den Gegensatz zwischen der offensichtlichen Vernunftbegabung der menschlichen Individuen und der scheinbaren Vernunftlosigkeit, die ihrem geschichtlich-gesellschaftlichen Leben eignet. Er unterlegt der Geschichte die verborgene *Naturabsicht* einer beständigen Vervollkommnung der menschlichen Gattung, welche – durch die Philosophie »in weltbürgerlicher Absicht« entschlüsselt und zugleich befördert – in einem historisch langfristigen und widerspruchsvollen Prozeß eine rechtlich-völkerrechtliche Ordnung der Vernunft hervortreibt. Diese teleologisch gefaßte Gesetzmäßigkeit impliziere, daß »von Geschöpfen, die ohne eigenen Plan verfahren, dennoch eine Geschichte nach einem bestimmten Plane der Natur möglich sei« (KANT, 1979, 204).

MARX und ENGELS haben den bisherigen Geschichtsverlauf als naturwüchsigen charakterisiert. Sie konstatierten die Existenz der vielen bewußten Zwecksetzungen, Einzelwillen und Einzelhandlungen der Individuen, aus deren Zusammenstoß »auf geschichtlichem Gebiet« ein Zustand herbeigeführt werde, »der ganz dem in der Natur herrschenden analog ist. Die Zwecke der Handlungen sind gewollt, aber die Resultate, die wirklich aus den Handlungen folgen, sind nicht gewollt, oder soweit sie dem gewollten Zweck zunächst doch zu entsprechen scheinen, haben sie schließlich ganz andere als die gewollten Folgen.« (MEW, 21, 297)<sup>2</sup> Mit der Thematisierung des geschichtsphilosophischen Problems – wofür nach den Worten von ENGELS »Marx und ich von jeher uns besonders interessierten« (MEW, 37, 370) –, daß im historischen Prozeß Handlungszwecke und Handlungsergebnisse unabhängig vom Willen der handelnden Subjekte auseinanderfallen, bewegen sich MARX und ENGELS ersichtlich auf dem Boden der philosophischen Tradition: Nicht *Fehler* als im Subjekt liegende Gründe verursachen das Auseinanderfallen von Handlungszwecken und -resultaten im geschichtlich-gesellschaftlichen Entwicklungszusammenhang und damit die Naturwüchsigkeit des Geschichtsverlaufs. Diese Nichtübereinstimmung beruht letztlich nicht auf subjektiven, sondern vielmehr auf äußeren Umständen.

Bei dem Versuch der Lösung des geschichtsphilosophischen Grundproblems gehen MARX und ENGELS völlig neue Wege: Sie identifizieren die Herrschaft des Privateigentums und den daraus resultierenden Klassenantagonismus als Ursache dafür, daß die Geschichte »naturwüchsig vor sich geht, d. h. nicht einem Gesamtplan frei vereinigter Individuen subordiniert ist« (MEW, 3, 72), während sich der »Kommunismus (...) von allen bisherigen Bewegungen dadurch (unterscheidet), daß er die Grundlage aller bisherigen Produktions- und Verkehrsverhältnisse umwälzt und alle naturwüchsigen Voraussetzungen zum ersten Mal mit Bewußtsein als Geschöpfe der bisherigen

---

2 MEW (Karl Marx, Friedrich Engels: Werke), Bd. 1-42, Berlin/DDR 1956 ff., Band 43, Berlin 1990.

Menschen behandelt, ihrer Naturwüchsigkeit entkleidet und der Macht der vereinigten Individuen unterwirft« (70). Das allgemeine humanistische und die philosophische Tradition bewegende Problem und Anliegen der bewußten Herrschaft der Menschen über ihre eigene Geschichte greift der Marxismus auf und konkretisiert es zugleich, indem er es als Problem der Herstellung der materiellen Bedingungen dieser Vereinigung, als Problem der Entwicklung der ökonomischen Verhältnisse begreift. Die Überwindung der Naturwüchsigkeit von Geschichte kulminiert für MARX und ENGELS in der Lösung der Eigentumsfrage. Der zusammenfassende Ausdruck der kommunistischen Theorie lautet daher: »Aufhebung des Privateigentums« (MEW, 4, 475). Inwieweit die Eigentumsfrage den Inbegriff des bewußten Verhältnisses zu den konkret-historischen Existenz- und Entwicklungsproblemen der Gesellschaft bedeutet, ist in der marxistischen Theorietradition ein zentrales Streitthema.

2. Einen erkenntnistheoretisch relevanten kategorialen Status besitzen *Fehler* im Rahmen der formalen Logik und Mathematik (*Fehler-Theorie*). Es geht dabei zum einen um *logische Fehler* und zum anderen um *sachliche oder faktische Fehler*. Bei *logischen Fehlern* handelt es sich um *Schluß-Fehler*, *Fehler* in einer Gedankenabfolge, in Begriffsdefinitionen, in Beweisführungen und Widerlegungen. Der *logische Fehler* wird durch eine Verletzung der Gesetze logischen Denkens hervorgerufen. In der traditionellen Logik teilt man alle *logischen Fehler* in drei Gruppen ein: in *Fehler* in den Prämissen, in *Fehler* in bezug auf die These und in *Fehler* in der Argumentation (vgl. KONDAKOW, 1978, 166 ff.) *Sachliche oder faktische Fehler* bringen Abweichungen der Erkenntnisresultate von Gegenständen oder Sachverhalten zum Ausdruck, die Gegenstand entsprechender Erkenntnisbemühungen sind und nicht auf Verletzungen der Regeln logischen Denkens beruhen. Beispielhaft sind hierfür *Beobachtungs-Fehler* bei Meßvorgängen. Sog. *unregelmäßige Fehler* sind Gegenstand der *Fehler-Theorie*. Sie beruhen auf zahllosen zufälligen Einflüssen, wie der Unvollkommenheit der an der Messung beteiligten menschlichen Sinnesorgane, der Veränderlichkeit gewisser äußerer Zustände usw. Die *Fehler-Theorie* macht Wahrscheinlichkeitsaussagen über die Größe *unregelmäßiger Fehler* (vgl. STOYAN, 1978, 269).

3. *Fehler* steht in enger Beziehung zur Kategorie des *Irrtums* (vgl. HWPh, 4, 1976, 589 ff.)<sup>3</sup> Erkenntnistheoretisch äußert sich der *Fehler* wie der *Irrtum* in der Falschheit der Behauptung, des Satzes. Beim *Fehler* wie beim *Irrtum* verbindet sich die Falschaussage mit der Überzeugung ihres Urhebers, es handle sich um einen wahren Satz. Beide sind insoweit Korrelata der *Lüge* (vgl.

---

3 HWPh: Historisches Wörterbuch der Philosophie, hrsgg. von J. Ritter u. K. Gründer, Basel 1971 ff.

HWPPh, 5, 1980, 533 ff.). Sie intendieren nicht die Falschheit und damit gegebenenfalls auch die Täuschung, sondern bewirken sie lediglich faktisch. Der *Fehler* oder Irrtum einerseits und die Lüge andererseits sind somit auch moralisch zu unterscheidende Kategorien.

4. Als Ursache der Differenz zwischen Zwecken und tatsächlichen Resultaten geistiger oder materieller Operationen steht der *Fehler* insbesondere für die *Inadäquatheit der Subjekt-Mittel-Zweck-Relation*. MARX charakterisiert diese Relation am Beispiel des Arbeitsprozesses. Das Arbeitsmittel sei »ein Ding oder ein Komplex von Dingen, die der Arbeiter zwischen sich und den Arbeitsgegenstand schiebt und die ihm als Leiter seiner Tätigkeit auf diesen Gegenstand dienen. Er benutzt die mechanischen, physikalischen, chemischen Eigenschaften der Dinge, um sie als Machtmittel auf andere Dinge, seinem Zweck gemäß, wirken zu lassen.« (MEW, 23, 194) Nach HEGEL besitzt das Mittel einerseits »die Gestalt eines *äußerlichen*, gegen den Zweck selbst und dessen Ausführung gleichgültigen Daseins«. (HEGEL, Bd. 2, o.J., 236)

Andererseits ist erst im Mittel der Zweck »Tätigkeit, nicht mehr bloß Trieb und Streben, als im Mittel das Moment der Objektivität in seiner Bestimmtheit als Äußerliches gesetzt ist (...)« (238), was bedeutet, daß im Mittel, seinem zweckmäßigen Tätigwerden, wesentliche Bestimmungen des Zwecks selbst zutage treten. Die Frage der Mittel-Zweck-Relation ist nicht nur für den operationellen Handlungserfolg entscheidend, sondern besitzt eine zutiefst moralische Dimension. Wenn der Zweck als Produkt und Funktion der Mittel, die in Wirklichkeit zu seiner Realisierung eingesetzt werden, verstanden werden muß, kann auch der beste Zweck nicht jedes Mittel heiligen, ohne sich selbst aufzuheben. Handlungsweisen nach der Maxime »Der Zweck heiligt die Mittel« sind keine *Fehler*, die bei der Suche nach zweckgemäßen Mitteln und Verfahren ihrer zweckgemäßen Anwendung unvermeidlich auftreten, sondern von vornherein bewußte Negationen des (guten) Zwecks selbst.

5. Im sozial- und politisch-kommunikativen Zusammenhang ist der *Umgang mit Fehlern* ein zentrales Problem.

MARX und ENGELS haben nicht nur gelegentlich Grundsätze ihrer eigenen wissenschaftlichen Anschauungen einer *Fehler-Revision* unterzogen und damit dem entwickelten Stand der Erkenntnis angepaßt. (Paradigmatisch war die Relativierung ihres Axioms, daß alle bisherige Geschichte eine Geschichte von Klassenkämpfen sei [vgl. MEW, 4, 462, Fußnote]). Zugleich haben sie die offene Auseinandersetzung über politisch-historische Fehleinschätzungen – ihre eigenen eingeschlossen – als eine selbstverständliche Grundlage für den Fortschritt der Arbeiterbewegung angesehen. »Die Geschichte hat uns allen, die ähnlich dachten, Unrecht gegeben.« (MEAW, IV, 459)<sup>4</sup> ENGELS bezeichnet *Fehler* als notwendigen Bestandteil des Lernprozesses der sozialistischen Be-

wegung: »Massen lernen eben nur durch die Folgen ihrer eignen Fehler, durch Experimente am eigenen Körper.« (MEW, 37, 437)

Diese Haltung wird später auch von LENIN und LUXEMBURG geteilt. LUXEMBURG bezeichnet während des 1. Weltkrieges, in einer Situation des absoluten Scheiterns, die »geschichtliche Erfahrung« als »einzige Lehrmeisterin« des Proletariats, seinen Weg als »mit unzähligen Irrtümern gepflastert«. Verloren sei es nur dann, wenn es aus der Tiefe des Falls nicht lernen wolle (vgl. GW, 4, 53).<sup>5</sup> Auch LENIN benennt und bekennt eigene *Fehler* und *Fehler* der Bewegung oft in Offenheit.

6. Die mangelnde Bereitschaft, theoretische und politische *Fehler* zu analysieren und damit elementare Voraussetzungen für ihre Korrektur zu schaffen, wurde zu einer entscheidenden Ursache der Niederlagen der sozialistischen/kommunistischen Bewegung des 20. Jahrhunderts. Während von MARX und ENGELS bis LUXEMBURG und LENIN auf Selbstkritik bezogene Denk- und Äußerungsverbote abwegig waren, nahm der Umgang mit *Fehlern* unter STALIN einen deutlich anderen Charakter an. Die *Unfehlbarkeit* der Führung/ des Führers in politischen und theoretischen Dingen wurde zur *conditio sine qua non* der Machtbehauptung, mit der Folge, daß *Fehler* immer mehr die Konnotation von Verfehlung, Abweichung, Sünde und Verrat durch den machtpolitischen Widerpart annahm. »Stalin führte den Begriff ›Volksfeind‹ ein. Dieser Terminus befreite umgehend von der Notwendigkeit, die ideologischen Fehler eines oder mehrerer Menschen, gegen die man polemisiert hatte, nachzuweisen; er erlaubte die Anwendung schrecklichster Repressionen.« (CHRUSCHTSCHOW, 1990, 14 f.)

7. Bis 1989 wurde in den realsozialistischen Staaten kein offener Umgang mit *Fehlern* erreicht. Während schon GRAMSCIs Begriff der »zivilen Hegemonie« am Charakter der Macht ansetzt, in den späteren Jahrzehnten besonders in der KP Italiens grundlegende Kritik an den undemokratischen Machtstrukturen der realsozialistischen Staaten geübt wurde, blieben in diesen der sog. *Fehler-Diskussion* enge Grenzen gesetzt. »Wir müssen uns der Frage des Personenkults mit ganzem Ernst widmen. Wir dürfen diese Frage nicht aus der Partei herausragen, noch weniger in die Spalten der Presse. (...) Man muß das Maß kennen, den Feinden keine Nahrung geben, ihnen nicht unsere Blößen enttüllen.« (CHRUSCHTSCHOW, 1990, 66)

Die Benennung stalinistischer Verbrechen durch CHRUSCHTSCHOW war unter den damaligen Verhältnissen freilich geeignet, die Hoffnung zu er-

---

4 MEAW: Marx-Engels Ausgewählte Werke, Bd. I-VI, Berlin/DDR 1970 ff.

5 GW: Gesammelte Werke, 5 Bde., Berlin/DDR 1970-1975.

wecken, ein offener Umgang mit *Fehlern* sei nicht nur nötig, sondern auch möglich. Der sog. *Fehler-Diskussion* mußte aus machtpolitischen Gründen einerseits ein bestimmter Raum eingeräumt werden. Ein völlig unkritisches Verhältnis zur hochstalinistischen Herrschaftspraxis hätte zur Selbsterstörung geführt. Andererseits hätte eine wirklich offene Auseinandersetzung sehr schnell offensichtlich werden lassen, daß es in der STALINschen Ära um mehr ging als um historisch-politische *Fehler*: um die Negierung der emanzipatorischen Grundlagen und Zielstellungen des Sozialismus selbst.

Aus diesem Zwiespalt resultierte das ambivalente Verhältnis der meisten KPn zur sog. *Fehler-Diskussion*. Die Führung der SED z. B. nahm sich nicht von Anbeginn aus aller ernsthaften Kritik. Davon zeugt u. a. die ZK-Entschließung »Zu den Fragen der Kritik und Selbstkritik und zur Verbesserung der Arbeit der leitenden Organe der Partei« (1952). Darin heißt es: »Das Zentralkomitee stellt fest, daß in seiner eigenen Tätigkeit noch erhebliche Fehler und Mängel vorhanden sind.« (Dok. d. SED, III, 1952, 718) Nach der Zuspitzung der Machtfrage im Juni 1953 erklärte GROTEWOHL jedoch, »die freimütige Darlegung unserer Fehler« habe die Partei zu einer »wahren Büssergemeinde« gemacht, die Partei habe diese Büsserstimmung »mit Energie und Kraft zu überwinden. Selbstkritik heißt nicht Selbstmord.« (GROTEWOHL, 1953, 9 f.)

Bis zum Ende des staatssozialistischen Systems und dogmatischen Parteikommunismus blieb BRECHTs Charakteristik des vorherrschenden Umgangs mit *Fehlern* gültig: »Wenn Fehler gemacht wurden, bestrafte man die, die sie kritisiert hatten; aber die sie begangen hatten, blieben in ihren Ämtern. Sie waren bald nicht mehr die Besten, sondern nur mehr die Gefügigsten (...) Unter diesen Umständen erschien keine einzige gute Darstellung der Lage mehr, die planmäßiges Handeln gestattet hätte, und wurde von denen, die die Lage wenigstens aus Erfahrung kannten, nichts getan, was jene nicht vorher billigten, die die Lage nicht kannten.« (BRECHT, 1975, 174)

### **Bibliographie**

- B. Brecht, Me-ti. Buch der Wendungen, in: B. Brecht, Prosa, Bd. IV, Berlin/DDR und Weimar 1975;  
N. S. Chruschtschow, Über den Personenkult und seine Folgen. Rede in der internen Sitzung des XX. Parteitages der KPdSU, 25. Februar 1956, in: SED und Stalinismus. Dokumente aus dem Jahre 1956, Berlin 1990;  
Dokumente der SED, Bd. III, Berlin/DDR 1952;  
O. Grotewohl, Der neue Kurs und die Aufgaben der Partei. 15. Tagung des Zentralkomitees der SED, Berlin/DDR 1953;  
G. W. F. Hegel, Wissenschaft der Logik. Zweiter Band, Leipzig o. J.;  
I. Kant, Idee zu einer allgemeinen Geschichte in weltbürgerlicher Absicht, in: I. Kant, Von den Träumen der Vernunft, hrsgg. von St. und B. Dietzsch, Leipzig/Weimar 1979;  
N. I. Kondakow, Wörterbuch der Logik, hrsgg. von E. Albrecht und G. Asser, Berlin/DDR 1978;  
H. Stoyan, Fehler, in: Philosophie und Naturwissenschaften. Wörterbuch, hrsgg. von H. Hörz/R. Löther/S. Wollgast, Berlin/DDR 1978.



# Erkenntnistheoretisches zum Stichwort Geist

## Entwurf für einen Beitrag im Historisch-kritischen Wörterbuch des Marxismus (2000)<sup>1</sup>

Der Ausdruck *Geist* steht im neuzeitlichen Rationalismus und klassischen Idealismus für das Vermögen des Menschen zu allgemeiner und notwendiger Erkenntnis und damit für die Antizipation der geschichtlich-gesellschaftlichen Natur des Subjekts.

1. Der Rationalismus hat die empiristische Lösung des philosophischen Erkenntnisproblems, welche nur die (individuelle) Erfahrung als Erkenntnisquelle anerkennt, als unbefriedigend angesehen. Ideologietheoretisch gesehen handelt es sich bei der Kritik des (englischen) Empirismus durch den (kontinentalen) Rationalismus um einen Reflex des bürgerlichen Herrschaftsanspruchs. Dieser tritt als Anspruch der natürlichen (bürgerlichen) Vernunft auf. Deren Verbindlichkeit bzw. vermeintlich allgemeiner, auf alle Menschen bezogener, und objektiver Charakter konnte sich im Kampf gegen die Jahrhunderte währende und mit Absolutheitsanspruch auftretende religiöse Tradition nicht mit der empiristischen Beschränkung auf das Gegebene durchsetzen. Das für den Geltungsanspruch progressiver sozialer Ideen entscheidende Problem der Möglichkeit allgemeiner und notwendiger Erkenntnis wurde daher zu einem Zentralproblem des Rationalismus. Und er suchte es in Gegnerschaft zu dem – auf diesem Felde letztlich erfolglosen – Empirismus zu lösen.

Durch maßgebende Vertreter der Gegenwartsphilosophie ist es ad acta gelegt worden. So ist – um nur ein Beispiel zu nennen – W. STEGMÜLLER nach jahrzehntelanger Beschäftigung mit der Geschichte und Systematik der

---

1 (Alle Anm. sind Anm. des Herausgebers.) – Der Entwurf findet sich im Nachlaß von Michael Schumann. Er war als eine Vorarbeit zum Gesamttext zum Stichwort *Geist* gedacht. Zur Weiterverfolgung des Themas ist Schumann dann nicht mehr gekommen. – Der im Historisch-kritischen Wörterbuch des Marxismus (HKWM) zum Stichwort *Geist* zu findende Beitrag stammt von Wolfgang Fritz Haug (vgl. Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus, unter Mitwirkung von mehr als 800 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern hrsgg. von Wolfgang Fritz Haug, Bd. 5 Gegenöffentlichkeit bis Hegemonialapparat, Argument Verlag, Hamburg 2001, Spalte 53-91). – Haug hatte die Schumannschen Überlegungen bereits mit einigen Ergänzungen versehen. Diese Fassung ist zum ersten Todestag Schumanns in »UTOPIE kreativ«, Berlin, Heft 134 (Dezember 2001) abgedruckt worden. – Die Entscheidung, hier den originalen *Entwurf*, der sich vor allem in seinen ersten Teilen von der in »UTOPIE kreativ« veröffentlichten Fassung unterscheidet, zu drucken, folgt der Überlegung, daß in ihm die Schumannsche Annäherung an das Thema unmittelbar nachvollziehbar wird. – Die Zitierweise und die Literaturlistung im Entwurf folgt den für das HKWM üblichen Formen und wird auch hier beibehalten.

erkenntnistheoretischen Probleme zu der resignierenden Konsequenz gelangt, »daß das Problem, *ob hic et nunc eine echte, gelten zu lassende Einsicht vorliegt, allein durch meine persönliche Gewissensentscheidung, für die ich nur mir selbst gegenüber verantwortlich bin, gelöst werden kann.* Mein persönliches Gewissen ist nicht nur bei ethischen Entscheidungen die oberste Instanz, sondern auch bei den *scheinbar* ganz entsubjektivierten objektiv-wissenschaftlichen Sachfragen.« (1969, 2)

2. Wie der Empirismus ist auch der Rationalismus auf die Förderung der menschlichen Produktivkräfte gerichtet. Von BACON wie von DESCARTES sagt MARX, sie hätten »eine veränderte Gestalt der Produktion und praktische Beherrschung der Natur durch den Menschen als Resultat der veränderten Denkmethode« erwartet. (MEW, 23, 411, Fußnote)

Die Frage der Objektivität und damit der technischen und ökonomischen Praktikabilität der Erkenntnis verbindet sich jedoch im neuzeitlichen Rationalismus eng mit der Entwicklung der Mathematik. Es ist bemerkenswert, daß die metaphysischen Systeme des 17. Jahrhunderts mit ihrem Postulat des die Erfahrung übersteigenden Wissens ein tatsächlich vorhandenes Merkmal der theoretischen Erkenntnis reflektieren, wie es vor allem in der Mathematik und Logik zum Ausdruck kommt: die von den Erfahrungstatsachen unabhängige Geltung ihrer Sätze. Unter der Voraussetzung eines unhistorischen, auf die sinnliche Wahrnehmung des Einzelnen eingeschränkten Erfahrungsbegriffs konnte diese Geltung nur als Geltung a priori einleuchten.

3. In den aprioristischen Konstruktionen der Rationalisten wird die abstrakt-individualistische Vorstellung vom Erkenntnissubjekt relativiert. Allerdings ist der Gegensatz zu den Vertretern des Empirismus und Sensualismus nicht absolut. Auch bei ihnen ist das Robinsonade-Schema nicht uneingeschränkt vorherrschend. Das gilt vor allem für den französischen Materialismus des 18. Jahrhunderts. Dieser hat den individuellen Menschen als ein Wesen begriffen, das von Natur aus gesellschaftlich ist – ein Gedanke, der mit revolutionären Konsequenzen verbunden war: »Wenn der Mensch von Natur aus gesellschaftlich ist, so entwickelt er seine wahre Natur erst in der Gesellschaft und man muß die Macht seiner Natur nicht an der Macht des einzelnen Individuums, sondern an der Macht der Gesellschaft messen.« (MEW, 2, 138) In dem auf die Veränderung der Gesellschaft nach Maßgabe der menschlichen Natur gerichteten Menschenbild dieses Materialismus liegt eine sozialistische Tendenz, an die der utopische Sozialismus und Kommunismus unmittelbar anknüpfen konnte (138 f.).

Für die partielle Überwindung des abstrakt-individualistischen Menschenbildes im Rahmen der materialistischen Traditionslinie ist in erkenntnistheoretischer Perspektive CONDILLACS »Essay über den Ursprung der menschlichen Erkenntnis« paradigmatisch.

4. Auch LOCKE hat in seinen Betrachtungen über die sogenannten komplizierten Ideen (die Art der Verknüpfung der einfachen Ideen) zum Ausdruck gebracht, daß ihre Wahrheit nicht mehr auf sinnliche Eindrücke zurückgeführt werden kann. Er formuliert, »daß allgemeine Gewißheit sich immer nur in unseren Ideen finden läßt. Solange wir sie irgendwo anders, in Versuchen oder Beobachtungen außer uns suchen, kommen wir nicht über ein Wissen von Einbildungen hinaus. Einzig und allein die Betrachtung unserer eigenen abstrakten Ideen ist imstande, uns ein allgemeines Wissen zu liefern« (2, 256). M. THOM konstatiert hier einen Umschlag von LOCKES einseitig sensualistischer Position in den Rationalismus: »Locke, einer der entschiedensten Kämpfer gegen die cartesianische Lehre von den eingeborenen Ideen, erhebt wie Descartes die Übereinstimmung des Denkens mit sich selbst zum Wahrheitskriterium« (1971, 997). Gleichwohl ist von LOCKE das Credo des neuzeitlichen Empirismus überliefert: nihil est in intellectu quod non prius fuerit in sensu. Und erst LEIBNIZ' Ergänzung: ... nisi intellectus ipse, machte hinreichend deutlich, daß im sensualistischen Empirismus die philosophische Bewältigung des abstrakten Denkens fehlte.

5. Die die neuzeitliche rationalistische Tradition begründende Lehre DESCARTES' rettet den schöpferischen Charakter der menschlichen Erkenntnistätigkeit nur um den Preis des Dualismus von Körper und Geist, von Sinn und Verstand. Es sei notwendig, so sagt er in der »Abhandlung über die Methode«, daß sich der Geist völlig von den Sinnen befreie und über die Körperwelt erhebe, um das Wesen Gottes und der menschlichen Seele zu erkennen (44 f.). DESCARTES nahm eingeborene Ideen an, die auf dem Wege einer intuitiven Anschauung erfaßbar seien. Die menschliche Erkenntnis erhält ihren schöpferischen Charakter durch die Existenz dieser eingeborenen Ideen. Sie stellen sich bei DESCARTES als die Quellen allgemeingültiger und notwendiger Erkenntnis dar und haben ihren letzten Ursprung in einer überindividuellen geistigen Potenz, in Gott: »Denn Gott hat einem jeden von uns das Licht der Vernunft verliehen, das Wahre vom Falschen zu unterscheiden (...)« (34).

»Unter Angeborenheit der Ideen«, so antwortet DESCARTES auf die 10. Entgegnung HOBBS', verstehen wir nur, daß wir die Fähigkeit haben, sie hervorzurufen.« Im Verstand sind »gleichsam die Keime (semenes) der für uns erreichbaren Wahrheiten« angelegt (Meditationen, 456). Mit seinem Postulat der eingeborenen Ideen hat DESCARTES daher »nicht behauptet, daß der Neugeborene sich ewiger Wahrheiten bewußt wird und das gleichsam nur das Unvermögen zu sprechen ihn daran hindere, sie mitzuteilen«. NARSKI bemerkt in diesem Zusammenhang: »Somit ist der Unterschied zwischen Leibniz und Descartes kleiner als er Leibniz selbst scheinen mochte« (1977, 100).

6. LEIBNIZ lebt und wirkt unter Bedingungen, da sich die bürgerliche Klasse des zersplitterten Deutschland noch nicht als einheitliche soziale Kraft formiert hat und noch um ökonomische, politische und kulturelle Selbständigkeit ringt. Philosophisch wird dies reflektiert in der Betonung der bürgerlichen Persönlichkeit. Sie wird als individuelle Substanz, als Monade aufgefaßt, womit LEIBNIZ eine Tradition der deutschen Philosophie aufnimmt, an deren Anfang das individuelle Seelenfünklein *Meister Eckharts* steht (vgl. SEIDEL 1977, 71).

Die letztlich ideologisch motivierte Betonung der abstrakten Individualität birgt die bekannten Schwierigkeiten für die Lösung des Erkenntnisproblems, das nach Hans Heinz HOLZ für LEIBNIZ jedoch insofern gegenstandslos geworden ist, als die Antithese von Apriori und Empirie durch den Zusammenhang von *repräsentatio mundi* und prästablierter Harmonie aufgehoben ist (vgl. HOLZ, 1983, 96 ff.). »Das Weltmodell, das die Relationen der Substanzen als ein universelles Reflexions- oder Widerspiegelungssystem beschreibt, macht die grundlegende dialektische These einsichtig, daß das Einzelne selbst das Allgemeine *ist* (wenngleich es dies erst in der Reflexion der Reflexion *erkennt*)« (HOLZ, 1996, 24).

Mit der Kategorie der eingeborenen Ideen, die grundsätzlich die Eigenschaft der Wahrheit für sich haben, wird in noch unangemessener Weise der Sachverhalt reflektiert, daß es die Errungenschaften des geschichtlich-gesellschaftlichen Erkenntnisprozesses sind, die – angeeignet durch das Individuum – als Bedingungen der Möglichkeit allgemeiner und notwendiger Erkenntnis fungieren.

LEIBNIZ sagt zwar, daß die Quelle der eingeborenen Ideen Gott ist. Aber Gott bleibt in diesem Zusammenhang wesentlich passiv. So wurden im Grunde die vordem Gott zugeschriebenen Eigenschaften der Allwissenheit und des Schöpferischen dem Menschen übertragen. FEUERBACH sagt: »Der große Gedanke Leibnizens ist: Der Geist ist sich selbst eingeboren, d.h. sich selbst wesentlich und immanent, und diese Immanenz ist die Quelle seiner wesentlichen *geistigen* Ideen. Es ist das hohe Prinzip der Selbstbeschauung des Geistes, seiner Vertiefung in sich selbst, seiner Selbständigkeit und Autarkie, das Prinzip des Kantischen und Fichteschen Idealismus, das in Leibniz schon zum Ausbruch kam. Der Geist ist nach ihm das Prinzip der Ichheit, das Prinzip der Reflexibilität in sich selbst; er ist sich selbst Gegenstand, er ist die Idee, das Bewußtsein seiner selbst; diese Idee ist *eins mit ihm*; er ist er selbst, Geist nur durch sie; und in diesem Selbstbewußtsein liegt das Prinzip seiner Selbsttätigkeit und -ständigkeit, seiner Immanenz, seiner Ideen« (3, 145).

Es liegt im Wesen des menschlichen Geistes – eben weil er ein Bild Gottes ist, weil er das Göttliche, d.h. Schöpferische selbst ist – die wesentlichen Erkenntnisse *der Potenz nach* schon zu besitzen. »Man kann daher sagen, daß die

ganze Arithmetik und Geometrie in uns *der Kraft nach* liegt, so daß wir, um ihre Sätze zu entdecken, nur das, was schon in uns ist, aufmerksam betrachten und ordnen dürfen, ohne irgendeine durch die Erfahrung oder die Tradition erworbene Erkenntnis dazu nötig zu haben« (LEIBNIZ, zit. nach FEUERBACH, 3, 148). »Die Vernunft selbst ist nichts anderes als die Kette oder der Zusammenhang der notwendigen und allgemeinen (geometrischen, metaphysischen und logischen) Wahrheiten« (LEIBNIZ, zit. nach FEUERBACH, 3, 146). »Die Erkenntnis liegt in uns, wie die in den Adern vorgezeichnete Figur schon im Marmor ist, auch ehe man sie bei der Arbeit darin entdeckt« (LEIBNIZ, zit. nach FEUERBACH, 3, 149). Die Ideen »der nicht wirklich von uns vorgestellten Dinge« seien in unserem Geiste »wie die Gestalt des Herkules im rohen Marmorblocke« (LEIBNIZ, 211). Die allgemeinen und notwendigen Erkenntnisse erreicht das individuelle Erkenntnissubjekt also durch die Selbsterkenntnis: »Wo die Seele sich zum Bewußtsein *ihrer selbst* erhebt, erhebt sie sich zur Vernunft, und umgekehrt; auf dieser Stufe ist und heißt sie nicht mehr Seele, sondern *Geist*« (FEUERBACH, 3, 146).

Für LEIBNIZ löst sich das Problem der Möglichkeit allgemeingültiger und notwendiger Erkenntnis durch die Klärung der spezifischen Beschaffenheit der menschlichen Vernunft. Er führt seine Art, das Erkenntnisproblem zu denken, auf die platonische Tradition zurück: »Ich bin in keiner Weise für die *tabula rasa* des Aristoteles und finde vielmehr etwas Begründetes in dem, was Plato die *Erinnerung* nannte. Es ist sogar noch etwas mehr vorhanden, denn wir haben nicht bloß eine *Erinnerung* von allen unseren vergangenen Gedanken, sondern auch ein *Vorgefühl* von allen unseren zukünftigen Gedanken« (215). Diese rationalistische Position wurde zu einer wichtigen Quelle der Weiterentwicklung des erkenntnistheoretischen Denkens. »(...) der Grundgedanke der ›Nouveaux Essais sur l'entendement humain‹ ist daher schon wie in der ›Kritik der reinen Vernunft‹ der, daß Allgemeinheit und die von ihr unzertrennliche Notwendigkeit das eigene Wesen des Verstandes oder vorstellenden Wesens ausdrücken, also nicht aus den Sinnen, d. h. hier von außen, kommen können, denn ›durch Induktion werden nie wahrhaft allgemeine Sätze gegeben, indem immer die Gewißheit fehlt, daß man alle Individuen geprüft hat‹ aa – ein Gedanke, der auch schon von den Cartesianern aufs schärfste hervorgehoben wurde« (FEUERBACH, 3, 278) LENIN kommentiert diese Stelle in seinem »Konspekt zu Feuerbachs ›Darstellung, Entwicklung und Kritik der Leibnizschen Philosophie« (LW, 38, 72)<sup>2</sup> u. a. mit der Bemerkung: »Kantianismus = alter Plunder«. Und er trifft mit diesem Sarkasmus den Sachverhalt, daß – wie auch im Empirismus – »die Frage nach einer Begründung

---

2 LW: W. I. Lenin: Werke, Bd. 1-40, Berlin/DDR 1955 ff.

des Erkenntnisvermögens aus Bedingungen außerhalb des theoretischen Verhaltens gar nicht erst gestellt wird« (GÖSSLER/THOM, 1976, 126). Durch das ideologisch bedingte Ausblenden der Praxis als der durch die Anwendung materieller Arbeitsmittel hergestellten Subjekt-Objekt-Einheit wird das Erkenntnisproblem verfehlt (vgl. RUBEN, 1976, 19).

*Geist* ist die Zentralkategorie einer Erkenntnistheorie, in der die praktische geschichtlich-gesellschaftliche Vermittlung unserer Erkenntnisleistungen noch unbegriffen ist. Und FEUERBACH geht in seiner Leibnizkritik fehl, wenn er meint, in dem Satz »Nichts ist im Verstande, was nicht im Sinne, aber es ist anders dort als hier« den Schlüssel für die Lösung des Problems gefunden zu haben. In Wirklichkeit sind die allgemeinen Sätze nicht lediglich Namen für meine sinnlichen Erfahrungen, sondern »Namen« der historisch-gesellschaftlichen Gesamterfahrung und deren theoretische Verarbeitung. Sie sind damit Repräsentanten eines gesellschaftlichen Verhältnisses. FEUERBACH sagt zwar, die allgemeinen Sätze seien im Geiste das, was das Geld im Leben ist, allein er weiß noch nicht, daß das Geld kein Ding, sondern ein gesellschaftliches Verhältnis vorstellt (vgl. 3, 282/268).

7. Wenn LEIBNIZ die Quelle der allgemeinen und notwendigen Erkenntnis in der Beziehung des menschlichen Geistes auf sich selbst sieht, so deutet er damit in Richtung auf ein Gemeinsames in allem individuellen Erkennen. In jener Beziehung der Vernunft auf sich selbst, die LEIBNIZ *Geist* nennt, deutet sich der Sachverhalt der Existenz eines relativen gesellschaftlichen Apriori an, auf das sich alles individuelle Erkennen beziehen muß. KANT vermerkt zu Recht kritisch, daß bei LEIBNIZ die empirischen Erscheinungen und die Sinnlichkeit in ihrer Bedeutung für den Erkenntnisprozeß unterbewertet werden. »*Leibniz intellektuierte die Erscheinungen, so wie Locke die Verstandesbegriffe (...) insgesamt sensifiziert, d. h. für nichts, als empirische, aber abgesonderte Reflexionsbegriffe ausgegeben hatte. Anstatt im Verstande und in der Sinnlichkeit zwei ganz verschiedene Quellen von Vorstellungen zu suchen, die aber nur in Verknüpfung objektiv gültig von Dingen urteilen können, hielte sich ein jeder dieser großen Männer nur an eine von beiden, die sich ihrer Meinung nach unmittelbar auf Dinge an sich selbst bezögen, indessen, daß die andere nichts tat, als die Vorstellungen der ersteren zu verwirren oder zu ordnen.*« (KrV, A 271; bezüglich LOCKE hat KANT sein Urteil relativieren müssen, da jener das Problem des a priori urteilenden menschlichen Erkenntnisvermögens schon angesprochen hatte. [Vgl. Brief an GARVE, 7. August 1783, CASSIRER 1922, I, 226].)<sup>3</sup>

---

3 KrV: Immanuel Kant: Kritik der reinen Vernunft, A = 1781; B = 1787.

Die Vermittlung des Sinnlichen und Rationalen versucht KANT über die Voraussetzung der Existenz apriorischer Formen der Sinnlichkeit zu leisten – die »differentia specifica des Kantschen Apriorismus« (OISERMAN, 1987, 106). Die empirische Welt der Erscheinungen ist kein An-sich-Seiendes. Aber dieses erscheint in der Erscheinung durch den transzendentalen Charakter des menschlichen Rezeptionsapparates und ist daher nicht bloßer subjektiver Schein. »Vermittels seiner Anschauungsformen (Raum und Zeit) kontaktiert das menschliche Subjekt mit dem immer schon vorhandenen objektiven Material der Wirklichkeit (diese Fähigkeit der Sinne nennt Kant Rezeptivität); das Produkt nun dieser Rezeptivität heißt Erscheinung« (SCHREITER/DIETZSCH, 1987, 244).

Die Tatsache, daß KANT wie LEIBNIZ die menschliche Vernunft als Quelle des allgemeingültigen und notwendigen Charakters der Erkenntnis betrachtete, kann den grundsätzlichen Unterschied der KANTschen Erkenntnis-kritik zum Rationalismus nicht verdecken. »Kant hat die rationalistische Vorstellung von einem apriorischen Inhalt der allgemeinen Schlußfolgerungen der Wissenschaft entschieden abgelehnt. Der Ansicht Kants entsprechend kann Apriorität nur der Form des Wissens eigen sein, nicht aber dem Inhalt, welcher nur aus den Sinnesdaten entsteht. Das bedeutet, daß wissenschaftliche Sätze, die universelle und notwendige Gültigkeit besitzen, apriorisch nur insoweit sind, als die ihnen eigene Universalität und Notwendigkeit nicht durch die Grenzen möglicher Erfahrung eingeschränkt sind. Doch folgt daraus nicht, daß der Inhalt dieser Sätze von der Erfahrung unabhängig sei. Im Gegenteil: Im Rahmen der Erfahrung, über die die Wissenschaft verfügt, haben wissenschaftliche Sätze empirische Grundlagen. Somit begründete die Kantsche Konzeption der Apriorität eine notwendige, aber natürlich relative Unabhängigkeit der theoretischen Schlüsse von ihrer empirischen Grundlage. Eine solche Fragestellung unterscheidet sich wesentlich von einer rationalistischen Konzeption über ein überempirisches Wissen (...)« (OISERMAN, 1976, 24; vgl. auch MOTROSCHILOVA, 1976, 77 ff.; THOM, 1968, 226 ff.).

KANT hat die Einseitigkeit des rationalistischen Standpunktes deutlich gesehen. Gleichwohl ist er – wie die Rationalisten – richtig davon ausgegangen, daß die Allgemeingültigkeit und Notwendigkeit der Erkenntnis nicht aus der Erfahrung des empirisch-individuellen Subjekts abgeleitet werden kann. Die Möglichkeit allgemeiner und notwendiger Erkenntnis ist für ihn in der Existenz eines überindividuellen Bewußtsein begründet. »Nun können keine Erkenntnisse in uns stattfinden, keine Verknüpfung und Einheit untereinander, ohne diejenige Einheit des Bewußtseins, welche vor allen Datis der Anschauung vorhergeht, und, worauf in Beziehung, alle Vorstellung von Gegenständen allein möglich ist. Dieses reine ursprüngliche, unwandelbare Bewußtsein will ich nun die *transzendente Apperzeption* nennen« (KrV, A 197). Die Affizierung dieses transzendentalen Bewußtseins – das nicht in transzendenter Un-

abhängigkeit vom individuellen existiert – durch die Dinge an sich konstituiert nach KANT die dem individuellen Subjekt empirisch gegebene Realität als Gegenstand der Erkenntnis, d. h. die Erscheinungen. Jener überindividuelle Bewußtseinsmodus der transzendentalen Apperzeption wird so erstens zur Bedingung der Möglichkeit der Gegenstände der Erkenntnis. Zweitens aber wird durch die transzendente Apperzeption »aus allen möglichen Erscheinungen, die immer in einer Erfahrung zusammen sein können, (ein) Zusammenhang dieser Vorstellung nach Gesetzen« (KrV, A 108), d. h. sie ist die Bedingung der Möglichkeit allgemeiner und notwendiger Erkenntnis im Bereich möglicher Erkenntnisgegenstände – der Erscheinungen. KANTS Grundsatz lautet daher: »Die Bedingungen der Möglichkeit der Erfahrung überhaupt sind zugleich die Bedingungen der Möglichkeit der Gegenstände der Erfahrung« (KrV, B 107).

KANT begründet das Erkenntnisvermögen des Menschen dadurch, daß er von einem überindividuellen, transzendentalen Bewußtsein ausgeht, welches dem individuellen gegenüber als eine es prägende Struktur auftritt und die Allgemeingültigkeit und Notwendigkeit individueller Erkenntnis erst verbürgt. In der Transzendentalphilosophie KANTS wird erstmals ohne jede theologische Verbrämung zum Ausdruck gebracht, daß das empirisch-individuelle Erkenntnissubjekt nicht als erkenntnistheoretisches Pendant zu den »phantasielosen Einbildungen der 18.-Jahrhundert-Robinsonaden« (MEW 42, 19) gefaßt werden darf. »Indem das Transzendentalprinzip – nach den ausschließlich *menschlichen* Quellen der Objektivität (nicht der Materialität) fragend – auf die schöpferischen Kräfte des Menschen verweist – er ist durch sich selbst Schöpfer einer zweiten Natur –, wird hier bei Kant eigentlich erstmals in der Philosophie der Neuzeit in systematischer Weise auf die entscheidende Struktur menschlicher Subjektivität aufmerksam gemacht: auf den interindividuellen und intersubjektiven Charakter des menschlichen Subjekts« (DIETZSCH, 1975, 43).

»Die Transzendentalphilosophie erwies sich als Idealismus der (nicht-individuellen) Erkenntnissubjektivität, in dem philosophische Entdeckungen verortet waren, nicht im Sinne von gelungenen Lösungen, sondern in dem von bewußtwerdenden Problemen: die Fragestellung nach der Allgemeinheit und Notwendigkeit der Erkenntnis, nach der Dialektik von begrifflichem Wissen und Erfahrung, nach der Erkenntnis der Erkenntnis und – vermittelt durch das Umdenken des a priori und die Unterscheidung vom empirischen und transzendentalen Bewußtsein – die Frage nach der Geschichtlichkeit und Gesellschaftlichkeit der Erkenntnis. Marx' Materialismus ist keine Transzendentalphilosophie, und er widersetzt sich einer transzendentalen Deutung. Er erfaßt die in der Transzendentalphilosophie liegende Problematik von einer Theorie her, die – ihrem Inhalt, ihren Fragestellungen und ihrer Struktur nach – disparat zur Transzendentalphilosophie steht. Greift sie, um diese Probleme



matik zu eruieren, auf Kant, Fichte oder den jungen Schelling zurück, so denkt sie den philosophischen Entwicklungsgang und innerhalb dessen die Hegelsche Kritik der – vor allem Kantschen – Transzendentalphilosophie mit.« (GEDÖ, 1987, 80)

8. KANT treibt die geistphilosophische Konstruktion des Rationalismus zu einer konkreteren Stufe der Antizipation der sozialen Natur des Erkennens, teilt aber dessen unhistorische Sichtweise. »Das 18. Jahrhundert einschließlich Kant hat auch darin geirrt, daß es das geschichtlich gemeinschaftliche *echte Wachstum des Geistes selbst*, seine in der Schulsprache der Philosophie ›apriorisch‹ genannten Formen im Denken, Anschauen, Werten und Wertvorziehen, Lieben usw. nicht bemerkte; daß es eine historische Konstanz der Vernunftformen annahm, und nur eine historische Kumulation der historischen *Leistungen*, Güter, Werke kannte, auf denen jede Generation wie auf einem Berge stünde. Es gibt jedoch ein geistiges Wachstum – freilich auch eine Abnahme des Geistes – (...) des Menschen« (SCHELER, 1954, 34 f.).

Auch PLECHANOW betont: »Kant geht bereits von dem *fertigen Bewußtsein* aus, er betrachtet das Bewußtsein nicht im Prozeß des Werdens. Es ist dies der größte Mangel seiner Analyse des Bewußtseins« (PLECHANOW 1982, 33). Der orthodoxe Marxismus PLECHANOWS hatte dabei aber wesentlich nur die *Naturgeschichte* des menschlichen Bewußtseins im Blick. Die dogmatische Bindung der marxistisch-leninistischen Schulphilosophie an gewisse – meist über LENIN vermittelte – philosophiehistorische Verdikte PLECHANOWS verstellte in der orthodox-marxistischen KANT-Rezeption die Sicht auf den rationalen Kern des KANTSchen Apriorismus.

In der DDR hat namentlich Alfred KOSING seit den 1960er Jahren entscheidende Anstöße zu einer Neubewertung des Apriorismus-Problems bei Kant gegeben: »Bei Kant scheint die soziale Natur des Erkennens in Gestalt der transzendentalen Apperzeption auf, ist aber noch ganz unhistorisch gefaßt« (1968, 360).

Auch DILTHEY betont gegenüber KANT den historischen Charakter der Kategorien: »Wären Substanz und Kausalität (...) Formen der Intelligenz a priori, sonach mit der Intelligenz selber gegeben, alsdann könnten keine Bestandteile dieser Denkformen aufgegeben und mit anderen vertauscht werden.« Dagegen betont er: »Diese Begriffe haben eine Entwicklungsgeschichte« (1933, 400).

Die lebensphilosophisch orientierte Erkenntnislehre macht gegenüber KANT jedoch einen Historismus geltend, der die Geschichte auf einen geistigen Entwicklungszusammenhang verkürzt und damit die gesellschaftlich-praktischen Grundlagen der sozialen Natur des Erkennens ausblendet. »Alle wie auch immer gearteten besonderen Phänomene dieser (geistigen) Welt haben eines zur letzten und gemeinsamen Voraussetzung: die Möglichkeit, das

Bestehen, das Weiterwachsen des universalen Personenzusammenhangs als des strukturellen Gefüges, in dem alle und jede ›Kultur‹ ihr Leben hat; dieser Zusammenhang hat aber nur so lange Bestand, wie die in ihm zusammengesetzten Menschen und Menschengruppen, Tendenzen und Bewegungen ›sich verstehen‹; genauer gesprochen: ihr Zusammenschluß besteht eben in ihrem Sichverstehen« (LITT, 1923, 91 f.). Bei einer Reduzierung der Gesellschaft auf geistige Wirklichkeit kann sich das Erkennen nur auf sich selbst beziehen. Das Verstehen, der lebensphilosophisch relevante Erkenntnisgegenstand, ist zugleich die Erkenntnisweise dieses Gegenstandes (nämlich die der sogenannten Geisteswissenschaften). »Die allgemeinen Aussagen, in denen die Strukturlehre die Voraussetzungen geisteswissenschaftlicher Erkenntnis zur Klarheit bringt, sprechen gleichzeitig Letztes und Grundlegendes aus über Struktur und Zusammenhang der Objekte dieser Erkenntnis. Wollte man ein bekanntes Wort Kants abwandeln, so könnte man sagen: die Bedingungen der Möglichkeit der Erkenntnis der geistigen Welt sind zugleich die Bedingungen der Möglichkeit der geistigen Welt« (92).

9. Der rationale Kern der KANTschen Problemsicht besteht in der Annahme der Existenz eines überindividuellen Bewußtseins, das das individuelle strukturiert, als relativ invariable Voraussetzung (und zugleich als Resultat) individueller Erkenntnisleistungen fungiert. Marxistisch ›aufgehoben‹: »Auch bei der theoretischen Methode daher muß das Subjekt, die Gesellschaft, als Voraussetzung stets der Vorstellung vorschweben« (MEW 42, 36). Dieser Zusammenhang begründet die Möglichkeit allgemeiner und notwendiger Erkenntnis. Er ist bei der Erörterung des Erkenntnisproblems im Rahmen der orthodox-marxistischen Erkenntnistheorie lange Zeit unbeachtet geblieben. Innerhalb der sowjetischen Philosophie beförderte vor allem W. A. LEKTORSKI eine erkenntnistheoretisch produktive marxistische KANT-Lektüre. KANT habe die Erkenntnis antizipiert, »daß das wirkliche Subjekt der Erkenntnis nicht das Individuum, nicht der ›gnoseologische Robinson‹ der metaphysischen Philosophie des 17. und 18. Jahrhunderts ist, sondern ein Subjekt, das alle individuellen Subjekte in sich vereinigt und ihrer Tätigkeit zugrunde liegt. Der dialektische Materialismus hat gezeigt, daß jene Realität, die Kant inadäquat als transzendentes Subjekt faßte, in Wirklichkeit die menschliche Gesellschaft ist, d. h. das objektiv existierende System der praktischen und erkenntnistätigen Tätigkeit der menschlichen Individuen. Eben dieses gesellschaftliche Subjekt – die Gesellschaft als Subjekt – erarbeitet die allgemeinen Erkenntnisformen, die Kategorien, die in das Erkennen jedes einzelnen Individuums eingehen müssen, wenn es Objektivität gewinnen will« (1968, 36).

Der erwähnte Zusammenhang bedeutet zudem, daß die Menschen die Erkenntnisgegenstände nicht unhistorisch in ihrer ontologischen Unabhängigkeit »widerspiegeln« können, sondern nur durch das Prisma geschichtlich-ge-

sellschaftlicher Praxis, die ihr Bewußtsein prägt. »(...) die ihre materielle Produktion und ihren materiellen Verkehr entwickelnden Menschen ändern mit dieser ihrer Wirklichkeit auch ihr Denken und die Produkte ihres Denkens« (MEW, 3, 27). Wird dieser Gesichtspunkt der Praxis ausgeblendet, bleibt – bei aller Anerkennung immanenter Bewußtseinsdialektik – ein aprioristischer Kern und damit ein spekulatives Element in der Begründung allgemeiner und notwendiger Erkenntnis. Unter der Voraussetzung der Negierung des Verhältnisses von Praxis und Erkenntnis wird das Erkenntnisvermögen außerhalb der (geschichtlich-gesellschaftlichen) Erfahrung angesiedelt, statt es als »geschichtliche Schlußfolgerung aus der phylogenetisch akkumulierten Erfahrung mit der Aneignung der materiellen Wirklichkeit« zu begreifen (SANDKÜHLER, 1973, 174). »Die praktische Tätigkeit des Menschen mußte das Bewußtsein des Menschen milliardenmal zur Wiederholung der verschiedenen logischen Figuren führen, damit diese Figuren die Bedeutung von Axiomen erhalten konnten« (LW, 38, 181; vgl. auch 208). Die geschichtlich-gesellschaftlichen Erkenntnis-Erreigenschaften (die Erkenntniskategorien, -methoden, -mittel), »welche dem Widerspiegelungsprozeß und dessen gewußtem Resultat ihre Physiognomie geben, sind nicht ›gegeben‹, nicht als museal Gespeichertes abrufbar, und lassen sich nicht als ›transzendente Bedingungen‹ in einer ewig gültigen Kategorientafel fixieren.« Im Gegensatz zur Transzendentalphilosophie KANTS hat der Marxismus »qualitativ andere – will man am Begriff festhalten – ›Transzendentalien‹ eingebracht: der Mensch widerspiegelt die ihm objektiv gegebene Wirklichkeit auf eine der Objektivität der Praxis und deren historischem Status angemessene bestimmte, notwendige Weise; er erkennt im Interesse der Selbsterhaltung und auf der Basis von deren sozialökonomischer Gestaltung« (SANDKÜHLER, 1973, 207).

Erst in diesem Kontext der Praxis wird die gesellschaftlich Bewußtseinsgeschichte für die Erkenntnisleistungen des Individuums konstitutiv. »(...) es ist nicht mehr notwendig das einzelne Individuum, das erfahren haben muß, seine Einzelerfahrung kann bis auf einen gewissen Grad ersetzt werden durch die Resultate der Erfahrungen einer Reihe seiner Vorfahren. Wenn bei uns z. B. die mathematischen Axiome jedem Kind von acht Jahren als selbstverständlich, keines Erfahrungsbeweises bedürftig erscheinen, so ist das lediglich Resultat ›gehäufter Vererbung‹. Einem Buschmann oder Australneger würden sie schwerlich durch Beweis beizubringen sein« (MEW, 20, 529).

10. Im KANTschen Transzendentalprinzip ist der individualistische Horizont der bisherigen Erkenntnistheorie durchbrochen. Fragt man nach dem sozialen Grund dieses qualitativ neuen erkenntnistheoretischen Ansatzes, so ist darauf zu verweisen, daß die Kategorie des Transzendentalen in der Erkenntnistheorie strukturell mit der Kategorie des Wertes in der Ökonomie verwandt ist. »Das Transzendente als Fokus der Ermöglichungsbedingungen für Allge-

meinheit und Vergleichbarkeit beim Erkenntnisvorgang erfüllt, rein strukturell, analoge Aufgaben wie die sich mit der kapitalistischen Warenproduktion entwickelnde Problematik der abstrakten Arbeit und des allgemeinen Marktes. – Nicht zufällig entwickeln sich das Transzendentalprinzip und die klassische englische Nationalökonomie und deren Arbeitswertlehre annähernd zur gleichen Zeit. Das einzelne Produkt weist seine Wertform, sein Ware-Sein also, nicht an sich auf, sondern erst bei Anwesenheit von abstrakter Arbeit, die der entstehenden Ware Vergleichbarkeit, Objektivität und Austauschfähigkeit verleiht, die dann auf dem Markt realisiert wird. Der Wert konstituiert sich als gesellschaftlicher Vorgang. Objektivität gründet hier wie dort in einer intersubjektiven Synthesis, d. h. aber: in einem gesellschaftlichen Verhältnis. Beide, das Transzendentalprinzip und die Arbeitswerttheorie, sind bedeutsame ideologische Reflexe der spezifisch bürgerlichen Formbestimmtheit des Konstitutionsvorganges der modernen Gesellschaft – das macht ihre Klassizität aus, doch beide scheitern auch letztlich am Problem der realen Gesellschaft – das weist sie aus als Denkformen der Bourgeoisie« (DIETZSCH 1975).

11. Das Festmachen individueller Erkenntnisleistungen an transzendentalen, nicht an das individuelle Subjekt gebundenen Möglichkeits- und Notwendigkeitsbedingungen – als Schritt auf dem Weg der Einsicht in den geschichtlich-gesellschaftlichen Charakter des Denkens – ist die berechtigte Destruktion des metaphysischen Anspruchs auf Erkenntnis des Absoluten. Hier liegt eine vernunftkritische Intention, die der Marxismus »aufgehoben« hat, wenn in ihm auch die Nicht-Absolutheit menschlichen Erkennens wesentlich anders – nämlich historisch-materialistisch – begründet wird vgl. ZELENY, 1968, 310; ders., 1976, 74; LEHRKE/DIETZSCH, 1974, 191 ff.). »Das Bewußtsein ist (...) von vornherein ein gesellschaftliches Produkt und bleibt es, solange überhaupt Menschen existieren« (MEW, 3, 30 f.).

12. Indem KANT den Grund der Erkenntnis in jenem interindividuellen Bewußtseinsmodus der transzendentalen Apperzeption verankert, bleibt er im Bereich des Subjektiven. »Interessant die von Hegel nebenbei gemachte Bemerkung – ›transzendental, d. i. eigentlich subjektiv und psychologisch‹ (...) ›transzendentalerweise, nämlich im Subjekte‹« (LW, 38, 110). Wenn der Ursprung der Kategorien in der Einheit des Selbstbewußtseins gesehen, also im Subjektiven vermutet wird, so ist die Allgemeingültigkeit und Notwendigkeit, die Objektivität dieser Kategorien nicht einzusehen. KANT gelingt so die Vermittlung von Subjekt und Objekt im Erkenntnisprozeß nicht, wenngleich er ein entscheidendes Glied dieser Vermittlung erkannte: den überindividuellen Charakter dieses Subjektes.

In *MuE*<sup>4</sup> hat LENIN – unter dem Einfluß PLECHANOWS (vgl. Materialismus militans, 317 ff.) – diesen Gesichtspunkt in seiner Polemik gegen BOG-

DANOW, der die Objektivität des Wissens mit der »Sozialität« des Erkenntnissubjektes in Verbindung brachte (vgl. LW, 14, 117), nicht gewürdigt; ein Umstand, der für die dogmatische Rezeptionsgeschichte von *MuE* im Rahmen des Marxismus-Leninismus bedeutsam werden sollte (vgl. WITTICH, 1999, 79 ff.) » (...) das Wesen dieses Standpunktes besteht nicht unbedingt in der Wiederholung der kantschen Formulierungen, sondern in der Anerkennung der grundlegenden Idee, die Hume und Kant *gemeinsam* ist: Leugnung der objektiven Gesetzmäßigkeit der Natur und Ableitung dieser oder jener »Erfahrungsbedingungen«, dieser oder jener Prinzipien, Postulate, Thesen *aus dem Subjekt*, aus dem menschlichen Bewußtsein, nicht aber aus der Natur« (LW, 14, 161 f.).

13. HEGELS Kritik an KANT läuft auf eine idealistisch-monistische Problemlösung hinaus, die den metaphysischen Anspruch auf Erkenntnis des Absoluten rekonstruiert. Indem mit den »Dingen an sich«, schlechthin ein »Jenseits des Denkens«, die das allgemeine Bewußtsein lediglich affizieren, die Trennung von Sein und Denken vorausgesetzt wird, wird das Subjekt verselbständigt und enthistorisiert. Den historischen Aspekt der Erkenntnis engt Kant daher unzulässig auf die »Bildung nach fremder Vernunft«, auf das »nachbildende Vermögen« ein, während er das »erzeugende Vermögen«, die »cognitio ex principii« an die ewiggültige Kategorientafel bindet (vgl. KrV, bes. A 836). HEGELS identitätsphilosophische Antwort ist nicht die Deduktion der Wirklichkeit aus dem Kopf. KRUGS Einwand, »daß, wenn die Organisation Produkt der Intelligenz ist, man nicht einsehe, wie der Naturforscher in Gegenden kommen könne, wo er neue Pflanzen entdecke, wie er nöthig habe, die Erde zu bereisen usw., ferner nicht, wie die Intelligenz einen Blingeborenen, Krankheit, Tod produzieren könne?« (Jubiläumsausgabe I, 202), quittiert er bissig-ironisch mit der Bemerkung, dies heiße, »im Tone des gemeinsten Menschenverstandes reden.« Jener teile »(...) den Dogmatismus in materialer Hinsicht ein in Idealismus, der die Realität der Außenwelt leugne, Realismus, wenn er die Realität der Außenwelt *zugebe* und *behauptet*: – aber bei dieser Einteilung ist gerade der transzendente Idealismus ausgelassen; denn dieser gibt nicht bloß zu, – denn von einem Zugeben ist die Rede in philosophischen Systemen nicht, – sondern behauptet die Realität der Außenwelt ebenso wohl als ihre Idealität (...)« (Ebd., 196).

In der HEGELSchen schrankenlosen Expansion des Subjekts zum absoluten Geist tritt die Objekt-Seite mit allem Anspruch des eigenen Seins auf. »Man braucht nicht eben bewandert im Hegel zu sein, um zu wissen, daß er einen weit höheren Standpunkt in Anspruch nimmt, den der *Versöhnung* des Sub-

---

4 *MuE*: W. I. Lenin: Materialismus und Empiriekritizismus.

jekts mit den objektiven Gewalten, daß er einen ungeheuren Respekt vor der Objektivität hatte, die Wirklichkeit, das Bestehende weit höher stellte, als die subjektive Vernunft des einzelnen, und gerade von diesem verlangte, die objektive Wirklichkeit als vernünftig anzuerkennen. Hegel ist nicht der Prophet der subjektiven Autonomie. (...) Das, was Hegel am meisten verachtete, war der Verstand, und was ist dies anderes, als die in ihrer Subjektivität und Vereinzelung fixierte Vernunft?« (MEW, 1, 436).

Die Erkenntnis der Welt wäre nach HEGEL unmöglich, wenn Sein und Denken nicht zusammen ein Absolutes darstellen würden. Die Trennung von Denken und Sein wäre dann eine Selbstverdoppelung des Absoluten, in der jede Seite (Denken und Sein) sich als das Andere seiner selbst gegenübertritt. Als dieses Andere des Denkens ist das Sein Gegenstand der Erkenntnis und weit davon entfernt, nur ein vom Erkennenden Konstruiertes zu sein. Insofern nun das Erkennende »(...) in der Welt wiederum dasselbe Absolute ist, welches als ›sein Anderes‹ sein Gegenstand ist, ergibt sich als das wahre Wesen alles Erkennens die Selbsterkenntnis des Absoluten. Der absolute Geist ist in seiner Gegenüberstellung zum Objekt mit ihm eins« (HARTMANN, 1960, 296).

Der identitätsphilosophische Ansatz sprengt die traditionelle erkenntnistheoretische Problemstellung. » (...) denn das, was wir in der wirklichen Welt erkennen«, so kommentiert ENGELS in *LF*<sup>5</sup>, »ist eben ihr gedankenmäßiger Inhalt, dasjenige, was die Welt zu einer stufenweisen Verwirklichung der absoluten Idee macht, welche absolute Idee von Ewigkeit her, unabhängig von der Welt, irgendwo existiert hat; daß aber das Denken einen Inhalt erkennen kann, der schon von vornherein Gedankeninhalt ist, leuchtet ohne weiteres ein. Ebenso sehr leuchtet ein, daß hier das zu Beweisende im stillen schon in der Voraussetzung enthalten ist« (MEW, 21, 265 f.).

14. MARX und ENGELS denunzieren den HEGELschen absoluten Geist als den unbewußten Schöpfer der Geschichte, der in der dumpfen Masse sein Material hat und in der Philosophie zum bewußten Ausdruck kommt. »Hegel macht sich einer doppelten Halbheit schuldig, einmal indem er die Philosophie für das Dasein des absoluten Geistes erklärt und sich zugleich dagegen verwehrt, das *wirkliche philosophische Individuum* für den *absoluten Geist* zu erklären; dann aber, indem er den absoluten Geist als absoluten Geist nur zum *Schein* die Geschichte machen läßt. Da der absolute Geist nämlich erst *post festum* im Philosophen als schöpferischer Weltgeist zum *Bewußtsein* kommt, so existiert seine Fabrikation der Geschichte nur im Bewußtsein, in der Meinung und Vorstellung des Philosophen, nur in der spekulativen Einbildung« (MEW, 2, 90).

---

5 LF: Friedrich Engels: Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie.

LENIN konzentriert sich in *MuE* auf den Aufweis des pseudoreligiösen Charakters der HEGELSchen Geistphilosophie: »Das Wesen des Idealismus besteht darin, daß das Psychische zum Ausgangspunkt genommen wird; aus ihm wird die Natur abgeleitet, und dann erst aus der Natur das gewöhnliche menschliche Bewußtsein. Dieses ursprüngliche ›Psychische‹ erweist sich daher stets als tote Abstraktion, die einer verwässerten Theologie als Deckmantel dient« (LW, 14, 225).

Darauf verwenden MARX und ENGELS nur beiläufig Aufmerksamkeit, denn die Tatsache, daß »der *Zentralpunkt der Identitätsphilosophie* (...) nichts anderes (ist) als eine *notwendige Folge und Ausführung* von dem *Begriffe Gottes* (...)«, war durch FEUERBACH hinreichend klargestellt worden (Grundsätze, 233 f.) Sie akzentuieren vielmehr den wesensmäßigen Konservatismus, der dem identitätsphilosophischen Ansatz eigen ist: »In Hegels ›Phänomenologie‹ werden die *materiellen, sinnlichen, gegenständlichen* Grundlagen der verschiedenen entfremdeten Gestalten des menschlichen Selbstbewußtseins *stehengelassen*, und das ganze destruktive Werk hatte die *konservativste Philosophie* zum Resultat, weil es die *gegenständliche Welt*, die sinnlich wirkliche Welt überwunden zu haben meint, sobald es sie in ein ›Gedankending‹, in eine bloße *Bestimmtheit des Selbstbewußtseins* verwandelt hat und den *ätherisch* gewordenen Gegner nun auch im ›Äther des reinen Gedankens‹ auflösen kann« (MEW, 2, 203). HEGEL »stellt die Welt auf den Kopf und kann daher auch *im Kopf* alle Schranken auflösen, wodurch sie natürlich *für die schlechte Sinnlichkeit*, für den *wirklichen* Menschen bestehen bleiben« (204).

15. Die HEGELSche Überwindung KANTS führt zu einem Resultat, das selbst überwunden werden muß. Das Erkenntnisproblem wird nicht gelöst, sondern es wird gegenstandslos gemacht, indem das Erkenntnisobjekt in den Stromkreis der Immanenz des absoluten Geistes gezogen, d. h. aufgelöst wird. Die Geschichtlichkeit des Erkenntnissubjekts wird destruiert. Es ist nurmehr die Schädelstätte der Erinnerungsgeschichte des absoluten Geistes. Der HEGELSche Historismus hat deshalb sein Ende, wo der absolute Geist zur Selbsterkenntnis gelangt ist, und er ist der Historismus einer Geistesgeschichte. Zwar wird aus der KANTSchen abstrakt-allgemeinen Einheit des Selbstbewußtseins ein historisch-gesellschaftliches Erkenntnissubjekt der dialektischen Einheit von Einzelem und Allgemeinem. Aber sie wird letztlich konstituiert durch einen Schöpfungsakt des absoluten Geistes.

MARX und ENGELS würdigen nichtsdestotrotz HEGELS innerhalb identitätsphilosophischer Voraussetzungen entwickelte reiche Auffassung des menschlichen Bewußtseins. »Macht man, wie Hegel, eine solche Konstruktion zum ersten Male für die ganze Geschichte und die gegenwärtige Welt in ihrem ganzen Umfange, so ist dies nicht möglich ohne umfassende positive Kenntnisse, ohne wenigstens stellenweise auf die empirische Geschichte einzuge-

hen, ohne große Energie und Tiefblick« (MEW, 3, 159 f.; vgl. auch LUKACS, 1954, 325 f.).

Die menschliche geistige Entwicklung ist nach HEGEL die verkürzte Reproduktion der Geschichte des gesellschaftlichen Bewußtseins. Die Phänomenologie des Geistes nennt ENGELS daher »eine Parallele der Embryologie und der Paläontologie des Geistes« (MEW, 21, 269). »Der einzelne muß auch dem Inhalte nach die Bildungsstufen des allgemeinen Geistes durchlaufen, aber als vom Geiste schon abgelegte Gestalten, als Stufen eines Wegs, der ausgearbeitet und geebnet ist, so sehen wir in Anschauung der Kenntnis das, was in frühern Zeitaltern den reifen Geist der Männer beschäftigte, zu Kenntnissen, Übungen und selbst Spielen des Knabenalters herabgesunken und werden in dem pädagogischen Fortschreiten die wie im Schattenrisse nachgezeichnete Geschichte der Bildung der Welt erkennen« (Phänomenologie, 27). Die vorgefundene Bildung ist dem Individuum gegenüber ein objektiv Vorhandenes, ihre »unorganische Natur« (ebd.), die sie für sich in Besitz nehmen müssen. Indem das einzelne Erkenntnissubjekt dies tut, ist es wesentlich allgemeines. Und HEGEL nennt es geistlos, die »bewußte Individualität (...) als *einzelne* seiende Erscheinung zu nehmen«, denn dies »hat das Widersprechende, daß ihr Wesen das Allgemeine des Geistes ist« (ebd., 226). Die Tätigkeit des Menschen ist seine Betätigung als Gattungswesen. Materialistisch gelesen: »Das *wirkliche, tätige* Verhalten des Menschen zu sich als Gattungswesen oder die Betätigung seiner als eines wirklichen Gattungswesens, d. h. als menschlichen Wesens, ist nur möglich dadurch, daß er wirklich alle seine *Gattungskräfte* – was wieder nur durch das Gesamtwirken der Menschen möglich ist, nur als Resultat der Geschichte – herausschafft, sich zu ihnen als Gegenstände verhält, was zunächst wieder nur in der Form der Entfremdung möglich ist« (MEW, Erg.Bd. I, 574). Indem die – bei HEGEL: geistige – Tätigkeit des einzelnen Individuums immer die »allgemeine Sitte« ist, wird ein intersubjektiver geistiger Zusammenhang behauptet, der nach dem Modell des kapitalistischen Warenaustausches vorgestellt wird – »Hegel steht auf dem Standpunkt der modernen Nationalökonomie« (ebd.).

In den Jenenser Vorlesungen von 1806/07 heißt es: »Die Arbeit geschieht nicht für die Begierde als einzelne, sondern allgemein. Der dies bearbeitet, verzehrt nicht gerade dieses, sondern es kommt in den gemeinsamen Schatz und aus diesem werden alle erhalten. Es ist wie das Werkzeug, die allgemeine Möglichkeit des Genusses und auch die allgemeine Wirklichkeit desselben« (*Jenenser Realphil.*, 203) Und in der *Phänomenologie des Geistes* schreibt HEGEL: »Das rein einzelne Tun und Treiben des Individuums bezieht sich auf die Bedürfnisse, welche es als Naturwesen, d. h. als seiende Einzelheit hat. Daß selbst diese seine gemeinsten Funktionen nicht zunichte werden, sondern Wirklichkeit haben, geschieht durch das allgemeine erhaltende Medium, durch die Macht des ganzen Volks. – Nicht nur aber diese Form des Bestehens



seines Tuns überhaupt hat es in der allgemeinen Substanz, sondern ebenso sehr seinen Inhalt; was es tut, ist die allgemeine Geschicklichkeit und Sitte aller. Dieser Inhalt, insofern er sich vollkommen vereinzelt, ist in seiner Wirklichkeit in das Tun aller verschränkt. Die Arbeit des Individuums für seine Bedürfnisse ist ebenso sehr eine Befriedigung der Bedürfnisse der andern als seiner eignen, und die Befriedigung der seinigen erreicht es nur durch die Arbeit der andern« (257).

Den Zusammenhang der Einheit des Individuellen und des Gesellschaftlichen, »des Selbst und des Wesens«, die sich in der Geschichte zunächst als entfremdete Gestalten begegnen müssen, nennt HEGEL *Geist*. Er verbürgt die Fähigkeit zu allgemeiner und notwendiger Erkenntnis.

FEUERBACH sagt daher zu Recht: »Die Gemeinschaft des Menschen mit dem Menschen ist das erste Prinzip und Kriterium der Wahrheit und Allgemeinheit« (Grundsätze, 256). Allein seine Gemeinschaft des Menschen mit dem Menschen läßt gerade den Gesichtspunkt außer acht, daß sich die Menschen zuerst durch ihre materiellen Produkte und ihre materielle Produktivität aufeinander beziehen und nicht lediglich durch die »innere, stumme, die vielen Individuen *natürlich* verbindende Allgemeinheit« (MEW, 3, 6). »Es zeigt sich also schon von vornherein ein materialistischer Zusammenhang der Menschen untereinander, der durch die Bedürfnisse und die Weise der Produktion bedingt und so alt ist wie die Menschen selbst – ein Zusammenhang, der stets neue Formen annimmt und also eine ›Geschichte‹ darbietet, auch ohne daß irgendein politischer oder religiöser Nonsens existiert, der die Menschen noch extra zusammenhalte« (MEW, 3, 30).

Die Philosophie des *Geistes* wie deren naturalistische Kritik scheitern letztlich am »Rätsel der Gesellschaft«.

### **Bibliographie**

- E. B. de Condillac, *Essai über den Ursprung der menschlichen Erkenntnisse*, hrsgg. von U. Ricken, Leipzig 1977;
- R. Descartes, *Abhandlung über die Methode*, Leipzig o. J.;
- ders., *Meditationen über die Grundlagen der Philosophie*, Leipzig 1915;
- W. Dilthey, *Einleitung in die Geisteswissenschaften*, *Gesammelte Schriften*, I. Bd., Leipzig/Berlin 1933;
- S. Dietzsch, *Die Idee der Transzendentalphilosophie*, *Wiss. Zeitschr. der Martin-Luther- Universität Halle-Wittenberg, Gesellschafts- und sprachwiss. Reihe*, XXIX (1975) 6;
- L. Feuerbach, *Darstellung, Entwicklung und Kritik der Leibnizschen Philosophie*, *Gesammelte Werke*, hrsgg. von W. Schuffenhauer, Bd. 3, Berlin 1969;
- ders., *Grundsätze der Philosophie der Zukunft*, in: *Philosophische Kritiken und Grundsätze (1839-1846)*, hrsgg. von W. Schuffenhauer, Leipzig 1969;
- A. Gedö, *Das dialektische Wissen der absoluten Vernunft im Widerstreit*, in: *Pflicht der Vernunft. Das Spannungsfeld von Vernunft, Mensch und Geschichte*, hrsgg. von H. Hörz/G. Kröber/K.-H. Schöneburg, Berlin 1987;
- K. Gößler/M. Thom, *Die materielle Determiniertheit der Erkenntnis (Studien zur Erkenntnistheorie)*, Berlin 1976;
- N. Hartmann, *Die Philosophie des deutschen Idealismus*, Berlin 1960;

- G. W. F. Hegel, *Wie der gemeine Menschenverstand die Philosophie nehme – dargestellt an den Werken des Herrn Krug, Sämtliche Werke (Jubiläumsausgabe)*, hrsgg. von H. Glockner, Bd. 1; ders., *Jenenser Realphilosophie*, hrsgg. von J. Hoffmeister, Berlin 1969; ders., *Phänomenologie des Geistes*, hrsgg. von J. Hoffmeister, Berlin 1964; H. H. Holz, *Gottfried Wilhelm Leibniz. Eine Monographie*, Leipzig 1983; ders., *Leibniz und das commune bonum*, in: *Sitzungsberichte der Leibniz-Societät (Berlin)*, 13 (1996) 5; I. Kant, *Kritik der reinen Vernunft*, hrsgg. von R. Schmidt, Leipzig 1966; ders., *Brief an Garve vom 7. August 1783, Briefe von und an Kant*, hrsgg. von E. Cassirer, I. Teil, Berlin 1922;
- A. Kosing, *Karl Marx und die Entwicklung der Erkenntnistheorie*, in: *Akten des XIV. Internationalen Kongresses für Philosophie, Bd. III*, Wien 1969;
- W. Lehrke/S. Dietzsch, »Transzendental« bei Karl Marx, *Wiss. Zeitschr. der Karl-Marx-Universität Leipzig, Gesellschafts- und sprachwiss. Reihe*, 23 (1974) 3;
- G. W. Leibniz, *Kleinere philosophische Schriften*, hrsgg. von R. Habs, Leipzig 1966; Th. Litt, *Erkenntnis und Leben*, Leipzig/Berlin 1923;
- W. A. Lektorski, *Das Subjekt-Objekt-Problem in der klassischen und modernen bürgerlichen Philosophie*, hrsgg. von D. Wittich, Berlin 1968;
- J. Locke, *Über den menschlichen Verstand*, Berlin 1962;
- G. Lukacs, *Der junge Hegel und die Probleme der kapitalistischen Gesellschaft*, Berlin 1954; N. W. Motroschilowa, *Das Problem der Aktivität der Erkenntnis in der »Kritik der reinen Vernunft« Kants*, in: *Revolution der Denkart oder Denkart der Revolution, Beiträge zur Philosophie Immanuel Kants*, hrsgg. von M. Buhr u. T. I. Oiserman (*Schriften zur Philosophie und ihrer Geschichte, Bd. 1*), Berlin 1976;
- I. S. Narski, *Gottfried Wilhelm Leibniz*, Berlin 1977;
- T. I. Oiserman, *Der dialektische Materialismus und die Philosophie Kants*, in: *Revolution der Denkart a.a.O.*;
- ders., *Zur erkenntnistheoretischen Problematik des Kantschen Apriorismus*, in: *Pflicht der Vernunft a.a.O.*;
- G. W. Plechanow, *Conrad Schmidt gegen Karl Marx und Friedrich Engels*, in: ders., *Eine Kritik unserer Kritiker. Schriften aus den Jahren 1898 bis 1911*, hrsgg. von E. Mieth, Berlin 1982;
- ders., *Materialismus militans. Antwort an Herrn Bogdanow*, in: ebenda;
- P. Ruben, *Wissenschaft als allgemeine Arbeit, Sozialistische Politik (Berlin)*, 8 (1976) 2;
- H. J. Sandkühler, *Praxis und Geschichtsbewußtsein. Studie zur materialistischen Dialektik, Erkenntnistheorie und Hermeneutik*, Frankfurt/M 1973;
- M. Scheler, *Die Formen des Wissens und die Bildung*, in: ders., *Philosophische Weltanschauung*, München 1954;
- J. Schreiter/S. Dietzsch, *Der letzte Kantianer? – Arthur Schopenhauers Relativierung der Vernunft*, in: *Pflicht der Vernunft a.a.O.*;
- W. Seidel, *Leibniz und Spinoza: Erkenntnis und Individuum*, *Wiss. Zeitschr. der Karl-Marx-Universität Leipzig, Gesellschafts- und sprachwiss. Reihe*, 26 (1977) 1;
- W. Stegmüller, *Metaphysik-Skepsis-Wissenschaft*, Berlin/Heidelberg/New York 1969;
- M. Thom, *Die Erkenntnistheorie Immanuel Kants*, *DZfPh (Berlin)*, Sonderheft 1968; diess., *Der Einfluß des ideologischen Faktors auf die Wahrheitskonzeptionen der vormarxistischen bürgerlichen Philosophie*, *DZfPh (Berlin)*, 10 (1971) 8;
- D. Wittich, *Lenins »Materialismus und Empiriekritizismus« – Entstehung, Wirkung Kritik*, in: *Sitzungsberichte der Leibniz-Societät*, 30 (1999) 3;
- J. Zeleny, *Die Wissenschaftslogik bei Marx und das »Kapital«*, Berlin 1968; ders., *Kants transzendente Logik*, in: *Revolution der Denkart a.a.O.*

# Verzeichnis der Abkürzungen

AfNS	Amt für Nationale Sicherheit
BRD	Bundesrepublik Deutschland
CDU	Christlich-Demokratische Union
CSU	Christlich-Soziale Union
DBD	Demokratische Bauernpartei Deutschlands
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
DKP	Deutsche Kommunistische Partei
DSU	Deutsche Soziale Union
FDJ	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
FDP	Freie Demokratische Partei
GdP	Gewerkschaft der Polizei
HBV	Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen
IM	Informeller Mitarbeiter
KJVD	Kommunistischer Jugendverband Deutschlands
KPCh	Kommunistische Partei Chinas
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
KPR (B)	Kommunistische Partei Rußlands (Bolschewiki)
KPTsch	Kommunistische Partei der Tschechoslowakei
KSZE	Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
LDPD	Liberal-Demokratische Partei Deutschlands
MdB	Mitglied des Bundestages
MfS	Ministerium für Staatssicherheit
ND	Neues Deutschland
NDPD	National-Demokratische Partei Deutschlands
NKWD	Narodny komissariat wnutrennich del (Volkskomissariat für Innere Angelegenheiten)
NÖS	Neues Ökonomisches System
NVA	Nationale Volksarmee
PB	Politbüro
PDS	Partei des Demokratischen Sozialismus
PDS/LL	Partei des Demokratischen Sozialismus/Linke Liste
PV	Parteivorstand
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SDP	Sozialdemokratische Partei
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
UFV	Unabhängiger Frauenverband
UNO	United Nations Organisation (Organisation der Vereinten Nationen)
UZ	Unsere Zeit
VN	Vereinte Nationen
ZK	Zentralkomitee

# Personenregister

Das Register erfaßt – dem Charakter des Bandes als dem eines Arbeitsbuches entsprechend – die Namensnennungen sowohl im Text als auch in den Anmerkungen. In den Anmerkungen wiederum finden sich Namensnennungen sowohl zu Sachverhalten als auch zu Literaturhinweisen. Beides ist für den Zugang zum historischen Kontext der Schumannschen Arbeiten wie auch zur Arbeitsweise von Michael Schumann gleichermaßen von Bedeutung. – Im Falle von oft benutzten Chroniken, Nachschlagewerken und Handbüchern wurden deren Autoren im Register nur einmal notiert. – Ein Literaturverzeichnis für den Gesamtband wurde nicht angefertigt. Ein Zugang ergibt sich über das Namensregister.

- Ackermann, Anton 47 Anm.  
Adams, Gerry 174 Anm.  
Adolphi, Wolfram 27 Anm., 42 Anm.,  
77, 283  
Adorno, Theodor W. 18, 238 Anm.  
Agnoli, Johannes 27, 94 Anm., 243  
Albrecht, Hans 35 Anm.  
Amzoll, Stefan 42 Anm.  
Andropow, Juri 119 Anm.  
Arendt, Hannah 149
- Bacon, Francis 258  
Bärwald, Helmut 100  
Banaschak, Manfred 33  
Barck, Simone 38 Anm.  
Baring, Arnulf 124, 219, 220 Anm.  
Barth, Karl 18  
Bartosek, Karel 145 Anm., 156  
Bartsch, Dietmar 28, 105 Anm., 165  
Anm., 235 Anm., 239 Anm.  
Bastian, Gert 207 Anm.  
Batista, Fulgencio 145 Anm.  
Bebel, August 184  
Beck, Ulrich 214, 247  
Beck, Volker 213 Anm.  
Beckstein, Günther 127 Anm.  
Behrend, Manfred 134 Anm., 245  
Bensch, Andreas B. 147 Anm.  
Benjamin, Michael 14 Anm., 23f.  
Benjamin, Walter 154  
Benser, Günter 33 Anm., 97  
Berghofer, Wolfgang 57 Anm., 59 Anm.,  
98f.  
Bergmann, Theodor 42 Anm.  
Berka, Karel 18
- Birthler, Wolfgang 225  
Bischoff, Joachim 178 Anm., 249  
Bisky, Lothar 11, 12 Anm., 13 Anm.,  
27ff., 74 Anm., 89, 93, 105 Anm., 136-  
139, 165 Anm., 175 Anm., 189 Anm.  
194 Anm., 208, 228 Anm., 231 Anm.  
Bismarck, Otto v. 238 Anm.  
Bloch, Ernst 16ff., 117, 154, 178f.,  
180 Anm.  
Bloch, Jan 13 Anm.  
Bluhm, Harald 99 Anm.  
Bochmann, K. 247 Anm.  
Bock, Helmut 13 Anm., 14 Anm.,  
42 Anm.  
Böhme, Ibrahim 59 Anm.  
Böll, Heinrich 226  
Börner, Rainer 13 Anm.  
Bogdanow, Alexander 268  
Bohley, Bärbel 59 Anm.  
Bollinger, Stefan 53 Anm.  
Bortfeldt, Heinrich 99  
Braband, Jutta 77 Anm.  
Bräutigam, Hans Otto 196, 208, 211,  
227 Anm.  
Brandt, Willy 207 Anm.  
Bransch, Günter 191 Anm.  
Brasch, H.-J. 218 Anm.  
Brecht, Bertolt 256  
Breshnew, Leonid 119 Anm.  
Brie, André 11, 12 Anm., 13 Anm., 28,  
30, 77 Anm., 93, 99 Anm., 109, 111,  
122 Anm., 133 Anm., 156 Anm.,  
209 Anm., 244, 247

- Brie, Michael 12 Anm., 13 Anm.,  
99 Anm., 156 Anm., 209 Anm.,  
224 Anm.
- Brombacher, Ellen 93 Anm.
- Bruhn, Joachim 94 Anm.
- Buchholz, Erich 14 Anm.
- Buci-Glucksmann, Christine 248
- Büchner, Georg 148
- Bultmann, Rudolf 16
- Burmeister, Herbert 14 Anm.
- Buschfort, Wolfgang 51 Anm.
- Campanella, Tommaso 150
- Cassirer, Ernst 262
- Castro, Fidel 145, 147
- Chruschtschow, Nikita 49 Anm., 96, 255
- Condillac, Etienne Bonnot de 258
- Courtois, Stephane 145 Anm., 149ff.
- Czerny, Jochen (Černý Jochen) 12 Anm.,  
16 Anm., 49 Anm.
- Dahlem, Franz 47
- Dahlmann, Manfred 94 Anm.
- Dahn, Daniela 189 Anm., 218 Anm.,  
224-228
- Dahrendorf, Ralf 128 Anm.
- Danwitz, K. S. v. 222 Anm.
- Davis, Angela 18
- Dehl, Oleg 38 Anm.
- Dehm, Diether 174
- Dellheim, Judith 13 Anm., 82, 122 Anm.,  
156 Anm., 209 Anm.
- Descartes, René 17, 258f.
- Diesener, Gerald 17 Anm.
- Diestel, Peter-Michael 88 Anm., 189 Anm.
- Dietzsch, Steffen 16ff., 263f., 268
- Dilthey, Wilhelm 265
- Dimitroff, Georgi 35 Anm.
- Ditfurth, Christian v. 12 Anm.
- Djilas, Milovan 147 Anm.
- Djuric, Rajko 147 Anm.
- Dregger, Alfred 207 Anm.
- Dubček, Alexander 52 Anm., 53 Anm.
- Ducke, Karl-Heinz 191 Anm.
- Einsiedel, Heinrich Graf v. 92 Anm.,  
112 Anm., 127 Anm.
- Ende, Lex 47
- Engelmann, Bernt 216 Anm.
- Engels, Friedrich 24, 41, 252-256, 266-273
- Engholm, Björn 207 Anm.
- Eppelmann, Reiner 12 Anm.
- Erler, Peter 14 Anm.
- Ettl, Wilfried 99 Anm.
- Falkner, Thomas 12 Anm., 13 Anm.,  
122 Anm., 156 Anm., 209 Anm.
- Fechner, Max 45 Anm., 47, 49 Anm.
- Feuerbach, Ludwig 153, 260-262, 271, 273
- Fiebigger, Christel 198
- Field, Noël H. 48 Anm.
- Finker, Kurt 33 Anm., 95
- Fischbeck, Hans-Jürgen 59 Anm.
- Fischer, Joseph (Joschka) 166
- Flegel, Walter 27 Anm
- Frank, Gerald 57 Anm.
- Friedrich Wilhelm IV. 184 Anm.
- Fröhlich, Paul 16f.
- Fuchs, Jürgen 115 Anm.
- Funda, Rolf 13 Anm.
- Garve, Christian 262
- Gauck, Joachim 74 Anm., 79 Anm.,  
145 Anm.
- Gedö, András 265
- Gehrcke, Wolfgang 109 Anm.
- Gerratana, Valentino 247 Anm.
- Giersch, Irene 49 Anm.
- Gniffke, Erich 45 Anm., 48 Anm.,  
49 Anm.
- Göring, Hermann 35 Anm.
- Gößler, K. 262
- Gössner, Rolf 13 Anm., 214, 218 Anm.
- Goldenbaum, Uschi 13 Anm.
- Goldhagen, Daniel 125
- Goldhammer, Bruno 49 Anm.
- Gorbatschow, Michail 24, 54 Anm.,  
59 Anm., 70 Anm., 119, 168 Anm.,  
207 Anm., 245f.
- Grahn, Werner 13 Anm.
- Gramsci, Antonio 122 Anm., 123, 134,  
182f., 247, 255
- Grieder, Peter 48 Anm.
- Grotewohl, Otto 45 Anm., 48 Anm.,  
49 Anm.
- Gründer, K. 253 Anm.
- Gutzeit, Martin 59 Anm.
- Gysi, Gregor 11, 12 Anm., 13 Anm.,  
14 Anm., 28f., 35 Anm., 62, 63 Anm.,  
64, 68, 74 Anm., 92 Anm., 95, 102,  
105 Anm., 108f., 162, 164 Anm.,  
165 Anm., 166, 169 Anm., 175 Anm.
- Gysi, Klaus 102

- Habermann, Martin 235  
Habermas, Jürgen 122 Anm., 125f., 128,  
179, 185, 222, 238, 241, 249f.  
Haffner, Sebastian 125f., 238f.  
Hager, Kurt 51 Anm.  
Hahn, Erich 98  
Hammer, Frank 230  
Haney, Gerhard 133  
Harich, Wolfgang 16, 49 Anm.  
Harnisch, Hanno 12 Anm., 28, 105 Anm.  
Hartmann, Nicolai 270  
Hassemer, Winfried 217  
Haug, Wolfgang Fritz 27, 177 Anm.,  
181f., 243 Anm., 245f., 247 Anm., 248,  
251 Anm., 257 Anm.  
Havemann, Robert 52f., 119  
Hedeler, Wladislaw 42 Anm., 43 Anm.,  
45 Anm.  
Hegel, Georg Friedrich Wilhelm 17, 18,  
24, 118, 153, 254, 269-273  
Heidegger, Martin 16  
Heider, Hannelore 12 Anm.  
Heine, Hartwig 178 Anm.  
Heinemann, Gustav 113, 128  
Helas, Horst 13 Anm., 45 Anm.  
Henrich, Rolf 59 Anm  
Herbst, Andreas 17 Anm., 35 Anm.,  
39 Anm.  
Herrnstadt, Rudolf 50f.  
Hertle, Hans-Hermann 36 Anm.  
Hertwig, Manfred 49 Anm.  
Herzig, Martin 12 Anm.  
Heuer, Uwe-Jens 13 Anm., 14 Anm.,  
103 Anm., 110, 135 Anm., 157-163,  
218 Anm.  
Heuss, Theodor 128  
Heym, Stefan 51 Anm., 92 Anm.  
Hicksch, Uwe 186 Anm.  
Hildebrandt, Regine 136-139  
Hinske, Norbert 152 Anm.  
Hitler, Adolf 125, 206, 238 Anm.  
Hobbes, Thomas 259  
Hobsbawm, Eric 115, 156, 177 Anm., 243  
Hoch 203  
Höhn, Matthias 186 Anm.  
Hoehner, Johannes 65  
Hölderlin, Friedrich 151  
Höpcke, Klaus 186 Anm.  
Hoffmann, Theodor 101  
Holter, Helmut 159 Anm.  
Holz, Hans Heinz 260  
Honecker, Erich 24, 33 Anm., 34f., 36, 51  
Anm., 53ff., 68, 78, 98 206, 207 Anm.  
Hoppegraff, S. 223 Anm.  
Horkheimer, Max 238 Anm.  
Hornbogen, Lothar 33 Anm.  
Horthy, Miklos 146 Anm.  
Hoth, Rolf 33 Anm.  
Hoxha, Enver 147  
Huber, Dietmar 12 Anm.  
Huber, Wolfgang 234 Anm.  
Hübner, Carsten 186 Anm.  
Hübner, Werner 13 Anm.  
Ingrao, Pietro 178 Anm.  
Jäger, Michael 149  
Jaeglé, Wilhelmine 148 Anm.  
Jahn, Jürgen 49 Anm.  
Jahnke, Karl-Heinz 33 Anm., 97  
Jahntz, Bernhard 200  
Jakowlew, Alexander 38 Anm., 40 Anm.  
Janka, Walter 16, 49, 50 Anm., 189 Anm.  
Jenninger, Philipp 87 Anm., 207 Anm.  
Jesus 113  
Jiang Jieshi (Tschiang Kai-schek) 146 Anm.  
Joseph, Detlef 13 Anm.  
Judick, Günter 51 Anm.  
Jüttemann, Gerhard 92 Anm.  
Jung, Otmar 211 Anm.  
Just, Gustav 49 Anm., 189 Anm.  
Kádár, János 146  
Kagarlitzkij, Boris 42 Anm.  
Kant, Immanuel 24, 154, 252, 262-269,  
271  
Kanther, Manfred 215  
Kaufmann, Sylvia-Yvonne 164 Anm.,  
165 Anm., 169 Anm., 173 Anm.  
Kautsky, Karl 181  
Keller, B. 223 Anm.  
Keller, Dietmar 12 Anm., 16, 30, 88 Anm.  
Kelly, Petra 207 Anm.  
Kemnitz, Sonja 13 Anm.  
Keßler, Heinz 34 Anm.  
Keßler, Mario 42 Anm.  
Khieu Samphan 145 Anm.  
Kielau, Iris 14 Anm.  
Kießling, Wolfgang 48 Anm., 49 Anm.  
Kim Il Sung (Kim Ir Sen) 150  
King, Alexander 73 Anm.  
Kinner, Klaus 45 Anm.

Klas, Gerhard 222 Anm.  
 Kleiber, Günther 36 Anm., 203 Anm.  
 Klein, Angelika 51 Anm.  
 Klein, Dieter 13 Anm., 63 Anm.,  
 122 Anm., 156 Anm., 209 Anm.  
 Klein, Thomas 48 Anm., 51 Anm.,  
 60 Anm.  
 Kleinschmidt, Sebastian 154 Anm.  
 Klenner, Hermann 24, 133 Anm.  
 Klimesch, Dieter 94  
 Klingst, Martin 214 Anm., 223  
 Knoblich, Herbert 231 Anm.  
 Knüpfer, Werner 94  
 Koch, Thomas 12 Anm.  
 Köhn, K. 218 Anm.  
 Kohl, Helmut 60 Anm., 78 Anm., 105,  
 161, 206 Anm., 207 Anm.  
 Kommoß, K. 218 Anm.  
 Kondakow, N. I. 253  
 Kosing, Alfred 18, 265  
 Kossok, Manfred 24, 105 Anm.  
 Kostow, Traitscho 47 Anm.  
 Kowal, Michael 13 Anm.  
 Krenz, Egon 25, 33 Anm., 34 Anm., 36,  
 94, 96f., 134, 200f. 203f., 246  
 Kreykemeyer, Willi 48  
 Kroker, Herbert 11  
 Krug, Wilhelm Traugott 269  
 Küttler, Wolfgang 180 Anm.  
 Kuhnert, Andreas 227  
 Kural, Vaclav 115 Anm.  
 Kutscha, Martin 224 Anm., 228 Anm.  
  
 Lafontaine, Oskar 207 Anm.  
 Land, Rainer 99 Anm., 131, 224 Anm.,  
 245  
 Lang, Jürgen 13 Anm.  
 Lattmann, Dieter 218 Anm.  
 Lederer, Klaus 186 Anm.  
 Lehrke, Wilfried 16ff., 268  
 Leibniz, Gottfried Wilhelm 259-263  
 Lektorski, W. A. 266  
 Ledy, L. G. 222 Anm.  
 Lenin, Wladimir I. 40, 42 Anm., 43, 119,  
 162, 181, 255, 261, 267-269  
 Levi, Paul 40 Anm.  
 Libera, Kurt 33 Anm., 95, 97  
 Lieberam, Ekkehard 135 Anm.  
 Liebknecht, Wilhelm 184  
 Linde, Jürgen 197  
 Litt, Theodor 266  
  
 Locke, John 259, 262  
 Loest, Erich 16  
 Loose, Wolfgang 20f.  
 Lorenz, Thomas 13 Anm.  
 Lücke, Detlef 224 Anm.  
 Luft, Christa 11, 12 Anm.  
 Lukács, Georg 18, 272  
 Lutz, Hermann 219  
 Luxemburg, Rosa 40 Anm., 134, 247, 255  
  
 Machel, Samora 145, 147  
 Maget, Franz 127 Anm.  
 Maihofer, Werner 133 Anm.  
 de Maizière, Lothar 136 Anm., 189 Anm.  
 Maleuda, Günter 58 Anm., 92 Anm.  
 Malycha, Andreas 39 Anm., 49 Anm.  
 Mann, Heinrich 48 Anm., 119  
 Mann, Thomas 116, 151  
 Mao Zedong (Mao Tse-tung) 146, 147 Anm.,  
 153  
 Marchais, Georges 186 Anm.  
 Marcuse, Herbert 18  
 Marcuse, Peter 85ff.  
 Margolin, Jean-Louis 145 Anm., 156  
 Markard, Morus 216 Anm.  
 Markov, Walter 17  
 Marnette, Hans 33 Anm.  
 Marquardt, Angela 186 Anm.  
 Marquardt, H. 222 Anm.  
 Marx, Karl 24, 41, 111, 113f., 116ff., 134,  
 151, 153ff., 178, 244, 252-256, 258, 266-273  
 Mayer, Hans 16f., 119  
 Mayer, Herbert 12 Anm., 39 Anm.  
 Meckel, Markus 59 Anm.  
 Medwedjew, Roy 42 Anm.  
 Mehlhorn, Ludwig 59 Anm.  
 Meier, Helmut 134 Anm., 245  
 Mengistu Haile Mariam 147  
 Merker, Paul 48, 49 Anm.  
 Merleau-Ponty, Maurice 132  
 Michels, Martina 211 Anm.  
 Middell, Matthias 17 Anm.  
 Mielke, Erich 34 Anm., 48 Anm., 51 Anm.  
 Mies, Herbert 207 Anm.  
 Milošević, Slobodan 162 Anm., 166  
 Minz, Gabi 216 Anm.  
 Mischnick, Wolfgang 207 Anm.  
 Misselwitz, Hans-Joachim 94, 120  
 Mittenzwei, Werner 50 Anm.

- Modrow, Hans 11, 12 Anm., 57 Anm.,  
58 Anm., 59, 60, 63 Anm., 64 Anm.,  
74 Anm., 79, 90 Anm., 95, 102, 109,  
165 Anm.
- Moreau, Patrick 13 Anm., 102 Anm.
- Morus, Thomas 150
- Motroschilowa, Nelly 263
- Mühe, Ulrich 50 Anm.
- Müller, Kerstin 213 Anm.
- Müller, Peter 14 Anm.
- Muschalla, Peter 231 Anm.
- Mussienko, Natalja 38 Anm.
- Nachama, Andreas 234 Anm.
- Nachtmann, Clemens 94 Anm.
- Nagy, Imre 146 Anm.
- Nakath, Detlef 33 Anm.
- Narski, Igor S. 259
- Nauschütz, Hans Joachim 27 Anm.
- Nemitz, Carsten 211
- Neu, Viola 13 Anm., 102 Anm.
- Neubert, Erhard 145 Anm.
- Neugebauer, Gero 12 Anm.
- Neuhaus, Manfred 17 Anm.
- Noack, Arndt 59 Anm.
- Oechelhaeuser, Gisela 12 Anm.
- Oelßner, Fred 51 Anm.
- Oiserman, Teodor I. 263
- Ortega, Daniel 147
- Oswald, Franz 13 Anm.
- Otto, Wilfriede 14 Anm., 48 Anm.,  
49 Anm., 50 Anm.
- Paczkowski, Andrzej 145 Anm.
- Paech, Norman 218 Anm.
- Panne, Jean-Louis 145 Anm.
- Pau, Petra 239 Anm.
- Peck, Ulrich 33 Anm., 94ff.
- Petke, Sven 235f.
- Petsch, Hannelore 99 Anm., 224 Anm.
- Pfeiffer, Christian 214 Anm., 223
- Pieck, Wilhelm 49 Anm.
- Platon (Plato) 18, 155
- Plechanow, Georgi 265, 268
- Plener, Ulla 38 Anm.
- Pol Pot 145f., 150
- Ponomarjow, Boris N. 130 Anm., 131
- Priemer, Rolf 93 Anm.
- Primakow, Jewgeni 166 Anm.
- Prokop, Siegfried 51 Anm.
- Rajk, László 47 Anm., 146 Anm.
- Rákosi, Mátyás 146 Anm.
- Ranke, Wilfried 35 Anm.
- Rau, Johannes 207 Anm., 232, 240
- Reents, Jürgen 157-163
- Reich, Jens 59 Anm.
- Reiche, Steffen 136
- Reuter, Elke 45 Anm.
- Richter, Edelbert 59 Anm.
- Riege, Gerhard 74 Anm.
- Ritter, J. 253 Anm.
- Roesler, Jörg 51 Anm.
- Roethe, Thomas 220 Anm.
- Romanowski, Bärbel 115 Anm.
- Rosenblum, Nadja 145 Anm.
- Rossanda, Rossana 178 Anm.
- Ruben, Peter 262
- Rudolph, Kurt 18
- Rüther, W. 222 Anm.
- Ruge, Wolfgang 38 Anm., 42 Anm.
- Rump, Bernd 53 Anm.
- Runge, Irene 12 Anm.
- Saage, Richard 150 Anm.
- Saberschinsky, Hagen 219
- Sandino, Augusto 145 Anm.
- Sandkühler, Hans Jörg 267
- Schabowski, Günter 34 Anm., 36 Anm.,  
201, 203 Anm.
- Schäfer, Gert 42 Anm.
- Schalck-Golodkowski, Alexander 78
- Scharping, Rudolf 105, 166
- Scheler, Max 265
- Schiller, Dieter 51 Anm.
- Schily, Otto 234 Anm.
- Schirdewan, Karl 50f., 140-144
- Schirmer, Gregor 98, 170 Anm.
- Schlauch, Rezzo 213 Anm.
- Schlotterbeck, Anna 49 Anm.
- Schlotterbeck, Friedrich 49 Anm.
- Schmidt, Helmut 207 Anm.
- Schmidt-Eenboom, Erich 14 Anm.
- Schneider, Bertrand 73 Anm.
- Schönbohm, Jörg 219, 229, 233-236
- Schöneburg, Karl-Heinz 21, 99
- Schöneburg, Volkmar 13 Anm.
- Scholz, G. 100 Anm.
- Schoppe, Waltraud 207 Anm.
- Schorpp-Gradick, Rita 13 Anm.
- Schott, Gisela 33 Anm., 95
- Schrecker, Hans 49 Anm.



- Schreiter, J. 263  
Schröder, Gerhard 161, 207  
Schröder, Richard 226f.  
Schröder, Winfried 50 Anm.  
Schröter, Ulrich 14 Anm.  
Schütrumpf, Jörn 40 Anm., 51 Anm.  
Schützler, Horst 43 Anm.  
Schumann, Erwin 15  
Schumann, Frank 11 Anm., 12 Anm.  
Schumann, Ingeburg 19, 27  
Schumann, Margarete 15  
Schumann, Michael 11-32, 12 Anm.,  
13 Anm., 15 Anm., 18 Anm., 19 Anm.,  
20 Anm., 22 Anm., 23 Anm., 24 Anm.,  
38 Anm., 59 Anm., 69 Anm., 84 Anm.,  
98 Anm., 101 Anm., 103 Anm.,  
121 Anm., 122 Anm., 131 Anm.,  
135 Anm., 156 Anm., 166 Anm.,  
175 Anm., 177 Anm., 209 Anm.  
Schwarz, Siegfried 51 Anm.  
Schwertner, Edwin 11 Anm., 12 Anm.  
Segert, Dieter 21, 98, 224 Anm.  
Seidel, Helmut 17, 24  
Seifert, Edda 251 Anm.  
Seitz, Konrad 146 Anm.  
Selbmann, Fritz 51 Anm.  
Serebrjakowa, Sorja 42 Anm.  
Siemund, S. 123 Anm.  
Šik, Ota 52 Anm.  
Sindermann, Horst 37 Anm.  
Slánský, Rudolf 47 Anm.  
Söder, Karl 20  
Soleto, Ignacio 115, 152  
Somoza, Anastasio 147 Anm.  
Späth, Lothar 207 Anm.  
Sperling, Fritz 49 Anm.  
Spiegel, Paul 239f.  
Spoo, Eckart 218 Anm.  
Sprenger, Gerhard 133 Anm.  
Stalin, Jossif W. 31, 37, 38 Anm., 40,  
42 Anm., 43f., 47 Anm., 48 Anm.,  
49 Anm., 52, 53 Anm., 109f., 119, 132,  
145f., 147 Anm., 152, 156, 255f.  
Stark, Meinhard 38 Anm.  
Steffel, Frank 201 Anm.  
Stegmüller, W. 257  
Stehr, Heinz 93 Anm.  
Steinberger, Bernhard 49 Anm.  
Stelbrink, Uwe 12 Anm.  
Stephan, Gerd-Rüdiger 17 Anm., 33 Anm.,  
36 Anm., 39 Anm., 60 Anm.  
Stobrawa, Gerlinde 208 Anm., 211 Anm.  
Stöss, Richard 12 Anm.  
Stoiber, Edmund 217, 235 Anm.  
Stolpe, Manfred 74 Anm., 136 Anm.,  
224-228, 233  
Stoph, Willi 35 Anm., 36, 58 Anm.  
Stoyan, H. 253  
Strauß, Franz-Josef 207 Anm.  
Streletz, Fritz 35 Anm.  
Stüber, Richard 20  
Sturm, Eva 13 Anm.  
Sühl, Klaus 115 Anm.  
Thamm, Berndt Georg 219  
Thiel, Hagen 14 Anm.  
Thierse, Wolfgang 234 Anm.  
Thom, Martina 259, 262f.  
Thomas, Simone 27 Anm.  
Tito, Josip Broz 47 Anm., 146  
Tschernenko, Konstantin 119 Anm.  
Turley, Hermann 27 Anm.  
Uhlig, Dieter 21  
Ulbricht, Walter 48 Anm., 49 Anm.,  
50 Anm., 51 Anm., 116, 143, 146  
Ullmann, Wolfgang 59 Anm.  
Vietze, Heinz 14 Anm., 27f., 33 Anm.,  
90, 94ff., 105 Anm., 208 Anm., 211 Anm.  
Vilmar, Fritz 117  
Vogel, Bernhard 207 Anm.  
Vogel, Hans-Joachim 207 Anm.  
Voß, Hans 172  
Wagenknecht, Sarah 93 Anm.  
Waigel, Theo 207 Anm.  
Wallraf, Wolfram 99 Anm.  
Wandschneider, Hermann 33  
Weber, Max 122 Anm., 180, 250  
Weiß, Konrad 59 Anm.  
Weizsäcker, Richard v. 78 Anm., 127,  
207 Anm., 209  
Werner, Harald 69  
Werth, Nicolas 145 Anm., 156  
Wertow, Dsiga 42 Anm.  
Wilhelm I. 184 Anm.  
Will, Rosemarie 99 Anm., 224 Anm., 225  
Winkermann, O.-H. 218 Anm.  
Winkler, Jürgen 17 Anm., 35 Anm.,  
39 Anm.  
Wittich, Dieter 18, 269

Wittich, Dietmar 13 Anm., 122 Anm.,  
156 Anm., 209 Anm.  
Woderich, Rudolf 12 Anm.  
Wolf, Christa 50 Anm., 75  
Wolf, Markus 33 Anm., 94f., 97, 101  
Wolf, Richard 49 Anm.  
Wolf, Winfried 186 Anm.  
Wolff v. Amerongen, Otto 207 Anm.  
Wolffsohn, Michael 115  
Wollweber, Ernst 50f.

Zaisser, Wilhelm 50f.  
Zamis, Guido 122 Anm., 123 Anm.  
Zapf, Wolfgang 128 Anm.  
Zeleny, Jindrich 18, 268  
Zessin, Helmut 11 Anm., 12 Anm.  
Zimbardo, Philip G. 223 Anm.  
Zimmer, Gabi 184 Anm., 186, 239 Anm.  
Zimmerling, Sabine 34 Anm.  
Zimmerling, Zeno 34 Anm.  
Ziller, Gerhart 51 Anm.  
Zöger, Heinz 49 Anm.  
Zotl, Peter-Rudolf 82  
Zwerenz, Gerhard 16, 92 Anm., 112 Anm.,  
127 Anm.

## Der Herausgeber

Dr. sc. phil. Wolfram Adolphi, Jg. 1951, geboren und aufgewachsen in Leuna; nach Abitur und Grundwehrdienst von 1971 bis 1976 Studium der Außenpolitik am Institut für Internationale Beziehungen der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft der DDR in Potsdam-Babelsberg; 1980 Promotion zum Dr. phil. an der Sektion Asienwissenschaften der Humboldt-Universität Berlin mit einer Arbeit zur Wirkung der Beziehungen China-USA in Ost- und Südostasien; 1980-1985 Ostasienkorrespondent der außenpolitischen Wochenzeitschrift »Horizont« in Tokio; dann Rückkehr an die Humboldt-Universität und dort 1989 Promotion zum Dr. sc. phil., Thema der Dissertation: »Die Chinapolitik des faschistischen Deutschland 1937-1945«; Studienaufenthalte in China (1978; 1987); Ende Oktober 1989 bis Anfang Februar 1990 Mitarbeiter zunächst in der Kreisleitung der SED, dann im Kreisvorstand der SED/PDS der Humboldt-Universität; Februar 1990 bis August 1991 erst Bezirksvorsitzender, dann – mit Gründung des Landesverbandes im September 1990 – Landesvorsitzender der PDS Berlin; Mai 1990 bis Dezember 1990 Mitglied der PDS-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung von (Ost-)Berlin, Dezember 1990 bis August 1991 Mitglied der PDS-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin; August 1991 nach Erklärung über freiwillige Zusammenarbeit mit der Hauptverwaltung Aufklärung des MfS Rücktritt von der Parteifunktion und Niederlegung des Abgeordnetenmandats; freiberufliche wissenschaftliche Arbeit und Publizistik; seit 1992 im Ehrenamt Redakteur der Zeitschrift »UTOPIE kreativ. Diskussion sozialistischer Alternativen«; Februar 1999 bis September 2002 persönlicher Mitarbeiter von Roland Claus (1999 bis 2000 parlamentarischer Geschäftsführer, 2000 bis 2002 Fraktionsvorsitzender der PDS-Fraktion im Deutschen Bundestag); seit November 2003 Mitarbeiter im Bereich Öffentlichkeitsarbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Berlin.